DEUTSCHE BUNDESBANK
EUROSYSTEM

Monatsbericht – Oktober 2026

78. Jahrgang, Nr. 10

Dies ist ein automatisch erzeugtes Dokument.
Die veröffentlichte Fassung finden Sie auf publikationen.bundesbank.de.

Inhaltsverzeichnis

Kurzbericht: Konjunkturlage 5

1 Erholung der deutschen Wirtschaft vorübergehend unterbrochen 6

2 Industrie erhielt im dritten Quartal einen Dämpfer 8

3 Privater Konsum blieb verhalten 10

4 Arbeitsmarkt weiter verschlechtert, Aussichten jedoch weniger negativ . . . 11

5 Energierohstoffpreise auf breiter Front weiter angestiegen 13

6 Inflationsrate im September deutlich auf 3,3 % gestiegen 14

Literaturverzeichnis 16

Vereinfachung ohne Deregulierung: Ansätze zur Weiterentwicklung der europäischen Bankenregulierung 17

1 Einleitung 19

2 Vereinfachung ohne Deregulierung 23

3 Ausblick auf den europäischen Prozess 33

Die 9. MaRisk-Novelle als nationale Maßnahme zur Vereinfachung des regulatorischen Rahmenwerks 35

Literaturverzeichnis 36

Ein disaggregierter Blick auf den jüngsten Anstieg der deutschen Inflationsrate im Vergleich zur Hochinflationsphase 2022 38

1 Deutsche Inflationsrate von jüngstem Energiepreisschock geprägt 40

2 Internationales Umfeld heute anders als 2022 43

3 Jüngere Energiepreisentwicklung in Deutschland durch Rohölpreise und Raffineriemargen getrieben 45

4 Nahrungsmittel: Energiekostenanstieg von anhaltendem Disinflationsprozess überlagert 50

5 Wie pflanzt sich der Energiepreisschock in der Kernrate ohne Energie und Nahrungsmittel fort? 53

6 Fazit 59

Das disaggregierte Inflationsanalyse- und Prognosemodell der Bundesbank . . 62

Die gesamtwirtschaftlichen Projektionen des Eurosystems und die Rolle kurzfristiger Inflationsprognosen 63

Einblicke mit dem Makromodell der Bundesbank in die Hochinflationsphase in Deutschland nach der Pandemie 66

Zweitrundeneffekte über die Löhne infolge der Hochinflationsphase 2022 . . . 71

Literaturverzeichnis 76

EU-Haushalt und Next Generation EU: Finanzbeziehungen der Mitgliedstaaten zur EU im Jahr 2025 80

1 EU-Haushalt und Next Generation EU 82

2 Zahlungsströme im Jahr 2025 84

3 Ausblick: NGEU-Auszahlungen enden, Schuldendienst belastet 91

Literaturverzeichnis 94

Länder- und Gemeindefinanzen 2025: Finanzlage der Gemeinden weiter kritisch 96

1 Finanzlage insgesamt: Länder robust, Gemeinden stark angespannt 98

Potenzielle Mehrbelastung der Länder durch Reformbedarf bei Besoldung 103

2 Einzelne Länder: Finanzlage sehr unterschiedlich 106

3 Schuldenbremsen der Länder: neuer Kreditspielraum nur teilweise genutzt 113

Konjunkturbereinigung: Einzelne Verfahrensanpassungen und weiter stark unterschiedliche Konjunktureffekte je nach Land 116

4 Herausforderungen: Gemeindefinanzen sanieren, Infrastrukturausgaben erhöhen 121

Ausgewählte Ländermaßnahmen, um Gemeinden zusätzlich zu entlasten . . 123

Anhang: Eingliederungshilfe und Gemeindefinanzen 127

Literaturverzeichnis 133

Statistischer Teil 137

Kurzbericht: Konjunkturlage

1 Erholung der deutschen Wirtschaft vorübergehend unterbrochen

Die deutsche Wirtschaftsleistung dürfte im dritten Quartal 2026 stagniert haben. Nach dem merklichen Anstieg im ersten Halbjahr legte das reale BIP im dritten Quartal saisonbereinigt [1)] wohl nicht weiter zu. Damit wurde die konjunkturelle Erholung zunächst unterbrochen. Ausschlaggebend hierfür waren temporäre Belastungsfaktoren. Insbesondere belasteten die niedrigen Pegelstände am Rhein und die deswegen eingeschränkte Binnenschifffahrt die Industrie. Die Pegelstände unterschritten zeitweise langjährige Tiefstände deutlich. [2)] Zudem dürften die Wettbewerbsvorteile gegenüber ausländischen Konkurrenten, die durch Lieferkettenprobleme im Zusammenhang mit dem Krieg im Nahen Osten besonders belastet waren, zu Beginn des zweiten Halbjahres ausgelaufen sein. Dies dürfte die Exporte im dritten Quartal geschwächt haben. Hinzu kommen Sondereffekte im Zusammenhang mit dem Tankrabatt. Sie dämpften aufgrund von zeitlichen Verlagerungen von Kraftstoffkäufen die Einzelhandelsumsätze im dritten Quartal. Darüber hinaus belasteten die hohen Energiepreise die Kaufkraft der privaten Haushalte. Insgesamt dürften vom privaten Konsum im dritten Quartal daher kaum Wachstumsimpulse ausgegangen sein. Die Investitionen der Unternehmen wurden durch die nach wie vor niedrige Kapazitätsauslastung in der Industrie gedämpft. Stützend wirkte hingegen der Bau. Die Bauproduktion erhöhte sich im August ein weiteres Mal. [3)] Insbesondere der Tiefbau profitiert zunehmend von der Lockerung der Fiskalpolitik. Zuletzt entwickelte sich auch der Hochbau günstig, wenngleich die wieder anziehenden Wohnungsbauzinsen perspektivisch dämpfen dürften.

Im vierten Quartal dürfte die deutsche Wirtschaftsleistung wieder spürbar wachsen. Nach den Stimmungsindikatoren des ifo Instituts schätzten die Unternehmen bereits im September ihre aktuelle Lage günstiger ein als zuvor. Dies gilt auch für ihre Geschäftsaussichten für die nächsten Monate. Die weitere konjunkturelle Erholung hängt aber nicht zuletzt von der Entwicklung des Krieges im Nahen Osten ab.

---

1 Die Saisonbereinigung umfasst hier und im Folgenden auch die Ausschaltung von Kalendereinflüssen, sofern sie nachweisbar und quantifizierbar sind.

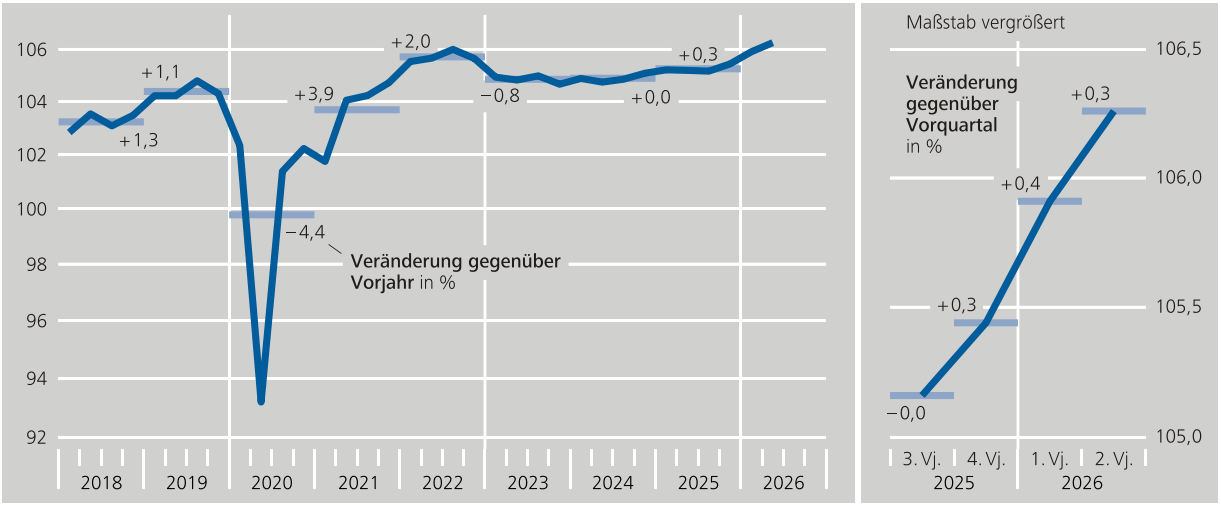
2 Vgl.: Tagesschau (2026) sowie Wasserinformationssystem „Pegel online“ (2026).

3 Der Anstieg wurde neben der guten Entwicklung im Hoch- und Tiefbau auch von einem starken Zuwachs im Ausbaugewerbe getragen. Dieser ist aber maßgeblich auf den Bauabschluss eines größeren Energieinfrastrukturprojekts zurückzuführen, vgl.: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2026).

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

Schaubild 1.1

2020 = 100, preis-, saison- und kalenderbereinigt, log. Maßstab



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt.
Deutsche Bundesbank

2 Industrie erhielt im dritten Quartal einen Dämpfer

Temporäre Faktoren belasteten die Industrieproduktion im dritten Quartal. Nach dem kräftigen Produktionsrückgang zu Beginn des dritten Quartals stieg die Industrieproduktion im August zwar saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat wieder etwas. Sie blieb damit aber noch deutlich unter dem Stand des Vorquartals. Auch die realen Umsätze in der Industrie erhöhten sich im August nur leicht und unterschritten ihr Vorquartalsniveau weiterhin merklich. Damit dürfte es zunehmend schwierig werden, den Produktionsrückstand bis zum Ende des Quartals wieder aufzuholen. Maßgeblich für die schwache Industrieproduktion im August war die Automobilindustrie. Dabei dürften neben der allgemein schwachen Entwicklung auch die Lage der Werksferien eine Rolle gespielt haben, die in diesem Jahr zu einem ungewöhnlich großen Teil im August lagen.[4)] Das gesamte Quartal war durch eine mehrwöchige Werksschließung im Zuge der Umrüstung auf die Produktion von Elektrofahrzeugen im Juli belastet. Neben der Automobilindustrie setzte auch die Produktion der energieintensiven Branchen ihre Abwärtsbewegung im August fort. Insbesondere die Kokerei und Mineralölverarbeitung sowie die chemische Industrie verzeichneten wieder deutliche Produktionsrückgänge. Hier dürften sich Beeinträchtigungen durch das anhaltende Niedrigwasser bemerkbar gemacht haben. Die niedrigen Pegelstände wichtiger Wasserstraßen erschweren den Transport von Vorprodukten und Waren und führen durch die Verlagerung auf andere Transportwege zu höheren Transportkosten. Da insbesondere der Rhein auch im September durchgängig sehr niedrige Pegelstände aufwies, dürften die damit verbundenen Belastungen auch im weiteren Quartalsverlauf noch angehalten haben.[5)] Darüber hinaus dürfte die unerwartet starke Produktion im Bereich der energieintensiven Industrie im zweiten Quartal auch durch Sondereffekte im Zuge des Irankriegs begünstigt gewesen sein. Insbesondere füllten Unternehmen in Erwartung weiterer Lieferkettenanspannungen wohl zunächst die Lager auf, und temporär dürften Wettbewerbsvorteile gegenüber einigen internationalen Konkurrenten bestanden haben. Diese Effekte sind im dritten Quartal ausgelaufen und belasteten dementsprechend die Produktion der energieintensiven Branchen. Ohne die durch Sondereffekte belasteten Bereiche der energieintensiven Branchen und der Automobilindustrie bewegte sich die Industrieproduktion im bisherigen

4 Vgl.: Statistisches Bundesamt (2026a) sowie Verband der deutschen Automobilindustrie (2026a, 2026b).

5 Auch in den ersten Wochen des vierten Quartals blieben die Pegelstände noch niedrig, sodass dieser Belastungsfaktor zumindest am Anfang des laufenden Quartals noch fortbestand. Vgl.: Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (2026).

Quartalsdurchschnitt dagegen über dem Niveau des Vorquartals. Dies spricht dafür, dass die momentane Schwäche vorübergehender Natur ist.

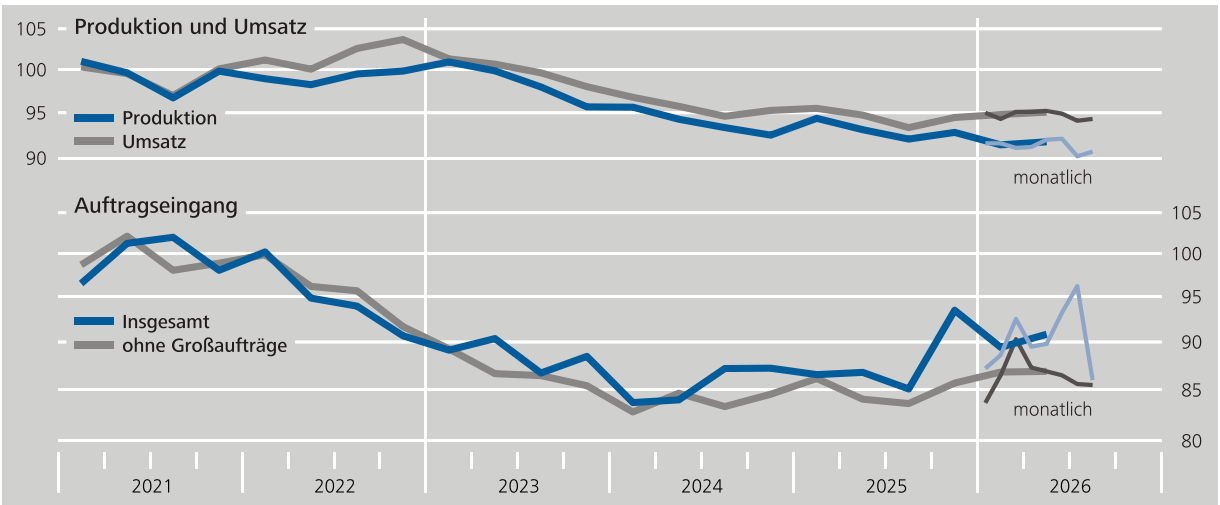
Jedoch trübte sich auch die Auftragslage in der Industrie zuletzt ein. Der Auftragseingang ging im August kräftig zurück. Ausschlaggebend hierfür war vor allem ein deutlicher Rückgang der volatilen Großaufträge im Bereich des Sonstigen Fahrzeugbaus (Flugzeuge, Schiffe, Züge, Militärfahrzeuge).[6)] Aber auch ohne Großaufträge gab der Auftragseingang erneut leicht nach. Dabei entwickelten sich die Bestellungen aus dem Inland etwas günstiger und stützten die Nachfrage. Die Auslandsaufträge gingen hingegen wie schon im Juli zurück. Die zuvor erkennbare Erholung der Auslandsnachfrage erhielt damit einen Dämpfer.

Der Außenhandel zeigte sich zu Beginn der zweiten Jahreshälfte ebenfalls spürbar schwächer. Die preisbereinigten Warenexporte sanken im August nach dem schon schwachen Juli nochmals merklich gegenüber dem Vormonat und lagen noch deutlicher als zuvor unter dem Durchschnitt des Vorquartals. Die niedrigen Pegelstände dürften durch die Beschränkungen der Binnenschifffahrt auch den Außenhandel über europäische Häfen weiterhin negativ beeinflussen. Die Exporterwartungen des ifo Instituts blieben im September aber im positiven Bereich und lassen eine Erholung der Exporte erwarten.

Deutsche Industrie

Schaubild 1.2

2021 = 100, vierteljährlich, preis-, kalender- und saisonbereinigt, log. Maßstab



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt.
Deutsche Bundesbank

6 Vgl.: Statistisches Bundesamt (2026b).

3 Privater Konsum blieb verhalten

Vom privaten Konsum dürften im dritten Quartal kaum positive Impulse ausgegangen sein. Die realen Einzelhandelsumsätze stiegen im August zwar wieder an, blieben aber deutlich unter dem Niveau des zweiten Quartals. Zudem dürften Sondereffekte im Zusammenhang mit dem Tankrabatt die Einzelhandelsumsätze im dritten Quartal merklich gedrückt haben. Mit Blick auf dessen Wiedereinführung im Oktober könnten die Haushalte Kraftstoffkäufe aus dem September in den Oktober verschoben haben. Die Tankstellenumsätze dürften dadurch im September deutlich gedrückt worden sein. Schon der Juli war belastet, weil wegen des damals ausgelaufenen Tankrabatts Kraftstoffkäufe in den Juni vorgezogen worden waren. Die preisbereinigten Umsätze im Gastgewerbe fielen im August ebenfalls, gegenüber dem Vorquartal lagen sie aber noch leicht im Plus. Stützend dürften die Käufe von Kraftfahrzeugen gewirkt haben, worauf die gestiegenen privaten Zulassungen von Personenkraftwagen hindeuten.

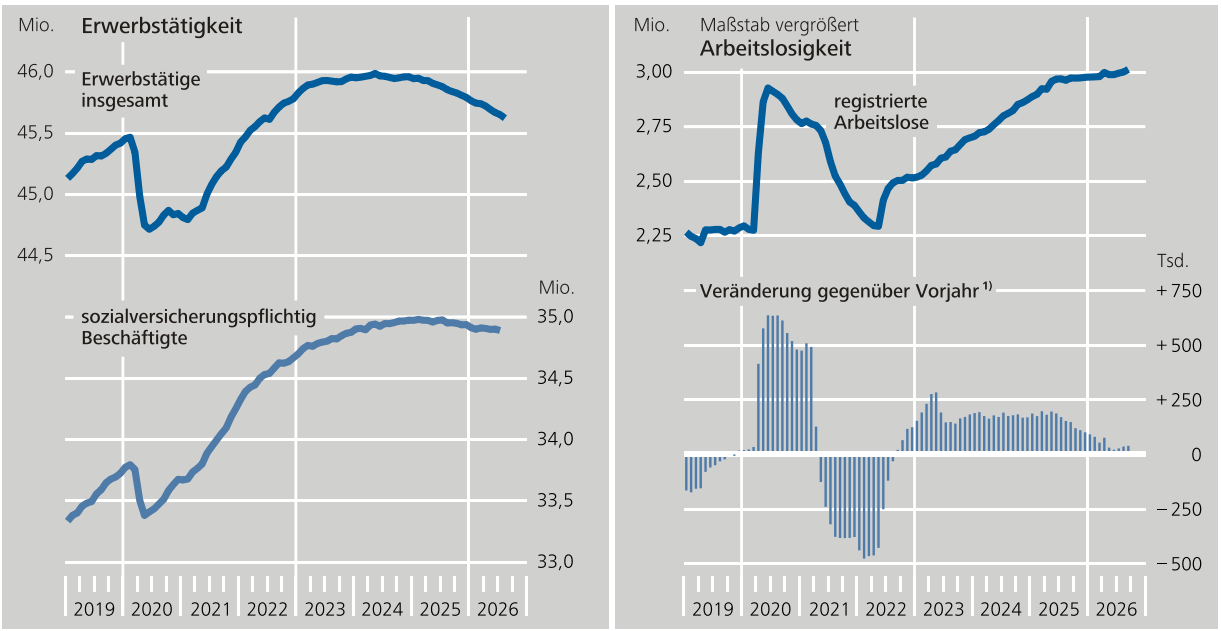
4 Arbeitsmarkt weiter verschlechtert, Aussichten jedoch weniger negativ

Die Beschäftigung blieb in den Ferienmonaten im Sommer rückläufig. Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland sank im August gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um 29 000 auf 45,62 Millionen. Ein bedeutender Teil des Rückgangs dürfte auf die seit einiger Zeit stark sinkende Zahl der Personen in ausschließlich geringfügiger Beschäftigung entfallen. Ebenfalls schon seit längerem sinkt die Selbstständigkeit. Die in der Gesamtwirtschaft zuletzt vergleichsweise stabile sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ging nach der aktuellen Hochrechnung für Juli auch etwas zurück. Dabei konzentrierte sich der Stellenverlust auf das Verarbeitende Gewerbe und den Handel, der neben dem Einzelhandel auch den Groß- und Außenhandel umfasst. In den meisten anderen Wirtschaftszweigen blieb die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stabil. Der kräftige Beschäftigungsaufbau im Gesundheits- und Sozialwesen setzte sich fort.

Arbeitsmarkt in Deutschland

Schaubild 1.3

saisonbereinigt, monatlich



Quellen der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt und Bundesagentur für Arbeit. **1** Nicht saisonbereinigt.
Deutsche Bundesbank

Die vorsichtig positive Entwicklung der Frühindikatoren aus dem Vormonat bestätigte sich im September. Das ifo Beschäftigungsbarometer, das die Personalplanungen der gewerblichen Wirtschaft für die nächsten drei Monate abbildet, erhöhte sich nach dem kräftigen Anstieg im August erneut leicht. Gleichwohl ist der Saldo der Beschäftigungsplanungen weiterhin negativ. Das IAB-Arbeitsmarktbarometer Beschäftigung, das zusätzlich die öffentlich finanzierten Branchen berücksichtigt, blieb gegenüber dem Vormonat im leicht negativen Bereich nahezu konstant. Die Gesamtzahl der bei der BA gemeldeten offenen Stellen war in saisonbereinigter Rechnung ebenfalls nahezu unverändert. Die Zahl der neu eingehenden Stellenangebote scheint die Talsohle durchschritten zu haben, auch wenn das Niveau im langjährigen Vergleich noch recht moderat ist. Damit steigt die Erwartung, dass sich zumindest das Tempo des Beschäftigungsabbaus verringern könnte.

Die registrierte Arbeitslosigkeit stieg nur wenig und lag weiterhin bei etwa 3 Millionen Personen. Die Zahl der registrierten arbeitslosen Frauen und Männer belief sich im September saisonbereinigt auf 3,01 Millionen. Das waren 12 000 mehr als im August. Die Arbeitslosenquote blieb unverändert bei 6,4 %. Die eng mit der aktuellen Wirtschaftsentwicklung verbundene Arbeitslosigkeit im Versicherungssystem des SGB III stieg im Berichtsmonat leicht. Auch die Arbeitslosigkeit im Grundsicherungssystem des SGB II erhöhte sich im September minimal, obwohl sie im Trend seit gut einem Jahr sinkt. Dahinter könnten die zu Sommerbeginn geänderten Zumutbarkeitsregeln für leistungsberechtigte Frauen und Männer mit Erziehungsaufgaben stehen, die damit häufiger als zuvor als verfügbar gelten und in die Arbeitslosenstatistik aufgenommen werden. Im Gegensatz zur registrierten Arbeitslosigkeit ist die gesamte Unterbeschäftigung, die laut BA-Konzept auch Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen umfasst (außer Kurzarbeit), im September sogar geringfügig zurückgegangen. Insofern dürfte auch ein Rückgang arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zum Anstieg der Arbeitslosigkeit beigetragen haben. Dem einschlägigen IAB-Barometer zufolge dürfte die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten konstant bleiben. Der Frühindikator war zuletzt in den neutralen Bereich gestiegen.

5 Energierohstoffpreise auf breiter Front weiter angestiegen

Die Energierohstoffpreise stiegen im September und Oktober auf breiter Front weiter kräftig an. Ausschlaggebend hierfür war der anhaltende Konflikt im Nahen Osten. Insbesondere die Exporte von Mineralölprodukten und Flüssiggas aus der Golfregion blieben bis zuletzt stark eingeschränkt. In den letzten Wochen ließen die Beeinträchtigungen und Risiken für den Schiffsverkehr zudem die Frachtraten für Öllieferungen deutlich steigen. Dies verteuerte Rohöleinfuhren aus entfernten Fördergebieten. In importabhängigen Regionen wie Europa nahm in der Folge auch der Aufwärtsdruck auf die Preise lokal geförderter Ölsorten zu. Ein Fass Rohöl der Sorte Brent kostete im Oktober bislang durchschnittlich 126 US-$. Seit Beginn des Konflikts mussten nur während der militärischen Eskalation Anfang April höhere Preise gezahlt werden. Auch die Großhandelspreise für wichtige Mineralölprodukte wie Diesel lagen im Oktober nur knapp unter ihren Jahreshöchstständen aus dem Vormonat. Die europäischen Erdgaspreise legten bis zuletzt weiter zu. Bisher kostete Erdgas im Oktober am europäischen Großhandelsmarkt durchschnittlich 82 € je Megawattstunde und damit mehr als doppelt so viel wie ein Jahr zuvor.

6 Inflationsrate im September deutlich auf 3,3 % gestiegen

Die Preise auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen stiegen zuletzt im Vormonatsvergleich saisonbereinigt kräftig an. Das galt sowohl für die Einfuhrpreise, für die die Daten bis August reichen, als auch für die gewerblichen Erzeugerpreise im Inlandsabsatz, für die bereits Angaben für September vorliegen. Auf beiden Stufen zogen die Energiepreise erheblich an. Auch bei anderen Gütern verstärkte sich die Verteuerung sichtbar. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Einfuhrpreise um 8,3 % und die gewerblichen Erzeugerpreise um 6,7 %.

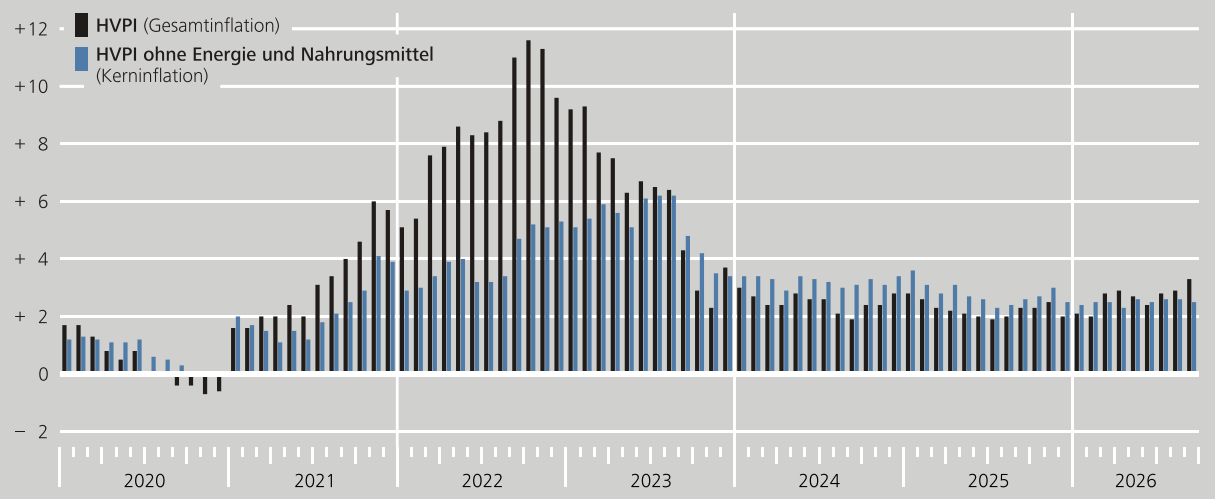
Die Inflationsrate legte im September deutlich zu, da sich die Energiepreise erneut kräftig erhöhten. Die Vorjahresrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) lag im September bei 3,3 %, nach 2,9 % im August. [7)] Dies ist die höchste Rate seit Ende 2023. Die Kernrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) schwächte sich dagegen leicht auf 2,5 % ab. Im Vormonatsvergleich stieg der HVPI saisonbereinigt deutlich um 0,6 %. an. Wie bereits im August lag dies vor allem an stark gestiegenen Preisen für Kraftstoffe und Heizöl infolge der merklich gestiegenen Rohölnotierungen. Aber auch die anderen Komponenten verteuerten sich etwas. Bei Nahrungsmitteln war dies hauptsächlich unverarbeiteten Produkten geschuldet, während die Preise für verarbeitete Nahrungsmittel weiterhin konstant blieben. Die Preise für Dienstleistungen und Industriegüter ohne Energie lagen ebenfalls etwas höher als im Vormonat. Bei Letzteren schwächte sich die zuvor sehr kräftige Verteuerung allerdings wieder etwas ab.

7 Die Vorjahresrate des nationalen Verbraucherpreisindex (VPI) stieg ebenfalls von 2,9 % auf 3,3 %.

Gesamt- und Kerninflation in Deutschland

Schaubild 1.4

Veränderung gegenüber Vorjahr in %, monatlich



Quelle: Eurostat.
Deutsche Bundesbank

Die Inflationsrate dürfte vorerst erhöht bleiben. Die Verteuerung von Energie dürfte trotz der befristeten Wiedereinführung des Tankrabatts für die Monate Oktober bis Dezember auf sehr hohem Niveau verbleiben.[8)] Außerdem zeigen sich bei Industriegütern ohne Energie, Nahrungsmitteln und Dienstleistungen wohl zunehmend indirekte Effekte des Energiepreisschocks.[9)] Dies dürfte vor allem Bereiche betreffen, die fossile Brennstoffe stark nutzen, wie beispielsweise Transportdienstleistungen, aber auch Nahrungsmittel, denn die Preise von Düngemitteln hängen mit den Ölpreisen zusammen. Zu Beginn des Jahres 2027 dürfte die Teuerungsrate merklich anziehen, vor allem weil die dann in Kraft tretende Gesundheitsreform die Zuzahlungen für Medikamente und Krankenhausdienstleistungen erheblich erhöht.[10)] Außerdem läuft der Tankrabatt aus, was die Inflationsrate wieder höher ausfallen lässt. Ein Spritpreisdeckel würde je nach konkreter Ausgestaltung dämpfend wirken. Insgesamt bleibt die Unsicherheit stark erhöht, vor allem über die zukünftige Entwicklung der Energierohstoffpreise. Je länger der Ölpreisschock anhält und je mehr die Notierungen für andere Energieträger ansteigen, desto größer die Gefahr, dass indirekte Effekte die Teuerungsrate stärker als derzeit erwartet nach oben treiben.

8 Aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit dem Tankrabatt wird davon ausgegangen, dass dieser zu gut drei Viertel an die Kunden weitergereicht wird. Dies dürfte die HVPI-Gesamtrate um 0,2 Prozentpunkte senken.

9 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2026).

10 Die Reform dürfte die HVPI-Gesamtrate um 0,2 Prozentpunkte erhöhen. Durch das Ende des Tankrabatts kommen wohl weitere 0,2 Prozentpunkte hinzu.

Literaturverzeichnis

Bundesministerium für Energie und Wirtschaft (2026), Entwicklung der Produktion im Produzierenden Gewerbe Berichtsmonat August 2026, Pressemitteilung vom 7. Oktober 2026.

Deutsche Bundesbank (2026), Direkte, indirekte und Zweitrundeneffekte eines Anstiegs der Energierohstoffpreise – eine Begriffsklärung, Monatsbericht, Juni 2026.

Statistisches Bundesamt (2026a), Produktion im August 2026: + 2,0 % zum Vormonat, Pressemitteilung Nr. 355 vom 7. Oktober 2026.

Statistisches Bundesamt (2026b), Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im August 2026: -10,6 % zum Vormonat, Pressemitteilung Nr. 354 vom 6. Oktober 2026. 2026-06 1-Prognose

Tagesschau (2026), Pegelstand auf Rekordtief – Lkw-Fahrverbot in NRW bleibt ausgesetzt, 28. September 2026.

Verband der deutschen Automobilindustrie (2026a), Deutscher E-Pkw-Markt: Elektroanteil klettert auf 44 Prozent, Pressemitteilung vom 3. September 2026.

Verband der deutschen Automobilindustrie (2026b), Deutscher Pkw-Markt: Elektroanteil steigt auf 41 Prozent, Pressemitteilung vom 6. August 2026.

Wasserinformationssystem „Pegel online“ (2026), Aktueller Rheinpegel bei Kaub.

Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (2026), Wasserstände & Vorhersagen an schifffahrtsrelevanten Pegeln.

Vereinfachung ohne Deregulierung: Ansätze zur Weiterentwicklung der europäischen Bankenregulierung

Die europäische Bankenregulierung sollte gezielt vereinfacht werden, ohne die Stabilität des Bankensystems zu gefährden. Die als Reaktion auf die globale Finanzkrise verschärften Eigenmittel- und Liquiditätsanforderungen, die verbesserte Aufsicht und der europäische Abwicklungsrahmen haben die Widerstandsfähigkeit des Bankensektors deutlich gestärkt. Reformbedarf besteht jedoch bei Proportionalität, Komplexität und Konsistenz des Regelwerks.

Besonders kleinere und weniger komplexe Institute tragen, gemessen an ihrer Größe und ihrem Risiko, einen überproportional hohen Aufwand für die Erfüllung regulatorischer und aufsichtlicher Vorgaben. Die bestehenden Erleichterungen für diese Institute reichen nicht aus, um diesen Aufwand systematisch zu reduzieren. Ein eigenständiges europäisches Kleinbankenregime mit klaren und einfachen Zugangsvoraussetzungen würde die Proportionalität verbessern. Eine geringere Risikosensitivität vereinfachter Vorgaben sollte dabei durch pauschal höhere Eigenmittelanforderungen ausgeglichen werden.

Reformbedarf besteht zudem bei der Ausgestaltung und beim Zusammenwirken der Eigenmittel- und Abwicklungsanforderungen. Das überlappende Nebeneinander risikogewichteter und ungewichteter Anforderungen, verschiedener Kapitalinstrumente, von Kapitalpuffern sowie Abwicklungsanforderungen erschwert die Kapitalplanung der Institute und verringert die Transparenz für Marktteilnehmer und Aufsicht. Darüber hinaus kann diese Komplexität in Stressphasen zu unerwünschten Wechselwirkungen führen. Insbesondere kann eine eingeschränkte Nutzbarkeit makroprudenzieller Kapitalpuffer die makroprudenzielle Handlungsfähigkeit beeinträchtigen.

Die europäische Reformagenda sollte drei Prioritäten verfolgen: Sie sollte administrative Belastungen generell verringern, durch ein explizites und kohärentes Regime für kleinere Institute mehr Proportionalität gewährleisten sowie Eigenmittel- und Abwicklungsvorgaben so anpassen, dass Doppelanrechnungen vermieden und makroprudenzielle Kapitalpuffer besser nutzbar werden. Eine stärkere Integration des europäischen Bankenmarkts kann diese Agenda ergänzen, erfordert aber einen schrittweisen Ansatz und belastbare Vorkehrungen zum Schutz der Finanzstabilität. Vereinfachung ohne Deregulierung bedeutet: weniger Komplexität und bessere Wirksamkeit der Regulierung, ohne Abstriche bei der Stabilität des Bankensystems zu machen.

1 Einleitung

Eine vereinfachte Bankenregulierung ist zu einem wichtigen Element der europäischen Reformdebatte geworden. Dabei geht es um die Frage, wie Regulierung die Wettbewerbsfähigkeit Europas und die Finanzierungsfunktion der Banken [1)] unterstützen kann. Einen wichtigen Anstoß gab der Bericht von Mario Draghi zur Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit vom September 2024. Er verweist auf den hohen Investitionsbedarf Europas und die zentrale Rolle eines stabilen und effizienten Bankensektors. Denn Banken bleiben von zentraler Bedeutung für die Finanzierung europäischer Unternehmen, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen. Anfang 2025 regten mehrere europäische Notenbankpräsidenten, darunter der Präsident der Bundesbank, in einem gemeinsamen Schreiben an EU-Kommissarin Maria Luís Albuquerque an, das europäische Regelwerk für Banken umfassend zu überprüfen und zu vereinfachen. [2)]

1 In diesem Aufsatz werden die Begriffe „Bank“ und „Institut“ synonym verwendet.

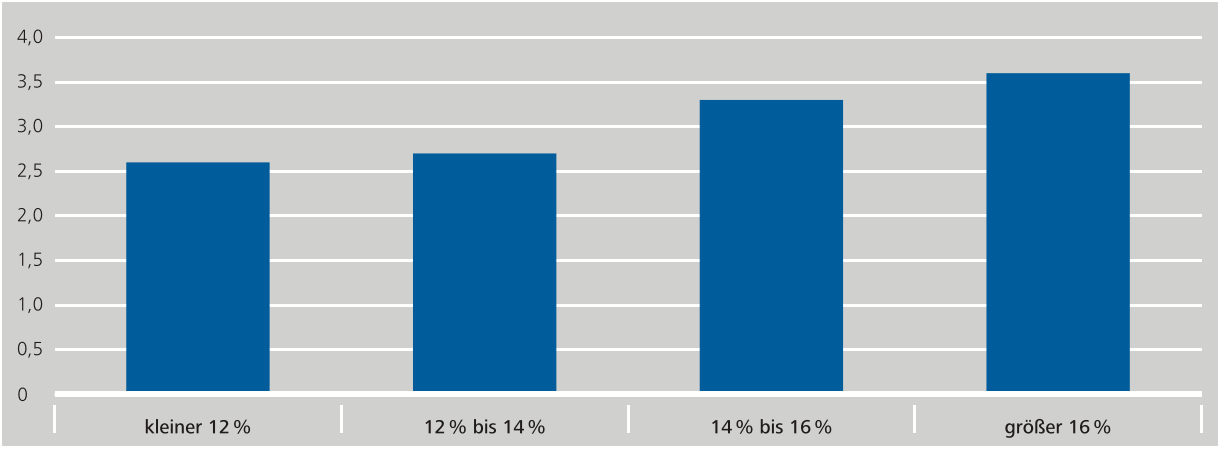
2 Gemeinsames Schreiben des Bundesbankpräsidenten und der Gouverneure von Banque de France, Banca d'Italia und Banco de España an die EU-Kommissarin Albuquerque zur Bankenregulierung vom 5. Februar 2025.

Eine solche Vereinfachung darf die Lehren aus der globalen Finanzkrise 2007/08 nicht infrage stellen. Eine zentrale Erkenntnis der globalen Finanzkrise war, dass die Solidität einzelner Institute allein nicht ausreicht, um die Stabilität des Finanzsystems zu gewährleisten. Regulierung muss daher neben institutsspezifischen Risiken auch systemweite Risiken und deren Wechselwirkungen berücksichtigen. Aus dieser Einsicht ist die makroprudenzielle Perspektive erwachsen, die unter anderem durch makroprudenzielle Kapitalpuffer umgesetzt wurde. Der ökonomische Grund dafür ist einfach: Finanzkrisen verursachen hohe und langanhaltende fiskalische, wirtschaftliche und soziale Folgekosten, die sich durch ein gut kapitalisiertes Bankensystem vermeiden oder deutlich senken lassen (siehe Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (2011) sowie Jorda et al. (2021)). Die seit der Finanzkrise verschärften Anforderungen haben dazu beigetragen, dass der europäische Bankensektor in jüngeren Stressphasen widerstandsfähig blieb (siehe Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (2022a)) und die Realwirtschaft weiterhin zuverlässig mit Krediten versorgen konnte. Die Kreditbestände deutscher Institute gegenüber nichtfinanziellen Gegenparteien und privaten Haushalten sind bei Instituten mit höherer CET1-Quote vor Beginn der Corona-Pandemie und den folgenden Krisen (Q4/2019) stärker gestiegen als bei schwächer kapitalisierten Instituten (Schaubild 2.1). Eigenkapital ist augenscheinlich kein Gegenspieler der Kreditvergabe, sondern ein wichtiges Fundament. [3)]

Schaubild 2.1

Durchschnittliches jährliches Wachstum der Kreditbestände an nichtfinanzielle Gegenparteien und private Haushalte zwischen 2019 und 2023 nach Höhe der CET1-Quote

in %



Deutsche Bundesbank

3 Siehe: Deutsche Bundesbank (2026a).

Gleichzeitig ist der europäische Regulierungs-, Aufsichts- und Melderahmen zunehmend komplex geworden. Internationale Standards, europäische und nationale Besonderheiten, makroprudenzielle Vorgaben, Abwicklungsanforderungen und Meldepflichten haben ein Regelwerk entstehen lassen, das teilweise schwer verständlich und an einigen Stellen sogar inkonsistent ist. Diese Komplexität bindet Ressourcen bei Instituten und Aufsicht, ohne zwangsläufig das Bankensystem stabiler zu machen.

Vor diesem Hintergrund hat die Bundesbank frühzeitig betont, dass Vereinfachung notwendig, aber nicht mit Deregulierung gleichzusetzen ist. Ziel sollte sein, Regulierung wirksamer, risikoorientierter, transparenter und proportionaler auszugestalten, ohne das erreichte Niveau der Widerstandsfähigkeit abzusenken. Dies gilt insbesondere dort, wo Anforderungen für kleinere und weniger komplexe Institute relativ zu ihrer Größe hohe Fixkosten verursachen oder wo das Zusammenspiel verschiedener Anforderungen deren Wirksamkeit beeinträchtigt. Bundesbank und Baf in haben hierzu konkrete Vorschläge für ein europäisches Kleinbankenregime und eine Neuordnung der Eigenmittelanforderungen entwickelt. Sie zielen auf eine einfachere und konsistentere Regulierung bei unverändert hoher Resilienz.

Die europäische Reformdebatte hat seit 2025 deutlich an Dynamik gewonnen. Der EZB-Rat setzte im Jahr 2025 eine High-Level Task Force on Simplification (HLTF) mit hochrangiger Beteiligung der Bundesbank ein, um Vorschläge zur Vereinfachung des europäischen Regulierungs-, Aufsichts- und Melderahmens zu erarbeiten. Ihr Abschlussbericht vom Dezember 2025 benennt als zentrale Handlungsfelder vereinfach te Eigenmittelanforderungen, mehr Proportionalität, eine Entlastung im Meldewesen, weniger Doppelstrukturen sowie eine klarere und einheitlichere Aufsichtspraxis.[4)]

Die jüngste Mitteilung der Europäischen Kommission zur Wettbewerbsfähigkeit des EU-Bankensektors konkretisiert die angestoßene Debatte.[5)] Sie knüpft an den Draghi-Bericht und den Bericht der HLTF an und markiert zugleich den Auftakt für den im kommenden Jahr geplanten Gesetzgebungsprozess. Im Fokus stehen unter anderem die Fragmentierung des Binnenmarkts, die Berücksichtigung europäischer Besonderheiten bei internationalen Standards sowie der Abbau unnötiger regulatorischer Komplexität.

4 Siehe: Europäische Zentralbank (2025).
5 Siehe: Europäische Kommission (2026a).

Dieser Aufsatz ordnet diese Entwicklungen ein. Er zeigt, welche Prinzipien die Vereinfachungsagenda leiten sollten und wie Regulierung vereinfacht werden kann, ohne das erreichte Resilienzniveau abzusenken. Im Mittelpunkt stehen eine stärkere Proportionalität für kleinere und weniger komplexe Institute sowie eine Neuordnung des Kapitalrahmens für Banken. Ein besonderes Gewicht liegt dabei auf der Nutzbarkeit makroprudenzieller Kapitalpuffer. Abschließend wird der weitere europäische Prozess betrachtet. Ein Exkurs am Ende dieses Aufsatzes stellt die 9. Novelle der MaRisk als ein nationales Beispiel für Regulierungsvereinfachung vor.

2 Vereinfachung ohne Deregulierung

Seit der globalen Finanzkrise ist der Bankensektor deutlich umfassender reguliert. Die Reformen haben die Widerstandsfähigkeit des Bankensystems spürbar erhöht. In der Folge haben die Bankensektoren in der EU und in Deutschland Stressperioden in der jüngeren Vergangenheit gut bewältigt. Banken verfügen heute über mehr und qualitativ hochwertigere Eigenmittel, Liquiditätsrisiken werden strenger begrenzt, und mit dem Abwicklungsrahmen stehen Instrumente bereit, um größere Institute ohne Rückgriff auf öffentliche Mittel geordnet abzuwickeln oder zu stabilisieren.

Gleichzeitig ist der regulatorische Rahmen sehr komplex geworden. Banken müssen eine Vielzahl von Anforderungen einhalten, die zum Teil ähnliche Zwecke erfüllen. Darunter sind unterschiedliche Eigenmittel- und Liquiditätsvorgaben, Anforderungen an das Risikomanagement, Melde- und Offenlegungspflichten sowie Vorgaben zur Geldwäscheprävention, zum Verbraucherschutz, zur operationellen Resilienz und zur IT-Sicherheit. Dies bindet in großem Umfang Ressourcen und bedeutet hohen administrativen Aufwand für Banken und Aufsichtsbehörden. Besonders kleinere Institute sind von der gestiegenen Komplexität betroffen, da der Aufwand für die Erfüllung der Anforderungen bei ihnen überproportional hoch ist.

Die Regulierung muss vereinfacht werden, ohne die Widerstandsfähigkeit des Bankensektors zu verringern. Reformvorhaben dürfen nicht zu einer Schwächung des Bankensystems oder einer pauschalen Absenkung von Anforderungen führen. Das wäre kontraproduktiv, zumal die empirische Literatur überwiegend zeigt, dass Eigenmittelanforderungen die Profitabilität oder Wettbewerbsfähigkeit von Banken nicht negativ beeinflussen (vgl. beispielsweise Behn und Reghezza (2025) sowie Buchholz et al. (2025)). Vielmehr sollte Regulierung so gestaltet werden, dass sie ihre Ziele einfacher, transparenter und wirksamer erreicht. Eine solche „Vereinfachung ohne Deregulierung“ ist von zentraler Bedeutung. Ein widerstandsfähiges Bankensystem sichert die verlässliche Kreditversorgung der Realwirtschaft auch in Stressphasen und stärkt damit die Wettbewerbsfähigkeit Europas.

2.1 Stärkung der Proportionalität

Ein diverser Bankensektor stärkt die Resilienz der europäischen Finanzmärkte. Empirische Untersuchungen zeigen, dass eine hohe institutionelle Vielfalt im Bankensektor mit einer höheren Stabilität der einzelnen Banken verbunden ist,

insbesondere in Krisenzeiten. Eine diverse Bankenlandschaft kann Ertragsschwankungen besser abfedern (siehe Baum et al. (2020)). Neuere Studien weisen darauf hin, dass unterschiedliche Geschäftsmodelle im Bankensektor unterschiedlich stark zum systemischen Risiko beitragen und in Stressphasen unterschiedlich stark betroffen sind (siehe Ayadi et al. (2025)). Ein diversifizierter Bankensektor, der verschiedene Geschäftsmodelle und Institutsgrößen umfasst, leistet somit einen wichtigen Beitrag, um systemische Risiken zu reduzieren und die Finanzstabilität zu stärken.

Kleinere Banken sind essenziell für die regionale Kreditvergabe und für Wettbewerb im Bankensektor. Während Europa zweifellos große Banken benötigt, um auf internationalen Märkten konkurrenzfähig zu sein und Unternehmen sowie Haushalten weltweit Dienstleistungen anzubieten, spielen kleinere Banken mit regionaler Bindung ebenfalls eine zentrale Rolle für die Wirtschaft. Sie tragen zur flächendeckenden Versorgung mit Finanzdienstleistungen bei, auch in strukturschwachen Regionen, und erweitern das Kreditangebot.

Studien zeigen jedoch, dass kleinere Banken einen überproportional hohen Erfüllungsaufwand in Bezug auf regulatorische Vorschriften haben (siehe Poshakwale et al. (2020) sowie Dia und VanHoose (2018)). Der stetig gewachsene Umfang und die zunehmende Komplexität des regulatorischen Rahmenwerks verstärken diese Problematik. Eine überproportionale regulatorische Belastung kann Markteintritte und Innovationen hemmen sowie Marktkonzentrationen begünstigen. Gleichzeitig bestehen aufseiten der Aufsicht Skaleneffekte, die die Beaufsichtigung kleinerer Institute im Vergleich zu größeren Banken kostenintensiver machen (siehe Eisenbach et al. (2022)). Um diesen Herausforderungen zu begegnen, ist der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, auch bekannt als Proportionalitätsprinzip, in der Finanzregulierung und -aufsicht von zentraler Bedeutung.

Das Proportionalitätsprinzip ist ein zentraler Ansatz in der weltweiten Finanzregulierung und -aufsicht. Es zielt darauf ab, die Finanzstabilität und Resilienz der Banken zu sichern, ein ausgewogenes Kosten-Nutzen-Verhältnis des Erfüllungsaufwands zu ermöglichen, Markteintritte, Wettbewerb und Innovationen zu fördern sowie die effiziente Nutzung knapper Ressourcen in der Aufsicht zu gewährleisten (siehe Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht und Weltbank (2021)). Trotz einheitlicher Zielsetzung unterscheiden sich verschiedene Jurisdiktionen deutlich darin, wie sie dieses Prinzip ausgestalten (siehe Beissinger et al. (2026)). In den USA werden die Vorgaben des Baseler Rahmenwerks hauptsächlich für große und international tätige Banken angewendet, während die EU die Baseler Standards für alle Banken in einem einheitlichen Regelwerk umsetzt (EU Single Rule Book). In Deutschland hat sich bei den Anforderungen an das Risikomanagement das Prinzip der doppelten Proportionalität bewährt: Regulatorische Pflichten und aufsichtliches Handeln unterscheiden sich hier nach Größe, Komplexität und Risikoprofil von Banken. Kleinere und weniger komplexe Institute unterliegen weniger umfangreichen und komplexen Vorgaben als große und international tätige Banken (siehe Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (2022)). Gleichzeitig müssen Banken ihre Risiken ebenfalls abhängig von ihrer Größe, ihrer Komplexität und ihrem Risikoprofil angemessen steuern.

Das europäische regulatorische Rahmenwerk bietet bereits Vereinfachungen für kleinere Banken in Form verschiedener Ausnahmen. Das Proportionalitätsprinzip wird im europäischen regulatorischen Rahmenwerk durch vereinfachte Regeln für kleine, nicht komplexe Institute (Small and Non-Complex Institutions, SNCIs) berücksichtigt. Diese Vereinfachungen greifen aber häufig zu kurz, stellen kein kohärentes System dar und sind über verschiedene Regulierungsbereiche verteilt. Dies führt zu einem limitierten und fragmentierten System von Vereinfachungen und Ausnahmen. Die jüngste Mitteilung der Europäischen Kommission zur Wettbewerbsfähigkeit des Bankensektors benennt diese überproportionale Belastung kleinerer Institute als zentrales Problemfeld, lässt aber – anders als bei grenzüberschreitend tätigen Bankengruppen – bislang offen, welche konkreten Erleichterungen für kleinere und weniger komplexe Institute vorgesehen sind. Dadurch bleibt das europäische Rahmenwerk für kleinere Banken unverhältnismäßig komplex. Andere Länder wie die Schweiz, Großbritannien oder die USA haben eigenständige Regelwerke für kleinere Banken eingeführt, mit Anforderungen, die teilweise deutlich von den Vorgaben für große und international aktive Banken abweichen. Diese Regelwerke bieten signifikante Vereinfachungen, ohne die konservative Ausrichtung der Regulierung und Resilienz der Banken zu gefährden.

Bundesbank und Bafin engagieren sich für ein dediziertes Regelwerk für kleinere Banken. Beide Institutionen setzen sich dafür ein, das regulatorische Regelwerk konsistent, umfassend und zielgerichtet zu vereinfachen. Ein eigenständiges Regelwerk, das über das bestehende Rahmenwerk für SNCIs hinausgeht, würde dies leisten und könnte die Produktivität dieser Institute dadurch stärken, dass sie ihre Ressourcen wieder stärker auf ihr Kerngeschäft verwenden können. Der EZB-Rat hebt in seiner Stellungnahme zur Konsultation der Europäischen Kommission hingegen die Bedeutung von Marktintegration und Skaleneffekten für die Wettbewerbsfähigkeit hervor. Ein eigenständiges Kleinbankenregime steht nicht im Widerspruch zu dieser Perspektive, sondern ergänzt sie durch die Berücksichtigung der Bedürfnisse kleinerer und weniger komplexer Institute.

Ziel der deutschen Aufsicht ist ein verhältnismäßiges Rahmenwerk für kleinere Banken, welches den bürokratischen Aufwand für Institute und Aufsicht reduziert, ohne die Resilienz und Finanzstabilität zu verringern oder Wettbewerbsverzerrungen zu verursachen. Kleinere Banken, die die Zugangsvoraussetzungen erfüllen (Einstufung als SNCI nach Artikel 4 (1) Nummer 145 CRR) könnten in ein separates regulatorisches Regime wechseln. Dieses Regime würde deutlich einfachere und weniger detaillierte Vorgaben enthalten. Beispielsweise könnten granulare risikobasierte Eigenmittelanforderungen durch eine pauschal höhere Anforderung an die Verschuldungsquote der Institute ersetzt werden, oder europäische Leitlinien wären standardmäßig nicht unmittelbar anwendbar, sondern würden spezifisch, für diese Institute angemessen umgesetzt. Denkbare weitere Vereinfachungen sind unter anderem, optional die strukturelle Liquiditätsquote durch eine deutlich leichter zu ermittelnde Anforderung an das Kredit-Einlagen-Verhältnis zu ersetzen oder die Vergütungsvorschriften gezielt für kleinere Institute anzupassen. Der Verlust an Granularität und Risikosensitivität soll durch pauschal höhere Eigenmittelanforderungen ausgeglichen werden. Ein einfaches Rahmenwerk für makroprudenzielle Kapitalpuffer sollte ebenfalls erhalten werden, da Insolvenzen vieler kleiner Banken (too-many-to-fail) erhebliche Auswirkungen auf die Finanzstabilität haben könnten (siehe Acharya und Yorulmazer (2007)). Das Proportionalitätsprinzip zielt primär auf die Reduktion des administrativen Erfüllungsaufwandes der Institute ab. Entscheidend ist, dieses Regime, insbesondere die Zugangsschwelle und die höheren Eigenmittelanforderungen, sorgfältig zu kalibrieren, um Wettbewerbsverzerrungen und Fehlanreize zu vermeiden. Zudem müsste ein derartiges Regime freiwillig sein und sowohl Instituten als auch Aufsicht (beispielsweise im Fall von risikoreicheren Instituten) die Möglichkeit einräumen, der Teilnahme an einem EU-Kleinbankenregime zu widersprechen. Die deutsche Aufsicht hat ein Konzept entwickelt, das auf diesen Prinzipien basiert. Das Konzept wurde sowohl national als auch auf europäischer Ebene den verschiedenen Gesetzgebern und Aufsichtsbehörden sowie Verbänden, Instituten und NGOs vorgestellt.

Ein verhältnismäßiger Regulierungsrahmen stärkt Vielfalt und Resilienz im europäischen Bankensektor. Entscheidend ist, dass Maßnahmen zur Umsetzung des Proportionalitätsprinzips den Erfüllungsaufwand für kleinere Institute deutlich reduzieren, ohne dabei zu einer Deregulierung zu führen. Ein prinzipienorientierter und verhältnismäßigerer Regulierungsrahmen für kleinere Institute ist notwendig, um die Vielfalt des Bankensektors zu bewahren, Markteintritte zu erleichtern und damit Wettbewerb sowie Innovation zu fördern. Gleichzeitig ermöglicht ein solches Rahmenwerk der Aufsicht, die Banken stärker risikoorientiert zu beaufsichtigen und ihre Ressourcen effizienter zu nutzen. Die Diskussionen und Initiativen in europäischen Institutionen und Gremien zeigen, dass die Bedeutung eines proportionalen Regulierungsrahmens erkannt wurde. Mit den für das erste Quartal 2027 angekündigten Legislativvorschlägen der Europäischen Kommission zur Überarbeitung der europäischen Bankenregulierung wird eine konkrete Lösung erwartet.

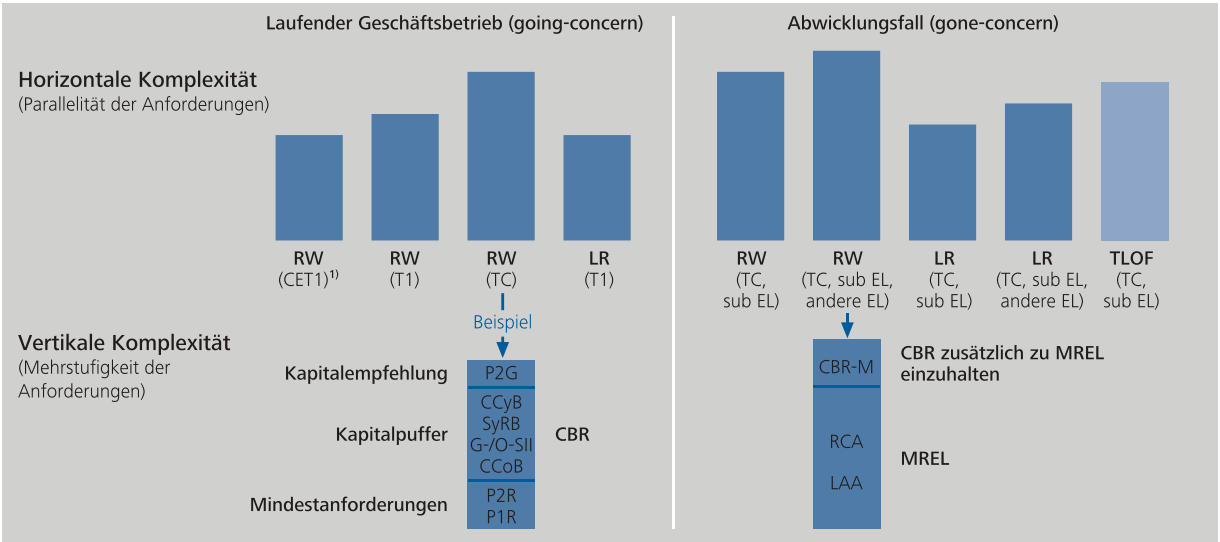
2.2 Vereinfachung des Kapitalrahmens

Die Vereinfachung des Kapitalrahmens ist ein weiterer zentraler Schwerpunkt der Arbeiten der Bundesbank. Der Kapitalrahmen legt fest, wie sich die Eigenmittelanforderungen zusammensetzen und in welcher Höhe sie erfüllt werden müssen. Er umfasst mikroprudenzielle und makroprudenzielle Vorgaben sowie Anforderungen für die Abwicklung von Banken in Schieflage. Der Kapitalrahmen verfolgt mehrere Ziele: Er sichert die Solvenz einzelner Banken, begrenzt systemische Risiken, mildert prozyklisches Verhalten in Stressphasen und gewährleistet, dass im Abwicklungsfall Mittel zur Verlustabsorption und Rekapitalisierung zur Verfügung stehen. Ein Kapitalrahmen ist zwangsläufig multidimensional, da er verschiedene Risiken und regulatorische Ziele berücksichtigen muss. Gleichzeitig hat diese Vielschichtigkeit in der Praxis zu einem komplexen System geführt, das durch hohe horizontale und vertikale Komplexität geprägt ist, welche die aufsichtliche und makroprudenzielle Handlungsfähigkeit einschränken kann (Schaubild 2.2).

Horizontale Komplexität entsteht dadurch, dass Banken mehrere parallel geltende regulatorische Anforderungen erfüllen müssen. Erstens sind Eigenmittelanforderungen für den normalen Geschäftsbetrieb (going-concern) einzuhalten. Außerdem gelten für Institute, für die laut Abwicklungsplan eine Abwicklung vorgesehen ist,[6] zusätzliche Anforderungen an die Verlustabsorptions- und Rekapitalisierungsfähigkeit (gone-concern). Diese Vorgaben sollen sicherstellen, dass Anteilseigner und Gläubiger eines Instituts im Abwicklungsfall Verluste tragen und das Institut anschließend rekapitalisiert werden kann, ohne die Finanzstabilität zu gefährden oder öffentliche Mittel zu beanspruchen. Zweitens sind die Anforderungen sowohl relativ zu ihren risikogewichteten Aktiva (RWA) definiert als auch ungewichtet in Form der Leverage Ratio ausgestaltet. Die ungewichteten Vorgaben sollen verhindern, dass Risiken aufgrund sehr niedriger Risikogewichte unterschätzt werden. Drittens beinhalten die risikogewichteten und ungewichteten Kapitalquoten teilweise unterschiedliche Kapitalbestandteile.

Aktueller Kapitalrahmen

Schaubild 2.2



1 Die für die Erfüllung der Anforderungen jeweils zulässigen Finanzinstrumente sind in Klammern aufgeführt. **RW** = risikogewichtete Anforderung. **LR** = ungewichtete Anforderung (Verschuldungsquote). **TLOF** = Gesamtverbindlichkeiten und Eigenmittel. **CET1** = hartes Kernkapital. **T1** = Kernkapital. **TC** = Gesamtkapital. **EL** = berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten; **sub EL** = nachrangige Verbindlichkeiten; **andere EL** = andere, nichtnachrangige Verbindlichkeiten. **P2G** = Säule-2-Empfehlung. **CCyB** = antizyklischer Kapitalpuffer. **SyRB** = Systemrisikopuffer. **G-/O-SII** = Puffer für global oder anderweitig systemrelevante Institute. **CCoB** = Kapitalerhaltungspuffer. **P1R** = Säule-1-Anforderung. **P2R** = Säule-2-Anforderung. **CBR** = kombinierte Kapitalpufferanforderung. **MREL** = Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten. **CBR-M** = kombinierte Kapitalpufferanforderung zusätzlich zu MREL. **RCA** = Rekapitalisierungsbetrag, kann einen Marktvertrauenszuschlag enthalten. **LAA** = Verlustabsorptionsbetrag.

Deutsche Bundesbank

6 In der EU erstellt die zuständige Abwicklungsbehörde für jedes Institut einen Abwicklungsplan, in dem festgehalten wird, ob im Krisenfall eine Abwicklung im öffentlichen Interesse ist oder ein Insolvenzverfahren angewandt wird. In bestimmten Fällen können zusätzliche Anforderungen an die Verlustabsorptions- und Rekapitalisierungsfähigkeit auch für Institute gelten, für die im Abwicklungsplan ein Insolvenzverfahren vorgesehen ist.

Vertikale Komplexität ergibt sich daraus, dass diese Anforderungen teils aus mehreren Schichten bestehen. Die risikogewichteten Anforderungen im laufenden Geschäftsbetrieb (going-concern) setzen sich aus Mindestanforderungen (P1R und P2R), mehreren Kapitalpuffern (CBR) sowie institutsspezifischen Eigenmittelempfehlungen (Pillar 2-Guidance, P2G) zusammen. Diese Elemente unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Zielsetzung, Kalibrierung, zuständiger Behörde und den Konsequenzen bei einer Unterschreitung. Auch der Abwicklungsrahmen hat mehrere Schichten: Er umfasst Vorgaben zur Verlustabsorption, Rekapitalisierung und Wiederherstellung des Marktvertrauens. Eigenmittelbestandteile können teilweise sowohl im Kapitalrahmen als auch im Abwicklungsrahmen doppelt angerechnet werden. Dies führt zu Überschneidungen zwischen den Anforderungen für den laufenden Geschäftsbetrieb und Anforderungen an die Abwicklungsfähigkeit.

Die Komplexität des Kapitalrahmens kann seine Transparenz und Wirksamkeit verringern. Die Vielzahl parallel geltender Anforderungen macht den Rahmen unübersichtlich und erschwert die Anwendung. Für Banken und Aufsicht führt die Komplexität zu erhöhtem administrativem Aufwand, insbesondere bei der Kapitalplanung der Institute. Andere Marktteilnehmer oder -beobachter haben oft Schwierigkeiten, die relevanten und bindenden Anforderungen zu erkennen. Darüber hinaus können unerwünschte Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Vorgaben auftreten. In Stressphasen besteht die Gefahr, dass einzelne Anforderungen ihre beabsichtigte Wirkung nicht vollständig entfalten. Dies kann die Wirksamkeit des Kapitalrahmens insgesamt beeinträchtigen und die Stabilität des Finanzsystems schwächen.

Ein zentrales Beispiel dafür ist die eingeschränkte Nutzbarkeit von makroprudenziellen Kapitalpuffern. Kapitalpuffer sollen es Banken ermöglichen, in Stressphasen Verluste aufzufangen, ohne ihre Kreditvergabe übermäßig einzuschränken. Wenn jedoch dasselbe Eigenkapital sowohl zur Erfüllung von Kapitalpuffern als auch für parallele Mindestanforderungen wie die Leverage Ratio oder Vorgaben aus dem Abwicklungsrahmen angerechnet wird, können Banken ihre Puffer nur eingeschränkt zur Verlustabsorption nutzen, ohne zugleich gegen andere Mindestanforderungen zu verstoßen (siehe Europäischer Ausschuss für Systemrisiken (2021), Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (2022) sowie Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2024)). In solchen Fällen könnten Banken gezwungen sein, ihre Bilanz zu verkleinern, um die regulatorischen Vorgaben einzuhalten, anstatt die Kreditvergabe aufrechtzuerhalten. Auf systemischer Ebene kann diese Einschränkung dazu führen, dass Kapitalpuffer ihre Funktion nicht mehr erfüllen: Statt Schocks abzufedern, könnte das Bankensystem diese prozyklisch verstärken. Dies könnte die Stabilität des Finanzsystems in Stressphasen erheblich belasten.

Die eingeschränkte Nutzbarkeit von Kapitalpuffern betrifft insbesondere große Banken. Bei deutschen Instituten, die unter der SSM-Aufsicht stehen, ist nur etwas mehr als die Hälfte der vorhandenen Puffer effektiv nutzbar. Das bedeutet, diese Puffer können ohne Überschneidungen mit anderen Anforderungen eingesetzt werden (Schaubild 2.3). Bei den SSM-Banken in anderen Ländern liegt der nutzbare Anteil nur geringfügig höher. Die Puffernutzbarkeit ist dabei unterschiedlich stark eingeschränkt. Während einige Banken ihre Puffer vollständig oder nahezu vollständig nutzen können, verfügen andere kaum über effektiv nutzbare Puffer – obwohl sie die regulatorischen Anforderungen vollständig erfüllen.

Höhe und Nutzbarkeit der Kapitalpuffer

Schaubild 2.3

in % der risikogewichteten Aktiva

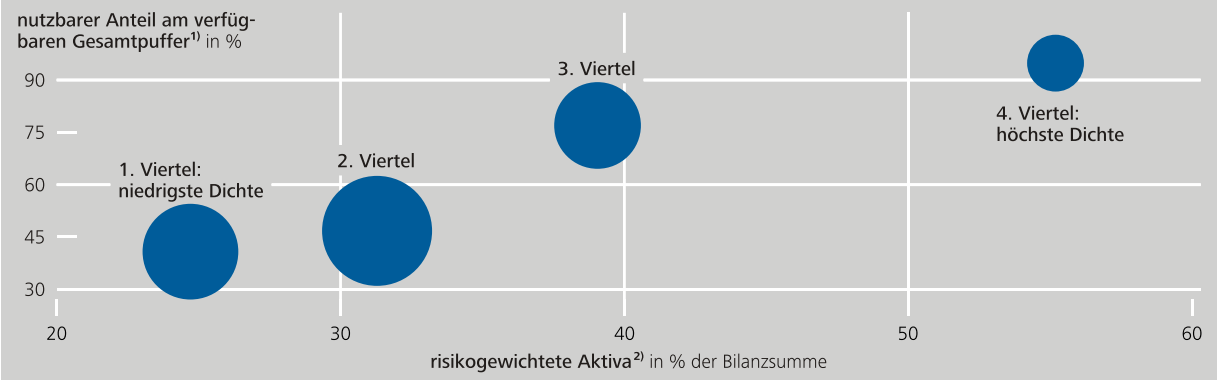


Quelle: Europäische Aufsichtsdaten.
Deutsche Bundesbank

Eine geringe Risikodichte ist ein zentraler Faktor für die eingeschränkte Nutzbarkeit makroprudenzieller Kapitalpuffer. Kapitalpuffer sind derzeit überwiegend im risikogewichteten Rahmenwerk definiert. Sind die RWA einer Bank relativ zur ungewichteten Bilanzsumme niedrig, weist sie eine geringe Risikodichte auf. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die absoluten Mindest-Eigenmittelanforderungen aus der Leverage Ratio oder dem Abwicklungsrahmenwerk bindend werden, bevor die risikogewichteten Kapitalpuffer vollständig genutzt sind – die Nutzbarkeit der Kapitalpuffer ist wegen der geringen Kapitalisierung der Bank eingeschränkt. Schaubild 2.4 verdeutlicht den Zusammenhang zwischen Risikodichte und Puffernutzbarkeit für europäische signifikante Institute (SI). Banken mit niedrigen Risikodichten haben tendenziell auch eine geringere Puffernutzbarkeit.

Puffernutzbarkeit bedeutender Institute (SIs) des SSM, vier Gruppen nach RWA-Dichte*)

Schaubild 2.4



Quelle: Europäische Aufsichtsdaten. * Die signifikanten Institute (SI) im SSM wurden basierend auf ihrer Risikodichte in vier gleich große Gruppen (Quartile) eingeteilt, von den Banken mit der niedrigsten bis zu denen mit der höchsten RWA-Dichte. Jeder Punkt enthält somit etwa ein Viertel der 106 SI mit verfügbaren Informationen. Die Größe des Punktes steht für die Summe der Bilanzen in der Gruppe. Ein großer Punkt bedeutet also, dass die Banken dieser Gruppe im Durchschnitt größer sind. **1** Die Puffer umfassen die kombinierten Pufferanforderungen und die Säule 2-Empfehlung (P2G). **2** Die RWA-Dichte ist auf Bankebene als RWA/Bilanzsumme berechnet und dann bilanzgewichtet über die Gruppe der Banken aggregiert.

Deutsche Bundesbank

Eine grundlegende Lösung bestünde darin, die Doppelanrechenbarkeit von Eigenmitteln für Puffer und Mindestanforderungen einzuschränken. Eigenmittel, die zur Erfüllung von Pufferanforderung dienen, dürften dann nicht zugleich zur Erfüllung ungewichteter Mindestkapital- oder Abwicklungsanforderungen angerechnet werden. Die Abwicklungsanforderungen, wie die Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities, MREL), könnten zusätzlich zu den Eigenmittelanforderungen im laufenden Geschäftsbetrieb (going-concern) ausgestaltet werden. Zur Verfügung stünden dafür hartes Kernkapital (Common Equity Tier 1, CET1), das nicht bereits für Puffer angerechnet wird, sowie zusätzliches Kernkapital (Additional Tier 1, AT1), und Ergänzungskapital (Tier 2, T2) sowie berücksichtigungsfähige – vorzugsweise nachrangige – Verbindlichkeiten. Im laufenden Geschäftsbetrieb würde der Fokus dagegen primär auf CET1 liegen. Durch diese klare Trennung würden der Kapitalrahmen vereinfacht und die Funktionen der einzelnen Bestandteile klarer definiert. CET1 würde vorrangig der Verlustabsorption im normalen Geschäftsbetrieb dienen, während MREL die Verlusttragung und Rekapitalisierung im Abwicklungsfall sicherstellt. Dies würde verhindern, dass die Nutzung von Kapitalpuffern in Konflikt mit der Einhaltung anderer Anforderungen gerät. Gleichzeitig wäre die horizontale Komplexität des Kapitalrahmens deutlich reduziert.

Eine Übersetzung der risikogewichteten Kapitalpuffer in das Leverage-Ratio-Rahmenwerk würde die Puffernutzbarkeit ebenfalls erhöhen. Eine mögliche Lösung wäre, risikogewichtete Pufferanforderungen systematisch in eine ergänzende ungewichtete Pufferanforderung zur Leverage Ratio zu übertragen. Dies könnte über einen festen Umrechnungsfaktor erfolgen, wie es bereits beim Leverage-Ratio-Puffer für global systemrelevante Institute (G-SII) umgesetzt wird. Banken, deren risikogewichteter Puffer durch die Leverage-Ratio-Mindestanforderung blockiert ist, könnten so einen nutzbaren Puffer auf Basis der Leverage Ratio erhalten. Die Leverage Ratio hat bisher eine Rückfallfunktion für die risikogewichteten Mindestanforderungen. Mit dieser Anpassung würde sie diese Rolle auch für die risikogewichteten Puffer übernehmen.

Auch ohne die beschriebene grundlegende Reform würde die vollständige Umsetzung des Output Floors die Puffernutzbarkeit zumindest verbessern. Der Output Floor begrenzt, wie stark Banken ihre RWA durch interne Modelle im Vergleich zum Standardansatz reduzieren können. Dadurch steigen die RWA und die Risikodichte bei betroffenen Instituten. Neben der primär intendierten Wirkung der Begrenzung übermäßiger Eigenmittelvorteile und Modellvariationen führt dies auch dazu, dass ungewichtete Mindestanforderungen seltener die Nutzung risikogewichteter Kapitalpuffer einschränken. In der EU wird der Output Floor schrittweise bis zum Jahr 2030 eingeführt. Für bestimmte Bestandteile gelten Übergangsregelungen bis Ende 2032. Eine vollständige Umsetzung des Output Floors ist entscheidend, damit er seine positive Wirkung auf die Puffernutzbarkeit vollständig entfalten kann.

Auch die makroprudenziellen Puffervorgaben könnten durch Reduzierung der Elemente einfacher und übersichtlicher gestaltet werden. Der antizyklische Kapitalpuffer (CCyB) und der (sektorale) Systemrisikopuffer (SyRB) könnten zu einem einheitlichen freigebbaren Puffer zusammengeführt werden. Dieser Puffer würde frühzeitig aufgebaut und stünde in Stressphasen für eine Freigabe zur Verfügung, um den makroprudenziellen Handlungsspielraum zu sichern (siehe Deutsche Bundesbank (2024)). Eine Freigabe würde Banken zusätzlichen Spielraum zur Verlustabsorption und Kreditvergabe bieten. Die zielgerichtete sektorale Anwendbarkeit sollte auch im neuen Instrument erhalten bleiben. Die Kalibrierung könnte EU-weit stärker harmonisiert werden, soweit nationale Unterschiede im Finanz- und Konjunkturzyklus dies zulassen. Diese Vereinfachung würde die vertikale Komplexität reduzieren, die Pufferarchitektur transparenter und einfacher handhabbar machen sowie das Reziprozitätsregime vereinfachen. Diese Maßnahme allein würde die Überschneidungen mit anderen Eigenmittelanforderungen und damit die eingeschränkte Puffernutzbarkeit jedoch nicht beseitigen.

3 Ausblick auf den europäischen Prozess

Mit ihrer Mitteilung vom 17. Juli 2026 hat die Europäische Kommission einen Prozess zur Weiterentwicklung der europäischen Bankenregulierung angestoßen, der im ersten Quartal 2027 in konkrete Gesetzgebungsvorschläge münden soll. Die „Mitteilung zur Wettbewerbsfähigkeit des Bankensektors und zum Binnenmarkt im Bankwesen“ greift zentrale Themen der vergangenen Jahre auf. Diese wurden unter anderem im Draghi-Bericht, in den Arbeiten der EZB-HLTF und in der Konsultation der Europäischen Kommission hervorgehoben. Die Europäische Kommission benennt drei zentrale Herausforderungen: die Fragmentierung des europäischen Bankenmarkts, die Umsetzung internationaler Standards unter Berücksichtigung europäischer Besonderheiten sowie die hohe Komplexität des regulatorischen Rahmens und den damit verbundenen administrativen Aufwand für Banken und Aufsichtsbehörden.

Die Initiative der Europäischen Kommission ist grundsätzlich sinnvoll. Sie behandelt wichtige Themen wie Vereinfachung und Wettbewerbsfähigkeit, ohne einen umfassenden Deregulierungsansatz zu verfolgen. Ziel sollte es sein, das bestehende Regelwerk wirksamer, proportionaler und einfacher handhabbar zu gestalten, ohne die Resilienz des europäischen Bankensektors zu schwächen. Insbesondere bei der Proportionalität, der Komplexität der Eigenmittelanforderungen und der Reduktion unnötiger administrativer Belastungen liegt erhebliches Potenzial zur Vereinfachung.

Die administrative Belastung ist für kleinere und weniger komplexe Institute im aktuellen Rahmenwerk besonders hoch. Ein eigenständiges europäisches Kleinbankenregime könnte über die bisher isolierten Erleichterungen für SNCIs hinausgehen. Es könnte die regulatorischen Anforderungen stärker an die Größe, das Geschäftsmodell und das Risikoprofil der Institute anpassen. Ein möglicher Verlust der Risikosensitivität in den Anforderungen für diese Banken sollte jedoch stets durch konservativere Vorgaben für Eigenmittel ausgeglichen werden.

Bei den Kapital- und Abwicklungsanforderungen ließe sich das Regelwerk einfacher gestalten, insbesondere um die Nutzbarkeit makroprudenzieller Kapitalpuffer zu verbessern. Die Europäische Kommission greift dieses Thema in ihrer Mitteilung auf, bleibt jedoch bei den angekündigten Maßnahmen unkonkret. Eine bessere Nutzbarkeit bestehender makroprudenzieller Puffer und eine klarere Struktur der Kapital- und Abwicklungsanforderungen könnten die Wirksamkeit des makroprudenziellen Rahmens erhöhen (siehe Europäische Zentralbank und Europäischer Ausschuss für Systemrisiken (2026) sowie Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2026)). Gleichzeitig müssen die Verlustabsorptionsfähigkeit und die Resilienz des Bankensektors erhalten bleiben.

Eine stärkere Integration der europäischen Bankenmärkte erfordert ein koordiniertes und iteratives Vorgehen. Die Europäische Kommission kündigt unter anderem Erleichterungen für grenzüberschreitende Kapital- und Liquiditätsströme sowie einen neuen Vorschlag für ein europäisches Einlagensicherungssystem (European Deposit Insurance Scheme, EDIS) an. Eine stärkere Integration könnte die Effizienz und Risikoteilung im europäischen Bankensektor grundsätzlich verbessern. Dabei gilt es, die Finanzstabilität, die tatsächliche Verfügbarkeit von Kapital und Liquidität im Krisenfall sowie den Schutz von Einlegern und nationalen Sicherheitsnetzen zu gewährleisten. Daneben sollte die Ratifizierung des ESM-Vertrags als Letztsicherung (Common Backstop) für den Einheitlichen Abwicklungsfonds (SRF) und die wirksame Begrenzung des sogenannten „Staaten-Banken-Nexus“ (siehe Deutsche Bundesbank (2026b)) erfolgen, um die Bankenunion weiter zu stärken. Gleichzeitig ist die Funktionsfähigkeit von zusätzlicher freiwilliger Einlagensicherung und Institutssicherung zu bewahren.

Hindernisse für grenzüberschreitendes Bankgeschäft liegen nicht vorrangig im Bereich der prudenziellen Regulierung. Unterschiedliche nationale Regelungen, etwa im Insolvenz- und Verbraucherschutzrecht, können grenzüberschreitende Geschäftsmodelle ebenfalls erschweren. Diese Aspekte sollten daher bei der weiteren Integration berücksichtigt werden. Die Europäische Kommission greift dieses Thema zu Recht auf und geht auch nicht-prudenzielle Hemmnisse an.

Die Europäische Kommission hat angekündigt, im ersten Quartal 2027 konkrete Gesetzgebungsvorschläge vorzulegen und den Prozess bis Ende 2027 im Rahmen des Fahrplans „Ein Europa, ein Markt“ abzuschließen. Der Zeitplan ist angesichts der Breite und Komplexität der vorgesehenen Änderungen ambitioniert. Die angekündigte Gesetzgebung bietet die Chance, die europäische Bankenregulierung strukturell zu vereinfachen und bestehende Schwachstellen zu beheben. Die Dynamik des Prozesses sollte insbesondere genutzt werden, um substanzielle Fortschritte bei Proportionalität, Vereinfachung und der besseren Nutzbarkeit makroprudenzieller Kapitalpuffer zu erzielen.

Exkurs

Die 9. MaRisk-Novelle als nationale Maßnahme zur Vereinfachung des regulatorischen Rahmenwerks

Mit der 9. MaRisk-Novelle verfolgen Bundesbank und Bafin das Ziel, die Mindestanforderungen an das Risikomanagement grundlegend zu vereinfachen und deren prinzipienorientierten Charakter hervorzuheben. Das Rundschreiben, welches sich künftig nur noch an LSIs richtet, wurde hierzu umfassend überarbeitet, um das Proportionalitätsprinzip zu stärken und regulatorische Komplexität zu reduzieren. Anstelle detaillierter Einzelvorgaben setzt die Novelle auf einen gestrafften Regelungstext und klar formulierte Grundsätze. Dadurch erhalten Institute größere Spielräume bei der Ausgestaltung ihres Risikomanagements und können die Anforderungen stärker an ihr jeweiliges Geschäftsmodell, ihre Größe, Komplexität und Risikolage anpassen.

Dieser Ansatz stärkt die Eigenverantwortung der Institute. Die Aufsicht verzichtet in größerem Umfang auf detaillierte Vorgaben und rückt stattdessen die Angemessenheit und Wirksamkeit der institutsindividuellen Risikosteuerung in den Mittelpunkt. Maßgeblich bleibt, dass die Institute die in den MaRisk formulierten Prinzipien nachvollziehbar umsetzen und ihre Risiken sachgerecht identifizieren, steuern und überwachen.

Die 9. MaRisk-Novelle ist dabei nicht als Deregulierung zu verstehen. Die grundlegenden Anforderungen an ein wirksames Risikomanagement bleiben bestehen; flexibler ausgestaltet wird vor allem der Weg zu ihrer Erfüllung. Institute müssen daher weiterhin, insbesondere im Rahmen aufsichtlicher Prüfungen, nachweisen können, dass ihre individuellen Lösungen den aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechen und somit ein angemessenes Risikomanagement gewährleisten.

Insgesamt leistet die Novelle einen Beitrag zur Vereinfachung des regulatorischen Rahmenwerks und zur Stärkung des Proportionalitätsprinzips. Davon profitieren insbesondere kleine und sehr kleine Institute, ohne dass die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Stabilität, Risikotransparenz und Governance aufgeweicht werden. Die Reform steht damit für eine stärker prinzipienbasierte Bankenaufsicht, die Vereinfachung mit institutsbezogener Verantwortung verbindet.

Literaturverzeichnis

Acharya, V. V. und T. Yorulmazer (2007), Too Many to Fail – An Analysis of Time-Inconsistency in Bank Closure Policies, Journal of Financial Intermediation, Vol. 16(1), S. 1 – 31.

Ayadi, R., P. Bongini, B. Casu und D. Cucinelli (2025), The Origin of Financial Instability and Systemic Risk: Do Bank Business Models Matter?, Journal of Financial Stability, Vol. 78, Artikel 101403.

Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (2022a), High-level considerations on proportionality, Juli 2022.

Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (2022b), Buffer usability and cyclicality in the Basel framework, Oktober 2022.

Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (2022c), Evaluation of the impact and efficacy of the Basel III reforms, Dezember 2022.

Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (2010), An assessment of the long-term economic impact of stronger capital and liquidity requirements, August 2010.

Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht und Weltbank (2021), Proportionality in bank regulation and supervision – A joint global survey, Juli 2021.

Baum, C. F., C. Forti Grazzini und D. Schäfer (2020), Institutional Diversity in Domestic Banking Sectors and Bank Stability: A Cross-Country Study, DIW Berlin Discussion Paper, Nr. 1869.

Behn, M. und A. Reghezza (2025), Capital requirements: a pillar or a burden for bank competitiveness?, ECB Occasional Paper Series, Nr. 376.

Beissinger, J., R. Coelho und R. Zamil (2026), Simple, resilient and proportional: revisiting regulation for small banks, FSI Insights on Policy Implementation, Nr. 78.

Buchholz, M., A. Loeffler und P. Sigel (2025), Do capital requirements and their international differences affect banks' profitability?, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Nr. 31/2025.

Deutsche Bundesbank (2026a), Resilienz statt Deregulierung: Warum solide Regulierung Wachstum sichert, Juli 2026.

Deutsche Bundesbank (2026b), Fiskalische Risiken und Finanzstabilität: Reformoptionen für den Staaten-Banken-Nexus im Euroraum, Monatsbericht, September 2026.

Dia, E. und D. VanHoose (2018), Fixed Costs and Capital Regulation: Impacts on the Structure of Banking Markets and Aggregate Loan Quality, Journal of Financial Stability, Vol. 36, S. 53 – 65.

Eisenbach, T. M., D. O. Lucca und R. M. Townsend (2022), Resource Allocation in Bank Supervision: Trade-Offs and Outcomes, The Journal of Finance, Vol. 77(3), S. 1685 – 1736.

Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2026), EBA Report on Simplifying the Stacking Orders of the EU Prudential and Resolution Framework, Juni 2026.

Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2024), Stacking orders and capital buffers: Reflections on management buffer practices in the EU, Juli 2024.

Europäischer Ausschuss für Systemrisiken (2021), Report of the Analytical Task Force on the overlap between capital buffers and minimum requirements, Dezember 2021.

Europäische Kommission (2026a), Commission outlines measures to strengthen Europe's banking sector and to support growth, 17. Juli 2026.

Europäische Kommission (2026b), Competitiveness of the Banking Sector and the Single Market in Banking, Mitteilung der Kommission, COM(2026) 615 final, 17. Juli 2026.

Europäische Kommission (2026c), Targeted consultation on the competitiveness of the EU banking sector, Konsultationsdokument, 11. Februar 2026.

Europäisches Parlament, Rat der Europäischen Union und Europäische Kommission (2026), One Europe, One Market, April 2026.

Europäische Zentralbank (2025), Simplification of the European prudential regulatory, supervisory and reporting framework, Dezember 2025.

Europäische Zentralbank und Europäischer Ausschuss für Systemrisiken (2026), Report of the ECB-ESRB workstream on buffer usability, April 2026.

Jordà, Ò., B. Richter, M. Schularick und A. M. Taylor (2021), Bank Capital Redux: Solvency, Liquidity, and Crisis, The Review of Economic Studies, Vol. 88(1), S. 260 – 286.

Poshakwale, S., D. Aghanya und V. Agarwal (2020), The Impact of Regulations on Compliance Costs, Risk-Taking, and Reporting Quality of EU Banks, International Review of Financial Analysis, Vol. 68, Artikel 101431.

Ein disaggregierter Blick auf den jüngsten Anstieg der deutschen Inflationsrate im Vergleich zur Hochinflationsphase 2022

Durch den Krieg im Nahen Osten stieg die Inflationsrate im laufenden Jahr erneut merklich an. Die Vorjahresrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) in Deutschland erreichte zuletzt im September 3,3 %. Mineralölprodukte verteuerten sich aufgrund der Blockade der Straße von Hormus und ausgefallener Raffineriekapazitäten besonders stark. Jenseits von Energie erhöhte sich die Preisdynamik bisher noch nicht wesentlich. Die Erfahrung aus der Hochinflationsphase um das Jahr 2022 zeigt jedoch, dass sich indirekte Effekte von Energiepreisschocks erst allmählich und teils mit erheblicher Verzögerung bei Nahrung, Industriegütern ohne Energie und Dienstleistungen bemerkbar machen. Sie können zudem sehr persistent sein.

Dieser Aufsatz wirft einen detaillierten Blick auf den Verlauf der deutschen Inflationsrate in den letzten Jahren. Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Preisentwicklung in den einzelnen Konsumbereichen ist hierfür eine disaggregierte Analyse nach den Bereichen Energie-, Nahrungsmittel-, Industriegüter- sowie Dienstleistungsinflation hilfreich. Sie lässt sich anhand des disaggregierten Inflationsprognosemodells der Bundesbank durchführen. Den Ergebnissen zufolge sind die wichtigsten preisbestimmenden Faktoren internationale Rohstoffpreise und Lieferbedingungen, aber auch die Lohnentwicklung und der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad sind bedeutsam. Inflationserwartungen können eine wichtige Rolle bei der Weitergabe von externen Schocks auf die Kerninflation spielen.

Derzeit ist davon auszugehen, dass die Inflationsrate in Deutschland bis ins nächste Jahr hinein merklich erhöht bleibt. Dafür spricht, dass sich der durch die Rohstoffpreisschocks ausgelöste Inflationsdruck nur langsam abbaut. Im Moment gibt es zwar wenig Anzeichen dafür, dass die Inflationsrate einen ähnlich steilen Pfad wie ab 2022 nimmt. Die Analysen zeigen jedoch, dass die Rückkehr zur 2 %-Marke einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Der Ausblick hängt dabei stark von der Entwicklung im Nahen Osten ab, und die Risiken sind aufwärtsgerichtet.

1 Deutsche Inflationsrate von jüngstem Energiepreisschock geprägt

Seit dem Frühjahr 2026 hat sich die Teuerung in Deutschland wieder spürbar erhöht. Der Krieg im Nahen Osten und die damit verbundene Schließung der Straße von Hormus sowie die Verknappung der Raffineriekapazitäten ließen insbesondere die Rohöl- und Mineralölpreise sprunghaft steigen und erhöhten die Inflationsrate von 2,0 % im Februar auf 3,3 % im September. Ähnlich hohe Werte hatte es vor der Hochinflationsphase um das Jahr 2022 [1)] lediglich in den Jahren 2007/08 gegeben, als eine Erhöhung der Mehrwertsteuer [2)] mit stark steigenden Nahrungsmittelrohstoffpreisen [3)] und einer überhitzenden Wirtschaft zusammentraf. Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 sank die Inflationsrate allerdings wieder stark. Im Durchschnitt lag die Inflationsrate in Deutschland zwischen den Jahren 1999 bis 2019 bei 1,5 %. [4)] Berücksichtigt man zusätzlich die Hochinflationsphase, so lag der Mittelwert bis Ende 2025 bei 2,0 %. Die Inflationsrate erreichte somit zuletzt wieder deutlich überdurchschnittliche Werte.

Verglichen mit 2022 ist der Anstieg der Inflationsrate bisher weniger stark. Die Hochinflationsphase 2022 verlief in zwei Schüben. Zuerst wirkte die Wiedereröffnung der Wirtschaft nach den weltweiten Lockdowns bei weiterhin bestehenden Lieferengpässen preistreibend. Dabei trug die temporäre Mehrwertsteuersenkung von Juli bis Dezember 2020 in Deutschland zum Anstieg der Inflationsrate zwischen Juli und Dezember 2021 bei. Zudem zogen die Erdgaspreise seit Mitte 2021 an, unter anderem infolge verminderter russischer Gaslieferungen. Bis Januar 2022 war die Inflationsrate schon auf 5,1 % gestiegen, von 2,0 % im Juni 2021. Mit Russlands Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 folgte ein zweiter, deutlich stärkerer Preisschock, infolgedessen insbesondere die Preise für Gas, Strom und Nahrungsmittel kräftig anzogen.

1 Im Folgenden wird der Zeitraum von etwa Mitte 2021 bis Anfang 2025, in der die Inflationsrate in Deutschland merklich oberhalb von 2 % lag, vereinfachend mit dem Jahr 2022 umschrieben.

2 Vgl. zum Beispiel: Deutsche Bundesbank (2008).

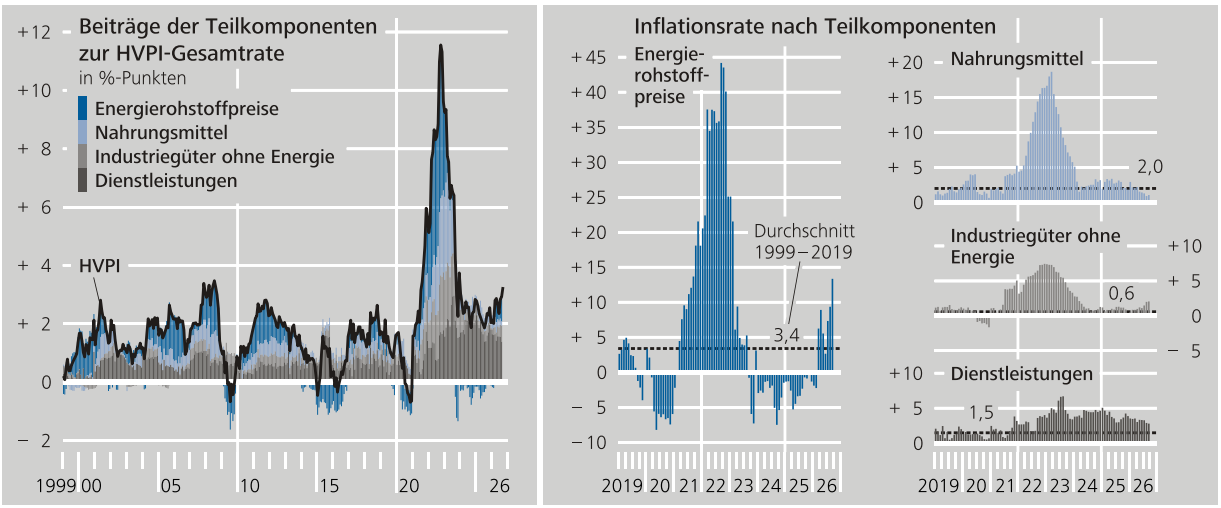
3 Vgl. zum Beispiel: Deutsche Bundesbank (2009).

4 Im Folgenden werden ausschließlich HVPI-Zahlen kommentiert. Die durchschnittliche VPI-Rate lag von 1999 bis 2019 bei 1,4 %.

Inflationsrate (HVPI) in Deutschland – disaggregierte Sicht

Schaubild 3.1

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quellen: Destatis, EZB und eigene Berechnungen.

Deutsche Bundesbank

Ein disaggregierter Analyseansatz hilft, die Transmission der vielfältigen Schocks auf die Inflationsrate zu beurteilen und zu verstehen, ob sich Schocks zu einem breit basierten Phänomen auswachsen. Das disaggregierte Inflationsanalyse und -prognosemodell (Disaggregate Inflation Projection Lab, DIPL) der Bundesbank unterteilt die Inflationsrate zunächst in die Spezialaggregate Nahrungsmittel, Energie, Industriegüter und Dienstleistungen.[5)] Der Warenkorb des HVPI setzt sich zu rund 10 % aus Energie, zu rund 15 % aus Nahrung und zu rund 25 % aus anderen Waren zusammen. Dienstleistungen machen fast 50 % des Warenkorbs aus. Diese Gruppen werden nochmals unterteilt, um den speziellen Eigenschaften einzelner Bereiche wie zum Beispiel Reisedienstleistungen, Kraftstoffpreise oder Obst und Gemüse Rechnung zu tragen. Gerade in Phasen großer Schocks, die zu stark divergierenden Preisbewegungen führen, hat der Ansatz Vorteile gegenüber aggregierten Modellen.[6)] Beispielsweise treffen große Energiepreisschocks typischerweise zunächst wenige HVPI-Komponenten direkt und breiten sich erst mit Verzögerung über Vorleistungen, Löhne oder Erwartungen auf andere Konsumbereiche aus.[7)] Nach der Eskalation im Nahen Osten sprang die Teuerung der Energieprodukte – deren Preise zuvor gesunken waren – auf zuletzt mehr als 10 %. Die Teuerungsrate der Konsumgüter jenseits von Energie stieg dagegen im Durchschnitt nicht nennenswert an, blieb aber seit der Hochinflationsphase im historischen Vergleich erhöht.[8)]

5 Vgl. Exkurs „Das disaggregierte Inflationsanalyse- und Prognosemodell der Bundesbank“.

6 Vgl. zur Einbettung der disaggregierten Inflationsprognose in den gesamtwirtschaftlichen Kontext den Exkurs „Die gesamtwirtschaftlichen Projektionen des Eurosystems und die Rolle kurzfristiger Inflationsprognosen“.

7 Vgl.: Wehrhöfer (2026).

8 Der Anstieg bei Industriegütern in den letzten zwei Monaten ist im Wesentlichen auf eine Änderung der Arzneimittelpreisverordnung zurückzuführen.

2 Internationales Umfeld heute anders als 2022

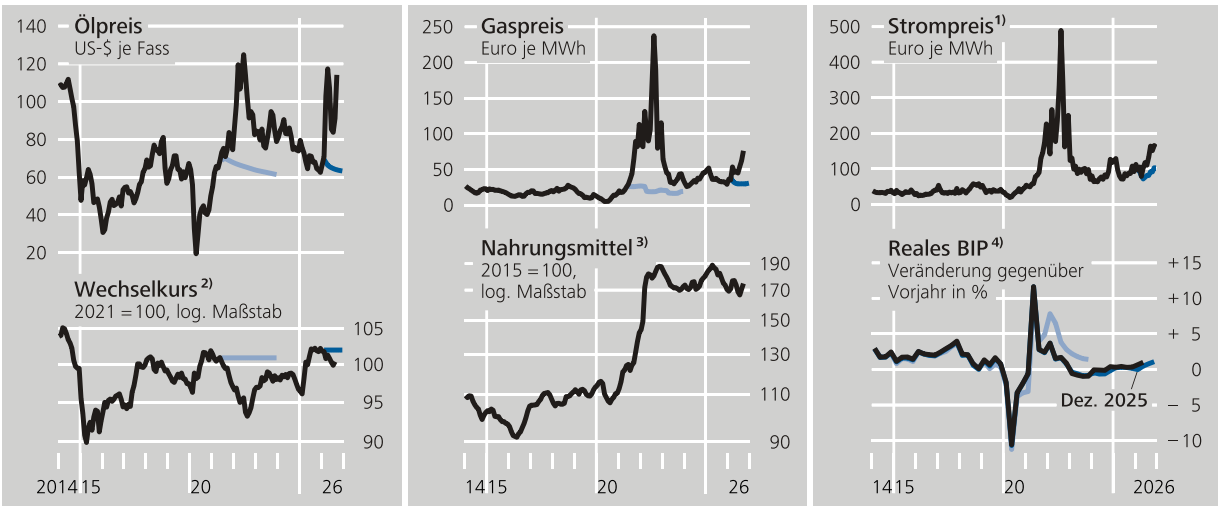
Die aktuelle Situation ist bisher vor allem durch einen starken Anstieg der Ölpreise geprägt. [9)] So sind die Rohölnotierungen seit Beginn der Eskalation im Nahen Osten sogar etwas stärker gestiegen als in der Hochinflationsphase 2022, nämlich um bislang rund 70 %, wobei der starke Anstieg bisher kürzer als 2022 anhält. Das Ausmaß der Überraschung war ähnlich, wenn man jeweils die tatsächliche Entwicklung mit den Erwartungen vor der Eskalation vergleicht, also mit Terminnotierungen vom Juni 2021 beziehungsweise denen vom Februar 2026. In der aktuellen Situation kommt hinzu, dass Raffineriekapazitäten in einigen Ländern weggefallen sind, was den Kostendruck auf den nachgelagerten Produktionsstufen, bei der Herstellung von Mineralölprodukten, zusätzlich erhöht hat.

Die Großhandelspreise für Erdgas und Strom sind dagegen in Europa bisher deutlich weniger stark gestiegen als 2022. Die europäischen Erdgaspreise stiegen von Mitte 2021 bis zu ihrem Höhepunkt 2022 um 700 %. Damals konnten die wegfallenden russischen Gaslieferungen, welche bis dahin einen sehr hohen Anteil an den europäischen Importen ausmachten, aufgrund von Infrastrukturengpässen kurzfristig nur schwer und kostspielig ersetzt werden. [10)] Zudem waren die Gasmärkte damals bereits vor Krisenbeginn aufgrund einer lebhaften Gasnachfrage angespannt. Im Vergleich dazu fällt der bisherige Anstieg seit Anfang 2026 moderater aus, was auch daran liegt, dass der globale Angebotsausfall dieses Mal insgesamt kleiner ausfällt und sich auf eine größere Anzahl an Abnehmerländern verteilt. Allerdings kann ein Energiepreisschock, der mehrere Länder betrifft, über internationale Wertschöpfungsketten breiter auf Import- und Vorleistungspreise wirken. [11)] Die Entwicklung des Strompreises ist typischerweise an den Gaspreis gekoppelt. Auch hier zeigt sich bisher ein deutlich geringerer Anstieg als 2022. Das könnte außerdem womöglich damit zusammenhängen, dass die zunehmende Nutzung alternativer Energiequellen hilft, den Anstieg der Strompreise zu begrenzen.

9 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2026d, 2026e) sowie Barauskaitė Griškevičienė und Brand (2026).
10 Vgl. zum Beispiel: Demuth et al. (2026).
11 Vgl. zum Beispiel: Lane (2026).

Anders als aktuell waren die Jahre 2021/22 geprägt von hoher gesamt wirtschaftlicher Nachfrage, stark steigenden Nahrungsmittelrohstoffpreisen und Lieferengpässen. Die Nachwehen der Corona-Pandemie sorgten damals für anhaltende Lieferengpässe, aufgestaute Nachfrage und Arbeitskräfteknappheit. Hinzu kam das kräftige reale Wirtschaftswachstum nach der Pandemie. Auch Nahrungsmittelrohstoffe überraschten deutlich nach oben. Zusätzlich wertete der Euro zeitweise spürbar ab, was importierte Vorleistungen und Endprodukte verteuerte. In Summe wirkten damit mehrere Schocks gleichzeitig und in dieselbe inflationäre Richtung.[12)] Dagegen fehlt bei den Nahrungsmittelrohstoffen, beim Erdgas, beim Strom und beim effektiven Wechselkurs bislang ein Schock von ähnlicher Größenordnung wie 2021/22. Zudem ist die reale Nachfrage in Deutschland deutlich schwächer als nach der Pandemie.[13)] Insgesamt unterscheidet sich der Schockmix des Jahres 2026 bislang merklich von 2022.[14)] Der aktuelle Schock ist also nicht einfach kleiner, sondern anders zusammengesetzt.[15)]

Unterschiedlicher Schockmix 2022 und 2026*) Schaubild 3.2



* Ölpreis für die Sorte Brent, Gaspreis für das Handelsgebiet Niederlande (TTF), Großhandelspreis Strom für Deutschland; jeweils Terminnotierungen. Effektiver Wechselkurs, landwirtschaftliche Erzeugerpreise der Europäischen Kommission. **1** Terminnotierungen Juni 2021 unvollständig. **2** Random Walk. **3** Prognosen nicht öffentlich. **4** Bundesbank-Prognosen für Deutschland.

Deutsche Bundesbank

12 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2024).
13 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2026a).
14 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2026d) sowie Arce et al. (2026).
15 Vgl.: Aguilar et al. (2026).

3 Jüngere Energiepreisentwicklung in Deutschland durch Rohölpreise und Raffineriemargen getrieben

Die Verbraucherpreise für Energie werden gegenwärtig vor allem durch die gestiegenen Preise für Rohöl und Mineralölprodukte nach oben getrieben. Veränderungen der Rohölpreise schlagen typischerweise innerhalb kurzer Zeit auf die Preise raffinierter Produkte und anschließend auf jene für Kraftstoffe und Heizöl durch. Kostensteigerungen werden in der Regel vollständig weitergegeben, wobei der Gesamteffekt auf die Inflationsrate durch Steuern und Abgaben abgemildert werden kann. [16)]

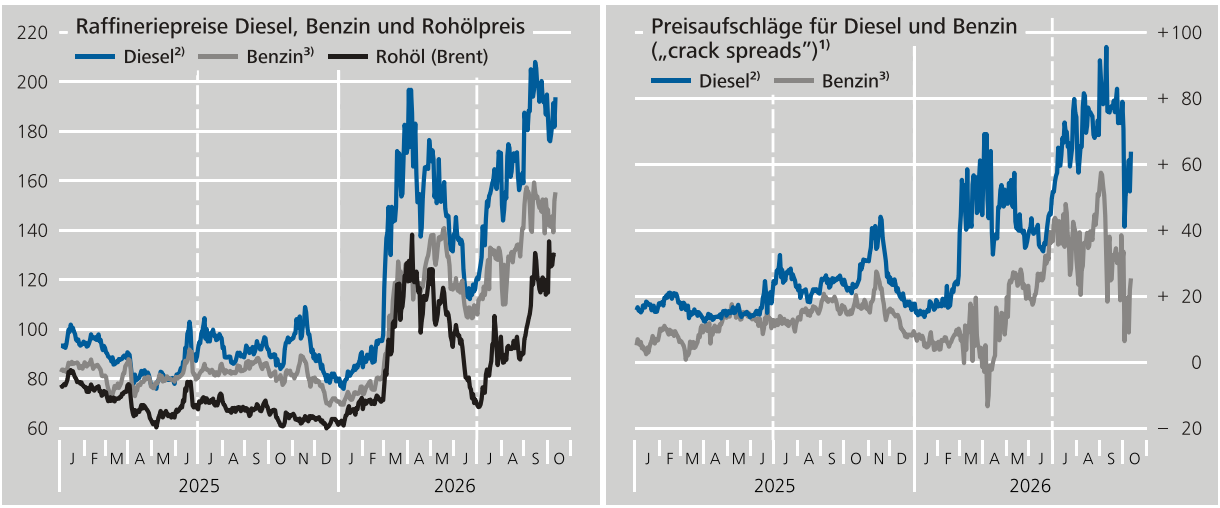
Von der aktuellen Situation sind die Preise für raffinierte Produkte bislang insgesamt stärker betroffen als jene für Rohöl. [17)] Wegen des Konflikts im Nahen Osten sind die Ausfuhren von Mineralölprodukten aus der Golfregion seit einiger Zeit stark eingeschränkt. Außerdem sanken die russischen Exporte von Mineralölprodukten wegen ukrainischer Angriffe auf die russische Ölinfrastruktur zuletzt erheblich. Insgesamt blieb die weltweite Produktion hinter der Nachfrage zurück. Die Vorräte vieler Mineralölprodukte nahmen daher ab, und die Preisaufschläge gegenüber Rohöl (Crack Spreads) erreichten teilweise Allzeithöchststände. Der Rohölpreisanstieg allein spiegelt daher den effektiven Kostenschock nicht vollständig wider.

16 Vgl.: Kuik et al. (2026).
17 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2026e, 2026f).

Raffineriepreise

Schaubild 3.3

US-$ je Barrel, Tagesdaten



Quelle: LSEG und eigene Berechnungen. **1** Raffineriepreis minus Rohölpreis. **2** Gasoil, 0,2 % Sulphur FOB ARA. **3** Gasoline Reg. Unl. 10 ppm ARA.

Deutsche Bundesbank

Die Verbraucherpreise für Gas und Strom sind dagegen bisher kaum gestiegen. Schocks auf Gas- und Strompreise werden in Deutschland aufgrund von langen Vertragslaufzeiten, zum Teil fixierten Tarifen und Absicherungsstrategien der Versorger langsamer an Haushalte weitergegeben als Schocks auf Kraftstoffpreise. Sie können die Energiepreisdynamik dafür aber über längere Zeit erhöhen. Außerdem haben Schocks auf Gas- und Strompreise wegen ihrer besonderen Bedeutung für die energieintensive Produktion das Potenzial, auch die Verbraucherpreise für Konsumgüter jenseits der Energie zu beeinflussen und so große indirekte Effekte zu generieren. [18)] 2026 sind die Gas- und Strompreisschocks auf der Verbraucherstufe bislang wesentlich geringer gewesen als 2022.

18 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2026b).

Der Anstieg der Energiepreise wurde durch Politikmaßnahmen zuletzt etwas gedämpft – wie auch 2022. [19)] Den größten Effekt hatte die befristete Senkung der Energiesteuer auf Benzin und Diesel vom 1. Mai bis 30. Juni 2026 um 14,04 Cent je Liter beziehungsweise rund 17 Cent einschließlich Umsatzsteuer (Tankrabatt). Sie dämpfte die Inflationsrate im Mai und Juni temporär um jeweils rund 0,2 Prozentpunkte. Nach ihrem Auslaufen im Juli stiegen die Benzin- und Dieselpreise wieder kräftig. [20)] Für die Monate Oktober bis Dezember 2026 wurde dieser Tankrabatt verlängert, und ab Januar 2027 wird voraussichtlich ein vorübergehender Spritpreisdeckel nach dem Vorbild Luxemburgs oder Belgiens eingeführt werden. [21)] Im Zuge der Hochinflationsphase ab 2022 waren die Konsumenten durch verschiedene Maßmaßnahmen wie den Tankrabatt, das Neun-Euro-Ticket sowie die Einführung der Strom- und Gaspreisbremse entlastet worden. In den Jahren 2022 und 2023 dämpften diese Maßnahmen den Preisanstieg, führten aber im Jahr 2024 zu einer Gegenbewegung. Erhöhend auf die Teuerungsrate wirkt zudem der nationale CO_2-Preis, der seit seiner Einführung im Jahr 2021 schrittweise angehoben wurde und 2026 erstmals in einem Korridor von 55 € bis 65 € je Tonne liegt. [22)]

Eine modellbasierte Analyse der Verbraucherpreise für Energie verdeutlicht den großen Einfluss von Gas- und Rohölpreisen. Die Teuerungsrate für Energie lässt sich basierend auf DIPL in ihre Erklärungsfaktoren zerlegen. Demnach ist der größte Teil des Inflationsanstiegs 2022 auf den internationalen Gas- und Rohölpreisschock zurückzuführen sowie in geringerem Ausmaß auf Störungen in den Lieferketten. [23)] Im laufenden Jahr legt DIPL bisher nur einen geringen Einfluss der internationalen Energierohstoffpreise nahe. Betrachtet man allerdings die einzelnen Teilkomponenten, dann wird klar, dass der erhöhende Einfluss der Rohölpreise auf die Kraftstoffpreise – trotz steigender Großhandelspreise – nahezu vollständig ausgeglichen wird vom Disinflationsprozess bei Strom und Gas seit der Hochinflationsphase 2022. Die zuletzt gestiegenen Großhandelspreise in diesem Bereich wurden offenbar noch nicht in die Verbraucherpreise weitergereicht. [24)] Außerdem zeigt sich, dass die Kraftstoffpreise 2026 stärker gestiegen sind, als durch die geschätzte Modellgleichung zu erwarten gewesen wäre. Diese berücksichtigt lediglich den Rohölpreis. Die Differenz zwischen Modellergebnis und tatsächlicher Entwicklung dürfte ausgeweitete Raffineriemargen oder gestiegene Raffineriekosten widerspiegeln.

19 Für eine Übersicht zu den Sondermaßnahmen, vgl. Tabelle 3.1 am Ende dieses Aufsatzes oder Statistisches Bundesamt (2026).

20 Vgl.: Bundesregierung (2026).

21 Vgl.: Bundesregierung (2026).

22 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2025b).

23 Der zuvor bestehende Preisdruck auf den internationalen Rohstoffmärkten wurde durch die russische Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 verstärkt, was in der Zerlegung als Sondereffekt abgebildet ist.

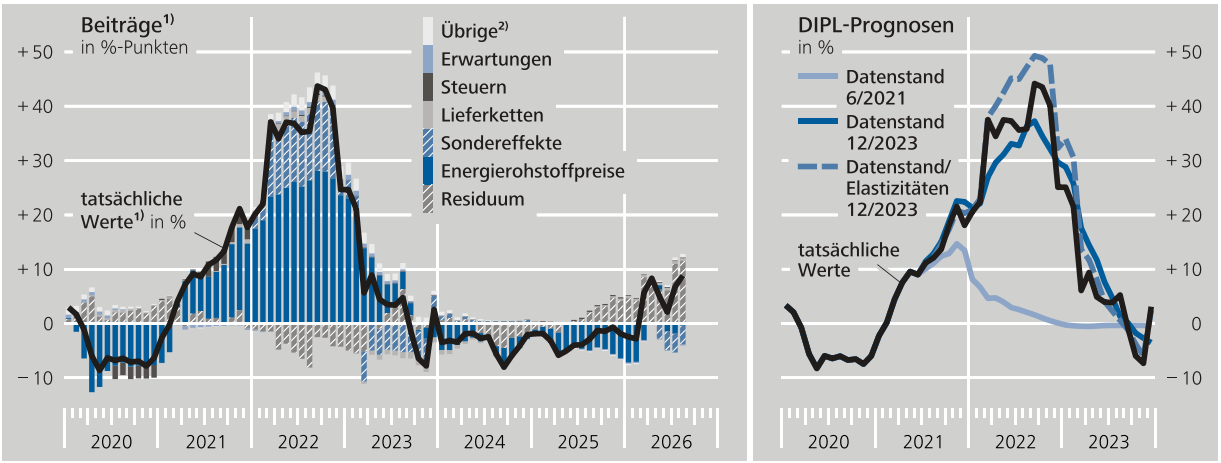
24 In Deutschland sanken die Verbraucherpreise für Gas gegenüber dem Vorjahr im August sogar noch um 2,4 %, während sie im Euroraum insgesamt um durchschnittlich 8 % anstiegen.

Die große Aufwärtsüberraschung bei der Energieteuerung auf der Verbraucherstufe 2022 lässt sich vor allem durch den damals außergewöhnlich großen Öl- und Gaspreisschock erklären. Ab spätestens Mitte 2021 erhöhte sich der Anstieg der Verbraucherpreise für Energie merklich. Gemessen an den damaligen Terminpfaden für Rohöl-, Gas- und Strompreisen kam dieser Anstieg überraschend. Betrachtet man dagegen eine Prognose mit den DIPL-Modellen unter der Annahme, dass der Anstieg der internationalen Energierohstoffpreise zum damaligen Zeitpunkt bekannt gewesen wäre, zeigt sich, dass die Transmission der Energierohstoffpreise auf die Verbraucherpreise für Energie schon damals ziemlich gut prognostizierbar gewesen wäre.

Zerlegung des HVPI Energie*)

Schaubild 3.4

Veränderung gegenüber Vorjahr



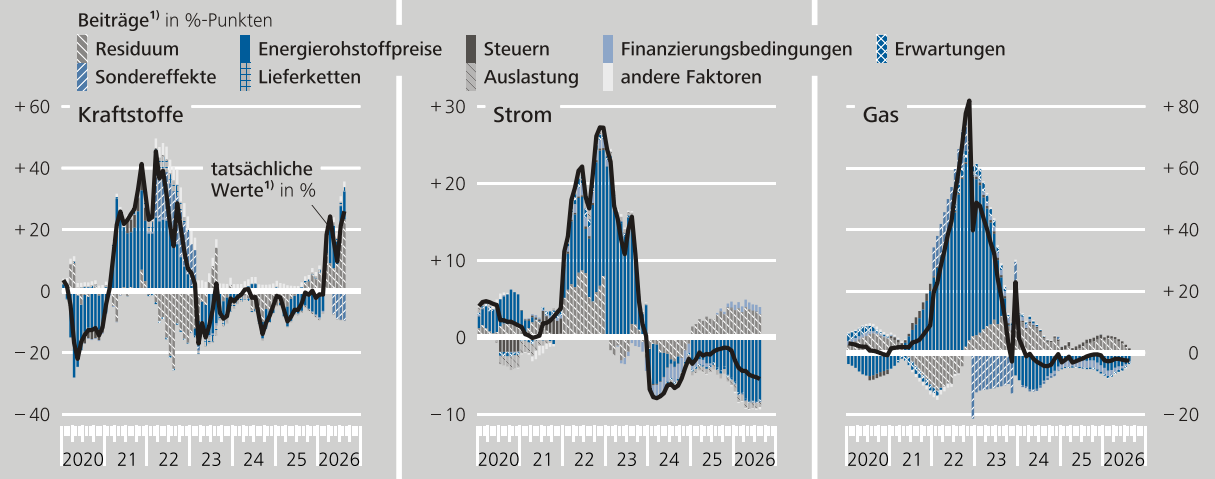
Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen und Prognosen. * Basierend auf DIPL-Schätzungen (DIPL = Disaggregate Inflation Projection Lab der Bundesbank). 1 Abzüglich geschätzter Konstante. 2 Umfasst Saisonfaktor, Finanzierungsbedingungen, Auslastung, und andere Faktoren.

Deutsche Bundesbank

Zerlegungen der wichtigsten Bestandteile des HVPI Energie*)

Schaubild 3.5

Veränderung gegenüber Vorjahr



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. * Basierend auf DIPL-Schätzungen (DIPL = Disaggregate Inflation Projection Lab der Bundesbank). 1 Abzüglich geschätzter Konstante.

Deutsche Bundesbank

Insgesamt spricht wenig dafür, dass 2022 andere Einflüsse als die überraschend gestiegenen Rohstoffpreise auf den HVPI Energie gewirkt haben. [25)] Das größte Risiko für den HVPI Energie dürfte sich daher auch in der aktuellen Situation aus einer überraschenden Preisentwicklung auf den internationalen Energierohstoffmärkten ergeben, als Resultat einer Ausweitung des Konflikts im Nahen Osten oder eines eingeschränkten Gasangebots im Winter.

25 Die extremen Preissprünge zu Beginn des Jahres 2022 wurden dabei durch den Angriff Russlands auf die Ukraine ausgelöst. Im Modell werden diese als Sondereffekte über Dummy-Variablen berücksichtigt, ebenso wie die preisdämpfenden Effekte der Dezember-Hilfe 2022 und der Gaspreisbremse 2023.

4 Nahrungsmittel: Energiekostenanstieg von anhaltendem Disinflationsprozess überlagert

Bei Nahrungsmitteln zeigt sich derzeit noch kein verstärkter Preisauftrieb. Im September lag die HVPI-Rate für Nahrungsmittel einschließlich Alkohol und Tabak bei 1,1 % und damit deutlich unter ihrem langfristigen Durchschnitt. Ein Grund ist, dass sich die starken Preissteigerungen der vergangenen Jahre in mehreren Warengruppen noch zurückbilden und frühere Kostenimpulse auslaufen, zum Beispiel bei Kakao oder Kaffee.[26)] Der aktuelle Energiepreisschock trifft damit auf eine ausgeprägte disinflationäre Ausgangsdynamik. Gleichzeitig wirken einige nationale Maßnahmen kostendämpfend auf die landwirtschaftliche Produktion: Die Agrardieselentlastung wurde 2026 wieder vollständig eingeführt, und die Stromsteuerentlastung für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft wurde verstetigt. Gleichwohl ist zu erwarten, dass die gestiegenen Energiekosten die Nahrungsmittelpreise allmählich erhöhen sollten. Insbesondere ein Anstieg der Düngemittelpreise dürfte mit Verzögerung über landwirtschaftliche Erzeugerpreise zu den Verbraucherpreisen gelangen.

Die modellbasierte Zerlegung der Nahrungsmittelpreise verdeutlicht den großen Einfluss der internationalen Rohstoff- und Energiepreise, zusätzlich zu demjenigen von Lieferkettenanspannung und der einheimischen Lohnentwicklung. Energiepreise spielen insbesondere bei der Erklärung der Verbraucherpreise für Brot und Getreideerzeugnisse sowie für Molkereiprodukte eine zentrale Rolle. Über alle Nahrungsmittel hinweg ist der Einfluss von Lieferketten, internationalen Rohstoffpreisen und einheimischer Lohnentwicklung von Bedeutung.[27)] Der Blick auf die Nahrungsmittelpreisprognosen aus dem Juni 2021 verdeutlicht, dass etwa die Hälfte des unerwarteten Inflationsanstiegs 2022/23 bei Nahrungsmitteln auf Überraschungen bei Energierohstoffpreisen zurückzuführen ist.

26 Diese werden in Deutschland auch aufgrund des hohen Anteils von Discountern spürbar an die Verbraucher weitergegeben. Vgl.: Europäische Zentralbank (2011).

27 Kuik et al. (2024) kommen zu einem ähnlichen Ergebnis.

Während die Modelle bei unverarbeiteten Nahrungsmitteln einen großen Anteil des Preisanstiegs erklären können, wurden die Preise der übrigen Nahrungsmittel 2022 durch zusätzliche Faktoren nach oben getrieben, die die Modelle nicht erfassen. Dabei könnte das Preissetzungsverhalten der Unternehmen eine Rolle gespielt haben. Untersuchungen des Preissetzungsverhaltens auf der Mikroebene deuten darauf hin, dass Unternehmen ihre Preise in der Hochinflationsphase häufiger angepasst haben als in den Jahren zuvor.[28] Dies führte dazu, dass Schocks schneller in die Verbraucherpreise weitergegeben wurden als es üblicherweise der Fall ist.[29] Mithilfe einer einfachen kontrafaktischen Analyse auf Basis der DIPL-Modelle lässt sich das Ausmaß dieses Effekts näherungsweise bestimmen. In Schaubild 3.6 ist die Nahrungsmittelpreisprognose der DIPL-Modelle mit dem Stand der Inflationsdeterminanten vom Juni 2021 als hellblaue durchgezogene Linie dargestellt. Sie unterschätzt den ab Ende 2021 einsetzenden Preisauftrieb deutlich. Auch wenn zum damaligen Zeitpunkt die preisbestimmenden Faktoren bereits bekannt gewesen wären, hätten die Modelle den Anstieg nur teilweise vorweggenommen (dunkelblaue durchgezogene Linie). Wenn man allerdings in den Modellgleichungen geschätzte Koeffizienten berücksichtigt, die aus dem Datenmaterial bis Ende der Hochinflationsphase 2023 abgeleitet wurden, hätte sich der Anstieg der Nahrungsmittelpreise in der Hochinflationsphase ziemlich genau vorhersagen lassen (gestrichelte Linie). Die Ergebnisse dieser Analyse deuten also darauf hin, dass sich der Einfluss der erklärenden Faktoren auf die Nahrungsmittelpreise in der Hochinflationsphase geändert hat, wodurch die Reaktion der Inflation nichtlinear wurde.[30] Darüber hinaus scheinen im Modell unberücksichtigte Determinanten die Nahrungsmittelpreise in der Hochinflationsphase beeinflusst zu haben. Hierzu könnten Anpassungen der Gewinnmargen oder Wettereinflüsse zählen.

Ein zentrales Aufwärtsrisiko für die Nahrungsmittelpreise in der näheren Zukunft bleiben Preisanstiege bei Energiegütern und Düngemitteln sowie internationale Lieferkettenstörungen. Die starke Verteuerung von Energiegütern prägte die Nahrungsmittelinflation 2022 erheblich. Ihr Beitrag baute sich dabei graduell auf. Auch wenn die Beiträge dieser Faktoren aktuell gering sind, gehen vor allem von den nach wie vor erhöhten Energiepreisen Aufwärtsrisiken für die Nahrungsmittelpreise aus. Zudem durchquert ein erheblicher Teil des global gehandelten Stickstoffdüngers beziehungsweise seiner Vorprodukte in normalen Zeiten den Persischen Golf; längere Störungen der Durchfahrt könnten deshalb mit Verzögerung die europäischen Agrarkosten erhöhen. Hinzu kommen wetter- und klimabedingte Risiken. Die Erfahrung der vergangenen Jahre zeigt, dass Hitze, Dürre oder Überschwemmungen regionale Ernten und globale Agrarpreise spürbar beeinflussen können.

28 Vgl.: Gautier et al. (2026).

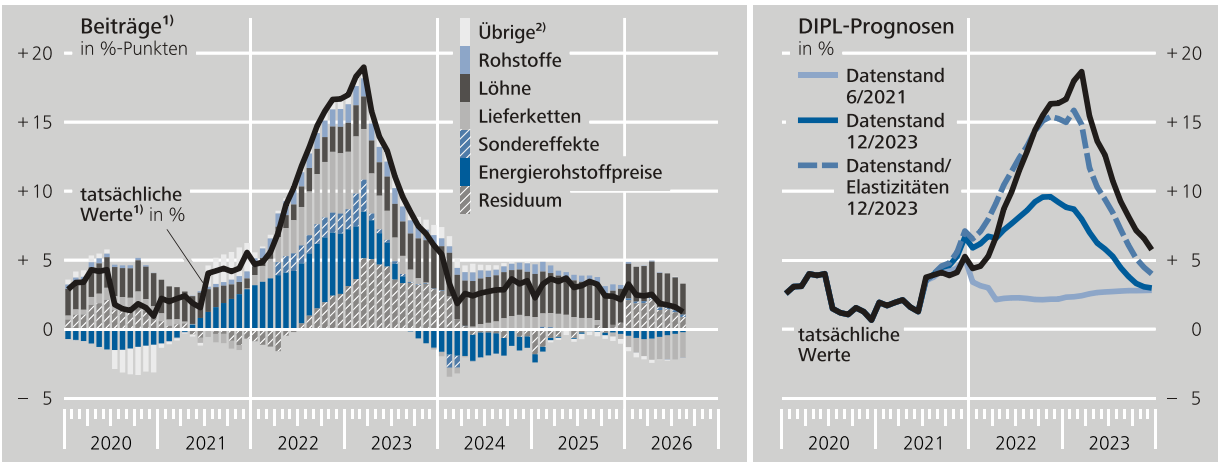
29 Vgl.: Cavallo et al. (2024).

30 Vgl. Exkurs „Einblicke mit dem Makromodell der Bundesbank in die Hochinflationsphase in Deutschland nach der Pandemie“.

Zerlegung des HVPI Nahrungsmittel*)

Schaubild 3.6

Veränderung gegenüber Vorjahr



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. * Basierend auf DIPL-Schätzungen (DIPL = Disaggregate Inflation Projection Lab der Bundesbank). 1 Abzüglich geschätzter Konstante. 2 Umfasst Saisonfaktor, Finanzierungsbedingungen, Steuern, Erwartungen, Auslastungsindikatoren und andere Faktoren.

Deutsche Bundesbank

5 Wie pflanzt sich der Energiepreisschock in der Kernrate ohne Energie und Nahrungsmittel fort?

5.1 Industriegüter ohne Energie: moderate, verzögerte indirekte Effekte und einzelne Sondereffekte

Bei Industriegütern ohne Energie wirken höhere Energiepreise indirekt über Produktions- und Lieferketten auf die Verbraucherpreise. Betroffen sind etwa energieintensive Vorprodukte aus Chemieerzeugnissen, Kunststoff, Glas, Papier oder Metall, außerdem Transport, Logistik und Lagerung. Ölpreisschocks können zusätzlich petrochemische Vorprodukte verteuern. Weil viele Unternehmen Vorleistungen zu längerfristigen Konditionen beziehen, Lagerbestände nutzen und Preise nicht kontinuierlich anpassen, erfolgt die Weitergabe typischerweise mit Verzögerung.[31)]

Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei den tief in die internationalen Wertschöpfungsketten integrierten deutschen Industriegütern sind aktuell weniger preistreibend als 2021/22. Damals trafen Energiepreisschocks auf pandemiebedingte Material- und Transportengpässe, sehr hohe Frachtraten, eine starke Nachfrage nach Waren und eine zeitweise deutliche Euro-Abwertung. Dadurch stiegen importierte und heimische Vorleistungskosten gleichzeitig. Empirische Arbeiten zeigen, dass solche gleichgerichteten Schocks sich gegenseitig verstärken können, weil Unternehmen weniger Möglichkeiten haben, zwischen Vorleistungen zu substituieren und höhere Kosten leichter weitergeben können.[32)] Aktuell sind die Lieferketten kaum gestört, der Warenkonsum ist weniger stark, und die schwache Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten begrenzt die Spielräume für Kostenüberwälzungen in Form höherer Preise.

31 Zwar lag die Teuerungsrate im September mit rund 2,0 % im Bereich der Industriegüter ohne Energie merklich über dem Vor-Corona-Durchschnitt (0,6 %), allerdings ist dies zu einem großen Teil einer Erhöhung der Arzneimittelpreise im Juli 2026 geschuldet, welche die Teuerung der Industriegüter ohne Energie um 0,8 Prozentpunkte und die Inflationsrate insgesamt um 0,2 Prozentpunkte erhöhte. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2026c), Kapitel 3.3.

32 Vgl.: Amiti et al. (2024).

Die Modellanalyse führt den Anstieg der Industriegüterpreise in der Hochinflationsphase zum Großteil auf Lieferkettenengpässe und Energieverteuerung zurück, während Löhne und Inflationserwartungen mit Verzögerung zum Preisauftrieb beitrugen. Industriegüter ohne Energie werden in DIPL in drei unterschiedliche Teilkomponenten zerlegt. Die Preise für administrierte Güter werden im Wesentlichen durch staatliche Maßnahmen bestimmt und können deshalb mit einem einfachen Modell nur teilweise erklärt werden. Die nicht administrierten Güter stellen die größte Gruppe. Sie zeichnen sich durch eine persistente Preisdynamik aus, die hauptsächlich durch Löhne, internationale Lieferbedingungen, Energiepreise und Inflationserwartungen bestimmt wird. Daneben ist die Preisdynamik von Bekleidung und Schuhen sehr volatil, stark durch saisonale Effekte gekennzeichnet und zusätzlich von der inländischen Konsumnachfrage beeinflusst.

Die Zerlegung zeigt, dass sich der Anstieg der Inflationsrate bei den Industriegütern ohne Energie 2021 und 2022 teilweise auf Überraschungen bei Energie-Rohstoffpreisen zurückführen lässt. Darüber hinaus müssen andere Faktoren eine Rolle gespielt haben. Ähnlich wie bei den Nahrungsmitteln könnten Nichtlinearitäten und eine höhere Preisänderungsfrequenz zum starken Anstieg der Industriegüterpreisdynamik beigetragen haben.[33)] Verwendet man bis zum Ende der Hochinflationsphase 2023 geschätzte Modellparameter, so lässt sich der starke Anstieg der Inflationsrate in diesem Bereich recht gut erklären.

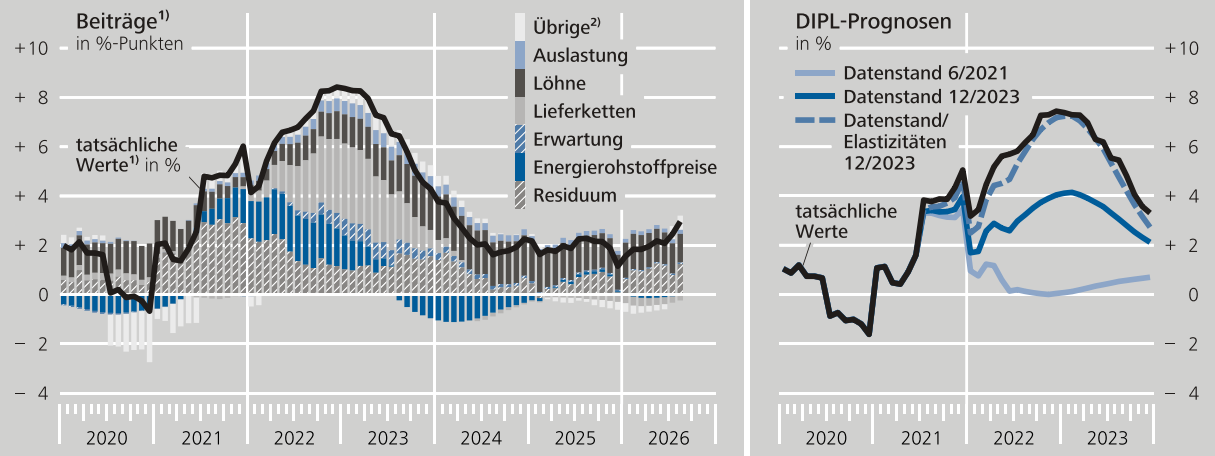
Das größte Aufwärtsrisiko für die Teuerung der Industriegüterpreise ohne Energie liegt derzeit in einem weiteren Anstieg der Energierohstoffpreise und größeren Störungen in den Lieferketten. Hinzu käme womöglich Preisauftrieb infolge erhöhter Inflationserwartungen. Darüber hinaus könnte eine erneute Änderung des Preissetzungsverhaltens in einem Umfeld höherer Inflationsraten verstärkend wirken.

33 Vgl.: Gautier et al. (2026).

Zerlegung des HVPI Industriegüter (ohne Energie)*)

Schaubild 3.7

Veränderung gegenüber Vorjahr



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. * Basierend auf DIPL-Schätzungen (DIPL = Disaggregate Inflation Projection Lab der Bundesbank). 1 Abzüglich geschätzter Konstante. 2 Umfasst Sondereffekte, Saisonfaktor, Finanzierungsbedingungen, Steuern, Rohstoffe und andere Faktoren.

Deutsche Bundesbank

5.2 Dienstleistungen: Preisauftrieb von Löhnen, Erwartungen und administrierten Preisen

Im Vergleich zu den übrigen Inflationskomponenten machen bei Dienstleistungen Arbeitskosten einen besonders großen Anteil an den Gesamtkosten aus. Energie ist zwar ebenfalls von Bedeutung – etwa über Verkehr, Reisen, Heizung, Reinigung oder andere Vorleistungen –, dieser Kostenkanal ist im Durchschnitt aber schwächer. Im September 2026 lag die Dienstleistungsinflation bei 2,8 % und damit deutlich über ihrem langfristigen Durchschnitt (1999 bis 2019) in Höhe von 1,5 %. Zum Jahresbeginn lag die Teuerung in diesem Bereich sogar noch bei 3,5 %. Dienstleistungen sind damit die einzige der vier großen Komponenten, deren Preisauftrieb schon vor dem durch den Irankrieg ausgelösten neuerlichen Inflationsschock deutlich erhöht war.

Aktuell wirken mehrere staatliche Maßnahmen gleichzeitig auf die Dienstleistungspreise, wobei die erhöhenden Effekte überwiegen dürften. Seit Januar 2026 kostet das Deutschlandticket 63 € statt 58 €. Dies erhöht für sich genommen die Preise im öffentlichen Personennahverkehr.[34)] Die Umsatzsteuer auf Speisen in Restaurants und auf Verpflegungsdienstleistungen wurde zwar zum 1. Januar 2026 von 19 % auf 7 % gesenkt, dürfte aber kaum in niedrigere Verbraucherpreise weitergereicht worden sein. Im Gegensatz zum Jahr 2022 dürfte die Gesamtwirkung dieser Maßnahmen immer noch preiserhöhend sein. Damals senkte das Neun-Euro-Ticket die Verbraucherpreise für den öffentlichen Nahverkehr von Juni bis August 2022 massiv und dämpfte dadurch die Dienstleistungs- und Gesamtinflation.

Im Modellrahmen wird die Dienstleistungskomponente in drei Bereiche unterteilt. Es lässt sich nachweisen, dass sie unterschiedliche Preisdynamiken aufweisen. Die Preise für administrierte Dienstleistungen sind ebenso wie bei den Industriegütern im Wesentlichen durch staatliche Maßnahmen bestimmt und deshalb statistisch nur begrenzt modellierbar. Ein zweiter Bereich umfasst Reisen, nochmals unterteilt in Beherbergungsdienstleistungen, Flugreisen und Pauschalreisen. Besonders die beiden letztgenannten waren in den vergangenen Jahren wiederholt Gegenstand von Änderungen im Preiserhebungsprozess, wodurch sich aktuell noch kein stabiles Preissetzungsmuster feststellen lässt.[35)] Grundsätzlich sind Preise für Reisedienstleistungen aber zum Großteil durch inländische Nachfragebedingungen bestimmt, zusätzlich zu Energiekosten und Feiertagseffekten. Der dritte und wichtigste Bereich umfasst die marktbestimmten Dienstleistungen und die Wohnungsmieten, die in Summe stark durch Inflationserwartungen, Löhne und Entwicklungen im Wohnungsbau bestimmt sind.

Der Anstieg der marktbestimmten Dienstleistungen sowie der Wohnungsmieten in der Hochinflationsphase hätte sich bei Kenntnis der preisbestimmenden Faktoren recht gut prognostizieren lassen. Der durch DIPL nicht erklärte Rest des Anstiegs der Dienstleistungsteuerung ist im Wesentlichen auf administrierte Dienstleistungen und Pauschalreisen zurückzuführen, die aufgrund ihrer Volatilität nur schwer modellierbar sind.

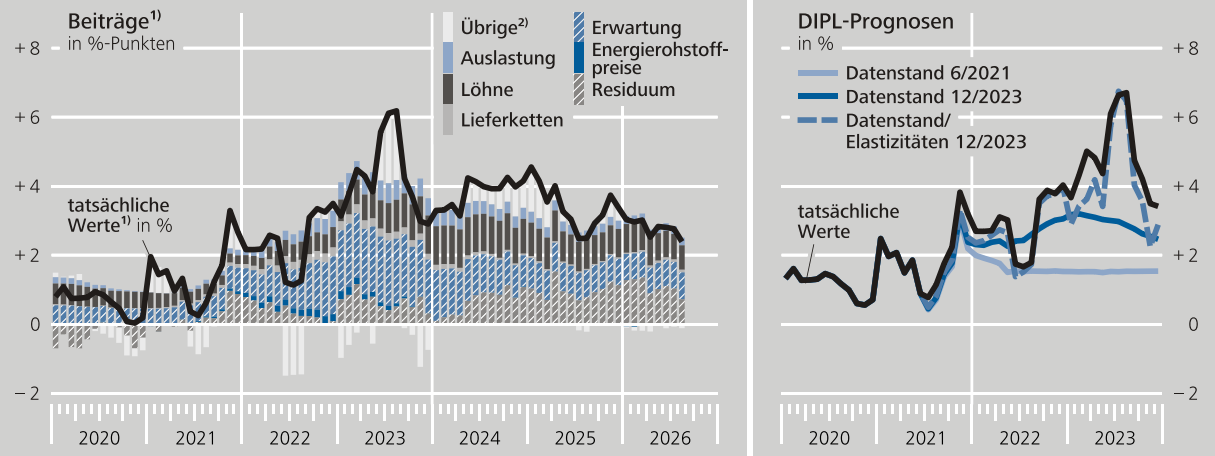
34 Ab Januar 2027 ist eine weitere Preiserhöhung auf 66,80 € geplant.

35 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023).

Zerlegung des HVPI Dienstleistungen*)

Schaubild 3.8

Veränderung gegenüber Vorjahr



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. * Basierend auf DIPL-Schätzungen (DIPL = Disaggregate Inflation Projection Lab der Bundesbank). 1 Abzüglich geschätzter Konstante. 2 Umfasst Sondereffekte, Saisonfaktor, Immobilien, Finanzierungsbedingungen, Steuern und andere Faktoren.

Deutsche Bundesbank

Nach der Hochinflationsphase 2022 ist die Dienstleistungsinflation weniger stark zurückgegangen, als anhand der Modellanalyse zu erwarten gewesen wäre. Eine Erklärung hierfür könnte in einem geänderten Preissetzungsverhalten liegen. Analysen mit Mikrodaten zeigen,[36)] dass die monatliche Häufigkeit von Preisänderungen 2022 deutlich zunahm und sich anschließend bei Nahrungsmitteln und Industriegütern schneller normalisierte als bei Dienstleistungen. Dies passt zu einer längeren Nachwirkung von Lohn- und Kostenschocks in Bereichen, in denen Preise seltener, aber dann gegebenenfalls stärker angepasst werden. Darüber hinaus könnte der Energiepreisschock zu höheren Inflationserwartungen führen, die in die Preissetzung eingehen und dadurch die Kerninflationsrate nachhaltig erhöhen.[37)]

36 Vgl.: Gautier et al. (2024, 2026).

37 Vgl. Exkurs „Zweitrundeneffekte über die Löhne infolge der Hochinflationsphase 2022“

Untersuchungen zeigen, dass eigene Inflationserfahrungen die Erwartungsbildung über längere Zeit prägen können. [38)] Die Schätzergebnisse belegen für die Dienstleistungsinflation eine besonders große Rolle der Inflationserwartungen. Die Hochinflationsphase 2021/22 könnte die Aufmerksamkeit für neue Preisschocks erhöht haben. In der Literatur wird darüber hinaus diskutiert, ob breit sichtbare Kostenschocks die Preisentscheidungen von Unternehmen koordinieren können, wodurch auch die Preise in Sektoren erhöht werden, die weniger stark vom eigentlichen Kostenschock betroffen sind. [39)] Die Übertragbarkeit auf Deutschland und auf den aktuellen Schock ist offen; der Mechanismus liefert aber einen zusätzlichen Grund, Margen- und Preissetzungsverhalten insbesondere im Dienstleistungssektor genauer zu beobachten.

38 Vgl.: Malmendier und Nagel (2016).

39 Vgl.: Weber et al. (2025).

6 Fazit

Gemäß den hier präsentierten Ergebnissen ist davon auszugehen, dass die Inflationsrate in Deutschland bis ins nächste Jahr hinein merklich erhöht bleibt. Bisher hat sich der starke Anstieg der Rohstoffpreise, insbesondere für Energie, vor allem in den Verbraucherpreisen für Mineralölerzeugnisse niedergeschlagen. Die Erfahrungen der letzten Hochinflationsphase und die Analysen mit den disaggregierten Inflationsprognosemodellen zeigen, dass sich derartige Schocks erst allmählich auf den gesamten Warenkorb der Konsumenten auswirken. Die Dynamik der Verbraucherpreise für Gas und Strom, für Nahrungsmittel, andere Waren und Dienstleistungen dürfte sich erst nach und nach erhöhen. Hinzu kommt, dass sich Dienstleistungen bereits vor dem Krieg im Nahen Osten überdurchschnittlich verteuert hatten. Das immer noch ausgeprägte Lohnwachstum trägt dazu derzeit besonders bei.

Wegen des anderen Schock-Mixes erscheint eine Wiederholung der Hochinflationsphase von 2021/22 derzeit unwahrscheinlich. Erstens ist der aktuelle Energiepreisschock stärker auf Öl und raffinierte Produkte konzentriert; die für Deutschland besonders bedeutsamen Gas- und Stromschocks sind bislang erheblich kleiner. Zweitens fehlen gleichzeitige große Nahrungsmittelrohstoff- und Wechselkursschocks. Drittens ist die Nachfrage schwächer, die Arbeitsmarktlage weniger angespannt und die Lieferkettensituation günstiger. Unter solchen Ausgangsbedingungen ist die Wahrscheinlichkeit geringer, dass Unternehmen Preise häufiger anpassen und Kostenschocks stärker als üblich weitergeben.

Die Inflationsrisiken sind jedoch klar aufwärtsgerichtet. Aufwärtsrisiken ergeben sich aus länger anhaltenden oder weiter eskalierenden geopolitischen Konflikten und daher länger erhöhten oder weiter steigenden Rohstoffpreisen. Diese könnten beispielsweise durch zusätzliche Gaskäufe für den Winter oder eine weitere Zerstörung von Raffineriekapazitäten weiter befeuert werden. Sollten sich die bisherigen Energiepreisanstiege fortsetzen, bestünde die Gefahr, dass sie deutlich stärker auf Gesamt-, Nahrungsmittel- und Kerninflation durchschlagen als in den linearen Modellen geschätzt. Bei Nahrungsmitteln könnte der Disinflationsprozess schneller als erwartet enden. Höhere Düngemittelpreise könnten schneller als erwartet weitergereicht werden. Zudem könnte die Teuerung der Industriegüter ohne Energie stärker als erwartet steigen, und die Preisdynamik der Dienstleistungen könnte länger als erwartet erhöht bleiben.

Tabelle 3.1: Geschätzte Wirkungen ausgewählter staatlicher Maßnahmen auf die Inflationsrate in Deutschland
(Harmonisierter Verbraucherpreisindex, HVPI)
in Prozentpunkten

Maßnahme	Zeitraum	Betroffene HVPI-Komponente	Effekt auf HVPI-Rate insgesamt						
			Monat der Einführung[1]	Jahresdurchschnitt					
				2020	2021	2022	2023	2024	2025
Senkung MwSt.	Juli – Dez. 2020	Alle	– 1,2	– 0,6	0,6				
Senkung MwSt. Gastronomie[2]	Juli 2020 – Dez. 2023	Dienste		0,0	0,0			0,1	
Einführung nationaler CO_2-Preis	ab Januar 2021	Energie			0,4				
Absenkung Erneuerbare Energien (EEG)-Umlage (Kompensation Einführung CO_2-Preis)	ab Januar 2021	Energie			– 0,1				
Anhebung nationaler CO_2-Preis	ab Januar 2022	Energie				0,2			
Absenkung EEG-Umlage (Kompensation Anhebung CO_2-Preis)	ab Januar 2022	Energie				– 0,2			
Pflegereform	ab Januar 2022	Dienste				– 0,1			
Tankrabatt (Senkung Energiesteuer Kraftstoffe)	Juni – Aug. 2022	Energie	– 0,4			– 0,1	0,1		
„Neun-Euro-Ticket" ÖPNV	Juni – Aug. 2022	Dienste	– 0,7			– 0,2	0,2		
Übernahme der EEG-Umlage durch den Staat	ab Juli 2022	Energie	– 0,4			– 0,2	– 0,2		
Absenkung Mehrwertsteuersatz auf Gas und Fernwärme	Okt. 2022 – März 2024	Energie	– 0,3			– 0,1	– 0,1	0,1	
Erdgas-Wärme-Soforthilfe[3]	Dez. 2022	Energie	– 1,6			– 0,1	– 0,7		
Gaspreisbremse[4]	Jan. 2023 – April 2024	Energie	– 0,3				– 0,3	0,3	0,1
Strompreisbremse[4]	Jan. 2023 – April 2024	Energie	– 0,4				– 0,3		
„Deutschland-Ticket" ÖPNV: Einführung	Mai 2023	Dienste	– 0,3				– 0,2	– 0,1	
Anhebung nationaler CO_2-Preis	ab Januar 2024	Energie	0,3					0,3	

Maßnahme	Zeitraum	Betroffene HVPI-Komponente	Effekt auf HVPI-Rate insgesamt						
			Monat der Einführung[1)]	Jahresdurchschnitt					
				2020	2021	2022	2023	2024	2025
„Deutschland-Ticket“ ÖPNV: Erhöhung	Januar 2025	Dienste	0,1						0,1
Anhebung nationaler CO_2-Preis	Januar 2025	Energie	0,2						0,2
Reduzierung Übertragungsnetzentgelte für Elektrizität	Januar 2026	Energie	– 0,1						
Abschaffung Gasspeicherumlage	Januar 2026	Energie	– 0,1						
Absenkung MwSt Gastronomie	Januar 2026	Dienste	0,0						
Preiserhöhung „Deutschland-Ticket“	Januar 2026	Dienste	0,1						
Anhebung nationaler CO_2-Preis	Januar 2026	Energie	0,1						
Tankrabatt (Senkung Energiesteuer Kraftstoffe)	Mai/Juni 2026	Energie	– 0,2						
Reform Apothekenpreise	Juli 2026	Industriegüter ohne Energie	0,2						
Tankrabatt (Senkung Energiesteuer Kraftstoffe)	Okt. – Dez. 2026	Energie	– 0,2						
Erhöhung Tabaksteuer	Januar 2027	Nahrung	0,1						
Gesundheitsreform	Januar 2027	Industriegüter ohne Energie, Dienste	0,2						
Einführung Zuckersteuer	Juli 2027	Nahrung	0,03						
Einführung europäischer CO_2-Preis	Januar 2028	Energie	– 0,2						
Insgesamt				**– 0,6**	**0,9**	**– 0,8**	**– 1,5**	**0,7**	**0,3**

Quelle: Eigene Berechnungen. **1** Bei vorübergehenden Maßnahmen entsteht ein Gegeneffekt in etwa gleicher Höhe i nach Auslauf der Maßnahme. **2** Änderung im Januar 2024 vermutlich nur teilweise weitergegeben, aber wohl zusätzli ffekte Ende 2023 und geringe verzögerte Effekte in weiteren Monaten 2024. **3** Die Wirkung der Soforthilfe fällt auch i negativ aus. Dies ist darauf zurückzuführen, dass beim HVPI immer über den Dezember des Vorjahres verkettet wird: Bremse wird über einen viel höheren Dezember-Wert verkettet als mit der Bremse. Dadurch ergibt sich ein negativer Jahr 2023. **4** Die Wirkung im Monat des Inkrafttretens fällt höher aus als die im Jahresdurchschnitt, weil es im weitere lauf bereits zu Senkungen der ungedeckelten Tarife kam.

Exkurs

Das disaggregierte Inflationsanalyse- und Prognosemodell der Bundesbank

Eine separate Modellierung einzelner Inflationskomponenten bietet insbesondere dann Vorteile, wenn sich die Preisentwicklung zwischen den Komponenten deutlich unterscheidet. In der Bundesbank wird hierfür das disaggregierte Inflationsanalyse und -prognosemodell (Disaggregate Inflation Projection Lab, DIPL) verwendet. Ihm kommt eine wichtige Rolle bei der Erstellung der Bundesbank-Inflationsprognose zu. [1)] DIPL besteht aus Einzelgleichungen auf Monatsbasis für 24 Teilkomponenten der deutschen Inflationsrate und erlaubt es, heterogene Übertragungskanäle, Verzögerungen und Sondereffekte komponentenspezifisch abzubilden.

Ein wesentlicher Vorteil besteht darin, dass die Bestimmungsfaktoren und Anpassungsgeschwindigkeiten der verschiedenen Preiskomponenten berücksichtigt werden können. So reagieren Energiepreise vor allem auf Rohöl-, Gas- und Strompreise, Nahrungsmittel zusätzlich auf Agrarrohstoffe und andere Vorleistungskosten, während bei Dienstleistungen Löhne und binnenwirtschaftliche Faktoren eine größere Rolle spielen. Auch Steuern, administrierte Preise und andere Sondereffekte lassen sich auf Komponentenebene wesentlich gezielter abbilden. Eine granulare Analyse kann deshalb insbesondere bei sektoralen Schocks helfen, deren Ursprung, Ausbreitung und Bedeutung für die Gesamtinflation besser einzuordnen. [2)]

Abweichungen zwischen Prognose und Realisation können einzelnen Komponenten und Einflussfaktoren zugeordnet werden. Zugleich lassen sich Szenarien – etwa für Öl- , Gas- oder Nahrungsmittelpreise – in ihren Wirkungskanälen über die Inflationskomponenten auf die Gesamtinflation untersuchen. Disaggregierte Informationen können zudem die Prognose der Gesamtinflation verbessern, wenn sich in einzelnen Komponenten relevante Informationen früher zeigen als im Aggregat. [3)]

1 Eine ausführliche Darstellung von DIPL findet sich in: Menz (2026). Die Vorteilhaftigkeit disaggregierter Analysen beschreiben zum Beispiel auch: Ciccarelli und Kornprobst (2026).

2 Hochfrequente und disaggregierte Daten können Wendepunkte und sektorale Dynamiken sichtbar machen, bevor sie sich in der Gesamtinflationsrate niederschlagen, vgl.: Cavallo und Garcia-Zavaleta (2026).

3 Vgl.: Hendry und Hubrich (2011) sowie Espasa und Albacete (2007).

Eine höhere Disaggregation führt nicht automatisch zu einer genaueren Prognose der Gesamtrate. Einzelne Teilindizes sind häufig volatiler als das Aggregat und können es erschweren, einen Trend zu identifizieren. Gleichzeitig müssen erheblich mehr Parameter geschätzt und Modelle spezifiziert werden. Schätzfehler einzelner Gleichungen können sich bei der Aggregation aufsummieren, während sich Schwankungen, die spezifisch in Teilkomponenten auftreten, im Gesamtindex teilweise gegenseitig ausgleichen. Zudem können separat geschätzte Gleichungen gemeinsame Faktoren und Wechselwirkungen zwischen den Komponenten nur ansatzweise erfassen. Änderungen der HVPI-Gewichte und Klassifikationen sowie die korrekte Aggregation von Preisindizes erhöhen den Aufwand zusätzlich.

Die ökonomisch zu interpretierende ökonometrische Struktur geht an einigen Stellen mit vereinfachter Modellierung einher. Insbesondere werden in DIPL Löhne und Inflationserwartungen als exogen unterstellt und mögliche Zweitrundeneffekte damit konstruktionsbedingt ausgeschlossen. Außerdem können Veränderungen in den Preisgleichungen und Nichtlinearitäten nicht direkt berücksichtigt werden, deren Bedeutung in den jüngsten Hochinflationsphasen zugenommen haben dürfte.

Aggregierte und disaggregierte Ansätze ergänzen sich im Analyseinstrumentarium. Disaggregierte Ansätze sind besonders für die kurzfristige Prognose, die Analyse sektoraler Schocks und die explizite Berücksichtigung von Sondereffekten geeignet. M akroökonomische Modelle bieten dagegen Vorteile bei der Erfassung gemeinsamer Einflussfaktoren im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang. Auch im Eurosystem werden verschiedene Modellklassen deshalb als sich einander ergänzende Instrumente eingesetzt.

Exkurs

Die gesamtwirtschaftlichen Projektionen des Eurosystems und die Rolle kurzfristiger Inflationsprognosen

Das vorrangige Ziel der europäischen Geldpolitik ist die Sicherung von Preisstabilität. [1)] Das Eurosystem strebt für den Euroraum eine Inflationsrate in Höhe von 2 % in der mittleren Frist an. Die Inflationsrate wird dabei anhand des

1 Vgl.: Europäische Zentralbank (2021a, 2025).

Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessen. Der Fokus liegt auf Preisstabilität in der mittleren Frist, da geldpolitische Maßnahmen verzögert wirken. Bei der Abschätzung des mittelfristigen Preisausblicks durch das Eurosystem spielen Projektionen eine wichtige Rolle.

Viermal im Jahr veröffentlicht die EZB gesamtwirtschaftliche Projektionen für den Euroraum. [2)] Der Prognoseprozess basiert auf zentralen Annahmen über das globale Umfeld, unterschiedlichen ökonometrischen Modellen und (nationalem) Expertenwissen. Die Projektionen sind daher nicht das Ergebnis eines einzelnen Modells, sondern eines iterativen Abstimmungs- und Austauschprozesses zwischen Fachleuten, in den verschiedene Modellergebnisse einfließen. Im Juni und Dezember eines Jahres findet die Broad Macroeconomic Projection Exercise (BMPE) statt. Die Prognose für den Euroraum ist dabei ein Aggregat von Prognosen für die einzelnen Länder des Euroraums. In diesen Runden erstellen Fachleute der nationalen Zentralbanken ihre Länderprojektionen in Abstimmung mit der EZB. Im März und September wird die Macroeconomic Projection Exercise (MPE) durchgeführt, in der die Länder-Projektionen primär von EZB-Fachleuten erstellt werden. Damit liegt viermal jährlich eine aktualisierte Projektion für den Euroraum vor. Das umfassende Bottom-up-Länderwissen der nationalen Zentralbanken fließt besonders in die beiden BMPE-Runden ein. Zu Beginn jeder Projektionsrunde werden zentrale Annahmen von der EZBbereitgestellt, etwa zu Rohstoffpreisen, Wechselkursen, Finanzmarktvariablen und der Weltwirtschaft. [3)]

Ein eigenständiger Teil des Prognoseprozesses ist die Narrow Inflation Projection Exercise (NIPE). Diese kurzfristige, disaggregierte Inflationsprognose wird viermal jährlich von den nationalen Zentralbanken für ihr jeweiliges Land erstellt und fließt damit sowohl in die BMPE als auch die MPE ein. In der NIPE werden Inflationsprognosen auf Monatsbasis für einen Horizont von ungefähr einem Jahr erstellt. Prognostiziert werden neben der Gesamtinflationsrate auch die Preise für die Spezialaggregate Energie, Nahrungsmittel, Industriegüter (ohne Energie) und Dienstleistungen sowie ausgewählte weitere Subaggregate, wie zum Beispiel Tabakpreise, Mieten oder Gas-, Strom- und Kraftstoffpreise auf der Verbraucherstufe. Bei der Prognose wählen die nationalen Zentralbanken ihre Modelle und nehmen nach Bedarf weitere Unterteilungen der Inflationsrate vor. Im Rahmen der NIPE sind neben den Ergebnissen kurzfristiger Inflationsprognosemodelle, wie das disaggregierte Inflationsanalyse und -prognosemodell (Disaggregate Inflation Projection Lab, DIPL) der Bundesbank, ergänzende Informationen aus Modellen zum Nowcasting und hochfrequente Daten von Bedeutung. [4)]

2 Dieser Exkurs stützt sich auf: Europäische Zentralbank (2016) sowie Angelini et al. (2025a).

3 Einige Annahmen werden aus Terminnotierungen an den Finanzmärkten abgeleitet, andere werden im Eurosystem abgestimmt.

4 Vgl. hierzu: Beck et al. (2024) sowie Schnorrenberger et al. (2024).

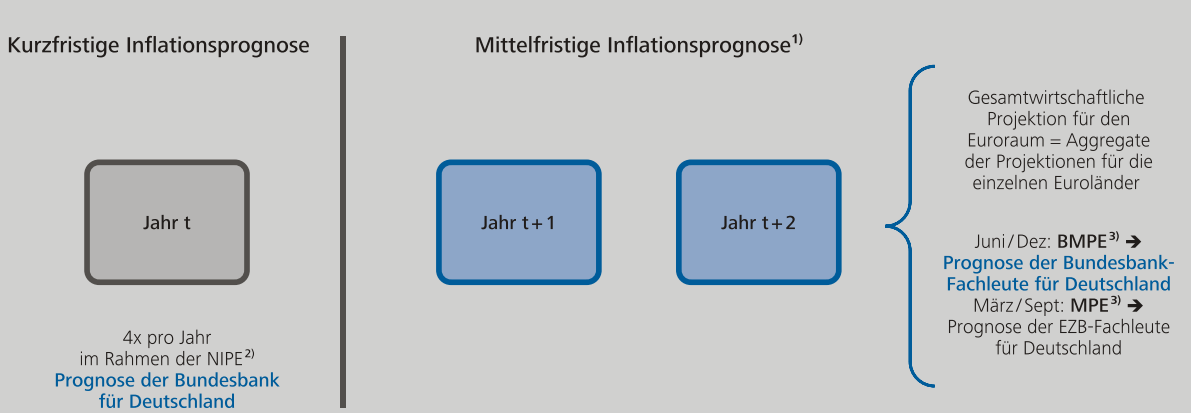
Die disaggregierte, kurzfristige Inflationsprognose soll helfen, den zugrunde liegenden Inflationstrend besser zu erkennen. Durch die Erstellung monatlicher und disaggregierter Inflationsprognosen können spezifische Entwicklungen auf einzelnen Märkten und in einzelnen Ländern möglichst genau berücksichtigt werden. Dies soll dabei helfen, sehr kurzfristige Schocks, auf die die Geldpolitik ohnehin nicht reagieren kann, von längerfristigen Entwicklungen zu trennen. Ein disaggregierter Ansatz erleichtert zudem, Sondereffekte, wie eine Vogelgrippe oder eine methodische Umstellung bei der Preismessung, und staatliche Maßnahmen, wie den Tankrabatt, eine Mehrwertsteueränderung oder steigende CO_2-Preise, zu berücksichtigen. Mit zunehmendem Prognosehorizont gewinnen makroökonomische Zusammenhänge an Bedeutung. Die NIPE bildet damit eine Brücke zwischen detaillierter, kurzfristiger Preisanalyse und mittelfristiger gesamtwirtschaftlicher Projektion.

Zweimal jährlich erstellt die Bundesbank ihre mittelfristige Inflationsprognose im Rahmen der Deutschland-Prognose. Bei der Deutschland-Prognose erstellen die Fachleute für einzelne Bereiche Teilprognosen unter anderem für Preise, Löhne, den Arbeitsmarkt oder die öffentlichen Finanzen. Das makroökonometrische Modell der Bundesbank (BbkM-DE) dient als zentraler Rahmen zur Zusammenführung und Konsistenzprüfung.[5)] Ergänzend kommen Zeitreihenmodelle, strukturelle Modelle und sektorspezifische Satellitenmodelle zum Einsatz. Hierzu gehört auch DIPL, das bei der ersten Prognosebasislinie für die Inflation und ihre wichtigsten Bestandteile zur Anwendung kommt. Im Rahmen der NIPE sind Modellergebnisse ein Instrument, das mit aktuellen Informationen, Expertenwissen und Konsistenzprüfungen verbunden wird. Gerade bei außergewöhnlichen Schocks ist diese Kombination wichtig, weil sich historische Zusammenhänge verändern können und politisch bedingte Preisbewegungen häufig außerhalb rein statistischer Modelle berücksichtigt werden müssen.

5 Vgl.: Haertel et al. (2022).

Die Inflationsprognose der Bundesbank als Teil der gesamtwirtschaftlichen Projektionen der EZB beziehungsweise des Eurosystems

Schaubild 3.9



1 Im Dezember werden zusätzlich Projektionen für das Jahr t+3 erstellt. **2** Narrow Inflation Projection Exercise. **3** (B)MPE: (Broad) Macroeconomic Projection Exercise.

Deutsche Bundesbank

Exkurs

Einblicke mit dem Makromodell der Bundesbank in die Hochinflationsphase in Deutschland nach der Pandemie

In den Jahren 2021 bis 2023 stieg die Inflation im Euroraum auf außergewöhnlich hohe Werte. Die Pandemie hatte zu erheblichen Störungen der globalen Lieferketten geführt. Produktionsausfälle und Transportengpässe verursachten Knappheiten und Preisanstiege bei vielen Gütern und Dienstleistungen. Diese Entwicklung verstärkte sich als die zur Eindämmung der Pandemie ergriffenen Maßnahmen gelockert wurden und die Nachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen rapide zunahm. Auch die hohe Nachfrage nach Energierohstoffen bei knappem Angebot trug zu den Preisanstiegen bei.[1)] Der Krieg in der Ukraine und die damit verbundene Energiekrise verschärften die Angebotsknappheiten.

1 Zum Anstieg der Erdgaspreise trugen auch die im Vorfeld des Krieges in der Ukraine bereits weniger als üblich gefüllten Gasspeicher und geringere Liefermengen aus Russland bei. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021).

Die Kombination aus pandemiebedingten Schocks und den Folgen des Ukrainekriegs erschwerte Vorhersagen der Inflationsdynamik und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Auch im Eurosystem kam es zu großen Prognosefehlern, vor allem bei der Inflation.[2] Die Fehler in den Annahmen, die den Prognosen zugrunde gelegt wurden, insbesondere bei den Rohstoffpreisen, trugen ganz erheblich zu den Prognosefehlern bei.[3] Zudem wichen wirtschaftliche Zusammenhänge in diesem Zeitraum deutlich von den historischen Regelmäßigkeiten ab.[4] Da die in den Prognosen eingesetzten Modelle in der Regel aus empirischen Mustern der Vergangenheit abgeleitet werden, beeinträchtigten stärkere Abweichungen davon die Prognosequalität zusätzlich.

Auch die Deutschland-Prognose vom Dezember 2021 unterschätzte die Inflationsrate für die folgenden beiden Jahre erheblich. Während damals prognostiziert wurde, dass die Inflationsrate bis Mitte 2023 allmählich auf etwas über 2 % zurückkehren würde, stieg sie tatsächlich weiter an und erreichte ihren Höhepunkt im vierten Quartal 2022 bei etwa 11 %.[5] Sie lag damit 8 Prozentpunkte über den Erwartungen ein Jahr zuvor. Im Jahresverlauf 2023 sank die Inflation stetig und näherte sich 2024 der Prognose vom Dezember 2021 an.

2 Davon betroffen waren nicht nur die Projektionen des Eurosystems und der EZB, sondern auch jene anderer Institutionen. Vgl. zum Beispiel: Chahad et al. (2024) sowie Deutsche Bundesbank (2025a).

3 Die gemeinsamen Annahmen für die makroökonomischen Projektionen im Eurosystem umfassen Rohstoffpreispfade für Öl, Gas und Nahrungsmittel sowie die kurz- und langfristigen Zinssätze und Wechselkurse. Außerdem ist die Prognose des internationalen Umfelds Teil der gemeinsamen Annahmen, wie die aus Sicht des Euroraums ausländische Nachfrage und die Import- und Exportpreise von Wettbewerbern. Zum Beitrag der Annahmen zu den Prognosefehlern in der Hochinflationsphase vgl.: Chahad et al. (2024) sowie Europäische Zentralbank (2025).

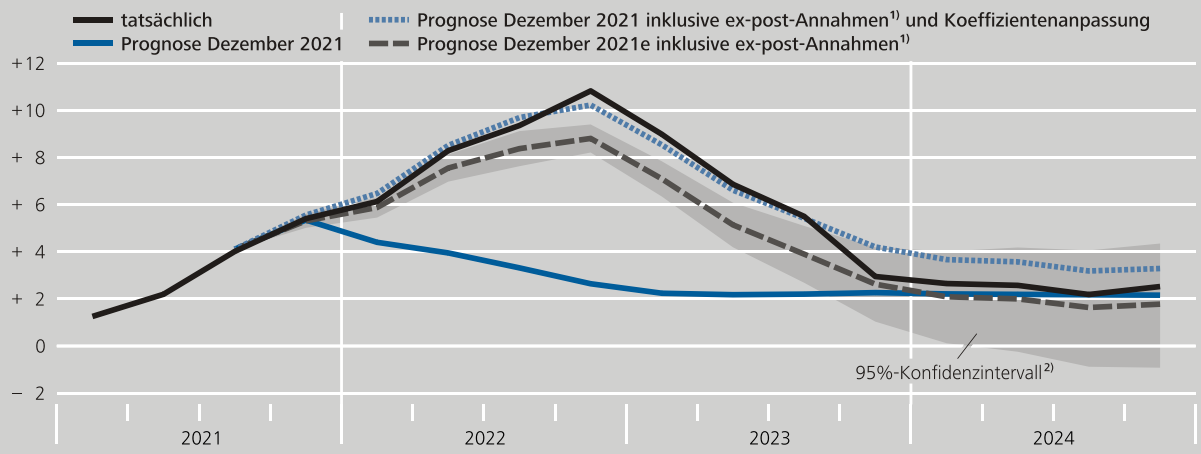
4 Eine Reihe von Faktoren kann zu den Abweichungen von historischen Zusammenhängen beigetragen haben, darunter Störungen in den Lieferketten, Materialknappheit, Zweitrundeneffekte oder eine stärkere Weitergabe von Kostenschocks. Vgl. zum Beispiel auch die zusammenfassende Einschätzung der Hochinflationsphase in: Lane (2024).

5 Das Muster der Inflation im Euroraum war ähnlich.

Hochinflationsphase in Deutschland*)

Schaubild 3.10

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



***** HVPI insgesamt. **1** Impliziert, dass den Simulationen mit BbkM-DE realisierte Pfade für HVPI Energie, HVPI Nahrungsmittel und andere technische Annahmen vorgegeben wurden. **2** Basierend auf stochastischer Simulation mit BbkM-DE unter Anwendung einer Stichprobenwiederholung der Modellresiduen.

Deutsche Bundesbank

Um die Ursachen der damaligen Prognosefehler für die Inflation in Deutschland besser zu verstehen, wird im Folgenden das makroökonometrische Modell der Bundesbank (BbkM-DE) verwendet. Das Modell ermöglicht zu simulieren, wie die Inflationsentwicklung verlaufen beziehungsweise projiziert worden wäre, wenn – hypothetisch – bestimmte zukünftige Entwicklungen in der Prognose vom Dezember 2021 bekannt gewesen wären.

Die Ergebnisse der Modellsimulationen verdeutlichen, dass Fehler in den gemeinsamen Annahmen des Eurosystems für die Projektion den Großteil des erheblichen Prognosefehlers für die Inflation in Deutschland erklären. Die grau gestrichelte Linie zeigt den hypothetischen Verlauf der Inflationsprognose aus der Perspektive von BbkM-DE für den Fall, dass die Rahmenvariablen richtig vorweggenommen worden wären.[6)] Das hügelförmige Muster der Inflation wäre weitgehend erfasst worden. Im vierten Quartal 2022 wäre die hypothetische Inflationsprognose aber noch 2 Prozentpunkte unter der tatsächlichen Rate geblieben. Selbst wenn zusätzlich statistische Unsicherheiten rund um die Prognose berücksichtigt werden, bleibt Raum für weitere erklärende Faktoren der Prognosefehler.[7)]

6 Diese Übung orientiert sich an Angelini et al (2025b). Analog zum dortigen Vorgehen beruhen die Simulationen auf den tatsächlichen Pfaden der Energie- und Nahrungsmittelkomponenten des HVPI, angesichts ihrer enormen Volatilität und außergewöhnlichen Preissprünge in diesem Zeitraum. Dabei werden auch aktualisierte HVPI-Gewichte für die Energie- und Nahrungsmittelkomponenten einbezogen. Folglich lässt die Analyse diejenigen Prognosefehler außen vor, die durch den direkten Einfluss falscher Rohstoffpreisannahmen auf die Energie- und Nahrungsmittelkomponenten verursacht wurden, sowie mögliche Fehlspezifikationen der Prognosemodelle für diese Komponenten während der Hochinflationsphase. Die Analyse zeigt damit Prognosefehler auf, die indirekten Effekten und Zweitrundeneffekten auf die HVPI-Kernrate ohne Energie und Nahrungsmittel zuzuordnen sind und sich aus Energie- und Nahrungsmittelrohstoffpreisen ergeben. Ebenso enthalten sind Prognosefehler, die mit jeglicher Art von Abweichungen von historischen Regelmäßigkeiten verbunden sind.

7 So liegt die obere Grenze des 95 %-Konfidenzintervalls bis zum dritten Quartal 2022 nahe an der tatsächlichen Inflation, bleibt jedoch etwas unter dem Inflationshöhepunkt am Ende des Jahres und der allmählichen Rückführung in den folgenden Quartalen. Das Konfidenzintervall wird mittels stochastischer Simulationen mit BbkM-DE erzeugt. Die stochastischen Pfade werden auf der Grundlage wiederholter Ziehungen aus den Residuen der Verhaltensgleichungen des Modells für die modellendogenen Variablen simuliert. Dieses Vorgehen ist mit dem in Europäische Zentralbank (2021b), Box 12, vorgestellten Ansatz vergleichbar. Da bereits auf den realisierten Pfaden der gemeinsamen Annahmen konditioniert wird, ist die Prognoseunsicherheit im Zusammenhang mit den exogenen Annahmen nicht enthalten.

Änderungen beim Preissetzungsverhalten können die Inflationsdynamik verstärkt haben. Mikrodaten deuten darauf hin, dass Unternehmen 2022 und 2023 ihre Preise häufiger als in der Vergangenheit angepasst haben.[8)] Dies könnte zu einer schnelleren und stärkeren Weitergabe der unterschiedlichen Schocks an die Verbraucherpreise geführt haben.[9)] Im semi-strukturellen Modell BbkM-DE lässt sich diese Änderung abbilden, indem beispielsweise der Fehlerkorrektur-Koeffizient der zentralen Preisgleichung des Modells – das heißt die Verhaltensgleichung des HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel – angepasst wird. Er stellt die Anpassungsgeschwindigkeit der Verbraucherpreise an ihren geschätzten langfristigen Zusammenhang mit Löhnen und Importpreisen dar.[10)] Mittels eines einfachen Strukturbruchtests lässt sich zeigen, dass dieser – normalerweise relativ niedrige – Koeffizient 2022 und 2023 etwa auf das Dreifache seines üblichen Wertes anstieg, bevor er ab Ende 2023 wieder nahe am vorpandemischen Niveau lag.

Im Rückblick zeigt sich, dass die Modellprognose für die Inflation besser gewesen wäre, wenn die häufigeren Preisänderungen eingeflossen wären. Der hypothetische Verlauf der Inflation, wenn – neben den gemeinsamen Annahmen – auch die erhöhte Anpassungsgeschwindigkeit in der Dezember-Prognose 2021 vorweggenommen worden wäre, liegt insbesondere 2022bemerkenswert nahe an der tatsächlichen Inflation.[11)] Ab Ende 2023 hätte das angepasste Modell indes eine leicht höhere Inflationsrate prognostiziert. Dies kann daran liegen, dass nicht erfasste, zusätzliche Faktoren – wie Inflationsausgleichsprämien oder die stärkere geldpolitische Reaktion – die tatsächliche Entwicklung von Löhnen und Preisen gebremst haben.[12)]

8 Vgl.: Gautier et al (2024, 2026) sowie Deutsche Bundesbank (2025c).

9 So zeigen Angelini et al. (2025b), dass aus hypothetischer Sicht eine stärkere Übertragung von Energiepreisen auf die Kerninflation im Modell den durchschnittlichen Prognosefehler für den HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel verringert hätte. Vgl. auch: Europäische Zentralbank (2025).

10 Dies ist ein typisches Beispiel für nichtlineare Reaktionen der Inflation. Im klassischen Phillips-Kurven-Rahmen würden sie sich durch eine geänderte Steigung der Kurve äußern. Die Anpassungsweise im semi-strukturellen Modell BbkM-DE mit seinen typischen Fehlerkorrektur-Gleichungen kann durch die Ähnlichkeit von Fehlerkorrektur-Preisgleichungen und Preisdynamiken in neukeynesianischen Modellen mit endogener Preisänderungsfrequenz motiviert werden: Schocks werden schneller in die Verbraucherpreise weitergegeben, wenn Unternehmen ihre Preise häufiger optimal anpassen. Dies ist gleichbedeutend mit der Anpassungsweise in Fehlerkorrektur-Modellen, in denen ein höherer Fehlerkorrektur-Koeffizient eine schnellere Weitergabe in die Preise widerspiegelt.

11 Die Inflationsrate liegt dabei in der Spitze um etwas mehr als 1 Prozentpunkt höher als im Vergleich zu der Simulation ohne die Anpassung des Fehlerkorrektur-Koeffizienten. Dies entspricht in etwa auch der Größenordnung der Modellrechnung (für den Euroraum) in: Gautier et al. (2026).

12 Das Modell hätte die höhere Inflationsrate gegen Ende des Simulationszeitraums prognostiziert, weil der stärkere Preisdruck am Höhepunkt des Inflationsanstiegs über die adaptive Erwartungsbildung in BbkM-DE für sich genommen allmählich zu höheren Löhnen geführt hätte. Diese wären aus Modellsicht auch in die Verbraucherpreise weitergegeben worden.

Die Vorgehensweise und Ergebnisse sind nicht ohne Weiteres auf andere Situationen steigenden Preisdrucks übertragbar. Mit Blick auf den Energiepreisschock infolge des Krieges im Nahen Osten verringert das derzeitige makroökonomische Umfeld den Spielraum für häufigere Preisanpassungen im Vergleich zu 2022.[13)] Beispielsweise sind die auslösenden Energierohstoffpreisanstiege insgesamt geringer, und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ist schwächer als damals. Allerdings könnten die Erfahrungen der Hochinflationsphase die Inflationserwartungen erhöhen und Unternehmen dazu veranlassen, ihre Preise schneller anzupassen. Indes liefert die Analyse für Szenariorechnungen wertvolle Erkenntnisse.[14)] Darüber hinaus reiht sich die Berücksichtigung von nichtlinearen Effekten, die sich auch in Mikrodaten-Evidenz zeigt, in die Bestrebungen ein, die Prognose des Eurosystems in Zeiten außergewöhnlicher wirtschaftlicher Unsicherheiten zu verbessern.[15)]

Exkurs

Zweitrundeneffekte über die Löhne infolge der Hochinflationsphase 2022

Die jüngsten Ölpreisanstiege im Zuge des Irankriegs haben die Debatte über mögliche Zweitrundeneffekte auf die Inflationsrate neu entfacht. Solche Effekte können unter anderem über den Lohnkanal entstehen.[1)] Arbeitnehmer und Gewerkschaften können versuchen, eingetretene oder erwartete Reallohnverluste infolge stark gestiegener Preise durch höhere Nominallohnsteigerungen auszugleichen. Steigende Lohnkosten können wiederum die Verbraucherpreise erhöhen und so den ursprünglichen Inflationsimpuls verstärken oder verlängern.

13 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2026g).

14 Beispielsweise flossen Befunde aus dieser Analyse in die Simulationsrechnungen für das Risikoszenario in der Prognose vom Juni 2026 ein. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2026f).

15 Vgl.: Ciccarelli und Kornprobst (2026).

1 Darüber hinaus können Zweitrundeneffekte auch über die Inflationserwartungen auf die Verbraucherpreise wirken. Vgl. Deutsche Bundesbank (2026b) sowie Fußnote 6 im Exkurs „Einblicke mit dem Makromodell der Bundesbank in die Hochinflationsphase in Deutschland nach der Pandemie“.

Der Spielraum für Zweitrundeneffekte hängt aus konzeptioneller Sicht unter anderem von der Art des ursprünglichen inflationären Impulses ab. Eine Rolle spielt, wie der Auslöser auf zwei zentrale Bestimmungsgrößen der Löhne wirkt, die Wirtschaftsleistung und die Verbraucherpreise. Inflationäre Impulse aufgrund einer unerwarteten Ausweitung der Nachfrage (expansive Nachfrageschocks) erhöhen typischerweise beide Größen und erzeugen über beide Kanäle Aufwärtsdruck auf die Löhne. Da sich Löhne und Verbraucherpreise infolge eines solchen Schocks tendenziell in dieselbe Richtung bewegen, können sich wechselseitig verstärkende Rückkopplungen – und damit Zweitrundeneffekte – ergeben. [2)] Inflationäre Impulse aufgrund einer unerwarteten Angebotsverknappung (adverse Angebotsschocks) bewegen die beiden Bestimmungsgrößen der Löhne dagegen in entgegengesetzte Richtungen. Sie erhöhen zwar die Verbraucherpreise, bremsen aber zugleich die Wirtschaftsaktivität und wirken darüber bremsend auf die Löhne. Daher bieten sie weniger Raum für Zweitrundeneffekte.

2 Für das Ausmaß möglicher Zweitrundeneffekte sind zudem die Stärke des ursprünglichen Preisschocks und die Verhandlungspositionen der Tarifparteien von Bedeutung.

Mithilfe eines bayesianischen vektorautoregressiven Modells (BVAR) lässt sich untersuchen, wie groß Zweitrundeneffekte über die Löhne in Deutschland während der Hochinflationsphase 2022 waren. Die Analyse lässt zudem Schlüsse darauf zu, welche Schocks eher nachfrageseitig wirkten und damit maßgeblich zu Zweitrundeneffekten beitrugen.[3)]

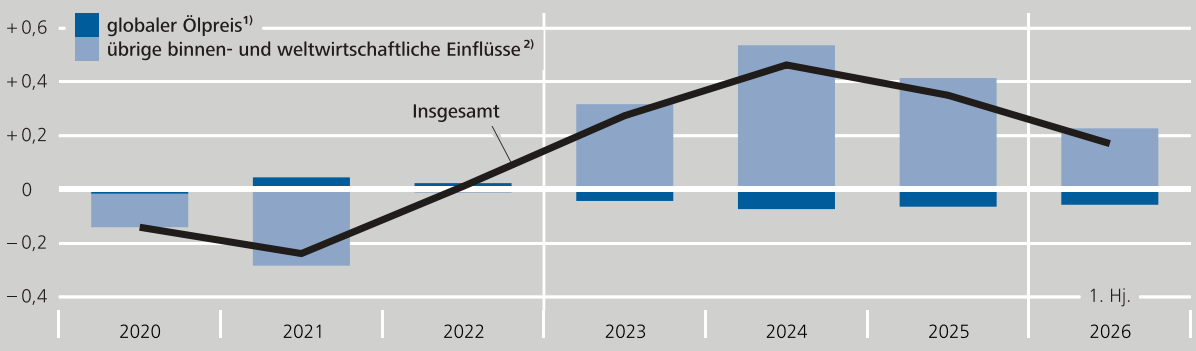
Den Schätzungen zufolge trugen Zweitrundeneffekte über die Löhne in der Hochinflationsphase bis zu 0,5 Prozentpunkte zur HVPI-Rate bei. Dieser Wert wurde im zweiten Vierteljahr 2024 erreicht. Zweitrundeneffekte über Löhne trugen somit einen beträchtlichen Teil zur durchschnittlichen Inflationsrate 2024 in Höhe von 2,5 % bei. Aufgrund der in Deutschland vergleichsweise langen Laufzeiten von Tarifverträgen – im Durchschnitt rund 24 Monate – traten diese Effekte allmählich zutage. Zugleich erwiesen sie sich als recht persistent. Die Zweitrundeneffekte waren erst Anfang 2026 dabei auszulaufen, als weitere inflationäre Schocks infolge des Irankriegs einsetzten.

3 Das zugrunde liegende Modell baut auf Kilian (2009) auf. Die globale Rohölproduktion, die weltweite Industrieproduktion und der inflationsbereinigte Ölpreis werden verwendet, um Ölangebotsschocks, Rohöl-Nachfrageschocks sowie ölspezifische Nachfrageschocks zu identifizieren. Die globale Rohölproduktion wurde um die Freigaben der strategischen Ölreserve der internationalen Energieagentur bereinigt. Anders als in Kilian (2009) werden der Ölpreis in US-Dollar und der US -Verbraucherpreisindex als zwei getrennte Variablen berücksichtigt. Aus Sicht des Identifikationsansatzes dieser vier Variablen – in der genannten Reihenfolge – werden folgende Variablen aufgenommen, ebenfalls in dieser Reihenfolge: der Adjusted Chicago Fed National Financial Conditions Index (ANFCI; finanzieller Stress), die private Sparquote in den Vereinigten Staaten (aufgestaute Nachfrage) sowie der Indikator der Europäischen Kommission für Material- und/oder Ausrüstungsmangel (Lieferketten). Diese sieben Variablen bilden den „internationalen Block“, der gegenüber dem Block der binnenwirtschaftlichen Variablen als blockexogen angenommen wird (vgl.: Cushman und Zha (1997)). Der binnenwirtschaftliche Block umfasst die Bruttowertschöpfung, die Arbeitslosenquote, den Euro-US -Dollar-Wechselkurs, den HVPI Energie, den HVPI Nahrungsmittel, den HVPI für Industriegüter ohne Energie, den HVPI Dienstleistungen, die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer im Verarbeitenden Gewerbe sowie die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer im Dienstleistungssektor. Schocks innerhalb der Blöcke und zwischen den Blöcken werden mittels Cholesky-Zerlegung identifiziert. Der Schätzzeitraum reicht vom ersten Vierteljahr 1985 bis zum zweiten Vierteljahr 2026. Die Identifikation der Zweitrundeneffekte erfolgt in Anlehnung an Bachmann und Sims (2012) sowie Enders und Enders (2017). Konstruierte gegenläufige Lohnschocks neutralisieren dabei die Lohnreaktion auf jeden Schock. Die Differenz zwischen dem geschätzten Preispfad und dem hypothetischen Preispfad inklusive gegenläufiger Lohnschocks gibt die Zweitrundeneffekte wieder. In einer alternativen Spezifikation wurde der europäische Gaspreis zusätzlich berücksichtigt (eingereiht als erste Variable im binnenwirtschaftlichen Block). Den Schätzungen zufolge entspricht auch der Gaspreisschock einem adversen Angebotsschock, der keine nennenswerten Zweitrundeneffekte nach sich zieht. Eine weitere alternative Spezifikation mit einem verkürzten Schätzzeitraum ab dem zweiten Vierteljahr 1990 berücksichtigt zusätzlich die auf Quartalsbasis interpolierten Inflationserwartungen von Consensus Economics mit einem Prognosehorizont von sechs bis zehn Jahren. Diese wurden an Position 15 zwischen HVPI-Komponenten und den Effektivverdiensten eingeordnet. Den Schätzungen zufolge waren in der Hochinflationsphase die Preiswirkungen der Zweitrundeneffekte über die Löhne stärker als diejenigen über erhöhte Inflationserwartungen. Die Zweitrundeneffekte über die Inflationserwartungen wirkten allerdings schneller auf die Verbraucherpreise als diejenigen über den Lohnkanal.

Zweitrundeneffekte über die Löhne auf die Inflationsrate in Deutschland*)

Schaubild 3.11

Beiträge zur HVPI-Rate gegenüber Vorjahr in %-Punkten



***** Schätzung auf Basis eines BVAR-Modells zum Lohn-Preis-Zusammenhang in Deutschland. Das Modell beruht auf einer erweiterten Version des Kilian (2009) Modells für den globalen Ölmarkt. Die Schocks werden mittels Kurzfristrestriktionen identifiziert. Da die Beiträge von Lohnschocks auf die Verbraucherpreise nicht auf zuvor stattgefundenen Preisschocks beruhen, fließend deren Beiträge nicht in das Maß der Zweitrundeneffekte insgesamt ein und werden hier nicht ausgewiesen. Schätzzeitraum: 1. Vierteljahr 1985 bis 2. Vierteljahr 2026. Datenstand: August 2026. **1** Beiträge der Variablen globale Rohölproduktion, globale Industrieproduktion und nominaler Ölpreis in US-Dollar. **2** Beiträge der Variablen ANFCI-Finanzmarktbedingungen der Chicago Fed, US Sparquote, EU-Lieferkettenindex der Europäischen Kommission, US Verbraucherpreisindex, reale Bruttowertschöpfung in Deutschland, Arbeitslosenquote in Deutschland, Euro-US-Dollar-Wechselkurs sowie folgende Komponenten des Harmonisierten Verbraucherpreisindexes in Deutschland: Energie, Nahrungsmittel, Industriegüter ohne Energie und Dienstleistungen.

Deutsche Bundesbank

Den Ergebnissen zufolge trugen vor allem die aufgestaute Nachfrage und die pandemiebedingten Lieferengpässe zu den Zweitrundeneffekten der Hochinflationsphase 2022 bei. Lieferengpässe ergeben sich aus dem Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage. Einerseits können gestörte Lieferketten oder andere angebotsseitige Störungen das Angebot einschränken. Dies erzeugt bei unveränderter Nachfrage Preisdruck und dämpft die Wirtschaftsleistung. Andererseits zeigte sich während der Wirtschaftsöffnung nach der akuten Pandemiephase, dass Lieferengpässe entstehen können, wenn die Nachfrage unerwartet stark anzieht und das Angebot übersteigt. Die unmittelbaren Pandemiewirkungen hatten die Produktion und Lieferketten beeinträchtigt und die Konsummöglichkeiten eingeschränkt. Private Haushalte konnten daher einen Teil ihrer Einkommen nicht wie üblich ausgeben und sparten mehr als üblich. Als sich die pandemiebedingten Einschränkungen und Engpässe allmählich auflösten, traf die aufgestaute Nachfrage auf ein Angebot, das sich nur langsam erholte. Der daraus resultierende Preisdruck trug wesentlich zu den Zweitrundeneffekten bei. [4)]

4 Lieferengpässe könnten auch die Margenausweitung bei Lebensmittel- und Industriegütern begünstigt und somit zu den Zweitrundeneffekten beigetragen haben.

Ölpreisschocks trugen nicht nennenswert zu den Zweitrundeneffekten der Hochinflationsphase 2022 bei. Ein Anstieg des Ölpreises kann unterschiedliche Ursachen haben. Dazu zählen einerseits Angebotsausfälle bei Rohöl, andererseits höhere Nachfrage – weil beispielsweise die globale Industrieproduktion kräftig zulegt – oder auch eine erhöhte Vorsorgenachfrage in Zeiten großer Unsicherheit. Aus Sicht deutscher Verbraucher und Produzenten wirken Angebotsausfälle und erhöhte Vorsorgenachfrage wie ungünstige Angebotsschocks, während die höhere Industrienachfrage nach Rohöl einem expansiven Nachfrageschock entspricht. Den Modellschätzungen zufolge wirkten die Ölpreisschocks während der Hochinflationsphase vor allem als ungünstige Angebotsschocks. Sie erhöhten die Preise und bremsten die Wirtschaftsleistung. Per saldo konnte das Lohnwachstum nicht profitieren.

Der aktuelle Ölpreisschock dürfte wenig Raum für Zweitrundeneffekte bieten. Derzeit sind angebotsbedingte Ölpreissteigerungen die entscheidende Ursache höherer Verbraucherpreise. Den Modellschätzungen zufolge dürfte die Zusammensetzung des gegenwärtigen Ölpreisschocks über den Lohnkanal nur leicht zu Zweitrundeneffekten beitragen.

In der derzeitigen Lage sollten neben den Ursachen von 2022 weitere mögliche Gründe für Zweitrundeneffekte im Blick behalten werden. Wie 2022 sollten die Anzeichen für Lieferengpässe ernst genommen werden. Zudem könnte die private Nachfrage in den Vereinigten Staaten derzeit stärkere expansive Impulse liefern, als zu Jahresbeginn erwartet worden war. Zudem wird die deutsche Konjunktur vom expansiven Fiskalkurs profitieren, was zusätzlichen Lohndruck erzeugen dürfte. Hinzu kommt die demografische Entwicklung, die das Arbeitsangebot mehr und mehr verknappt mit tendenziellem Aufwärtsdruck auf die Löhne. Derartige Faktoren könnten über höhere Löhne Inflationsdruck und anschließend weitere Zweitrundeneffekte auf die Verbraucherpreise auslösen.[5)] Schließlich ist zu beachten, dass das Risiko für Zweitrundeneffekte über höhere Inflationserwartungen und ein verändertes Preissetzungsverhalten der Unternehmen steigt, je länger die Inflationsrate erhöht bleibt.

5 Den Schätzergebnissen zufolge führen Gaspreisschocks tendenziell zu nicht nennenswerten Zweitrundeneffekten über die Löhne. Gleichwohl führen steigende Erdgaspreise zu direkten und indirekten Effekten auf die Verbraucherpreise.

Literaturverzeichnis

Aguilar, P., L. Boeckelman und A. Kornprobst (2026), Beyond energy prices: the ripple effects of Gulf supply disruption, EZB-Blog, 2. Juli 2026.

Amiti, M., S. Heise, F. Karahan und A. Sahin (2024), Inflation strikes back: the role of import competition and the labor market, NBER Macroeconomics Annual, Vol. 38, S. 71 – 131.

Angelini, E., M. Darracq Pariès, T. Haertel und M. Lalik (2025a), The ESCB forecasting models: what are they and what are they good for?, ECB Occasional Paper, Vol. 381.

Angelini, E., M. Darracq Pariès und S. Zimic (2025b), The 2021-24 inflation surge through the lens of the ECB-BASE model, Economic Bulletin, Nr. 3/2025, Europäische Zentralbank.

Arce, O., N. Battistine, O. Bouabdallah und E. Lis (2026), A tale of two energy crises – initial conditions matter, EZB-Blog, 3. Juni 2026.

Bachmann, R. und E. R. Sims (2012), Confidence and the transmission of government spending shocks, Journal of Monetary Economics, 59(3), S. 235 - 249.

Barauskaitė Griškevičienė, K. und C. Brand (2026), Why the drivers of inflation matter for monetary policy, EZB-Blog, 1. September 2026.

Beck, G., K. Carstensen, J.-O. Menz, R. Schnorrenberger und E. Wieland (2024), Nowcasting consumer price inflation using high-frequency scanner data: evidence from Germany, ECB Working Paper Series, Vol. 2930.

Bundesregierung (2026), Spritpreis-Entlastungspaket, 1. Oktober 2026.

Cavallo, A., F. Lippi und K. Miyahara (2024), Large shocks travel fast, American Economic Review: Insights, Vol. 6(4), S. 558 – 574.

Cavallo, A. und G. García Zavaleta (2026), Turning points in inflation: a structural-break approach with microdata, IMF Economic Review, Vol. 74, S. 285 – 310.

Chahad, M., A. Hofmann-Drahonsky, C. Martinez Hernandez und A. Page (2024), An update on the accuracy of recent Eurosystem/ECB staff projections for short-term inflation, Economic Bulletin, Nr. 2/2024, Europäische Zentralbank.

Ciccarelli, M. und A. Kornprobst (2026), Still fit for purpose? Upgrading our economic models for an age of uncertainty, EZB-Blog, 10. Juli 2026.

Cushman, D. O. und T. Zha (1997), Identifying monetary policy in a small open economy under flexible exchange rates, Journal of Monetary Economics, 39(3), S. 433 – 448.

Demuth, L., A.-S. Manu und A. Stalla-Bourdillon (2026), Energy shock: why oil and gas prices have risen less than expected, EZB-Blog, 27. Juli 2026.

Deutsche Bundesbank (2026a), Deutschland-Prognose: Energiepreisschock treibt Teuerung an und bremst die Konjunkturerholung, Monatsbericht, Juni 2026.

Deutsche Bundesbank (2026b), Direkte, indirekte und Zweitrundeneffekte eines Anstiegs der Energierohstoffpreise – eine Begriffsklärung, Monatsbericht, Juni 2026.

Deutsche Bundesbank (2026c), Überblick, Monatsbericht, August 2026.

Deutsche Bundesbank (2026d), Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Energiekrise von 2021/22 und 2026, Monatsbericht, Mai 2026.

Deutsche Bundesbank (2026e), Zu dem jüngsten Energiepreisanstieg infolge des anhaltenden Iran-Konflikts, Monatsbericht, September 2026.

Deutsche Bundesbank (2026f), Ein schwerwiegendes Risikoszenario zu möglichen Auswirkungen des Krieges im Nahen Osten auf die deutsche Wirtschaft, Monatsbericht, Juni 2026.

Deutsche Bundesbank (2026g), Internationales und europäisches Umfeld, Monatsbericht, Mai 2026.

Deutsche Bundesbank (2025a), Deutschland-Prognose: Wirtschaft geht allmählich wieder auf Erholungskurs, Monatsbericht, Dezember 2025.

Deutsche Bundesbank (2025b), Auswirkungen der Einführung des Europäischen Emissionshandelssystems II auf die Verbraucherpreise, Monatsbericht, Dezember 2025.

Deutsche Bundesbank (2025c), Hauptergebnisse der Überprüfung der geldpolitischen Strategie 2024/2025, Monatsbericht, Juli 2025.

Deutsche Bundesbank (2024), Der globale Disinflationsprozess und seine Kosten, Monatsbericht, Juli 2024.

Deutsche Bundesbank (2023), Einfluss der neuen (H)VPI-Gewichte auf die Inflationsentwicklung in Deutschland, Monatsbericht, März 2023, S. 8 – 11.

Deutsche Bundesbank (2021), Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2022 bis 2024, Monatsbericht, Dezember 2021, S 17 – 44.

Deutsche Bundesbank (2009), Starke Ausschläge der Milchpreise: Ursachen und Perspektiven, Monatsbericht, August 2009, S. 62 – 63.

Deutsche Bundesbank (2008), Preis- und Mengenwirkungen der Mehrwertsteueranhebung zum 1. Januar 2007, Monatsbericht, April 2008, S. 31 – 49.

Enders, A. und Z. Enders (2017), Second-round effects after oil-price shocks: Evidence for the Euro Area and Germany, Economics Letters, 159, S. 208 – 2013.

Espasa, A. und R. Albacete (2007), Econometric modelling for short-term inflation forecasting in the euro area, Vol. 26, S. 303 – 316.

Europäische Zentralbank (2025), A strategic view on the economic and inflation environment in the euro area, ECB Occasional Paper, No 371.

Europäische Zentralbank (2021a), Inflation measurement and its assessment in the ECB's monetary policy strategy review, ECB Occasional Paper, No 265.

Europäische Zentralbank (2021b), Review of macroeconomic modelling in the Eurosystem: current practices and scope for improvement, ECB Occasional Paper, No 267.

Europäische Zentralbank (2016), A guide to the Eurosystem/ECB staff macroeconomic projection exercises, ECB Policy Report.

Gautier, E., C. Conflitti, L. Fadejeva, E. Gutiérrez., V. Jouvanceau, J.-O. Menz, A. Paulus, P. Roldan-Blanco und E. Wieland (2026), Consumer price stickiness in the euro area during an inflation surge, ECB Working Paper Series, Vol. 3181.

Gautier, E., C. Conflitti, R. Faber, B. Fabo, L. Fadejeva, V. Jouvanceau, J.-O. Menz, T. Messner, P. Petroulas, P. Roldan-Blanco, F. Rumler, S. Santoro, E. Wieland und H. Zimmer (2024), New facts on consumer price rigidity in the euro area, American Economic Journal Macroeconomics, Vol. 16(4), S. 386 – 431.

Haertel, T., B. Hamburg und V. Kusin (2022), The macroeconometric model of the Bundesbank revisited, Deutsche Bundesbank Technical Paper, 01/2022.

Hendry, D. und K. Hubrich (2011), Combining Disaggregate Forecasts or Combining Disaggregate Information to Forecast an Aggregate, Journal of Business & Economic Statistics, Vol. 29(2), S. 216 – 227.

Kilian, L. (2009), Not all oil price shocks are alike: Disentangling demand and supply shocks in the crude oil market, American Economic Review, Vol. 99(3), S. 1053 – 1069.

Kuik, F., E. Lis, C. Nickel und M. Porqueddu (2026), From well to pump: how fuel prices are formed, EZB-Blog, 31. Juli 2026.

Kuik, F., E. Lis, J. Paredes und I. Rubene (2024), What were the drivers of euro area food price inflation over the last two years?, ECB Economic Bulletin, Vol. 2/2024.

Lane, P. (2026), Analytical perspectives on energy supply shocks, Rede, London, 13. Mai 2026.

Lane, P. (2024), The 2021-2022 inflation surges and the monetary policy response through the lens of macroeconomic models, Rede im Rahmen der SUERF Marjolin Lecture, Europäische Zentralbank.

Malmendier, U. und S. Nagel (2016), Learning from inflation experiences, Quarterly Journal of Economics, Vol. 131(1), S. 53 – 87.

Menz, J.-O. (2026), Forecasting inflation with the Disaggregate Inflation Projection Lab (DIPL) of the Deutsche Bundesbank, Deutsche Bundesbank Technical Paper, erscheint in Kürze.

Schnorrenberger, R., P. Schwind und E. Wieland (2024), Forecasting HICP package holidays with forward-looking booking data, Deutsche Bundesbank Technical Paper, 04 /2024.

Statistisches Bundesamt (2026), Informationen zu ausgewählten Maßnahmen der Bundesregierung und deren Wirksamkeit auf die Verbraucherpreisindizes.

Weber, I., E. Wasner, M. Lang, B. Braun und J. van't Klooster (2025), Implicit coordination in sellers' inflation: How cost shocks facilitate price hikes, Structural Change and Economic Dynamics, Vol. 74, S. 690 – 712.

Wehrhöfer, N. (2026), Energy Prices and Inflation Expectations: Evidence from Households and Firms, Journal of Political Economy Macroeconomics, Vol. 4 (1), S. 135 – 163.

EU-Haushalt und Next Generation EU: Finanzbeziehungen der Mitgliedstaaten zur EU im Jahr 2025

Die Verhandlungen über den nächsten mittelfristigen Finanzrahmen 2028 bis 2034 der EUwerden derzeit intensiv geführt. Die Positionen der Mitgliedstaaten sind aber noch sehr kontrovers. Dieser regelmäßig erscheinende Bericht beleuchtet die Entwicklung der EU-Finanzen im vergangenen Jahr und die daraus ableitbaren Nettopositionen der Mitgliedstaaten.

Die Ausgaben im regulären EU-Haushalt beliefen sich 2025 wie im Vorjahr auf gut 0,8 % des EU-Bruttonationaleinkommens (EU-BNE). Die Ausgabenstruktur verschob sich dabei zugunsten der Kohäsionsausgaben. Daneben finanziert der befristete Extrahaushalt Next Generation EU (NGEU) noch bis Ende 2026 zusätzliche Ausgaben. 2025 flossen daraus knapp 0,3 % des EU-BNE als Transfers an die Mitgliedstaaten. Dies war weniger als im Vorjahr (gut 0,4 %). Vor allem riefen die Mitgliedstaaten weniger Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) ab, dem wichtigsten NGEU-Programm. Für 2026 steht noch rund ein Drittel der ARF-Transfermittel zum Abruf zur Verfügung (0,7 % des EU-BNE). Aus heutiger Sicht dürfte die Europäische Kommission diese Mittel bis Ende 2026 wohl weitgehend auszahlen.

Die Mitgliedstaaten finanzieren den EU-Haushalt hauptsächlich über Beiträge, die sich weitgehend proportional zum BNE entwickeln. Daher sind die Beiträge gemessen an der Wirtschaftskraft länderübergreifend ähnlich hoch. Dagegen streuen die Zahlungen aus dem EU-Haushalt und aus NGEU gemessen am BNE deutlich stärker. Daraus ergeben sich unterschiedliche Nettopositionen der Mitgliedstaaten. Deutschland gehörte 2025 erneut zu den sieben Nettozahlern. Sein Nettobeitrag belief sich auf 26 Mrd € oder knapp 0,6 % des BNE. Unter den 20 Nettoempfängern erhielt Lettland mit über 3 % des BNE die höchsten Nettotransfers.

NGEU wird über Kreditaufnahmen der EU finanziert. Bisher leistet der EU-Haushalt nur die Zinszahlungen. Ab 2028 soll er zudem die für NGEU-Transfers aufgenommenen Schulden tilgen. Nach Programmende dürften diese rund 420 Mrd € betragen (2,2 % des EU-BNE von 2025). In ihrem Entwurf für den nächsten siebenjährigen Finanzrahmen ab 2028 veranschlagt die Europäische Kommission dafür einen Schuldendienst von insgesamt 149 Mrd € (in Preisen von 2025). Im Jahresdurchschnitt entspricht dies 0,1 % des EU-BNE von 2025.

Um den Schuldendienst zu finanzieren, müssen die Mitgliedstaaten entweder höhere Beiträge an den EU-Haushalt leisten oder andere Ausgaben im EU-Haushalt kürzen. Der teils diskutierte Tilgungsaufschub würde die Lasten lediglich in die Zukunft verschieben und künftige Handlungsspielräume einengen. Gemeinsame EU-Kreditaufnahmen lösen also Verteilungsfragen nicht, sondern vertagen sie nur. Die Diskussion hierüber weist auf die insgesamt begrenzte Bereitschaft der Mitgliedstaaten hin, höhere Nettobeiträge an die EUabzuführen oder auf Nettorückflüsse zu verzichten. Gemeinsame EU-Schulden sollten transparent abgebildet und in den europäischen Fiskalregeln berücksichtigt werden. Steigt die Verschuldung auf der EU-Ebene, sollte die nationale Kreditaufnahme entsprechend sinken.

1 EU-Haushalt und Next Generation EU

Die Finanzbeziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und der EU umfassen sowohl den regulären EU-Haushalt als auch den befristeten Extrahaushalt NGEU. Der reguläre EU-Haushalt gilt für ein Kalenderjahr und finanziert gemeinsame europäische Aufgaben und Programme. Die Mitgliedstaaten legen zudem alle sieben Jahre einen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für diese Zeitspanne fest. Er bestimmt die Ausgabenschwerpunkte und setzt Obergrenzen für die laufenden nationalen Finanzierungsbeiträge zu den jährlichen EU-Haushalten. Der aktuelle Finanzrahmen umfasst die Jahre 2021 bis 2027. Sein Umfang liegt bei rund 1 % des EU-BNE [1)] jährlich.

NGEU ergänzt den regulären EU-Haushalt vorübergehend und unterscheidet sich von ihm vor allem durch seine Finanzierung. Die Mitgliedstaaten beschlossen NGEU als Reaktion auf die Corona-Pandemie. Anders als den regulären EU-Haushalt finanzieren sie die vereinbarten NGEU-Transfers und -Kredite zunächst über gemeinsame europäische Kreditaufnahmen. [2)] Vereinbarungsgemäß sollen sie mit Beginn des neuen Finanzrahmens 2028 aus dem regulären EU-Haushalt getilgt werden. Der größte Teil der NGEU-Mittel fließt über die ARF. Auf sie entfallen alle NGEU-Kredite und rund 80 % der Transfers. [3)] Die Europäische Kommission zahlt die Mittel an die Mitgliedstaaten aus, wenn diese Zahlungsanträge stellen und die vereinbarten Meilensteine und Zielwerte erreicht haben.

1 Das BNE wurde als Bezugsgröße für den EU-Haushalt festgelegt. Es unterscheidet sich vom BIP um den Saldo der Primäreinkommen zwischen In- und Ausland. Das BNE umfasst damit das gesamte Einkommen aller Inländerinnen und Inländer, unabhängig davon, ob es im Inland oder Ausland erzielt wurde. Der Unterschied zwischen dem BNE und BIP eines Landes ist in der Regel klein, in Irland und Luxemburg ist das BIP aber deutlich höher als das BNE.

2 NGEU umfasst Transfers und Kredite von 830 Mrd € (in laufenden Preisen). Zunächst waren Transfers von bis zu 420 Mrd € und Kredite im Umfang von 390 Mrd € vorgesehen. Im Zuge der Energiekrise kamen weitere Transfers von rund 20 Mrd € durch REPowerEU hinzu, die über Einnahmen aus dem Handel mit vorgezogenen Emissionszertifikaten finanziert werden (siehe Exkurs zu REPowerEU in: Deutsche Bundesbank (2024)).

3 Die restlichen 20 % stocken bestehende Ausgabenprogramme des regulären EU-Haushalts auf.

NGEU verändert die Finanzierungssalden (Überschüsse und Defizite) auf der EU-Ebene bis weit über das Ende des Programms hinaus. Der reguläre EU-Haushalt ist grundsätzlich ausgeglichen. Die kreditfinanzierten NGEU-Transfers führen von 2021 bis 2026 zu Defiziten auf der EU-Ebene. Ab 2028 beginnt die Tilgung der hierfür aufgenommenen Schulden. Bis 2058 muss der EU-Haushalt deshalb Überschüsse erzielen, um die Tilgungszahlungen zu leisten. Die hierfür und auch für die Zinsausgaben erforderlichen Mittel müssen die Mitgliedstaaten über höhere Beiträge oder entsprechend niedrigere Ausgaben des EU-Haushalts an anderer Stelle bereitstellen.

Ziel dieses regelmäßig erscheinenden Aufsatzes ist es, die Finanzbeziehungen der Mitgliedstaaten nicht zu lange nach dem Ende des jeweiligen Haushaltsjahres transparent darzustellen. Dafür wäre eine möglichst zeitnahe und vorhersehbare Veröffentlichung der Daten wünschenswert. Seitdem die Europäische Kommission die Nettobeiträge zum EU-Haushalt nicht mehr selbst ausweist, veröffentlicht sie die zugrunde liegenden Daten zu keinem festen Termin. Zuvor waren die Daten zeitgleich mit dem Erscheinen des jährlichen Finanzberichts Ende Juni verfügbar. In den letzten Jahren schwankte der Veröffentlichungstermin und rückte tendenziell weiter nach hinten. Eine frühere Bereitstellung würde eine aktuellere Berichterstattung ermöglichen.

2 Zahlungsströme im Jahr 2025

2.1 Regulärer EU-Haushalt

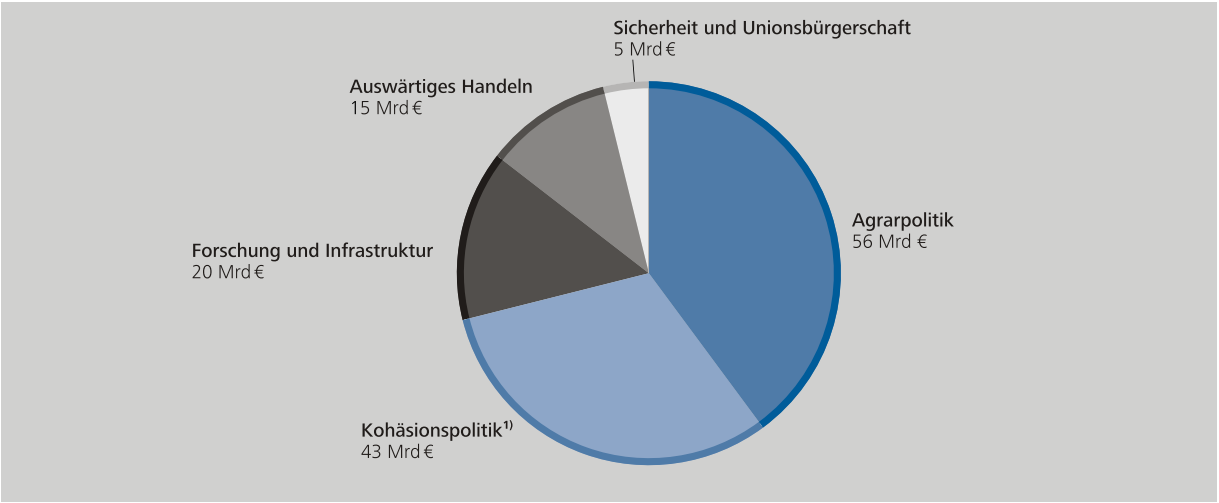
Die Ausgaben des regulären EU-Haushalts stiegen 2025 an.[4)] Sie betrugen rund 157 Mrd €, im Vergleich zu 146 Mrd € im Vorjahr. Gerundet entsprach dies in beiden Jahren aber 0,8 % des EU-BNE. Die operativen Ausgaben[5)] beliefen sich auf 139 Mrd €, die Verwaltungsausgaben auf 13 Mrd €. Der Schuldendienst für NGEU wuchs deutlich auf 5 Mrd € (2024: 2,1 Mrd €).

Ausschlaggebend für den Anstieg der operativen Ausgaben waren die Kohäsionsausgaben, die nach dem starken Rückgang im Vorjahr deutlich zunahmen (+ 8 Mrd €). Sie erhöhten sich auf rund 43 Mrd € und machten damit knapp ein Drittel der operativen Ausgaben aus (Schaubild 4.1). Die Agrarausgaben blieben mit 56 Mrd € weitgehend unverändert und stellten erneut den größten Ausgabenbereich dar. Zusammen entfielen auf beide Politikbereiche 71 % der operativen Ausgaben.

4 Siehe dazu und im Folgenden: Europäische Kommission (2026a). Daneben basieren länderspezifische Zahlen auf Zahlungsströmen zum EU-Haushalt, die die Europäische Kommission auf ihrer Homepage veröffentlicht. Vgl.: Europäische Kommission (2026b). Für das BNE wurden die aktuellen Daten von Eurostat verwendet.

5 Ausgaben ohne Verwaltungsausgaben und NGEU-Schuldendienst.

Zusammensetzung der operativen Ausgaben im Jahr 2025 Schaubild 4.1



Quelle: Europäische Kommission und eigene Berechnungen. **1** Ohne Ausgaben für NGEU-Schuldendienst.
Deutsche Bundesbank

Die Kohäsionsausgaben blieben aber deutlich unter dem Niveau der Jahre 2021 bis 2023. Der Wiederanstieg dürfte vor allem damit zusammenhängen, dass die Mitgliedstaaten 2025 weniger ARF-Mittel nutzten als im Vorjahr. Zugleich entspricht das weiterhin niedrige Niveau dem typischen Auszahlungsverlauf innerhalb eines Finanzrahmens. Erfahrungsgemäß rufen die Mitgliedstaaten Kohäsionsmittel verstärkt zu Beginn und gegen Ende eines Finanzrahmens ab.

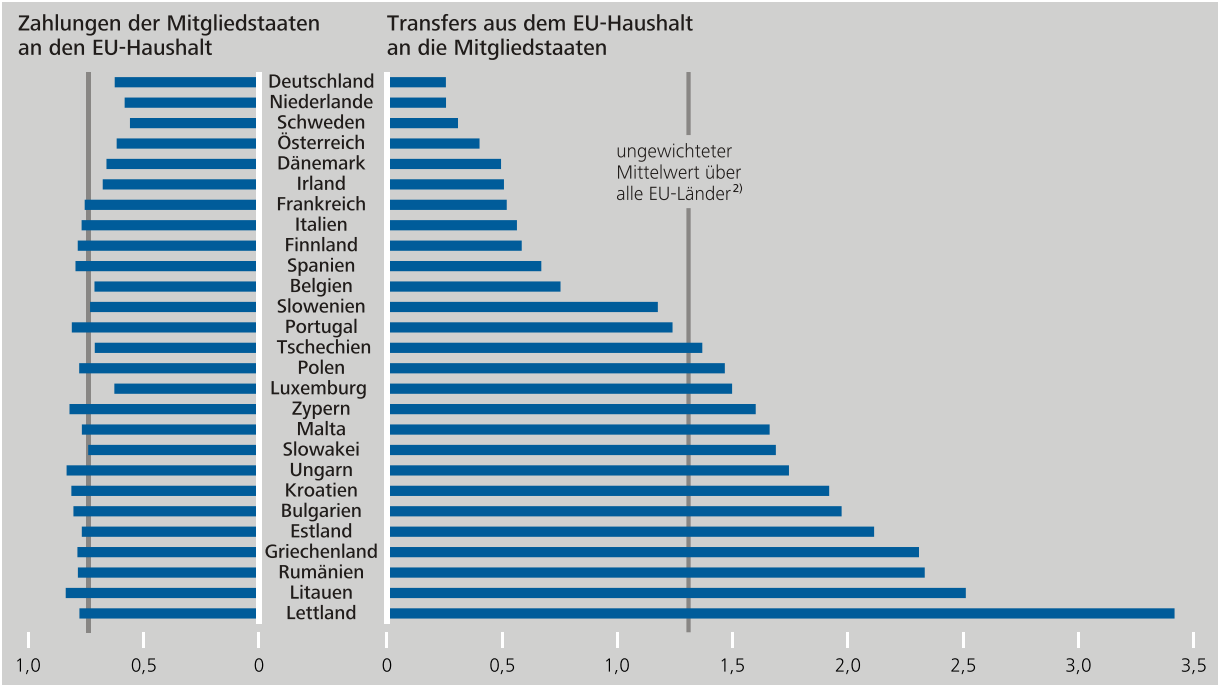
Aufgrund des höheren Ausgabenvolumens stiegen auch die Beiträge der Mitgliedstaaten an den EU-Haushalt (+ 4 Mrd €). Diese betrugen 2025 rund 132 Mrd €. Den größten Anteil stellten wie üblich die BNE-Eigenmittel (102 Mrd €). Hinzu kamen Mehrwertsteuer-Eigenmittel (24 Mrd €) und Kunststoff-Eigenmittel (7 Mrd €). Daneben flossen dem EU-Haushalt vor allem Zolleinnahmen von 23 Mrd € zu.

Die Beiträge der Mitgliedstaaten streuten wie üblich deutlich weniger als die Transfers des EU-Haushalts (Schaubild 4.2). Die Beiträge orientieren sich weitgehend an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten. Dagegen hängen die Rückflüsse von den jeweiligen Ausgabenprogrammen ab. Dabei erhalten wirtschaftlich schwächere Mitgliedstaaten (gemessen am Pro-Kopf-BNE) in der Regel höhere Transfers.

Zahlungsströme der Mitgliedstaaten mit dem EU-Haushalt im Jahr 2025

Schaubild 4.2

in % des jeweiligen Bruttonationaleinkommens, operative Ausgaben[1)]



Quelle: Europäische Kommission und eigene Berechnungen. **1** Ausgaben ohne Verwaltung und Schuldendienst für den Extrahaushalt Next Generation EU. **2** Der unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Ländergrößen gewichtete Mittelwert der Transfers lag bei 0,65 % des EU-BNE.

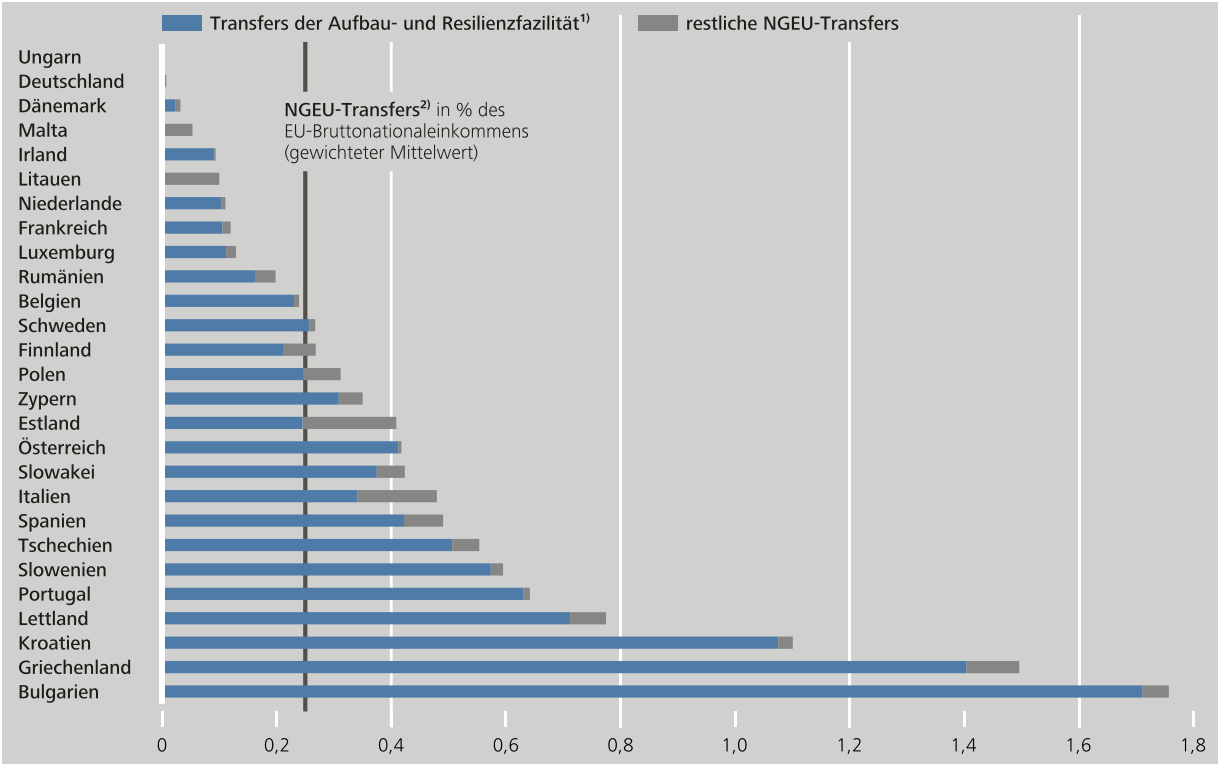
Deutsche Bundesbank

2.2 Next Generation EU

Die NGEU-Transfers verteilten sich auch 2025 sehr unterschiedlich auf die Mitgliedstaaten. 2025 flossen 49 Mrd € oder knapp 0,3 % des EU-BNE. Davon entfielen 40 Mrd € auf die ARF (einschließlich REPowerEU). Gemessen am jeweiligen BNE erhielten Bulgarien, Griechenland und Kroatien die höchsten Transfers (zwischen 1,8 % und 1,1 %, Schaubild 4.3). Dagegen erhielten Ungarn, Deutschland, Dänemark, Malta, Irland und Litauen jeweils weniger als 0,1 %.

Next Generation EU (NGEU)-Transfers an die Mitgliedstaaten im Jahr 2025 Schaubild 4.3

in % des jeweiligen Bruttonationaleinkommens



Quelle: Europäische Kommission und eigene Berechnungen. **1** Einschließlich Transfers für REPowerEU. **2** Länder mit höheren Transfers waren hinsichtlich der NGEU-Transfers 2025 Nettoempfänger, Länder mit geringeren Transfers Nettozahler.

Deutsche Bundesbank

Die ARF prägt die Verteilung der NGEU-Transfers maßgeblich. Sie macht den größten Teil der NGEU-Transfers aus. Die großen Unterschiede beim Abfluss der ARF-Mittel liegen zum einen daran, dass unterschiedlich viele Mittel für die Mitgliedstaaten vorgesehen sind. Zum anderen beantragen die Mitgliedstaaten die Auszahlungen entsprechend ihren Reform- und Investitionsfortschritten. Dadurch fließen die Mittel häufig in größeren Tranchen und nicht kontinuierlich (Schaubild 4.3).

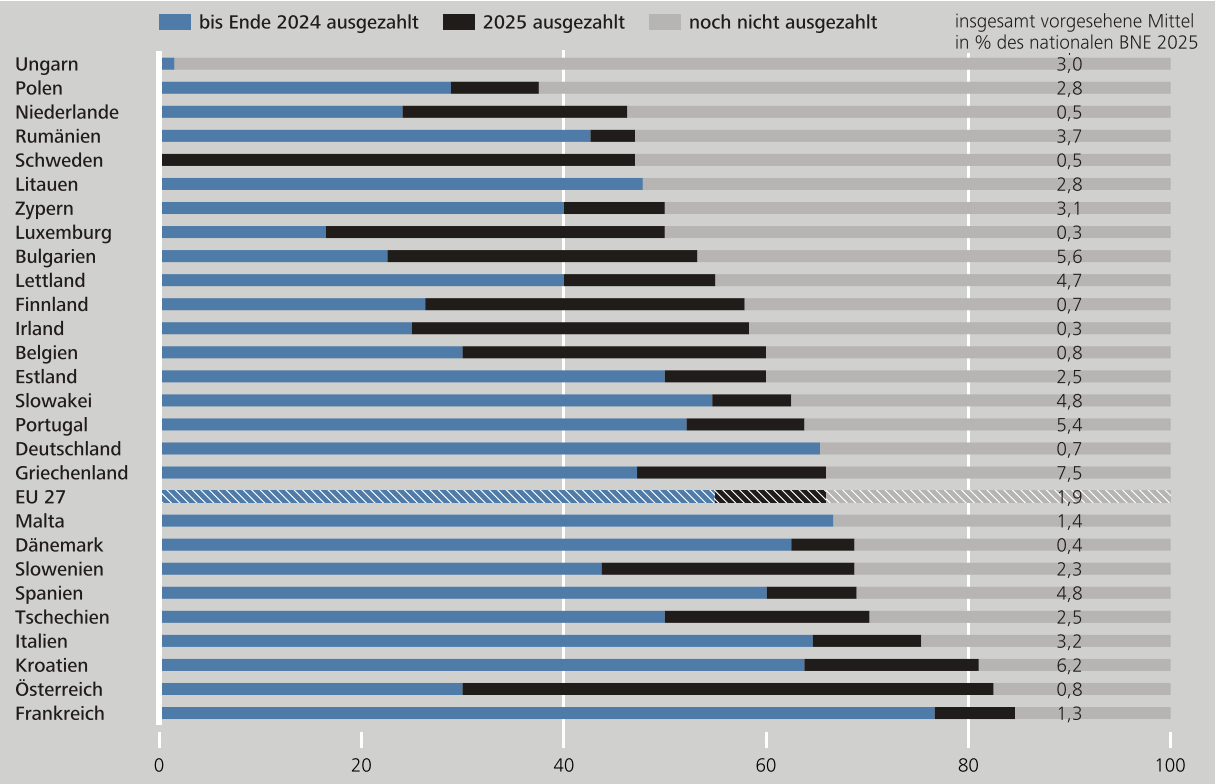
Insgesamt riefen die Mitgliedstaaten 2025 rund 11 % der vorgesehenen ARF-Mittel ab (Schaubild 4.4). Dies war weniger als im Durchschnitt der Vorjahre (14 %). Erneut gab es große Unterschiede beim Abflusstempo zwischen den Mitgliedstaaten. Vier Länder riefen 2025 keine oder kaum nennenswerte Mittel ab (Ungarn, Litauen, Deutschland und Malta). Österreich erhielt dagegen mit 53 % der ihm für die Gesamtlaufzeit zugeteilten Mittel relativ am meisten.

Kumuliert flossen bis Ende 2025 erst rund zwei Drittel der insgesamt vorgesehenen ARF-Transfers (Schaubild 4.4). Auch der Anteil der bislang geflossenen Mittel unterscheidet sich weiterhin deutlich zwischen den Mitgliedstaaten. Besonders gering waren die Auszahlungen an Ungarn, das bis dahin nur Vorfinanzierungen erhielt. Der Rat hatte die regulären ARF-Zahlungen an besondere Meilensteine geknüpft – mit Blick auf Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der finanziellen Interessen der EU.[6)] Bis Ende 2025 hatte Ungarn noch keinen regulären Zahlungsantrag gestellt.

Transfers der Aufbau- und Resilienzfazilität an die Mitgliedstaaten*)

Schaubild 4.4

in %



Quelle: Europäische Kommission und eigene Berechnungen. * Inklusive für REPowerEU vorgesehene und geflossene Transfers.

Deutsche Bundesbank

2.3 Nettobeiträge 2025

Die beschriebenen Zahlungsströme spiegeln sich in den Nettobeiträgen der Mitgliedstaaten wider. Diese ergeben sich aus der Differenz zwischen Transfers, die

6 Vgl. dazu: Rat der Europäischen Union (2022).

ein Mitgliedstaat erhält, und den von ihm geleisteten Zahlungen.[7)] Damit zeigen sie die unmittelbare finanzielle Umverteilung durch die europäischen Haushalte. Sie bilden jedoch weder den gesamtwirtschaftlichen Nutzen noch die gesamten Kosten der EU-Mitgliedschaft ab.

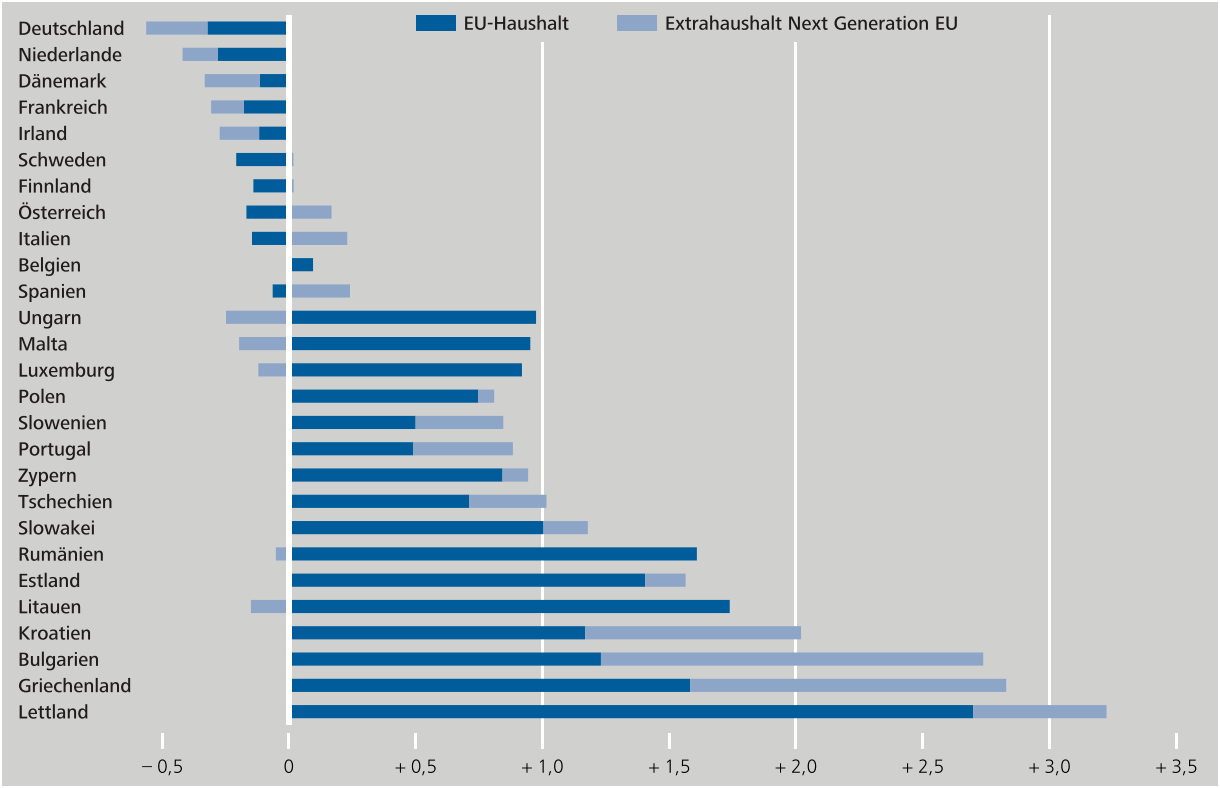
Fasst man EU-Haushalt und NGEU zusammen, leisteten 2025 sieben Mitgliedstaaten per saldo Zahlungen (siehe Schaubild 4.5 zu den einzelnen Ländern und getrennt nach EU-Haushalt und NGEU). Die höchsten Nettozahlungen leistete Deutschland mit 0,6 % des BNE, gefolgt von den Niederlanden (0,4 %) sowie Dänemark, Frankreich und Irland (jeweils um die 0,3 %). 20 Mitgliedstaaten empfingen per saldo Zahlungen aus EU-Haushalt und NGEU. Lettland erhielt mit über 3 % die höchsten Nettotransfers, gefolgt von Griechenland und Bulgarien mit über 2 % sowie Kroatien mit 2 %. Für Österreich, Italien und Spanien änderte NGEU das Vorzeichen ihrer Nettoposition. Insgesamt waren sie Nettoempfänger, im EU-Haushalt aber Nettozahler.

7 Für NGEU ist die spätere Finanzierung über BNE-bezogene Beiträge bereits im Jahr der Transferzahlung angerechnet. Siehe zu Einzelheiten Exkurs „Methodische Hinweise zur Ermittlung der Nettobeiträge“ in: Deutsche Bundesbank (2025).

Nettobeiträge im Jahr 2025

Schaubild 4.5

in % des jeweiligen Bruttonationaleinkommens



Quelle: Europäische Kommission und eigene Berechnungen.
Deutsche Bundesbank

3 Ausblick: NGEU-Auszahlungen enden, Schuldendienst belastet

Es ist zu erwarten, dass die Europäische Kommission die verbleibenden ARF-Transfers bis Ende 2026 weitgehend auszahlt. Bis zum 30. September 2026 hatten alle Mitgliedstaaten ihren letzten Zahlungsantrag gestellt.[8)] Die Europäische Kommission prüft nun, ob sie die vereinbarten Meilensteine und Zielwerte erfüllt haben. Sind die Voraussetzungen erfüllt, kann die Europäische Kommission die entsprechenden Mittel bis Ende 2026 auszahlen.[9)] Seit November 2025 hatten alle Mitgliedstaaten ihre Aufbau- und Resilienzpläne nochmals angepasst, damit verbleibende Mittel nicht verfallen. Diese zusätzliche Flexibilität hatte die Europäische Kommission den Mitgliedstaaten eingeräumt und die Befristung des Programms faktisch aufgehoben.[10)] Beispielsweise können die Mitgliedstaaten verbleibende ARF-Mittel als Kapital für nationale Entwicklungs- und Förderbanken bereitstellen. Diese können die Mittel anschließend für zusätzliche förderfähige Investitionen einsetzen.

8 Deutschland stellte am 25. September 2026 einen letzten Zahlungsantrag über 6 Mrd €. Am 5. Mai 2026 hatte es bereits 4,6 Mrd € erhalten. Damit sind alle Ende 2025 noch ausstehenden Mittel entweder schon geflossen oder beantragt. Siehe: Europäische Kommission (2026c).

9 Dies gilt auch für Ungarn, das den letzten Zahlungsantrag am 30. September 2026 stellte. Zuvor hatte die ungarische Regierung Anfang August erklärt, dass sie alle Voraussetzungen erfüllt habe, um die ARF -Mittel zu erhalten. Vgl.: Euronews (2026).

10 Vgl. dazu: Europäische Kommission (2025a) sowie kritisch zur Einhaltung der vereinbarten Ziele und Meilensteine: Europäischer Rechnungshof (2026).

Mit dem Beginn des neuen Finanzrahmens 2028 soll die Tilgung der für NGEU-Transfers aufgenommenen Schulden aus dem EU-Haushalt starten. Die Europäische Kommission sieht für den NGEU-Schuldendienst von 2028 bis 2034 insgesamt 149 Mrd € vor (in Preisen von 2025).[11] Dies entspricht im Jahresdurchschnitt 0,1 % des EU-BNE von 2025 oder gut 9 % des Haushaltsvolumens, das die Europäische Kommission vorschlägt. In jeweiligen Preisen plant sie mit einem Schuldendienst von jährlich 24 Mrd €. Steigen die Zinskosten noch weiter über ihr aktuell erwartetes Maß hinaus an, fällt die Tilgung geringer aus als geplant. Dadurch verschiebt sich ein größerer Teil der Tilgung in spätere Finanzrahmen. Dass der NGEU-Schuldendienst die künftigen Haushaltsspielräume einengt, war beim Beschluss von NGEU bekannt und ist keine Überraschung. Die Mitgliedstaaten müssen sich nun einigen, ob sie diese Mittel über höhere Beiträge zum oder niedrigere andere Ausgaben im EU-Haushalt finanzieren wollen. Bei beiden Varianten ist die Schuldenlast letztlich von der Bevölkerung der Mitgliedstaaten zu tragen.

Die Verhandlungen über den nächsten Finanzrahmen sind auch wegen der Schuldenlast schwierig und verlaufen kontrovers. Die Europäische Kommission hatte im Juli 2025 einen Finanzrahmen von insgesamt knapp 2 Billionen € oder jährlich 1,26 % des EU-BNE vorgeschlagen. Deutschland und andere Nettozahler fordern inzwischen deutliche Kürzungen, insbesondere bei traditionellen Ausgaben für Kohäsion und Landwirtschaft.[12] Zugleich wollen sie Ausgaben für andere Prioritäten, etwa Wettbewerbsfähigkeit und Verteidigung, im EU-Haushalt stärker gewichten. Bislang konnte keine Einigung erzielt werden.

Wenn die Tilgung der NGEU-Schulden aufgeschoben wird, verschiebt dies Lasten weiter in die Zukunft und könnte Glaubwürdigkeit kosten. Ein solcher Aufschub wird diskutiert. Ein Tilgungsaufschub verringert die Lasten aber nicht. Stattdessen weist er sie späteren Haushalten zu und erhöht dort die Finanzprobleme. Dabei zeichnet sich nicht ab, dass sich der Druck auf die Staatsfinanzen in der EU künftig an anderer Stelle verringert. Im Gegenteil: Die Staatsfinanzen dürften künftig sogar unter stärkerem Druck stehen, etwa infolge der demografischen Entwicklung und zunehmender geopolitischer Herausforderungen. Mit der Einigung auf NGEU haben die Mitgliedstaaten beschlossen, dass die Tilgung nicht den laufenden Finanzrahmen belasten soll. Stattdessen soll sie im kommenden Finanzrahmen adressiert werden. Solche Tilgungsversprechen verlieren an Glaubwürdigkeit, wenn die Tilgung verschoben wird, bevor sie erstmals finanziell belastet.

11 Wenn nicht anders ausgewiesen: Zahlen in Preisen von 2025. Vgl. dazu: Europäische Kommission (2025b).

12 Vgl. den gemeinsamen Beitrag der Regierungschefs Dänemarks, Deutschlands, Finnlands, der Niederlande und Österreichs: Frederiksen et al. (2026).

Der EU-Haushalt soll stärker auf gemeinsame europäische Aufgaben ausgerichtet werden. Dies bedeutet allerdings nicht, dass sich die EU zusätzlich verschulden muss. In einigen Bereichen gibt es gute Gründe dafür, gemeinsam europäisch zu handeln. Beispiele sind Grundlagenforschung, grenzüberschreitende Infrastruktur, Außenpolitik und Entwicklungshilfe, Migration in die EU, Grenzschutz, Absicherung der Energieversorgung oder Klimaschutz. Deshalb wäre es zu begrüßen, den EU-Haushalt stärker auf diese Bereiche auszurichten. Solche Aufgaben können die Mitgliedstaaten jedoch im regulären EU-Haushalt über eine neue Priorisierung der Ausgaben oder über höhere Beiträge finanzieren.

Wenn sich die EU unter bestimmten Bedingungen wie etwa bei NGEU verschuldet, sollte dies transparent abgebildet werden. Beispielsweise veröffentlichen die Bundesbank und die Niederländische Zentralbank gemeinsam mit dem Maastricht-Schuldenstand auch den nationalen Anteil an der EU-Verschuldung.[13)]

Zudem sollten die europäischen Fiskalregeln auch gemeinsame EU-Schulden begrenzen, damit diese solide Staatsfinanzen nicht gefährden. Auch dafür ist eine ganzheitliche Betrachtung der fiskalischen Belastungen erforderlich. Die zusätzlichen EU-Schulden sind letztlich von den Mitgliedstaaten zu bedienen. Daher sollten sie nicht zu den nationalen fiskalischen Handlungsspielräumen hinzutreten. Vielmehr sollten höhere EU-Schulden mit entsprechend geringerer nationaler Kreditaufnahme einhergehen.

Ein aktueller Vorschlag der Bundesbank zeigt, wie sich dies erreichen lässt, ohne die gerade reformierten europäischen Fiskalregeln erneut zu öffnen.[14)] Der Vorschlag sieht im Falle einer EU-Schuldenaufnahme Folgendes vor: Soweit die Schulden nicht bereits in nationalen Schuldenständen erfasst sind, übertragen die Mitgliedstaaten nationale Anleihen im entsprechenden Umfang an die EU. Dadurch werden die fiskalischen Lasten gemeinsamer Verschuldung in den nationalen Defizit- und Schuldenkennziffern sichtbar. Zudem sinken die nationalen Haushaltsspielräume automatisch.

13 Vgl. dazu: Deutsche Bundesbank (2026) sowie De Nederlandsche Bank (2025).

14 Siehe dazu: Lemmer et al. (2026).

Literaturverzeichnis

De Nederlandsche Bank (2025),What is the Dutch share of EU debt?, 10. November 2025.

Deutsche Bundesbank (2026), Kurzberichte: Konjunkturlage und Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, April 2026.

Deutsche Bundesbank (2025), EU-Finanzen: Finanzbeziehungen der Mitgliedstaaten zur EU 2024 und Mehrjähriger Finanzrahmen 2028 bis 2034, Monatsbericht, Oktober 2025.

Deutsche Bundesbank (2024), EU-Haushalt und Extrahaushalt Next Generation EU: Finanzbeziehungen der Mitgliedstaaten im Jahr 2023, Monatsbericht, September 2024.

Euronews (2026), Ungarns Premier Magyar kritisiert Brüssel für mangelnde Führung, 11. August 2026.

Europäische Kommission (2026a), Consolidated annual accounts of the European Union: 2025 Integrated financial and accountability reporting, Publications Office of the European Union, 1. Juli 2026.

Europäische Kommission (2026b), EU spending and revenue, Interactive chart showing the EU spending and revenue for 2021 – 2027 period by year and by country.

Europäische Kommission (2026c), Report from the Commission to the European Parliament and the Council on the implementation of the Recovery and Resilience Facility. 7. Oktober 2026.

Europäische Kommission (2025a), NextGenerationEU: Leitlinien für die Aufbau- und Resilienzfazilität bis 2026, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, COM(2025) 310 final, 4. Juni 2025.

Europäische Kommission (2025b), Ein dynamischer EU-Haushalt für die Prioritäten der Zukunft – der Mehrjährige Finanzrahmen 2028 – 2034,COM(2025) 570 final, 16. Juli 12.

Europäischer Rechnungshof (2026), Jahresberichte über die Ausführung des EU -Haushaltsplans sowie über die Tätigkeiten im Rahmen des neunten, zehnten und elften Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) für das Haushaltsjahr 2025.

Frederiksen, M., F. Merz, R. Jetten, C. Stocker und P. Orpo (2026), Five EU leaders: Europe must spend better, not just more, Politico, 18. September 2026.

Lemmer, A., A. Mahle, K. Wendorff (2026), Mind the gap: Bringing EU debt into the Stability and Growth Pact, VoxEU, 22. Oktober 2026.

Rat der Europäischen Union (2022), Durchführungsbeschluss des Rates zur Billigung der Bewertung des Aufbau- und Resilienzplans Ungarns, 5. Dezember 2022.

Länder- und Gemeindefinanzen 2025: Finanzlage der Gemeinden weiter kritisch

Die Finanzlage der Länder stellt sich insgesamt robust dar. Sie hat sich im vergangenen Jahr noch etwas verbessert. Bei den Kommunen hat sich dagegen die finanzielle Schieflage verstärkt. Strukturell wiesen die Länder insgesamt einen etwa ausgeglichenen Haushalt aus und die Kommunen ein Defizit von 23 Mrd €. Die Finanzlage zwischen einzelnen Ländern (einschließlich ihrer Gemeinden) unterschied sich weiterhin deutlich. Unterschiede gibt es auch bei den landesspezifischen Regelungen und Herausforderungen im Rahmen der jeweiligen Schuldenbremsen sowie bei den Reserven der Länder.

Im laufenden Jahr dürfte sich die grundlegende Haushaltslage von Ländern und Gemeinden insgesamt kaum verändern. Dabei könnte das Gemeindedefizit allerdings zurückgehen und das Länderdefizit steigen. Einige Länder dürften ihre erweiterten strukturellen Kreditmöglichkeiten stärker nutzen und damit teils ihre Kommunen entlasten. Außerdem fließen zusätzliche Mittel des Bundes aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klima neutralität zu. Diese Mittel dürften Länder und Gemeinden nicht zuletzt dafür einsetzen, um ihre Haushalte zu entlasten.

Für die Konsolidierung ihrer Haushalte sind die Gemeinden zunächst selbst gefordert. Die Haushaltsaufsicht der Länder hat die Aufgabe, bedarfsweise Auflagen zu machen. Wenn die Gemeinden ihre Konsolidierungsmöglichkeiten nach Einschätzung der Länder ausgeschöpft haben, sind die Länder in der Verantwortung: Sie müssen eine angemessene Finanzausstattung ihrer Gemeinden gewährleisten. Dabei können sie die Finanzkraft der Gemeinden allgemein sowie bedarfsbezogen stärken. Sie können sich auch an kommunalen Ausgaben beteiligen, indem sie Erstattungen oder Pauschalen leisten. Und sie können ihre Gemeinden stärker bei Aufgaben unterstützen, bei denen es effizient ist, Kompetenzen oder Dienste landesweit zu bündeln. Dagegen scheint es weniger naheliegend, auf höhere Bundesmittel für die kommunalen Haushalte zu setzen: Die Bundesfinanzen sind perspektivisch durch sehr hohe Defizite und offene Handlungsbedarfe geprägt.

Ein Reformvorschlag der Bundesbank zielt darauf ab, dass die Länder kommunalen Haushaltsschieflagen frühzeitig begegnen. Konkret sollten die Kommunen überjährige Kassenkredite nur noch beim Land aufnehmen dürfen. Beim Land sollte eine Kreditaufnahme zur Refinanzierung den Kreditspielraum aus der Schuldenbremse entsprechend verringern. Dies trägt der Verantwortung der Länder Rechnung. Die Bundesbank unterstützt zudem Vorschläge, die auf eine Verstetigung der kommunalen Einnahmen abzielen.

Die Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität sollten Länder und Kommunen nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern einsetzen – trotz der schwachen Anforderungen zur Mittelverwendung. Die Mittel sollten vielmehr in zusätzliche Sachinvestitionen fließen, damit sie gemäß der Intention des Sondervermögens die Infrastruktur grundlegend verbessern.

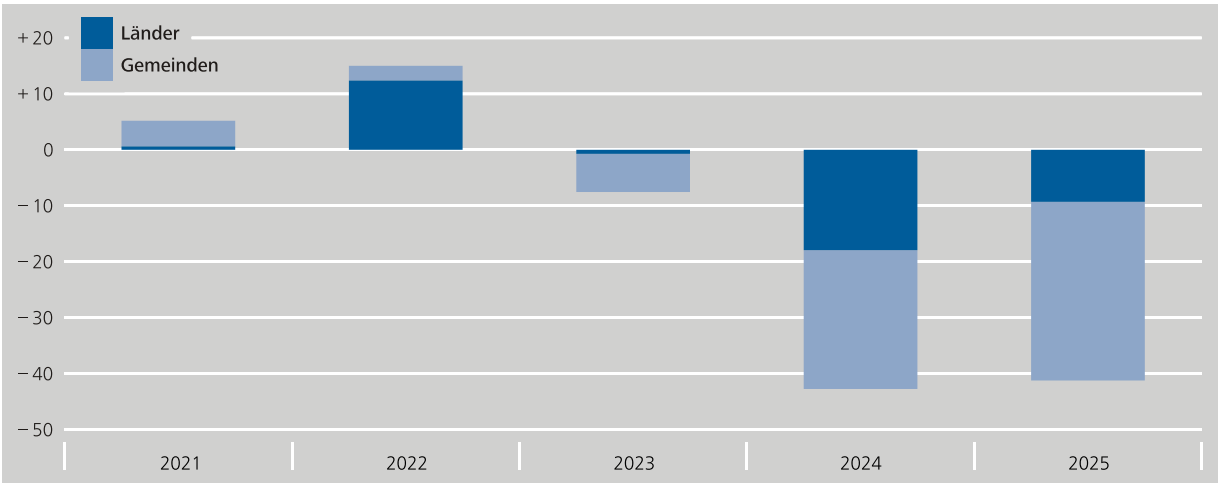
1 Finanzlage insgesamt: Länder robust, Gemeinden stark angespannt [1)]

1.1 Unbereinigtes Defizit insgesamt

Länder und Gemeinden insgesamt meldeten 2025 ein hohes unbereinigtes Defizit von 41 Mrd € (0,9 % des BIP). Davon entfielen 9 Mrd € auf die Länder und 32 Mrd € auf die Gemeinden (der Flächenländer) (Tabelle 5.1, Ziffer 1, und Schaubild 5.1).

Finanzierungssaldo der Länder (einschließlich Gemeinden)[*)] Schaubild 5.1

Mrd €



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. * Angaben der Finanzstatistik. Negative Werte stehen für Defizite, positive Werte für Überschüsse.

Deutsche Bundesbank

1 **Dieser jährliche Länderbericht analysiert ausgewählte Finanzergebnisse der Länder einschließlich ihrer Gemeinden eingehend. Zwei Tabellen geben einen detaillierten Überblick zu den länderweisen Ergebnissen für 2025 und zu Änderungen gegenüber 2024 (Tabelle 5.2 beziehungsweise Tabelle 5.3 im Tabellenanhang). In Fußnoten finden sich weitere technische Informationen wie etwa zur Aufbereitung der Daten. Wie in den Vorjahren antworteten die Länder auf Fragen der Bundesbank.**

Das unbereinigte Defizit von Ländern und Gemeinden war damit ähnlich hoch wie im Vorjahr. Die Ausgaben wuchsen 2025 mit 4 % beinahe genauso stark wie die Einnahmen. Dabei legten die gewichtigen Personalausgaben mit 6 % überdurchschnittlich zu. Grund dafür war neben Entgeltanhebungen ein weiterer Personalaufbau. Der laufende Sachaufwand dagegen stieg mit 3 % unterdurchschnittlich. Die Sachinvestitionen wuchsen mit 2½ % etwas verhaltener. Die Steuereinnahmen legten um 4½ % zu. Gut 1 Prozentpunkt davon ging darauf zurück, dass die steuerfreie Inflationsausgleichsprämie auslief. Diese war Ende 2022 im Zuge der Energiepreiskrise eingeführt worden und konnte letztmals 2024 genutzt werden. Auf der Gemeindeebene stagnierte das Aufkommen der gewichtigen Gewerbesteuer das zweite Jahr in Folge.

Tabelle 5.1: Haushaltskennzahlen der Länder (einschließlich Gemeinden)
in Mrd €

Position	Ziffer	2022	2023	2024	2025
Finanzierungssaldo	**1**	15,0	– 7,7	– 42,7	– 41,3
Saldo finanzieller Transaktionen	**2**	– 12,2	– 6,3	– 13,3	– 10,0
Abrechnung Länderfinanzausgleich	**3**	– 0,6	0,0	0,0	– 0,8
Konjunkturkomponente[1)]	**4**	4,2	5,6	– 3,4	– 9,4
Sondereffekte[2)]	**5**	– 22,2	– 10,6	– 5,2	– 0,3
Struktureller Saldo	**6=1-2+3-4-5**	44,6	3,7	– 20,8	– 22,4
Netto-Zinslast	**7**	9,6	9,1	8,9	10,5
Struktureller Primärsaldo	**8=6+7**	54,2	12,8	– 11,9	– 11,9

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Konjunkturkomponente gemäß Deutschland-Prognose der Bundesbank vom Juni 2026. **2** Bis 2024 vor allem Corona- oder Energiemaßnahmen, einschließlich verschiedener anderer kleinerer Einmaleffekte.

1.2 Strukturelles Defizit insgesamt

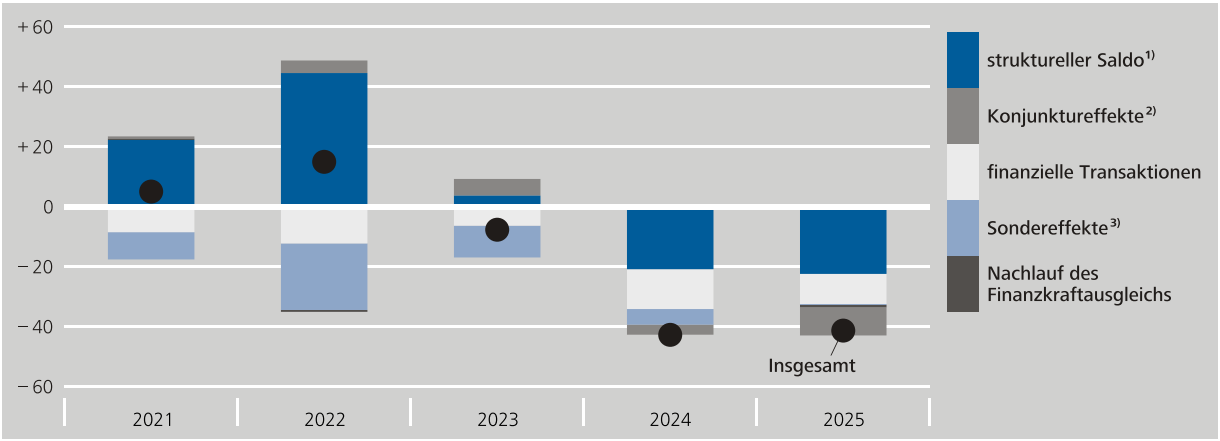
Strukturell lag das Defizit bei 23 Mrd € (Tabelle 5.1, Ziffern 2 bis 6).[2)] Zwei Faktoren führten dazu, dass das unbereinigte Defizit erheblich höher war als das strukturelle: Erstens erhöhten finanzielle Transaktionen (zum Beispiel Beteiligungserwerbe) das

2 Im letzten Jahr hatte die Bundesbank für 2024 ein strukturelles Defizit von gut 25 Mrd € errechnet. Die Abwärtsrevision erklärt sich durch die Neuschätzung der Konjunkturkomponente.

unbereinigte Defizit um 10 Mrd €.[3] Und zweitens belastete die Konjunktur die Haushalte von Ländern und Gemeinden im letzten Jahr spürbar (gut 9 Mrd €). Beide Effekte teilten sich etwa hälftig auf die Landes- und die Gemeindeebene auf.

Einflüsse auf den Finanzierungssaldo der Länder (einschließlich Gemeinden)*) Schaubild 5.2

Mrd €



Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. * Angaben der Finanzstatistik. **1** Restgröße nach Zusetzen des Nachlaufs im Finanzkraftausgleich und Absetzen der anderen Größen vom Finanzierungssaldo. **2** Gemäß Deutschland-Prognose der Bundesbank vom Juni 2026. **3** Vor allem temporäre Maßnahmen im Zuge der Coronavirus-Pandemie und der Energiepreiskrise 2022/23 gemäß Schätzung der Bundesbank.

Deutsche Bundesbank

1.3 Länder- und Gemeindeebene getrennt

Die Länder schlossen strukturell ausgeglichen ab. Das strukturelle Defizit entfiel auf die Gemeinden (23 Mrd €). Deren Finanzlage verschärfte sich weiter (Schaubild 5.3).[4] Finanziell leistungsfähige Gemeinden dürfen zwar Defizite für Nettoinvestitionen (Investitionen abzüglich Abschreibungen) kreditfinanzieren und können solche Defizite dann auch längere Zeit hinnehmen. Ein guter Teil der Defizite dürfte aber nicht im

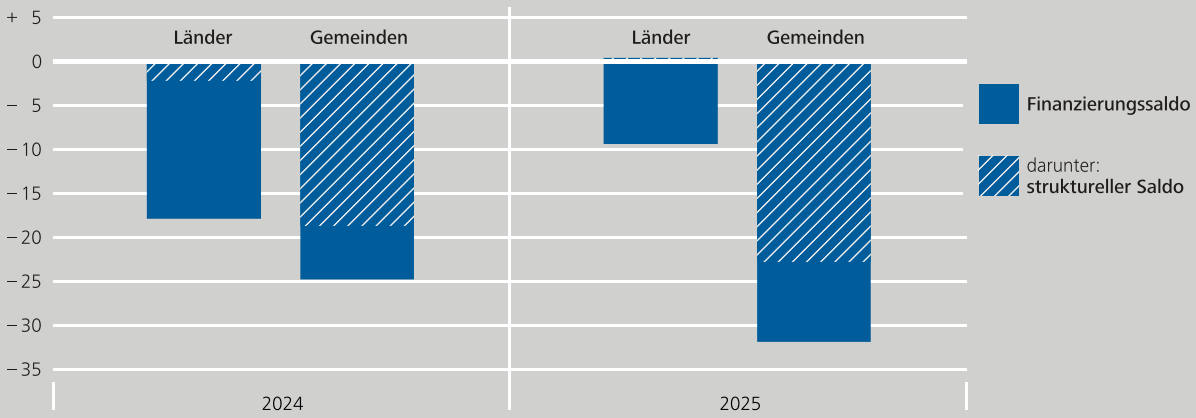
3 Zu den finanziellen Transaktionen zählt, wenn Beteiligungen an Unternehmen erworben beziehungsweise Eigenkapital eingelegt und Darlehen vergeben werden (jeweils netto, das heißt ohne entsprechende Einnahmen). Dabei können diese Ausgaben auch Förderzwecken dienen. Dann stehen ihnen insoweit eingeschränkt werthaltige Finanzanlagen gegenüber. Teils werden zudem Verluste ausgeglichen, etwa in den defizitträchtigen Bereichen Kultur und öffentlicher Personennahverkehr. Ein vollständiges Herausrechnen solcher Transaktionen aus dem Defizit unterzeichnet somit das strukturelle Defizit. Eine fallweise Korrektur ist aber im Rahmen dieses Berichts schon wegen der Vielzahl von Vorgängen nicht möglich.

4 Die Länder berechnen strukturelle Ergebnisse ihrer Schuldenbremsen abweichend, siehe Kapitel 3.

Einklang mit der Investitionstätigkeit stehen.[5)] So legten die Defizite vor allem durch höhere Ausgaben für Sozialleistungen und Personal zu. Gemeinden müssen solche Defizite eigentlich aus ihren Reserven finanzieren.[6)] Letztere reichen aber immer nur für eine begrenzte Zeit.

Strukturelle Salden für Länder und Gemeinden*) Schaubild 5.3

Mrd €



Quellen: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. * Angaben der Finanzstatistik, jeweils Kern- und Extrahaushalte. Struktureller Saldo berechnet aus dem Finanzierungssaldo gemäß Finanzstatistik abzüglich finanzieller Transaktionen, Sonder- und Konjunktureffekte, bereinigt um nachlaufende Effekte des Finanzkraftausgleichs und ergänzt um dessen erste Abrechnung für das Berichtsjahr zum Auftakt des Folgejahres. Konjunkturkomponente gemäß Deutschland-Prognose vom Juni 2026.

Deutsche Bundesbank

5 Leistungsfähige Gemeinden können die mit einer Investition verbundenen zusätzlichen Lasten tragen, ohne ihren künftigen Haushaltsausgleich zu gefährden. Als zusätzliche Lasten gelten neben den Zinsen bei doppischer Buchführung die Abschreibungen, bei kameralistischer Buchführung die Tilgungsbelastungen. Genauere Angaben dazu, inwieweit die kommunale Ebene die Vorgabe der Leistungsfähigkeit erfüllt beziehungsweise verfehlt, sind nicht verfügbar. Nach den bundesweit verfügbaren Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (die nicht dem landesspezifischen Haushaltsrecht entsprechen) blieben die Nettoinvestitionen der Gemeinden ohnehin auf knapp 5 Mrd € begrenzt. Die Nettoinvestitionen würden insoweit nur einen kleinen Teil des tatsächlichen Defizits erklären können.

6 Das Land Hessen, das im Zuge seines Entschuldungsprogramms Hessenkasse die Vorgaben verschärfte, hat Zahlen seiner Gemeinden für das Jahr 2025 vorgelegt. Nur 38 % der Landesgemeinden konnten die Ergebnisrechnung ohne Einsatz von Reserven ausgleichen, 9 % verfehlten den gesetzlich vorgegebenen Ausgleich sogar auch einschließlich Einsatz von Reserven. Vgl. dazu: Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz (2026), S. 891. Das Defizit von gut 1 Mrd € in der Ergebnisrechnung wurde zu 62 % aus Rücklagen gedeckt. Die zum Jahresende ausstehenden Kassenkredite der Landesgemeinden lagen 2025 insgesamt knapp ½ Mrd € höher als 2024.

Die Anspannung der Gemeindefinanzen zeigt sich in deutlich steigenden Kassenkrediten, aber offenbar auch in den stark zunehmenden übrigen Krediten. Weitere Lücken werden durch liquide Rücklagen überbrückt. Die Kassenkreditbestände wuchsen 2025 bundesweit kräftig um 7 Mrd € auf 37 Mrd €.[7)] Der Bestand an Haushaltskrediten stieg mit 19 Mrd € noch weitaus stärker, und auch diese Kredite dürften teils strukturelle Haushaltslücken gedeckt haben.[8)] Zudem wurden nochmals – absehbar endliche – liquide Rücklagen eingesetzt, um das Defizit zu finanzieren.

1.4 Ausblick auf das laufende Jahr

Im laufenden Jahr könnte sich das Defizit von Ländern und Gemeinden zusammen gegenüber dem Vorjahr wenig verändern. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Anpassungen im Steuerrecht lassen nur schwach steigende Steuereinnahmen erwarten. Dagegen könnten die einsetzenden Mittelabrufe aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (IK) des Bundes zu stark steigenden nichtsteuerlichen Einnahmen bei Ländern und Gemeinden führen (Kapitel 4.2).

Dabei könnten die Länderdefizite steigen. Die Ausgaben könnten spürbar stärker wachsen als die Einnahmen, vor allem wegen höherer Zuweisungen an Gemeinden und Personalausgaben (vgl. hierzu ergänzend den Exkurs „Potenzielle Mehrbelastung der Länder durch Reformbedarf bei Besoldung“). Die Grenzen der Schuldenbremse bieten für höhere Defizite teils noch einigen Spielraum.

7 Kassenkredite sind eigentlich nur als vorübergehender Lückenschluss vorgesehen. Zum Jahresende ausstehende Kassenkredite zeigen damit die Haushaltsanspannung auf. Vgl. ausführlicher: Deutsche Bundesbank (2016), S. 18.

8 Diese Kredite sind eigentlich nur zur Investitionsfinanzierung und für finanziell leistungsfähige Kommunen vorgesehen. Insbesondere bei kommunalen Pflichtaufgaben wie etwa Schul- und Straßenbau gibt es aber Ausnahmen vom Nachweis finanzieller Leistungsfähigkeit.

Exkurs

Potenzielle Mehrbelastung der Länder durch Reformbedarf bei Besoldung

Das Bundesverfassungsgericht erklärte die Besoldungsordnung des Landes Berlin in weiten Teilen für verfassungswidrig. [1] **Die Maßstäbe der Entscheidung gelten letztlich bundesweit für alle Verbeamteten.** Demnach drohen in einigen Besoldungsgruppen bei bestimmten Familienkonstellationen Konflikte mit der Mindestversorgung. Eine insoweit gebotene Besoldungsanhebung strahlt auf höhere Besoldungsgruppen aus, soweit deren Besoldung dann nicht mehr dem höheren Amt angemessen ist. Eine rückwirkende Anpassungspflicht besteht im Grunde nur, soweit von den Betroffenen Rechtsmittel eingelegt und das Verfahren offengehalten wurde. Insgesamt scheinen spürbare Mehrbelastungen der staatlichen Haushalte angelegt. [2]

Die finanziellen Auswirkungen für die Länder sind schwer abzuschätzen und wohl unterschiedlich stark. [3] Sie hängen davon ab, inwieweit die Besoldung bereits den neuen Maßstäben entspricht. Diese beziehen sich für die jeweiligen Familienkonstellationen auf Referenzeinkommen, die sich zwischen den Ländern unterscheiden. [4]

1 Vgl. zu dieser Entscheidung vom Herbst 2025: Bundesverfassungsgericht (2025).

2 Der Bund hat für 2026 einen gut dotierten Globaltitel im Haushalt veranschlagt, der etwa einem Zehntel der gesamten Besoldung entspricht. Allerdings hatte der Bund es zuvor versäumt, seine Besoldung an eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2020 anzupassen. Die Länder dürften hier besser aufgestellt sein.

3 Dies gilt auch für die Gemeinden, die Landesbesoldung anwenden. Die Gemeinden haben aber in der Regel nur wenig verbeamtetes Personal.

4 Das Nettoeinkommen nach Abzug standardisierter Beiträge zur privaten Kranken- und Pflegeversicherung darf die Prekariatsschwelle nicht unterschreiten. Diese liegt bei 80 % des Median-Äquivalenzeinkommens nach dem jährlichen Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes. Vgl.: Bundesverfassungsgericht (2025), Ziffer 63 ff.

Eine Umfrage der Bundesbank unter den Ländern ergab, dass elf Länder infolge der Entscheidung planen, die Besoldung anzupassen. [5)] In sieben Ländern lag bereits ein Gesetzentwurf dazu vor oder wurde vorbereitet. Die Mehrausgaben für das aktuelle Jahr (einschließlich Nachzahlungen) konnten die meisten Länder jedoch noch nicht genau beziffern. Auf der Grundlage des Gesetzentwurfs von Schleswig-Holstein könnten die dauerhaften zusätzlichen Belastungen des Landeshaushalts durch die Entscheidung demnach ab 2027 bei gut 100 € pro Kopf der Bevölkerung liegen. [6)] Bei den anderen Ländern mit gemeldetem Anpassungsbedarf könnten diese aber spürbar geringer ausfallen. So lagen die Ausgaben für aktives Personal pro Kopf der Bevölkerung in Schleswig-Holstein (einschließlich der Gemeinden) besonders niedrig. Dies ist nur teilweise mit einem niedrigeren Personalbestand in Schleswig-Holstein zu erklären.

5 Drei Länder prüfen noch, ob Anpassungsbedarf besteht. Zwei Länder sehen keinen.

6 Für das Jahr 2026 ergibt sich aus der nachträglichen Anpassung 2025 und der über die Tarifanhebungen hinausgehenden Anpassung 2026 eine Zusatzbelastung von knapp ½ Mrd € (gut 120 € pro Einwohner). Im darauffolgenden Jahr schlägt wohl noch eine Zusatzbelastung bei der Grundbesoldung zu Buche. Es entfällt aber die Nachzahlung für 2025.

Das Defizit der Kommunen könnte im laufenden Jahr sinken. Vor allem sind höhere Länderzuweisungen zu erwarten, auch in Verbindung mit dem Bundes-Sondervermögen IK. Die bisherige Entwicklung im ersten Halbjahr deutet an, dass sich die Steuern weiter eher schwach entwickeln, während die Gebühreneinnahmen kräftig wachsen. Bei den Ausgaben nehmen demnach die Aufwendungen für Personal, Sachaufwand und Sozialleistungen deutlich zu. Bei Letzteren ist insbesondere für die Eingliederungshilfe weiter ein kräftiger Zuwachs angelegt (vgl. vertiefend auch den Anhang „Eingliederungshilfe und Gemeindefinanzen"). Die Sachinvestitionen dürften sich dagegen eher schwach entwickeln: Sie gingen im ersten Halbjahr sogar zurück (- 4½ %). Der zu erwartende beschleunigte Zuwachs der investiven Zuweisungen der Länder dürfte somit zum guten Teil zur Defizitbegrenzung und nicht für zusätzliche Investitionen eingesetzt werden. Im ersten Halbjahr waren die investiven Zuweisungen der Länder um 8½ % gewachsen.

Die kommunalen Kassenkredite dürften weiter zunehmen. Hier stand zur Jahresmitte zwar ein leichter Rückgang zu Buche. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass Nordrhein-Westfahlen rund 9 Mrd € der Schulden seiner Kommunen übernahm. [9)] Ohne diese Entschuldung gerechnet fiel die Bestandszunahme gegenüber dem Vorjahresende damit bereits höher aus als im Gesamtjahr 2025 (zu Ansatzpunkten, um die Gemeindefinanzen grundlegend besser aufzustellen, siehe Kapitel 4.1).

9 Vgl. dazu den Bericht zum 2. Quartal 2026 unter: Statistisches Bundesamt (2026a).

2 Einzelne Länder: Finanzlage sehr unterschiedlich [10)]

2.1 Unbereinigtes Defizit

Alle Länder (jeweils einschließlich Gemeinden) verbuchten 2025 ein unbereinigtes Defizit. Die Pro-Kopf-Spannweite fiel erneut sehr hoch aus. Die niedrigsten Pro-Kopf-Defizite erzielten Sachsen und Thüringen (110 €). Unter den Flächenländern verzeichneten Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg die höchsten Pro-Kopf-Defizite (790 € beziehungsweise 760 €). Mit großem Abstand an der bundesweiten Spitze lag Hamburg mit 2 100 €. Hierzu trugen auch die äußerst umfangreichen Ausgaben für finanzielle Transaktionen bei. [11)]

2.2 Strukturelles Defizit

In struktureller Betrachtung lag das Defizit in allen Ländern (jeweils einschließlich Gemeinden) niedriger als unbereinigt. Die Spannweite zwischen den Ländern war erheblich geringer (Tabelle 5.2, Ziffer 6, im Tabellenanhang). Im Durchschnitt [12)] über alle Länder ergab sich ein strukturelles Pro-Kopf-Defizit von 270 €. Hamburg verzeichnete auch das höchste diesbezügliche Defizit (890 €), gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Am niedrigsten lag das strukturelle Defizit in Thüringen, Berlin, Bayern und Sachsen (jeweils unter 50 € pro Kopf).

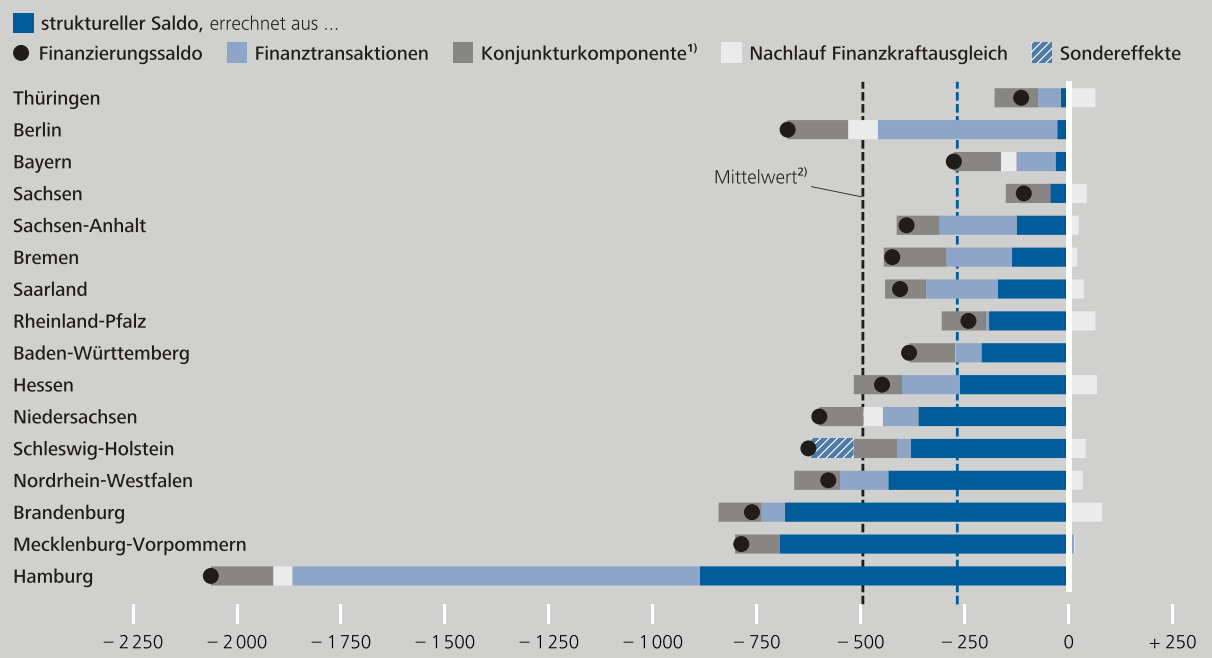
10 Vgl. dazu die beiden ausführlichen Tabellen 5.2 und 5.3 im Tabellenanhang.

11 Hier spielen offenbar auch Finanzierungsvorgänge für die hamburgische FinanzServiceAgentur (FSA) eine Rolle, welche im Jahr 2025 ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Mit dieser Anstalt öffentlichen Rechts verfolgt Hamburg das Ziel, seine Finanzierungsaktivitäten in einer Einheit zu bündeln und die Kreditbedarfe ausgewählter Extrahaushalte und ausgewählter weiterer Einheiten über den Kernhaushalt zu bedienen. Vgl.: Freie und Hansestadt Hamburg (2026a, 2026b). In der nachfolgend betrachteten finanzstatistischen Schuldenstatistik führt dies dazu, dass diese Verschuldung doppelt erfasst wird – einmal über die FSA und noch einmal in den separaten Einheiten, weil Verschuldung innerhalb des Staatssektors nicht konsolidiert wird.

12 Durchschnittliche Angaben sind hier und im Folgenden einwohnergewichtete Durchschnitte.

Finanzierungssalden der einzelnen Länder (einschließlich Gemeinden) im Jahr 2025*) Schaubild 5.4

€ pro Kopf



Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. * Angaben der Finanzstatistik. Negative Werte stehen für Defizite, positive Werte für Überschüsse. **1** Gemäß Deutschland-Prognose der Bundesbank vom Juni 2026. **2** Einwohnergewichteter Mittelwert aller Länder und Gemeinden: Finanzierungssaldo: −495 €; struktureller Saldo: −268 €.

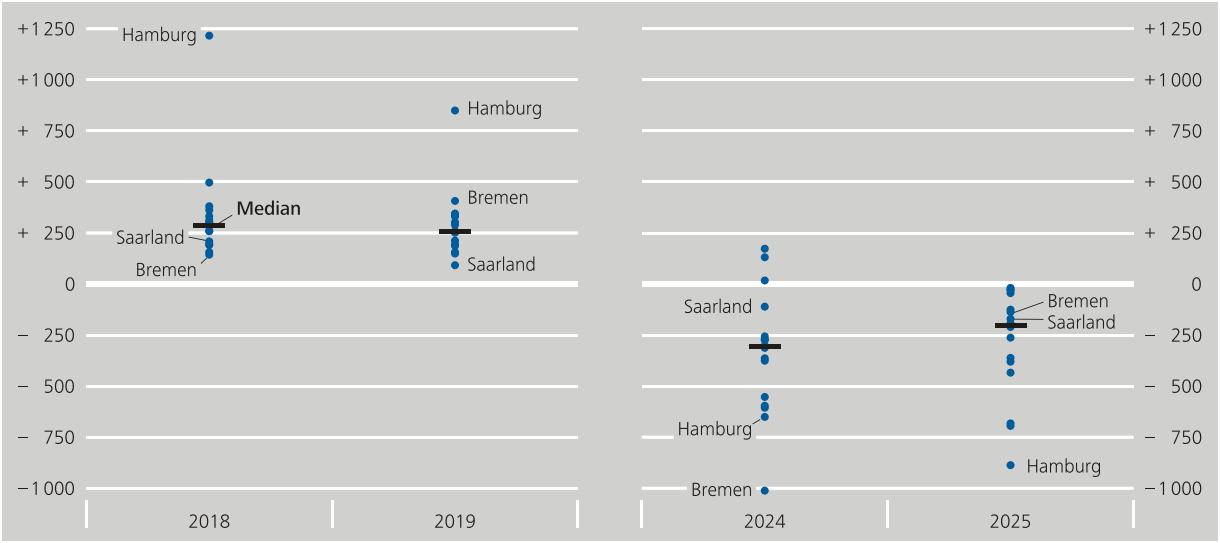
Deutsche Bundesbank

Die Streuung der strukturellen Salden ist dabei gegenüber der Vor-Corona-Zeit angestiegen. In der Vorlaufphase der neuen Schuldenbremse waren die strukturellen Ergebnisse [13)] für alle Länder 2018 und 2019 positiv, und die Streuung war begrenzt. Zuletzt dominierten dagegen negative strukturelle Salden, und die Ergebnisse streuten breiter (Schaubild 5.5). Die Sanierungshilfeländer Bremen und Saarland erzielten dabei 2025 überdurchschnittliche Ergebnisse – allerdings nur dank der umfangreichen Sanierungshilfen des Bundes.

13 Die temporären Sondereffekte im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie und der Energiepreiskrise in den Jahren 2020 bis 2024 ließen sich nicht länderscharf zuordnen. Deshalb sind diese Effekte nur im Länderaggregat herausgerechnet. Die Werte für die einzelnen Länder enthalten diese Effekte noch und werden daher als „teilbereinigte“ strukturelle Finanzierungssalden bezeichnet.

Struktureller Saldo der Länder (einschließlich Gemeinden)*) Schaubild 5.5

€ pro Kopf



Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. * Struktureller Saldo berechnet aus dem Finanzierungssaldo gemäß Finanzstatistik abzüglich finanzieller Transaktionen, Sonder- und Konjunktureffekte, bereinigt um nachlaufende Effekte des Finanzkraftausgleichs und ergänzt um dessen erste Abrechnung für das Berichtsjahr zum Auftakt des Folgejahres. 2024 ohne Korrektur um Effekte noch laufender Krisenmaßnahmen, da sich diese nicht ländergenau zuordnen ließen. Konjunkturkomponente gemäß Deutschland-Prognose vom Juni 2026. Jeder Punkt steht für den Saldo eines Landes (Überschuss positiv, Defizit negativ).

Deutsche Bundesbank

2.3 Einnahmen [14)]

Die steuerlichen Pro-Kopf-Einnahmen der Länder (einschließlich Gemeinden) sind weiterhin sehr unterschiedlich. [15)] Die Spannweite betrug allein unter den Flächenländern [16)] annähernd 900 €. So übertraf der Höchstwert von Hessen (6 900 €) die Tiefstwerte von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern um 14 % (Tabelle 5.2, Ziffer 19, im Tabellenanhang). Diese Werte sind bereits einschließlich der Wirkungen des bundesstaatlichen Finanzkraftausgleichs. Dabei trat Hessen über 600 € pro Kopf ab, und Mecklenburg-Vorpommern erhielt über 1 500 € pro Kopf (einschließlich aller Bundesergänzungszuweisungen). Der Finanzausgleich belässt allerdings gewisse Unterschiede und berücksichtigt die Steuereinnahmen der kommunalen Ebene nur

14 **Die einzelnen Ausgabenarten sind unter den Ländern nur begrenzt vergleichbar. Daher wird nicht über die Ausgabenentwicklung in einzelnen Ländern berichtet.**

15 Die steuerlichen Einnahmen lieferten fast 70 % der Gesamteinnahmen. In diesem Bericht sind sie für die einzelnen Länder periodengerecht erfasst (einschließlich der vorläufigen Abrechnung des bundesstaatlichen Finanzkraftausgleichs und bereinigt um Nachabrechnungen für die Jahre 2024 sowie 2022) und umfassen das Aufkommen der Gemeindesteuern vollständig.

16 Die Stadtstaaten bleiben wegen der Höhergewichtung ihrer Einwohnerzahl im bundesstaatlichen Finanzkraftausgleich ausgeklammert.

unvollständig. Außerdem galten in Hessen höhere Hebesätze bei Gewerbe- und Grundsteuer, was überschlägig eine Differenz von 100 € pro Kopf bei den steuerlichen Einnahmen erklärt. [17)]

2.4 Schulden und Zinslasten

Die Schulden von Ländern und Gemeinden lagen bundesweit bei 890 Mrd € (rund 10 700 € pro Kopf). Die Schuldenstände pro Kopf unterscheiden sich weiterhin sehr stark zwischen den Ländern (einschließlich ihrer Gemeinden). Den weitaus höchsten Pro-Kopf-Wert hatte Bremen mit 40 *6*00 €, gefolgt von Hamburg mit 22 300 € und dem Saarland mit 20 100 € (Tabelle 5.2, Ziffer 23, im Tabellenanhang). [18)] Die niedrigsten Werte meldeten Sachsen und Bayern (3 400 € beziehungsweise 3 500 €, jeweils pro Kopf). Pro Kopf stiegen die Schulden 2025 besonders stark in Bremen (+ 3 900 €). Mit großem Abstand folgten Hamburg (+ 2 100 €) und Sachsen-Anhalt (+ 1 100 €). Bremen hatte zwar nur ein unterdurchschnittliches Defizit. Der Schuldenstand stieg aber erheblich stärker, weil sich der Marktwert seiner umfangreichen Zinssicherungsgeschäfte deutlich erhöhte. [19)]

17 So lag der landesdurchschnittliche Hebesatz der Gewerbesteuer in Hessen um fast 20 Punkte höher als in Mecklenburg-Vorpommern. Bei der Grundsteuer B übertraf der durchschnittliche Hebesatz in Hessen den in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2024 um 110 Punkte. **Mit der Reform der Grundsteuer ab dem Jahr 2025 gibt es keine bundeseinheitlich ermittelten Messbeträge mehr. Daran anknüpfende landesdurchschnittliche Hebesätze der Grundsteuer B lassen sich deshalb nicht** mehr vergleichen. Da Aufkommensneutralität der Reform vorgesehen war und bundesweit 2025 auch erreicht wurde, schreibt der Bericht vereinfachend die Differenz aus 2024 ins Berichtsjahr fort.

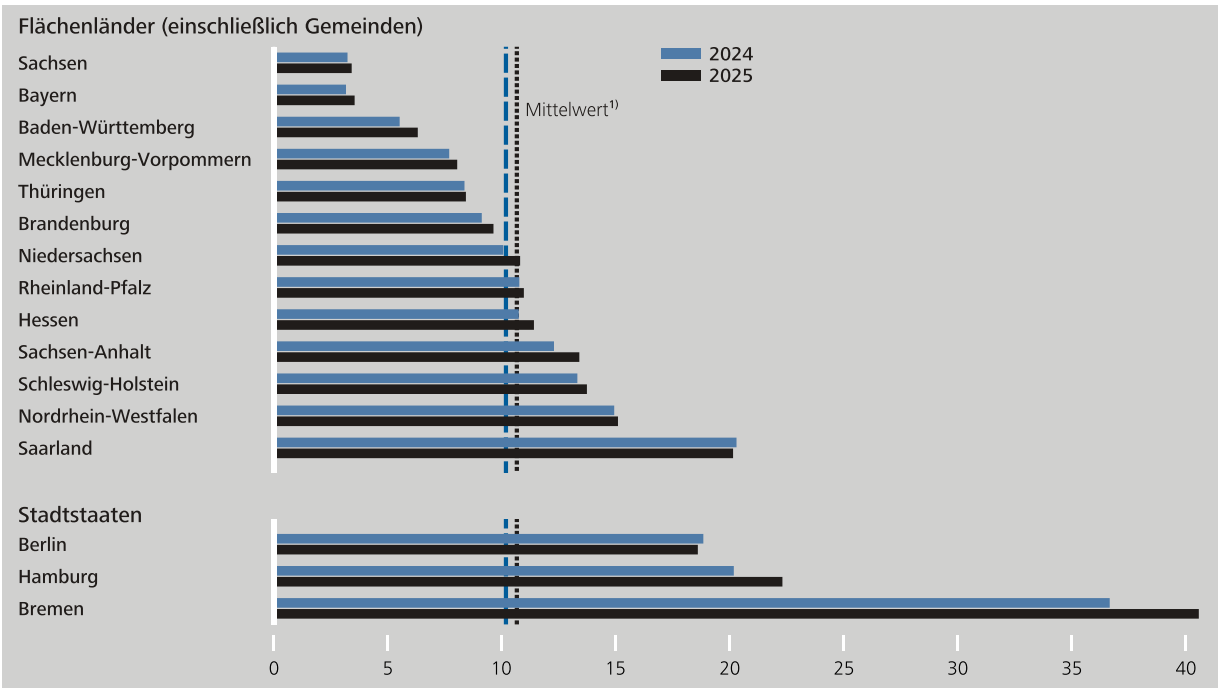
18 Das nächstplatzierte Berlin vergrößerte seinen Abstand zum Saarland etwas. Zwar hatte Berlin ein höheres Defizit zu finanzieren. Gegenläufig wirkte aber, dass die Berlin Energie und Netzholding GmbH (mit Schulden pro Kopf von etwa 600 € im Jahr 2024) nach einer Überprüfung nicht mehr zum Staatssektor zählt. Vgl. dazu: Statistisches Bundesamt (2026b), Blatt 11_BE. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht jährlich eine Liste der Extrahaushalte des Staatssektors und weist dabei neu aufgenommene und ausgeschiedene Einheiten separat aus.

19 Bei gestiegenen Zinsen für Kredite mit langer Laufzeit meldete Bremen nunmehr einen positiven Marktwert der Derivate von 2½ Mrd € beziehungsweise fast 3 600 € pro Kopf. Die Barsicherheiten, die Vertragspartner Bremen im Rahmen der Sicherungsgeschäfte dafür stellen, zählen in der Schuldenstatistik zu Bremens Kassenkrediten. Sie erhöhen damit den Schuldenstand. Vgl. zu den Marktwerten der Zinssicherungsgeschäfte und dem Einfluss auf den Schuldenstand: Bremische Bürgerschaft (2025, 2026) sowie Deutsche Bundesbank (2021a), S. 24.

Schulden der einzelnen Länder*)

Schaubild 5.6

1 000 € pro Kopf



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. * Angaben der Finanzstatistik. Schulden beim nicht-öffentlichen sowie öffentlichen Bereich (nicht konsolidiert). 1 Einwohnergewichteter Mittelwert aller Länder und Gemeinden (2024: 10 176 €; 2025: 10 654 €).

Deutsche Bundesbank

Die Durchschnittsverzinsung der Schulden von Ländern und Gemeinden nahm bundesweit gegenüber dem Vorjahr zu, ist aber weiter moderat. Sie stieg um 0,1 Prozentpunkte auf 2,0 % (Tabellen 5.2 und 5.3, jeweils Ziffer 24, im Tabellenanhang). Insgesamt liegt die Durchschnittsverzinsung damit weiter erheblich unter den aktuellen Finanzierungskonditionen. Die ungünstigeren Konditionen werden sich im Zeitverlauf zunehmend in einer höheren Durchschnittsverzinsung niederschlagen. Damit werden insbesondere die hoch verschuldeten Länder und Gemeinden über die Zinsausgaben stärker unter Druck geraten, soweit sie sich nicht über Derivate abgesichert haben.

Die Spannweite der Durchschnittsverzinsungen der Länder nahm ab. Sie betrug gut 1,1 Prozentpunkte und lag damit spürbar niedriger als im Vorjahr (1,4 Prozentpunkte). Bei ähnlichen Konditionen am Kapitalmarkt erklären sich diese Unterschiede durch abweichende Verschuldungsstrukturen (Zeitpunkt der Kreditaufnahme, Zinsbindungsfristen, Zinsabsicherungsgeschäfte). Die höchste Durchschnittsverzinsung errechnete sich 2025 für Hessen. Mit 2,6 % lag sie auch um 0,3 Prozentpunkte höher als im Vorjahr. Dies ist unter anderem auf eine besonders umfangreiche Bruttokreditaufnahme (also einschließlich Refinanzierungen) des Landeshaushalts im Jahr 2024 von über 10 Mrd € (etwa ein Sechstel der Gesamtschulden von Land und Gemeinden) mit einer marktüblichen durchschnittlichen Verzinsung von über 2,6 % zurückzuführen. Entsprechend höhere Zinsausgaben fielen im Folgejahr an. Im Jahr 2024 hatte noch Bremen den höchsten Wert unter allen Ländern ausgewiesen. Im Jahr 2025 sank die Durchschnittsverzinsung dort besonders stark (um 0,5 Prozentpunkte). Nach dem Haushaltsplan des Landes dürften dafür rückläufige Disagien und geringere laufende Zahlungen im Rahmen von Derivaten zur Zinssicherung zentral gewesen sein. Die niedrigsten Durchschnittszinsen errechneten sich für Thüringen (unverändert 1,5 %).

Die Netto-Zinslasten, das heißt die Differenz aus Zinsausgaben und Zinseinnahmen, [20] stiegen spürbar in elf Ländern. Den Schulden der Länder stehen teils auch umfangreiche Finanzvermögen gegenüber. Durch den Blick auf die Netto-Zinslasten werden die daraus resultierenden Zinseinnahmen berücksichtigt. Den größten Anstieg der Netto-Zinslasten gab es in Berlin (+ 80 € pro Kopf, Tabelle 5.3, Ziffer 7, im Tabellenanhang). In Sachsen-Anhalt, Sachsen und Schleswig-Holstein blieben die Netto-Zinslasten weitestgehend konstant. In Hamburg (- 20 €) und Bremen (- 170 €, offenbar nicht zuletzt infolge von Zinssicherungsgeschäften [21]) sanken sie. Bremen verzeichnete weiterhin die mit Abstand höchsten Netto-Zinslasten pro Kopf (610 €), gefolgt vom Saarland (300 €). Die beiden Länder erhalten jährlich Sanierungshilfen des Bundes von jeweils 400 Mio €. Diese führen dazu, dass die Zusatzzinslast aus der überdurchschnittlichen Verschuldung deutlich mehr als ausgeglichen wird (Schaubild 5.7).

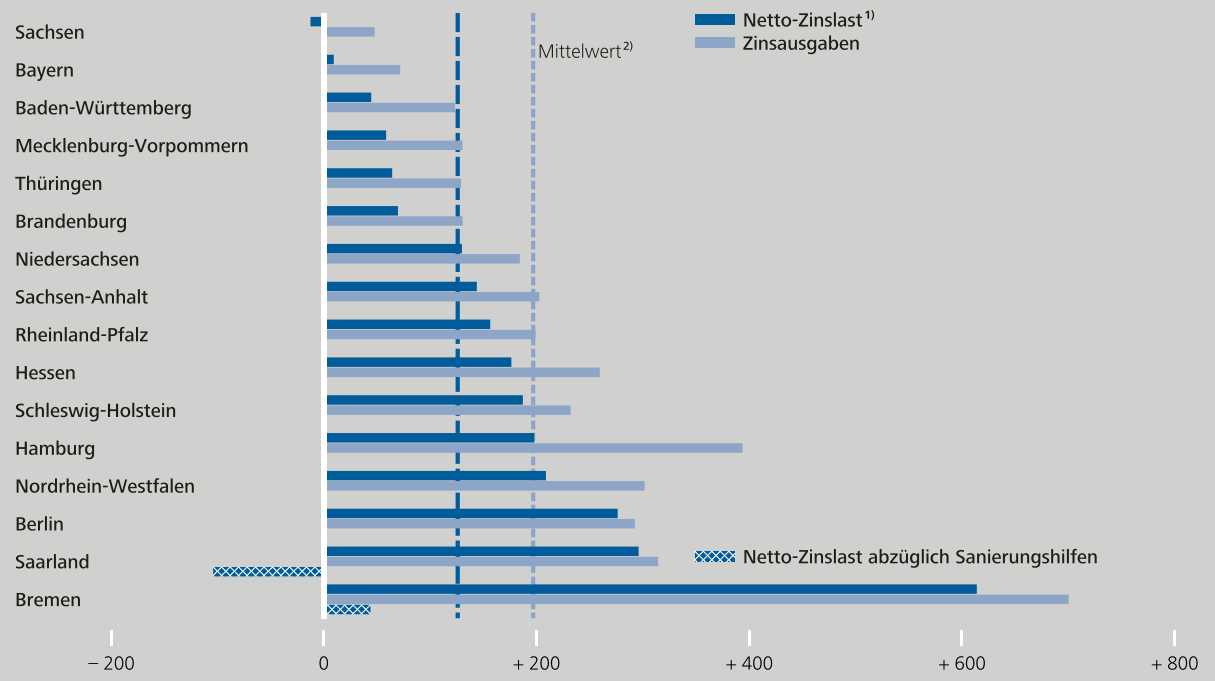
20 Zinszahlungen zwischen Kern- und Extrahaushalten eines Landes, die den Großteil der Zinseinnahmen ausmachen können, werden in der Finanzstatistik nicht konsolidiert. Zinsausgaben an eigene Einheiten sind aus übergeordneter Sicht des gesamten Landes aber keine Belastung und werden hier deshalb durch Abzug der Einnahmen neutralisiert.

21 Vgl.: Freie Hansestadt Bremen, Pressestelle des Senats (2026).

Zinsbelastung der einzelnen Länder (einschließlich Gemeinden) im Jahr 2025*)

Schaubild 5.7

€ pro Kopf



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. * Angaben der Finanzstatistik. 1 Zinsausgaben abzüglich Zinseinnahmen. 2 Einwohnergewichtete Mittelwerte aller Länder und Gemeinden für Zinsausgaben (197 €) und Netto-Zinslast (126 €, ohne Abzug von Sanierungshilfen).

Deutsche Bundesbank

3 Schuldenbremsen der Länder: neuer Kreditspielraum nur teilweise genutzt

In Kapitel 3 liegt der Fokus auf den Länderfinanzen im engen Sinne: Gemeinden der Flächenländer sind ausgeklammert.

3.1 Nettokreditaufnahme im Rahmen der Schuldenbremse

Die Länder insgesamt wiesen per saldo für 2025 im Rahmen ihrer Schuldenbremsen eine Nettokreditaufnahme (NKA) von 6 Mrd € aus. Damit finanzierten sie ihr Gesamtdefizit 2025 von 9 Mrd € (Kapitel 1.1) größtenteils über NKA im Rahmen der Schuldenbremse. Daneben griffen sie auf verschiedene Rücklagen zurück.[22] Zudem nahmen sie in Extrahaushalten außerhalb der Schuldenbremse Kredite auf.

Die strukturelle NKA im Rahmen ihrer Schuldenbremsen gaben die Länder mit 4 Mrd € an. Sie schöpften damit den neuen Kreditspielraum von 15 Mrd € (0,35 % des BIP) bei Weitem nicht aus. Baden-Württemberg, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Thüringen verzichteten vollständig darauf, den neuen Spielraum in Anspruch zu nehmen. Schleswig-Holstein nutzte die strukturelle Neuverschuldungsmöglichkeit nicht zur Finanzierung von Ausgaben, sondern um den Saldo auf dem Kontrollkonto zurückzuführen. Dort hatte es die für nichtig erklärte notlagenbezogene Kreditaufnahme des Jahres 2024 verbucht.[23] Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Rheinland-Pfalz mobilisierten größere Rücklagen, um ihre landesspezifischen Kreditgrenzen einzuhalten. Für ihre Haushalte wenden sie dabei engere Obergrenzen an, als es die reformierte Schuldenbremse des Grundgesetzes vorgibt. Brandenburg, Bremen, Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt nutzten den bundesrechtlich erweiterten Kreditspielraum. Hessen schöpfte den Spielraum aus. Zusätzlich weist Hessen eine

22 Nordrhein-Westfalen etwa meldete eine Tilgung (negative NKA) von 2 Mrd € aus zurückgelegten Mitteln. Die Tilgung betraf Notlagenkredite. In Nordrhein-Westfalen kamen Nettoeinnahmen aus Selbstbewirtschaftungsmitteln von 2 Mrd € hinzu, die das Land nicht für Zahlungen in Anspruch genommen hat (vgl. zu Selbstbewirtschaftungsmitteln: Deutsche Bundesbank (2024)). Der Einsatz solcher Einnahmen verringert nicht nur die NKA (wie Rücklagen), sondern auch das Defizit (anders als Rücklagen). Dies passt allerdings nicht zu dem Grundansatz, nur kassenwirksame Vorgänge auf das Defizit anzurechnen.

23 Vgl.: Schleswig-Holstein Finanzministerium (2026).

höhere NKA von gut ½ Mrd € aus, um eine Rücklage als Vorsorge für anstehende zeitverzögerte Abführungen im Finanzkraftausgleich aus den Steuermehreinnahmen 2025 zu bilden. Um die konjunkturellen Einflüsse vollständig auf dem Konjunkturausgleichskonto abzubilden, wäre es folgerichtig, die zeitverzögerten Abführungen im Finanzkraftausgleich dort als negative Konjunkturkomponente im Vollzug des Haushalts 2026 abzurechnen. Sachsen-Anhalt schöpfte den ausgeweiteten Kreditspielraum von fast ½ Mrd € aus.[24)] Zusätzlich nahm das Land Notlagenkredite von fast ½ Mrd € auf, mit denen es Ausgaben im Sondervermögen Corona tätigte. Das Saarland stellte ebenfalls eine Notlage fest und konnte so auf Notlagenkredite für seinen Transformationsfonds zurückgreifen. Insgesamt ging der Bestand noch zu tilgender Notlagenkredite aber deutlich zurück. Hintergrund war letztlich eine Vereinbarung zur Eingrenzung der Ausgaben des Transformationsfonds, die das Land aus Notlagenkrediten finanzieren darf. Die für die Sanierungshilfen des Bundes maßgebliche Kreditaufnahme seines Landeshaushalts begrenzte das Saarland, indem es dessen Zuführungen an das Landesamt für Soziales stark verringerte und Letzteres zurückgelegte Mittel aus Vorjahren einsetzte.[25)] Hamburg hielt die Vorgaben seiner Schuldenbremse zwar deutlich ein und konnte die allgemeine Rücklage damit als Vorsorge für erwartete Haushaltsanspannungen weiter aufstocken. Gleichzeitig entstanden jedoch hohe Defizite in Extrahaushalten außerhalb der Schuldenbremse (fast 2½ Mrd €), die teilweise über NKA außerhalb der Schuldenbremse finanziert wurden. Zudem wäre die strukturelle NKA innerhalb der Schuldenbremse bei der sonst üblichen kameralistischen Betrachtung von Einnahmen und Ausgaben um etwa 1 Mrd € höher ausgefallen als zulässig. Offenbar nutzt Hamburg bei seiner Rechnungslegung insbesondere Möglichkeiten zur Ergebnisverbesserung beziehungsweise Haushaltsentlastung, indem es weniger Ausgaben- und Kreditermächtigungen in Folgejahre überträgt als es aus Vorjahren übernommen hat. Solche Maßnahmen entlasten aber nur vorübergehend. Daher ist eine umsichtige Haushaltspolitik besonders wichtig.

24 In ähnlicher Höhe stockte das Land seinen Pensionsfonds auf.

25 Zeitweilig angedacht war der erneute Einsatz von Notlagenkrediten auch in Bremen für Mittelbedarf im Klimaschutz-Sondervermögen des Landes, der dann aber entfiel. Und für die stark angespannte kommunale Finanzlage, insbesondere bei der Stadt Bremerhaven, nutzte das Land den neuen strukturellen Kreditspielraum der Schuldenbremse. Vgl.: Gase (2026), S. 166 ff.

Gemäß den Länderangaben fielen Belastungen von jeweils rund 2 Mrd € aus Konjunktureffekten und für den Erwerb von Finanzvermögen an. [26)] Diese reflektieren sich nicht vollständig in der eingangs genannten NKA. Konjunkturlasten etwa lassen sich auch durch Entnahmen aus Konjunkturrücklagen ausgleichen. Auch kann Finanzvermögen ohne Kreditaufnahme erworben werden. Die Konjunkturlast in der Abrechnung der Schuldenbremsen war aber ohnehin vergleichsweise gering, weil einige Länder gar keine Konjunkturlast ansetzten oder unerwartete Mehreinnahmen gegenrechneten (vgl. ausführlicher: Exkurs „Konjunkturbereinigung: Einzelne Verfahrensanpassungen und weiter stark unterschiedliche Konjunktureffekte je nach Land“). [27)]

Die Länder haben auch Extrahaushalte, die außerhalb der Schuldenbremse Kredite aufnehmen. Deren NKA ist in den vorstehenden Angaben zu den Schuldenbremsen nicht enthalten. Eine bundesweite Statistik, die solche Einheiten transparent abbildet, gibt es nicht.

26 Der Nettoerwerb von Finanzvermögen gemäß der Kassenstatistik liegt mit 5½ Mrd € deutlich höher. Grund ist, dass einige Länder solche Vorgänge gar nicht oder nur in Teilbereichen bei der Schuldenbremse berücksichtigen. Zum Beispiel umfassen die Schuldenbremsen typischerweise nicht die Einheiten zur Pensionsvorsorge, die Zuführungen aus dem Kernhaushalt üblicherweise in Finanzvermögen anlegen. Die Effekte abweichender Abgrenzungen des Finanzvermögenserwerbs hinsichtlich der Einnahmen- und Ausgabenarten gemäß der Gruppierungsübersicht glichen sich weitgehend aus: Einerseits rechnete das Saarland Beteiligungserwerbe (zum Beispiel am defizitären Staatstheater und damit gut begründet) ins strukturelle Ergebnis ein. Andererseits rechnete Schleswig-Holstein die Inanspruchnahme aus einer größeren Gewährleistung heraus (einer vor 2020 üblichen Praxis folgend, aber nur im Umfang erwarteter Rückflüsse gut begründet).

27 Die Konjunkturlast in den Abrechnungen zur Schuldenbremse weicht teils deutlich von der Bundesbank-Schätzung zum Konjunktureinfluss ab, die den strukturellen Werten in Kapitel 1 und 2 zugrunde liegt. Dieser Konjunktureinfluss beläuft sich für 2025 für die Länderhaushalte (ohne Gemeinden) auf 4½ Mrd € (pro Kopf knapp 60 €).

Exkurs

Konjunkturbereinigung: Einzelne Verfahrensanpassungen und weiter stark unterschiedliche Konjunktureffekte je nach Land [1)]

Brandenburg und Thüringen haben ihre Konjunkturbereinigungs-Verfahren 2025 angepasst. [2)] Beide Länder können künftig eine kommunale Konjunkturkomponente berücksichtigen. Dies ist allerdings nur nachvollziehbar, soweit sie die entsprechenden konjunkturbedingten Belastungen auf der kommunalen Ebene auch mit Landesmitteln ausgleichen. Thüringen folgt künftig bei der Haushaltsaufstellung im Grundsatz dem Bundesverfahren anstelle des bisherigen restriktiven Steuerniveauverfahrens. Im Ergebnis hätte sich 2025 ein konjunkturbedingter Kreditspielraum von 270 Mio € ergeben, den Thüringen aber nicht ansetzte. Brandenburg berücksichtigt nun nicht allein die letzte Potenzialschätzung, sondern die Schätzungen aus den zehn Vorjahren. Damit fließen Schätzungen des Potenzials aus Jahren vor der Coronavirus-Pandemie und der Energiepreiskrise ein. Dadurch werden die errechneten konjunkturellen Belastungen am aktuellen Rand größer und damit auch die Kreditspielräume. [3)] Dementsprechend veranschlagte Brandenburg in seinem Haushalt für 2025 eine Ex-ante-Konjunkturlast von 950 Mio € gegenüber 370 Mio € nach dem alten Verfahren. [4)] Angesichts der günstigen Steuerentwicklung 2025 berücksichtigte das Land ex post aber nur eine Konjunkturlast von 250 Mio €.

1 **Vgl. zu unterschiedlichen Ansätzen zur Konjunkturbereinigung bei den Ländern ausführlicher: Deutsche Bundesbank (2017, 2025).**

2 Vgl. dazu: Krönert (2026) sowie Schirwitz (2026).

3 Die Deutsche Bundesbank (2022) empfiehlt ein Verfahren zur Konjunkturbereinigung, das Revisionen der konjunkturbereinigten Steuereinnahmen der drei Vorjahre über eine „Fehlerkomponente“ zusätzlich berücksichtigt. Die Haushaltspolitik erhält dadurch mehr Anpassungszeit bei Revisionen der erwarteten Wirtschaftsentwicklung und Schätzfehlern bei den Steuern. Thüringens neues Verfahren greift das im Wesentlichen auf. Der Ansatz Brandenburgs geht allerdings weit darüber hinaus.

4 Dem Verfassungsgericht des Landes Brandenburg liegt eine abstrakte Normenkontrollklage vor. Zu klären ist insbesondere, ob das Landesverfahren gegen die verfassungsrechtlichen Vorgaben wie etwa das Symmetriegebot bei der Konjunkturbereinigung verstößt. Einen Antrag zum Aussetzen des Haushaltsvollzugs (VfGBbg 11/25 EA) wies das Gericht zurück. Das Hauptverfahren steht noch aus. Vgl.: Verfassungsgericht des Landes Brandenburg (2025).

Sieben Länder rechneten für 2025 im Rahmen ihrer Schuldenbremse konjunkturelle Belastungen ab. In vier Ländern standen meist kleinere Entlastungen zu Buche. Die Länderverfahren sind weiterhin sehr unterschiedlich, und die Ergebnisse streuen stark. Die meisten Verfahren stufen auch unerwartete Steuerentwicklungen im Abrechnungsjahr als konjunkturell ein (bei teils unterschiedlichen Bezugszeitpunkten für das erwartete Aufkommen). Im Jahr 2025 war nicht zuletzt ein unerwarteter großer Erbschaftsteuerfall in Bayern bei solchen Verfahren bedeutsam: Er sorgte über den Finanzkraftausgleich für günstigere Konjunktureffekte. In Hessen führte dies zusammen mit sehr günstigen Steuerergebnissen dazu, dass das Land einen spürbar entlastenden Konjunktureffekt (100 € pro Kopf) auswies. Der Großteil davon war bei der nachlaufenden Abrechnung des Finanzkraftausgleichs Anfang 2026 an die anderen Länder abzutreten. In vielen anderen Ländern blieben die angerechneten Konjunktureinflüsse aber negativ. Die höchste konjunkturelle Belastung brachte Bremen zum Ansatz (340 € pro Kopf). Dies beruht größtenteils darauf, dass das bremische Steueraufkommen im Vergleich zur maßgeblichen Schätzung des Frühjahrs 2024 deutlich geringer ausfiel.[5)] Bayern wendet weiterhin keine Konjunkturbereinigung an. Daneben wiesen auch Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen mit ihren Steuerniveauverfahren keine Konjunktureffekte aus. Auch Thüringen brachte keine Konjunkturlast zum Ansatz (siehe oben).

Die deutlichen Unterschiede bei den Konjunktureffekten sind auffällig. Denn die konjunkturelle Entwicklung verläuft meist ähnlich, und der Finanzkraftausgleich begrenzt verbleibende Unterschiede im Regelfall. Die tatsächlichen strukturellen Kreditspielräume im Rahmen der Schuldenbremsen fallen wegen Eigenarten der Konjunkturbereinigungsverfahren in einzelnen Ländern und in einzelnen Jahren sehr unterschiedlich aus. Dies ist ökonomisch nicht überzeugend. Außerdem führen die vielfältigen Verfahren und wiederholte Änderungen dazu, dass die Entwicklungen hinsichtlich der Schuldenbremsen nur sehr schwer nachzuvollziehen sind. Ein einheitlicher transparenter Ansatz der Länder für die Konjunkturbereinigung und die Schuldenbremse insgesamt ist weiterhin sehr wünschenswert. Einzelne Länder können ihre Verfahren dann auch nicht gezielt umstellen, um Konsolidierungsanstrengungen in ihrem Haushalt aufzuschieben.

5 Wichtig dafür war ein Rückgang des Gewerbesteueraufkommens. Dieser Effekt bei den Gemeindesteuern schlägt sich erst im Finanzkraftausgleich für das Folgejahr nieder. Soweit er bei der maßgeblichen Steuerschätzung für die Haushaltsaufstellung 2026 schon bekannt war, stärkt die nachlaufende Ausgleichszahlung im Finanzkraftausgleich (über die dann maßgebliche geringer angesetzte Gemeindefinanzkraft Bremens 2025) das strukturelle Steueraufkommen Bremens. Ein Ausgleich des negativen Konjunktureffekts über den Finanzkraftausgleich wäre dann nicht mehr angelegt.

3.2 Notlagenkredite

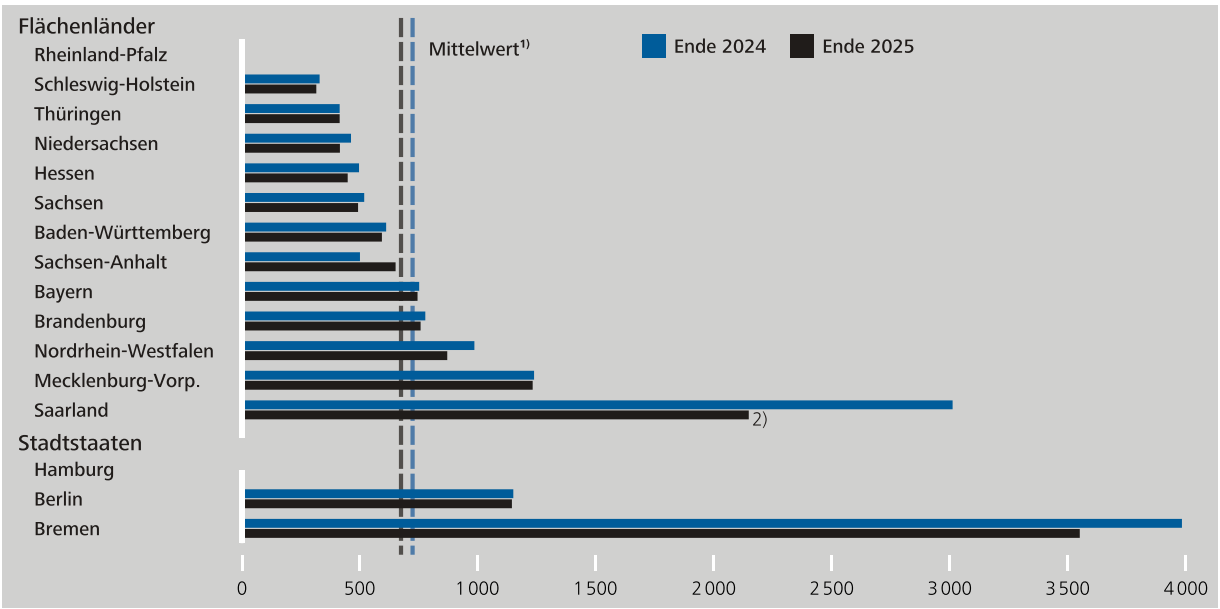
Die Länder tilgten 2025 per saldo Notlagenkredite von 4 Mrd €, größtenteils indem sie Reserven einsetzten. Ende 2025 verblieben damit noch Notlagenkredite von 56 Mrd €. Die Länder hatten die Notlagenkredite insbesondere im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie aufgenommen. Alle Länder konnten ihre Tilgungsverpflichtungen im vergangenen Jahr erfüllen. Der neue strukturelle NKA-Spielraum (0,35 % des BIP) erleichtert dies, weil die Länder daraus auch Notlagenkredite tilgen können.[28)] Notlagenkredite können darüber hinaus aus Reserven getilgt werden. Die Reserven resultieren zumeist daraus, dass die Mittel aus vergangenen Kreditaufnahmen nicht verbraucht wurden oder Kreditermächtigungen an anderer Stelle noch zur Verfügung stehen. Die Tilgung der Notlagenkredite führt im letztgenannten Fall wie auch bei der Verrechnung mit dem neuen strukturellen Kreditspielraum nicht dazu, dass der Schuldenstand eines Landes in der Finanzstatistik sinkt. Tilgungen von Notlagenkrediten aus Reserven gab es insbesondere in Nordrhein-Westfalen (2 Mrd €). Im Saarland schlug eine Vereinbarung zur Begrenzung der Notlagenkredite seines Transformationsfonds entlastend zu Buche (fast 1 Mrd €).

28 Die Tilgung wird dabei (wie eine reguläre Ausgabe) als genutzter Spielraum angerechnet. Vgl. dazu beispielhaft die Erläuterungen Hessens: Hessisches Ministerium der Finanzen (2026). Länder mit verbliebenen Notlagenkrediten und ungenutztem NKA-Spielraum haben letztlich darauf verzichtet, aus diesem Spielraum Notlagenkredite zu tilgen. Schleswig-Holstein tilgte aus ungenutztem NKA-Spielraum Belastungen auf seinem Kontrollkonto aus für nichtig erklärten Notlagenkrediten.

Ausstehende Tilgungslast aus Notlagenkrediten

Schaubild 5.8

€ pro Kopf



Quellen: Angaben der Finanzministerien der Länder und eigene Berechnungen. **1** Einwohnergewichteter Mittelwert (2024: 723 €, 2025: 674 €). **2** Rückgang aufgrund der Vereinbarung, den Einsatz von Notlagenkrediten im Transformationsfonds auf 1,5 Mrd € zu begrenzen.

Deutsche Bundesbank

3.3 Reserven [29)]

Die Länder verfügen offenbar weiterhin über umfangreiche Reserven. Diese können sie grundsätzlich einsetzen, um die Schuldenbremse einzuhalten oder um Notlagenkredite zu tilgen. Soweit spezielle landesseitige Vorgaben zur Verwendung der Reserven bestehen, kann der jeweilige Landesgesetzgeber diese bei besonderem Bedarf aufheben. Vertragliche Mittelbindungen sind nicht bekannt. Umfassende Übersichten zu den Länderreserven liegen nicht vor. Aus der Bundesbank-Umfrage ergaben sich zum Jahresende 2025 mit rund 130 Mrd € (knapp 1 600 € pro Kopf) moderat geringere Bestände als Ende 2024. [30)]

29 **Vgl. zu einer genaueren Abgrenzung und Bestandsaufnahme gegliedert nach geplanten Verwendungszwecken: Deutsche Bundesbank (2025), Anhang 2: Reserven.**

30 Diese Werte beruhen auf den Länderangaben aus den Bundesbank-Umfragen der Jahre 2024 und 2025. Sie werden teilweise mit eigenen Berechnungen ergänzt. Berücksichtigt werden dabei unter anderem Selbstbewirtschaftungsmittel, Überschüsse aus Vorjahren und übertragene Restkreditermächtigungen bei Soll-Abschlüssen.

Gut die Hälfte der Reserven machen Rücklagen zur Vorsorge für künftige Pensionslasten aus. Diese waren gegenüber 2024 zwar insgesamt gestiegen, einzelne Länder entlasteten ihren Kernhaushalt jedoch durch geringere (Netto-) Zuführungen. Dies galt etwa für Baden-Württemberg.[31)] Die Bestände pro Kopf der Bevölkerung unterscheiden sich erheblich zwischen den Ländern. Sachsen etwa weist weiterhin sehr hohe und steigende Pensionsreserven auf. Dagegen sind die Pensionsreserven im Saarland inzwischen weitgehend aufgebraucht. Auch Bremen greift mittlerweile spürbar auf seine Pensionsreserven zurück. Es kann so die Auflagen für die Sanierungshilfen leichter einhalten. Beide Länder werden künftig aber mit erheblichen Pensionslasten konfrontiert sein, die eigentlich mit den Reserven gedämpft werden sollten.

Auch bei den Rücklagen für allgemeine Zwecke bestehen große Unterschiede zwischen den Ländern. In einigen Ländern sind sie bereits aufgebraucht. Bundesweit bestanden Ende 2025 allgemeine Reserven von rund 33 Mrd € (knapp 400 € pro Kopf). Hamburg und Bayern stockten ihre bereits hohen allgemeinen Rücklagen weiter deutlich auf. Dagegen gingen Pro-Kopf-Bestände insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen stark zurück und lagen Ende 2025 bei 550 € beziehungsweise 240 €. Auch in Brandenburg sanken die Bestände weiter.[32)] Würden die drei Länder zukünftig ihre allgemeinen Rücklagen in gleichem Umfang wie 2025 einsetzen, wären sie rechnerisch vor Ende 2027 aufgebraucht. Schleswig-Holstein, das Saarland, Berlin, Bremen und Nordrhein-Westfalen verfügten bereits 2025 nicht mehr über nennenswerte allgemeine Rücklagen. Alle Länder verfügen aber noch über andere Reserven, auf die sie bedarfsweise zurückgreifen können.

31 Vgl. dazu: Landtag von Baden-Württemberg (2026), S. 24.

32 Im Jahr 2024 hatte Brandenburg den Bestand stark reduziert. Nach einem Urteil des Landesverfassungsgerichts hatte es Rücklagen statt der zuvor geplanten Notlagenkredite eingesetzt, um eine rechtssichere Lage zu schaffen. Vgl.: Ministerium der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg (2024).

4 Herausforderungen: Gemeindefinanzen sanieren, Infrastrukturausgaben erhöhen

4.1 Solide Gemeindefinanzen als Länderaufgabe

Die Gemeindefinanzen sind insgesamt in einem schlechten Zustand, und kommunale Eigenanstrengungen dürften für eine durchgreifende Verbesserung kaum ausreichen. Die sehr hohen Defizite der Kommunalhaushalte bei niedrigen Nettoinvestitionen und steigenden Kassenkrediten deuten insgesamt auf stark angespannte kommunale Budgets.[33)] Zunächst sind die Kommunen selbst gefordert, ihre Haushalte zu sanieren. Die Länder können diese Eigenanstrengungen über ihre Haushaltsaufsicht durchsetzen. Da die Defizite sehr hoch sind und viele Kommunen schon über mehrere Jahre größere Eigenanstrengungen nachweisen mussten, können Eigenanstrengungen wohl nur ein Baustein eines deutlich größeren Pakets sein.

Gemäß den Landesverfassungen sind die Länder gefordert, eine angemessene Finanzausstattung ihrer Kommunen sicherzustellen. Einige Länder haben offenbar vor, ihre Mittelzuweisungen diskretionär auszuweiten. Gemäß der Bundesbank-Umfrage sehen sie für 2026 in etlichen Fällen zusätzliche Mittel vor (siehe für einzelne Länder Exkurs „Ausgewählte Ländermaßnahmen, um Gemeinden zusätzlich zu entlasten“). Zusätzliche Spielräume zur Unterstützung von Gemeinden dürften insgesamt noch vorhanden sein: Zahlreiche Länder schöpften die (im letzten Jahr erweiterten) Kreditspielräume der Schuldenbremse im Jahr 2025 bei Weitem nicht aus. Auch im laufenden Jahr verbleiben offenbar noch einige Spielräume.

Die Länder könnten die Kommunen zudem bei Umfang und Wahrnehmung der übertragenen Aufgaben entlasten. So können sie prüfen, inwieweit sie ihren Gemeinden Aufgaben abnehmen oder bei diesen zumindest helfen können. Beispielsweise könnten sie die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen unterstützen. Dabei kann auch ein bundesweit abgestimmter Ansatz sinnvoll sein (etwa für einen leichteren Datenaustausch, für überörtlich einsetzbare Expertise des Personals und für einheitlich hohe Standards bei der IT-Sicherheit).

33 Eine Ausnahme bilden offenbar die Gemeinden in Thüringen, die in ihrer Summe in den letzten beiden Jahren noch Überschüsse erzielten.

Wie in der Vergangenheit auf höhere Bundesmittel für die kommunalen Haushalte zu setzen, scheint wenig erfolgversprechend. Neben der klaren Aufgabenzuordnung auf die Länder spricht auch die Finanzlage des Bundes dagegen. In der aktuellen Finanzplanung bis 2030 steigt das Bundesdefizit außerordentlich stark an. Zusätzlich bestehen darin ab 2028 noch umfangreiche und zügig wachsende offene Handlungsbedarfe.

Exkurs

Ausgewählte Ländermaßnahmen, um Gemeinden zusätzlich zu entlasten

2025 starteten nur wenige Länder Sonderprogramme, um ihre Gemeinden zu unterstützen. Hessen legte – gestützt auf den neuen strukturellen Verschuldungsspielraum – Ende 2025 ein Sofortprogramm von 300 Mio € auf. Damit verringerte Hessen das landesweite kommunale Defizit gemäß Kassenstatistik zwar nur um knapp ein Zehntel. Das doppische Ergebnis verbesserte sich hingegen um immerhin ein Fünftel. Die Zahl der Kommunen mit Kassenkrediten stieg gleichwohl deutlich. Allerdings wiesen damit weiterhin 87 % der hessischen Kommunen keine überjährigen Kassenkredite auf. [1)] Nordrhein-Westfalen, dessen Gemeinden besonders umfangreiche Schulden als Kassenkredite aufgenommen haben, stellt seit 2025 jährlich 250 Mio € bereit, um kommunale Altschulden zu bedienen. Der Plan des Landes, in diesem Rahmen Kassenkredite von insgesamt 9 Mrd € von besonders hoch verschuldeten Kommunen zu übernehmen, ist inzwischen weitestgehend umgesetzt. Die Übernahme entsprach etwa der Hälfte der bis 2023 aufgelaufenen Bestände. Baden-Württemberg zog nicht nur Zahlungen von etwa 2 Mrd € unterjährig vor, sondern zahlte auch in einem ersten Schritt ½ Mrd € zusätzlich. Gleichwohl stiegen in Baden-Württemberg die kommunalen Kassenkreditbestände Ende 2025 gegenüber dem Vorjahresultimo um gut ½ Mrd €, allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau.

1 Vgl.: Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz (2026), S. 891.

Für 2026 sind gemäß Bundesbank-Umfrage zusätzliche Entlastungen geplant. Sieben Länder gaben an, Zahlungen an ihre Kommunen über den ohnehin angelegten Zuwachs hinaus auszuweiten. Fünf dieser Länder erhöhten ihre Zahlungen im Kommunalen Finanzausgleich (KFA) um insgesamt 2 Mrd €.[2)] Das Saarland arbeitet aktuell an einer Reform seines KFA. Sechs dieser Länder weiten an anderer Stelle Zuweisungen und Erstattungen an Kommunen diskretionär aus. Klar bezifferbar für 2026 sind hierbei Zahlungen von 3 Mrd €. Nordrhein-Westfalen plant für 2027, den Anteil der Steuereinnahmen des Landes für den KFA um ½ Prozentpunkt auf 23½ % zu erhöhen.[3)] Zuvor war dieser Anteil über viele Jahre unverändert. Überschlägig bringt die Erhöhung den Gemeinden in Nordrhein-Westfalen eine Entlastung von gut 3 % ihres Defizits aus 2025.

Dabei scheint die Höhe zusätzlicher Hilfen der Länder für ihre Gemeinden im laufenden Jahr nicht vorrangig mit der Höhe ihrer Vorjahresdefizite zusammenzuhängen. Ein einfacher Vergleich zeigt keinen systematischen Zusammenhang zwischen den Pro-Kopf-Defiziten der Gemeinden 2025 und den zusätzlichen Unterstützungsmaßnahmen der Länder 2026.

2 In der vertikalen Komponente des KFA stellt ein Land Mittel zur Verfügung, damit die Finanzausstattung seiner Kommunen aufgabengerecht ist. Da die Länder ihren Kommunen unterschiedlich weitgehend Aufgaben übertragen haben, unterscheiden sich die im vertikalen KFA gezahlten Beträge pro Kopf von Land zu Land. Innerhalb eines Landes sind die Zuweisungen pro Kopf nach der Steuerkraft (das heißt bei standardisierten Hebesätzen von Gewerbe- und Grundsteuer) gestaffelt. Besonders steuerstarke (abundante) Gemeinden erhalten nichts aus diesem Topf. Daneben kann ein Land auch Gemeindesteuereinnahmen von Gemeinden mit hoher Steuerkraft zu Gemeinden mit niedriger Steuerkraft umverteilen.

3 Vgl. dazu das Eckpunktedokument: Landtag von Nordrhein-Westfalen (2026). Grundlage für die Anhebung sind mehrjährige Haushaltsvergleiche auf Ebene des Landes einerseits und der Gemeinden andererseits. Die Indikatoren waren bei der Prüfung für 2026 noch nicht auffällig.

Ein Reformvorschlag der Bundesbank zielt darauf ab, dass die Länder kommunalen Haushaltsschieflagen frühzeitig begegnen.[34)] Offenbar sind zuletzt neue kommunale Haushaltsschieflagen entstanden, und die meisten Länder haben nicht zeitnah mit ihren Stellschrauben gegengesteuert. Solche Entwicklungen sprechen dafür, die Länderverantwortung für die Kommunalfinanzen besser zu verankern. Dazu schlägt die Bundesbank vor, dass Kommunen Kassenkredite mit einer Laufzeit über das Jahresende hinaus nur noch bei ihrem Land aufnehmen dürfen. Wenn das Land Kredite an seine Kommunen mit eigenen Kreditaufnahmen refinanziert, sollte es diese auf den eigenen Kreditspielraum im Rahmen seiner Schuldenbremse anrechnen müssen. Damit entfällt der Anreiz, die Lösung der kommunalen Probleme in künftige Legislaturperioden zu verschieben. Schieflagen der Kommunen wirken dann nämlich direkt auf den Landeshaushalt.

Darüber hinaus ist eine weitere Reform der Kommunalfinanzen empfehlenswert. Diese sollte die Einnahmen der Gemeinden verstetigen und helfen, Gemeindedefizite zu begrenzen.[35)] Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer und die Länderzuweisungen sind für die Kommunalfinanzen von großer Bedeutung und schwanken teils stark. Stetigere Einnahmen würden den Kommunen helfen, ihre Ausgabenspielräume besser abzuschätzen und ihre Vorhaben darauf abzustimmen. Dazu könnten sich die Länderzahlungen im kommunalen Finanzausgleich am Trend der Steuerentwicklung anlehnen und diesbezügliche Revisionen nur zeitlich gestreckt korrigieren. Dies würde auch besser dem verbreiteten Ansatz gerecht, die Konjunkturkomponente eines Landes nicht um die weitergeleiteten Mittel im kommunalen Finanzausgleich zu kürzen. Aktuell orientieren sich diese Zahlungen zumeist an der geschätzten Steuerentwicklung. Hinzu kommt eine Abrechnung für Schätzfehler aus dem letzten abgerechneten Vorjahr. Ergänzend erscheint es ratsam, stärker auf Zuweisungen umzustellen, die sich eng an aktuellen Bedarfen solide wirtschaftender Gemeinden für die übertragenen Aufgaben orientieren. Dies sollte auch helfen, die Gemeindedefizite zu verringern.

4.2 Bundesmittel für zusätzliche Infrastrukturausgaben nutzen

Das Grundgesetz sichert den Ländern und Kommunen 100 Mrd € aus dem kreditfinanzierten Sondervermögen IK für Investitionen in ihre Infrastruktur zu. Dies wurde bei der Grundgesetzänderung im März 2025 vereinbart. Jährliche Abrufgrenzen bestehen nicht. Auch ist nicht verankert, dass mit diesem Teil des Sondervermögens tatsächlich zusätzliche Investitionen gegenüber einem geeigneten Referenzjahr zu finanzieren sind.

34 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021b), S. 59.
35 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021b).

Bisher flossen noch kaum Mittel aus dem Sondervermögen IK ab. Für 2026 insgesamt gaben die Länder in der Bundesbank-Umfrage aber hohe Abrufe an. 2025 riefen die Länder keine Gelder ab, und sie planen offenbar nur begrenzte nachträgliche Abrufe für Investitionen aus 2025. In der ersten Jahreshälfte 2026 floss lediglich ½ Mrd € ab. Für 2026 insgesamt meldeten die Länder aber geplante Mittelabrufe von 8½ Mrd €, wobei der überwiegende Teil auf Bayern entfällt. Vom Gesamtbetrag sind rund zwei Drittel für die Kommunen geplant. Einerseits könnten die Länder insgesamt noch deutlich mehr Mittel abrufen. Denn einige Länder machten keine Angaben – darunter die bevölkerungsreichen Länder Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Andererseits könnten die Länder wie bei früheren Bundeshilfen weniger abrufen als eingeplant. Zum Beispiel könnten die Angaben für die Gemeindeabrufe Puffer enthalten, und Investitionen könnten sich verzögern.

Die regionale und örtliche Infrastruktur dürfte sich allerdings nur verbessern lassen, indem Länder und Kommunen ihre Mittel aus dem Sondervermögen IK zusätzlich investieren. Angesichts der Haushaltsprobleme und der politisch häufig schwierigen Konsolidierung ist jedoch zu erwarten, dass sie mit einem guten Teil der Mittel Haushaltslöcher stopfen. Da die Mittel begrenzt sind, können sie die Haushaltslücken jedoch ohnehin allenfalls übergangsweise schließen. Die strukturellen Defizite der Kommunen sollten daher von vorneherein mit finanziell nachhaltigen Maßnahmen abgebaut werden. Und Länder und Gemeinden sollten die Mittel aus dem Sondervermögen IK für zusätzliche Infrastrukturinvestitionen nutzen, welche die identifizierten Schwächen in der Infrastruktur tatsächlich beheben.

Anhang: Eingliederungshilfe und Gemeindefinanzen

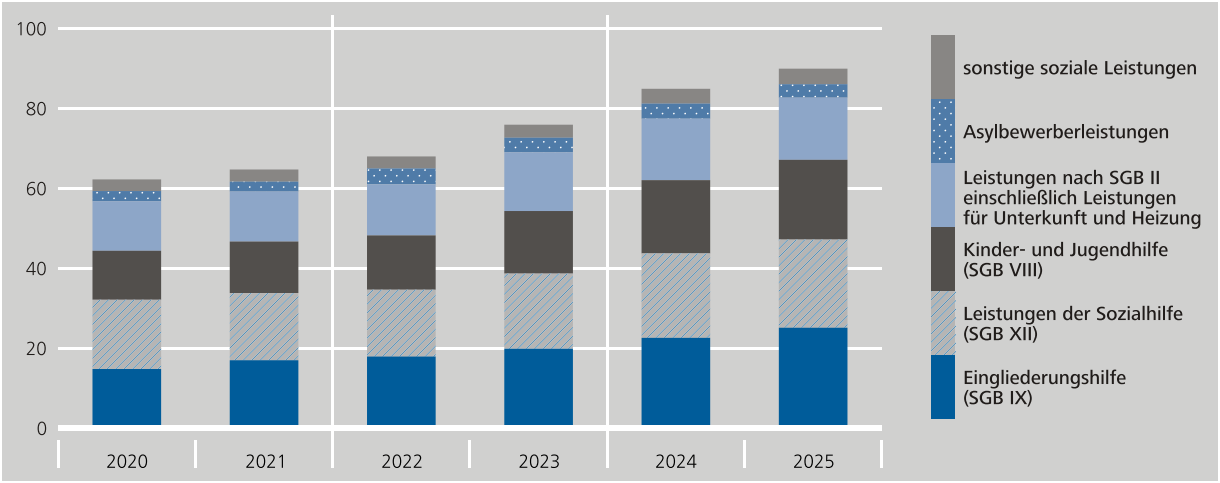
Länderübergreifende Betrachtung

Steigende Sozialausgaben belasten die Gemeindefinanzen zunehmend, darunter nicht zuletzt die Eingliederungshilfe. Die Sozialausgaben der Gemeinden der Flächenländer erhöhten sich zwischen 2019 und 2025 von 61 Mrd € auf 90 Mrd € (ausweislich der Kassenstatistik). Das entspricht einem Zuwachs von jahresdurchschnittlich 6,8 % – doppelt so viel wie das nominale BIP-Wachstum. Hierzu trug auch die Eingliederungshilfe nach SGB IX bei. Sie soll Menschen mit Behinderungen die gleichberechtigte Teilhabe an Gesellschaft, Bildung und Arbeit ermöglichen. Ausgaben für die Eingliederungshilfe machen inzwischen gut ein Viertel der kommunalen Sozialausgaben aus. Zugleich unterscheiden sich die Kosten zwischen den Ländern deutlich. Die Eingliederungshilfe verdeutlicht damit exemplarisch, dass der Ausgabendruck auf die Gemeinden zugenommen hat und dabei landesspezifische Unterschiede bestehen.

Die Ausgaben für die Eingliederungshilfe wuchsen besonders dynamisch. Für diese Ausgabenart liegen separate Angaben ab 2020 vor. Sie stieg zwischen 2020 und 2025 im Durchschnitt um 11 % pro Jahr. 2025 bezogen im gesamten Bundesgebiet rund eine Million Personen Eingliederungshilfe.

Sozialausgaben der Gemeinden der Flächenländer*) Schaubild 5.9

Mrd €



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. * Angaben der Finanzstatistik. Den Ausgaben stehen teils spezifische Einnahmen gegenüber (leistungsbezogene Erstattungen von Bund und Ländern oder aufgabenbezogene Mittel im kommunalen Finanzausgleich).

Deutsche Bundesbank

Zur hohen Ausgabendynamik bei der Eingliederungshilfe seit 2020 dürftenvornehmlich steigende Fallkosten beigetragen haben. Personalausgaben sind dabei besonders bedeutsam. Etwa 80 % der Ausgaben der Eingliederungshilfe entfallen einer Schätzung zufolge auf Personalkosten.[36)] Auch demografische Entwicklungen können zu den steigenden Ausgaben beitragen, etwa über eine höhere Lebenserwartung und systematisch höhere Leistungsbedarfe im Alter.[37)] Gemäß der Eingliederungsstatistik, die auch reine Länderausgaben und die Stadtstaaten umfasst, stieg die Fallzahl zwischen 2020 und 2025 um gut 2 % pro Jahr. Die steigenden Ausgaben pro Person dürften neben Kostensteigerungen auch zumindest teilweise auf veränderte Leistungsumfänge zurückzuführen sein. Dabei dürfte auch die schrittweise Umsetzung des 2016 verabschiedeten Bundesteilhabegesetzes eine Rolle spielen.[38)]

36 Vgl.: Jethon (2024), S. 121. Diese Personalausgaben werden kassenstatistisch nicht vollständig als Personalausgaben verbucht, sondern teils als Zuschüsse an Einrichtungen außerhalb des Staatshaushalts. Sie sind auch in der separaten Eingliederungsstatistik als Ausgaben für die Eingliederungshilfe erfasst.

37 Vgl.: Jethon (2024), S. 121.

38 Vgl.: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2025).

Verteilung der Ausgabenfinanzierung auf Länder und Gemeinden

Die Gemeinden dürften den Großteil der Ausgaben für Eingliederungshilfe selbst tragen. So deckten 2024 die Einnahmen der Gemeinden, die der Eingliederungshilfe unmittelbar zugeordnet sind, nur ein Viertel der entsprechenden Ausgaben.[39)] Die Anteile der Kosten, die Länder dabei aufgabenspezifisch gemäß den gesetzlich geregelten Kostenträgerschaften übernehmen, sind sehr verschieden. Sie reichen von einer vollständigen Übernahme im Saarland, das selbst Träger der Eingliederungshilfe ist, bis zu einer fehlenden unmittelbaren Kostenbeteiligung in Hessen, wo ausschließlich kommunale Träger zuständig sind.[40)] Allerdings sind diese Anteile vorsichtig zu interpretieren. Denn jedes Land kann statt einer höheren anteiligen Kostenübernahme auch zusätzliche allgemeine Deckungsmittel im Rahmen seines kommunalen Finanzausgleichs leisten. Einen spezifischen Teil des Finanzausgleichs der Eingliederungshilfe zuzuordnen, ist häufig nicht möglich. Mehr Transparenz über die Zahlungsströme wäre nötig, um die tatsächliche Nettobelastung der Gemeinden durch die Eingliederungshilfe abzuleiten.

Länderweise Betrachtung

Die länderweise zusammengefassten Bruttoausgaben für Eingliederungshilfe unterscheiden sich erheblich zwischen den Ländern. Pro Kopf der Bevölkerung reichten sie in den Ländern (einschließlich Gemeinden) 2025 von 270 € in Sachsen bis

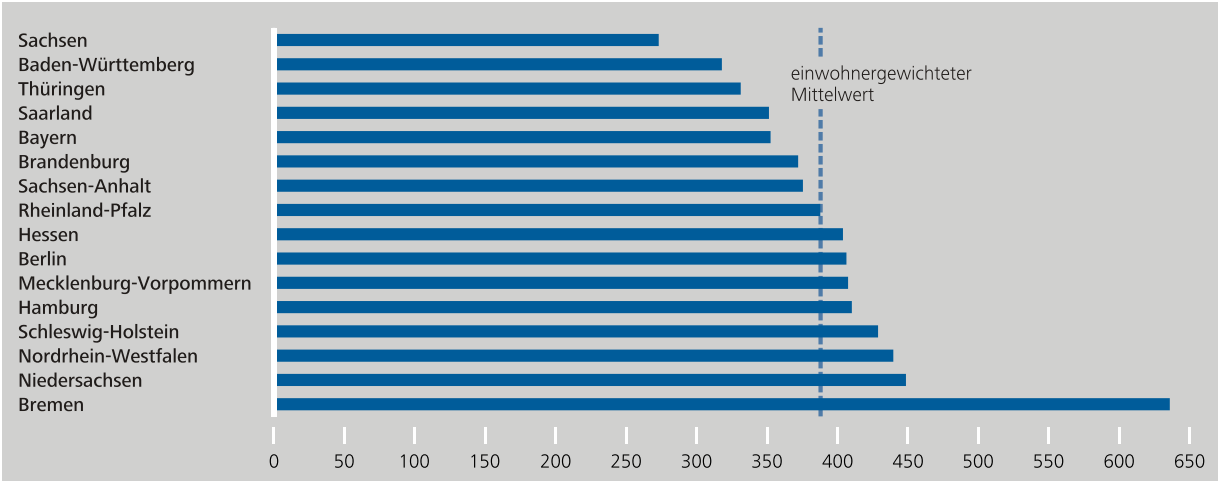
39 Gemäß Rechnungsergebnissen der kommunalen Kernhaushalte 2024. Die zugeordneten Einnahmen erfassen nicht alle finanziellen Kompensationen für die kommunale Belastung durch die Eingliederungshilfe. Unter anderem leistet der Bund dazu seit 2018 jährlich 5 Mrd € (vgl. zur Begründung für diese Bundesbeteiligung: Deutscher Bundestag (2016)). Dazu trat er unter anderem Umsatzsteueranteile an Länder und Gemeinden ab (vgl. die tabellarische Übersicht über ausgewählte Entlastungen des Bundes zugunsten der Kommunen des Bundesministeriums für Finanzen). Inwieweit diese Bundesmittel für die Länder bei den Gemeinden ankommen und letztlich zur Finanzierung der kommunalen Eingliederungshilfe beitragen, lässt sich aus den Statistiken nicht bestimmen.

40 Gemäß den länderindividuellen Ausführungsgesetzen zum SGB IX.

640 € in Bremen (Schaubild 5.10).[41)] In Bremen liegen sie damit 140 % höher als in Sachsen.[42)] Auch dieser Vergleich ist allerdings vorsichtig zu interpretieren. Denn die Länder ordnen einzelne Teilhabeleistungen zum Teil unterschiedlichen Leistungssystemen zu.[43)]

Ausgaben für Eingliederungshilfe der Länder (einschließlich Gemeinden) 2025*) Schaubild 5.10

€ pro Kopf der Bevölkerung



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. * Brutto-Ausgaben der Eingliederungshilfe nach der Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX.

Deutsche Bundesbank

Strukturelle Faktoren sowie unterschiedliche politische Entscheidungen und Präferenzen in den Ländern (innerhalb der bundesrechtlichen Leistungsansprüche) dürften die Aufwendungen für die Eingliederungshilfe beträchtlich beeinflussen:

- Demografische Faktoren können die Fallzahlen beeinflussen. Ein Beispiel ist die Altersstruktur. Starke Unterschiede der Fallzahlen pro Kopf der Bevölkerung zwischen den Ländern lassen sich über unterschiedliche Besetzungen von Altersgruppen aber nicht ableiten.

41 Gemäß der Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Eingliederungshilfe (SGB IX) des Statistischen Bundesamts.

42 Die Ausgabenentwicklung von 2020 bis 2025 ist ebenfalls stark heterogen. So wuchsen die Ausgaben etwa im Saarland durchschnittlich um 5 % pro Jahr und damit im Ländervergleich relativ wenig. Die Pro-Kopf-Ausgaben blieben damit spürbar unterdurchschnittlich. In Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Baden-Württemberg und Bremen wuchsen sie mit rund 10 %. Unter diesen Ländern lagen 2025 nur die Pro-Kopf-Ausgaben in Mecklenburg-Vorpommern und Bremen über dem Durchschnitt.

43 So unterscheiden sich etwa die landesrechtlichen Zuständigkeiten für die Frühförderung von Kindern mit Behinderungen. Dies kann die Vergleichbarkeit der Ausgaben für Eingliederungshilfe zwischen den Ländern einschränken. Inwieweit dies die ausgewiesenen Differenzen zwischen den Ländern erklärt, lässt sich anhand der verfügbaren Daten jedoch nicht beziffern.

- Unterschiedliche Kosten etwa beim Personal oder der Gebäudenutzung können die Fallkosten beeinflussen. Zumindest die gewichtige Entlohnung des Personals unterscheidet sich länderweise aber nur relativ moderat. Sie kann insoweit nur begrenzte Unterschiede erklären.
- Länder und Kommunen können Leistungen verschieden ausgestalten, bereitstellen und bewilligen. Die bundesrechtliche Regelung im SGB IX lässt hierfür gewisse Spielräume. Solche Entscheidungen dürften sich ebenfalls auf die Fallkosten auswirken. Ein Beispiel wären unterschiedliche Anteile von Wohn- und Assistenzleistungen. Auch die Verwaltungspraktiken der Träger in den Ländern können sich unterscheiden – etwa hinsichtlich der Bedarfsermittlungen. Zu der Bedeutung dieses Aspekts liegen offenbar keine Auswertungen vor.

Aktuell diskutierte Reformvorschläge

Derzeit sind Reformen in der Diskussion, die die Ausgaben für Eingliederungshilfen insgesamt dämpfen könnten. Zudem gibt es auch Vorschläge, die Aufgaben- und Finanzierungsverteilung der Eingliederungshilfe zu ändern mit dem Ziel, die Gemeindefinanzen zu entlasten. Reformen für mehr Effizienz formulierte etwa die Arbeitsgemeinschaft von Bund und Ländern „Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen“.[44)] Sie schlug vor, Bedarfe mit einem einfacheren Verfahren zu ermitteln, pauschale Geldleistungen auszuweiten sowie Berichtspflichten zu reduzieren. Die Arbeitsgruppe empfahl zudem, Leistungen stärker zu bündeln oder kostengünstiger zu erbringen, etwa über geringere Fachkräftequoten oder gepoolte Assistenzleistungen. Der Expertenrat „Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit“ der Bertelsmann Stiftung schlug dagegen vor, die Zuständigkeit und Finanzierung der überörtlichen Eingliederungshilfe auf die Länderebene zu übertragen. Damit sollen die Kommunen finanziell entlastet werden.[45)]

44 Vgl.: Bund-Länder-AG Veranlassungskonnexität (2026).
45 Vgl.: Bertelsmann Stiftung (2026), S. 57.

Wenn sich Effizienzreserven bei den Eingliederungshilfen bei angemessener Leistungsqualität erschließen lassen, ist das zu begrüßen. Dies kann die Kommunalfinanzen entlasten, wenn die Länder nicht im Gegenzug andere Zuweisungen kürzen. Einzelheiten zu Ausgestaltung und einer möglichen Vereinheitlichung der Leistungen sind letztlich politisch zu entscheiden. Im Zuge der üblichen Prioritätensetzung sind dabei auch die Kosten zu berücksichtigen. Es spricht nichts dagegen, dass die einzelnen Länder im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben unterschiedlich ausgestaltete Eingliederungshilfen anbieten. Denn auch bei bundeseinheitlichen Leistungsansprüchen und -standards können Länder oder Gemeinden unterschiedliche Angebotsstrukturen aufweisen und die Leistungen unterschiedlich erbringen. Höhere Leistungen wären dann aber auch verlässlich gegenzufinanzieren.

Die Tabellen 5.2 und 5.3 können hier heruntergeladen werden:

Länderfinanzen Tabellenanhang

In diesem Beitrag wurden Daten bis zum 16. Oktober 2026 berücksichtigt.

Literaturverzeichnis

Bertelsmann Stiftung (2026), Kommunaler Finanzreport 2026, Juni 2026.

Bremische Bürgerschaft (2026), Bericht über die Derivate des Landes Bremen zum 31. Dezember 2025, Anlage 1746-L_Teil B_Bericht über die Derivate, Anlage zu Vorlage VL 21/6987, März 2026.

Bremische Bürgerschaft (2025), Bericht über die Derivate des Landes Bremen zum 31. Dezember 2024, Vorlage VL 21/4375, März 2025.

Bund-Länder-AG Veranlassungskonnexität (2026), Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen, Anlage zu Beschlussvorschlag TOP 3.1 – Bund-Länder-AG Veranlassungskonnexität, Juni 2026.

Bundesministerium für Soziales und Arbeit (2025), Untersuchung der jährlichen Einnahmen und Ausgaben bei den Leistungen der Eingliederungshilfe nach Art. 25 Absatz 4 BTGH (Finanzuntersuchung), Forschungsbericht 656.

Bundesverfassungsgericht (2025), Besoldung der Berliner Landesbeamten (Besoldungsordnung A) im Zeitraum 2008 bis 2020 weit überwiegend verfassungswidrig, Nr. 105/2025, Pressemitteilung vom 19. November 2025.

Deutsche Bundesbank (2025), Länderfinanzen 2024: Lage verschlechtert, Gemeinden mit hohem Defizit, Monatsbericht, Oktober 2025.

Deutsche Bundesbank (2024), Länderfinanzen 2023: Lage verschlechtert sich, aber noch struktureller Überschuss, Monatsbericht, Oktober 2024.

Deutsche Bundesbank (2022), Die Schuldenbremse des Bundes: Möglichkeiten einer stabilitätsorientierten Weiterentwicklung, Monatsbericht, April 2022, S. 53 – 70.

Deutsche Bundesbank (2021a), Länderfinanzen 2020: Defizit aufgrund temporärer Pandemieeinflüsse, Ausnahmeklauseln auch für Reservebildung genutzt, Monatsbericht, Oktober 2021, S. 15 – 42.

Deutsche Bundesbank (2021b), Kommunalfinanzen: Ansätze zur Begrenzung von Kassenkrediten und zur Vermeidung von Haushaltsschieflagen, Monatsbericht, Juni 2021, S. 55 – 60.

Deutsche Bundesbank (2017), Zur Konjunkturbereinigung der Länder im Rahmen der Schuldenbremse, Monatsbericht, März 2017, S. 35 – 58.

Deutsche Bundesbank (2016), Gemeindefinanzen: Entwicklung und ausgewählte Aspekte, Monatsbericht, Oktober 2016, S. 13 – 36.

Deutscher Bundestag (2016), Unterrichtung durch den Bundesrechnungshof, Bemerkungen des Bundesrechnungshofes 2016 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes (einschließlich der Feststellungen zur Jahresrechnung 2015), Drucksache 18 /10200, November 2016.

Freie Hansestadt Bremen, Pressestelle des Senats (2026), Bremen bleibt auf Sanierungskurs, Pressemitteilung vom 7. April 2026.

Freie Hansestadt Bremen, Pressestelle des Senats (2024), Auch 2024 weiterhin Notsituation, Senat beschließt Ergänzungen zum Haushaltsentwurf 2024, Pressemitteilung vom 21. Mai 2024.

Freie und Hansestadt Hamburg (2026a), Geschäftsbericht 2025.

Freie und Hansestadt Hamburg (2026b), Finanzbericht 2027/2028, August 2026.

Gase, A. (2026), Länderbericht Bremen 2025, in: Junkernheinrich et al. (Hrsg., 2026), JOEFIN Jahrbuch für öffentliche Finanzen, Band 2, Juni 2026, Heft 1, S. 165 – 170.

Jethon, A. (2024), Warum kein „dynamisches Drittel“ für alle?, der gemeindehaushalt, Heft 6/2024.

Krönert, E. (2026), Länderbericht Thüringen 2025, in: Junkernheinrich et al. (Hrsg., 2026), JOEFIN Jahrbuch für öffentliche Finanzen, Band 2, Juni 2026, Heft 1, S. 284 – 292.

Hessisches Ministerium der Finanzen (2026), Unterrichtung des Landtages nach § 9 des Gesetzes zur Ausführung von Artikel 141 der Verfassung des Landes Hessen (Artikel 141-Gesetz), April 2026.

Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz (2026), Kommunale Finanzplanung und Haushalts- und Wirtschaftsführung bis 2030, Staatsanzeiger für das Land Hessen, Nr. 39/2026, S. 890 – 894.

Landtag von Baden-Württemberg (2026), Mitteilung des Rechnungshofs, Jahresbericht 2026 zur Haushaltsrechnung 2024, Drucksache 18/303, Juli 2026.

Landtag von Nordrhein-Westfalen (2026), Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2027 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2027 – GFG 2027).

Ministerium der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg (2024), Konsequenzen aus dem Urteil des Landesverfassungsgerichts zum Brandenburg Paket, Rede von Finanzministerin Katrin Lange im Landtag des Landes Brandenburg, 27. Juni 2024.

Schirwitz, B. (2026), Länderbericht Brandenburg 2025, in: Junkernheinrich et al. (Hrsg., 2026), JOEFIN Jahrbuch für öffentliche Finanzen, Band 2, Juni 2026, Heft 1, S. 157 – 164.

Schleswig-Holstein Finanzministerium (2026), Unterrichtung über den vorläufigen Jahresabschluss 2025, Umdruck 20/06199.

Statistisches Bundesamt (2026a), Statistische Berichte, Vierteljährliche Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts, 2. Quartal 2026.

Statistisches Bundesamt (2026b), Einnahmen, Ausgaben und Schulden der Extrahaushalte der staatlichen Ebene 2022 – 2025.

Verfassungsgericht des Landes Brandenburg (2025), Beschluss VfGBbg 11/25 EA, Dezember 2025.

Statistischer Teil

Inhalt

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze ... 5•
2. Außenwirtschaft ... 5•
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren ... 6•

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang ... 8•
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) ... 10•
3. Liquiditätsposition des Bankensystems ... 14•

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva ... 16•
2. Passiva ... 18•

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland ... 20•
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen ... 24•
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland ... 26•
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland ... 28•
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) ... 30•
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche ... 32•
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) ... 34•
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck ... 36•
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen ... 36•
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland ... 38•
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland ... 38•
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland ... 39•
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) ... 40•

V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung im Euroraum ... 42*
2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland ... 42*

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze/Basiszinssätze ... 43*
2. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) ... 43*
3. Geldmarktsätze nach Monaten ... 43*
4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) ... 44*

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva ... 48*
2. Passiva ... 49*

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen und Aktien in Deutschland ... 50*
2. Absatz von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten ... 51*
3. Umlauf von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten ... 52*
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten ... 52*
5. Renditen deutscher Wertpapiere ... 53*
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland ... 53*

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften 54*
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften ... 55*
3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte ... 56*
4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte ... 57*

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Finanzierungssaldo und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung ... 58*
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ... 58*
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung ... 59*
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden ... 59*
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen ... 60*
6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten ... 60*

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern ... 61*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen ... 61*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung ... 62*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung ... 62*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung ... 63*
12. Maastricht-Verschuldung nach Gläubigern ... 63*
13. Maastricht-Verschuldung nach Arten ... 64*
14. Maastricht-Verschuldung des Bundes nach Arten und Instrumenten ... 65*

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens ... 66*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe ... 67*
3. Auftragseingang in der Industrie ... 68*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe ... 69*
5. Umsätze des Einzelhandels ... 69*
6. Arbeitsmarkt ... 70*
7. Preise ... 71*
8. Einkommen der privaten Haushalte ... 72*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft ... 72*
10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen ... 73*
11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen ... 74*

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für den Euroraum ... 75*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland ... 76*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern ... 77*
4. Dienstleistungen und Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland ... 78*
5. Sekundäreinkommen und Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland ... 78*
6. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland ... 79*
7. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank ... 80*
8. Auslandspositionen der Unternehmen ... 81*
9. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen ... 82*
10. Euro-Länder und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ... 82*
11. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ... 83*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze	
			M3 3)						
	M1	M2		gleitender Dreimonatsdurchschnitt	MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	€STR 5) 6)	Umlaufsrendite europäischer Staatsanleihen 7)
Zeit	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt	
2025 Jan.	2,6	2,8	3,7	3,7	1,5	2,1	3,1	2,92	3,0
Febr.	3,4	3,0	3,9	3,7	1,7	2,2	3,0	2,69	2,9
März	4,0	3,2	3,7	3,8	1,6	2,1	2,5	2,50	3,3
April	4,7	3,4	3,9	3,8	1,8	2,3	2,1	2,34	3,1
Mai	5,0	3,4	3,9	3,8	2,0	2,5	2,4	2,17	3,0
Juni	4,8	2,9	3,4	3,6	1,9	2,6	2,4	2,01	3,0
Juli	5,1	3,1	3,3	3,2	2,1	2,7	2,5	1,92	3,1
Aug.	5,0	3,0	2,9	3,0	1,9	2,7	2,3	1,92	3,1
Sept.	5,0	2,7	2,8	2,9	2,0	2,6	2,1	1,93	3,2
Okt.	5,2	3,0	2,8	2,8	2,3	3,0	2,2	1,93	3,1
Nov.	4,7	2,9	2,8	2,8	2,7	3,4	2,7	1,93	3,1
Dez.	4,8	3,1	2,8	2,9	2,4	3,1	2,4	1,93	3,2
2026 Jan.	5,0	3,2	3,1	2,9	2,6	3,2	2,2	1,93	3,2
Febr.	4,6	3,2	2,8	3,0	2,2	3,1	2,5	1,93	3,1
März	4,7	3,2	3,2	3,0	2,4	3,2	2,9	1,93	3,3
April	3,9	2,9	2,8	3,0	2,1	3,1	2,8	1,93	3,4
Mai	3,7	3,0	3,0	3,0	2,4	3,3	3,0	1,93	3,4
Juni	3,5	3,3	3,3	3,2	2,6	3,5	3,2	2,05	3,4
Juli	3,1	3,3	3,4	3,4	2,5	3,6	3,5	2,18	3,5
Aug.	2,9	3,2	3,5	.	2,5	3,7	3,9	2,19	3,6
Sept.	.	.	.	.	.	.	.	2,31	4,0

1 Quelle: EZB, soweit verfügbar. **2** Saisonbereinigt. **3** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. **4** Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFIs. **5** Euro Short-Term Rate. **6** Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.3, S.43•. **7** BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE, FR, NL, BE, AT, FI, IE, PT, ES, IT, GR, SK, CY, SI (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft *)

	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz des Euroraums *r)								Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz		Kapitalbilanz							Effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Warenhandel	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapieranlagen	Finanzderivate 2)	Übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven	gegenüber dem US-Dollar	nominal	real 4)
Zeit	Mio €								1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999 = 100	
2025 Jan.	− 4 251	+ 13 850	+ 14 779	+ 19 984	+ 38 587	+ 6 253	− 48 673	− 1 372	1,0354	96,4	92,7
Febr.	+ 15 373	+ 32 049	+ 46 166	+ 29 244	− 25 795	− 466	+ 42 148	+ 1 035	1,0413	96,1	92,4
März	+ 38 478	+ 46 825	+ 26 579	+ 36 100	− 28 593	− 16 713	+ 36 251	− 465	1,0807	98,0	94,3
April	+ 18 413	+ 23 626	− 14 699	− 24 048	+ 33 440	− 14 756	− 14 441	+ 5 106	1,1214	100,3	96,3
Mai	− 7 441	+ 28 163	+ 24 705	+ 33 715	− 18 647	− 7 387	+ 14 768	+ 2 256	1,1278	100,0	95,8
Juni	+ 36 783	+ 21 442	+ 65 758	+ 14 402	− 1 802	+ 1 909	+ 49 882	+ 1 366	1,1516	101,1	97,0
Juli	+ 32 801	+ 27 696	+ 13 259	+ 11 959	+ 27 534	+ 86	− 26 748	+ 428	1,1677	102,1	98,0
Aug.	+ 18 053	+ 15 941	+ 2 773	− 8 676	+ 34 673	− 1 061	− 23 348	+ 1 185	1,1631	102,0	97,9
Sept.	+ 32 617	+ 31 764	+ 63 666	+ 9 180	+ 48 875	− 4 722	+ 5 776	+ 4 557	1,1732	102,2	98,1
Okt.	+ 37 623	+ 36 717	+ 8 669	+ 48 720	− 44 695	+ 705	+ 3 163	+ 776	1,1630	101,9 p)	97,6
Nov.	+ 16 956	+ 26 396	− 8 191	− 9 472	− 53 828	− 6 967	+ 59 438	+ 2 638	1,1560	101,8	97,7
Dez.	+ 39 898	+ 24 758	+ 86 742	+ 106 784	− 17 464	− 11 576	+ 3 803	+ 5 195	1,1709	102,2	98,0
2026 Jan.	+ 12 963	+ 11 142	+ 39 274	+ 14 701	+ 76 831	− 22 024	− 31 356	+ 1 122	1,1738	101,8	97,8
Febr.	+ 20 607	+ 25 421	+ 1 641	− 3 801	− 20 286	− 7 160	+ 30 606	+ 2 281	1,1824	101,8	97,7
März	+ 19 498	+ 19 015	− 12 769	+ 4 933	− 117 637	+ 17 974	+ 79 650	+ 2 311	1,1558	100,8	97,2
April	+ 10 682	+ 21 661	+ 43 388	+ 13 193	+ 25 794	+ 14 880	− 7 472	− 3 007	1,1706	101,3	97,9
Mai	− 16 399	+ 16 880	+ 6 279	+ 25 780	+ 2 003	+ 15 113	− 42 941	+ 6 324	1,1673	100,8	97,2
Juni	+ 39 278	+ 30 464	+ 29 447	+ 75 174	− 228 283	+ 28 960	+ 154 361	− 765	1,1518	100,3	96,6
Juli	+ 36 517	+ 39 777	+ 11 369	+ 29 120	− 21 794	− 6 672	+ 10 042	+ 673	1,1417	99,9 p)	96,6
Aug.	...	...	...	...	...	...	...	...	1,1593	100,4 p)	97,2
Sept.	...	...	...	...	...	...	...	...	1,1513	100,0 p)	96,9

***** Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. **1** Monatsdurchschnitte, siehe auch Tab. XII. 9 und 11, S. 82• / 83•. **2** Einschl. Mitarbeiteraktienoptionen. **3** Berechnung der Bundesbank. Gegenüber den Währungen des Erweiterten EWK-Länderkreises (fixe Zusammensetzung). **4** Auf Basis der Verbraucherpreisindizes. Government Shutdown in den USA 10/2025.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	Euroraum	Belgien	Bulgarien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Kroatien
Reales Bruttoinlandsprodukt [1]											
Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2023	0,4	1,6	2,0	– 1,0	– 2,9	– 1,2	1,6	2,0	– 3,3	1,0	3,8
2024	1,3	0,9	3,3	0,0	0,1	1,0	1,5	2,1	3,6	1,1	3,9
2025	1,2	0,9	3,0	0,2	1,3	0,8	0,8	2,1	8,0	0,6	3,5
2025 1.Vj.	1,6	0,9	2,8	0,1	– 0,3	1,0	0,4	2,1	17,9	0,4	3,6
2.Vj.	1,4	1,0	3,5	0,0	2,8	0,7	0,8	1,7	10,9	0,3	4,1
3.Vj.	1,1	1,0	3,0	0,3	1,5	0,6	0,5	2,0	4,7	0,8	3,0
4.Vj.	1,1	1,0	3,1	0,5	1,0	1,0	1,5	2,5	– 0,4	1,0	3,6
2026 1.Vj.	0,6	0,8	2,9	0,8	2,9	1,2	0,8	2,0	– 13,2	0,8	2,2
2.Vj.	1,2	0,5	2,6	1,0	1,8	1,4	0,7	1,8	– 0,4	1,3	1,7
Industrieproduktion [2]											
Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2023	– 1,7	– 7,1	– 8,4	– 1,9	– 9,5	– 2,2	0,7	1,9	– 2,5	– 2,0	– 0,2
2024	– 3,0	– 2,9	– 3,6	– 4,6	– 2,3	– 1,0	0,4	5,4	– 5,1	– 4,0	– 2,4
2025	1,7	0,7	– 7,3	– 0,4	2,0	1,3	0,6	2,2	17,8	– 0,3	3,8
2025 1.Vj.	1,8	– 0,4	– 5,7	– 1,1	1,8	1,2	0,1	4,2	32,5	– 2,1	5,2
2.Vj.	1,5	– 2,3	– 8,1	– 0,8	4,4	4,3	– 0,3	– 0,1	21,5	– 0,5	3,4
3.Vj.	1,4	0,6	– 7,7	– 0,9	0,4	– 2,3	0,9	1,9	13,2	0,6	0,5
4.Vj.	1,9	5,2	– 7,7	0,5	1,3	1,9	1,5	3,3	8,2	1,1	6,0
2026 1.Vj.	– 1,9	0,9	– 4,6	– 2,4	0,6	4,0	0,8	4,9	– 16,0	0,5	0,4
2.Vj.	– 0,0	0,4	– 3,9	p) – 1,0	– 3,8	2,8	1,8	2,6	– 6,2	0,5	0,3
Kapazitätsauslastung in der Industrie [3]											
in % der Vollauslastung											
2023	80,3	75,7	75,0	83,4	67,3	76,6	81,2	75,2	76,5	77,5	76,8
2024	78,1	74,5	74,4	78,8	65,5	74,6	80,8	77,7	76,5	75,5	75,1
2025	77,7	77,2	74,6	77,2	67,1	75,9	81,6	78,1	76,5	75,1	74,8
2025 2.Vj.	77,7	77,1	73,9	76,9	67,0	76,5	82,2	79,1	77,2	75,3	75,4
3.Vj.	77,8	77,4	74,8	77,2	66,4	74,2	82,5	78,1	76,7	75,4	75,6
4.Vj.	78,1	78,7	74,7	77,8	67,6	77,5	80,3	78,4	77,4	75,0	74,8
2026 1.Vj.	77,8	76,8	73,5	77,6	68,4	78,7	80,9	76,3	74,5	74,7	74,2
2.Vj.	78,5	75,9	74,3	78,2	71,1	77,8	82,4	75,9	77,4	75,0	75,8
3.Vj.	78,2	75,1	72,5	77,9	...	78,1	82,1	79,9	77,9	75,6	73,8
Standardisierte Erwerbslosenquote [4]											
in % der zivilen Erwerbspersonen											
2023	s) 6,6	s) 5,5	s) 4,3	3,1	s) 6,4	s) 7,2	s) 7,4	s) 11,1	s) 4,3	s) 7,7	s) 6,1
2024	s) 6,4	s) 5,7	s) 4,2	3,4	s) 7,5	s) 8,4	s) 7,5	s) 10,1	s) 4,3	s) 6,5	s) 5,1
2025	s) 6,3	s) 6,2	s) 3,5	p) 3,8	s) 7,5	s) 9,7	s) 7,7	s) 8,9	s) 4,7	s) 6,1	s) 4,9
2026 April	6,4	6,3	3,2	3,9	6,5	10,6	8,3	9,0	4,9	5,6	4,4
Mai	6,4	6,3	3,4	3,9	6,6	10,7	8,4	7,8	4,9	5,6	4,4
Juni	6,4	6,3	3,5	4,0	6,9	10,2	8,3	8,1	4,9	6,0	4,4
Juli	6,4	6,0	3,5	4,0	7,9	10,5	8,3	7,9	5,0	6,0	4,3
Aug.	6,4	5,9	3,5	4,0	8,0	9,9	8,2	7,4	5,0	6,2	4,3
Sept.	...	...	...	...	...	...	...	...	5,0	...	...
Harmonisierter Verbraucherpreisindex											
Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2023	5) 5,4	2,3	8,6	6,0	9,1	4,3	5,7	4,2	5,2	5,9	8,4
2024	2,4	4,3	2,6	2,5	3,7	1,0	2,3	3,0	1,3	1,1	4,0
2025	2,1	3,0	3,5	2,3	4,8	1,8	0,9	2,9	2,1	1,6	4,4
2026 April	6) 3,0	4,2	6,0	2,9	3,2	2,4	2,5	4,6	3,6	2,8	5,4
Mai	3,2	4,0	6,3	2,7	3,6	2,8	2,8	4,9	3,5	3,2	4,9
Juni	2,8	3,3	5,2	2,4	2,0	2,7	2,0	3,9	3,2	3,0	4,2
Juli	2,9	3,6	4,4	2,8	2,0	2,5	2,4	2,7	3,1	2,9	3,6
Aug.	3,2	4,2	5,0	2,9	1,3	2,4	2,6	3,7	3,4	3,2	3,7
Sept.	3,8	4,5	5,6	3,3	3,1	2,7	3,4	5,1	3,8	4,2	4,3
Staatlicher Finanzierungssaldo [7]											
in % des Bruttoinlandsprodukts											
2023	– 3,5	– 4,1	– 2,0	– 2,2	– 2,7	– 2,9	– 5,4	– 1,4	1,4	– 7,1	– 1,1
2024	– 3,0	– 4,4	– 3,0	– 2,7	– 1,1	– 4,4	– 5,8	1,3	4,1	– 3,4	– 2,3
2025	– 2,9	– 5,2	– 3,5	– 2,9	– 2,0	– 3,4	– 5,1	1,7	1,8	– 3,1	– 3,0
Staatliche Verschuldung [7]											
in % des Bruttoinlandsprodukts											
2023	86,5	102,5	22,9	61,8	20,2	77,0	109,5	164,3	41,8	133,9	60,9
2024	86,6	103,9	23,8	61,4	23,5	82,4	112,6	154,2	38,3	134,7	57,4
2025	87,4	107,9	29,9	62,8	24,1	88,5	115,6	146,1	32,9	137,1	56,3

Quellen: Eurostat, Europäische Kommission, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemeldungen und sind vorläufig. **1** Euroraum: Quartalsangaben saison- und kalenderbereinigt. **2** Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie: arbeitstäglich bereinigt.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

Lettland	Litauen	Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakei	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt [1] Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
− 1,0	2,9	0,1	7,1	− 0,6	− 0,7	3,1	2,5	2,6	2,4	3,6	2023
0,5	3,0	2,1	5,3	1,1	− 0,3	2,7	2,6	2,0	3,7	3,9	2024
2,2	3,0	1,4	4,7	1,6	0,7	1,9	0,9	1,5	2,6	3,8	2025
2,3	3,3	− 0,5	3,3	1,7	0,0	2,1	0,8	− 0,2	2,5	3,1	2025 1.Vj.
1,2	3,1	− 0,0	2,8	1,5	0,5	1,7	0,8	1,2	2,5	3,6	2.Vj.
3,0	2,5	3,4	4,9	1,4	1,0	2,0	0,7	2,4	2,5	3,8	3.Vj.
3,3	3,2	2,7	7,8	1,6	1,2	1,7	1,1	2,6	2,8	4,6	4.Vj.
2,7	2,5	2,9	4,2	1,4	1,3	2,1	1,1	3,1	2,6	2,8	2026 1.Vj.
3,5	4,1	1,2	4,5	1,6	0,6	2,7	0,8	5,0	2,7	3,0	2.Vj.
Industrieproduktion [2] Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
− 5,9	− 5,3	− 4,2	6,7	− 1,1	0,1	− 3,1	4,0	− 4,9	− 1,6	1,6	2023
− 2,4	4,2	− 1,6	4,1	− 2,3	− 4,9	0,6	0,0	− 1,2	0,5	2,3	2024
4,0	2,8	0,5	3,6	0,9	1,9	0,4	− 3,1	− 1,8	1,2	5,0	2025
− 0,8	8,2	0,2	9,7	0,9	1,2	− 2,7	− 0,9	− 0,6	− 0,8	7,3	2025 1.Vj.
4,7	2,3	− 1,3	3,8	0,7	1,4	1,1	− 2,9	− 2,9	1,5	3,1	2.Vj.
5,9	− 0,4	1,2	3,7	0,9	1,5	2,7	− 3,1	− 0,9	2,3	3,7	3.Vj.
5,6	1,7	1,9	− 2,0	1,0	3,4	0,9	− 5,3	− 2,9	2,1	6,0	4.Vj.
9,2	4,3	− 7,5	1,2	1,1	0,7	0,7	− 0,5	− 1,9	0,1	1,6	2026 1.Vj.
4,2	5,6	− 4,2	1,3	5,1	0,1	− 0,7	− 1,1	2,9	2,1	1,5	2.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie [3] in % der Vollauslastung											
72,9	68,4	73,1	68,1	81,9	85,3	81,7	82,1	83,0	76,9	61,7	2023
72,2	70,9	76,4	78,7	78,3	82,8	81,2	79,8	81,1	77,6	63,5	2024
74,4	71,1	77,7	72,3	77,4	82,3	81,3	81,9	81,6	77,3	66,1	2025
75,0	70,3	79,3	78,5	77,5	82,7	81,0	83,0	81,5	74,8	65,3	2025 2.Vj.
73,9	70,9	79,1	68,0	77,4	82,4	81,1	81,1	81,7	78,3	64,4	3.Vj.
74,7	71,4	75,2	71,8	77,1	82,2	81,7	80,1	82,0	79,8	66,9	4.Vj.
74,3	69,4	74,8	67,0	78,3	82,8	83,3	79,1	82,2	80,1	68,2	2026 1.Vj.
75,7	71,3	74,7	43,8	78,6	84,1	83,0	80,3	82,2	79,5	64,7	2.Vj.
76,9	70,3	76,2	...	78,2	83,9	82,2	76,8	82,4	78,0	61,7	3.Vj.
Standardisierte Erwerbslosenquote [4] in % der zivilen Erwerbspersonen											
s) 6,5	s) 6,9	s) 5,3	s) 3,5	s) 3,5	s) 5,1	s) 6,5	s) 5,9	s) 3,7	s) 12,2	s) 5,8	2023
s) 6,9	s) 7,1	s) 6,3	s) 3,2	s) 3,7	s) 5,2	s) 6,4	s) 5,4	s) 3,7	s) 11,4	s) 4,8	2024
s) 6,9	s) 6,9	s) 6,6	s) 3,0	s) 3,9	s) 5,7	s) 6,0	s) 5,4	s) 3,9	s) 10,5	s) 4,4	2025
6,8	6,4	7,1	3,6	3,9	5,9	5,7	5,8	4,1	10,2	3,8	2026 April
6,9	6,4	7,0	3,5	3,9	6,0	5,6	5,7	4,0	10,2	3,8	Mai
7,1	6,2	7,2	3,5	3,8	5,8	5,7	5,7	3,8	10,1	3,9	Juni
7,3	6,2	7,1	3,4	4,0	6,2	5,7	5,7	3,5	10,0	4,0	Juli
7,3	6,1	7,3	3,4	4,0	6,7	5,7	5,7	3,4	10,0	4,1	Aug.
...	...	...	...	4,0	...	...	...	...	...	...	Sept.
Harmonisierter Verbraucherpreisindex Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
9,1	8,7	2,9	5,6	4,1	7,7	5,3	11,0	7,2	3,4	3,9	2023
1,3	0,9	2,3	2,4	3,2	2,9	2,7	3,2	2,0	2,9	2,3	2024
3,8	3,4	2,5	2,4	3,0	3,6	2,2	4,2	2,5	2,7	0,8	2025
2,9	4,9	5,2	2,5	2,5	3,4	3,3	4,1	3,4	3,5	3,0	2026 April
3,5	5,1	4,5	2,1	3,4	3,7	3,1	4,0	3,8	3,6	3,5	Mai
3,3	5,4	3,7	2,0	2,5	3,2	3,1	3,5	3,7	3,6	4,1	Juni
2,5	5,4	3,4	2,1	3,0	2,7	3,1	3,2	3,0	3,9	4,4	Juli
3,0	5,6	4,0	2,0	2,8	2,9	3,6	3,1	3,4	4,6	5,2	Aug.
3,0	6,1	5,2	2,4	3,0	3,6	3,6	3,0	3,7	5,0	5,2	Sept.
Staatlicher Finanzierungssaldo [7] in % des Bruttoinlandsprodukts											
− 2,3	− 0,7	− 0,7	− 4,4	− 0,4	− 2,6	1,1	− 5,3	− 2,6	− 3,3	1,7	2023
− 1,8	− 1,3	0,9	− 3,4	− 0,7	− 4,6	0,6	− 5,3	− 0,9	− 3,2	4,1	2024
− 2,5	− 1,8	− 2,0	− 2,2	− 1,6	− 4,2	0,7	− 4,5	− 2,5	− 2,4	3,4	2025
Staatliche Verschuldung [7] in % des Bruttoinlandsprodukts											
44,4	37,1	24,7	46,9	45,8	77,8	96,9	55,8	68,3	105,2	71,1	2023
46,2	38,0	26,3	45,9	43,8	80,0	93,5	59,7	66,4	101,6	62,7	2024
46,9	39,5	26,5	46,4	44,4	81,5	89,7	61,4	65,7	100,7	55,0	2025

3 Verarbeitendes Gewerbe: Quartalsangaben saisonbereinigt. Datenerhebung zu Beginn des Quartals. **4** Monatsangaben saisonbereinigt. **5** Ab 2023 einschließlich Kroatien. **6** Ab 2026 einschließlich Bulgarien. **7** Abgrenzung gemäß Maastricht-Vertrag.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *)

a) Euroraum 1)

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
		Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte									
	insgesamt	zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere	insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) 2)	Kapital und Rücklagen 3)
2025 Jan.	119,2	47,5	9,0	71,7	60,0	– 5,8	240,0	245,9	33,8	– 8,7	3,9	32,0	6,6
Febr.	65,0	59,3	6,3	5,6	8,8	30,7	145,5	114,8	– 7,2	2,1	1,3	4,1	– 14,7
März	52,2	38,1	– 5,4	14,0	15,9	1,7	28,8	27,0	2,5	– 0,7	2,0	– 4,5	5,6
April	72,3	62,1	2,2	10,2	4,6	44,5	84,0	39,4	– 33,7	– 6,3	2,0	– 8,1	– 21,3
Mai	8,9	21,1	5,3	– 12,2	– 22,9	49,0	46,5	– 2,4	28,8	3,4	2,3	24,8	– 1,7
Juni	54,8	66,1	10,8	– 11,2	– 9,6	46,0	103,5	57,5	31,0	6,8	3,3	9,4	11,5
Juli	23,4	27,6	12,5	– 4,2	– 7,5	– 11,7	– 37,3	– 25,7	6,0	– 2,3	2,4	8,5	– 2,7
Aug.	– 39,8	– 21,6	2,2	– 18,3	– 16,7	11,8	88,4	76,6	0,5	0,0	0,0	– 6,1	6,6
Sept.	57,8	31,2	– 11,3	26,6	25,1	73,1	– 4,2	– 77,3	30,7	6,2	0,3	20,6	3,6
Okt.	67,7	80,6	12,0	– 12,9	– 22,6	30,0	145,9	115,9	15,4	– 0,8	– 0,3	24,3	– 7,9
Nov.	119,4	111,4	24,2	7,9	9,4	32,8	87,4	54,6	44,7	22,8	– 1,0	6,6	16,4
Dez.	– 65,0	– 37,6	– 17,8	– 27,4	– 28,1	– 3,0	– 187,0	– 184,0	39,2	11,0	– 0,2	– 7,4	35,9
2026 Jan.	155,5	76,4	26,4	79,1	57,5	60,8	249,2	188,4	19,5	2,9	1,8	32,6	– 17,9
Febr.	– 15,0	32,9	– 5,5	– 47,8	– 45,3	13,9	165,5	151,5	18,0	0,3	0,8	6,7	10,2
März	103,7	67,7	– 11,2	36,0	33,5	64,6	– 125,6	– 190,1	32,6	7,9	0,5	6,0	18,2
April	– 6,9	35,7	– 33,1	– 42,5	– 46,9	– 31,8	67,5	99,3	– 43,4	– 45,4	– 0,6	20,2	– 17,6
Mai	81,8	63,5	5,5	18,2	15,9	45,4	104,6	59,1	47,8	7,0	1,9	29,0	9,9
Juni	95,9	94,2	– 7,7	1,7	– 3,2	94,4	130,1	35,7	54,6	5,2	1,3	17,5	30,6
Juli	2,4	54,7	10,5	– 52,3	– 53,5	1,4	– 17,8	– 19,1	28,6	1,3	0,5	20,9	5,9
Aug.	– 26,8	– 2,9	– 0,4	– 23,9	– 18,3	37,7	123,2	85,6	31,4	– 0,4	0,3	4,7	26,7

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
		Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte									
	insgesamt	zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere	insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) 2)	Kapital und Rücklagen 3)
2025 Jan.	31,2	11,6	0,7	19,6	13,7	– 8,0	24,7	32,7	25,1	– 0,1	– 0,3	13,5	11,9
Febr.	16,4	20,2	4,3	– 3,7	– 3,8	13,9	39,7	25,8	– 14,9	0,9	– 0,3	3,7	– 19,3
März	11,1	1,6	– 3,9	9,5	7,3	19,2	38,7	19,6	6,4	2,3	0,0	3,6	0,5
April	0,3	1,2	– 8,1	– 0,9	– 2,9	16,2	1,3	– 14,9	– 3,3	0,6	0,2	1,9	– 6,0
Mai	7,6	10,5	4,5	– 3,0	– 2,6	12,2	2,3	– 9,9	13,5	1,8	1,1	7,6	3,0
Juni	19,0	8,2	2,8	10,9	10,6	– 2,8	37,2	39,9	14,5	1,7	2,1	0,4	10,3
Juli	6,3	1,9	– 1,9	4,4	– 2,3	– 1,5	– 29,5	– 27,9	– 2,0	– 0,1	1,0	1,1	– 4,0
Aug.	– 10,3	9,7	– 0,1	– 20,0	– 18,8	8,2	29,5	21,3	– 0,6	0,3	– 0,4	– 2,2	1,7
Sept.	20,3	7,8	0,1	12,6	9,4	25,1	30,4	5,3	14,2	1,7	– 0,2	8,2	4,5
Okt.	12,4	16,7	0,8	– 4,3	– 9,0	8,8	9,5	0,7	8,3	1,0	– 0,8	12,0	– 4,0
Nov.	28,8	27,4	2,9	1,4	3,7	20,5	33,7	13,2	7,8	2,4	– 1,1	0,5	5,9
Dez.	– 20,8	– 13,2	– 1,5	– 7,5	– 8,7	13,6	– 37,2	– 50,8	10,8	1,0	– 0,3	– 3,4	13,4
2026 Jan.	44,4	18,8	0,9	25,6	22,3	13,2	51,5	38,2	12,9	1,6	– 0,1	25,8	– 14,5
Febr.	11,8	18,8	1,3	– 7,1	– 4,9	– 0,9	37,1	38,0	9,6	0,3	0,6	1,7	6,9
März	6,8	11,5	0,3	– 4,7	– 6,3	15,2	– 31,8	– 47,0	9,3	2,5	0,4	3,7	2,8
April	– 6,4	10,2	0,2	– 16,6	– 18,7	– 14,7	– 16,9	– 2,2	7,5	1,0	– 0,2	8,2	– 1,5
Mai	33,7	19,3	3,3	14,4	14,8	29,6	46,7	17,2	17,5	4,0	2,2	8,9	2,4
Juni	33,2	26,8	3,3	6,3	6,6	– 6,9	30,6	37,4	14,0	3,5	1,6	4,0	5,0
Juli	2,2	5,2	– 1,7	– 3,0	– 11,3	– 9,5	– 30,8	– 21,3	18,4	1,6	0,7	13,3	2,8
Aug.	– 9,1	1,9	– 1,4	– 11,0	– 9,9	27,1	23,5	– 3,6	11,7	3,2	0,5	0,5	7,6

***** Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die "Hinweise zu den Zahlenwerten" in den methodischen Erläuterungen zur Statistischen Fachreihe Bankenstatistik. **1** Quelle: EZB. **2** Abzüglich Bestand der MFIs. **3** Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. **4** Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. **5** Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). **6** In Deutschland nur Spareinlagen. **7** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. **8** Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere. **9** Einschl. noch im Umlauf befindlicher

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

a) Euroraum

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)											Zeit
	insgesamt [4]	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2 zusammen	Geldmenge M1 zusammen	Bargeldumlauf	täglich fällige Einlagen [5]	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren [5]	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten [5] [6]	Repogeschäfte	Geldmarktfondsanteile (netto) [2] [7] [8]	Schuldverschreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.)(netto) [2] [7]	
42,2	108,5	0,0	– 93,9	– 133,4	– 138,1	– 12,5	– 125,6	– 6,0	10,8	58,9	8,6	– 5,2	2025	Jan.
33,0	10,6	0,0	26,3	26,9	45,5	1,5	44,0	– 23,4	4,7	38,9	4,7	– 11,2		Febr.
– 36,7	46,8	0,0	54,6	97,9	75,8	3,8	72,0	8,1	14,0	– 41,7	– 15,3	0,4		März
63,7	– 10,4	0,0	85,4	35,5	87,8	4,1	83,7	– 53,6	1,3	42,0	15,5	4,2		April
– 0,8	– 20,4	0,0	63,6	89,7	105,5	5,4	100,2	– 34,1	18,2	– 25,7	– 7,9	– 5,7		Mai
– 32,6	101,7	0,0	4,2	17,3	53,5	6,0	47,5	– 46,4	10,2	– 12,8	0,6	– 4,5		Juni
– 30,9	25,7	0,0	15,4	0,7	– 17,8	5,5	– 23,4	17,1	1,4	3,9	5,0	1,4		Juli
26,8	–102,0	0,0	13,9	41,7	50,5	– 1,0	51,6	– 17,0	8,1	16,3	– 3,2	– 8,2		Aug.
37,9	70,7	0,0	29,7	17,3	31,1	– 0,9	32,0	– 18,1	4,3	– 28,3	– 4,6	7,3		Sept.
8,6	2,5	0,0	8,1	2,2	0,9	1,9	– 1,0	6,7	– 5,4	53,8	8,2	7,0		Okt.
– 53,5	– 40,2	0,0	199,4	183,7	147,5	5,0	142,5	33,0	3,2	18,4	1,7	– 2,6		Nov.
– 53,6	– 40,5	0,0	71,1	107,6	65,1	15,1	49,9	13,3	29,2	– 106,2	– 18,2	3,7		Dez.
97,4	60,1	0,0	– 36,6	– 91,5	– 82,0	– 12,5	– 69,5	– 18,8	9,3	105,7	16,2	8,9	2026	Jan.
– 26,1	14,1	0,0	– 11,0	23,5	1,5	– 0,4	1,9	21,3	0,7	– 18,2	7,1	– 19,4		Febr.
– 10,9	43,5	0,0	112,1	80,8	70,5	7,4	63,1	5,1	5,2	– 0,8	10,4	12,7		März
23,9	– 11,0	0,0	1,5	– 9,6	– 8,1	5,0	– 13,1	– 0,5	– 1,0	– 19,2	13,1	7,7		April
– 16,6	– 49,3	0,0	114,9	113,7	101,5	5,9	95,5	1,7	10,5	40,0	– 7,4	– 1,1		Mai
– 23,5	59,8	0,0	55,9	57,9	31,3	6,2	25,1	30,2	– 3,6	47,8	– 7,3	1,0		Juni
– 20,3	– 23,4	0,0	22,3	8,3	– 56,7	7,1	– 63,7	75,0	– 10,0	4,8	2,2	3,7		Juli
19,7	– 0,1	0,0	– 7,6	– 12,6	– 26,8	– 2,2	– 24,6	12,7	1,5	– 40,3	10,9	1,8		Aug.

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse			VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) [10]							Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten [9] [11]	darunter: Bargeldumlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge: täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten [6]	Repogeschäfte	Geldmarktfondsanteile (netto) [7] [8]	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) [7]	
7,0	9,6	– 0,9	– 2,1	– 18,5	– 25,4	1,6	– 2,4	4,9	0,2	2,5	2025	Jan.
13,6	2,1	1,7	0,4	29,5	34,0	– 5,4	– 1,8	1,1	0,1	1,5		Febr.
– 21,2	32,4	1,9	0,9	12,6	– 0,3	3,5	– 2,4	– 1,9	0,2	13,5		März
– 2,2	0,9	1,6	1,3	21,0	41,3	– 15,3	– 1,6	4,5	0,5	– 8,3		April
3,8	3,6	2,2	0,8	– 1,2	22,5	– 13,3	– 1,3	– 0,5	0,1	– 8,6		Mai
– 4,5	9,6	1,9	2,0	– 3,3	– 2,0	– 4,7	– 1,5	– 0,8	0,1	5,7		Juni
– 4,9	13,9	3,0	1,6	– 2,2	11,4	– 6,5	– 1,8	– 2,4	– 0,0	– 2,8		Juli
1,5	– 19,5	3,4	– 0,5	16,5	17,9	– 0,9	– 1,2	– 0,6	0,1	1,3		Aug.
1,6	35,9	3,6	– 0,2	– 6,3	1,7	– 10,7	– 1,4	0,9	– 0,1	3,3		Sept.
– 3,5	– 13,2	2,9	0,1	29,6	5,9	6,2	– 1,3	21,8	– 0,0	– 2,9		Okt.
– 7,7	– 4,6	1,7	1,0	53,8	48,9	10,8	– 1,1	– 7,4	– 0,0	2,6		Nov.
– 3,2	1,3	2,9	3,6	– 16,2	8,1	– 11,3	0,8	– 10,7	– 0,1	– 3,0		Dez.
15,5	25,2	2,8	– 5,7	4,0	– 14,2	– 4,1	– 1,5	24,4	0,1	– 0,6	2026	Jan.
– 3,4	2,5	1,3	0,1	2,3	0,8	11,2	– 1,6	– 7,1	0,0	– 1,0		Febr.
– 14,5	27,6	1,5	2,5	– 0,4	4,3	– 1,9	– 2,6	2,9	0,2	– 3,4		März
8,0	– 42,8	2,3	0,9	6,2	9,8	– 0,2	– 2,5	– 2,4	0,4	1,1		April
– 3,5	7,9	2,2	1,1	41,5	30,8	– 0,9	– 2,0	9,3	– 0,0	4,3		Mai
– 4,2	18,6	2,0	2,2	– 2,1	– 24,0	16,1	– 2,6	7,0	– 0,1	1,3		Juni
1,9	– 27,6	3,6	1,7	0,1	– 15,1	23,7	– 3,2	– 6,5	– 0,1	1,3		Juli
5,9	– 6,1	3,4	– 0,4	6,5	8,0	– 1,8	– 2,4	– 3,0	0,1	5,5		Aug.

DM-Banknoten. **10** Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. **11** Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Monatsende	Aktiva / Passiva insgesamt	Aktiva										
		Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet									Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	sonstige Aktivpositionen
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen				öffentliche Haushalte					
			zusammen	Buchkredite	Schuldverschreibungen 2)	Aktien und sonstige Dividendenwerte	zusammen	Buchkredite	Schuldverschreibungen 3)			
	Euroraum (Mrd €) 1)											
2024 Juli	34 366,1	21 997,9	15 795,4	13 314,7	1 557,5	923,1	6 202,5	975,8	5 226,6	7 732,8	4 635,5
Aug.	34 352,7	21 988,7	15 774,0	13 296,1	1 558,7	919,2	6 214,7	975,8	5 238,9	7 752,7	4 611,3
Sept.	34 644,8	22 056,8	15 818,7	13 336,7	1 559,9	922,1	6 238,1	973,7	5 264,4	7 907,4	4 680,6
Okt.	34 806,3	22 037,0	15 833,8	13 343,3	1 564,9	925,6	6 203,2	983,8	5 219,4	7 993,8	4 775,5
Nov.	35 387,2	22 124,3	15 886,8	13 373,2	1 572,9	940,7	6 237,5	984,6	5 253,0	8 241,6	5 021,3
Dez.	35 318,5	22 087,3	15 899,3	13 375,2	1 572,2	951,9	6 188,0	988,0	5 200,0	8 033,5	5 197,7
2025 Jan.	35 925,4	22 206,7	15 949,4	13 408,3	1 567,6	973,5	6 257,3	999,7	5 257,7	8 344,0	5 374,7
Febr.	35 621,6	22 277,9	16 006,1	13 459,4	1 565,7	981,1	6 271,8	996,5	5 275,4	8 521,3	4 822,4
März	35 480,8	22 279,7	16 021,5	13 487,9	1 559,3	974,4	6 258,2	995,0	5 263,2	8 452,2	4 748,9
April	35 793,0	22 367,3	16 071,6	13 537,2	1 568,9	965,6	6 295,7	1 001,0	5 294,8	8 371,5	5 054,2
Mai	35 698,3	22 382,1	16 098,3	13 552,6	1 571,9	973,7	6 283,8	1 011,7	5 272,1	8 451,2	4 865,0
Juni	35 624,9	22 422,0	16 153,2	13 599,7	1 580,8	972,7	6 268,9	1 009,9	5 259,0	8 384,4	4 818,4
Juli	35 715,0	22 447,4	16 187,3	13 618,6	1 582,2	986,5	6 260,2	1 013,2	5 246,9	8 436,2	4 831,4
Aug.	35 838,5	22 396,7	16 161,0	13 588,5	1 578,5	993,9	6 235,7	1 011,6	5 224,1	8 483,9	4 957,9
Sept.	35 868,5	22 456,9	16 189,8	13 625,2	1 565,5	999,0	6 267,1	1 014,1	5 253,0	8 571,3	4 840,3
Okt.	36 201,1	22 627,1	16 359,5	13 778,0	1 565,6	1 015,9	6 267,6	1 024,0	5 243,6	8 839,7	4 734,4
Nov.	36 788,3	22 770,5	16 499,2	13 870,7	1 586,9	1 041,7	6 271,2	1 022,4	5 248,9	8 963,2	5 054,5
Dez.	36 453,9	22 690,9	16 459,2	13 847,3	1 565,8	1 046,2	6 231,6	1 021,8	5 209,8	8 740,3	5 022,7
2026 Jan.	37 680,3	22 912,0	16 573,5	13 930,6	1 580,9	1 062,0	6 338,5	1 045,3	5 293,2	9 232,9	5 535,4
Febr.	37 919,2	22 923,0	16 614,9	13 968,4	1 577,5	1 069,0	6 308,1	1 042,9	5 265,2	9 477,3	5 518,8
März	37 546,6	22 966,6	16 669,3	14 048,2	1 568,8	1 052,4	6 297,3	1 045,8	5 251,6	9 280,3	5 299,7
April	37 580,1	22 952,0	16 693,3	14 098,6	1 533,3	1 061,4	6 258,7	1 050,1	5 208,6	9 309,8	5 318,2
Mai	37 787,4	23 054,4	16 761,0	14 154,9	1 538,6	1 067,5	6 293,3	1 053,3	5 240,1	9 416,7	5 316,3
Juni	38 003,9	23 176,0	16 872,9	14 261,1	1 533,8	1 078,1	6 303,1	1 057,5	5 245,6	9 494,6	5 333,3
Juli	38 227,2	23 141,2	16 918,8	14 300,4	1 535,6	1 082,8	6 222,4	1 059,7	5 162,6	9 495,9	5 590,1
Aug.	38 309,8	23 100,2	16 912,0	14 294,4	1 530,3	1 087,2	6 188,3	1 054,1	5 134,2	9 694,8	5 514,7
	Deutscher Beitrag (Mrd €)										
2024 Juli	8 449,2	5 410,8	4 252,2	3 711,1	244,7	296,3	1 158,6	295,1	863,5	1 563,6	1 474,8
Aug.	8 402,4	5 408,8	4 257,5	3 718,0	244,0	295,4	1 151,4	293,9	857,5	1 573,0	1 420,6
Sept.	8 536,6	5 431,5	4 266,3	3 725,5	244,7	296,1	1 165,2	296,6	868,7	1 625,2	1 479,9
Okt.	8 661,8	5 413,0	4 266,8	3 725,3	244,3	297,2	1 146,2	302,1	844,1	1 650,3	1 598,5
Nov.	8 831,0	5 445,2	4 291,4	3 739,4	253,6	298,4	1 153,8	302,2	851,6	1 691,8	1 694,1
Dez.	9 070,5	5 442,3	4 298,8	3 738,8	260,7	299,3	1 143,6	300,6	842,9	1 671,3	1 957,0
2025 Jan.	9 347,4	5 468,4	4 307,6	3 745,9	258,5	303,2	1 160,8	306,5	854,3	1 713,1	2 165,9
Febr.	8 863,1	5 487,3	4 327,6	3 760,5	257,9	309,2	1 159,7	306,6	853,1	1 757,5	1 618,3
März	8 853,0	5 484,6	4 324,2	3 762,1	257,6	304,4	1 160,4	308,7	851,6	1 787,1	1 581,3
April	9 052,4	5 490,4	4 322,6	3 768,4	256,6	297,7	1 167,7	310,7	857,0	1 759,4	1 802,6
Mai	8 878,7	5 495,8	4 333,2	3 774,0	258,1	301,1	1 162,6	310,4	852,2	1 766,3	1 616,6
Juni	8 856,1	5 510,1	4 338,9	3 776,8	262,0	300,1	1 171,2	310,8	860,5	1 775,5	1 570,5
Juli	8 953,0	5 515,2	4 341,2	3 780,8	257,7	302,7	1 174,0	317,5	856,5	1 764,8	1 673,0
Aug.	9 098,5	5 502,9	4 349,5	3 789,3	255,0	305,3	1 153,4	316,2	837,2	1 789,7	1 805,8
Sept.	9 039,2	5 522,0	4 355,7	3 795,3	254,4	306,0	1 166,3	319,6	846,7	1 851,1	1 666,2
Okt.	8 980,8	5 582,6	4 418,1	3 856,5	253,8	307,8	1 164,5	324,5	839,9	1 892,5	1 505,7
Nov.	9 311,5	5 609,0	4 445,1	3 880,7	254,3	310,0	1 163,9	322,1	841,9	1 939,9	1 762,5
Dez.	9 293,0	5 586,8	4 432,1	3 869,2	254,7	308,2	1 154,7	321,8	832,9	1 901,2	1 804,9
2026 Jan.	9 865,0	5 632,8	4 449,8	3 884,5	251,7	313,6	1 182,9	326,4	856,5	2 057,3	2 175,0
Febr.	9 980,9	5 649,5	4 468,6	3 901,4	251,9	315,3	1 180,9	324,3	856,6	2 115,6	2 215,8
März	9 561,9	5 644,9	4 477,8	3 912,1	255,4	310,2	1 167,1	325,9	841,2	2 051,8	1 865,2
April	9 600,3	5 637,0	4 486,6	3 920,1	254,8	311,7	1 150,4	327,9	822,5	2 022,5	1 940,8
Mai	9 580,7	5 673,5	4 505,0	3 934,7	256,9	313,4	1 168,6	328,3	840,3	2 064,0	1 843,1
Juni	9 649,9	5 708,3	4 531,5	3 958,3	258,7	314,6	1 176,8	328,1	848,7	2 067,9	1 873,7
Juli	9 744,4	5 702,4	4 534,9	3 963,8	257,3	313,9	1 167,5	336,8	830,7	2 032,5	2 009,6
Aug.	9 661,7	5 690,4	4 536,1	3 966,5	256,2	313,4	1 154,2	335,8	818,4	2 084,0	1 887,3

***** Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosystem). **1** Quelle: EZB. **2** Einschl. Geldmarktpapiere von Unternehmen. **3** Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. **4** Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12•) ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der Bundesbank entsprechend dem vom

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

Passiva										
	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet									
			Unternehmen und Privatpersonen							
					mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist [6]		
Bargeld-umlauf [4]	insgesamt	darunter: auf Euro [5]	zusammen	täglich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	Stand am Monatsende
Euroraum (Mrd €) [1]										
1 545,2	15 879,9	14 870,1	15 026,2	8 358,5	2 045,3	322,6	1 786,3	2 406,1	107,4	2024 Juli
1 543,7	15 993,5	14 950,4	15 098,3	8 416,0	2 058,2	321,9	1 782,3	2 411,7	108,4	Aug.
1 542,2	16 054,7	15 001,8	15 137,5	8 421,4	2 083,4	326,2	1 794,0	2 402,3	110,2	Sept.
1 542,1	16 059,6	14 985,0	15 145,4	8 431,9	2 094,4	323,4	1 788,2	2 396,0	111,6	Okt.
1 546,0	16 198,1	15 156,8	15 294,9	8 587,7	2 079,5	320,3	1 796,0	2 399,4	111,9	Nov.
1 561,9	16 239,3	15 246,1	15 431,3	8 675,6	2 076,6	313,0	1 813,5	2 439,6	112,9	Dez.
1 549,4	16 151,9	15 117,1	15 319,5	8 557,4	2 083,8	306,1	1 805,5	2 451,5	115,3	2025 Jan.
1 550,9	16 219,9	15 149,4	15 342,1	8 597,6	2 063,0	300,8	1 808,2	2 455,8	116,7	Febr.
1 554,7	16 258,3	15 224,4	15 405,8	8 646,5	2 063,9	295,8	1 804,9	2 476,1	118,7	März
1 558,8	16 326,3	15 253,6	15 429,8	8 727,5	2 012,6	296,0	1 795,0	2 478,0	120,7	April
1 564,1	16 416,8	15 351,3	15 515,1	8 822,7	1 980,1	293,8	1 798,5	2 497,0	123,1	Mai
1 570,1	16 384,6	15 344,1	15 488,1	8 838,0	1 926,1	287,5	1 803,0	2 507,0	126,5	Juni
1 575,6	16 357,1	15 344,2	15 504,9	8 824,3	1 954,6	286,3	1 802,3	2 508,7	128,8	Juli
1 574,6	16 415,2	15 389,9	15 517,3	8 851,0	1 934,1	285,3	1 800,8	2 517,1	128,9	Aug.
1 573,7	16 475,5	15 393,2	15 551,0	8 894,2	1 914,4	285,5	1 806,7	2 521,4	128,9	Sept.
1 575,6	16 545,7	15 451,8	15 619,4	8 929,5	1 951,0	283,5	1 810,2	2 516,5	128,7	Okt.
1 580,6	16 686,7	15 649,6	15 781,7	9 043,8	1 975,0	282,7	1 832,6	2 519,7	127,8	Nov.
1 595,7	16 734,8	15 741,6	15 914,8	9 128,5	1 987,0	276,4	1 846,1	2 549,2	127,6	Dez.
1 590,7	16 854,4	15 750,1	15 927,9	9 124,0	1 988,2	277,8	1 850,1	2 558,8	129,0	2026 Jan.
1 590,3	16 863,1	15 782,1	15 939,3	9 125,0	1 995,4	278,4	1 851,0	2 559,7	129,9	Febr.
1 597,7	16 945,9	15 854,2	16 044,7	9 205,3	2 005,3	277,7	1 860,6	2 565,3	130,5	März
1 602,7	16 911,4	15 808,1	15 997,4	9 201,7	2 010,1	277,8	1 813,4	2 564,5	130,0	April
1 608,7	17 014,9	15 919,4	16 100,4	9 289,2	2 003,7	279,8	1 820,7	2 575,1	131,9	Mai
1 614,9	17 053,5	15 964,4	16 148,4	9 305,4	2 028,7	281,2	1 828,1	2 571,7	133,3	Juni
1 621,9	17 032,8	15 969,8	16 153,1	9 241,2	2 101,2	286,4	1 828,8	2 561,8	133,7	Juli
1 619,7	17 035,6	15 944,5	16 140,8	9 220,8	2 107,3	290,6	1 824,7	2 563,3	134,1	Aug.
Deutscher Beitrag (Mrd €)										
380,3	4 494,3	4 327,9	4 212,7	2 507,6	632,9	103,3	553,6	355,9	59,4	2024 Juli
379,3	4 560,5	4 387,5	4 265,1	2 551,7	643,3	104,6	553,0	353,0	59,5	Aug.
378,4	4 568,2	4 398,5	4 270,7	2 556,5	645,1	105,3	553,2	350,3	60,3	Sept.
378,1	4 572,0	4 401,7	4 288,6	2 567,4	653,4	105,8	553,1	347,9	61,0	Okt.
379,1	4 623,1	4 456,0	4 335,1	2 616,3	640,1	106,8	565,5	346,1	60,3	Nov.
382,9	4 629,3	4 471,4	4 351,7	2 632,9	630,4	105,5	575,7	347,1	60,2	Dez.
380,8	4 609,3	4 445,0	4 338,3	2 616,9	636,6	103,9	576,2	345,7	59,0	2025 Jan.
381,2	4 649,0	4 466,1	4 356,4	2 643,2	631,0	102,9	576,8	343,8	58,7	Febr.
382,2	4 627,9	4 467,4	4 346,5	2 639,9	626,6	100,6	579,3	341,6	58,6	März
383,5	4 648,0	4 489,5	4 386,2	2 686,6	621,2	99,8	579,7	340,0	58,9	April
384,3	4 662,2	4 501,0	4 391,9	2 703,8	608,7	99,4	581,4	338,6	60,0	Mai
386,3	4 651,1	4 493,2	4 370,3	2 695,5	593,2	99,1	583,3	337,2	62,1	Juni
387,9	4 651,3	4 498,8	4 393,0	2 716,4	596,7	98,0	583,5	335,4	63,1	Juli
387,4	4 667,4	4 516,2	4 393,2	2 720,5	592,7	99,6	583,6	334,2	62,7	Aug.
387,2	4 659,7	4 506,8	4 394,1	2 730,7	582,3	100,4	585,3	332,8	62,5	Sept.
387,3	4 711,6	4 563,7	4 453,4	2 764,8	605,9	103,2	586,4	331,6	61,7	Okt.
388,3	4 763,8	4 626,3	4 498,4	2 808,9	606,7	103,0	588,7	330,5	60,6	Nov.
391,9	4 761,1	4 626,4	4 502,3	2 820,4	596,1	101,8	592,3	331,3	60,3	Dez.
386,2	4 770,0	4 614,8	4 498,6	2 820,7	592,7	101,5	593,6	329,7	60,4	2026 Jan.
386,3	4 778,4	4 622,3	4 493,1	2 814,6	593,6	101,8	594,0	328,0	61,1	Febr.
388,8	4 768,2	4 627,9	4 507,6	2 827,2	594,2	102,8	596,5	325,5	61,4	März
389,7	4 783,2	4 637,7	4 519,3	2 835,7	599,0	102,9	597,4	323,0	61,2	April
390,8	4 814,0	4 667,9	4 541,9	2 859,2	593,8	103,3	601,3	321,0	63,4	Mai
393,0	4 805,8	4 665,1	4 536,2	2 838,1	605,9	103,5	605,2	318,4	65,0	Juni
394,7	4 814,9	4 672,3	4 551,1	2 824,7	633,2	105,5	606,7	315,2	65,7	Juli
394,3	4 827,0	4 677,7	4 557,1	2 833,1	630,8	107,3	606,9	312,8	66,2	Aug.

Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit der Position "Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten" ermitteln (siehe "sonstige Passivpositionen"). **5** Ohne Einlagen von Zentralstaaten. **6** In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Monatsende	noch: Passiva												
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet			Begebene Schuld-	
	öffentliche Haushalte												
		sonstige öffentliche Haushalte											
				mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)						
	Zentralstaaten	zusammen	täglich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	insgesamt	darunter: mit Unternehmen und Privatpersonen	Geldmarktfondsanteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro
	Euroraum (Mrd €) 1)												
2024 Juli	396,2	457,5	253,1	129,9	22,9	36,9	11,2	3,5	408,9	390,7	816,4	2 578,7	1 770,9
Aug.	430,8	464,4	263,3	126,9	22,7	36,9	11,1	3,5	438,2	417,3	832,2	2 575,3	1 779,8
Sept.	427,3	489,9	283,2	135,2	20,7	36,8	10,6	3,4	414,0	400,9	833,7	2 588,8	1 802,3
Okt.	451,6	462,5	269,4	123,1	20,2	36,9	9,6	3,4	419,1	397,8	853,5	2 612,9	1 798,8
Nov.	409,6	493,6	299,8	124,2	20,0	36,7	9,5	3,3	425,8	411,6	875,1	2 625,2	1 792,7
Dez.	351,9	456,1	270,7	119,0	17,3	36,4	9,4	3,2	368,8	347,6	891,5	2 625,2	1 795,5
2025 Jan.	394,2	438,2	255,3	116,3	17,7	35,7	9,4	3,8	427,9	405,4	901,2	2 649,6	1 809,6
Febr.	426,9	450,9	266,7	119,2	16,9	34,8	9,6	3,7	466,8	443,1	906,9	2 644,4	1 811,7
März	390,1	462,4	269,6	129,3	15,8	34,6	9,7	3,6	423,4	408,5	892,6	2 614,4	1 806,0
April	453,6	442,9	261,5	117,3	16,2	34,8	9,6	3,5	463,6	447,5	908,8	2 579,7	1 791,5
Mai	452,7	449,0	266,9	118,8	15,8	35,0	9,0	3,5	438,1	419,5	901,8	2 601,5	1 807,1
Juni	420,1	476,5	285,0	129,5	14,6	34,9	9,1	3,4	424,0	407,3	903,1	2 586,4	1 820,4
Juli	389,2	462,9	279,4	122,4	13,8	34,7	9,0	3,5	428,8	411,9	909,0	2 607,2	1 829,7
Aug.	416,0	481,9	298,0	120,9	15,9	35,0	8,7	3,5	444,4	436,4	906,7	2 583,6	1 834,2
Sept.	453,9	470,6	285,9	122,1	15,8	35,0	8,6	3,2	415,8	400,1	902,9	2 606,2	1 840,6
Okt.	463,5	462,8	287,1	114,4	15,4	34,7	8,2	3,1	614,4	602,1	912,0	2 646,1	1 860,9
Nov.	410,1	494,9	309,2	123,8	15,6	35,1	8,3	3,0	663,0	640,6	914,5	2 647,6	1 868,9
Dez.	356,0	464,0	280,4	122,1	16,0	34,4	8,1	2,9	556,2	541,1	861,7	2 634,2	1 867,5
2026 Jan.	462,7	463,8	278,2	122,7	16,4	34,7	8,3	3,5	635,5	609,2	878,7	2 665,7	1 883,6
Febr.	436,6	487,2	287,9	136,1	16,8	34,7	8,3	3,4	617,7	607,5	886,2	2 656,5	1 890,2
März	425,7	475,5	277,5	135,1	16,7	34,8	8,1	3,4	617,9	607,0	897,3	2 689,7	1 887,4
April	449,6	464,3	274,2	127,7	16,4	34,8	7,9	3,3	598,0	593,5	911,7	2 712,2	1 902,8
Mai	433,0	481,4	287,4	130,3	17,6	34,9	7,9	3,3	638,2	626,5	905,1	2 744,0	1 917,4
Juni	409,5	495,7	296,1	136,3	17,6	34,6	7,8	3,2	683,8	669,1	898,7	2 776,6	1 922,4
Juli	389,2	490,5	295,8	131,4	17,7	34,6	7,7	3,3	688,3	670,3	901,8	2 798,7	1 928,9
Aug.	408,9	485,8	289,3	134,9	16,1	34,6	7,7	3,2	648,8	635,7	913,8	2 796,7	1 938,0
	Deutscher Beitrag (Mrd €)												
2024 Juli	64,4	217,3	71,8	97,3	19,9	27,6	0,5	0,1	11,9	11,9	4,2	731,6	506,8
Aug.	71,1	224,3	81,5	94,7	19,7	27,7	0,5	0,1	13,5	13,5	4,6	731,6	506,9
Sept.	65,6	231,9	83,1	102,8	17,8	27,6	0,5	0,1	10,8	10,8	4,9	730,4	508,9
Okt.	68,3	215,1	77,8	91,7	17,3	27,8	0,5	0,1	10,5	10,5	4,9	735,5	506,3
Nov.	62,5	225,5	87,6	92,6	17,3	27,5	0,5	0,1	7,9	7,9	4,7	733,1	504,6
Dez.	58,4	219,2	86,9	89,8	14,8	27,2	0,4	0,1	7,2	7,2	4,8	726,8	503,3
2025 Jan.	65,4	205,6	76,9	86,3	15,3	26,6	0,4	0,1	12,1	12,1	5,0	741,9	519,8
Febr.	79,0	213,7	84,5	88,2	14,6	25,9	0,5	0,1	13,2	13,2	5,0	746,8	520,8
März	57,8	223,7	85,3	98,8	13,5	25,6	0,5	0,1	11,3	11,3	5,3	757,8	530,0
April	55,4	206,4	77,8	88,5	13,8	25,8	0,5	0,1	15,8	15,7	5,7	740,9	524,0
Mai	59,2	211,0	82,6	88,6	13,4	25,8	0,5	0,0	15,3	15,2	5,8	741,1	521,0
Juni	54,7	226,1	87,6	100,1	12,2	25,6	0,5	0,0	14,4	14,4	5,8	741,4	528,2
Juli	49,8	208,5	78,7	92,1	11,8	25,3	0,4	0,0	12,1	12,1	5,8	742,8	534,6
Aug.	51,2	222,9	91,8	91,3	13,8	25,6	0,4	0,0	11,4	11,4	5,9	738,5	540,6
Sept.	52,8	212,7	83,0	90,1	13,6	25,6	0,4	0,0	12,3	12,2	5,8	748,4	547,0
Okt.	50,0	208,2	86,4	82,6	13,3	25,4	0,4	0,0	63,6	63,6	5,8	759,2	551,0
Nov.	42,3	223,1	91,2	92,5	13,5	25,6	0,4	0,0	56,2	56,2	5,7	762,3	550,3
Dez.	39,1	219,6	88,1	92,3	14,0	24,8	0,4	0,0	45,5	45,5	5,6	754,0	548,7
2026 Jan.	55,9	215,6	84,2	91,6	14,2	25,2	0,4	0,0	71,1	71,1	5,7	777,9	564,9
Febr.	52,4	232,9	91,4	101,4	14,6	25,1	0,4	0,0	64,1	64,1	5,7	778,9	566,8
März	37,8	222,7	84,3	98,4	14,5	25,2	0,4	0,0	67,0	67,0	5,9	786,5	562,2
April	45,9	218,0	84,8	93,5	14,1	25,2	0,4	0,1	64,6	64,6	6,2	792,7	569,2
Mai	42,4	229,7	92,3	96,3	15,3	25,3	0,4	0,1	73,9	73,9	6,2	805,7	574,3
Juni	38,2	231,4	90,2	100,4	15,3	25,0	0,4	0,1	81,0	81,0	6,1	813,7	577,1
Juli	40,1	223,8	88,1	94,9	15,3	25,1	0,3	0,1	74,4	74,4	6,1	828,6	584,4
Aug.	46,0	223,9	87,6	97,1	13,7	25,0	0,3	0,1	71,5	71,5	6,1	833,1	592,3

***** Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosystem). **1** Quelle: EZB. **2** In Deutschland nur Spareinlagen. **3** Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. **4** In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. **5** Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. **6** Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. **7** Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. **8** Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10•). **9** Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

verschreibungen (netto) [3]						sonstige Passivpositionen		Nachrichtlich					
mit Laufzeit			Verbind-lichkeiten gegen-über dem Nicht-Euro-Währungs-gebiet [5]	Kapital und Rück-lagen [6]	Über-schuss der Inter-MFI-Verbind-lichkeiten			Geldmengenaggregate [7] (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)					
bis zu 1 Jahr [4]	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren				ins-gesamt [8]	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlich-keit/Forde-rung aus der Begebung von Bank-noten [9]	M1 [10]	M2 [11]	M3 [12]	Geld-kapital-bildung [13]	Monetäre Verbind-lich-keiten der Zentral-staaten (Post, Schatz-ämter) [14]	Stand am Monatsende
Euroraum (Mrd €) [1]													
13,1	42,6	2 523,0	5 384,4	3 121,6	99,5	4 531,5	0,0	10 312,0	15 272,3	16 386,4	7 578,8	177,5	2024 Juli
– 1,2	50,7	2 525,8	5 342,0	3 143,2	35,2	4 449,5	0,0	10 378,6	15 353,6	16 480,2	7 600,0	178,2	Aug.
3,5	54,1	2 531,2	5 409,2	3 203,4	36,0	4 562,7	0,0	10 404,0	15 404,1	16 524,5	7 679,0	178,9	Sept.
3,4	54,2	2 555,3	5 390,7	3 257,5	40,8	4 630,2	0,0	10 398,7	15 387,2	16 547,8	7 752,8	177,2	Okt.
– 6,5	53,4	2 578,4	5 593,5	3 280,2	0,9	4 842,4	0,0	10 594,0	15 568,9	16 740,0	7 806,5	182,4	Nov.
0,5	49,3	2 575,4	5 374,0	3 302,6	5,7	4 949,4	0,0	10 661,7	15 662,3	16 832,0	7 844,2	179,1	Dez.
– 7,1	51,2	2 605,5	5 615,7	3 380,3	47,1	5 202,3	0,0	10 522,7	15 528,9	16 738,9	7 946,0	182,1	2025 Jan.
– 16,6	49,4	2 611,7	5 737,0	3 385,1	52,1	4 658,4	0,0	10 567,9	15 555,0	16 765,4	7 960,1	174,5	Febr.
– 13,8	44,9	2 583,4	5 658,4	3 405,4	63,1	4 610,5	0,0	10 626,3	15 636,7	16 801,0	7 950,5	175,5	März
– 6,1	42,0	2 543,8	5 564,4	3 405,5	66,4	4 919,4	0,0	10 700,2	15 652,2	16 865,9	7 903,3	174,7	April
– 13,7	42,7	2 572,5	5 578,8	3 411,8	82,7	4 702,6	0,0	10 806,1	15 743,0	16 930,5	7 944,3	174,8	Mai
– 16,1	41,2	2 561,3	5 543,5	3 380,9	91,3	4 741,0	0,0	10 850,4	15 746,6	16 921,0	7 910,0	179,7	Juni
– 16,4	41,9	2 581,7	5 565,6	3 404,9	101,5	4 765,5	0,0	10 837,8	15 755,2	16 944,9	7 955,9	181,1	Juli
– 25,5	41,8	2 567,3	5 597,4	3 420,4	63,4	4 832,9	0,0	10 883,1	15 789,4	16 950,5	7 955,8	183,8	Aug.
– 17,9	41,0	2 583,1	5 497,6	3 537,2	120,4	4 739,2	0,0	10 912,1	15 804,0	16 977,4	8 094,1	182,4	Sept.
– 9,7	40,5	2 615,3	5 634,1	3 624,7	– 15,7	4 664,3	0,0	10 950,8	15 864,1	17 045,0	8 216,8	183,0	Okt.
– 12,8	39,7	2 620,7	5 689,1	3 699,8	– 31,9	4 938,9	0,0	11 098,4	16 047,8	17 243,9	8 319,0	189,2	Nov.
– 8,6	37,4	2 605,4	5 502,3	3 748,1	– 19,7	4 840,6	0,0	11 160,2	16 146,7	17 269,2	8 364,5	183,2	Dez.
– 0,8	39,3	2 627,2	5 704,6	3 972,7	– 26,4	5 404,3	0,0	11 159,1	16 153,1	17 304,5	8 617,3	188,0	2026 Jan.
– 21,6	40,0	2 638,0	5 872,9	4 054,0	7,5	5 371,0	0,0	11 162,7	16 179,8	17 296,9	8 711,0	182,0	Febr.
– 9,2	39,2	2 659,6	5 755,6	3 877,4	– 14,0	5 179,0	0,0	11 240,5	16 271,6	17 420,7	8 566,3	182,9	März
– 0,6	41,1	2 671,7	5 814,7	3 851,6	– 49,4	5 227,1	0,0	11 238,5	16 265,9	17 429,4	8 504,9	183,0	April
2,9	39,3	2 701,8	5 884,8	3 851,7	– 38,6	5 178,6	0,0	11 343,1	16 383,2	17 551,6	8 544,3	183,5	Mai
1,7	42,2	2 732,8	5 979,7	3 771,5	– 9,8	5 235,0	0,0	11 380,5	16 450,1	17 615,7	8 503,4	190,3	Juni
7,6	43,1	2 748,0	5 989,5	3 747,7	– 58,7	5 505,1	0,0	11 322,0	16 455,5	17 638,8	8 496,2	190,4	Juli
6,8	43,5	2 746,4	6 049,6	3 872,0	– 49,0	5 422,7	0,0	11 292,6	16 441,0	17 629,0	8 615,0	191,2	Aug.
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
40,7	25,6	665,3	951,2	798,5	– 972,6	2 430,1	550,2	2 579,4	3 789,3	3 871,6	2 104,4	0,0	2024 Juli
42,8	24,8	664,0	949,8	808,5	– 1 038,9	2 372,7	554,4	2 633,2	3 849,0	3 934,8	2 112,8	0,0	Aug.
45,8	23,9	660,7	1 003,0	830,4	– 1 045,3	2 434,4	558,3	2 639,6	3 861,4	3 946,7	2 132,3	0,0	Sept.
43,4	22,1	670,1	971,7	849,3	– 1 023,0	2 540,8	561,3	2 645,2	3 861,7	3 942,5	2 161,4	0,0	Okt.
45,7	21,3	666,1	997,5	847,8	– 1 020,3	2 637,3	563,4	2 703,9	3 907,1	3 986,7	2 167,3	0,0	Nov.
45,5	19,6	661,7	982,2	861,7	– 1 022,7	2 881,3	567,2	2 719,8	3 907,7	3 984,7	2 186,6	0,0	Dez.
48,8	18,8	674,4	1 014,4	889,6	– 1 011,8	3 086,9	566,3	2 693,9	3 882,0	3 966,6	2 225,8	0,0	2025 Jan.
50,5	18,6	677,7	1 040,9	877,9	– 1 028,7	2 558,8	568,0	2 727,7	3 908,6	3 996,0	2 217,1	0,0	Febr.
65,0	17,3	675,6	1 043,5	883,9	– 1 013,6	2 537,0	569,9	2 725,1	3 906,6	4 005,4	2 223,0	0,0	März
56,6	16,8	667,5	1 009,9	886,3	– 997,8	2 743,5	571,5	2 764,4	3 928,2	4 023,2	2 218,2	0,0	April
47,9	17,1	676,2	1 001,9	889,3	– 1 008,1	2 571,3	573,7	2 786,4	3 935,7	4 021,6	2 232,7	0,0	Mai
53,5	16,9	671,0	1 029,7	887,5	– 996,2	2 522,3	575,6	2 783,1	3 925,4	4 016,1	2 229,5	0,0	Juni
49,9	17,8	675,1	1 008,5	890,9	– 993,7	2 635,4	578,6	2 795,2	3 929,6	4 015,1	2 238,0	0,0	Juli
50,8	18,0	669,7	1 023,7	897,5	– 1 022,3	2 776,4	582,0	2 812,3	3 944,3	4 030,4	2 239,0	0,0	Aug.
53,5	18,6	676,3	1 026,1	937,1	– 983,2	2 633,1	585,6	2 813,7	3 933,5	4 023,7	2 286,7	0,0	Sept.
50,1	19,2	689,9	1 021,6	961,2	– 1 025,7	2 483,5	588,5	2 851,2	3 988,1	4 126,8	2 324,7	0,0	Okt.
52,1	19,8	690,4	1 034,8	978,4	– 1 020,7	2 730,8	590,2	2 900,1	4 046,6	4 180,5	2 343,7	0,0	Nov.
48,6	20,2	685,2	978,6	997,0	– 1 023,4	2 774,5	593,1	2 908,4	4 044,4	4 164,4	2 359,8	0,0	Dez.
47,9	20,2	709,8	1 060,8	1 062,1	– 1 021,9	3 139,3	595,9	2 904,9	4 035,0	4 179,8	2 451,0	0,0	2026 Jan.
46,3	20,8	711,8	1 101,5	1 091,7	– 1 029,4	3 190,1	597,2	2 906,0	4 045,8	4 182,7	2 483,6	0,0	Febr.
42,2	21,7	722,6	1 064,3	1 036,7	– 1 006,7	2 840,0	598,7	2 911,5	4 047,3	4 184,1	2 442,4	0,0	März
42,4	22,5	727,8	1 056,9	1 030,9	– 1 049,2	2 915,0	601,0	2 920,5	4 053,4	4 189,1	2 442,6	0,0	April
46,2	23,0	736,5	1 075,5	1 029,0	– 1 054,6	2 830,9	603,1	2 951,5	4 081,5	4 230,9	2 455,6	0,0	Mai
47,1	23,6	743,0	1 120,9	997,9	– 1 034,4	2 858,9	605,1	2 928,3	4 072,2	4 230,1	2 436,2	0,0	Juni
48,0	23,9	756,6	1 097,2	992,5	– 1 063,0	2 993,7	608,7	2 912,9	4 077,2	4 229,6	2 446,8	0,0	Juli
53,6	23,6	756,0	1 090,6	1 030,7	– 1 087,4	2 890,0	612,0	2 920,8	4 082,7	4 237,5	2 484,9	0,0	Aug.

dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für den Euroraum) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten) sowie (für den Euroraum) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *)
Bestände der Deutschen Bundesbank

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren						
			Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				
	Nettoaktiva in Gold und Devisen 2)	Nettoaktiva in Euro 2)	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Geldpolitische Wertpapierbestände	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 5)
2025 März	50,5	– 48,5	0,7	3,2	0,1	886,5	0,0
April	50,4	– 37,7	0,9	2,6	0,0	864,6	0,0
Mai	.	.	.	.	.	.	.
Juni	51,2	– 39,8	1,1	2,6	0,0	847,3	0,0
Juli	51,4	– 45,3	1,2	2,4	0,0	836,7	0,0
Aug.	.	.	.	.	.	.	.
Sept.	51,2	– 43,3	1,2	2,9	0,0	823,4	0,0
Okt.	.	.	.	.	.	.	.
Nov.	51,4	– 44,8	1,7	3,1	0,1	803,2	0,0
Dez.	51,6	– 68,9	1,7	2,9	0,2	792,8	0,0
2026 Jan.	.	.	.	.	.	.	.
Febr.	51,1	– 65,1	3,0	3,2	0,0	787,4	0,0
März	51,3	– 58,3	1,7	3,1	0,0	769,3	0,0
April	.	.	.	.	.	.	.
Mai	51,6	– 58,8	2,5	3,1	0,0	744,9	0,0
Juni	51,7	– 57,2	2,9	3,6	0,0	729,5	0,0
Juli p)	51,6	– 65,2	3,3	4,1	0,2	719,9	0,0
Aug.	.	.	.	.	.	.	.
Sept. p)	51,9	– 72,8	4,5	5,0	0,1	707,7	0,0

Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)	Liquiditätsabsorbierende Faktoren						
	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems						
	Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabsorbierende Geschäfte	Banknotenumlauf 2) 3)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige autonome Faktoren (netto) 2) 3)	Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschließlich Mindestreserven)	Basisgeld 2) 4)
2025 März	991,1	0,0	951,5	14,0	– 1 111,2	47,0	1 989,6
April	976,8	0,0	955,0	11,9	– 1 109,7	46,8	1 978,6
Mai	.	.	.	.	.	.	.
Juni	973,8	0,0	959,4	10,4	– 1 128,7	47,6	1 980,8
Juli	918,9	0,0	965,0	10,4	– 1 095,3	47,5	1 931,4
Aug.	.	.	.	.	.	.	.
Sept.	904,7	0,0	971,2	11,0	– 1 099,0	47,4	1 923,3
Okt.	.	.	.	.	.	.	.
Nov.	862,0	0,0	976,1	11,0	– 1 083,1	48,6	1 886,7
Dez.	826,6	0,0	981,7	10,7	– 1 085,8	47,2	1 855,5
2026 Jan.	.	.	.	.	.	.	.
Febr.	807,4	0,0	986,0	11,2	– 1 073,1	48,0	1 841,4
März	783,1	0,0	985,9	11,0	– 1 060,4	47,6	1 816,5
April	.	.	.	.	.	.	.
Mai	767,9	0,0	990,6	8,8	– 1 071,9	47,9	1 806,5
Juni	769,6	0,0	995,6	8,1	– 1 090,9	48,1	1 813,3
Juli p)	689,0	0,0	1 000,9	7,6	– 1 085,1	101,4	1 791,3
Aug.	.	.	.	.	.	.	.
Sept. p)	664,2	0,0	1 006,7	8,2	– 1 092,0	109,2	1 780,2

Die Angaben sind dem Ausweis der Bundesbank entnommen. Ab der Ausgabe März 2026 des Monatsberichts erfolgt die Darstellung der Bilanzpositionen des Eurosystems in einer geänderten Kategorisierung, die der im Economic Bulletin der EZB ab Ausgabe 8/2025 verwendeten Systematik entspricht. Ausführliche Erläuterungen hierzu entnehmen Sie bitte unter: https://www.ecb.europa.eu/press/economic-bulletin/focus/2026/html/ecb.ebbox202508_08~f57e54bfcb.en.html Die Zeitreihen zum konsolidierten Ausweis des Eurosystems sind im Data Portal der EZB verfügbar: https://data.ecb.europa.eu/publications/ecbeurosystem-policy-and-exchange-rates/3030613
Abweichungen in den Summen ergeben sich aus der Rundung der Zahlen. **1** Die ausgewiesenen Werte entsprechen den Tagesdurchschnitten der im jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. In Monaten, in denen keine Mindestreserve-Erfüllungsperiode endet, werden keine Werte ausgewiesen. **2** Die Berechnungen wurden an die in 2025 veränderte Berechnungsmethodik der autonomen Faktoren angepasst. **3** Einschließlich intra-Eurosystem Forderungen und Verbindlichkeiten. **4** Berechnet als Summe der Positionen "Einlagefazilität", "Banknotenumlauf" und "Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten". **5** Einschließlich der durch Devisenswapgeschäfte des Euroraums abgeschöpften Liquidität.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

Veränderungen der Deutschen Bundesbank

Liquiditätszuführende Faktoren													
				Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems									
Nettoaktiva in Gold und Devisen [2]		Nettoaktiva in Euro [2]		Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität		Geldpolitische Wertpapierbestände		Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte [5]		Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode [1]
+	0,5	+	5,9	−	0,3	−	0,3	+	0,0	−	20,5	±	0,0	2025 März
−	0,1	+	10,9	+	0,2	−	0,6	−	0,0	−	21,9	±	0,0	April
.		.		.		.		.		.		.		Mai
+	0,8	−	2,1	+	0,2	−	0,1	−	0,0	−	17,3	±	0,0	Juni
+	0,2	−	5,5	+	0,1	−	0,1	−	0,0	−	10,6	±	0,0	Juli
.		.		.		.		.		.		.		Aug.
−	0,2	+	1,9	−	0,1	+	0,4	−	0,0	−	13,3	±	0,0	Sept.
.		.		.		.		.		.		.		Okt.
+	0,2	−	1,5	+	0,6	+	0,2	+	0,0	−	20,2	±	0,0	Nov.
+	0,2	−	24,1	−	0,0	−	0,2	+	0,1	−	10,4	±	0,0	Dez.
.		.		.		.		.		.		.		2026 Jan.
−	0,4	+	3,7	+	1,3	+	0,3	−	0,2	−	5,5	±	0,0	Febr.
+	0,2	+	6,9	−	1,3	−	0,1	−	0,0	−	18,1	±	0,0	März
.		.		.		.		.		.		.		April
+	0,3	−	0,5	+	0,7	+	0,0	+	0,0	−	24,4	±	0,0	Mai
+	0,1	+	1,6	+	0,4	+	0,5	+	0,0	−	15,5	±	0,0	Juni
−	0,1	−	8,1	+	0,4	+	0,5	+	0,2	−	9,6	±	0,0	Juli
.		.		.		.		.		.		.		Aug.
+	0,3	−	7,6	+	1,3	+	0,9	−	0,2	−	12,1	±	0,0	Sept.

Liquiditätsabsorbierende Faktoren												
Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems												
Einlagefazilität		Sonstige liquiditätsabsorbierende Geschäfte		Banknotenumlauf [2] [3]		Einlagen von Zentralregierungen		Sonstige autonome Faktoren (netto) [2] [3]		Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschließlich Mindestreserven)		Basisgeld [2] [4]		Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode [1]
+	10,5	±	0,0	−	0,9	+	0,0	−	23,3	−	1,1	+	8,6	2025 März
−	14,3	±	0,0	+	3,5	−	2,0	+	1,5	−	0,2	−	11,0	April
.		.		.		.		.		.		.		Mai
−	3,0	±	0,0	+	4,4	−	1,6	−	19,0	+	0,8	+	2,1	Juni
−	54,9	±	0,0	+	5,7	−	0,0	+	33,4	−	0,1	−	49,3	Juli
.		.		.		.		.		.		.		Aug.
−	14,2	±	0,0	+	6,1	+	0,7	−	3,7	−	0,1	−	8,2	Sept.
.		.		.		.		.		.		.		Okt.
−	42,7	±	0,0	+	4,9	−	0,1	+	15,9	+	1,3	−	36,5	Nov.
−	35,4	±	0,0	+	5,6	−	0,3	−	2,7	−	1,4	−	31,3	Dez.
.		.		.		.		.		.		.		2026 Jan.
−	19,1	±	0,0	+	4,3	+	0,5	+	12,8	+	0,8	−	14,1	Febr.
−	24,4	±	0,0	−	0,1	−	0,2	+	12,7	−	0,4	−	24,9	März
.		.		.		.		.		.		.		April
−	15,1	±	0,0	+	4,7	−	2,2	−	11,5	+	0,3	−	10,1	Mai
+	1,7	±	0,0	+	5,0	−	0,7	−	18,9	+	0,2	+	6,8	Juni
−	80,6	±	0,0	+	5,3	−	0,5	+	5,7	+	53,3	−	22,0	Juli
.		.		.		.		.		.		.		Aug.
−	24,8	±	0,0	+	5,9	+	0,6	−	6,9	+	7,8	−	11,1	Sept.

Die Angaben sind dem Ausweis der Bundesbank entnommen. Ab der Ausgabe März 2026 des Monatsberichts erfolgt die Darstellung der Bilanzpositionen des Eurosystems in einer geänderten Kategorisierung, die der im Economic Bulletin der EZB ab Ausgabe 8/2025 verwendeten Systematik entspricht. Ausführliche Erläuterungen hierzu entnehmen Sie bitte unter: https://www.ecb.europa.eu/press/economic-bulletin/focus/2026/html/ecb.ebbox202508_08~f57e54bfcb.en.html Die Zeitreihen zum konsolidierten Ausweis des Eurosystems sind im Data Portal der EZB verfügbar: https://data.ecb.europa.eu/publications/ecbeurosystem-policy-and-exchange-rates/3030613
Abweichungen in den Summen ergeben sich aus der Rundung der Zahlen. **1** Die ausgewiesenen Werte entsprechen den Tagesdurchschnitten der im jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. In Monaten, in denen keine Mindestreserve-Erfüllungsperiode endet, werden keine Werte ausgewiesen. **2** Die Berechnungen wurden an die in 2025 veränderte Berechnungsmethodik der autonomen Faktoren angepasst. **3** Einschließlich intra-Eurosystem Forderungen und Verbindlichkeiten. **4** Berechnet als Summe der Positionen "Einlagefazilität", "Banknotenumlauf" und "Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten". **5** Einschließlich der durch Devisenswapgeschäfte des Euroraums abgeschöpften Liquidität.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II
Eurosystem [1]									
2026 März 13.	6 168,3	1 279,5	508,9	226,6	282,3	18,7	35,8	35,8	–
20.	6 155,3	1 279,5	508,4	226,6	281,8	19,2	36,6	36,6	–
27.	6 162,1	1 279,5	510,7	226,4	284,3	18,3	37,3	37,3	–
April 3.	6 253,4	1 392,7	516,5	229,5	287,0	18,4	36,3	36,3	–
10.	6 246,9	1 392,7	517,7	229,5	288,2	17,3	35,9	35,9	–
17.	6 218,3	1 392,7	515,4	229,4	286,0	19,8	35,9	35,9	–
24.	6 215,7	1 392,7	515,1	229,4	285,7	19,9	36,1	36,1	–
Mai 1.	6 196,0	1 392,6	514,2	229,4	284,8	20,9	35,9	35,9	–
8.	6 185,2	1 392,6	515,7	229,7	286,1	19,3	36,0	36,0	–
15.	6 179,2	1 392,6	518,0	229,9	288,1	17,4	36,0	36,0	–
22.	6 186,5	1 392,6	519,3	229,9	289,4	17,8	36,2	36,2	–
29.	6 162,0	1 392,6	521,3	230,2	291,1	17,5	36,5	36,5	–
Juni 5.	6 136,3	1 392,5	519,7	230,1	289,6	19,3	36,2	36,2	–
12.	6 135,6	1 392,5	520,0	230,0	289,9	18,8	37,4	37,4	–
19.	6 119,9	1 392,5	520,7	230,0	290,7	18,9	37,7	37,7	–
26.	6 117,3	1 392,5	519,4	230,1	289,3	19,2	38,4	38,4	–
Juli 3.	5 983,0	1 232,9	523,9	231,7	292,2	18,4	38,8	38,8	–
10.	5 970,5	1 232,9	524,5	231,7	292,8	18,9	38,9	38,9	–
17.	5 949,1	1 232,9	523,9	231,6	292,3	20,7	40,2	40,2	–
24.	5 944,0	1 232,9	524,7	231,4	293,3	20,3	40,4	40,4	–
31.	5 941,2	1 232,9	524,7	231,4	293,3	19,7	40,3	40,3	–
Aug. 7.	5 923,0	1 232,9	525,2	231,9	293,3	20,6	40,9	40,9	–
14.	5 927,3	1 232,9	525,1	232,1	293,1	20,1	41,3	41,3	–
21.	5 913,0	1 232,8	525,4	232,1	293,4	20,1	41,5	41,5	–
28.	5 915,3	1 232,8	526,3	232,1	294,3	20,3	41,6	41,6	–
Sept. 4.	5 912,2	1 232,8	525,3	232,1	293,2	20,0	41,7	41,7	–
11.	5 911,2	1 232,8	524,5	232,1	292,4	20,2	41,9	41,9	–
18.	5 898,5	1 232,8	525,2	232,1	293,2	20,1	42,1	42,1	–
25.	5 897,3	1 232,8	524,8	232,0	292,8	20,5	42,3	42,3	–
Okt. 2.	5 947,8	1 286,2	525,7	233,5	292,2	21,2	41,7	41,7	–
Deutsche Bundesbank									
2026 März 13.	2 309,6	395,2	87,1	54,6	32,5	0,8	–	–	–
20.	2 303,9	395,2	86,3	54,6	31,7	1,4	–	–	–
27.	2 295,3	395,2	88,2	54,5	33,6	0,9	–	–	–
April 3.	2 356,0	430,2	87,8	55,3	32,6	1,3	–	–	–
10.	2 362,5	430,2	88,5	55,3	33,2	0,8	–	–	–
17.	2 318,5	430,2	87,8	55,2	32,7	1,3	–	–	–
24.	2 327,9	430,2	87,8	55,2	32,6	1,3	–	–	–
Mai 1.	2 359,3	430,1	87,9	55,2	32,7	1,3	–	–	–
8.	2 345,2	430,1	88,5	55,2	33,2	0,8	–	–	–
15.	2 348,2	430,1	88,9	55,3	33,6	0,4	–	–	–
22.	2 356,7	430,1	89,1	55,3	33,8	0,4	–	–	–
29.	2 364,1	430,1	88,7	55,3	33,4	0,8	0,0	0,0	–
Juni 5.	2 342,0	430,1	88,3	55,2	33,1	1,1	0,0	0,0	–
12.	2 326,4	430,1	88,8	55,2	33,6	0,7	0,0	0,0	–
19.	2 322,8	430,1	88,2	55,2	33,1	1,2	0,0	0,0	–
26.	2 306,0	430,1	88,0	55,2	32,8	0,9	0,0	0,0	–
Juli 3.	2 294,8	380,7	88,3	55,6	32,7	1,0	0,0	0,0	–
10.	2 289,0	380,7	89,0	55,6	33,4	0,7	–	–	–
17.	2 300,1	380,7	89,2	55,6	33,6	1,0	–	–	–
24.	2 292,1	380,7	89,5	55,6	34,0	0,5	–	–	–
31.	2 274,1	380,7	90,0	55,6	34,4	0,0	–	–	–
Aug. 7.	2 282,8	380,7	89,7	55,8	33,9	0,4	–	–	–
14.	2 272,1	380,7	89,1	55,8	33,3	0,3	–	–	–
21.	2 265,3	380,7	89,6	55,8	33,8	0,3	–	–	–
28.	2 271,1	380,7	90,0	55,8	34,2	0,3	0,0	0,0	–
Sept. 4.	2 287,1	380,7	89,7	55,8	33,9	0,6	0,0	0,0	–
11.	2 274,1	380,7	89,8	55,8	34,0	0,4	0,0	0,0	–
18.	2 238,9	380,7	90,5	55,8	34,7	0,1	–	–	–
25.	2 247,4	380,7	90,5	55,8	34,7	0,1	–	–	–
Okt. 2.	2 259,1	397,2	90,1	56,1	33,9	0,4	–	–	–

***** Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/ Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerungsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere			
												Eurosystem [1]	
21,1	10,2	10,9	–	–	–	–	24,8	3 960,2	3 626,5	333,7	19,7	299,6	2026 März 13.
21,7	10,8	10,9	–	–	–	–	24,3	3 951,3	3 615,7	335,6	19,7	294,6	20.
28,0	17,1	10,9	–	–	0,1	–	15,5	3 948,9	3 612,0	336,8	19,7	304,3	27.
22,6	10,8	11,8	–	–	–	–	18,7	3 928,8	3 591,4	337,3	19,7	299,8	April 3.
23,7	11,9	11,8	–	–	–	–	22,4	3 914,7	3 577,5	337,2	19,7	302,9	10.
23,9	12,1	11,8	–	–	0,0	–	21,4	3 885,9	3 548,9	336,9	19,7	303,7	17.
26,3	14,5	11,8	–	–	0,1	–	18,9	3 882,2	3 546,9	335,3	19,7	304,8	24.
32,4	19,7	12,7	–	–	0,0	–	23,2	3 856,9	3 522,2	334,6	19,7	300,3	Mai 1.
25,6	12,9	12,7	–	–	–	–	21,8	3 855,6	3 520,4	335,2	19,7	299,0	8.
25,9	13,2	12,7	–	–	–	–	30,7	3 847,7	3 511,0	336,6	19,7	291,3	15.
26,5	13,8	12,7	–	–	–	–	28,6	3 845,7	3 506,1	339,6	19,7	300,2	22.
28,2	14,9	13,2	–	–	0,0	–	31,1	3 820,8	3 479,5	341,3	19,7	294,4	29.
25,1	11,8	13,2	–	–	0,0	–	22,0	3 805,1	3 462,8	342,4	19,7	296,7	Juni 5.
26,2	12,9	13,2	–	–	0,1	–	24,2	3 803,1	3 459,3	343,8	19,7	293,6	12.
29,0	15,7	13,2	–	–	0,0	–	21,0	3 799,8	3 453,5	346,4	19,7	280,5	19.
32,4	18,2	13,2	–	–	1,0	–	18,4	3 792,6	3 443,2	349,4	19,7	284,6	26.
25,5	11,8	13,6	–	–	0,0	–	29,9	3 791,7	3 439,6	352,1	19,7	302,4	Juli 3.
26,3	12,5	13,6	–	–	0,2	–	36,9	3 780,3	3 427,4	352,9	19,7	292,2	10.
26,4	12,7	13,6	–	–	0,1	–	38,2	3 762,4	3 409,0	353,5	19,7	284,8	17.
31,2	17,4	13,6	–	–	0,2	–	28,8	3 754,6	3 398,7	355,9	19,7	291,4	24.
36,2	21,9	14,2	–	–	0,1	–	29,4	3 743,2	3 388,0	355,2	19,7	295,2	31.
30,1	15,9	14,2	–	–	–	–	42,1	3 737,3	3 381,4	355,9	19,7	274,3	Aug. 7.
30,8	16,5	14,2	–	–	0,0	–	38,1	3 739,0	3 381,2	357,8	19,7	280,4	14.
31,0	16,7	14,2	–	–	0,1	–	34,8	3 726,0	3 365,8	360,2	19,7	281,6	21.
32,4	18,0	14,3	–	–	0,1	–	35,1	3 724,8	3 363,3	361,4	19,7	282,3	28.
28,2	13,9	14,3	–	–	0,0	–	40,0	3 723,7	3 360,7	363,0	19,7	280,7	Sept. 4.
26,6	12,2	14,3	–	–	0,1	–	34,2	3 723,4	3 359,1	364,3	19,7	287,9	11.
29,3	14,9	14,3	–	–	0,1	–	35,9	3 711,2	3 346,6	364,6	19,7	282,2	18.
29,0	14,6	14,3	–	–	0,2	–	32,8	3 708,6	3 343,5	365,0	19,7	286,7	25.
38,1	21,9	16,2	–	–	–	–	30,2	3 697,6	3 331,0	366,6	19,7	287,4	Okt. 2.
												Deutsche Bundesbank	
4,6	1,5	3,1	–	–	–	–	4,0	765,1	765,1	–	3,6	1 049,2	2026 März 13.
5,0	1,9	3,1	–	–	–	–	2,9	761,5	761,5	–	3,6	1 048,0	20.
5,2	2,0	3,1	–	–	0,0	–	1,0	760,7	760,7	–	3,6	1 040,6	27.
4,6	1,5	3,1	–	–	–	–	2,6	758,9	758,9	–	3,6	1 067,0	April 3.
4,9	1,8	3,1	–	–	–	–	4,1	747,2	747,2	–	3,6	1 083,3	10.
5,4	2,3	3,1	–	–	0,0	–	3,3	733,8	733,8	–	3,6	1 053,2	17.
5,5	2,4	3,1	–	–	0,1	–	3,3	733,5	733,5	–	3,6	1 062,8	24.
8,1	4,7	3,4	–	–	0,0	–	5,1	732,8	732,8	–	3,6	1 090,5	Mai 1.
6,2	2,7	3,4	–	–	–	–	5,2	732,2	732,2	–	3,6	1 078,8	8.
6,4	3,0	3,4	–	–	–	–	6,0	731,7	731,7	–	3,6	1 081,1	15.
5,7	2,3	3,4	–	–	–	–	6,1	730,5	730,5	–	3,6	1 091,3	22.
7,6	3,8	3,8	–	–	0,0	–	8,7	728,7	728,7	–	3,6	1 095,9	29.
6,6	2,9	3,8	–	–	0,0	–	6,8	728,0	728,0	–	3,6	1 077,5	Juni 5.
6,6	2,7	3,8	–	–	0,1	–	5,6	726,4	726,4	–	3,6	1 064,8	12.
6,5	2,7	3,8	–	–	0,0	–	7,3	722,8	722,8	–	3,6	1 063,1	19.
7,1	2,4	3,8	–	–	0,9	–	7,2	721,4	721,4	–	3,6	1 047,8	26.
6,7	2,5	4,2	–	–	0,0	–	7,6	720,3	720,3	–	3,6	1 086,6	Juli 3.
7,5	3,1	4,2	–	–	0,2	–	5,4	718,6	718,6	–	3,6	1 083,5	10.
7,5	3,3	4,2	–	–	0,1	–	5,5	718,1	718,1	–	3,6	1 094,6	17.
10,1	5,7	4,2	–	–	0,2	–	3,7	717,9	717,9	–	3,6	1 086,1	24.
11,2	6,2	4,9	–	–	0,0	–	3,0	717,8	717,8	–	3,6	1 067,9	31.
10,8	5,9	4,9	–	–	–	–	2,6	717,4	717,4	–	3,6	1 077,6	Aug. 7.
11,5	6,5	4,9	–	–	0,0	–	1,5	717,3	717,3	–	3,6	1 068,2	14.
10,6	5,6	4,9	–	–	0,1	–	1,8	703,1	703,1	–	3,6	1 075,7	21.
8,8	3,7	5,0	–	–	0,1	–	2,8	701,5	701,5	–	3,6	1 083,4	28.
6,9	1,9	5,0	–	–	0,0	–	1,5	701,2	701,2	–	3,6	1 102,9	Sept. 4.
7,0	2,0	5,0	–	–	0,1	–	0,9	700,4	700,4	–	3,6	1 091,2	11.
7,9	2,8	5,0	–	–	0,1	–	1,8	699,7	699,7	–	3,6	1 054,8	18.
8,5	3,3	5,0	–	–	0,2	–	0,9	699,5	699,5	–	3,6	1 063,7	25.
11,8	3,7	8,2	–	–	–	–	1,7	694,1	694,1	–	3,6	1 060,2	Okt. 2.

-preisen bewertet. **1** Quelle: EZB.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag	Passiva insgesamt	Banknotenumlauf 1)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet						Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet		
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreservegutha-ben)	Einlagefazilität	Termineinlagen	Verbindlichkeiten aus Geschäften mit Rücknahmevereinbarung	Einlagen aus dem Margenausgleich			insgesamt	Einlagen von öffentlichen Haushalten	Sonstige Verbindlichkeiten
Eurosystem 3)													
2026 März 13.	6 168,3	1 609,2	2 552,5	171,3	2 381,2	–	–	–	11,4	–	195,0	100,4	94,5
20.	6 155,3	1 609,7	2 535,9	200,1	2 335,8	–	–	–	11,0	–	207,9	100,5	107,4
27.	6 162,1	1 612,8	2 535,9	174,9	2 361,0	–	–	–	10,4	–	209,0	107,4	101,6
April 3.	6 253,4	1 619,0	2 505,0	175,5	2 329,4	–	–	–	10,6	–	206,2	99,2	107,0
10.	6 246,9	1 617,0	2 506,9	174,4	2 332,4	–	–	–	9,6	–	200,9	97,3	103,6
17.	6 218,3	1 615,2	2 460,4	172,1	2 288,2	–	–	–	9,9	–	206,3	105,6	100,7
24.	6 215,7	1 615,4	2 485,2	170,0	2 315,2	–	–	–	10,2	–	195,2	97,0	98,2
Mai 1.	6 196,0	1 620,2	2 425,9	194,3	2 231,5	–	–	–	9,8	–	215,6	110,7	104,9
8.	6 185,2	1 620,0	2 422,4	180,2	2 242,1	–	–	–	9,9	–	210,9	108,0	102,8
15.	6 179,2	1 621,5	2 428,7	175,0	2 253,7	–	–	–	9,9	–	200,5	97,3	103,2
22.	6 186,5	1 621,9	2 409,9	172,6	2 237,3	–	–	–	10,0	–	193,0	93,7	99,3
29.	6 162,0	1 624,8	2 372,5	174,5	2 198,1	–	–	–	10,4	–	205,7	102,6	103,1
Juni 5.	6 136,3	1 626,8	2 390,2	169,7	2 220,5	–	–	–	10,0	–	187,4	91,1	96,3
12.	6 135,6	1 626,8	2 377,9	194,3	2 183,6	–	–	–	10,1	–	196,7	94,6	102,1
19.	6 119,9	1 626,9	2 368,7	314,9	2 053,9	–	–	–	13,3	–	187,1	88,6	98,6
26.	6 117,3	1 629,3	2 351,0	311,9	2 039,1	–	–	–	12,9	–	189,8	93,8	96,0
Juli 3.	5 983,0	1 632,0	2 368,8	327,5	2 041,3	–	–	–	21,9	–	182,0	90,3	91,7
10.	5 970,5	1 634,6	2 367,4	329,8	2 037,6	–	–	–	26,3	–	179,7	90,1	89,6
17.	5 949,1	1 635,2	2 340,3	325,3	2 014,9	–	–	–	27,3	–	195,9	103,1	92,9
24.	5 944,0	1 635,3	2 324,5	329,1	1 995,4	–	–	–	29,3	–	189,3	95,7	93,6
31.	5 941,2	1 637,5	2 323,0	356,2	1 966,8	–	–	–	30,2	–	193,8	98,5	95,2
Aug. 7.	5 923,0	1 638,5	2 327,3	346,0	1 981,3	–	–	–	29,7	–	181,3	91,2	90,1
14.	5 927,3	1 638,5	2 335,2	330,8	2 004,4	–	–	–	29,5	–	183,7	92,7	91,0
21.	5 913,0	1 635,2	2 323,5	320,5	2 003,0	–	–	–	29,5	–	178,6	86,6	92,0
28.	5 915,3	1 634,7	2 323,7	317,9	2 005,9	–	–	–	29,6	–	184,8	91,5	93,3
Sept. 4.	5 912,2	1 634,4	2 333,4	328,2	2 005,2	–	–	–	30,1	–	181,8	89,3	92,5
11.	5 911,2	1 633,5	2 311,8	349,0	1 962,7	–	–	–	28,6	–	187,8	94,7	93,1
18.	5 898,5	1 632,1	2 312,5	356,6	1 955,9	–	–	–	28,9	–	194,6	90,6	104,0
25.	5 897,3	1 631,2	2 294,4	337,9	1 956,6	–	–	–	28,7	–	182,7	88,6	94,1
Okt. 2.	5 947,8	1 632,5	2 289,9	330,1	1 959,7	–	–	–	27,5	–	194,2	96,8	97,4
Deutsche Bundesbank													
2026 März 13.	2 309,6	389,9	813,5	43,4	770,0	–	–	–	2,9	–	35,2	7,8	27,4
20.	2 303,9	390,1	810,9	55,4	755,5	–	–	–	2,8	–	42,4	7,5	34,9
27.	2 295,3	391,2	797,6	48,6	749,0	–	–	–	2,6	–	42,3	10,4	31,9
April 3.	2 356,0	392,5	830,0	47,5	782,5	–	–	–	2,6	–	41,0	8,4	32,6
10.	2 362,5	391,9	835,8	44,7	791,1	–	–	–	2,5	–	41,0	10,2	30,8
17.	2 318,5	391,7	798,4	44,8	753,6	–	–	–	2,7	–	39,0	9,5	29,5
24.	2 327,9	391,9	804,0	43,8	760,2	–	–	–	2,6	–	37,3	9,2	28,1
Mai 1.	2 359,3	392,0	834,4	55,2	779,2	–	–	–	2,5	–	37,4	6,7	30,7
8.	2 345,2	392,1	819,7	48,9	770,8	–	–	–	2,7	–	35,2	7,3	27,8
15.	2 348,2	393,3	816,6	45,1	771,5	–	–	–	2,6	–	37,5	7,0	30,5
22.	2 356,7	394,1	825,0	44,7	780,3	–	–	–	2,6	–	36,9	8,4	28,5
29.	2 364,1	393,1	825,2	48,1	777,1	–	–	–	2,7	–	40,4	11,0	29,5
Juni 5.	2 342,0	394,2	813,0	43,8	769,2	–	–	–	2,6	–	32,5	7,6	24,9
12.	2 326,4	394,9	805,4	53,5	751,9	–	–	–	2,5	–	27,7	6,0	21,8
19.	2 322,8	395,2	794,9	98,0	696,9	–	–	–	2,6	–	27,6	5,4	22,2
26.	2 306,0	395,9	772,2	91,6	680,5	–	–	–	2,4	–	27,8	6,6	21,2
Juli 3.	2 294,8	395,4	808,0	102,4	705,5	–	–	–	2,6	–	25,8	6,6	19,3
10.	2 289,0	396,9	791,9	99,3	692,6	–	–	–	2,5	–	31,8	11,8	20,0
17.	2 300,1	397,4	800,9	96,4	704,5	–	–	–	2,5	–	33,6	10,7	22,9
24.	2 292,1	398,0	781,5	102,5	678,9	–	–	–	2,4	–	29,4	5,6	23,8
31.	2 274,1	396,3	776,3	116,7	659,6	–	–	–	2,6	–	28,9	5,4	23,4
Aug. 7.	2 282,8	397,1	789,2	110,0	679,2	–	–	–	2,5	–	29,1	7,8	21,3
14.	2 272,1	397,7	775,9	106,0	669,9	–	–	–	2,5	–	31,8	8,8	23,1
21.	2 265,3	397,5	764,9	99,4	665,6	–	–	–	2,5	–	30,0	6,3	23,7
28.	2 271,1	398,8	769,3	100,4	668,9	–	–	–	2,5	–	32,6	7,2	25,4
Sept. 4.	2 287,1	396,2	792,7	111,1	681,6	–	–	–	2,8	–	33,4	8,6	24,8
11.	2 274,1	396,8	758,2	112,9	645,4	–	–	–	2,4	–	38,2	12,3	25,9
18.	2 238,9	397,1	740,2	105,2	635,0	–	–	–	2,5	–	32,9	6,7	26,2
25.	2 247,4	397,2	747,0	102,1	644,9	–	–	–	2,4	–	34,0	7,7	26,4
Okt. 2.	2 259,1	395,2	741,5	108,2	633,4	–	–	–	2,6	–	35,7	7,3	28,4

***** Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. **1** Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ausgewiesen. Die verbleibenden 92 % des Wertes am in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva [2]	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten [1]	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklagen [4]		Stand am Ausweisstichtag
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II					insgesamt	darunter: Verlustvortrag [5]	
Eurosystem [3]											
136,7	16,4	3,0	3,0	–	172,5	203,1	–	1 244,0	24,5	–	2026 März 13.
129,0	16,9	3,0	3,0	–	172,5	200,9	–	1 244,0	24,5	–	20.
133,8	17,2	4,1	4,1	–	172,5	200,5	–	1 244,0	22,0	–	27.
142,8	17,1	2,9	2,9	–	174,9	195,2	–	1 358,8	21,0	–	April 3.
139,7	17,0	2,9	2,9	–	174,9	198,2	–	1 358,8	21,1	–	10.
151,1	17,2	2,8	2,8	–	174,9	200,6	–	1 358,8	21,1	–	17.
134,0	17,1	2,8	2,8	–	174,9	200,9	–	1 358,8	21,1	–	24.
151,5	16,7	2,9	2,9	–	174,9	198,9	–	1 358,8	21,0	–	Mai 1.
152,8	16,5	2,8	2,8	–	174,9	195,2	–	1 358,8	21,1	–	8.
150,0	16,9	2,8	2,8	–	174,9	194,1	–	1 358,8	21,1	–	15.
178,6	16,8	3,1	3,1	–	174,9	198,7	–	1 358,8	21,1	–	22.
176,9	16,5	3,3	3,3	–	174,9	197,9	–	1 358,8	20,4	–	29.
148,3	16,3	3,6	3,6	–	174,9	200,0	–	1 358,8	20,1	–	Juni 5.
154,9	16,3	3,4	3,4	–	174,9	187,6	–	1 358,8	28,2	–	12.
170,2	16,7	3,5	3,5	–	174,9	171,6	–	1 358,8	28,3	–	19.
179,8	16,6	2,7	2,7	–	174,9	173,2	–	1 358,8	28,3	–	26.
164,2	16,3	2,8	2,8	–	176,1	182,6	–	1 208,2	28,1	–	Juli 3.
149,6	16,5	3,1	3,1	–	176,1	180,9	–	1 208,2	28,2	–	10.
143,2	17,1	2,8	2,8	–	176,1	174,8	–	1 208,2	28,1	–	17.
158,3	18,0	2,6	2,6	–	176,1	174,3	–	1 208,2	28,2	–	24.
148,4	18,2	2,0	2,0	–	176,1	175,7	–	1 208,2	28,1	–	31.
145,2	18,9	1,9	1,9	–	176,1	167,8	–	1 208,2	28,2	–	Aug. 7.
138,2	18,9	1,9	1,9	–	176,1	169,0	–	1 208,2	28,2	–	14.
140,3	18,3	1,8	1,8	–	176,1	173,4	–	1 208,2	28,2	–	21.
137,3	17,9	2,8	2,8	–	176,1	172,0	–	1 208,2	28,2	–	28.
125,1	17,5	1,6	1,6	–	176,1	175,7	–	1 208,2	28,2	–	Sept. 4.
140,1	17,2	1,4	1,4	–	176,1	178,4	–	1 208,2	28,2	–	11.
126,0	17,0	1,9	1,9	–	176,1	172,9	–	1 208,2	28,2	–	18.
158,1	16,7	2,1	2,1	–	176,1	170,7	–	1 208,2	28,2	–	25.
148,3	17,3	2,2	2,2	–	177,2	168,9	–	1 261,6	28,2	–	Okt. 2.
Deutsche Bundesbank											
46,9	0,0	0,1	0,1	–	43,8	17,5	597,2	387,8	– 25,3	– 27,8	2026 März 13.
35,9	0,0	0,1	0,1	–	43,8	18,1	597,2	387,8	– 25,3	– 27,8	20.
38,6	0,0	1,2	1,2	–	43,8	18,2	597,2	387,8	– 25,3	– 27,8	27.
31,4	0,0	–	–	–	44,4	17,4	598,7	423,3	– 25,3	– 27,8	April 3.
32,7	0,0	0,1	0,1	–	44,4	17,3	598,7	423,3	– 25,3	– 27,8	10.
29,7	0,0	0,0	0,0	–	44,4	15,9	598,7	423,3	– 25,3	– 27,8	17.
35,3	0,0	0,0	0,0	–	44,4	15,7	598,7	423,3	– 25,3	– 27,8	24.
34,1	0,0	0,0	0,0	–	44,4	15,5	601,0	423,3	– 25,3	– 27,8	Mai 1.
36,8	0,0	0,0	0,0	–	44,4	15,3	601,0	423,3	– 25,3	– 27,8	8.
39,4	0,0	0,0	0,0	–	44,4	15,4	601,0	423,3	– 25,3	– 27,8	15.
38,8	0,0	0,2	0,2	–	44,4	15,7	601,0	423,3	– 25,3	– 27,8	22.
40,9	0,0	0,2	0,2	–	44,4	15,9	603,1	423,3	– 25,3	– 27,8	29.
38,2	0,0	0,2	0,2	–	44,4	15,8	603,1	423,3	– 25,3	– 27,8	Juni 5.
34,2	0,0	0,2	0,2	–	44,4	15,9	603,1	423,3	– 25,3	– 27,8	12.
40,8	0,0	0,2	0,2	–	44,4	15,8	603,1	423,3	– 25,3	– 27,8	19.
45,9	0,0	0,0	0,0	–	44,4	16,3	603,1	423,3	– 25,3	– 27,8	26.
47,1	0,0	0,0	0,0	–	44,7	17,0	605,1	374,3	– 25,3	– 27,8	Juli 3.
49,8	0,0	0,0	0,0	–	44,7	17,3	605,1	374,3	– 25,3	– 27,8	10.
49,7	0,0	0,0	0,0	–	44,7	17,2	605,1	374,3	– 25,3	– 27,8	17.
65,1	0,0	0,1	0,1	–	44,7	16,8	605,1	374,3	– 25,3	– 27,8	24.
51,1	0,0	0,0	0,0	–	44,7	16,6	608,7	374,3	– 25,3	– 27,8	31.
46,3	0,0	0,0	0,0	–	44,7	16,2	608,7	374,3	– 25,3	– 27,8	Aug. 7.
45,4	0,0	0,0	0,0	–	44,7	16,4	608,7	374,3	– 25,3	– 27,8	14.
51,1	0,0	0,0	0,0	–	44,7	16,9	608,7	374,3	– 25,3	– 27,8	21.
48,1	0,0	0,2	0,2	–	44,7	17,2	608,7	374,3	– 25,3	– 27,8	28.
39,1	0,0	0,0	0,0	–	44,7	17,1	612,0	374,3	– 25,3	– 27,8	Sept. 4.
55,4	0,0	0,0	0,0	–	44,7	17,2	612,0	374,3	– 25,3	– 27,8	11.
43,0	0,0	0,4	0,4	–	44,7	17,1	612,0	374,3	– 25,3	– 27,8	18.
43,2	0,0	0,5	0,5	–	44,7	17,2	612,0	374,3	– 25,3	– 27,8	25.
40,5	0,0	0,4	0,4	–	45,0	17,1	615,3	391,0	– 25,3	– 27,8	Okt. 2.

zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als "Intra-Eurosystem-Forderungen/Verbindlichkeiten aus der Begebung von Euro-Banknoten" ausgewiesen. **2** Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. **3** Quelle: EZB. **4** Die Position "Grundkapital und Rücklagen" enthält mit negativen Vorzeichen in Vorjahren aufgelaufene Bilanzverluste, die auf künftige Jahre vorgetragen werden. Die Zentralbanken des Eurosystems können allerdings wirksam handeln und ihr vorrangieges Mandat - die Geährleistung von Preisstabilität - erfüllen, auch wenn sie finanzielle Verluste verzeichnen. **5** Ein separater Ausweis des Verlustvortrages erfolgt ausschließlich für die Bundesank.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet							Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im			
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland		
				zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken		zusammen	Unternehmen und Privatpersonen zusammen	Unternehmen und Privatpersonen Buchkredite
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende												
2016	7 792,6	26,0	2 101,4	1 670,9	1 384,2	286,7	430,5	295,0	135,5	3 762,9	3 344,5	2 805,6	2 512,0
2017	7 710,8	32,1	2 216,3	1 821,1	1 556,3	264,8	395,2	270,1	125,2	3 801,7	3 400,7	2 918,8	2 610,1
2018	7 776,0	40,6	2 188,0	1 768,3	1 500,7	267,5	419,7	284,8	134,9	3 864,0	3 458,2	3 024,3	2 727,0
2019	8 311,0	43,4	2 230,1	1 759,8	1 493,5	266,3	470,4	327,6	142,8	4 020,1	3 584,9	3 168,7	2 864,9
2020	8 943,3	47,5	2 622,7	2 177,9	1 913,5	264,4	444,8	307,1	137,7	4 179,6	3 709,8	3 297,0	2 993,1
2021	9 172,2	49,7	2 789,6	2 333,0	2 069,6	263,4	456,6	324,4	132,2	4 350,4	3 860,4	3 468,8	3 147,6
2022	10 517,9	20,0	2 935,2	2 432,2	2 169,2	263,0	502,9	359,6	143,3	4 584,6	4 079,3	3 702,9	3 365,4
2023	10 321,0	18,7	2 884,4	2 349,7	2 081,8	267,9	534,7	374,6	160,1	4 651,2	4 109,2	3 729,7	3 395,7
2024	10 807,0	19,7	2 767,6	2 201,1	1 917,1	283,9	566,6	395,2	171,4	4 780,5	4 189,1	3 781,1	3 429,0
2025	10 886,5	18,5	2 650,8	2 027,0	1 726,1	300,8	623,9	443,7	180,2	5 019,9	4 357,4	3 902,9	3 543,6
2024 Nov.	10 662,0	17,4	2 878,7	2 308,9	2 021,8	287,2	569,8	397,4	172,4	4 770,4	4 179,4	3 771,0	3 428,1
Dez.	10 807,0	19,7	2 767,6	2 201,1	1 917,1	283,9	566,6	395,2	171,4	4 780,5	4 189,1	3 781,1	3 429,0
2025 Jan.	11 172,1	16,3	2 871,4	2 285,0	1 992,6	292,4	586,4	412,7	173,6	4 815,1	4 204,3	3 783,6	3 429,5
Febr.	10 699,4	16,4	2 873,7	2 274,9	1 978,2	296,6	598,8	423,7	175,1	4 847,8	4 220,7	3 795,1	3 438,9
März	10 674,6	15,6	2 853,1	2 252,1	1 955,9	296,2	601,1	426,1	175,0	4 863,0	4 225,1	3 794,5	3 438,4
April	10 882,5	16,6	2 853,5	2 254,4	1 955,2	299,2	599,1	427,2	171,9	4 873,1	4 231,5	3 794,6	3 441,0
Mai	10 702,5	16,6	2 844,2	2 244,8	1 942,7	302,1	599,4	423,9	175,5	4 884,6	4 238,3	3 800,7	3 445,8
Juni	10 660,1	15,9	2 805,3	2 197,6	1 894,3	303,2	607,7	432,9	174,8	4 906,1	4 244,5	3 806,6	3 451,0
Juli	10 737,6	15,9	2 790,7	2 183,8	1 879,6	304,2	607,0	432,7	174,2	4 914,4	4 263,3	3 811,4	3 454,8
Aug.	10 903,0	16,2	2 798,7	2 190,9	1 886,7	304,2	607,8	430,2	177,6	4 916,2	4 264,8	3 821,8	3 463,7
Sept.	10 779,8	15,8	2 765,8	2 158,7	1 856,2	302,5	607,1	427,1	180,0	4 939,2	4 277,8	3 825,2	3 466,8
Okt.	10 638,5	16,2	2 698,7	2 084,2	1 779,9	304,3	614,6	433,7	180,9	5 010,5	4 339,1	3 883,6	3 525,1
Nov.	10 948,7	16,1	2 689,5	2 075,9	1 772,5	303,4	613,6	429,3	184,3	5 039,5	4 367,3	3 911,4	3 552,0
Dez.	10 886,5	18,5	2 650,8	2 027,0	1 726,1	300,8	623,9	443,7	180,2	5 019,9	4 357,4	3 902,9	3 543,6
2026 Jan.	11 535,1	15,9	2 784,1	2 083,3	1 774,3	309,0	700,8	521,6	179,2	5 070,2	4 364,0	3 899,7	3 538,1
Febr.	11 637,0	15,6	2 778,1	2 059,6	1 749,1	310,5	718,6	537,6	181,0	5 096,6	4 377,5	3 909,8	3 548,3
März	11 262,3	15,3	2 764,6	2 053,7	1 743,6	310,0	710,9	531,1	179,8	5 107,1	4 381,0	3 917,2	3 556,7
April	11 361,5	15,9	2 794,4	2 073,0	1 761,9	311,2	721,3	538,7	182,7	5 123,4	4 395,9	3 925,8	3 565,2
Mai	11 346,3	16,0	2 792,8	2 066,8	1 754,9	311,9	726,0	542,5	183,6	5 159,6	4 407,8	3 930,3	3 568,5
Juni	11 407,1	15,1	2 747,9	2 014,9	1 702,2	312,7	733,0	545,1	187,9	5 196,0	4 441,7	3 959,5	3 596,7
Juli	11 531,7	15,3	2 767,7	2 020,8	1 709,7	311,1	746,9	561,5	185,4	5 198,8	4 447,8	3 961,9	3 598,1
Aug.	11 463,2	14,9	2 796,9	2 040,4	1 728,7	311,7	756,5	569,0	187,4	5 204,3	4 450,4	3 966,1	3 603,4
	Veränderungen 3)												
2017	8,0	6,1	135,9	165,0	182,6	– 17,6	– 29,1	– 19,6	– 9,5	51,3	63,5	114,8	101,1
2018	101,8	8,5	– 29,2	– 49,7	– 53,4	3,7	20,6	13,0	7,6	78,7	71,9	118,1	127,8
2019	483,4	2,8	20,7	– 3,8	– 2,3	– 1,5	24,5	16,9	7,5	161,8	130,5	148,2	140,9
2020	769,5	4,1	505,4	524,2	512,6	11,6	– 18,8	– 16,2	– 2,6	161,0	130,0	132,3	132,2
2021	207,2	2,2	161,3	155,6	156,4	– 0,8	5,7	11,7	– 5,9	175,7	154,6	173,7	155,9
2022	1 170,5	– 29,7	149,5	103,7	100,5	3,2	45,8	33,1	12,7	242,4	223,1	237,5	220,6
2023	– 133,8	– 1,3	– 41,5	– 76,2	– 86,2	10,0	34,7	17,2	17,5	84,5	44,6	40,5	41,3
2024	466,6	0,9	– 115,3	– 142,6	– 156,7	14,1	27,3	17,1	10,2	140,2	89,8	63,4	46,5
2025	179,3	– 1,2	– 32,6	– 82,1	– 100,2	18,0	49,6	40,9	8,7	212,9	136,7	88,7	82,4
2024 Dez.	139,4	2,3	– 110,4	– 106,0	– 102,7	– 3,3	– 4,4	– 3,1	– 1,2	10,6	10,7	11,1	2,0
2025 Jan.	330,7	– 3,3	100,2	83,0	75,5	7,5	17,2	15,1	2,1	37,7	18,4	5,7	3,9
Febr.	– 453,0	0,1	2,2	– 10,2	– 14,4	4,2	12,4	10,9	1,5	33,2	17,5	12,6	10,9
März	1,2	– 0,8	– 16,4	– 21,7	– 21,5	– 0,2	5,3	5,6	– 0,3	19,9	6,3	1,1	1,3
April	241,2	1,0	6,4	4,6	1,4	3,2	1,8	4,7	– 2,9	13,4	8,3	2,1	4,5
Mai	– 182,5	0,0	– 9,9	– 9,8	– 12,6	2,8	– 0,1	– 3,6	3,5	11,7	7,2	6,4	5,2
Juni	– 20,5	– 0,7	– 35,7	– 46,1	– 47,5	1,4	10,4	11,0	– 0,6	24,5	8,0	7,6	6,8
Juli	66,8	– 0,0	– 16,4	– 14,4	– 15,3	0,9	– 2,1	– 1,4	– 0,7	8,1	18,8	4,8	3,9
Aug.	178,9	0,4	12,7	10,5	9,1	1,4	2,1	– 1,4	3,6	3,2	2,5	11,4	9,9
Sept.	– 126,4	– 0,4	– 32,6	– 32,2	– 30,6	– 1,6	– 0,3	– 2,8	2,4	24,5	14,2	4,9	4,6
Okt.	– 110,2	0,4	18,1	10,9	9,2	1,7	7,2	6,4	0,8	25,7	15,9	13,2	13,0
Nov.	313,1	– 0,2	– 9,3	– 8,4	– 7,4	– 0,9	– 1,0	– 4,4	3,4	29,6	28,9	28,2	27,3
Dez.	– 60,2	2,4	– 51,7	– 48,4	– 46,0	– 2,4	– 3,3	0,8	– 4,2	– 18,5	– 9,1	– 9,2	– 8,8
2026 Jan.	328,7	– 2,6	84,4	36,9	32,1	4,8	47,6	46,1	1,5	47,6	16,8	5,9	3,3
Febr.	97,3	– 0,3	– 6,6	– 23,9	– 25,4	1,5	17,4	15,6	1,8	26,4	13,9	10,6	10,8
März	– 54,6	– 0,2	– 14,9	– 6,1	– 6,0	– 0,2	– 8,8	– 8,0	– 0,8	12,2	4,9	8,7	9,2
April	110,2	0,5	28,8	20,5	19,3	1,2	8,3	5,5	2,8	18,2	16,5	10,1	10,2
Mai	– 17,7	0,1	– 2,0	– 6,3	– 6,8	0,5	4,3	3,5	0,7	36,4	12,5	6,0	4,7
Juni	48,0	– 0,9	– 47,7	– 52,5	– 53,1	0,6	4,9	1,4	3,4	36,7	34,1	29,5	28,5
Juli	131,3	0,2	20,9	6,3	7,7	– 1,4	14,6	16,8	– 2,2	4,3	7,1	3,7	2,6
Aug.	– 69,6	– 0,4	29,1	19,5	18,8	0,7	9,6	7,6	2,1	5,8	2,8	4,4	5,5

***** Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. **1** Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. **2** Einschl. Schuldverschreibungen

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			
				an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern									
	öffentliche Haushalte				Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte						
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)	zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere	insgesamt	darunter Buchkredite	Sonstige Aktivpositionen 1)	Zeit
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
293,6	538,9	312,2	226,7	418,4	281,7	159,5	136,7	28,5	108,2	1 058,2	802,3	844,1	2016
308,7	481,9	284,3	197,6	401,0	271,8	158,3	129,1	29,8	99,3	991,9	745,3	668,9	2017
297,2	433,9	263,4	170,5	405,8	286,7	176,5	119,2	28,6	90,6	1 033,2	778,5	650,2	2018
303,8	416,2	254,7	161,6	435,2	312,6	199,0	122,6	29,4	93,2	1 035,8	777,5	981,5	2019
303,9	412,8	252,3	160,5	469,8	327,5	222,2	142,3	29,7	112,7	1 003,2	751,2	1 090,3	2020
321,2	391,6	245,1	146,5	490,1	362,7	244,0	127,4	28,4	99,0	1 094,2	853,3	888,3	2021
337,5	376,4	248,0	128,4	505,3	384,9	270,2	120,4	30,8	89,6	1 137,2	882,9	1 841,0	2022
334,0	379,5	254,3	125,2	542,0	411,1	283,5	130,9	28,4	102,5	1 134,5	876,1	1 632,3	2023
352,1	408,0	272,5	135,5	591,4	449,3	308,9	142,1	24,1	118,0	1 306,7	1 022,0	1 932,4	2024
359,3	454,5	295,4	159,2	662,5	470,9	325,1	191,5	22,9	168,6	1 414,5	1 112,1	1 782,9	2025
342,8	408,5	270,8	137,7	591,0	450,1	309,8	140,9	26,9	113,9	1 325,5	1 037,9	1 669,9	2024 Nov.
352,1	408,0	272,5	135,5	591,4	449,3	308,9	142,1	24,1	118,0	1 306,7	1 022,0	1 932,4	Dez.
354,1	420,6	277,5	143,1	610,8	456,5	315,5	154,3	25,0	129,3	1 326,5	1 032,7	2 142,8	2025 Jan.
356,2	425,6	278,0	147,5	627,1	465,8	320,5	161,3	24,6	136,7	1 366,1	1 058,9	1 595,4	Febr.
356,0	430,6	279,4	151,2	637,9	464,8	323,5	173,1	25,3	147,8	1 384,1	1 079,6	1 558,7	März
353,6	436,9	282,3	154,5	641,6	463,5	325,6	178,2	24,4	153,8	1 359,7	1 058,6	1 779,4	April
354,9	437,6	281,6	156,0	646,3	469,4	327,4	176,9	24,8	152,1	1 363,5	1 055,5	1 593,7	Mai
355,6	437,9	281,7	156,2	661,6	470,1	325,3	191,4	25,1	166,3	1 385,9	1 072,1	1 546,9	Juni
356,6	451,9	287,1	164,8	651,1	468,6	325,7	182,5	26,4	156,1	1 365,2	1 049,7	1 651,4	Juli
358,1	443,0	285,6	157,4	651,4	466,7	325,2	184,7	26,6	158,1	1 387,8	1 067,6	1 784,1	Aug.
358,4	452,6	289,1	163,5	661,5	470,3	328,1	191,1	26,5	164,6	1 414,9	1 091,8	1 644,1	Sept.
358,5	455,5	293,3	162,2	671,5	474,7	331,1	196,7	27,3	169,5	1 430,0	1 107,4	1 483,0	Okt.
359,4	455,9	293,8	162,0	672,2	474,8	328,3	197,4	24,3	173,2	1 463,6	1 143,2	1 740,1	Nov.
359,3	454,5	295,4	159,2	662,5	470,9	325,1	191,5	22,9	168,6	1 414,5	1 112,1	1 782,9	Dez.
361,5	464,4	299,8	164,6	706,1	492,8	346,0	213,3	23,1	190,2	1 511,3	1 194,6	2 153,6	2026 Jan.
361,5	467,7	297,7	170,0	719,1	502,3	352,8	216,8	23,0	193,8	1 552,3	1 228,8	2 194,5	Febr.
360,5	463,7	299,3	164,4	726,1	506,2	355,1	219,9	23,0	196,9	1 531,9	1 211,0	1 843,3	März
360,6	470,1	301,5	168,6	727,5	506,3	354,2	221,3	22,9	198,3	1 508,2	1 181,6	1 919,6	April
361,8	477,5	301,1	176,4	751,9	522,0	366,0	229,9	23,6	206,2	1 555,8	1 220,6	1 822,0	Mai
362,8	482,2	303,3	178,9	754,3	521,3	361,3	233,0	21,2	211,8	1 597,3	1 260,4	1 850,8	Juni
363,8	485,9	311,9	174,1	751,0	523,3	365,5	227,7	21,4	206,4	1 561,3	1 233,8	1 988,5	Juli
362,7	484,3	310,7	173,6	753,9	521,6	362,9	232,3	21,5	210,8	1 580,2	1 241,2	1 866,9	Aug.
Veränderungen 3)													
13,7	– 51,3	– 22,8	– 28,5	– 12,2	– 3,4	4,0	– 8,7	0,1	– 8,9	– 12,3	– 6,7	– 173,1	2017
– 9,8	– 46,2	– 19,1	– 27,0	6,8	18,2	18,6	– 11,4	– 1,5	– 9,9	29,0	18,9	14,8	2018
7,3	– 17,7	– 8,6	– 9,1	31,3	29,5	26,9	1,7	0,0	1,7	– 32,1	– 33,3	330,3	2019
0,2	– 2,4	– 1,7	– 0,7	31,0	30,6	20,9	0,3	– 0,4	0,7	– 9,7	– 8,2	108,8	2020
17,8	– 19,1	– 6,1	– 13,1	21,1	35,5	22,6	– 14,3	– 1,1	– 13,2	71,7	84,9	– 203,7	2021
16,9	– 14,4	1,9	– 16,3	19,3	20,7	24,4	– 1,4	2,6	– 3,9	15,0	– 0,8	793,3	2022
– 0,9	4,1	6,4	– 2,3	39,9	28,3	15,1	11,7	– 2,4	14,1	42,6	34,1	– 218,1	2023
16,8	26,4	16,3	10,1	50,5	38,8	25,8	11,6	– 4,5	16,1	136,3	113,5	304,4	2024
6,4	48,0	23,9	24,1	76,1	25,8	21,1	50,4	– 1,2	51,6	170,4	147,4	– 170,3	2025
9,1	– 0,4	1,7	– 2,2	– 0,1	– 1,2	– 1,3	1,1	– 3,1	4,2	– 25,7	– 21,6	262,6	2024 Dez.
1,7	12,7	5,0	7,7	19,3	7,1	7,0	12,3	0,9	11,4	21,1	11,4	175,0	2025 Jan.
1,8	4,9	0,5	4,4	15,7	8,6	4,9	7,0	– 0,4	7,5	38,9	25,7	– 527,4	Febr.
– 0,1	5,1	1,4	3,7	13,6	1,7	5,0	11,9	0,8	11,1	38,6	39,5	– 40,1	März
– 2,4	6,2	2,9	3,3	5,1	– 0,0	3,3	5,1	– 0,9	5,9	– 0,4	1,2	220,9	April
1,2	0,8	– 0,7	1,5	4,5	5,7	1,7	– 1,2	0,3	– 1,5	1,4	– 5,2	– 185,8	Mai
0,8	0,4	0,1	0,3	16,5	1,6	– 1,1	14,9	0,3	14,6	38,2	31,1	– 46,8	Juni
0,9	14,0	5,4	8,6	– 10,7	– 1,8	0,1	– 8,9	1,3	– 10,2	– 29,3	– 30,6	104,5	Juli
1,5	– 8,9	– 1,5	– 7,4	0,7	– 1,5	– 0,1	2,3	0,3	2,0	30,4	25,4	132,3	Aug.
0,3	9,3	3,3	6,0	10,3	3,9	3,2	6,4	– 0,1	6,5	30,6	27,5	– 148,5	Sept.
0,2	2,7	4,0	– 1,3	9,8	4,2	3,0	5,6	0,7	4,9	9,7	10,5	– 164,1	Okt.
1,0	0,6	0,7	– 0,1	0,7	– 0,0	– 2,8	0,7	– 3,0	3,7	33,0	35,4	260,1	Nov.
– 0,4	0,1	2,9	– 2,7	– 9,4	– 3,6	– 3,0	– 5,8	– 1,3	– 4,5	– 41,9	– 24,5	49,5	Dez.
2,6	10,9	3,4	7,5	30,8	14,2	14,7	16,7	– 0,1	16,8	55,2	40,4	144,0	2026 Jan.
– 0,2	3,2	– 2,1	5,3	12,6	9,2	6,8	3,4	– 0,2	3,5	36,9	30,5	40,8	Febr.
– 0,5	– 3,8	1,6	– 5,4	7,3	4,0	2,0	3,3	– 0,0	3,4	– 32,4	– 29,8	– 19,2	März
– 0,1	6,4	2,2	4,2	1,7	0,3	– 0,6	1,4	– 0,1	1,5	– 16,4	– 22,2	79,0	April
1,3	6,5	– 1,1	7,7	23,9	15,4	11,8	8,5	0,7	7,7	45,4	36,9	– 97,6	Mai
1,0	4,6	2,2	2,4	2,6	– 0,5	– 5,0	3,1	– 2,4	5,5	31,2	30,4	28,8	Juni
1,1	3,5	8,1	– 4,6	– 2,8	2,2	4,4	– 4,9	0,1	– 5,1	– 32,2	– 23,3	138,0	Juli
– 1,2	– 1,6	– 1,2	– 0,4	3,0	– 1,7	– 2,6	4,7	0,2	4,6	18,5	7,4	– 122,6	Aug.

aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. **3** Stat. Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II,1).

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Passiva

Mrd €

Zeit	Bilanzsumme 1)	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet			Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								
			von Banken			Einlagen von Nichtbanken im Inland						Einlagen von Nicht-	
								mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist			
		insgesamt	im Inland	in anderen Mitgliedsländern	insgesamt	zusammen	täglich fällig	zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten	zusammen	täglich fällig
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende												
2016	7 792,6	1 205,2	1 033,2	172,0	3 411,3	3 318,5	1 794,8	935,3	291,2	588,5	537,0	84,2	37,2
2017	7 710,8	1 233,6	1 048,6	184,9	3 529,1	3 411,1	1 936,6	891,7	274,2	582,8	541,0	108,6	42,5
2018	7 776,0	1 213,8	1 021,8	192,0	3 642,8	3 527,0	2 075,5	872,9	267,2	578,6	541,1	104,5	45,0
2019	8 311,0	1 242,8	1 010,4	232,4	3 778,1	3 649,8	2 230,9	843,7	261,7	575,1	540,5	116,3	54,6
2020	8 943,3	1 493,2	1 237,0	256,3	4 021,6	3 836,7	2 508,4	767,8	227,1	560,5	533,2	135,1	57,0
2021	9 172,2	1 628,6	1 338,6	289,9	4 129,9	3 931,8	2 649,3	721,3	203,9	561,2	537,1	153,8	70,7
2022	10 517,9	1 618,6	1 231,6	387,0	4 343,5	4 093,8	2 712,1	848,6	353,7	533,2	510,2	180,5	84,1
2023	10 321,0	1 489,3	1 099,9	389,4	4 419,1	4 174,5	2 530,0	1 198,7	693,4	445,9	395,3	186,3	75,9
2024	10 807,0	1 402,3	989,5	412,8	4 585,6	4 351,7	2 623,0	1 322,8	795,6	406,0	346,1	194,4	82,2
2025	10 886,5	1 382,1	941,0	441,2	4 698,6	4 462,3	2 769,8	1 302,2	761,2	390,3	330,4	206,5	97,3
2024 Nov.	10 662,0	1 442,6	1 016,5	426,1	4 589,7	4 329,2	2 599,5	1 324,6	808,2	405,1	345,1	206,3	89,6
Dez.	10 807,0	1 402,3	989,5	412,8	4 585,6	4 351,7	2 623,0	1 322,8	795,6	406,0	346,1	194,4	82,2
2025 Jan.	11 172,1	1 456,8	1 013,8	443,1	4 573,3	4 318,1	2 591,6	1 323,1	795,4	403,3	344,8	204,1	90,3
Febr.	10 699,4	1 465,5	1 015,0	450,5	4 606,0	4 336,6	2 618,4	1 317,0	788,1	401,2	342,9	211,7	98,4
März	10 674,6	1 452,1	998,7	453,3	4 598,0	4 329,4	2 610,4	1 320,1	788,7	398,9	340,7	218,9	103,0
April	10 882,5	1 487,5	1 020,5	467,0	4 619,3	4 355,5	2 650,1	1 307,9	776,1	397,5	339,1	217,0	104,8
Mai	10 702,5	1 475,4	1 023,1	452,3	4 631,9	4 363,6	2 673,5	1 292,9	759,6	397,2	337,8	220,1	104,0
Juni	10 660,1	1 464,9	1 010,6	454,3	4 621,7	4 354,2	2 669,0	1 287,3	754,1	397,9	336,3	222,0	103,7
Juli	10 737,6	1 460,3	1 012,4	447,9	4 623,9	4 361,8	2 682,4	1 282,4	748,6	397,1	334,5	219,4	103,9
Aug.	10 903,0	1 444,9	999,6	445,4	4 637,4	4 381,3	2 702,6	1 283,2	749,4	395,5	333,3	214,4	100,8
Sept.	10 779,8	1 460,0	1 001,5	458,5	4 630,3	4 368,4	2 698,5	1 276,0	741,0	393,9	332,0	218,4	106,4
Okt.	10 638,5	1 393,0	943,5	449,5	4 652,2	4 398,3	2 712,0	1 294,4	759,5	391,8	330,7	211,5	97,7
Nov.	10 948,7	1 396,9	951,8	445,1	4 702,0	4 459,6	2 771,1	1 298,8	761,7	389,7	329,6	207,6	95,6
Dez.	10 886,5	1 382,1	941,0	441,2	4 698,6	4 462,3	2 769,8	1 302,2	761,2	390,3	330,4	206,5	97,3
2026 Jan.	11 535,1	1 473,7	944,7	529,0	4 733,4	4 457,7	2 760,4	1 308,7	766,1	388,7	328,7	227,5	115,6
Febr.	11 637,0	1 469,6	946,1	523,6	4 739,7	4 469,5	2 764,5	1 317,3	773,7	387,7	327,1	232,8	117,8
März	11 262,3	1 492,3	940,6	551,7	4 726,9	4 456,0	2 751,4	1 319,1	775,2	385,5	324,5	240,5	126,2
April	11 361,5	1 499,2	952,8	546,4	4 746,3	4 468,0	2 770,6	1 314,6	769,8	382,8	322,1	238,4	119,1
Mai	11 346,3	1 508,6	955,2	553,4	4 773,6	4 489,5	2 788,7	1 317,7	770,2	383,0	320,1	251,6	132,3
Juni	11 407,1	1 503,3	954,1	549,2	4 775,6	4 488,7	2 773,1	1 333,6	786,2	382,0	317,5	253,4	129,7
Juli	11 531,7	1 491,5	959,2	532,3	4 786,1	4 495,8	2 760,5	1 355,8	807,3	379,5	314,2	255,0	128,3
Aug.	11 463,2	1 515,8	967,5	548,3	4 794,3	4 493,6	2 763,9	1 352,2	804,8	377,6	311,9	261,6	131,1
	Veränderungen 4)												
2017	8,0	30,6	14,8	15,8	124,2	107,7	145,8	– 32,5	– 15,3	– 5,6	1,5	16,4	5,8
2018	101,8	– 20,1	– 25,7	5,6	112,4	114,7	137,7	– 18,8	– 6,5	– 4,3	1,2	– 4,3	2,3
2019	483,4	12,6	– 10,0	22,6	132,1	120,0	154,1	– 30,6	– 6,6	– 3,4	– 0,6	10,6	8,7
2020	769,5	340,0	317,0	23,0	244,9	188,4	277,6	– 74,7	– 34,9	– 14,5	– 7,2	18,7	1,8
2021	207,2	133,4	103,4	30,0	107,3	96,2	141,4	– 45,8	– 23,3	0,6	3,9	16,6	13,6
2022	1 170,5	– 15,6	– 105,9	90,3	208,9	165,9	60,6	132,8	148,1	– 27,5	– 26,3	18,4	12,8
2023	– 133,8	– 133,9	– 138,4	4,5	89,6	93,4	– 172,3	347,9	338,5	– 82,3	– 109,9	7,1	– 7,1
2024	466,6	– 51,5	– 71,6	20,1	128,4	140,3	58,9	121,4	101,4	– 40,0	– 49,2	6,8	5,9
2025	179,3	41,1	3,2	38,0	116,0	114,4	164,3	– 34,1	– 45,8	– 15,7	– 16,9	11,8	11,8
2024 Dez.	139,4	– 39,9	– 25,7	– 14,2	– 5,0	21,9	23,0	– 2,0	– 12,7	0,9	1,0	– 12,1	– 7,5
2025 Jan.	330,7	49,9	22,4	27,6	– 11,8	– 28,3	– 26,1	0,4	– 0,2	– 2,7	– 2,4	4,9	3,3
Febr.	– 453,0	8,5	1,2	7,2	33,9	18,6	26,8	– 6,2	– 7,3	– 2,1	– 1,8	8,8	8,2
März	1,2	– 9,3	– 15,6	6,3	– 4,9	– 5,4	– 6,7	3,6	1,1	– 2,3	– 2,3	8,4	5,6
April	241,2	40,3	22,8	17,5	26,0	28,3	41,4	– 11,7	– 12,2	– 1,4	– 1,6	0,5	3,5
Mai	– 182,5	– 12,6	2,4	– 15,0	11,1	7,9	23,3	– 15,1	– 16,5	– 0,3	– 1,3	1,9	– 1,5
Juni	– 20,5	– 7,4	– 11,6	4,2	– 8,1	– 7,9	– 3,4	– 5,2	– 5,1	0,6	– 1,4	2,5	– 0,1
Juli	66,8	– 6,2	1,4	– 7,6	1,1	6,8	12,7	– 5,1	– 5,7	– 0,8	– 1,8	– 2,9	0,0
Aug.	178,9	– 12,0	– 10,8	– 1,2	14,5	20,3	20,9	1,0	1,0	– 1,6	– 1,2	– 4,7	– 2,9
Sept.	– 126,4	15,9	2,2	13,7	– 6,6	– 12,5	– 3,9	– 7,1	– 8,4	– 1,6	– 1,3	4,0	5,6
Okt.	– 110,2	– 3,1	– 12,3	9,1	16,4	25,0	20,8	6,3	6,4	– 2,1	– 1,3	– 6,8	– 8,6
Nov.	313,1	2,0	8,3	– 6,4	49,8	61,4	59,1	4,4	2,2	– 2,1	– 1,1	– 3,9	– 2,1
Dez.	– 60,2	– 24,7	– 7,3	– 17,4	– 5,5	0,4	– 0,8	0,6	– 1,0	0,5	0,8	– 0,9	0,9
2026 Jan.	328,7	52,6	– 4,6	57,2	23,2	– 5,1	– 11,0	7,5	5,9	– 1,6	– 1,5	11,1	9,2
Febr.	97,3	– 4,7	1,3	– 6,0	5,8	11,4	3,9	8,5	7,5	– 1,0	– 1,6	5,2	2,2
März	– 54,6	20,4	– 6,0	26,4	– 14,4	– 14,8	– 14,1	1,5	1,2	– 2,2	– 2,6	7,2	8,1
April	110,2	8,3	12,4	– 4,1	20,4	12,8	19,8	– 4,4	– 5,2	– 2,6	– 2,5	– 1,9	– 7,0
Mai	– 17,7	9,0	2,3	6,7	26,9	21,3	18,0	3,1	0,3	0,2	– 2,0	13,2	13,2
Juni	48,0	– 7,3	– 1,6	– 5,7	0,7	– 1,5	– 16,2	15,7	15,8	– 1,0	– 2,6	1,1	– 2,8
Juli	131,3	– 11,2	5,3	– 16,4	11,0	7,4	– 12,4	22,3	21,2	– 2,5	– 3,2	1,7	– 1,4
Aug.	– 69,6	22,1	6,1	16,0	8,9	0,6	3,2	– 0,6	– 2,5	– 1,9	– 2,4	4,5	2,7

***** Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. **1** Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. **2** Ohne Einlagen von Zentralregie-

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern [2]				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repogeschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarktfondsanteile [3]	Begebene Schuldverschreibungen [3]		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passivpositionen [1]	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist						insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren [3]				
zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten	insgesamt	darunter inländische Zentralstaaten								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
43,9	15,8	3,1	2,6	8,6	7,9	2,2	2,4	1 030,3	47,2	643,4	591,5	906,3	2016
63,2	19,7	2,9	2,6	9,4	8,7	3,3	2,1	994,5	37,8	603,4	686,0	658,8	2017
56,7	15,8	2,8	2,5	11,3	10,5	0,8	2,4	1 034,0	31,9	575,9	695,6	610,7	2018
59,0	16,5	2,7	2,4	12,0	11,2	1,5	1,9	1 063,2	32,3	559,4	728,6	935,6	2019
75,6	30,6	2,6	2,3	49,8	48,6	9,4	2,5	1 056,9	21,2	617,6	710,8	1 031,3	2020
80,7	22,8	2,4	2,2	44,2	43,5	2,2	2,3	1 110,8	27,5	757,2	732,3	809,0	2021
94,3	32,4	2,2	2,0	69,2	66,8	3,4	2,7	1 185,1	40,8	800,4	747,2	1 817,1	2022
108,4	37,8	2,0	1,6	58,3	52,0	5,0	3,2	1 279,0	80,5	723,0	784,8	1 617,7	2023
110,3	34,6	1,9	1,4	39,5	33,3	6,4	4,8	1 309,6	72,7	752,4	831,7	1 914,3	2024
107,4	31,3	1,8	1,3	29,8	24,3	45,1	5,7	1 335,9	76,5	772,1	878,8	1 768,4	2025
114,8	38,3	1,9	1,4	54,2	39,5	6,5	4,7	1 322,7	75,4	812,3	821,6	1 661,8	2024 Nov.
110,3	34,6	1,9	1,4	39,5	33,3	6,4	4,8	1 309,6	72,7	752,4	831,7	1 914,3	Dez.
111,9	36,9	1,9	1,4	51,2	32,8	11,2	5,0	1 329,7	76,0	824,0	834,0	2 138,0	2025 Jan.
111,4	37,7	1,8	1,4	57,8	32,4	12,2	5,1	1 335,4	77,3	851,9	835,0	1 588,3	Febr.
114,0	40,5	1,8	1,4	49,8	32,5	11,2	5,3	1 341,2	90,0	865,6	835,1	1 566,0	März
110,4	36,7	1,8	1,3	46,8	30,9	14,2	5,8	1 325,4	80,9	840,0	822,2	1 768,2	April
114,2	40,2	1,8	1,3	48,2	31,1	14,6	5,8	1 331,0	73,3	817,0	834,7	1 592,2	Mai
116,4	40,6	1,8	1,3	45,5	32,0	14,1	5,9	1 329,1	78,8	841,7	841,5	1 541,3	Juni
113,7	38,6	1,9	1,3	42,7	30,3	11,9	5,8	1 329,7	76,1	806,3	852,7	1 646,9	Juli
111,7	36,4	1,9	1,3	41,7	30,4	11,2	5,9	1 329,0	76,5	824,2	865,4	1 785,0	Aug.
110,1	34,3	1,8	1,3	43,5	29,7	12,1	5,8	1 334,9	79,4	834,0	862,3	1 640,4	Sept.
112,0	35,1	1,8	1,3	42,4	22,7	63,3	5,8	1 347,6	76,5	827,9	863,7	1 484,9	Okt.
110,2	33,0	1,8	1,3	34,7	23,2	55,9	5,8	1 348,7	80,1	834,1	874,7	1 730,6	Nov.
107,4	31,3	1,8	1,3	29,8	24,3	45,1	5,7	1 335,9	76,5	772,1	878,8	1 768,4	Dez.
110,1	33,9	1,8	1,3	48,2	24,7	70,8	5,7	1 365,3	75,8	876,7	867,9	2 141,7	2026 Jan.
113,2	37,6	1,8	1,3	37,3	23,6	63,8	5,8	1 367,4	74,0	926,4	873,7	2 190,7	Febr.
112,5	34,7	1,8	1,3	30,5	24,1	66,8	6,0	1 368,2	70,6	905,7	859,9	1 836,5	März
117,5	39,7	1,8	1,3	40,0	23,4	64,0	6,3	1 376,8	71,5	899,5	860,1	1 909,3	April
117,6	38,5	1,8	1,3	32,5	24,0	73,9	6,2	1 390,4	75,5	914,5	856,9	1 822,1	Mai
121,9	39,0	1,8	1,3	33,5	24,5	80,8	6,2	1 398,5	77,4	928,7	869,2	1 844,8	Juni
124,9	41,5	1,8	1,3	35,3	24,0	74,3	6,1	1 409,0	79,4	920,3	870,1	1 974,1	Juli
128,7	44,1	1,8	1,3	39,1	25,1	71,3	6,2	1 415,1	85,0	915,3	877,5	1 867,7	Aug.
Veränderungen [4]													
10,8	4,2	– 0,1	– 0,0	– 0,0	– 0,0	1,1	– 0,3	– 3,3	– 8,5	– 16,1	34,1	– 162,3	2017
– 6,4	– 4,1	– 0,1	– 0,1	2,1	2,1	– 2,6	0,3	30,0	– 5,9	– 36,0	7,4	10,3	2018
2,0	0,6	– 0,1	– 0,1	1,4	1,4	5,6	– 0,5	22,3	0,1	– 47,9	30,0	329,1	2019
17,0	14,3	– 0,1	– 0,1	37,8	37,3	3,6	0,6	11,8	– 9,3	61,6	– 1,5	108,5	2020
3,1	– 8,0	– 0,2	– 0,1	– 5,5	– 5,0	– 7,9	0,3	40,6	6,9	124,9	16,6	– 207,9	2021
5,8	8,5	– 0,3	– 0,2	24,6	23,0	1,2	0,4	67,2	12,6	45,6	5,0	857,7	2022
14,4	6,7	– 0,2	– 0,4	– 10,9	– 14,8	1,8	0,5	110,6	43,1	– 55,7	43,3	– 189,9	2023
1,0	– 4,1	– 0,1	– 0,2	– 18,7	– 18,6	1,3	1,6	12,7	– 9,3	17,7	43,5	312,9	2024
0,0	– 2,0	– 0,0	– 0,1	– 10,2	– 9,6	9,2	0,9	49,7	5,1	67,3	54,0	– 159,0	2025
– 4,6	– 3,8	– 0,0	0,0	– 14,7	– 6,2	– 0,1	0,1	– 16,0	– 2,9	– 62,3	10,0	252,6	2024 Dez.
1,6	2,3	– 0,0	– 0,0	11,7	– 0,6	4,8	0,2	20,6	3,3	72,0	2,3	192,6	2025 Jan.
0,6	0,8	– 0,0	– 0,0	6,6	– 0,3	0,9	0,1	5,3	1,3	27,5	0,8	– 530,0	Febr.
2,8	3,0	– 0,0	– 0,0	– 8,0	0,1	– 0,9	0,2	12,9	13,1	27,3	0,6	– 24,6	März
– 2,9	– 3,0	– 0,0	– 0,0	– 2,8	– 1,4	3,0	0,5	– 6,7	– 8,6	– 11,1	– 10,2	199,4	April
3,4	3,0	0,0	– 0,0	1,4	0,1	0,4	0,0	4,5	– 7,6	– 24,4	12,3	– 173,8	Mai
2,6	0,8	0,0	– 0,0	– 2,7	1,0	– 0,4	0,1	4,4	5,7	33,7	8,7	– 51,5	Juni
– 2,9	– 2,2	0,0	– 0,0	– 2,8	– 1,7	– 2,2	– 0,0	– 2,6	– 2,8	– 40,4	10,2	107,1	Juli
– 1,8	– 2,1	0,0	– 0,0	– 1,0	0,1	– 0,7	0,1	2,3	0,5	22,4	14,5	137,9	Aug.
– 1,6	– 2,1	– 0,0	– 0,0	1,9	– 0,7	0,9	– 0,1	7,7	3,0	11,9	– 2,7	– 153,4	Sept.
1,8	0,7	– 0,0	– 0,0	– 1,8	– 7,7	21,7	– 0,0	10,5	– 3,0	0,3	1,4	– 157,2	Okt.
– 1,8	– 2,1	– 0,0	– 0,0	– 7,7	0,5	– 7,4	– 0,0	1,1	3,5	6,3	11,0	250,4	Nov.
– 1,8	– 1,3	0,0	0,0	– 4,9	1,0	– 10,8	– 0,1	– 10,3	– 3,4	– 58,1	5,1	44,3	Dez.
1,9	1,8	– 0,0	– 0,0	17,2	– 0,8	24,5	0,1	29,8	– 0,7	60,2	– 21,4	159,7	2026 Jan.
3,0	3,7	– 0,0	– 0,0	– 10,8	– 1,0	– 7,1	0,0	1,0	– 1,8	47,6	5,4	49,3	Febr.
– 0,9	– 3,1	– 0,0	– 0,0	– 6,9	0,5	3,0	0,2	– 3,9	– 3,6	– 28,2	– 14,9	– 16,8	März
5,2	5,0	– 0,0	– 0,0	9,5	– 0,7	– 2,8	0,3	11,4	1,0	– 2,1	1,6	73,0	April
– 0,0	– 1,2	0,0	– 0,0	– 7,5	0,6	9,9	– 0,0	12,7	4,0	13,9	– 3,1	– 87,0	Mai
3,9	0,3	0,0	– 0,0	1,0	0,4	6,8	– 0,1	4,1	1,7	8,0	11,2	24,5	Juni
3,0	2,6	0,0	– 0,0	1,8	– 0,4	– 6,4	– 0,1	11,8	2,1	– 6,4	1,2	131,4	Juli
1,8	0,6	0,0	– 0,0	3,8	1,1	– 3,0	0,1	5,6	5,0	– 5,7	7,9	– 105,4	Aug.

rungen. **3** In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geld marktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. **4** Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II,1).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)							Sonstige Aktivpositionen 1)
				insgesamt	darunter: Guthaben und Buchkredite	darunter: Wertpapiere von Banken	insgesamt	darunter: Buchkredite mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	darunter: Buchkredite mit Befristung über 1 Jahr	darunter: Wechsel	darunter: Wertpapiere von Nichtbanken	Beteiligungen	
Alle Bankengruppen													
2026 März	1 253	11 383,3	75,0	3 509,3	2 962,1	543,0	5 651,4	730,3	3 966,4	0,2	934,4	103,8	2 043,7
April	1 252	11 484,4	76,9	3 511,9	2 960,3	547,2	5 669,7	729,4	3 973,7	0,2	945,9	103,9	2 121,9
Mai	1 251	11 471,9	69,9	3 547,4	2 994,5	548,9	5 723,2	740,3	3 987,3	0,2	974,0	104,4	2 027,1
Juni	1 249	11 532,2	129,1	3 475,9	2 913,7	557,2	5 767,0	764,5	3 996,8	0,2	986,0	104,3	2 056,0
Juli	1 244	11 660,8	137,2	3 458,6	2 901,5	551,2	5 763,2	759,5	4 017,7	0,2	969,0	104,5	2 197,4
Aug.	1 244	11 596,6	134,5	3 504,1	2 943,2	555,0	5 773,3	749,7	4 023,7	0,2	977,9	104,6	2 080,2
Kreditbanken 6)													
2026 Juli	225	5 854,3	65,4	1 796,6	1 675,1	120,4	2 068,1	521,9	1 122,1	0,2	414,1	37,6	1 886,7
Aug.	226	5 764,0	60,4	1 832,9	1 708,9	123,1	2 072,9	511,0	1 123,3	0,2	423,8	37,6	1 760,2
Großbanken 7)													
2026 Juli	3	2 505,0	12,4	755,7	696,8	58,9	896,4	217,8	451,9	–	223,9	28,7	811,8
Aug.	3	2 536,3	13,2	758,7	697,6	61,0	900,2	213,8	451,3	–	231,8	28,7	835,6
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2026 Juli	121	2 876,5	35,3	770,9	713,3	57,2	1 009,2	253,5	570,3	0,2	178,8	8,2	1 052,8
Aug.	121	2 752,5	33,3	799,5	741,4	57,9	1 008,8	245,8	571,5	0,2	180,7	8,2	902,6
Zweigstellen ausländischer Banken													
2026 Juli	101	472,8	17,6	270,0	265,1	4,3	162,5	50,7	99,8	–	11,4	0,6	22,1
Aug.	102	475,3	13,9	274,8	270,0	4,2	163,9	51,5	100,6	–	11,3	0,6	22,0
Landesbanken													
2026 Juli	6	946,6	3,2	300,7	239,9	60,0	525,7	76,5	381,5	–	65,8	8,7	108,3
Aug.	6	954,7	4,2	302,3	241,9	59,6	528,9	79,2	382,6	–	65,2	8,7	110,5
Sparkassen													
2026 Juli	338	1 630,0	46,3	249,7	112,9	136,8	1 290,5	59,1	1 034,8	–	196,5	17,9	25,7
Aug.	337	1 632,8	48,5	246,2	109,1	137,2	1 293,5	58,5	1 037,5	–	197,4	17,9	26,6
Kreditgenossenschaften													
2026 Juli	639	1 244,5	16,6	209,6	96,6	112,2	968,2	35,7	801,3	0,0	131,2	20,9	29,2
Aug.	639	1 248,0	15,5	211,1	97,7	112,6	970,7	35,9	803,4	0,0	131,3	20,9	29,8
Realkreditinstitute													
2026 Juli	6	176,5	0,1	14,0	10,1	3,9	158,6	1,0	143,8	–	13,4	0,2	3,7
Aug.	6	175,5	0,1	12,6	8,7	3,9	158,8	1,8	143,4	–	13,4	0,2	3,8
Bausparkassen													
2026 Juli	13	261,2	0,3	33,1	19,7	13,4	223,4	1,3	201,3	.	20,8	0,1	4,3
Aug.	13	261,6	0,2	33,3	19,8	13,4	223,7	1,3	201,6	.	20,8	0,1	4,2
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben													
2026 Juli	17	1 547,7	5,4	854,8	747,2	104,4	528,8	63,9	333,0	–	127,2	19,1	139,6
Aug.	17	1 560,2	5,6	865,8	757,2	105,3	524,6	62,0	331,9	–	126,0	19,1	145,1
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)													
2026 Juli	128	2 692,4	37,7	836,3	790,8	44,6	903,1	237,0	459,9	0,1	197,0	2,3	913,0
Aug.	129	2 582,3	33,2	869,4	823,6	45,1	905,1	233,6	461,5	0,2	196,4	2,3	772,2
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)													
2026 Juli	27	2 219,6	20,1	566,3	525,8	40,3	740,6	186,3	360,1	0,1	185,6	1,6	891,0
Aug.	27	2 107,0	19,3	594,7	553,6	40,9	741,2	182,1	361,0	0,2	185,1	1,6	750,2

***** Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der - ebenfalls zu den MFIs zählenden - Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. **1** Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des §340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. §35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie in der Statistischen Fachreihe Bankenstatistiken in den Tabellen I.1 bis I.3. **2** Für "Bausparkassen": Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** In den Termineinlagen enthalten. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. **5** Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschreibungen; ohne nicht börsen-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)								Inhaber-schuld-verschrei-bungen im Umlauf [5]	Kapital einschl. offener Rück-lagen, Genuss-rechts-kapital, Fonds für allgemeine Bank-risiken	Sonstige Passiv-posi-tionen [1]	Stand am Monats-ende
	darunter:			darunter:										
					Termineinlagen mit Befristung [2]		Nach-richtlich: Verbind-lich-keiten aus Repos [3]	Spareinlagen [4]						
insgesamt	Sicht-einlagen	Termin-ein-lagen	insgesamt	Sicht-einlagen	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr [2]		insgesamt	darunter mit drei-monatiger Kündi-gungsfrist	Spar-briefe				
Alle Bankengruppen														
2 101,5	728,2	1 373,4	5 087,1	3 100,3	744,5	692,4	212,7	389,6	327,6	160,3	1 447,3	701,9	2 045,4	2026 März
2 108,4	720,3	1 388,1	5 097,2	3 111,0	745,4	692,3	217,8	387,0	325,1	161,6	1 455,3	701,9	2 121,5	April
2 129,0	719,2	1 409,8	5 138,5	3 158,7	731,5	697,9	225,8	387,2	323,1	163,2	1 465,4	703,2	2 035,9	Mai
2 129,9	734,9	1 395,0	5 155,5	3 134,5	765,5	700,9	232,7	386,2	320,5	168,4	1 482,2	705,4	2 059,3	Juni
2 106,0	702,9	1 403,1	5 163,2	3 130,9	773,0	702,5	238,7	383,6	317,2	173,2	1 489,5	706,6	2 195,5	Juli
2 135,7	706,4	1 429,3	5 157,9	3 124,3	771,7	702,7	222,0	381,7	314,8	177,5	1 496,7	710,1	2 096,2	Aug.
Kreditbanken [6]														
1 203,9	574,6	629,3	2 296,1	1 469,4	414,3	285,4	210,4	84,2	41,0	42,8	287,3	250,0	1 817,0	2026 Juli
1 224,6	580,8	643,8	2 295,9	1 467,3	409,9	288,6	197,9	84,4	40,5	45,9	287,5	253,4	1 702,7	Aug.
Großbanken [7]														
437,4	186,6	250,8	985,6	615,8	209,2	80,6	76,5	77,5	35,2	2,5	203,9	91,7	786,4	2026 Juli
434,2	187,3	247,0	994,6	629,5	203,9	81,0	77,2	77,7	34,8	2,5	202,5	91,1	813,8	Aug.
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken														
581,6	302,0	279,5	1 059,9	684,9	148,9	179,6	133,9	6,3	5,4	40,3	82,2	140,3	1 012,4	2026 Juli
601,5	305,9	295,6	1 052,6	671,2	151,2	180,5	120,7	6,3	5,4	43,3	84,0	144,3	870,1	Aug.
Zweigstellen ausländischer Banken														
184,9	86,0	98,9	250,5	168,7	56,2	25,2	–	0,4	0,4	0,1	1,2	17,9	18,3	2026 Juli
188,9	87,7	101,2	248,8	166,5	54,8	27,0	–	0,4	0,4	0,1	0,9	17,9	18,8	Aug.
Landesbanken														
213,1	48,6	164,6	319,4	164,1	80,5	68,4	16,7	3,8	3,6	2,6	250,8	47,2	116,1	2026 Juli
219,7	47,3	172,4	315,3	162,7	78,6	67,6	13,0	3,8	3,6	2,7	253,3	47,2	119,2	Aug.
Sparkassen														
137,9	2,1	135,8	1 238,2	844,3	93,9	24,6	–	173,4	159,0	101,9	27,4	170,5	56,0	2026 Juli
139,0	2,5	136,5	1 238,0	843,9	94,2	24,8	–	172,2	158,0	103,0	27,5	170,5	57,6	Aug.
Kreditgenossenschaften														
149,4	1,3	148,1	929,5	589,2	140,5	52,6	–	121,9	113,2	25,3	6,3	124,2	35,1	2026 Juli
149,5	1,4	148,2	931,5	590,0	141,8	53,1	–	121,0	112,3	25,5	6,2	124,3	36,4	Aug.
Realkreditinstitute														
35,8	2,6	33,2	45,1	1,8	3,5	39,7	0,3	–	–	.	82,5	7,8	5,4	2026 Juli
36,6	2,9	33,7	45,6	1,8	4,3	39,5	0,3	–	–	.	80,1	7,8	5,3	Aug.
Bausparkassen														
39,8	2,3	37,5	189,4	3,6	3,7	181,5	0,9	0,4	0,3	0,2	10,9	14,0	7,2	2026 Juli
40,2	3,0	37,2	189,2	3,4	3,9	181,4	0,9	0,4	0,3	0,2	10,9	14,0	7,2	Aug.
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben														
326,1	71,3	254,7	145,5	58,4	36,5	50,2	10,4	–	–	.	824,5	92,9	158,7	2026 Juli
326,0	68,6	257,4	142,4	55,1	39,1	47,8	9,9	–	–	.	831,2	92,9	167,7	Aug.
Nachrichtlich: Auslandsbanken [8]														
679,1	346,9	332,2	951,3	622,0	191,2	118,6	101,6	5,6	5,3	13,8	69,7	111,9	880,4	2026 Juli
705,0	354,6	350,4	943,2	614,2	186,8	121,5	89,6	5,6	5,3	15,1	71,1	115,3	747,7	Aug.
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken [9]														
494,1	260,9	233,2	700,8	453,4	135,0	93,4	101,6	5,3	5,0	13,7	68,5	94,0	862,2	2026 Juli
516,1	266,9	249,2	694,5	447,7	132,0	94,5	89,6	5,2	4,9	15,0	70,2	97,3	728,9	Aug.

fähige Inhaberschuldverschreibungen. **6** Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen "Großbanken", "Regionalbanken und sonstige Kreditbanken" und "Zweigstellen ausländischer Banken". **7** Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG), Deutsche Postbank AG (ab Dezember 2004 bis April 2018) und DB Privat- und Firmenkundenbank AG (ab Mai 2018) (siehe Erläuterungen in der Statistischen Fachreihe Bankenstatistiken, Tabelle I.3, Bankengruppenbezeichnung "Großbanken"). **8** Summe der in anderen Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) "Zweigstellen ausländischer Banken". **9** Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs) insgesamt	Kredite an inländische Banken (MFIs) Guthaben und Buchkredite	Kredite an inländische Banken (MFIs) Wechsel	Kredite an inländische Banken (MFIs) börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Kredite an inländische Banken (MFIs) Wertpapiere von Banken	Kredite an inländische Banken (MFIs) Nachrichtlich: Treuhandkredite	Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) insgesamt	Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) Buchkredite	Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) Wechsel	Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) Wertpapiere von Nichtbanken 1)
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2016	25,8	284,0	1 364,9	1 099,8	0,0	0,8	264,3	2,0	3 274,3	2 823,8	0,3	0,4	449,8
2017	31,9	392,5	1 407,5	1 163,4	0,0	0,7	243,4	1,9	3 332,6	2 894,0	0,4	0,7	437,5
2018	40,4	416,1	1 323,5	1 083,8	0,0	0,8	239,0	5,9	3 394,5	2 990,2	0,2	0,2	403,9
2019	43,2	476,6	1 254,7	1 016,2	0,0	0,7	237,9	4,5	3 521,5	3 119,2	0,3	3,3	398,7
2020	47,2	792,9	1 367,9	1 119,7	0,0	0,7	247,5	8,8	3 647,0	3 245,1	0,2	4,0	397,7
2021	49,4	905,0	1 409,6	1 163,7	–	0,5	245,3	10,3	3 798,1	3 392,4	0,3	2,6	402,8
2022	19,8	67,3	2 347,0	2 101,4	–	1,0	244,6	12,1	4 015,6	3 613,1	0,2	2,7	399,6
2023	18,5	52,0	2 280,7	2 029,3	–	0,8	250,6	24,2	4 044,1	3 649,9	0,1	0,9	393,3
2024	19,5	61,2	2 122,3	1 855,2	–	0,7	266,4	37,4	4 120,1	3 701,3	0,1	1,8	416,9
2025	18,3	68,7	1 941,1	1 656,6	–	0,8	283,6	38,8	4 286,5	3 838,9	0,0	1,9	445,8
2025 März	15,5	46,0	2 187,7	1 909,0	–	0,9	277,8	37,0	4 154,8	3 717,7	0,1	2,7	434,3
April	16,5	49,9	2 185,8	1 904,1	–	0,9	280,7	36,9	4 161,0	3 723,2	0,0	2,0	435,8
Mai	16,5	48,4	2 178,0	1 893,4	–	1,0	283,5	36,9	4 168,2	3 727,2	0,0	2,5	438,4
Juni	15,7	46,2	2 132,7	1 847,2	–	0,9	284,6	36,3	4 174,5	3 732,5	0,0	3,3	438,7
Juli	15,7	54,1	2 111,0	1 824,7	–	1,0	285,3	37,1	4 193,1	3 741,7	0,0	3,9	447,5
Aug.	16,1	46,5	2 126,8	1 839,3	–	1,1	286,4	37,0	4 194,5	3 749,1	0,0	4,0	441,4
Sept.	15,7	48,0	2 093,1	1 807,2	–	0,9	284,9	39,8	4 207,4	3 755,8	0,0	2,2	449,3
Okt.	16,1	72,0	1 994,8	1 707,1	–	0,9	286,7	40,8	4 268,5	3 818,2	0,0	1,9	448,4
Nov.	15,9	53,3	2 005,1	1 718,3	–	0,9	285,9	40,0	4 296,6	3 845,8	0,0	1,8	449,0
Dez.	18,3	68,7	1 941,1	1 656,6	–	0,8	283,6	38,8	4 286,5	3 838,9	0,0	1,9	445,8
2026 Jan.	15,7	46,5	2 020,1	1 727,2	–	1,1	291,9	36,4	4 293,0	3 837,8	0,0	1,7	453,5
Febr.	15,4	54,1	1 989,4	1 694,3	–	1,1	294,0	35,6	4 306,3	3 845,9	0,0	1,8	458,6
März	15,2	56,2	1 981,1	1 686,5	–	0,9	293,6	33,6	4 309,5	3 856,0	0,0	1,8	451,7
April	15,8	60,7	1 996,0	1 700,2	–	0,9	294,8	32,8	4 324,6	3 866,6	0,0	2,4	455,6
Mai	15,9	53,5	1 997,0	1 700,6	–	1,0	295,4	32,7	4 335,9	3 869,5	0,0	3,3	463,1
Juni	15,0	113,7	1 884,9	1 587,7	–	1,1	296,1	32,4	4 370,0	3 899,9	0,0	2,0	468,1
Juli	15,2	121,6	1 883,0	1 587,3	–	1,1	294,6	32,9	4 376,1	3 909,9	0,0	2,3	463,9
Aug.	14,8	119,3	1 904,8	1 608,6	–	1,1	295,1	34,5	4 378,5	3 914,0	0,0	2,8	461,7
	Veränderungen *)												
2017	+ 6,1	+ 108,4	+ 50,3	+ 70,4	– 0,0	+ 0,0	– 20,1	– 0,1	+ 57,0	+ 70,2	+ 0,0	+ 0,4	– 13,6
2018	+ 8,5	+ 24,0	– 81,0	– 76,6	+ 0,0	+ 0,1	– 4,4	+ 3,8	+ 71,5	+ 105,4	– 0,1	– 0,5	– 33,2
2019	+ 2,8	+ 59,7	– 63,0	– 61,1	– 0,0	– 0,2	– 1,6	– 1,4	+ 126,7	+ 129,1	+ 0,1	+ 3,1	– 5,5
2020	+ 4,1	+ 316,4	+ 201,2	+ 191,6	– 0,0	+ 0,0	+ 9,6	+ 4,3	+ 123,2	+ 123,6	– 0,1	+ 0,7	– 1,0
2021	+ 2,2	+ 111,8	+ 44,1	+ 46,3	– 0,0	– 0,2	– 2,0	+ 1,5	+ 152,2	+ 147,8	+ 0,0	– 2,2	+ 6,6
2022	– 29,6	– 836,6	+ 938,0	+ 938,1	–	+ 0,2	– 0,3	+ 1,7	+ 216,7	+ 220,1	– 0,1	+ 0,1	– 3,3
2023	– 1,3	– 15,3	– 65,5	– 71,2	–	– 0,2	+ 5,9	+ 1,9	+ 30,9	+ 39,0	– 0,1	– 1,8	– 6,2
2024	+ 0,9	+ 9,5	– 149,7	– 164,7	–	– 0,1	+ 15,0	+ 15,3	+ 76,9	+ 52,4	– 0,0	+ 1,0	+ 23,6
2025	– 1,1	+ 7,6	– 93,3	– 110,7	–	+ 0,1	+ 17,3	+ 1,1	+ 122,0	+ 93,0	– 0,0	+ 0,2	+ 28,9
2025 März	– 0,8	+ 6,6	– 29,1	– 28,7	–	– 0,1	– 0,3	+ 0,3	+ 4,0	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,1	+ 3,0
April	+ 1,0	+ 3,9	– 0,9	– 3,9	–	+ 0,1	+ 2,9	– 0,1	+ 6,3	+ 5,5	– 0,0	– 0,6	+ 1,5
Mai	+ 0,0	– 1,5	– 7,8	– 10,7	–	+ 0,1	+ 2,8	+ 0,0	+ 7,2	+ 4,1	+ 0,0	+ 0,4	+ 2,6
Juni	– 0,7	– 2,2	– 45,2	– 46,2	–	– 0,1	+ 1,0	– 0,7	+ 6,3	+ 5,2	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,2
Juli	– 0,0	+ 7,9	– 21,7	– 22,5	–	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,9	+ 18,6	+ 9,3	– 0,0	+ 0,6	+ 8,8
Aug.	+ 0,4	– 7,6	+ 17,4	+ 16,2	–	+ 0,1	+ 1,1	– 0,2	+ 1,4	+ 7,4	+ 0,0	+ 0,1	– 6,1
Sept.	– 0,4	+ 1,5	– 34,1	– 32,4	–	– 0,2	– 1,5	+ 2,8	+ 13,2	+ 7,0	–	– 1,8	+ 7,9
Okt.	+ 0,4	+ 24,2	– 12,7	– 14,5	–	– 0,0	+ 1,8	+ 0,8	+ 15,2	+ 16,5	–	– 0,3	– 1,0
Nov.	– 0,2	– 18,7	+ 10,4	+ 11,2	–	– 0,0	– 0,8	– 0,8	+ 28,1	+ 27,4	– 0,0	+ 0,0	+ 0,6
Dez.	+ 2,4	+ 15,4	– 64,0	– 61,7	–	– 0,1	– 2,3	– 1,2	– 10,0	– 6,9	+ 0,0	+ 0,1	– 3,2
2026 Jan.	– 2,6	– 22,7	+ 61,4	+ 54,8	–	+ 0,3	+ 6,3	– 2,4	+ 13,2	+ 3,4	– 0,0	– 0,0	+ 9,8
Febr.	– 0,3	+ 7,6	– 30,7	– 32,8	–	– 0,1	+ 2,1	– 0,8	+ 13,2	+ 8,1	– 0,0	+ 0,1	+ 5,1
März	– 0,2	+ 2,1	– 8,3	– 7,8	–	– 0,1	– 0,4	– 2,0	+ 3,1	+ 9,9	+ 0,0	+ 0,1	– 6,9
April	+ 0,6	+ 4,5	+ 15,7	+ 14,5	–	– 0,0	+ 1,2	– 0,8	+ 15,9	+ 11,4	+ 0,0	+ 0,5	+ 3,9
Mai	+ 0,1	– 7,2	+ 1,2	+ 0,7	–	+ 0,1	+ 0,5	– 0,0	+ 11,4	+ 2,9	– 0,0	+ 0,9	+ 7,6
Juni	– 0,9	+ 60,2	– 112,1	– 112,9	–	+ 0,1	+ 0,7	– 0,3	+ 34,2	+ 30,5	– 0,0	– 1,3	+ 5,0
Juli	+ 0,2	+ 7,9	– 2,0	– 0,4	–	+ 0,0	– 1,6	+ 0,4	+ 6,1	+ 9,9	+ 0,0	+ 0,3	– 4,2
Aug.	– 0,4	– 2,3	+ 21,6	+ 21,1	–	+ 0,0	+ 0,6	+ 1,6	+ 2,1	+ 3,8	– 0,0	+ 0,5	– 2,2

***** Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. **2** Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. **3** Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsen-

IV. Banken

Ausgleichsforderungen [2]	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an inländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) [3]: insgesamt	Sichteinlagen [4]	Termineinlagen [4]	weitergegebene Wechsel [5]	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs): insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen [6]	Spareinlagen [7]	Sparbriefe [8]	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
–	19,1	91,0	1 032,9	129,5	903,3	0,1	5,6	3 326,7	1 798,2	889,6	588,5	50,4	28,8	2016
–	19,1	88,1	1 048,2	110,7	937,4	0,0	5,1	3 420,9	1 941,0	853,2	582,9	43,7	30,0	2017
–	18,0	90,9	1 020,9	105,5	915,4	0,0	4,7	3 537,6	2 080,1	841,5	578,6	37,3	33,9	2018
–	17,3	90,4	1 010,2	107,2	902,9	0,0	4,4	3 661,0	2 236,3	816,2	575,2	33,2	32,5	2019
–	23,5	78,3	1 236,7	125,0	1 111,6	0,0	13,1	3 885,2	2 513,0	783,3	560,6	28,3	34,4	2020
–	25,7	79,2	1 338,4	117,2	1 221,3	0,0	16,4	3 976,3	2 654,6	736,0	561,2	24,5	34,2	2021
–	25,6	80,3	1 231,6	136,9	1 094,7	0,0	15,7	4 162,0	2 720,6	873,5	533,2	34,6	35,9	2022
–	23,8	80,3	1 099,9	137,9	962,0	0,0	13,5	4 229,0	2 540,8	1 100,1	445,9	142,2	50,1	2023
–	26,1	83,9	989,5	123,1	866,4	0,0	11,0	4 388,5	2 630,5	1 194,2	406,0	157,8	66,7	2024
–	27,1	85,2	941,0	113,0	828,0	0,0	9,3	4 527,9	2 795,7	1 186,0	390,3	155,9	76,0	2025
–	26,2	85,7	998,7	138,1	860,7	0,0	10,6	4 368,0	2 618,2	1 194,9	398,9	155,9	65,7	2025 März
–	26,5	85,8	1 020,5	149,3	871,2	0,0	10,6	4 394,6	2 661,3	1 181,1	397,5	154,7	65,9	April
–	26,2	85,5	1 023,1	144,4	878,6	0,0	10,5	4 402,9	2 684,9	1 167,4	397,3	153,4	66,2	Mai
–	26,3	85,7	1 010,6	145,7	864,9	0,0	10,1	4 395,1	2 677,5	1 166,7	397,9	153,0	65,9	Juni
–	26,4	85,9	1 012,4	138,6	873,9	0,0	10,1	4 399,8	2 692,6	1 157,0	397,1	153,1	66,9	Juli
–	26,5	84,7	999,6	135,7	863,8	0,0	10,0	4 418,8	2 712,3	1 158,4	395,5	152,6	67,8	Aug.
–	26,8	84,8	1 001,5	137,7	863,8	0,0	9,7	4 405,7	2 705,9	1 153,1	393,9	152,8	72,6	Sept.
–	26,9	85,0	943,5	115,5	828,0	0,0	9,6	4 478,0	2 747,9	1 183,9	391,9	154,4	73,8	Okt.
–	27,1	85,2	951,8	125,5	826,3	0,0	9,7	4 533,7	2 803,6	1 185,3	389,7	155,1	73,9	Nov.
–	27,1	85,2	941,0	113,0	828,0	0,0	9,3	4 527,9	2 795,7	1 186,0	390,3	155,9	76,0	Dez.
–	27,3	84,6	944,7	126,4	818,3	0,0	9,3	4 546,9	2 801,0	1 200,9	388,7	156,2	77,5	2026 Jan.
–	27,4	84,8	946,1	125,1	821,0	0,0	9,1	4 550,1	2 800,7	1 204,2	387,7	157,4	78,3	Febr.
–	28,0	84,9	940,6	125,3	815,3	0,0	8,7	4 540,4	2 787,8	1 207,9	385,5	159,2	80,9	März
–	29,6	84,9	952,8	125,6	827,2	0,0	8,7	4 547,9	2 806,0	1 198,6	382,8	160,4	83,8	April
–	30,2	85,4	955,2	121,3	834,0	0,0	8,6	4 580,3	2 830,0	1 205,2	383,0	162,1	84,2	Mai
–	30,2	85,1	954,1	124,7	829,4	0,0	8,3	4 589,8	2 818,1	1 222,4	382,0	167,2	83,5	Juni
–	30,6	85,3	959,2	122,6	836,6	0,0	8,3	4 586,2	2 801,6	1 233,1	379,5	172,0	83,2	Juli
–	30,0	85,4	967,5	125,0	842,5	0,0	8,4	4 583,2	2 804,2	1 226,2	377,6	175,4	84,8	Aug.
Veränderungen *)														
–	– 0,0	– 1,6	+ 11,0	– 18,4	+ 29,4	– 0,0	– 0,5	+ 103,1	+ 142,8	– 27,5	– 5,6	– 6,7	+ 0,4	2017
–	– 1,0	+ 3,1	– 25,0	– 3,1	– 21,9	+ 0,0	– 0,4	+ 117,7	+ 139,3	– 10,8	– 4,3	– 6,5	+ 3,9	2018
–	– 0,7	+ 0,1	– 8,6	+ 1,6	– 10,2	+ 0,0	– 0,3	+ 122,5	+ 155,8	– 25,7	– 3,4	– 4,1	– 1,4	2019
–	+ 5,7	– 3,3	+ 313,4	+ 23,2	+ 290,2	– 0,0	+ 8,2	+ 221,6	+ 273,7	– 32,7	– 14,5	– 4,9	+ 1,9	2020
–	+ 2,3	+ 1,0	+ 105,2	– 7,4	+ 112,6	+ 0,0	+ 3,3	+ 95,3	+ 144,3	– 46,2	+ 0,7	– 3,5	– 0,2	2021
–	– 0,1	+ 1,7	– 104,6	+ 8,8	– 113,4	– 0,0	– 0,6	+ 191,8	+ 65,8	+ 143,4	– 27,5	+ 10,1	+ 1,7	2022
–	– 1,2	+ 0,6	– 139,9	– 8,9	– 131,0	± 0,0	– 2,3	+ 76,6	– 172,0	+ 226,4	– 82,3	+104,5	+ 3,5	2023
–	+ 2,3	+ 3,8	– 69,9	+ 23,0	– 92,9	+ 0,0	– 2,4	+ 126,1	+ 57,9	+ 85,0	– 40,0	+ 23,1	+17,0	2024
–	+ 1,0	+ 2,5	+ 0,5	+ 8,8	– 8,3	– 0,0	– 1,7	+ 107,8	+ 163,5	– 38,1	– 15,8	– 1,8	+ 9,3	2025
–	– 0,3	+ 0,3	– 16,3	– 5,0	– 11,3	– 0,0	– 0,4	– 6,8	– 9,5	+ 5,5	– 2,3	– 0,5	+ 0,3	2025 März
–	+ 0,3	+ 0,1	+ 21,8	+ 11,2	+ 10,5	– 0,0	– 0,1	+ 26,8	+ 43,3	– 13,9	– 1,4	– 1,2	+ 0,3	April
–	+ 0,1	– 0,2	+ 2,6	– 4,9	+ 7,4	– 0,0	– 0,0	+ 8,3	+ 23,5	– 13,7	– 0,3	– 1,2	+ 0,6	Mai
–	+ 0,0	+ 0,1	– 12,5	+ 1,3	– 13,8	+ 0,0	– 0,4	– 7,8	– 7,4	– 0,7	+ 0,6	– 0,4	– 0,3	Juni
–	+ 0,2	+ 0,3	+ 1,9	– 7,2	+ 9,0	+ 0,0	– 0,1	+ 4,7	+ 15,2	– 9,7	– 0,8	+ 0,1	+ 0,9	Juli
–	+ 0,0	+ 0,1	– 11,3	– 2,8	– 8,5	– 0,0	– 0,0	+ 19,0	+ 19,7	+ 1,4	– 1,6	– 0,5	+ 0,9	Aug.
–	+ 0,4	+ 0,1	+ 2,0	+ 1,9	+ 0,0	– 0,0	– 0,4	– 13,1	– 6,3	– 5,3	– 1,6	+ 0,1	+ 4,8	Sept.
–	+ 0,0	+ 0,2	– 11,9	– 3,2	– 8,7	–	– 0,0	+ 37,9	+ 34,5	+ 3,9	– 2,1	+ 1,6	+ 1,3	Okt.
–	+ 0,3	+ 0,1	+ 8,3	+ 10,0	– 1,7	+ 0,0	+ 0,1	+ 55,7	+ 55,7	+ 1,5	– 2,1	+ 0,7	+ 0,1	Nov.
–	– 0,1	+ 0,0	– 7,6	– 12,6	+ 5,0	+ 0,0	– 0,3	– 8,8	– 7,9	– 2,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,1	Dez.
–	+ 0,3	– 2,0	– 4,8	+ 5,4	– 10,2	– 0,0	– 0,1	+ 15,4	+ 1,4	+ 15,2	– 1,6	+ 0,3	+ 1,5	2026 Jan.
–	+ 0,1	+ 0,2	+ 1,5	– 1,3	+ 2,8	–	– 0,2	+ 3,2	– 0,3	+ 3,3	– 1,0	+ 1,2	+ 0,9	Febr.
–	+ 0,5	+ 0,1	– 5,5	– 0,2	– 5,2	–	– 0,4	– 9,7	– 12,9	+ 3,7	– 2,2	+ 1,7	+ 2,6	März
–	+ 1,6	– 0,0	+ 12,1	+ 0,2	+ 11,9	–	– 0,0	+ 7,5	+ 18,2	– 9,3	– 2,6	+ 1,3	+ 2,9	April
–	+ 0,7	+ 0,5	+ 2,4	– 4,3	+ 6,8	– 0,0	– 0,0	+ 32,4	+ 24,0	+ 6,6	+ 0,2	+ 1,7	+ 0,5	Mai
–	+ 0,0	– 0,2	– 1,1	+ 3,4	– 4,6	–	– 0,4	+ 9,8	– 11,7	+ 17,4	– 1,0	+ 5,2	– 0,7	Juni
–	+ 0,4	+ 0,1	+ 5,1	– 2,1	+ 7,2	+ 0,0	+ 0,0	– 3,6	– 16,5	+ 10,7	– 2,5	+ 4,8	– 0,4	Juli
–	– 0,6	+ 0,2	+ 6,1	+ 2,3	+ 3,8	– 0,0	+ 0,1	– 0,2	+ 2,4	– 4,0	– 1,9	+ 3,3	+ 1,6	Aug.

fähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. **4** Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. **5** Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf. **6** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **7** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 8. **8** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen	Kredite an ausländische Banken (MFIs)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite, Wechsel			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken
			zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig		
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2016	0,3	1 055,9	820,6	519,8	300,7	0,5	234,9	1,0	756,2	451,6	90,1	361,4	5,0	299,6
2017	0,3	963,8	738,2	441,0	297,2	0,7	225,0	2,3	723,9	442,2	93,3	348,9	4,2	277,5
2018	0,2	1 014,1	771,9	503,8	268,1	1,0	241,3	3,0	762,0	489,6	99,9	389,7	4,3	268,1
2019	0,2	1 064,2	814,0	532,7	281,3	1,8	248,5	3,7	795,3	513,1	111,0	402,1	7,7	274,5
2020	0,2	1 024,3	784,8	532,1	252,8	2,6	236,8	4,0	822,8	523,0	125,4	397,5	11,3	288,5
2021	0,3	1 100,7	877,5	614,7	262,7	0,4	222,8	3,5	871,2	572,2	151,5	420,7	8,0	290,9
2022	0,2	1 151,3	926,6	656,2	270,4	1,7	223,0	3,7	913,7	616,2	173,0	443,2	14,9	282,6
2023	0,2	1 166,9	934,7	652,0	282,7	3,1	229,2	6,1	960,4	627,3	174,9	452,4	12,3	320,8
2024	0,2	1 305,9	1 058,4	759,7	298,7	2,0	245,5	7,9	1 066,7	691,2	222,0	469,3	12,9	362,6
2025	0,1	1 410,4	1 157,1	856,3	300,8	3,1	250,2	17,6	1 198,2	746,0	274,9	471,1	15,6	436,6
2025 März	0,1	1 385,7	1 133,8	835,7	298,1	2,3	249,6	7,6	1 145,2	720,0	245,7	474,3	16,6	408,6
April	0,1	1 364,0	1 114,8	817,9	296,9	2,1	247,1	8,1	1 145,3	720,4	248,8	471,6	14,6	410,2
Mai	0,1	1 359,0	1 106,4	810,0	296,4	2,3	250,4	9,0	1 158,4	724,6	251,5	473,0	15,7	418,2
Juni	0,1	1 389,4	1 140,0	850,0	290,0	2,2	247,1	9,3	1 174,9	714,7	243,5	471,2	19,9	440,2
Juli	0,1	1 358,8	1 110,7	818,2	292,5	2,2	245,9	9,7	1 172,9	723,2	248,6	474,5	15,0	434,7
Aug.	0,1	1 380,4	1 126,2	831,7	294,5	2,3	251,9	11,2	1 175,4	722,8	249,2	473,7	13,3	439,3
Sept.	0,1	1 383,8	1 127,5	833,2	294,3	2,2	254,1	13,2	1 208,3	745,1	271,8	473,3	14,3	448,8
Okt.	0,1	1 402,6	1 147,1	851,5	295,6	2,3	253,2	12,9	1 221,6	751,7	275,2	476,5	17,4	452,5
Nov.	0,1	1 441,2	1 182,4	881,3	301,2	3,1	255,6	13,9	1 216,8	742,0	267,5	474,5	20,3	454,6
Dez.	0,1	1 410,4	1 157,1	856,3	300,8	3,1	250,2	17,6	1 198,2	746,0	274,9	471,1	15,6	436,6
2026 Jan.	0,1	1 504,1	1 252,6	947,7	304,9	2,9	248,5	21,8	1 320,5	832,3	358,6	473,7	17,0	471,2
Febr.	0,1	1 557,3	1 304,0	998,8	305,2	3,0	250,3	.	1 338,0	837,8	362,7	475,1	15,6	484,5
März	0,1	1 528,2	1 275,6	971,0	304,6	3,3	249,4	.	1 341,9	841,0	359,9	481,1	18,2	482,7
April	0,1	1 515,9	1 260,1	953,6	306,6	3,4	252,4	.	1 345,2	836,7	356,5	480,2	18,1	490,4
Mai	0,1	1 550,3	1 293,9	983,5	310,4	3,0	253,5	.	1 387,3	858,3	373,3	484,9	18,1	511,0
Juni	0,1	1 590,9	1 326,1	1 011,4	314,6	3,8	261,1	.	1 397,0	861,5	372,7	488,9	17,6	517,8
Juli	0,1	1 575,6	1 314,3	998,5	315,8	4,7	256,7	.	1 387,1	867,5	375,0	492,4	14,5	505,1
Aug.	0,1	1 599,3	1 334,7	1 018,2	316,5	4,7	259,9	.	1 394,7	859,6	369,6	490,0	18,9	516,2
	Veränderungen *)													
2017	+ 0,0	− 57,2	− 48,7	− 61,5	+ 12,8	+ 0,0	− 8,5	+ 0,6	− 4,7	+ 13,0	+ 8,6	+ 4,4	+ 0,7	− 18,4
2018	+ 0,0	+ 49,6	+ 34,0	+ 57,7	− 23,7	+ 0,2	+ 15,3	+ 0,7	+ 18,3	+ 28,3	+ 3,2	+ 25,2	− 0,4	− 9,7
2019	− 0,0	− 4,1	− 11,3	− 21,9	+ 10,7	+ 0,8	+ 6,3	+ 0,7	+ 26,8	+ 19,9	+ 12,7	+ 7,3	+ 3,0	+ 3,8
2020	− 0,0	− 32,0	− 22,4	− 6,6	− 15,8	+ 0,9	− 10,5	+ 0,3	+ 34,4	+ 14,7	+ 9,0	+ 5,7	+ 3,6	+ 16,1
2021	+ 0,0	+ 52,8	+ 71,1	+ 68,9	+ 2,2	− 2,5	− 15,8	− 0,5	+ 37,8	+ 39,7	+ 29,8	+ 9,9	− 3,2	+ 1,4
2022	− 0,1	+ 21,7	+ 20,4	+ 17,9	+ 2,6	+ 1,3	− 0,0	+ 0,2	+ 37,0	+ 37,0	+ 16,8	+ 20,2	+ 6,7	− 6,7
2023	− 0,0	+ 32,6	+ 24,9	+ 10,2	+ 14,7	+ 1,4	+ 6,3	+ 0,5	+ 51,5	+ 14,8	+ 5,2	+ 9,6	− 2,6	+ 39,3
2024	+ 0,0	+ 121,0	+ 106,2	+ 97,2	+ 9,0	− 1,0	+ 15,9	− 0,2	+ 95,3	+ 55,1	+ 43,9	+ 11,2	+ 0,5	+ 39,7
2025	− 0,1	+ 133,0	+ 126,2	+ 109,9	+ 16,4	+ 1,1	+ 5,7	+10,7	+ 158,5	+ 76,1	+ 62,8	+ 13,3	+ 3,0	+ 79,4
2025 März	− 0,0	+ 45,9	+ 47,3	+ 46,5	+ 0,8	+ 0,2	− 1,7	+ 0,1	+ 9,5	+ 1,7	− 1,5	+ 3,3	+ 1,1	+ 6,6
April	− 0,0	− 3,3	− 0,9	− 5,6	+ 4,7	− 0,1	− 2,2	+ 0,5	+ 10,3	+ 8,4	+ 6,5	+ 1,9	− 1,9	+ 3,8
Mai	+ 0,0	− 6,5	− 9,9	− 8,9	− 1,0	+ 0,2	+ 3,2	+ 0,9	+ 11,7	+ 3,1	+ 2,4	+ 0,7	+ 1,0	+ 7,7
Juni	+ 0,0	+ 41,5	+ 44,7	+ 47,2	− 2,5	− 0,0	− 3,1	+ 0,3	+ 23,7	− 4,3	− 5,8	+ 1,5	+ 4,4	+ 23,6
Juli	+ 0,0	− 37,9	− 36,7	− 36,9	+ 0,1	− 0,1	− 1,1	+ 0,3	− 5,5	+ 5,7	+ 3,9	+ 1,8	− 4,9	− 6,3
Aug.	− 0,0	+ 27,5	+ 21,3	+ 17,3	+ 4,0	+ 0,1	+ 6,1	+ 1,5	+ 5,9	+ 2,3	+ 1,7	+ 0,6	− 1,7	+ 5,3
Sept.	− 0,0	+ 5,9	+ 3,7	+ 3,0	+ 0,7	− 0,1	+ 2,2	+ 2,0	+ 34,7	+ 23,6	+ 23,3	+ 0,3	+ 1,1	+ 9,9
Okt.	− 0,0	+ 15,0	+ 15,9	+ 16,3	− 0,4	+ 0,1	− 0,9	+ 0,8	+ 10,9	+ 4,7	+ 2,5	+ 2,2	+ 3,1	+ 3,1
Nov.	− 0,0	+ 38,1	+ 34,9	+ 30,0	+ 4,9	+ 0,8	+ 2,4	+ 1,0	− 4,9	− 9,7	− 7,7	− 2,1	+ 2,7	+ 2,0
Dez.	−	− 39,7	− 34,3	− 36,0	+ 1,7	+ 0,0	− 5,4	+ 3,7	− 16,0	+ 6,0	+ 8,5	− 2,5	− 4,6	− 17,4
2026 Jan.	−	+ 67,9	+ 68,0	+ 62,2	+ 5,8	− 0,2	+ 0,1	+ 4,3	+ 61,8	+ 31,6	+ 28,8	+ 2,9	+ 1,2	+ 29,0
Febr.	− 0,0	+ 50,4	+ 48,6	+ 49,3	− 0,7	+ 0,0	+ 1,7	.	+ 16,4	+ 4,6	+ 3,9	+ 0,8	− 1,0	+ 12,8
März	+ 0,0	− 38,1	− 37,2	− 33,6	− 3,6	+ 0,3	− 1,1	.	− 1,0	− 0,7	− 5,4	+ 4,6	+ 2,6	− 2,9
April	− 0,0	− 9,6	− 12,9	− 16,8	+ 4,0	+ 0,1	+ 3,1	.	+ 6,3	− 1,9	− 1,2	− 0,7	− 0,1	+ 8,2
Mai	+ 0,0	+ 32,8	+ 32,1	+ 29,3	+ 2,8	− 0,4	+ 1,1	.	+ 41,2	+ 20,8	+ 16,9	+ 3,9	− 0,1	+ 20,4
Juni	− 0,0	+ 32,0	+ 25,1	+ 23,5	+ 1,6	+ 0,9	+ 6,1	.	+ 7,1	+ 0,2	− 2,3	+ 2,5	− 0,5	+ 7,4
Juli	+ 0,0	− 12,8	− 9,3	− 11,4	+ 2,0	+ 0,9	− 4,4	.	− 8,9	+ 6,7	+ 2,9	+ 3,8	− 3,1	− 12,5
Aug.	− 0,0	+ 27,1	+ 23,8	+ 21,8	+ 2,0	− 0,0	+ 3,3	.	+ 9,5	− 6,4	− 5,9	− 0,5	+ 4,4	+ 11,6

***** Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt.

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)								Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						
				Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)						Termineinlagen (einschl. Spareinlagen und Sparbriefe)				
Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	insgesamt	Sichteinlagen	zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
13,1	28,7	696,1	374,4	321,6	234,2	87,5	0,0	206,2	100,3	105,9	55,2	50,8	0,7	2016
12,1	24,3	659,0	389,6	269,4	182,4	87,0	0,0	241,2	109,4	131,8	68,1	63,8	0,3	2017
11,8	22,1	643,1	370,6	272,5	185,6	86,8	0,0	231,5	110,2	121,3	63,7	57,6	0,1	2018
11,5	21,3	680,6	339,3	341,2	243,2	98,0	–	229,8	112,3	117,4	60,5	57,0	0,1	2019
11,3	17,2	761,2	428,8	332,5	205,1	127,3	–	258,5	133,3	125,2	65,6	59,7	0,1	2020
11,1	16,6	914,6	456,0	458,6	301,5	157,2	0,0	288,2	141,9	146,2	68,7	77,6	0,1	2021
10,4	15,7	998,4	480,0	518,4	376,4	141,9	–	370,3	196,0	174,3	84,4	89,8	0,1	2022
10,7	16,7	923,8	469,5	454,3	288,1	166,2	–	380,6	176,2	204,4	104,9	99,5	1,1	2023
10,7	17,1	962,3	462,9	499,4	316,2	183,2	–	403,2	190,8	212,5	106,2	106,2	4,7	2024
11,6	18,0	990,4	482,0	508,4	327,1	181,3	–	435,5	210,8	224,8	115,9	108,9	9,8	2025
10,7	17,5	1 089,8	548,8	541,0	357,8	183,2	–	466,2	229,6	236,7	128,7	108,0	5,6	2025 März
10,7	17,4	1 092,0	564,4	527,6	351,7	176,0	–	449,6	224,7	224,9	117,6	107,4	5,9	April
10,7	17,4	1 054,5	516,0	538,5	357,2	181,3	–	454,7	228,4	226,3	118,3	108,1	6,3	Mai
10,5	17,5	1 072,1	539,7	532,4	351,9	180,5	–	460,6	230,2	230,4	121,0	109,4	6,5	Juni
10,5	17,5	1 035,7	511,5	524,1	340,6	183,6	–	450,4	225,6	224,8	115,6	109,2	7,0	Juli
10,5	17,6	1 053,3	489,4	563,8	383,2	180,6	–	442,3	219,0	223,2	113,8	109,4	7,5	Aug.
10,5	17,6	1 066,6	539,0	527,6	339,5	188,1	–	459,7	230,7	229,1	119,7	109,4	8,2	Sept.
11,3	17,7	1 057,7	526,4	531,3	344,6	186,7	–	453,8	215,6	238,2	128,0	110,2	8,6	Okt.
11,4	17,6	1 059,6	548,1	511,4	321,6	189,8	–	440,7	216,0	224,7	113,9	110,8	9,0	Nov.
11,6	18,0	990,4	482,0	508,4	327,1	181,3	–	435,5	210,8	224,8	115,9	108,9	9,8	Dez.
11,8	18,6	1 122,5	589,7	532,8	347,0	185,8	–	537,5	289,6	247,9	133,8	114,1	10,8	2026 Jan.
12,0	18,6	1 160,0	611,7	548,3	354,7	193,6	–	540,1	295,6	244,5	131,1	113,5	11,5	Febr.
13,2	18,7	1 160,9	602,8	558,1	377,0	181,0	–	546,7	312,4	234,3	118,8	115,5	12,5	März
13,9	18,9	1 155,5	594,7	560,9	376,5	184,3	–	549,4	305,0	244,4	129,2	115,2	13,4	April
14,5	18,9	1 173,7	597,9	575,8	393,2	182,6	–	558,3	328,7	229,6	113,0	116,5	14,7	Mai
14,7	19,0	1 175,7	610,2	565,6	389,5	176,1	–	565,7	316,4	249,3	128,3	121,0	16,0	Juni
14,8	19,0	1 146,8	580,3	566,5	394,4	172,1	–	577,0	329,3	247,7	126,5	121,2	17,1	Juli
14,7	19,0	1 168,2	581,4	586,8	420,5	166,3	–	574,7	320,1	254,6	132,1	122,4	19,3	Aug.
Veränderungen *)														
– 1,0	– 4,1	– 15,5	+ 25,2	– 40,8	– 43,2	+ 2,4	± 0,0	+ 31,8	+ 11,0	+ 20,8	+ 15,6	+ 5,2	– 0,4	2017
– 0,2	– 2,2	– 23,9	– 23,4	– 0,4	+ 2,1	– 2,6	– 0,0	– 11,9	– 0,2	– 11,8	– 5,7	– 6,0	– 0,2	2018
– 0,3	– 0,9	– 9,5	– 49,4	+ 39,8	+ 28,0	+ 11,8	– 0,0	– 0,8	+ 2,1	– 2,9	– 1,8	– 1,1	– 0,0	2019
– 0,2	– 3,9	+ 83,8	+ 87,8	– 4,1	– 34,7	+ 30,6	–	+ 23,6	+ 13,8	+ 9,8	+ 7,1	+ 2,8	+ 0,0	2020
– 0,2	– 0,8	+ 136,6	+ 19,8	+ 116,8	+ 89,2	+ 27,6	+ 0,0	+ 22,7	+ 6,4	+ 16,3	+ 0,0	+ 16,3	– 0,0	2021
– 0,7	– 1,0	+ 85,8	+ 29,1	+ 56,7	+ 69,6	– 13,0	– 0,0	+ 68,2	+ 49,0	+ 19,2	+ 13,9	+ 5,3	+ 0,0	2022
+ 0,2	+ 1,1	– 66,1	– 4,6	– 61,4	– 86,9	+ 25,4	± 0,0	+ 11,6	– 18,3	+ 29,9	+ 20,9	+ 9,0	+ 0,1	2023
+ 0,0	+ 0,3	+ 33,9	– 10,8	+ 44,6	+ 22,2	+ 22,4	± 0,0	+ 17,6	+ 12,7	+ 4,9	– 1,5	+ 6,4	+ 3,3	2024
+ 0,1	+ 1,0	+ 70,0	+ 54,1	+ 15,9	+ 15,1	+ 0,9	–	+ 46,5	+ 26,2	+ 20,3	+ 14,3	+ 6,0	+ 5,1	2025
+ 0,0	– 0,0	+ 17,4	+ 3,7	+ 13,7	+ 13,9	– 0,2	–	+ 15,0	+ 11,2	+ 3,8	+ 0,4	+ 3,4	+ 0,3	2025 März
– 0,1	– 0,0	+ 16,7	+ 22,7	– 6,0	– 0,5	– 5,5	–	– 11,9	– 2,7	– 9,1	– 9,3	+ 0,2	+ 0,4	April
– 0,0	– 0,0	– 39,7	– 49,9	+ 10,2	+ 6,8	+ 3,3	–	+ 5,3	+ 4,1	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,4	Mai
– 0,2	+ 0,2	+ 26,9	+ 28,0	– 1,1	– 1,6	+ 0,5	–	+ 8,8	+ 3,2	+ 5,6	+ 3,9	+ 1,7	+ 0,2	Juni
+ 0,0	– 0,0	– 41,6	– 30,7	– 10,9	– 13,4	+ 2,5	–	– 12,1	– 5,4	– 6,7	– 6,2	– 0,5	+ 0,5	Juli
– 0,0	+ 0,1	+ 22,3	– 19,8	+ 42,0	+ 44,5	– 2,5	–	– 6,6	– 5,9	– 0,7	– 1,1	+ 0,4	+ 0,5	Aug.
– 0,0	+ 0,0	+ 15,4	+ 50,3	– 34,9	– 42,7	+ 7,7	–	+ 18,1	+ 11,9	+ 6,2	+ 6,2	+ 0,0	+ 0,8	Sept.
+ 0,0	+ 0,1	+ 11,9	+ 9,8	+ 2,1	+ 4,0	– 1,9	–	– 2,5	– 11,0	+ 8,6	+ 7,8	+ 0,7	+ 0,4	Okt.
+ 0,1	– 0,1	– 0,1	+ 19,8	– 19,9	– 23,0	+ 3,2	–	– 13,0	+ 0,4	– 13,5	– 14,1	+ 0,6	+ 0,4	Nov.
+ 0,2	+ 0,4	– 79,4	– 69,0	– 10,5	– 2,4	– 8,1	–	– 3,9	– 5,4	+ 1,5	+ 2,6	– 1,0	+ 0,8	Dez.
+ 0,2	+ 1,3	+ 107,1	+ 77,6	+ 29,5	+ 20,9	+ 8,6	–	+ 41,2	+ 23,9	+ 17,3	+ 17,4	– 0,1	+ 1,0	2026 Jan.
+ 0,1	– 0,0	+ 35,6	+ 21,1	+ 14,5	+ 7,0	+ 7,5	–	+ 1,9	+ 5,6	– 3,7	– 2,9	– 0,7	+ 0,7	Febr.
+ 1,2	+ 0,0	– 5,7	– 11,9	+ 6,1	+ 19,9	– 13,7	–	+ 4,0	+ 15,6	– 11,6	– 13,4	+ 1,8	+ 1,0	März
+ 0,8	+ 0,2	– 1,6	– 6,1	+ 4,5	+ 1,1	+ 3,4	–	+ 4,2	– 6,6	+ 10,9	+ 11,0	– 0,1	+ 0,9	April
+ 0,6	+ 0,0	+ 17,0	+ 2,7	+ 14,3	+ 16,2	– 1,9	–	+ 8,4	+ 23,4	– 15,0	– 16,2	+ 1,2	+ 1,3	Mai
+ 0,1	+ 0,1	– 3,7	+ 12,1	– 15,8	– 8,4	– 7,4	–	+ 5,3	– 10,8	+ 16,1	+ 12,2	+ 4,0	+ 1,3	Juni
+ 0,1	+ 0,0	– 27,3	– 29,1	+ 1,8	+ 5,5	– 3,7	–	+ 11,9	+ 13,2	– 1,3	– 1,6	+ 0,3	+ 1,1	Juli
– 0,1	– 0,0	+ 23,6	+ 7,4	+ 16,2	+ 21,6	– 5,4	–	– 2,5	– 8,8	+ 6,3	+ 5,0	+ 1,3	+ 2,2	Aug.

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
				an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte				an Unter-
	mit börsenfähigen Geldmarktpapieren, Wertpapieren, Ausgleichsforderungen	ohne börsenfähige Geldmarktpapiere, Wertpapiere, Ausgleichsforderungen	insgesamt	zusammen	Buchkredite und Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere	zusammen	Buchkredite	Schatzwechsel	insgesamt	zusammen
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)										
2016	3 274,3	2 824,2	248,6	205,7	205,4	0,3	42,9	42,8	0,1	3 025,8	2 530,0
2017	3 332,6	2 894,4	241,7	210,9	210,6	0,3	30,7	30,3	0,4	3 090,9	2 640,0
2018	3 394,5	2 990,4	249,5	228,0	227,6	0,4	21,5	21,7	– 0,2	3 145,0	2 732,8
2019	3 521,5	3 119,5	260,4	238,8	238,4	0,4	21,6	18,7	2,9	3 261,1	2 866,9
2020	3 647,0	3 245,3	243,3	221,6	221,2	0,4	21,6	18,0	3,6	3 403,8	3 013,0
2021	3 798,1	3 392,7	249,7	232,2	231,9	0,3	17,5	15,2	2,3	3 548,4	3 174,6
2022	4 015,6	3 613,3	296,4	279,8	279,4	0,4	16,7	14,3	2,3	3 719,2	3 359,9
2023	4 044,1	3 649,9	279,0	264,2	264,0	0,3	14,8	14,2	0,6	3 765,1	3 401,1
2024	4 120,1	3 701,4	294,8	275,3	274,9	0,5	19,5	18,1	1,4	3 825,3	3 437,8
2025	4 286,5	3 838,9	367,1	339,3	338,8	0,4	27,9	26,4	1,4	3 919,4	3 493,7
2025 März	4 154,8	3 717,8	307,0	282,6	281,8	0,7	24,4	22,5	2,0	3 847,8	3 442,9
April	4 161,0	3 723,2	304,5	279,7	278,9	0,8	24,9	23,6	1,3	3 856,5	3 445,9
Mai	4 168,2	3 727,3	299,6	275,8	275,0	0,8	23,8	22,2	1,7	3 868,6	3 456,0
Juni	4 174,5	3 732,5	308,3	283,6	282,6	1,1	24,7	22,5	2,2	3 866,1	3 454,1
Juli	4 193,1	3 741,8	302,1	273,8	272,8	1,0	28,3	25,5	2,9	3 891,0	3 468,4
Aug.	4 194,5	3 749,2	302,4	275,9	275,0	0,9	26,5	23,4	3,1	3 892,1	3 476,6
Sept.	4 207,4	3 755,8	307,6	280,7	280,1	0,7	26,8	25,3	1,5	3 899,8	3 475,1
Okt.	4 268,5	3 818,3	355,3	327,4	326,7	0,7	27,9	26,7	1,2	3 913,2	3 486,7
Nov.	4 296,6	3 845,8	371,6	344,7	344,3	0,4	26,9	25,5	1,4	3 925,0	3 497,0
Dez.	4 286,5	3 838,9	367,1	339,3	338,8	0,4	27,9	26,4	1,4	3 919,4	3 493,7
2026 Jan.	4 293,0	3 837,8	366,4	334,8	334,5	0,3	31,7	30,2	1,4	3 926,6	3 494,8
Febr.	4 306,3	3 845,9	364,4	335,8	335,2	0,6	28,6	27,5	1,1	3 941,9	3 503,7
März	4 309,5	3 856,0	372,5	342,2	341,7	0,5	30,2	28,9	1,3	3 937,0	3 504,6
April	4 324,6	3 866,6	375,4	343,6	343,0	0,6	31,8	30,0	1,8	3 949,2	3 511,9
Mai	4 335,9	3 869,5	370,5	340,5	339,9	0,7	29,9	27,3	2,6	3 965,4	3 519,0
Juni	4 370,0	3 899,9	394,0	363,1	362,5	0,6	30,9	29,5	1,4	3 976,0	3 525,9
Juli	4 376,1	3 909,9	386,9	353,3	352,6	0,7	33,6	32,0	1,6	3 989,2	3 537,9
Aug.	4 378,5	3 914,0	383,1	350,6	350,0	0,5	32,5	30,3	2,3	3 995,4	3 544,7
	Veränderungen *)										
2017	+ 57,0	+ 70,2	– 6,5	+ 5,6	+ 5,6	+ 0,0	– 12,1	– 12,4	+ 0,3	+ 63,5	+ 103,4
2018	+ 71,5	+ 105,3	+ 6,6	+ 15,8	+ 15,7	+ 0,1	– 9,2	– 8,6	– 0,6	+ 65,0	+ 102,0
2019	+ 126,7	+ 129,1	+ 11,7	+ 11,6	+ 11,6	+ 0,0	+ 0,1	– 3,0	+ 3,1	+ 115,0	+ 132,8
2020	+ 123,2	+ 123,6	– 19,6	– 19,8	– 19,8	– 0,0	+ 0,2	– 0,5	+ 0,7	+ 142,8	+ 145,6
2021	+ 152,2	+ 147,8	+ 8,8	+ 13,8	+ 13,8	– 0,1	– 4,9	– 2,8	– 2,1	+ 143,4	+ 157,9
2022	+ 216,7	+ 220,0	+ 47,6	+ 48,5	+ 48,5	+ 0,0	– 0,9	– 0,9	+ 0,0	+ 169,1	+ 184,8
2023	+ 30,9	+ 38,9	– 15,3	– 14,5	– 14,4	– 0,1	– 0,8	+ 0,9	– 1,7	+ 46,2	+ 42,3
2024	+ 76,9	+ 52,3	+ 12,9	+ 8,3	+ 8,1	+ 0,2	+ 4,6	+ 3,8	+ 0,8	+ 64,0	+ 42,4
2025	+ 122,0	+ 92,9	+ 27,0	+ 18,5	+ 18,4	+ 0,1	+ 8,4	+ 8,4	+ 0,1	+ 95,0	+ 55,8
2025 März	+ 4,0	+ 0,9	+ 3,1	+ 2,1	+ 2,1	– 0,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,9	– 3,1
April	+ 6,3	+ 5,5	– 2,2	– 2,7	– 2,7	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,1	– 0,7	+ 8,6	+ 2,8
Mai	+ 7,2	+ 4,2	– 5,0	– 4,0	– 4,1	+ 0,1	– 1,0	– 1,4	+ 0,4	+ 12,2	+ 10,4
Juni	+ 6,3	+ 5,2	+ 8,8	+ 7,9	+ 7,7	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,6	– 2,5	– 2,0
Juli	+ 18,6	+ 9,2	– 5,8	– 9,4	– 9,4	– 0,0	+ 3,6	+ 3,0	+ 0,6	+ 24,4	+ 13,9
Aug.	+ 1,4	+ 7,4	+ 0,3	+ 2,1	+ 2,3	– 0,1	– 1,9	– 2,1	+ 0,2	+ 1,1	+ 8,2
Sept.	+ 13,2	+ 7,0	+ 5,5	+ 5,2	+ 5,4	– 0,2	+ 0,4	+ 1,9	– 1,5	+ 7,7	– 1,2
Okt.	+ 15,2	+ 16,5	+ 2,8	+ 1,7	+ 1,7	– 0,0	+ 1,1	+ 1,4	– 0,3	+ 12,4	+ 10,7
Nov.	+ 28,1	+ 27,4	+ 16,5	+ 17,5	+ 17,6	– 0,1	– 1,0	– 1,1	+ 0,1	+ 11,6	+ 10,1
Dez.	– 10,0	– 6,9	– 4,6	– 5,5	– 5,5	– 0,0	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,1	– 5,4	– 4,6
2026 Jan.	+ 13,2	+ 3,4	+ 3,9	+ 0,6	+ 0,6	– 0,0	+ 3,4	+ 3,4	– 0,0	+ 9,2	+ 1,6
Febr.	+ 13,2	+ 8,1	+ 2,3	+ 5,4	+ 5,0	+ 0,4	– 3,1	– 2,8	– 0,3	+ 11,0	+ 4,6
März	+ 3,1	+ 9,9	+ 7,8	+ 6,1	+ 6,2	– 0,1	+ 1,7	+ 1,5	+ 0,2	– 4,7	+ 1,0
April	+ 15,9	+ 11,4	+ 2,9	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,0	+ 1,6	+ 1,0	+ 0,5	+ 12,9	+ 8,1
Mai	+ 11,4	+ 2,9	– 4,9	– 3,1	– 3,2	+ 0,1	– 1,9	– 2,7	+ 0,8	+ 16,4	+ 7,9
Juni	+ 34,2	+ 30,5	+ 23,6	+ 22,6	+ 22,7	– 0,1	+ 1,0	+ 2,2	– 1,2	+ 10,6	+ 6,9
Juli	+ 6,1	+ 9,9	– 7,1	– 9,7	– 9,9	+ 0,2	+ 2,7	+ 2,5	+ 0,2	+ 13,2	+ 12,5
Aug.	+ 2,1	+ 3,8	– 4,5	– 3,4	– 3,3	– 0,2	– 1,1	– 1,8	+ 0,7	+ 6,6	+ 7,2

***** Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite												
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte							
Buchkredite						Buchkredite						
zusammen	mittelfristig	langfristig	Wertpapiere	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	zusammen	mittelfristig	langfristig	Wertpapiere 1)	Ausgleichsforderungen 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2 306,5	264,1	2 042,4	223,4	17,3	495,8	269,4	23,9	245,5	226,4	–	1,8	2016
2 399,5	273,5	2 125,9	240,6	17,4	450,9	254,0	22,5	231,5	196,9	–	1,7	2017
2 499,4	282,6	2 216,8	233,4	16,5	412,1	241,7	19,7	222,0	170,4	–	1,4	2018
2 626,4	301,3	2 325,1	240,5	15,7	394,2	235,9	17,2	218,8	158,2	–	1,5	2019
2 771,8	310,5	2 461,4	241,1	22,4	390,8	234,3	15,7	218,6	156,6	–	1,1	2020
2 915,7	314,5	2 601,2	258,9	24,7	373,8	229,9	14,3	215,6	143,9	–	1,0	2021
3 085,9	348,7	2 737,1	274,0	24,6	359,3	233,7	14,1	219,6	125,6	–	1,0	2022
3 131,7	361,0	2 770,7	269,4	22,8	364,0	240,0	14,1	225,9	124,0	–	1,0	2023
3 154,0	351,4	2 802,6	283,9	24,1	387,4	254,4	15,7	238,7	133,0	–	1,9	2024
3 204,7	347,9	2 856,8	289,0	24,5	425,7	268,9	17,4	251,5	156,8	–	2,6	2025
3 156,5	347,2	2 809,3	286,4	24,2	404,9	257,0	16,1	240,9	148,0	–	2,0	2025 März
3 162,0	344,9	2 817,1	283,9	23,9	410,7	258,7	16,3	242,4	151,9	–	2,6	April
3 170,7	345,7	2 825,0	285,3	23,6	412,6	259,4	16,7	242,7	153,2	–	2,6	Mai
3 168,3	346,7	2 821,6	285,8	23,7	412,1	259,2	16,4	242,8	152,9	–	2,6	Juni
3 181,9	350,2	2 831,8	286,5	23,8	422,6	261,6	16,6	245,1	161,0	–	2,6	Juli
3 188,6	346,6	2 842,0	288,0	23,8	415,6	262,2	17,0	245,2	153,4	–	2,6	Aug.
3 186,7	345,6	2 841,0	288,4	24,2	424,7	263,8	16,7	247,1	160,9	–	2,6	Sept.
3 198,3	348,8	2 849,5	288,4	24,2	426,6	266,6	17,3	249,3	160,0	–	2,6	Okt.
3 207,7	351,4	2 856,3	289,3	24,5	427,9	268,3	17,4	250,9	159,6	–	2,7	Nov.
3 204,7	347,9	2 856,8	289,0	24,5	425,7	268,9	17,4	251,5	156,8	–	2,6	Dez.
3 203,6	346,7	2 856,9	291,3	24,7	431,8	269,5	17,5	252,0	162,3	–	2,6	2026 Jan.
3 213,1	346,9	2 866,1	290,6	24,8	438,2	270,2	18,1	252,1	168,0	–	2,6	Febr.
3 215,0	349,4	2 865,6	289,6	25,3	432,4	270,4	18,3	252,1	162,0	–	2,7	März
3 222,1	348,8	2 873,3	289,8	26,9	437,2	271,5	18,8	252,7	165,8	–	2,7	April
3 228,5	349,3	2 879,2	290,4	27,4	446,5	273,8	19,0	254,8	172,6	–	2,7	Mai
3 234,2	353,6	2 880,6	291,7	27,5	450,2	273,8	18,8	254,9	176,4	–	2,7	Juni
3 245,4	354,8	2 890,6	292,4	27,9	451,3	279,9	19,4	260,4	171,5	–	2,7	Juli
3 253,3	356,3	2 897,0	291,4	27,9	450,7	280,4	19,5	260,9	170,3	–	2,2	Aug.
Veränderungen *)												
+ 87,6	+ 9,4	+ 78,2	+ 15,8	+ 0,1	– 39,9	– 10,6	– 1,3	– 9,3	– 29,4	–	– 0,1	2017
+ 108,7	+ 19,3	+ 89,4	– 6,7	– 0,9	– 37,1	– 10,5	– 2,7	– 7,8	– 26,6	–	– 0,0	2018
+ 126,0	+ 18,9	+ 107,2	+ 6,8	– 0,8	– 17,8	– 5,5	– 2,6	– 2,9	– 12,3	–	+ 0,1	2019
+ 145,0	+ 9,4	+ 135,5	+ 0,6	+ 6,1	– 2,8	– 1,1	– 1,5	+ 0,4	– 1,7	–	– 0,4	2020
+ 140,1	+ 5,6	+ 134,5	+ 17,8	+ 2,3	– 14,6	– 3,3	– 1,3	– 2,0	– 11,3	–	– 0,0	2021
+ 169,9	+ 33,5	+ 136,4	+ 14,9	– 0,1	– 15,7	+ 2,5	– 0,7	+ 3,3	– 18,2	–	– 0,0	2022
+ 46,9	+ 11,0	+ 35,9	– 4,7	– 1,1	+ 3,9	+ 5,5	± 0,0	+ 5,5	– 1,5	–	– 0,0	2023
+ 27,9	– 6,5	+ 34,5	+ 14,5	+ 1,4	+ 21,6	+ 12,5	+ 1,6	+ 10,9	+ 9,1	–	+ 0,9	2024
+ 50,6	– 4,0	+ 54,6	+ 5,1	+ 0,8	+ 39,3	+ 15,5	+ 1,5	+ 14,0	+ 23,7	–	+ 0,2	2025
– 2,7	– 1,8	– 0,9	– 0,5	– 0,3	+ 4,0	+ 0,5	– 0,1	+ 0,7	+ 3,5	–	+ 0,0	2025 März
+ 5,3	– 2,5	+ 7,9	– 2,5	+ 0,2	+ 5,7	+ 1,8	+ 0,2	+ 1,5	+ 4,0	–	+ 0,1	April
+ 9,0	+ 1,0	+ 8,0	+ 1,4	+ 0,0	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 1,2	–	+ 0,0	Mai
– 2,5	+ 1,0	– 3,5	+ 0,5	+ 0,0	– 0,5	– 0,3	– 0,3	+ 0,1	– 0,3	–	– 0,0	Juni
+ 13,2	+ 3,0	+ 10,2	+ 0,7	+ 0,1	+ 10,5	+ 2,5	+ 0,2	+ 2,3	+ 8,1	–	+ 0,0	Juli
+ 6,7	– 3,6	+ 10,3	+ 1,5	+ 0,0	– 7,0	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,1	– 7,6	–	+ 0,0	Aug.
– 1,6	– 0,9	– 0,7	+ 0,4	+ 0,4	+ 8,9	+ 1,4	– 0,3	+ 1,7	+ 7,5	–	+ 0,0	Sept.
+ 10,7	+ 2,5	+ 8,3	– 0,0	+ 0,0	+ 1,7	+ 2,6	+ 0,5	+ 2,1	– 0,9	–	+ 0,0	Okt.
+ 9,2	+ 2,6	+ 6,6	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,5	+ 1,8	+ 0,2	+ 1,7	– 0,3	–	+ 0,0	Nov.
– 4,2	– 3,5	– 0,8	– 0,3	– 0,0	– 0,9	+ 2,0	+ 0,0	+ 2,0	– 2,9	–	– 0,1	Dez.
– 0,6	– 1,1	+ 0,5	+ 2,2	+ 0,2	+ 7,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 7,5	–	+ 0,0	2026 Jan.
+ 5,2	– 0,8	+ 6,0	– 0,6	+ 0,1	+ 6,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,1	+ 5,7	–	+ 0,0	Febr.
+ 2,0	+ 2,4	– 0,4	– 1,0	+ 0,5	– 5,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0	– 5,9	–	+ 0,1	März
+ 7,9	+ 0,6	+ 7,3	+ 0,2	+ 1,6	+ 4,9	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 3,7	–	+ 0,0	April
+ 7,2	+ 0,5	+ 6,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 8,4	+ 1,5	+ 0,2	+ 1,3	+ 6,9	–	+ 0,0	Mai
+ 5,6	+ 4,2	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,1	+ 3,7	– 0,1	– 0,2	+ 0,1	+ 3,8	–	– 0,0	Juni
+ 11,8	+ 1,2	+ 10,5	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,7	+ 5,6	+ 0,6	+ 5,0	– 4,9	–	– 0,0	Juli
+ 8,2	+ 1,8	+ 6,4	– 1,0	– 0,0	– 0,6	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,5	– 1,2	–	– 0,5	Aug.

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. **2** Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)													
		darunter:												
			Kredite für den Wohnungsbau			Kredite an Unternehmen und Selbständige								
	insgesamt	Hypothekarkredite insgesamt	zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen
Kredite insgesamt														**Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)**
2024	3 428,8	1 773,5	1 823,0	1 544,5	278,6	1 892,1	534,7	147,9	146,9	113,7	154,4	56,5	51,1	227,8
2025 2.Vj.	3 450,9	1 781,4	1 839,9	1 553,1	286,8	1 903,0	540,6	149,9	147,4	113,5	155,5	55,4	52,9	230,1
3.Vj.	3 466,7	1 792,4	1 852,0	1 562,4	289,6	1 906,2	541,9	148,2	150,9	113,6	153,3	55,8	52,4	227,2
4.Vj.	3 543,5	1 801,8	1 862,1	1 568,9	293,3	1 975,5	543,9	144,9	156,6	111,8	152,9	55,7	49,7	295,7
2026 1.Vj.	3 556,7	1 806,3	1 867,1	1 574,1	293,0	1 985,7	545,6	150,9	160,6	85,5	147,4	55,7	48,9	301,0
2.Vj.	3 596,7	1 815,6	1 878,2	1 582,2	296,1	2 016,8	549,1	149,0	165,6	85,6	147,5	56,4	48,2	321,3
Kurzfristige Kredite														
2024	274,9	.	7,4	.	7,4	244,6	5,4	35,5	6,0	22,5	48,0	4,0	4,6	54,1
2025 2.Vj.	282,6	.	7,4	.	7,4	251,7	5,3	40,1	6,6	22,8	50,1	3,5	4,1	55,4
3.Vj.	280,1	.	7,6	.	7,6	248,7	5,5	39,4	7,3	22,5	49,6	3,5	4,0	55,2
4.Vj.	338,8	.	7,7	.	7,7	307,1	5,6	38,1	7,6	21,4	49,3	3,4	3,6	118,8
2026 1.Vj.	341,7	.	7,9	.	7,9	310,3	5,7	40,0	8,4	12,6	48,5	3,4	3,7	118,5
2.Vj.	362,5	.	7,5	.	7,5	330,2	5,4	39,1	9,0	12,5	48,5	3,8	3,7	135,7
Mittelfristige Kredite														
2024	351,4	.	38,3	.	38,3	283,6	22,9	31,9	10,3	21,8	25,2	4,3	10,3	62,5
2025 2.Vj.	346,7	.	37,2	.	37,2	279,6	22,5	32,1	6,0	21,1	24,9	4,1	12,0	64,4
3.Vj.	345,6	.	36,0	.	36,0	277,6	21,2	32,5	6,4	21,1	24,3	4,2	11,7	61,9
4.Vj.	347,9	.	35,9	.	35,9	279,7	21,1	31,0	7,0	20,3	24,6	4,2	10,8	66,5
2026 1.Vj.	349,4	.	35,7	.	35,7	281,0	21,0	31,6	7,2	12,8	24,1	4,2	10,4	68,5
2.Vj.	353,6	.	36,1	.	36,1	284,7	21,2	31,9	7,6	12,9	24,5	4,3	9,9	71,4
Langfristige Kredite														
2024	2 802,6	1 773,5	1 777,3	1 544,5	232,9	1 363,9	506,4	80,5	130,5	69,4	81,2	48,2	36,3	111,2
2025 2.Vj.	2 821,6	1 781,4	1 795,3	1 553,1	242,2	1 371,7	512,8	77,7	134,8	69,7	80,5	47,8	36,7	110,4
3.Vj.	2 841,0	1 792,4	1 808,5	1 562,4	246,0	1 379,9	515,2	76,3	137,3	69,9	79,4	48,2	36,8	110,1
4.Vj.	2 856,8	1 801,8	1 818,5	1 568,9	249,6	1 388,7	517,2	75,8	141,9	70,2	78,9	48,1	35,2	110,5
2026 1.Vj.	2 865,6	1 806,3	1 823,4	1 574,1	249,3	1 394,4	518,9	79,3	144,9	60,1	74,8	48,1	34,7	114,0
2.Vj.	2 880,6	1 815,6	1 834,6	1 582,2	252,5	1 401,9	522,6	78,0	149,0	60,2	74,5	48,3	34,7	114,2
Kredite insgesamt														**Veränderungen im Vierteljahr *)**
2025 2.Vj.	+ 12,7	+ 6,3	+ 10,7	+ 7,2	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,2	− 0,4	+ 2,1	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,2	− 2,4	+ 1,8
3.Vj.	+ 16,5	+ 11,0	+ 14,8	+ 11,2	+ 3,6	+ 3,8	+ 3,9	− 1,7	+ 3,5	+ 0,0	− 2,3	+ 0,4	− 0,4	− 2,7
4.Vj.	+ 29,4	+ 9,3	+ 12,2	+ 8,6	+ 3,7	+ 21,9	+ 4,0	− 3,3	+ 5,6	− 1,7	− 0,4	− 0,1	− 2,5	+ 22,2
2026 1.Vj.	+ 18,4	+ 5,4	+ 5,8	+ 5,9	− 0,2	+ 15,0	+ 2,0	+ 1,2	+ 3,2	− 1,2	+ 0,5	+ 0,4	− 0,8	+ 8,0
2.Vj.	+ 41,5	+ 9,0	+ 11,2	+ 8,1	+ 3,0	+ 32,0	+ 3,4	− 1,8	+ 5,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,9	+ 0,0	+ 20,4
Kurzfristige Kredite														
2025 2.Vj.	+ 0,9	.	− 0,1	.	− 0,1	+ 0,2	− 0,1	+ 0,8	− 0,6	− 0,3	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,9
3.Vj.	− 1,7	.	+ 0,2	.	+ 0,2	− 2,2	+ 0,2	− 0,7	+ 0,6	− 0,2	− 0,6	− 0,0	− 0,2	+ 0,2
4.Vj.	+ 13,7	.	+ 0,1	.	+ 0,1	+ 13,3	+ 0,1	− 1,3	+ 0,4	− 1,2	− 0,2	− 0,0	− 0,3	+ 18,6
2026 1.Vj.	+ 11,8	.	+ 0,3	.	+ 0,3	+ 12,5	+ 0,1	+ 1,8	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,2	+ 6,3
2.Vj.	+ 20,8	.	− 0,5	.	− 0,5	+ 19,9	− 0,3	− 0,9	+ 0,5	− 0,1	+ 0,0	+ 0,4	− 0,1	+ 17,3
Mittelfristige Kredite														
2025 2.Vj.	− 0,6	.	− 0,2	.	− 0,2	− 0,9	− 0,1	− 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,0	− 2,1	+ 1,5
3.Vj.	− 1,5	.	− 0,4	.	− 0,4	− 2,5	− 0,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,0	− 0,6	+ 0,1	− 0,4	− 2,4
4.Vj.	+ 1,6	.	− 0,0	.	− 0,0	+ 1,5	− 0,1	− 1,4	+ 0,7	− 0,8	+ 0,3	− 0,0	− 0,8	+ 3,8
2026 1.Vj.	+ 0,5	.	− 0,2	.	− 0,2	+ 0,3	− 0,1	+ 0,6	+ 0,1	− 1,3	− 0,1	+ 0,0	− 0,4	+ 0,9
2.Vj.	+ 5,3	.	+ 0,4	.	+ 0,4	+ 4,4	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,1	− 0,4	+ 2,9
Langfristige Kredite														
2025 2.Vj.	+ 12,4	+ 6,3	+ 11,1	+ 7,2	+ 3,8	+ 4,2	+ 3,4	− 1,0	+ 2,5	+ 0,5	− 0,4	+ 0,2	− 0,3	− 0,7
3.Vj.	+ 19,7	+ 11,0	+ 15,0	+ 11,2	+ 3,9	+ 8,5	+ 4,3	− 1,4	+ 2,5	+ 0,3	− 1,1	+ 0,4	+ 0,1	− 0,4
4.Vj.	+ 14,1	+ 9,3	+ 12,2	+ 8,6	+ 3,6	+ 7,0	+ 4,1	− 0,5	+ 4,5	+ 0,3	− 0,5	− 0,1	− 1,4	− 0,2
2026 1.Vj.	+ 6,1	+ 5,4	+ 5,7	+ 5,9	− 0,3	+ 2,3	+ 1,9	− 1,2	+ 1,8	− 0,9	− 0,4	− 0,0	− 0,5	+ 0,8
2.Vj.	+ 15,4	+ 9,0	+ 11,3	+ 8,1	+ 3,1	+ 7,6	+ 3,5	− 1,3	+ 4,0	+ 0,0	− 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2

***** Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monats-

IV. Banken

Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen												Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		
Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)				nachrichtlich:				sonstige Kredite						
	darunter:								darunter:					
zusammen	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstückswesen	Kredite an Selbständige 2)	Kredite an das Handwerk	zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	Ratenkredite 3)	Debetsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Zeit
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)												**Kredite insgesamt**		
993,9	358,8	76,8	223,6	509,2	54,0	1 519,9	1 283,8	236,1	187,7	7,1	16,9	4,5	2024	
998,1	365,6	75,7	224,3	514,1	54,1	1 531,0	1 294,9	236,1	187,9	7,6	16,9	4,4	2025	2.Vj.
1 004,7	370,2	77,2	225,3	516,8	53,5	1 543,7	1 305,7	238,0	189,2	7,6	16,8	4,4		3.Vj.
1 008,2	375,6	76,5	224,7	517,3	53,1	1 551,4	1 314,1	237,3	187,4	7,3	16,6	4,2		4.Vj.
1 035,8	382,1	77,7	236,6	518,9	48,1	1 554,0	1 317,2	236,9	188,3	7,6	16,9	4,3	2026	1.Vj.
1 043,2	384,9	79,7	236,6	520,6	48,2	1 563,0	1 324,8	238,2	188,8	7,6	16,9	4,3		2.Vj.
												Kurzfristige Kredite		
70,0	14,9	12,5	11,5	20,8	6,6	29,8	2,0	27,8	2,5	7,1	0,5	–	2024	
69,0	14,9	13,3	11,3	21,4	7,3	30,3	2,1	28,2	2,3	7,6	0,6	–	2025	2.Vj.
67,2	14,3	14,1	10,7	21,2	6,9	30,8	2,1	28,7	2,3	7,6	0,6	–		3.Vj.
64,8	14,4	12,8	10,3	21,0	6,8	31,2	2,1	29,1	2,2	7,3	0,6	0,0		4.Vj.
75,1	20,5	13,4	13,3	21,3	7,2	30,8	2,2	28,6	2,7	7,6	0,6	0,0	2026	1.Vj.
77,8	20,3	15,2	13,2	21,3	7,3	31,7	2,1	29,6	2,7	7,6	0,6	0,0		2.Vj.
												Mittelfristige Kredite		
117,4	24,9	22,7	32,8	31,1	6,1	67,4	15,3	52,0	47,0	.	0,4	0,0	2024	
114,9	23,9	21,2	34,1	30,9	6,1	66,7	14,6	52,0	46,9	.	0,4	0,0	2025	2.Vj.
115,5	24,3	20,9	34,4	31,2	5,9	67,6	14,7	52,9	47,6	.	0,4	0,0		3.Vj.
115,3	24,4	20,9	33,7	31,2	5,8	67,8	14,8	53,0	47,3	.	0,4	0,0		4.Vj.
122,2	27,9	21,8	36,2	31,0	5,8	68,0	14,7	53,2	47,4	.	0,4	0,0	2026	1.Vj.
122,3	27,9	21,5	36,1	30,7	5,8	68,5	14,9	53,6	47,8	.	0,4	0,0		2.Vj.
												Langfristige Kredite		
806,5	318,9	41,6	179,3	457,3	41,3	1 422,7	1 266,4	156,3	138,2	.	15,9	4,5	2024	
814,1	326,8	41,3	178,9	461,9	40,7	1 434,0	1 278,2	155,9	138,7	.	15,9	4,4	2025	2.Vj.
822,0	331,5	42,2	180,1	464,4	40,7	1 445,3	1 288,9	156,4	139,2	.	15,9	4,3		3.Vj.
828,1	336,8	42,9	180,8	465,2	40,5	1 452,4	1 297,2	155,3	137,9	.	15,7	4,2		4.Vj.
838,4	333,8	42,5	187,1	466,7	35,1	1 455,2	1 300,2	155,0	138,1	.	16,0	4,3	2026	1.Vj.
843,1	336,7	42,9	187,4	468,6	35,1	1 462,8	1 307,8	155,0	138,3	.	15,9	4,3		2.Vj.
Veränderungen im Vierteljahr *)												**Kredite insgesamt**		
+ 1,0	+ 3,8	– 1,5	+ 0,1	+ 2,0	+ 0,3	+ 9,2	+ 7,6	+ 1,6	+ 0,9	– 0,1	+ 0,1	– 0,1	2025	2.Vj.
+ 7,0	+ 4,7	+ 1,6	+ 0,8	+ 2,7	– 0,6	+ 12,8	+ 10,9	+ 1,8	+ 1,2	+ 0,1	– 0,1	– 0,0		3.Vj.
+ 2,2	+ 5,3	– 1,7	– 0,7	+ 0,5	– 0,4	+ 7,7	+ 8,3	– 0,7	– 1,5	– 0,3	– 0,1	– 0,1		4.Vj.
+ 3,6	+ 3,0	– 0,6	+ 0,8	+ 2,0	+ 0,2	+ 3,7	+ 3,8	– 0,1	+ 1,2	+ 0,3	– 0,3	– 0,0	2026	1.Vj.
+ 7,3	+ 2,7	+ 2,0	– 0,0	+ 2,0	+ 0,1	+ 9,6	+ 7,8	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,0	– 0,1	+ 0,0		2.Vj.
												Kurzfristige Kredite		
– 1,2	+ 0,1	– 0,6	– 0,1	– 0,0	+ 0,2	+ 0,6	– 0,0	+ 0,6	– 0,0	– 0,1	+ 0,1	–	2025	2.Vj.
– 1,3	– 0,4	+ 0,9	– 0,3	– 0,2	– 0,4	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,1	– 0,0	–		3.Vj.
– 2,6	+ 0,1	– 1,4	– 0,6	– 0,2	– 0,2	+ 0,4	– 0,0	+ 0,4	– 0,1	– 0,3	– 0,0	+ 0,0		4.Vj.
+ 0,6	– 0,1	+ 0,4	– 0,1	+ 0,4	+ 0,4	– 0,7	+ 0,1	– 0,8	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,0	2026	1.Vj.
+ 2,7	– 0,2	+ 1,8	– 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,9	– 0,1	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	– 0,0		2.Vj.
												Mittelfristige Kredite		
– 1,0	– 0,2	– 0,6	+ 0,5	– 0,2	+ 0,1	+ 0,3	– 0,1	+ 0,5	+ 0,4	.	+ 0,0	– 0,0	2025	2.Vj.
+ 0,1	+ 0,3	– 0,3	– 0,1	+ 0,3	– 0,2	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,7	.	+ 0,0	– 0,0		3.Vj.
– 0,3	+ 0,1	– 0,1	– 0,8	– 0,0	– 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	– 0,1	.	+ 0,0	– 0,0		4.Vj.
+ 0,3	– 0,1	+ 0,4	+ 0,3	– 0,2	+ 0,1	+ 0,3	– 0,1	+ 0,4	+ 0,2	.	– 0,0	+ 0,0	2026	1.Vj.
+ 0,4	+ 0,0	– 0,2	– 0,1	– 0,0	+ 0,0	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,8	.	+ 0,0	+ 0,0		2.Vj.
												Langfristige Kredite		
+ 3,3	+ 3,9	– 0,4	– 0,3	+ 2,1	+ 0,0	+ 8,2	+ 7,8	+ 0,5	+ 0,5	.	– 0,0	– 0,1	2025	2.Vj.
+ 8,2	+ 4,8	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,6	– 0,0	+ 11,3	+ 10,8	+ 0,4	+ 0,5	.	– 0,1	– 0,0		3.Vj.
+ 5,0	+ 5,1	– 0,3	+ 0,7	+ 0,8	– 0,1	+ 7,1	+ 8,3	– 1,1	– 1,3	.	– 0,1	– 0,1		4.Vj.
+ 2,7	+ 3,2	– 1,4	+ 0,6	+ 1,8	– 0,3	+ 4,1	+ 3,8	+ 0,4	+ 0,6	.	– 0,3	– 0,0	2026	1.Vj.
+ 4,2	+ 2,8	+ 0,4	+ 0,1	+ 2,0	– 0,0	+ 7,8	+ 7,8	+ 0,1	+ 0,2	.	– 0,1	+ 0,0		2.Vj.

bericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Ohne Treuhandkredite. **2** Einschl. Einzelkaufleute. **3** Ohne Hypothekarkredite und ohne Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2) insgesamt	Termineinlagen 1) 2) mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2) zusammen	mit Befristung von über 1 Jahr 2) bis 2 Jahre einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2) über 2 Jahre	Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Nachrichtlich: Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos
	Inländische Nichtbanken insgesamt											**Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)**
2023	4 229,0	2 540,8	1 100,1	514,7	585,4	80,5	504,9	445,9	142,2	50,1	20,3	2,9
2024	4 388,5	2 630,5	1 194,2	606,2	588,0	80,2	507,7	406,0	157,8	66,7	21,1	3,6
2025	4 527,9	2 795,7	1 186,0	609,0	577,0	80,5	496,5	390,3	155,9	76,0	20,6	41,6
2025 Sept.	4 405,7	2 705,9	1 153,1	569,9	583,2	77,4	505,8	393,9	152,8	72,6	20,9	7,7
Okt.	4 478,0	2 747,9	1 183,9	611,1	572,8	79,7	493,1	391,9	154,4	73,8	20,8	57,7
Nov.	4 533,7	2 803,6	1 185,3	611,7	573,7	80,1	493,6	389,7	155,1	73,9	20,8	51,2
Dez.	4 527,9	2 795,7	1 186,0	609,0	577,0	80,5	496,5	390,3	155,9	76,0	20,6	41,6
2026 Jan.	4 546,9	2 801,0	1 200,9	623,6	577,3	80,5	496,9	388,7	156,2	77,5	20,6	64,7
Febr.	4 550,1	2 800,7	1 204,2	626,1	578,1	81,2	496,9	387,7	157,4	78,3	20,6	57,3
März	4 540,4	2 787,8	1 207,9	629,2	578,6	82,2	496,4	385,5	159,2	80,9	20,4	60,5
April	4 547,9	2 806,0	1 198,6	619,6	578,9	82,0	497,0	382,8	160,4	83,8	20,4	56,8
Mai	4 580,3	2 830,0	1 205,2	622,0	583,2	83,7	499,5	383,0	162,1	84,2	21,8	67,0
Juni	4 589,8	2 818,1	1 222,4	640,7	581,7	82,8	498,9	382,0	167,2	83,5	21,8	76,8
Juli	4 586,2	2 801,6	1 233,1	650,0	583,1	83,8	499,3	379,5	172,0	83,2	21,8	66,6
Aug.	4 583,2	2 804,2	1 226,2	644,0	582,2	83,3	498,9	377,6	175,4	84,8	21,7	64,7
												Veränderungen *)
2024	+ 126,1	+ 57,9	+ 85,0	+ 85,7	− 0,8	− 0,5	− 0,3	− 40,0	+ 23,1	+ 17,0	+ 0,7	+ 0,6
2025	+ 107,8	+ 163,5	− 38,1	− 23,5	− 14,6	− 1,0	− 13,6	− 15,8	− 1,8	+ 9,3	− 0,5	+ 8,6
2025 Sept.	− 13,1	− 6,3	− 5,3	− 6,8	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,3	− 1,6	+ 0,1	+ 4,8	− 0,0	+ 0,5
Okt.	+ 37,9	+ 34,5	+ 3,9	+ 15,1	− 11,2	+ 1,5	− 12,7	− 2,1	+ 1,6	+ 1,3	− 0,1	+ 20,5
Nov.	+ 55,7	+ 55,7	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,5	− 2,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,0	− 6,5
Dez.	− 8,8	− 7,9	− 2,3	− 2,9	+ 0,6	− 0,0	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,1	− 0,2	− 9,6
2026 Jan.	+ 15,4	+ 1,4	+ 15,2	+ 14,9	+ 0,4	− 0,0	+ 0,4	− 1,6	+ 0,3	+ 1,5	− 0,0	+ 21,9
Febr.	+ 3,2	− 0,3	+ 3,3	+ 2,6	+ 0,7	+ 0,7	− 0,0	− 1,0	+ 1,2	+ 0,9	− 0,0	− 7,4
März	− 9,7	− 12,9	+ 3,7	+ 3,1	+ 0,6	+ 1,0	− 0,4	− 2,2	+ 1,7	+ 2,6	− 0,1	+ 3,2
April	+ 7,5	+ 18,2	− 9,3	− 9,6	+ 0,3	− 0,3	+ 0,5	− 2,6	+ 1,3	+ 2,9	− 0,1	− 3,7
Mai	+ 32,4	+ 24,0	+ 6,6	+ 2,4	+ 4,2	+ 1,7	+ 2,6	+ 0,2	+ 1,7	+ 0,5	+ 1,4	+ 10,1
Juni	+ 9,8	− 11,7	+ 17,4	+ 18,3	− 0,9	− 0,5	− 0,4	− 1,0	+ 5,2	− 0,7	− 0,0	+ 9,8
Juli	− 3,6	− 16,5	+ 10,7	+ 9,3	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,4	− 2,5	+ 4,8	− 0,4	− 0,0	− 10,2
Aug.	− 0,2	+ 2,4	− 4,0	− 6,0	+ 2,0	− 0,5	+ 2,5	− 1,9	+ 3,3	+ 1,6	− 0,1	− 1,9
	Inländische öffentliche Haushalte											**Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)**
2023	286,9	91,2	190,5	105,6	84,9	23,3	61,6	0,9	4,4	26,6	1,4	0,2
2024	250,4	91,9	153,7	90,9	62,8	14,2	48,7	0,5	4,3	30,1	1,8	–
2025	242,0	93,2	144,3	97,8	46,5	13,7	32,8	0,4	4,2	31,5	1,6	–
2025 Sept.	240,3	87,6	148,0	90,2	57,8	13,1	44,7	0,5	4,2	31,1	1,7	0,1
Okt.	229,1	91,0	133,6	87,6	46,0	12,8	33,2	0,4	4,1	31,1	1,7	0,1
Nov.	244,9	96,2	144,2	97,8	46,4	13,1	33,3	0,4	4,1	31,3	1,7	–
Dez.	242,0	93,2	144,3	97,8	46,5	13,7	32,8	0,4	4,2	31,5	1,6	–
2026 Jan.	238,6	90,1	143,9	97,0	46,9	13,8	33,1	0,4	4,2	31,6	1,6	–
Febr.	254,9	96,9	153,4	106,3	47,1	14,2	32,9	0,4	4,2	31,6	1,6	–
März	244,4	90,3	149,4	102,4	47,0	14,0	33,0	0,4	4,2	31,8	1,6	–
April	240,0	90,9	144,2	97,6	46,6	13,6	33,0	0,5	4,3	31,8	1,6	–
Mai	251,9	98,9	148,2	100,3	47,9	14,8	33,1	0,5	4,3	32,0	1,6	–
Juni	254,4	97,4	152,3	104,4	47,9	14,9	33,0	0,5	4,3	31,8	1,6	–
Juli	246,6	95,2	146,6	98,8	47,9	14,8	33,0	0,4	4,4	31,8	1,6	–
Aug.	246,5	94,1	147,5	100,2	47,3	13,2	34,1	0,4	4,4	32,0	1,6	–
												Veränderungen *)
2024	− 37,7	+ 0,1	− 37,4	− 15,0	− 22,3	− 9,3	− 13,0	− 0,3	− 0,1	+ 3,5	+ 0,4	− 0,2
2025	− 9,7	+ 0,4	− 9,8	+ 6,6	− 16,4	− 0,6	− 15,8	− 0,1	− 0,2	+ 1,4	− 0,2	± 0,0
2025 Sept.	− 10,7	− 8,0	− 2,7	− 2,5	− 0,1	− 0,1	− 0,0	− 0,0	− 0,0	− 0,0	− 0,0	–
Okt.	− 12,2	+ 2,6	− 14,7	− 2,9	− 11,8	− 0,3	− 11,5	− 0,0	− 0,1	+ 0,0	− 0,0	–
Nov.	+ 15,8	+ 5,2	+ 10,6	+ 10,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,0	− 0,1	+ 0,2	–	− 0,1
Dez.	− 3,1	− 3,2	+ 0,0	− 0,0	+ 0,1	+ 0,5	− 0,5	− 0,0	+ 0,1	+ 0,2	− 0,2	–
2026 Jan.	− 5,0	− 4,5	− 0,6	− 1,0	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	–
Febr.	+ 16,3	+ 6,8	+ 9,5	+ 9,2	+ 0,2	+ 0,3	− 0,1	− 0,0	+ 0,0	+ 0,0	− 0,0	–
März	− 10,5	− 6,5	− 4,0	− 3,9	− 0,1	− 0,2	+ 0,1	− 0,0	− 0,0	+ 0,1	–	–
April	− 4,4	+ 0,6	− 5,2	− 4,8	− 0,4	− 0,3	− 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	− 0,0	–
Mai	+ 11,8	+ 7,9	+ 3,9	+ 2,6	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,2	–	–
Juni	+ 2,6	− 1,5	+ 4,1	+ 4,2	− 0,0	+ 0,0	− 0,1	− 0,0	− 0,0	− 0,2	− 0,0	–
Juli	− 7,9	− 2,2	− 5,7	− 5,6	− 0,0	− 0,1	+ 0,0	− 0,0	+ 0,1	− 0,0	+ 0,0	–
Aug.	− 0,1	− 1,0	+ 0,9	+ 1,5	− 0,5	− 1,6	+ 1,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,0	–

Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2) insgesamt	Termineinlagen 1) 2) mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	Termineinlagen 1) 2) mit Befristung von über 1 Jahr 2) zusammen	Termineinlagen 1) 2) mit Befristung von über 1 Jahr 2) bis 2 Jahre einschl.	Termineinlagen 1) 2) mit Befristung von über 1 Jahr 2) über 2 Jahre	Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Nachrichtlich: Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos
	Inländische Unternehmen und Privatpersonen											**Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)**
2023	3 942,1	2 449,6	909,6	409,1	500,5	57,2	443,3	445,0	137,9	23,5	19,0	2,7
2024	4 138,0	2 538,6	1 040,5	515,4	525,1	66,1	459,1	405,4	153,4	36,5	19,3	3,6
2025	4 285,9	2 702,5	1 041,7	511,2	530,6	66,8	463,7	389,8	151,8	44,5	19,1	41,6
2025 Sept.	4 165,4	2 618,4	1 005,0	479,7	525,3	64,2	461,1	393,5	148,5	41,5	19,2	7,6
Okt.	4 248,9	2 656,9	1 050,3	523,5	526,8	66,9	459,9	391,4	150,3	42,7	19,1	57,6
Nov.	4 288,8	2 707,4	1 041,1	513,9	527,2	66,9	460,3	389,3	151,0	42,6	19,1	51,2
Dez.	4 285,9	2 702,5	1 041,7	511,2	530,6	66,8	463,7	389,8	151,8	44,5	19,1	41,6
2026 Jan.	4 308,2	2 710,9	1 057,0	526,5	530,5	66,7	463,8	388,3	152,0	45,9	19,0	64,7
Febr.	4 295,2	2 703,9	1 050,8	519,9	531,0	67,1	463,9	387,3	153,2	46,7	19,0	57,3
März	4 296,0	2 697,5	1 058,5	526,8	531,6	68,2	463,4	385,1	154,9	49,1	18,8	60,5
April	4 307,9	2 715,1	1 054,3	522,0	532,3	68,3	464,0	382,4	156,1	52,0	18,8	56,8
Mai	4 328,4	2 731,1	1 057,0	521,7	535,3	68,8	466,5	382,6	157,8	52,2	20,2	67,0
Juni	4 335,3	2 720,7	1 070,1	536,3	533,8	67,9	465,9	381,6	162,9	51,7	20,2	76,8
Juli	4 339,7	2 706,4	1 086,5	551,2	535,3	69,0	466,3	379,1	167,6	51,4	20,2	66,6
Aug.	4 336,8	2 710,0	1 078,6	543,8	534,8	70,1	464,7	377,1	171,0	52,8	20,1	64,7
												Veränderungen *)
2024	+ 163,7	+ 57,8	+ 122,3	+ 100,8	+ 21,6	+ 8,8	+ 12,8	− 39,7	+ 23,3	+ 13,5	+ 0,3	+ 0,8
2025	+ 117,5	+ 163,1	− 28,4	− 30,2	+ 1,8	− 0,5	+ 2,3	− 15,6	− 1,7	+ 7,9	− 0,3	+ 8,6
2025 Sept.	− 2,4	+ 1,6	− 2,7	− 4,2	+ 1,6	+ 1,3	+ 0,3	− 1,6	+ 0,2	+ 4,8	− 0,0	+ 0,5
Okt.	+ 50,1	+ 31,8	+ 18,6	+ 18,0	+ 0,6	+ 1,9	− 1,3	− 2,1	+ 1,7	+ 1,2	− 0,1	+ 20,5
Nov.	+ 40,0	+ 50,5	− 9,1	− 9,6	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,4	− 2,1	+ 0,7	− 0,2	+ 0,0	− 6,4
Dez.	− 5,7	− 4,6	− 2,4	− 2,9	+ 0,5	− 0,5	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,9	− 0,1	− 9,6
2026 Jan.	+ 20,4	+ 5,9	+ 15,8	+ 15,8	− 0,0	− 0,2	+ 0,1	− 1,6	+ 0,3	+ 1,4	− 0,1	+ 21,9
Febr.	− 13,1	− 7,1	− 6,2	− 6,7	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,1	− 1,0	+ 1,2	+ 0,8	− 0,0	− 7,4
März	+ 0,8	− 6,4	+ 7,6	+ 7,0	+ 0,7	+ 1,2	− 0,5	− 2,2	+ 1,7	+ 2,4	− 0,1	+ 3,2
April	+ 11,9	+ 17,6	− 4,1	− 4,8	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,6	− 2,7	+ 1,2	+ 2,9	− 0,0	− 3,7
Mai	+ 20,6	+ 16,1	+ 2,7	− 0,2	+ 2,9	+ 0,4	+ 2,5	+ 0,2	+ 1,6	+ 0,3	+ 1,4	+ 10,1
Juni	+ 7,3	− 10,2	+ 13,3	+ 14,2	− 0,9	− 0,6	− 0,3	− 1,0	+ 5,2	− 0,5	− 0,0	+ 9,8
Juli	+ 4,3	− 14,3	+ 16,4	+ 14,9	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,3	− 2,5	+ 4,7	− 0,3	− 0,0	− 10,2
Aug.	− 0,1	+ 3,4	− 4,9	− 7,4	+ 2,6	+ 1,1	+ 1,5	− 1,9	+ 3,3	+ 1,4	− 0,1	− 1,9
	darunter: inländische Unternehmen											**Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)**
2023	1 194,6	723,0	453,9	204,3	249,6	19,0	230,6	3,3	14,4	2,5	15,5	2,7
2024	1 252,0	756,9	476,8	217,6	259,2	18,3	240,9	3,1	15,3	1,8	15,3	3,6
2025	1 319,1	799,5	501,7	245,9	255,8	19,2	236,7	3,1	14,8	1,6	14,6	41,6
2025 Sept.	1 253,6	764,4	470,9	214,5	256,4	17,4	239,0	3,2	15,0	1,7	14,8	7,6
Okt.	1 326,9	794,3	514,5	257,5	256,9	19,6	237,3	3,2	15,0	1,6	14,6	57,6
Nov.	1 329,8	804,9	506,8	250,2	256,6	19,4	237,2	3,2	15,0	1,6	14,7	51,2
Dez.	1 319,1	799,5	501,7	245,9	255,8	19,2	236,7	3,1	14,8	1,6	14,6	41,6
2026 Jan.	1 341,1	807,2	516,1	261,2	254,9	18,8	236,1	3,1	14,7	1,6	14,5	64,7
Febr.	1 315,0	787,0	510,4	255,6	254,9	18,9	236,0	3,0	14,6	1,7	14,4	57,3
März	1 329,3	793,6	517,8	262,4	255,4	19,6	235,9	3,0	14,8	1,7	14,3	60,5
April	1 326,4	795,0	513,9	258,0	256,0	19,4	236,6	3,0	14,4	1,6	14,2	56,8
Mai	1 334,5	800,7	516,3	257,9	258,4	19,5	238,9	3,0	14,5	1,6	15,7	67,0
Juni	1 351,1	804,5	529,2	271,6	257,6	19,1	238,5	3,0	14,5	1,6	15,7	76,8
Juli	1 347,9	789,7	540,7	282,9	257,7	19,2	238,6	3,1	14,5	1,6	15,6	66,6
Aug.	1 343,4	796,8	529,0	272,7	256,2	19,4	236,8	3,1	14,5	1,6	15,6	64,7
												Veränderungen *)
2024	+ 57,1	+ 34,5	+ 21,9	+ 13,5	+ 8,4	− 0,1	+ 8,5	− 0,3	+ 1,0	+ 0,9	− 0,2	+ 0,8
2025	+ 34,7	+ 36,5	− 1,3	+ 2,6	− 3,9	+ 0,1	− 4,0	− 0,0	− 0,5	− 0,2	− 0,7	+ 8,6
2025 Sept.	+ 7,1	+ 7,1	− 0,0	− 1,1	+ 1,1	+ 1,2	− 0,1	+ 0,1	− 0,1	+ 0,0	− 0,1	+ 0,5
Okt.	+ 40,0	+ 23,1	+ 16,9	+ 17,2	− 0,3	+ 1,4	− 1,7	− 0,0	− 0,0	− 0,0	− 0,1	+ 20,5
Nov.	+ 2,9	+ 10,7	− 7,7	− 7,4	− 0,3	− 0,2	− 0,1	− 0,0	− 0,0	− 0,0	+ 0,0	− 6,4
Dez.	− 10,2	− 5,3	− 4,7	− 4,2	− 0,5	− 0,2	− 0,3	− 0,1	− 0,1	+ 0,0	− 0,0	− 9,6
2026 Jan.	+ 23,6	+ 7,4	+ 16,3	+ 16,6	− 0,3	− 0,2	− 0,1	+ 0,0	− 0,1	+ 0,0	− 0,2	+ 21,9
Febr.	− 26,0	− 20,2	− 5,7	− 5,6	− 0,1	+ 0,1	− 0,1	− 0,0	− 0,2	+ 0,0	− 0,0	− 7,4
März	+ 12,9	+ 5,3	+ 7,4	+ 6,8	+ 0,6	+ 0,7	− 0,1	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,0	− 0,1	+ 3,2
April	− 2,9	+ 1,4	− 3,9	− 4,4	+ 0,6	− 0,1	+ 0,7	− 0,0	− 0,4	− 0,0	− 0,1	− 3,7
Mai	+ 8,3	+ 5,8	+ 2,4	+ 0,0	+ 2,4	− 0,0	+ 2,4	− 0,0	+ 0,1	− 0,0	+ 1,4	+ 10,1
Juni	+ 16,6	+ 3,9	+ 12,7	+ 13,6	− 0,9	− 0,4	− 0,5	− 0,0	− 0,0	+ 0,0	− 0,0	+ 9,8
Juli	− 3,2	− 14,7	+ 11,5	+ 11,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	− 0,0	− 10,2
Aug.	− 1,7	+ 6,9	− 8,7	− 10,2	+ 1,5	+ 0,2	+ 1,3	+ 0,0	+ 0,0	− 0,0	− 0,1	− 1,9

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. **4** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen						Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen				inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen						inländische Privatpersonen				
			zusammen	Selbständige	wirtschaftlich Unselbständige	sonstige Privatpersonen			zusammen	Selbständige	wirtschaftlich Unselbständige	sonstige Privatpersonen
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2023	2 747,5	1 726,6	1 685,2	270,9	1 271,0	143,4	41,3	455,7	434,0	67,6	317,3	49,2
2024	2 886,1	1 781,8	1 739,1	276,5	1 321,2	141,3	42,7	563,7	541,6	80,8	405,4	55,5
2025	2 966,8	1 903,1	1 858,1	291,6	1 422,9	143,5	45,0	540,0	518,4	72,5	393,1	52,8
2026 März	2 966,7	1 903,9	1 856,9	282,9	1 431,1	142,9	47,0	540,6	517,5	71,2	394,8	51,4
April	2 981,5	1 920,1	1 873,4	287,0	1 442,7	143,7	46,7	540,4	517,3	71,5	395,4	50,4
Mai	2 993,8	1 930,4	1 882,6	287,5	1 450,4	144,7	47,7	540,7	517,0	70,9	395,8	50,3
Juni	2 984,3	1 916,2	1 868,8	283,3	1 443,7	141,8	47,5	541,0	517,1	70,6	396,7	49,8
Juli	2 991,7	1 916,7	1 869,5	288,4	1 440,3	140,8	47,2	545,9	521,9	71,8	400,1	50,1
Aug.	2 993,4	1 913,2	1 865,3	288,9	1 436,4	140,0	47,9	549,7	525,6	72,0	403,2	50,4
	Veränderungen *)												
2024	+ 106,6	+ 23,3	+ 22,0	+ 0,2	+ 27,7	− 5,9	+ 1,3	+ 100,5	+ 100,0	+ 12,8	+ 79,2	+ 8,0
2025	+ 82,8	+ 126,7	+ 124,3	+ 17,1	+ 104,0	+ 3,2	+ 2,3	− 27,1	− 26,5	− 8,9	− 15,0	− 2,7
2026 März	− 12,1	− 11,7	− 11,4	− 4,0	− 6,1	− 1,2	− 0,3	+ 0,3	− 0,3	− 0,2	+ 0,1	− 0,1
April	+ 14,8	+ 16,2	+ 16,5	+ 4,1	+ 11,6	+ 0,8	− 0,3	− 0,3	− 0,2	+ 0,0	+ 0,2	− 0,4
Mai	+ 12,3	+ 10,3	+ 9,2	+ 0,5	+ 7,5	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,3	− 0,3	− 0,6	+ 0,4	+ 0,0
Juni	− 9,3	− 14,1	− 13,9	− 4,2	− 6,9	− 2,8	− 0,3	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,4	− 0,2
Juli	+ 7,5	+ 0,5	+ 0,8	+ 5,1	− 3,3	− 1,0	− 0,3	+ 4,9	+ 4,9	+ 1,3	+ 3,4	+ 0,2
Aug.	+ 1,6	− 3,5	− 4,3	+ 0,5	− 3,9	− 0,9	+ 0,7	+ 3,8	+ 3,7	+ 0,2	+ 3,2	+ 0,3

***** Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite												
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder					
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr		
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2023	286,9	52,0	9,8	6,7	35,5	0,0	11,6	51,9	19,7	21,9	9,9	0,4	15,1
2024	250,4	33,3	6,8	2,5	24,0	0,0	11,7	51,8	21,6	22,3	7,5	0,5	18,4
2025	242,0	24,3	6,6	7,0	10,6	0,0	11,4	52,4	21,0	23,8	7,2	0,4	20,2
2026 März	244,4	24,1	7,0	6,6	10,5	0,0	11,4	64,6	24,2	32,8	7,3	0,4	20,4
April	240,0	23,4	7,2	5,7	10,5	0,0	11,4	55,9	22,3	25,9	7,3	0,4	20,4
Mai	251,9	24,0	7,9	5,6	10,5	0,0	11,4	59,8	22,9	29,0	7,5	0,4	20,6
Juni	254,4	24,5	8,2	5,6	10,7	0,0	11,3	67,3	25,9	33,7	7,3	0,4	20,5
Juli	246,6	24,0	7,9	5,5	10,7	0,0	11,2	62,8	26,0	29,1	7,3	0,4	20,6
Aug.	246,5	25,1	7,9	5,4	11,8	0,0	11,3	58,5	19,9	30,8	7,4	0,4	20,7
	Veränderungen *)												
2024	− 37,7	− 18,6	− 3,0	− 4,1	− 11,5	− 0,0	+ 0,1	− 0,7	+ 1,5	+ 0,3	− 2,6	+ 0,1	+ 3,4
2025	− 9,7	− 9,6	− 0,7	+ 4,4	− 13,3	− 0,0	− 0,3	+ 0,3	− 0,8	+ 1,4	− 0,2	− 0,0	+ 1,7
2026 März	− 10,5	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,0	−	+ 0,0	− 1,7	+ 0,2	− 2,0	+ 0,1	− 0,0	+ 0,1
April	− 4,4	− 0,7	+ 0,2	− 0,9	− 0,0	−	+ 0,0	− 8,7	− 1,9	− 6,8	+ 0,0	+ 0,0	− 0,0
Mai	+ 11,8	+ 0,6	+ 0,7	− 0,0	− 0,0	−	−	+ 3,9	+ 0,6	+ 3,1	+ 0,2	− 0,0	+ 0,2
Juni	+ 2,6	+ 0,4	+ 0,3	− 0,1	+ 0,2	−	− 0,1	+ 7,4	+ 3,0	+ 4,7	− 0,2	+ 0,0	− 0,1
Juli	− 7,9	− 0,4	− 0,3	− 0,1	− 0,0	−	− 0,1	− 4,5	+ 0,2	− 4,7	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1
Aug.	− 0,1	+ 1,1	+ 0,0	− 0,1	+ 1,1	−	+ 0,0	− 4,3	− 6,1	+ 1,7	+ 0,1	− 0,0	+ 0,2

***** Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

Spareinlagen [3]								Nachrichtlich:			
	nach Befristung										
		über 1 Jahr [2]									
			darunter:								
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre	insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe [4]	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) [5]	Verbindlichkeiten aus Repos	Zeit
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
21,6	204,7	251,0	38,2	212,7	441,8	438,4	3,4	123,5	21,0	3,5	–	2023
22,1	297,8	266,0	47,7	218,2	402,4	399,7	2,7	138,2	34,7	4,0	–	2024
21,6	265,3	274,7	47,6	227,1	386,8	384,4	2,4	137,0	42,8	4,4	–	2025
23,2	264,4	276,2	48,7	227,5	382,0	379,5	2,5	140,1	47,5	4,5	–	2026 März
23,1	264,1	276,3	48,9	227,4	379,4	376,9	2,5	141,7	50,4	4,5	–	April
23,7	263,8	276,9	49,4	227,5	379,6	377,1	2,5	143,2	50,6	4,5	–	Mai
23,9	264,7	276,3	48,8	227,5	378,6	376,1	2,5	148,5	50,1	4,5	–	Juni
23,9	268,3	277,5	49,8	227,7	376,0	373,5	2,5	153,1	49,8	4,5	–	Juli
24,0	271,1	278,6	50,7	227,9	374,1	371,6	2,4	156,5	51,2	4,5	–	Aug.
Veränderungen *)												
+ 0,5	+ 87,3	+ 13,2	+ 8,9	+ 4,3	– 39,4	– 38,7	– 0,7	+ 22,3	+ 12,6	+ 0,5	–	2024
– 0,5	– 32,7	+ 5,7	– 0,6	+ 6,2	– 15,6	– 15,3	– 0,3	– 1,2	+ 8,1	+ 0,4	–	2025
+ 0,6	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	– 0,4	– 2,2	– 2,2	– 0,0	+ 1,5	+ 2,4	+ 0,0	–	2026 März
– 0,1	– 0,4	+ 0,1	+ 0,2	– 0,1	– 2,7	– 2,7	– 0,0	+ 1,6	+ 2,9	+ 0,0	–	April
+ 0,6	– 0,3	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	– 0,0	+ 1,6	+ 0,3	– 0,0	–	Mai
+ 0,2	+ 0,6	– 0,0	– 0,2	+ 0,2	– 1,0	– 1,0	– 0,0	+ 5,2	– 0,5	– 0,0	–	Juni
+ 0,0	+ 3,6	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,2	– 2,6	– 2,6	– 0,0	+ 4,7	– 0,4	+ 0,0	–	Juli
+ 0,1	+ 2,8	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,2	– 1,9	– 1,9	– 0,0	+ 3,3	+ 1,4	+ 0,0	–	Aug.

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV. 12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. **4** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)						Sozialversicherung						
		Termineinlagen [3]						Termineinlagen				
zusammen	Sichteinlagen	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr	Spareinlagen und Sparbriefe [2] [4]	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr	Spareinlagen und Sparbriefe [2]	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
83,3	45,6	19,8	14,1	3,8	0,0	99,6	16,1	57,2	25,3	1,0	–	2023
80,1	45,3	18,0	13,2	3,5	0,0	85,3	18,2	48,1	18,1	0,8	–	2024
76,7	44,2	16,2	12,7	3,5	0,0	88,7	21,4	50,8	15,9	0,6	–	2025
68,4	35,6	16,5	12,8	3,5	0,0	87,3	23,5	46,5	16,5	0,7	–	2026 März
70,0	37,0	16,7	12,7	3,6	0,0	90,6	24,4	49,3	16,1	0,8	–	April
76,0	41,5	18,1	12,8	3,6	0,0	92,0	26,6	47,4	17,2	0,7	–	Mai
69,3	35,8	17,2	12,6	3,6	0,0	93,4	27,6	47,9	17,2	0,7	–	Juni
70,0	36,4	17,5	12,5	3,6	0,0	89,7	24,9	46,8	17,3	0,7	–	Juli
74,6	40,4	17,9	12,6	3,7	0,0	88,3	25,9	46,2	15,5	0,7	–	Aug.
Veränderungen *)												
– 3,5	– 0,5	– 1,8	– 0,9	– 0,3	–	– 14,9	+ 2,2	– 9,4	– 7,3	– 0,3	–	2024
– 3,7	– 1,2	– 1,8	– 0,7	– 0,0	– 0,0	+ 3,3	+ 3,1	+ 2,7	– 2,2	– 0,2	–	2025
– 5,2	– 4,6	– 0,5	– 0,1	+ 0,0	–	– 4,1	– 2,4	– 1,5	– 0,1	– 0,0	–	2026 März
+ 1,7	+ 1,5	+ 0,2	– 0,0	+ 0,1	–	+ 3,3	+ 0,9	+ 2,8	– 0,4	+ 0,0	–	April
+ 5,9	+ 4,3	+ 1,4	+ 0,1	+ 0,0	–	+ 1,3	+ 2,2	– 1,9	+ 1,0	– 0,0	–	Mai
– 6,8	– 5,7	– 0,9	– 0,1	– 0,0	–	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,1	– 0,0	–	Juni
+ 0,8	+ 0,6	+ 0,2	– 0,1	+ 0,0	–	– 3,7	– 2,7	– 1,1	+ 0,1	– 0,0	–	Juli
+ 4,6	+ 4,0	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	–	– 1,4	+ 1,0	– 0,6	– 1,8	– 0,0	–	Aug.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds "Deutsche Einheit", Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Spareinlagen 1)								Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spareinlagen	Sparbriefe 3), abgegeben an			
		von Inländern					von Ausländern				inländische Nichtbanken		
			mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten								
	insgesamt	zusammen	zusammen	darunter Sondersparformen 2)	zusammen	darunter Sondersparformen 2)	zusammen	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist		Nichtbanken insgesamt	zusammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	ausländische Nichtbanken
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2023	450,5	445,9	395,3	187,1	50,6	43,0	4,6	3,8	2,6	143,2	142,2	35,5	1,0
2024	410,3	406,0	346,2	169,7	59,8	53,0	4,3	3,3	3,7	158,9	157,8	43,2	1,1
2025	394,4	390,3	330,4	168,2	59,9	53,3	4,2	3,1	3,8	157,0	155,9	54,9	1,1
2026 April	387,0	382,8	322,1	164,1	60,8	54,5	4,1	3,0	0,2	161,6	160,4	58,2	1,1
Mai	387,2	383,0	320,1	163,2	63,0	56,6	4,1	3,0	0,2	163,2	162,1	58,4	1,1
Juni	386,2	382,0	317,5	162,0	64,6	58,3	4,1	3,0	0,2	168,4	167,2	59,0	1,2
Juli	383,6	379,5	314,2	160,4	65,2	59,0	4,1	3,0	0,2	173,2	172,0	59,8	1,2
Aug.	381,7	377,6	311,9	159,4	65,7	59,4	4,1	2,9	0,2	177,5	175,4	60,2	2,2
	Veränderungen *)												
2024	− 40,2	− 40,0	− 49,2	− 17,1	+ 9,2	+ 10,0	− 0,2	− 0,5	.	+ 23,3	+ 23,1	+ 8,9	+ 0,2
2025	− 15,9	− 15,8	− 16,9	− 2,4	+ 1,2	+ 1,3	− 0,2	− 0,2	.	− 1,8	− 1,8	+ 11,7	− 0,0
2026 April	− 2,6	− 2,6	− 2,5	− 1,4	− 0,2	− 0,1	− 0,0	− 0,0	.	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,0
Mai	+ 0,2	+ 0,2	− 2,0	− 0,9	+ 2,2	+ 2,1	+ 0,0	− 0,0	.	+ 1,7	+ 1,7	+ 0,3	+ 0,0
Juni	− 1,0	− 1,0	− 2,6	− 1,2	+ 1,6	+ 1,7	+ 0,0	− 0,0	.	+ 5,2	+ 5,2	+ 0,6	+ 0,0
Juli	− 2,5	− 2,5	− 3,2	− 1,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,0	− 0,0	.	+ 4,8	+ 4,8	+ 0,7	+ 0,0
Aug.	− 1,9	− 1,9	− 2,4	− 1,0	+ 0,5	+ 0,5	− 0,0	− 0,0	.	+ 3,4	+ 3,3	+ 0,5	+ 0,0

***** Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Ohne Bauspareinlagen, die den Termineinlagen zugeordnet werden. **2** Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. **3** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene börsenfähige Schuldverschreibungen	Nachrangig begebene nicht börsenfähige Schuldverschreibungen
		darunter:				mit Laufzeit								
						bis 1 Jahr einschl.		über 1 Jahr bis 2 Jahre						
	insgesamt	variabel verzinsliche Anleihen 1)	Null-Kupon-Anleihen 1) 2)	Fremdwährungsanleihen 3) 4)	Certificates of Deposit	zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)	zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)	über 2 Jahre	insgesamt	darunter mit Laufzeit über 2 Jahre		
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2023	1 327,5	85,8	15,7	312,6	101,2	122,9	1,3	43,7	3,4	1 160,9	0,0	0,0	37,5	0,1
2024	1 360,0	97,6	15,7	319,0	111,2	121,4	1,2	42,7	3,8	1 196,0	0,2	0,0	40,9	0,1
2025	1 405,8	120,4	24,9	315,3	128,2	147,1	1,5	35,6	4,4	1 223,2	1,5	0,0	36,2	0,1
2026 April	1 419,7	130,0	29,3	306,4	98,4	119,9	1,7	30,1	4,8	1 269,7	1,2	0,0	35,6	0,1
Mai	1 430,3	132,9	30,1	311,1	97,4	120,3	1,8	30,3	4,9	1 279,7	1,2	0,0	35,1	0,1
Juni	1 446,8	135,4	30,7	325,0	106,9	130,4	1,7	30,8	4,7	1 285,6	1,1	0,0	35,4	0,1
Juli	1 455,1	138,7	33,3	329,8	101,7	128,6	1,8	31,3	4,8	1 295,2	1,1	0,0	34,5	0,1
Aug.	1 462,3	140,1	33,7	327,3	107,3	135,7	1,9	30,9	4,9	1 295,8	1,2	0,0	34,4	0,1
	Veränderungen *)													
2024	+ 31,5	+ 11,9	+ 1,0	+ 5,3	+ 8,7	− 2,1	− 0,1	− 0,5	+ 0,4	+ 34,0	+ 0,2	− 0,0	+ 3,4	− 0,0
2025	+ 46,1	+ 23,1	+ 8,7	− 3,5	+ 17,0	+ 25,2	+ 0,3	− 6,6	+ 0,6	+ 27,5	+ 1,3	− 0,0	− 4,7	−
2026 April	+ 8,0	+ 4,2	− 0,4	− 1,1	+ 2,5	+ 0,5	+ 0,0	− 0,1	+ 0,2	+ 7,6	− 0,4	−	+ 0,0	−
Mai	+ 10,5	+ 2,9	+ 0,7	+ 4,7	− 0,9	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 10,1	− 0,0	−	− 0,5	−
Juni	+ 16,5	+ 2,6	+ 0,7	+ 13,9	+ 9,5	+ 10,1	− 0,1	+ 0,5	− 0,3	+ 5,9	− 0,1	−	+ 0,3	−
Juli	+ 8,3	+ 3,2	+ 2,5	+ 4,8	− 5,2	− 1,8	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,2	+ 9,5	− 0,0	−	− 1,0	−
Aug.	+ 7,3	+ 1,4	+ 0,4	− 2,4	+ 5,6	+ 7,1	+ 0,1	− 0,4	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,1	−	− 0,1	−

***** Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. **2** Emissionswert bei Auflegung. **3** Einschl. auf Fremdwährung lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. **4** Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. **5** Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. **6** Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *)
Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 1)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 6)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 8)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 9)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 2)	Baudarlehen 3)	Bankschuldverschreibungen 4)	Baudarlehen			Wertpapiere (einschl. Schatzwechsel und U-Schätze) 5)	Bauspareinlagen	Sicht- und Termingelder	Bauspareinlagen	Sicht- und Termingelder 7)			
						Bauspardarlehen	Vor- und Zwischenfinanzierungskredite	sonstige Baudarlehen								
Alle Bausparkassen																
2025	13	260,3	19,8	0,2	14,2	26,2	131,1	43,1	21,2	0,6	37,0	178,0	14,0	9,9	13,7	60,9
2026 Juni	13	261,0	19,6	0,2	13,6	28,7	129,3	44,1	20,8	0,5	38,5	175,9	14,0	10,9	13,9	4,6
Juli	13	261,2	19,8	0,2	13,4	29,2	129,1	44,3	20,8	0,5	39,3	175,4	14,0	10,9	14,0	4,8
Aug.	13	261,6	19,9	0,2	13,4	29,7	128,8	44,5	20,8	0,5	39,8	175,0	14,2	10,9	14,0	4,3
Private Bausparkassen																
2026 Juni	8	185,8	7,9	0,1	8,4	18,2	99,1	38,4	10,3	0,1	34,8	112,1	13,7	10,9	9,6	2,8
Juli	8	186,0	8,1	0,1	8,4	18,5	98,9	38,6	10,3	0,1	35,5	111,8	13,7	10,9	9,6	3,1
Aug.	8	186,3	8,2	0,1	8,4	18,8	98,6	38,8	10,3	0,1	35,8	111,5	13,9	10,9	9,6	2,7
Öffentliche Bausparkassen																
2026 Juni	5	75,2	11,7	0,1	5,2	10,5	30,2	5,7	10,5	0,4	3,7	63,8	0,3	–	4,4	1,7
Juli	5	75,2	11,7	0,1	5,0	10,7	30,2	5,7	10,5	0,4	3,8	63,6	0,2	–	4,4	1,7
Aug.	5	75,3	11,7	0,1	5,0	10,9	30,2	5,7	10,5	0,4	4,0	63,5	0,3	–	4,4	1,6

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen						Noch bestehende Auszahlungsverpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen 11)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohnungsbauprämien 13)
							Zuteilungen				neu gewährte Vor- und Zwischenfinanzierungskredite und sonstige Baudarlehen					
							Bauspareinlagen		Bauspardarlehen 10)							
	eingezahlte Bauspareinlagen 10)	Zinsgutschriften auf Bauspareinlagen	Rückzahlungen von Bauspareinlagen aus nicht zugeteilten Verträgen	insgesamt	darunter Nettozuteilungen 12)	insgesamt	zusammen	darunter zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	zusammen	darunter zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten		insgesamt	darunter aus Zuteilungen	insgesamt	darunter Tilgungen im Quartal	
Alle Bausparkassen																
2025	24,5	1,4	5,2	53,9	38,4	48,0	22,9	4,8	11,2	5,1	13,9	12,0	7,5	7,0	6,0	0,2
2026 Juni	1,9	0,0	0,4	4,7	3,3	4,3	2,0	0,4	1,1	0,5	1,3	12,1	7,4	0,7	1,7	0,0
Juli	1,9	0,0	0,5	4,8	3,3	4,5	2,0	0,4	1,1	0,5	1,4	11,9	7,3	0,7	.	0,0
Aug.	1,9	0,0	0,4	4,5	3,2	4,0	1,8	0,4	1,0	0,5	1,2	11,9	7,3	0,7	.	0,0
Private Bausparkassen																
2026 Juni	1,2	0,0	0,2	3,3	2,2	3,1	1,3	0,3	0,7	0,4	1,1	8,4	4,4	0,5	1,2	0,0
Juli	1,2	0,0	0,2	3,4	2,2	3,2	1,4	0,4	0,7	0,4	1,1	8,3	4,4	0,5	.	0,0
Aug.	1,2	0,0	0,2	3,1	2,1	2,8	1,3	0,3	0,7	0,4	0,9	8,2	4,4	0,5	.	0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2026 Juni	0,7	0,0	0,2	1,4	1,2	1,2	0,7	0,1	0,3	0,1	0,2	3,7	3,0	0,2	0,5	0,0
Juli	0,7	0,0	0,2	1,4	1,1	1,3	0,7	0,1	0,4	0,1	0,3	3,6	2,9	0,2	.	0,0
Aug.	0,7	0,0	0,2	1,4	1,1	1,2	0,6	0,1	0,3	0,1	0,2	3,7	2,9	0,2	.	0,0

***** Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. **2** Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. **3** Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. **4** Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. **5** Einschl. Ausgleichsforderungen. **6** Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. **7** Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. **8** Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine Bankrisiken. **9** Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. **10** Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zugeteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. **11** Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. **12** Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. **13** Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in "Eingezahlte Bausparbeträge" und "Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen" enthalten.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Bilanzsumme 7)	Kredite an Banken (MFIs)					Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen 7)	
					Guthaben und Buchkredite					Buchkredite					
	deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Auslandsfilialen 1) bzw. Auslandstöchter		insgesamt	zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken	Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2) 3)	insgesamt	zusammen	an deutsche Nichtbanken	an ausländische Nichtbanken	Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2)	insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands
Auslandsfilialen 9)														**Stand am Jahres- bzw. Monatsende** *)	
2022	47	202	1 625,5	461,8	447,4	315,6	131,8	14,4	516,7	447,7	9,7	437,9	69,0	647,0	513,3
2023	47	200	1 544,2	457,5	437,7	304,4	133,3	19,8	507,9	421,0	5,4	415,6	86,9	578,8	417,0
2024	47	197	1 722,7	526,7	504,9	360,7	144,1	21,8	580,2	486,1	4,9	481,2	94,1	615,8	456,9
2024 März	47	199	1 634,7	506,6	483,8	327,2	156,6	22,8	523,9	431,4	5,1	426,3	92,6	604,1	428,8
April	47	199	1 668,0	499,4	474,9	325,7	149,3	24,4	520,3	432,4	4,8	427,5	88,0	648,2	477,1
Mai	47	199	1 647,4	504,5	482,0	330,9	151,1	22,4	528,0	440,3	4,9	435,5	87,7	614,9	439,2
Juni	47	198	1 612,4	498,6	478,8	329,8	148,9	19,9	538,5	449,1	4,9	444,2	89,3	575,3	421,0
Juli	47	198	1 596,9	505,8	485,8	328,1	157,7	19,9	539,9	450,4	5,2	445,2	89,5	551,3	384,7
Aug.	47	195	1 594,9	499,8	479,7	324,4	155,3	20,1	543,0	453,3	5,3	448,0	89,8	552,1	380,5
Sept.	47	195	1 598,5	499,1	478,8	322,5	156,3	20,4	568,4	477,9	5,1	472,8	90,5	530,9	372,4
Okt.	47	197	1 645,8	503,1	482,0	333,2	148,9	21,0	579,7	492,9	4,9	488,0	86,8	563,0	393,0
Nov.	47	197	1 708,6	528,3	507,5	357,3	150,2	20,8	591,7	500,9	4,6	496,3	90,8	588,6	412,9
Dez.	47	197	1 722,7	526,7	504,9	360,7	144,1	21,8	580,2	486,1	4,9	481,2	94,1	615,8	456,9
														Veränderungen *)	
2023	± 0	− 2	− 83,7	− 2,7	− 8,1	− 12,1	+ 4,0	+ 5,4	− 1,4	− 20,2	− 4,4	− 15,8	+ 18,8	− 68,1	− 94,4
2024	± 0	− 3	+ 175,7	+ 64,6	+ 62,6	+ 56,3	+ 6,3	+ 2,0	+ 54,2	+ 49,1	− 0,5	+ 49,6	+ 5,1	+ 32,0	+ 37,6
2024 April	± 0	−	+ 32,9	− 7,5	− 9,2	− 1,5	− 7,7	+ 1,6	− 5,4	− 0,6	− 0,3	− 0,3	− 4,8	+ 43,7	+ 48,1
Mai	± 0	−	− 19,9	+ 6,2	+ 8,2	+ 5,2	+ 3,0	− 2,0	+ 10,8	+ 10,8	+ 0,0	+ 10,7	+ 0,0	− 32,6	− 37,5
Juni	± 0	− 1	− 35,7	− 7,1	− 4,5	− 1,1	− 3,4	− 2,6	+ 6,6	+ 5,4	+ 0,1	+ 5,3	+ 1,2	− 40,3	− 18,8
Juli	± 0	−	− 15,0	+ 7,3	+ 7,2	− 1,7	+ 9,0	+ 0,1	+ 3,7	+ 3,2	+ 0,2	+ 3,0	+ 0,4	− 24,0	− 36,0
Aug.	± 0	− 3	− 0,8	− 4,4	− 4,5	− 3,7	− 0,8	+ 0,1	+ 8,8	+ 7,9	+ 0,1	+ 7,8	+ 1,0	+ 0,8	− 3,0
Sept.	± 0	−	+ 4,1	− 0,0	− 0,3	− 1,9	+ 1,6	+ 0,3	+ 27,5	+ 26,5	− 0,2	+ 26,7	+ 1,0	− 21,2	− 7,8
Okt.	± 0	+ 2	+ 46,0	+ 2,1	+ 1,4	+ 10,7	− 9,3	+ 0,7	+ 4,4	+ 9,0	− 0,2	+ 9,2	− 4,5	+ 30,8	+ 19,5
Nov.	± 0	−	+ 61,2	+ 22,3	+ 22,5	+ 24,1	− 1,6	− 0,3	+ 2,7	− 0,3	− 0,3	− 0,0	+ 3,0	+ 24,1	+ 18,9
Dez.	± 0	−	+ 13,3	− 2,3	− 3,3	+ 3,4	− 6,8	+ 1,1	− 15,8	− 18,6	+ 0,3	− 18,9	+ 2,8	+ 26,3	+ 43,5
Auslandstöchter 8)														**Stand am Jahres- bzw. Monatsende** *)	
2021	12	35	246,0	50,8	44,4	20,7	23,7	6,3	139,5	116,3	12,6	103,7	23,2	55,7	0,0
2022	11	32	256,7	61,5	52,0	20,5	31,4	9,5	145,8	124,5	13,3	111,2	21,3	49,4	0,0
2023	12	31	264,0	74,5	63,9	25,7	38,2	10,6	146,4	125,2	11,9	113,4	21,1	43,1	0,0
2023 März	11	32	253,9	62,2	51,7	20,7	31,0	10,5	146,5	126,2	13,3	112,9	20,2	45,2	0,0
April	11	31	250,9	64,4	53,3	22,4	30,9	11,1	145,3	125,6	13,0	112,6	19,8	41,2	0,0
Mai	11	31	250,9	59,3	48,8	21,5	27,2	10,5	146,2	126,3	12,8	113,5	19,9	45,5	0,0
Juni	12	32	253,3	64,2	52,8	22,4	30,4	11,5	146,6	126,7	12,7	113,9	19,9	42,5	0,0
Juli	12	31	253,4	63,6	52,2	23,0	29,3	11,4	147,4	126,9	12,9	114,1	20,5	42,4	0,0
Aug.	12	31	252,8	62,8	52,2	21,9	30,3	10,6	146,0	125,6	12,7	112,9	20,4	44,1	0,0
Sept.	12	31	256,2	66,4	56,0	25,0	31,0	10,5	146,7	125,8	12,3	113,5	20,9	43,0	0,0
Okt.	12	31	257,4	65,8	56,0	24,5	31,5	9,8	146,8	126,2	12,0	114,2	20,6	44,8	0,0
Nov.	12	31	259,9	66,9	57,7	23,6	34,1	9,3	147,8	126,9	12,1	114,8	20,9	45,2	0,0
Dez.	12	31	264,0	74,5	63,9	25,7	38,2	10,6	146,4	125,2	11,9	113,4	21,1	43,1	0,0
														Veränderungen *)	
2022	− 1	− 3	+ 6,5	+ 8,2	+ 5,2	− 0,2	+ 5,6	+ 2,8	+ 5,0	+ 6,9	+ 0,7	+ 6,3	− 1,9	− 6,5	± 0,0
2023	+ 1	− 1	+ 8,7	+ 13,5	+ 12,2	+ 5,2	+ 7,1	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,7	− 1,4	+ 3,1	− 0,2	− 6,3	± 0,0
2023 April	−	− 1	− 2,7	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,7	− 0,1	+ 0,6	− 0,8	− 0,4	− 0,3	− 0,1	− 0,5	− 4,1	± 0,0
Mai	−	−	− 1,5	− 5,7	− 4,9	− 0,8	− 4,1	− 0,7	− 0,1	− 0,3	− 0,2	− 0,0	+ 0,1	+ 4,3	± 0,0
Juni	+ 1	+ 1	+ 3,2	+ 5,3	+ 4,2	+ 0,9	+ 3,3	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9	− 0,0	+ 0,9	+ 0,0	− 3,0	± 0,0
Juli	−	− 1	+ 0,6	− 0,5	− 0,4	+ 0,6	− 1,0	− 0,1	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,6	− 0,1	± 0,0
Aug.	−	−	− 1,2	− 1,0	− 0,2	− 1,0	+ 0,8	− 0,9	− 1,8	− 1,7	− 0,2	− 1,5	− 0,1	+ 1,7	± 0,0
Sept.	−	−	+ 2,2	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,0	+ 0,5	− 0,2	− 0,0	− 0,5	− 0,4	− 0,1	+ 0,5	− 1,0	± 0,0
Okt.	−	−	+ 1,4	− 0,6	+ 0,1	− 0,4	+ 0,5	− 0,7	+ 0,2	+ 0,5	− 0,3	+ 0,8	− 0,3	+ 1,8	± 0,0
Nov.	−	−	+ 3,8	+ 1,5	+ 2,0	− 0,9	+ 2,9	− 0,4	+ 1,8	+ 1,5	+ 0,1	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,4	± 0,0
Dez.	−	−	+ 4,5	+ 7,7	+ 6,3	+ 2,1	+ 4,2	+ 1,4	− 1,1	− 1,3	− 0,2	− 1,1	+ 0,3	− 2,0	± 0,0

***** „Ausland" umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslandstöchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Mehrere Filialen in einem Sitzland zählen als eine Filiale. **2** Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldver-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite									Geldmarktpapiere und Schuldverschreibungen im Umlauf 5)	Betriebskapital bzw. Eigenkapital	Sonstige Passivpositionen 6) 7)		Zeit
	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									
					deutsche Nichtbanken 4)								
insgesamt	zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken	insgesamt	zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig	ausländische Nichtbanken			insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											**Auslandsfilialen** 9)		
943,4	573,6	435,2	138,5	369,8	10,4	8,9	1,5	359,4	61,7	63,1	557,4	512,9	2022
943,5	554,5	422,6	131,9	389,0	10,6	9,5	1,2	378,4	64,1	66,1	470,5	418,3	2023
1 057,4	635,5	503,3	132,2	421,9	14,9	13,9	1,0	407,0	72,5	72,9	519,9	461,0	2024
997,2	587,3	442,4	144,9	409,9	11,3	10,3	1,0	398,6	86,3	69,4	481,8	431,6	2024 März
978,9	576,4	435,8	140,6	402,5	11,1	10,1	1,0	391,4	88,0	69,2	531,8	479,3	April
998,2	591,9	449,7	142,1	406,3	14,8	13,9	1,0	391,5	85,8	69,0	494,4	443,4	Mai
986,4	578,3	450,5	127,8	408,0	14,2	13,2	1,0	393,8	81,7	69,5	474,7	423,1	Juni
999,5	583,6	450,6	133,0	415,9	14,3	13,4	1,0	401,6	87,0	69,3	441,1	388,9	Juli
1 002,4	591,0	457,1	133,9	411,4	14,9	13,9	1,0	396,6	85,5	69,1	437,8	385,0	Aug.
1 014,0	602,5	466,1	136,4	411,5	13,4	12,5	0,9	398,0	84,7	70,1	429,7	377,0	Sept.
1 040,4	610,4	472,5	137,9	430,0	13,9	13,0	1,0	416,1	81,7	70,8	453,0	397,1	Okt.
1 075,0	638,7	501,0	137,8	436,3	15,0	14,0	1,0	421,3	88,0	71,3	474,2	417,6	Nov.
1 057,4	635,5	503,3	132,2	421,9	14,9	13,9	1,0	407,0	72,5	72,9	519,9	461,0	Dez.
Veränderungen *)													
+ 1,2	− 17,0	− 13,8	− 3,1	+ 18,1	+ 1,2	+ 1,5	− 0,3	+ 16,9	+ 3,9	+ 3,0	− 88,0	− 94,5	2023
+ 107,9	+ 76,0	+ 80,7	− 4,6	+ 31,9	+ 4,3	+ 4,4	− 0,1	+ 27,6	+ 5,6	+ 6,8	+ 49,4	+ 42,9	2024
− 18,8	− 11,4	− 6,6	− 4,8	− 7,4	− 0,2	− 0,2	− 0,0	− 7,3	+ 1,3	− 0,2	+ 50,0	+ 47,7	2024 April
+ 20,5	+ 16,6	+ 13,9	+ 2,7	+ 3,9	+ 3,7	+ 3,7	− 0,0	+ 0,1	− 1,5	− 0,2	− 37,4	− 35,9	Mai
− 13,2	− 14,7	+ 0,7	− 15,5	+ 1,5	− 0,6	− 0,6	+ 0,0	+ 2,2	− 4,8	+ 0,5	− 19,7	− 20,3	Juni
+ 13,5	+ 5,5	+ 0,1	+ 5,4	+ 8,1	+ 0,1	+ 0,1	− 0,0	+ 7,9	+ 5,7	− 0,2	− 33,6	− 34,2	Juli
+ 4,9	+ 9,0	+ 6,5	+ 2,5	− 4,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,0	− 4,7	− 0,3	− 0,2	− 3,3	− 3,6	Aug.
+ 12,3	+ 12,1	+ 9,0	+ 3,1	+ 0,2	− 1,4	− 1,4	− 0,1	+ 1,6	− 0,4	+ 1,0	− 8,1	− 8,0	Sept.
+ 24,2	+ 6,1	+ 6,4	− 0,3	+ 18,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,0	+ 17,6	− 4,4	+ 0,7	+ 23,3	+ 20,1	Okt.
+ 31,1	+ 25,3	+ 28,4	− 3,1	+ 5,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,0	+ 4,7	+ 4,9	+ 0,5	+ 21,2	+ 20,5	Nov.
− 18,7	− 4,0	+ 2,4	− 6,4	− 14,7	− 0,1	− 0,1	+ 0,1	− 14,6	− 16,4	+ 1,6	+ 45,7	+ 43,4	Dez.
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											**Auslandstöchter** 8)		
178,6	64,2	33,0	31,2	114,4	7,3	4,9	2,4	107,1	16,4	20,3	30,7	0,0	2021
189,4	67,5	38,6	28,9	122,0	6,9	4,6	2,3	115,1	13,5	20,1	33,7	0,0	2022
195,9	76,0	51,2	24,8	119,9	6,4	4,0	2,4	113,4	12,1	20,8	35,3	0,0	2023
186,6	71,2	42,2	29,1	115,4	6,8	4,3	2,5	108,5	12,3	20,3	34,8	0,0	2023 März
183,5	71,0	44,0	27,0	112,5	6,9	4,5	2,5	105,6	12,2	20,2	35,0	0,0	April
183,9	71,2	43,6	27,6	112,8	6,9	4,4	2,5	105,9	12,1	20,6	34,3	0,0	Mai
185,6	71,9	45,4	26,5	113,7	6,6	4,2	2,4	107,1	10,6	20,5	36,6	0,0	Juni
187,9	72,3	47,0	25,3	115,6	6,8	4,4	2,4	108,8	10,5	20,5	34,4	0,0	Juli
185,5	70,6	46,0	24,7	114,8	6,6	4,2	2,4	108,2	10,3	20,6	36,4	0,0	Aug.
188,2	74,1	49,1	25,1	114,1	6,7	4,3	2,4	107,4	11,3	20,5	36,0	0,0	Sept.
189,3	73,1	48,3	24,8	116,2	6,5	4,1	2,4	109,7	11,6	20,8	35,8	0,0	Okt.
192,1	73,7	48,4	25,3	118,4	6,5	4,1	2,4	111,8	11,6	20,8	35,4	0,0	Nov.
195,9	76,0	51,2	24,8	119,9	6,4	4,0	2,4	113,4	12,1	20,8	35,3	0,0	Dez.
Veränderungen *)													
+ 7,7	+ 1,4	+ 5,6	− 4,2	+ 6,3	− 0,4	− 0,3	− 0,1	+ 6,7	− 2,9	− 0,2	+ 2,2	± 0,0	2022
+ 7,6	+ 8,9	+ 12,6	− 3,8	− 1,3	− 0,4	− 0,5	+ 0,1	− 0,8	− 1,4	+ 0,7	+ 1,8	± 0,0	2023
− 2,7	− 0,1	+ 1,8	− 1,9	− 2,6	+ 0,1	+ 0,2	− 0,0	− 2,7	− 0,1	− 0,1	+ 0,2	± 0,0	2023 April
− 0,6	− 0,3	− 0,4	+ 0,2	− 0,4	− 0,0	− 0,0	+ 0,0	− 0,4	− 0,0	+ 0,4	− 1,2	± 0,0	Mai
+ 2,3	+ 1,0	+ 1,8	− 0,9	+ 1,3	− 0,3	− 0,3	− 0,0	+ 1,6	− 1,6	− 0,1	+ 2,5	± 0,0	Juni
+ 2,7	+ 0,6	+ 1,6	− 1,1	+ 2,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0	+ 2,0	− 0,0	+ 0,0	− 2,1	± 0,0	Juli
− 2,9	− 1,9	− 1,0	− 0,8	− 1,1	− 0,2	− 0,2	− 0,0	− 0,9	− 0,2	+ 0,1	+ 1,8	± 0,0	Aug.
+ 1,9	+ 3,2	+ 3,1	+ 0,1	− 1,3	+ 0,1	+ 0,1	− 0,0	− 1,4	+ 1,0	− 0,1	− 0,7	± 0,0	Sept.
+ 1,2	− 1,0	− 0,8	− 0,2	+ 2,2	− 0,2	− 0,2	− 0,0	+ 2,3	+ 0,2	+ 0,3	− 0,2	± 0,0	Okt.
+ 3,7	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,8	+ 2,8	− 0,0	− 0,0	− 0,0	+ 2,8	+ 0,1	+ 0,0	− 0,0	± 0,0	Nov.
+ 4,1	+ 2,4	+ 2,8	− 0,4	+ 1,7	− 0,1	− 0,1	− 0,0	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,0	± 0,0	Dez.

schreibungen. **3** Einschl. eigener Schuldverschreibungen. **4** Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen. **5** Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. **6** Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. **7** Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. **8** Die Zahlen der Auslandstöchter wurden letztmalig 12.23 erhoben. **9** Die Zahlen der Auslandsfilialen wurden letztmalig 12.24 erhoben.

V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung im Euroraum

Mrd €

Reserve-periode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven (ohne Einlage-fazilität) 6)	Summe aller Unter-schreitungen des Reserve-Solls 7)
2019	13 485,4	134,9	134,5	1 623,7	1 489,3	0,0
2020	14 590,4	145,9	145,5	3 029,4	2 883,9	0,0
2021	15 576,6	155,8	155,4	3 812,3	3 656,9	0,1
2022	16 843,0	168,4	168,0	195,6	28,1	0,0
2023	16 261,6	162,6	162,3	170,5	8,2	0,0
2024	16 422,2	164,2	163,9	170,8	6,9	0,0
2025	16 914,6	169,1	169,6	175,5	5,9	0,0
2026 Juli p)	17 497,1	175,0	174,7	338,0	163,3	0,0
Aug.	.	.	.	.	.	.
Sept. p)	17 643,4	176,4	176,1	...	...	...

2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland

Mio €

Reserve-periode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Anteil Deutschlands an der Reservebasis des Eurosystems in %	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven (ohne Einlage-fazilität) 6)	Summe aller Unter-schreitungen des Reserve-Solls 7)
2019	3 728 027	27,6	37 280	37 131	486 477	449 346	0
2020	4 020 792	27,6	40 208	40 062	878 013	837 951	1
2021	4 260 398	27,4	42 604	42 464	1 048 819	1 006 355	0
2022	4 664 630	27,7	46 646	46 512	54 848	8 337	5
2023	4 483 853	27,6	44 839	44 709	47 008	2 299	0
2024	4 517 828	27,5	45 178	45 052	48 069	3 016	1
2025	4 640 203	27,4	46 402	46 280	48 017	1 737	1
2026 Juli p)	4 744 907	27,1	47 449	47 329	109 201	61 873	0
Aug.	.	.	.	.	.	.	.
Sept. p)	4 756 589	27,0	47 566	47 446	...	...	...

a) Reserve-Soll einzelner Bankengruppen

Mio €

Reserve-periode beginnend im Monat 1)	Großbanken	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	Zweigstellen ausländischer Banken	Landesbanken und Sparkassen	Kredit-genossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unter-stützungsaufgaben
2019	7 684	5 494	2 765	12 273	7 028	109	1 778
2020	8 151	6 371	3 019	12 912	7 547	111	2 028
2021	9 113	6 713	2 943	13 682	8 028	109	1 876
2022	9 814	7 396	3 216	14 465	8 295	117	2 471
2023	9 282	7 417	3 170	14 061	8 178	148	2 118
2024	9 561	7 484	2 856	14 355	8 417	133	2 156
2025	10 094	7 657	2 838	14 517	8 705	87	2 168
2026 Juli	10 298	8 687	2 760	14 681	8 810	78	2 013
Aug.	.	.	.	.	.	.	.
Sept.	10 484	8 603	2 789	14 690	8 850	67	1 962

b) Zusammensetzung der Reservebasis nach Verbindlichkeiten

Mio €

Reserve-periode beginnend im Monat 1)	Verbindlichkeiten (ohne Spar-einlagen, Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Nicht-MFIs mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bau-spareinlagen und Repos) gegenüber nicht der Mindest-reserve unterliegenden MFIs im Euroraum mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bau-spareinlagen und Repos) gegenüber Banken im anderen Ausland außerhalb des Euroraums mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Spareinlagen mit Kündigungsfrist bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten aus ausgege-benen Inhaberschuldverschrei-bungen mit Ursprungslauf-zeit bis zu 2 Jahren einschl. nach Pauschalabzug bzw. Abzug der Beträge im Besitz selbst reservepflichtiger MFIs
2019	2 627 478	1 272	410 338	577 760	111 183
2020	2 923 462	1 607	436 696	560 770	105 880
2021	3 079 722	9 030	508 139	561 608	101 907
2022	3 352 177	12 609	566 227	543 694	116 094
2023	3 447 513	968	420 839	455 493	125 531
2024	3 608 785	2 148	356 674	406 283	134 680
2025	3 715 114	2 899	353 070	390 953	156 777
2026 Juli	3 856 886	4 075	372 505	382 360	128 938
Aug.	.	.	.	.	.
Sept.	3 866 918	5 105	368 810	378 910	136 697

1 Die Erfüllungsperiode beginnt am Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. **2** Art. 5 der Verordnung (EU) 2021/378 der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a ein Reservesatz von 0 % gilt). **3** Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu 2 Jahren einschl. betrug vom 1. Januar 1999 bis 17. Januar 2012 2 %. Ab dem 18. Januar 2012 liegt er bei 1 %. **4** Art. 6 Abs. 2 der Verordnung (EU) 2021/378 der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht **5** Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. **6** Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. **7** Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze / Basiszinssätze

% p.a.

EZB-Zinssätze [2]										Basiszinssätze			
		Hauptrefinanzierungsgeschäfte					Hauptrefinanzierungsgeschäfte						
Gültig ab	Einlagefazilität	Festsatz	Mindestbietungssatz	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Einlagefazilität	Festsatz	Mindestbietungssatz	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Basiszinssatz gemäß BGB [1]	Gültig ab	Basiszinssatz gemäß BGB [1]
2025 5. Feb.	2,75	2,90	–	3,15	2026 17. Juni	2,25	2,40	–	2,65	2023 1. Jan.	1,62	2025 1. Jan.	2,27
12. Mär.	2,50	2,65	–	2,90	16. Sep.	2,50	2,65	–	2,90	1. Juli	3,12	1. Juli	1,27
23. April	2,25	2,40	–	2,65									
11. Juni	2,00	2,15	–	2,40						2024 1. Jan.	3,62	2026 1. Jan.	1,27
										1. Juli	3,37	1. Juli	1,52

1 Gemäß § 247 BGB. **2** Mit Wirkung zum 18. September 2024 wird die Spanne zwischen den Zinssätzen für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte und für die Einlagefazilität auf 15 Basispunkte reduziert. Die Spanne zwischen den Zinssätzen für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bleibt unverändert bei 25 Basispunkten.

2. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) *)

	Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengentender	Zinstender			Laufzeit
			Festsatz	Mindestbietungssatz	marginaler Satz [1]	gewichteter Durchschnittssatz	
Gutschriftstag	Mio €		% p.a.				Tage
Hauptrefinanzierungsgeschäfte							
2026 9. Sep.	12 241	12 241	2,40	–	–	–	7
16. Sep.	14 892	14 892	2,65	–	–	–	7
23. Sep.	14 557	14 557	2,65	–	–	–	7
30. Sep.	21 905	21 905	2,65	–	–	–	7
7. Okt.	18 084	18 084	2,65	–	–	–	7
14. Okt.	18 510	18 510	2,65	–	–	–	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte							
2026 1. Juli	7 011	7 011	2,44	–	–	–	91
29. Juli	4 018	4 018	[2] …	–	–	–	91
26. Aug.	3 276	3 276	[2] …	–	–	–	91
30. Sep.	8 898	8 898	[2] …	–	–	–	84

***** Quelle: EZB. **1** Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. **2** Berechnung am Ende der Laufzeit; a) Zuteilung zu dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit unter Einbeziehung eines Spreads oder b) Zuteilung zum durchschnittlichen Satz der Einlagefazilität während der Laufzeit.

3. Geldmarktsätze nach Monaten

% p.a.

Durchschnitt im Monat	€STR [1]	EURIBOR ® [2]				
		Wochengeld	Monatsgeld	Dreimonatsgeld	Sechsmonatsgeld	Zwölfmonatsgeld
2026 Febr.	1,931	1,890	1,952	2,011	2,144	2,221
März	1,932	1,900	1,933	2,109	2,322	2,565
April	1,932	1,907	1,971	2,175	2,454	2,747
Mai	1,931	1,890	1,957	2,226	2,536	2,804
Juni	2,045	1,992	2,146	2,339	2,596	2,798
Juli	2,184	2,146	2,214	2,425	2,647	2,855
Aug.	2,187	2,149	2,221	2,513	2,713	2,954
Sept.	2,314	2,289	2,414	2,635	2,922	3,247

***** Ein Anspruch auf Bereitstellung der Zinssätze wird durch die Veröffentlichung nicht begründet. Die Deutsche Bundesbank behält sich vor die Informationen zukünftig nicht mehr auf der Webseite zu veröffentlichen. Alle Angaben ohne Gewähr. Es werden keine ausdrücklichen oder stillschweigenden Zusicherungen oder Garantien hinsichtlich der Aktualität, Genauigkeit, Rechtzeitigkeit, Vollständigkeit, Marktgängigkeit oder Eignung der Informationen als Zins- bzw. Referenzzinssätze gemacht. Weder das European Money Markets Institute (EMMI), noch Euribor EBF, noch Euribor ACI, noch die Referenzbanken, noch das Euribor Steering Committee, noch die Europäische Zentralbank, noch Reuters, noch die Deutsche Bundesbank können bei Unstimmigkeiten, Unvollständigkeit oder verspäteter Bereitstellung der aufgeführten Geldmarktsätze haftbar gemacht werden. Siehe zum €STR auch folgenden Disclaimer der Europäischen Zentralbank, der auch für die Veröffentlichung durch die Deutsche Bundesbank gilt: https://www.ecb.europa.eu/stats/financial_markets_and_interest_rates/euro_short-term_rate/html/index.en.html
1 Euro Short-Term Rate: Seit 2. Oktober 2019 veröffentlicht die Europäische Zentralbank auf Basis von getätigten Einzeltransaktionen vom vorherigen Handelstag, die in Euro denominiert sind, den €STR. Diese werden von berichtspflichtigen Banken im Zuge der Geldmarktstatistik gemeldet. Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen der Deutschen Bundesbank. **2** Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen der Deutschen Bundesbank auf der Grundlage der vom European Money Markets Institute (EMMI) ermittelten Euribor ® Tageswerte. Bitte beachten Sie, dass eine kommerzielle Nutzung der Euribor®-Tageswerte eine Lizenzvereinbarung mit dem European Money Markets Institute (EMMI) voraussetzt. Informationen zu dessen Nutzungsbedingungen sind unter dem unten angeführten Link abrufbar.Werte ab November 2023 werden mit drei Nachkommastellen berechnet. Davor liegende Werte wurden mit zwei Nachkommastellen ermittelt. Aus technischen Gründen werden diese Werte ebenfalls mit drei Nachkommastellen dargestellt. Die dritte Nachkommastelle ist mit einer 0 aufgefüllt. Bis einschließlich Oktober 2023 wurden alle Werte mit zwei Nachkommastellen berechnet und veröffentlicht.
https://www.emmi-benchmarks.eu/terms-of-use
https://www.emmi-benchmarks.eu/benchmarks/euribor/

VI. Zinssätze

4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
a) Bestände o)

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2025 Aug.	2,04	407 174	1,21	260 809	1,94	201 793	2,24	20 392
Sept.	1,99	403 761	1,22	262 119	1,93	200 741	2,23	20 361
Okt.	1,95	405 566	1,22	263 759	1,90	207 857	2,19	20 399
Nov.	1,91	402 876	1,23	265 877	1,90	203 428	2,22	20 578
Dez.	1,89	404 146	1,26	271 211	1,91	199 016	2,24	20 054
2026 Jan.	1,88	403 716	1,27	273 016	1,90	201 533	2,24	19 518
Febr.	1,87	403 239	1,27	274 368	1,91	203 304	2,25	19 443
März	1,87	404 735	1,27	274 692	1,92	203 680	2,23	19 625
April	1,88	405 468	1,27	275 258	1,96	205 790	2,23	19 531
Mai	1,91	406 707	1,27	275 777	2,01	206 065	2,26	19 639
Juni	1,96	411 721	1,28	276 735	2,12	208 023	2,25	19 527
Juli	2,01	420 387	1,29	277 741	2,19	213 393	2,26	19 542
Aug.	2,07	426 883	1,30	278 462	2,25	213 638	2,29	21 070

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte 3)						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte 4) 5)					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr 6)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr 6)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2025 Aug.	4,20	3 462	3,80	21 044	2,16	1 605 084	8,91	47 155	5,80	78 646	4,63	327 765
Sept.	4,19	3 422	3,81	21 092	2,17	1 609 271	8,98	49 056	5,81	78 702	4,66	326 326
Okt.	4,15	3 548	3,83	21 207	2,19	1 613 364	8,92	47 820	5,82	78 927	4,68	326 324
Nov.	4,21	3 415	3,85	21 336	2,21	1 617 353	8,79	46 956	5,83	78 708	4,68	325 953
Dez.	4,20	3 356	3,87	21 231	2,22	1 619 519	8,71	49 302	5,85	78 682	4,70	324 233
2026 Jan.	4,21	3 399	3,89	21 081	2,24	1 619 596	8,96	47 344	5,88	78 401	4,72	324 777
Febr.	4,24	3 403	3,91	20 991	2,26	1 622 598	8,85	47 301	5,88	78 120	4,74	325 430
März	4,19	3 567	3,92	20 987	2,27	1 624 850	8,83	49 035	5,88	78 856	4,78	323 637
April	4,28	3 439	3,95	20 999	2,30	1 628 354	8,80	48 303	5,89	78 585	4,81	323 919
Mai	4,29	3 384	3,96	21 056	2,31	1 632 625	8,79	48 415	5,90	78 727	4,83	323 367
Juni	4,31	3 300	3,99	21 113	2,33	1 634 861	8,88	50 216	5,92	79 099	4,85	323 197
Juli	4,33	3 486	4,07	21 175	2,35	1 639 738	8,90	48 738	5,94	79 476	4,89	324 422
Aug.	4,37	3 485	4,11	21 203	2,37	1 643 114	9,00	49 118	5,95	79 594	4,91	324 636

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr 6)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2025 Aug.	4,31	190 059	3,99	245 898	2,54	916 631
Sept.	4,32	189 089	4,00	246 092	2,56	912 352
Okt.	4,35	186 233	4,01	246 917	2,58	916 852
Nov.	4,31	189 247	4,01	248 241	2,59	919 047
Dez.	4,33	185 599	4,04	243 877	2,62	920 662
2026 Jan.	4,35	186 516	4,05	240 601	2,63	913 755
Febr.	4,35	187 678	4,05	241 184	2,65	917 435
März	4,31	185 814	4,07	241 242	2,67	916 796
April	4,37	183 649	4,11	241 367	2,70	922 200
Mai	4,38	186 545	4,12	242 119	2,72	925 283
Juni	4,46	187 140	4,20	242 123	2,76	924 487
Juli	4,46	185 655	4,26	243 193	2,80	927 240
Aug.	4,56	185 869	4,27	244 432	2,82	929 624

***** Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber im Euroraum gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik \ Geld- und Kapitalmärkte \ Zinssätze und Renditen \ Einlagen- und Kreditzinssätze) entnehmen. **o** Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. **1** Die Effektivzinssätze werden entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. **2** Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. **3** Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. **4** Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. **5** Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. **6** Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 12 bis 14 S.47•.).

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Erhebungszeitraum	Einlagen privater Haushalte											
			mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)			
	täglich fällig		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2025 Aug.	0,43	1 874 089	1,76	45 166	1,98	3 215	2,09	2 768	0,66	334 001	1,95	62 671
Sept.	0,44	1 868 441	1,77	45 388	1,99	3 044	2,12	2 480	0,66	332 637	1,87	62 461
Okt.	0,43	1 877 689	1,80	49 171	2,02	3 945	2,13	3 035	0,67	331 336	1,81	61 687
Nov.	0,43	1 917 519	1,78	43 516	2,00	3 881	2,24	3 475	0,67	330 272	1,78	60 619
Dez.	0,44	1 918 138	1,79	46 112	2,00	3 447	2,31	3 731	0,73	331 135	1,75	60 337
2026 Jan.	0,43	1 919 251	1,84	52 858	2,03	4 503	2,32	3 742	0,68	329 487	1,74	60 432
Febr.	0,45	1 932 615	1,85	50 316	2,00	4 623	2,26	3 790	0,68	327 830	1,73	61 057
März	0,47	1 920 077	1,89	50 089	2,14	3 914	2,31	3 148	0,68	325 253	1,73	61 413
April	0,48	1 937 360	1,94	49 366	2,25	4 325	2,42	3 304	0,69	322 775	1,74	61 194
Mai	0,48	1 949 058	2,00	45 175	2,37	4 384	2,50	2 726	0,69	320 773	1,78	63 395
Juni	0,51	1 936 297	2,16	49 651	2,54	5 139	2,64	3 370	0,71	318 171	1,84	65 020
Juli	0,50	1 938 549	2,22	52 657	2,58	4 967	2,70	3 517	0,72	314 958	1,90	65 724
Aug.	0,51	1 936 182	2,28	49 842	2,64	4 319	2,72	3 127	0,73	312 553	1,96	66 192

Erhebungszeitraum	Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften							
			mit vereinbarter Laufzeit					
	täglich fällig		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2025 Aug.	0,65	571 394	1,90	81 549	2,08	583	2,65	533
Sept.	0,67	581 120	1,91	84 291	2,11	711	2,61	575
Okt.	0,68	592 970	1,88	93 111	2,08	674	2,59	581
Nov.	0,68	592 293	1,89	79 637	2,11	524	2,30	512
Dez.	0,67	610 657	1,88	87 250	2,05	475	2,38	652
2026 Jan.	0,69	584 787	1,88	86 727	2,26	847	2,32	543
Febr.	0,69	573 377	1,88	77 292	2,12	579	2,09	488
März	0,71	583 475	1,92	83 435	2,42	857	2,50	790
April	0,70	581 024	1,97	91 178	2,47	562	2,50	669
Mai	0,69	579 303	2,01	81 180	2,65	663	2,63	707
Juni	0,79	585 878	2,16	87 234	2,56	870	2,41	619
Juli	0,80	591 465	2,25	90 261	2,76	1 139	2,70	939
Aug.	0,81	590 976	2,25	71 196	2,73	546	2,65	790

Erhebungszeitraum	Kredite an private Haushalte											
	Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)											
	insgesamt (einschl. Kosten)	insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	effektiver Jahreszinssatz 10) % p.a.	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2025 Aug.	8,35	7,98	7 204	8,92	1 065	6,80	189	6,91	2 610	8,67	4 405
Sept.	8,27	7,91	7 398	8,86	1 111	6,52	202	6,85	2 640	8,59	4 556
Okt.	8,32	7,93	7 476	8,91	1 115	6,41	220	6,90	2 717	8,62	4 539
Nov.	8,43	8,02	7 034	8,76	949	6,33	228	6,93	2 506	8,74	4 299
Dez.	8,32	7,72	6 433	8,75	883	6,36	254	6,80	2 687	8,53	3 492
2026 Jan.	8,55	8,10	7 487	8,98	1 345	6,77	215	7,04	2 464	8,70	4 808
Febr.	8,47	8,08	7 427	8,87	1 156	6,19	226	7,01	2 454	8,73	4 746
März	8,13	7,83	8 892	9,00	1 304	6,41	215	6,66	3 299	8,60	5 378
April	8,54	8,12	7 866	9,26	1 140	6,22	203	6,95	2 802	8,88	4 861
Mai	8,53	8,11	6 943	9,35	1 053	6,44	199	6,99	2 597	8,89	4 147
Juni	8,35	8,01	8 334	9,28	1 283	6,53	222	6,93	3 097	8,74	5 015
Juli	8,53	8,17	9 058	9,30	1 479	6,35	247	7,02	3 271	8,93	5 541
Aug.	8,99	8,70	9 054	.	.	6,41	233	7,53	2 932	9,37	5 889

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44•. Anmerkung x s. S. 47•. **+** Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolvierenden Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolvierende Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Meldemonats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. **7** Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels eines geeigneten Schätzverfahrens auf die Grundgesamtheit aller MFIs in Deutschland hochgerechnet. **8** Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. **9** Ohne Überziehungskredite. **10** Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte

Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)

Erhebungszeitraum	insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite an private Haushalte										
2025 Aug.	4,11	3 905	3,79	866	4,08	1 350	4,48	741	3,98	1 814
Sept.	4,11	4 276	3,87	969	3,99	1 587	4,55	749	4,05	1 940
Okt.	4,08	4 210	3,74	1 088	3,93	1 550	4,50	805	4,02	1 855
Nov.	4,05	4 017	3,79	756	3,93	1 397	4,55	716	3,96	1 904
Dez.	3,96	5 840	3,76	1 138	3,78	2 173	4,49	1 009	3,91	2 658
2026 Jan.	4,06	4 386	3,83	1 114	3,91	1 792	4,40	829	4,04	1 765
Febr.	4,04	4 239	3,90	745	3,86	1 586	4,38	819	4,04	1 834
März	3,92	5 766	3,81	1 266	3,73	2 178	3,95	1 335	4,10	2 253
April	4,12	4 072	3,98	991	3,81	1 713	4,66	705	4,22	1 654
Mai	4,15	3 503	4,01	647	3,78	1 466	4,57	703	4,34	1 334
Juni	4,17	4 910	4,11	1 108	3,98	2 009	4,62	989	4,13	1 912
Juli	4,25	4 578	4,16	1 006	4,01	1 656	4,63	963	4,26	1 959
Aug.	4,38	3 640	4,21	753	4,17	1 501	4,72	743	4,43	1 396
darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen										
2025 Aug.	4,15	2 926	.	.	4,03	1 025	4,58	627	4,03	1 274
Sept.	4,13	3 403	.	.	3,98	1 274	4,66	628	4,03	1 501
Okt.	4,14	3 196	.	.	3,97	1 199	4,62	665	4,04	1 332
Nov.	4,13	3 074	.	.	4,06	1 033	4,74	579	3,94	1 462
Dez.	4,03	4 498	.	.	3,91	1 610	4,66	813	3,89	2 075
2026 Jan.	4,14	3 318	.	.	4,02	1 291	4,55	705	4,05	1 322
Febr.	4,15	3 038	.	.	4,02	1 032	4,63	608	4,04	1 398
März	4,04	4 291	.	.	3,93	1 588	4,12	1 003	4,11	1 700
April	4,32	2 955	.	.	4,12	1 166	4,85	573	4,27	1 216
Mai	4,36	2 545	.	.	4,10	985	4,75	575	4,38	985
Juni	4,34	3 632	.	.	4,17	1 437	4,71	826	4,27	1 369
Juli	4,46	3 246	.	.	4,37	1 116	4,81	773	4,34	1 357
Aug.	4,58	2 641	.	.	4,46	1 083	4,93	580	4,51	978

noch: Kredite an private Haushalte

Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)

Erhebungszeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)	insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
	Effektivzinssatz 10) % p.a.	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt													
2025 Aug.	3,76	3,71	18 734	3,64	3 136	4,18	2 195	3,55	2 029	3,56	5 854	3,73	8 655
Sept.	3,78	3,74	18 834	3,62	3 015	4,16	2 043	3,58	2 069	3,60	6 438	3,79	8 285
Okt.	3,75	3,71	20 060	3,60	3 674	4,16	2 412	3,60	2 251	3,58	6 623	3,71	8 775
Nov.	3,75	3,70	19 614	3,61	3 432	4,17	2 266	3,56	2 054	3,56	6 458	3,72	8 835
Dez.	3,80	3,71	19 553	3,57	3 635	4,12	2 436	3,61	2 161	3,58	6 834	3,73	8 122
2026 Jan.	3,87	3,77	19 014	3,66	4 052	4,16	2 466	3,60	2 046	3,58	6 704	3,84	7 797
Febr.	3,85	3,77	18 710	3,69	3 457	4,17	2 198	3,63	1 956	3,61	6 359	3,82	8 197
März	3,79	3,72	24 167	3,64	4 640	4,07	2 669	3,63	2 631	3,60	7 723	3,74	11 145
April	3,89	3,84	21 192	3,79	3 914	4,18	2 458	3,78	2 211	3,66	7 529	3,91	8 994
Mai	3,99	3,93	17 219	3,91	2 918	4,34	2 070	3,92	1 772	3,74	6 130	3,97	7 247
Juni	4,00	3,95	19 782	3,93	3 350	4,36	2 450	3,96	2 104	3,76	6 894	3,98	8 334
Juli	3,98	3,94	21 675	3,91	3 593	4,41	2 622	3,97	2 029	3,78	7 339	3,92	9 684
Aug.	4,05	4,01	17 891	3,94	2 778	4,40	2 347	4,03	1 634	3,81	6 236	4,04	7 674
darunter: besicherte Kredite 11)													
2025 Aug.	.	3,59	8 021	.	.	4,01	927	3,39	883	3,47	2 522	3,62	3 689
Sept.	.	3,62	8 144	.	.	3,92	781	3,42	924	3,56	2 679	3,66	3 760
Okt.	.	3,57	8 862	.	.	3,99	951	3,46	1 086	3,50	2 882	3,55	3 943
Nov.	.	3,57	8 634	.	.	3,98	916	3,41	1 009	3,50	2 701	3,57	4 008
Dez.	.	3,58	8 462	.	.	3,93	993	3,45	966	3,49	2 874	3,59	3 629
2026 Jan.	.	3,65	8 282	.	.	4,08	964	3,48	1 015	3,49	2 755	3,70	3 548
Febr.	.	3,62	8 208	.	.	4,03	891	3,50	896	3,53	2 783	3,63	3 638
März	.	3,57	10 821	.	.	3,92	1 055	3,49	1 305	3,52	3 470	3,55	4 991
April	.	3,73	9 389	.	.	4,09	980	3,67	1 048	3,58	3 194	3,78	4 167
Mai	.	3,82	7 735	.	.	4,18	913	3,76	893	3,69	2 628	3,83	3 301
Juni	.	3,82	8 532	.	.	4,24	940	3,81	986	3,69	2 941	3,82	3 665
Juli	.	3,78	9 465	.	.	4,34	937	3,80	920	3,71	3 206	3,72	4 402
Aug.	.	3,86	7 602	.	.	4,31	940	3,89	743	3,73	2 599	3,83	3 320

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44•. Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45•;
Anmerkung 11 s. S. 47•

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Erhebungszeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften			
	Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13) Kreditkartenkredite 14)		darunter: Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13)		darunter: Echte Kreditkartenkredite		Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13) Kreditkartenkredite 14)		darunter: Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13)	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2025 Aug.	9,45	39 255	9,35	26 700	16,96	7 164	4,75	97 570	4,77	97 174
Sept.	9,46	41 044	9,47	28 090	16,97	7 208	4,85	97 950	4,88	97 459
Okt.	9,46	39 941	9,39	27 178	17,01	7 213	4,84	95 076	4,87	94 599
Nov.	9,37	39 171	9,25	26 182	16,99	7 354	4,84	93 609	4,86	93 122
Dez.	9,04	41 284	9,28	27 279	17,04	7 060	4,86	90 162	4,88	89 711
2026 Jan.	9,44	39 531	9,30	27 363	17,08	6 977	4,89	91 824	4,91	91 399
Febr.	9,31	39 309	9,27	26 983	17,04	6 815	4,90	91 024	4,92	90 579
März	9,30	40 916	9,32	28 393	17,08	6 790	4,90	92 456	4,93	91 960
April	9,26	40 074	9,19	27 535	17,17	6 907	4,89	92 348	4,91	91 884
Mai	9,24	40 225	9,19	27 507	17,22	6 923	4,88	94 230	4,90	93 793
Juni	9,34	41 695	9,39	28 638	17,24	6 990	5,03	96 344	5,06	95 853
Juli	9,32	40 574	9,40	27 365	17,38	6 971	4,99	93 259	5,01	92 785
Aug.	9,39	40 893	9,46	27 587	17,52	7 033	5,05	96 593	5,08	95 646

Erhebungszeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften															
	insgesamt		darunter: neu verhandelte Kredite 9)		Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 15): variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 15): variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt																
2025 Aug.	3,23	87 286	3,53	22 418	3,92	11 161	5,71	2 089	3,88	1 046	2,97	63 605	3,69	3 329	3,56	6 056
Sept.	3,33	110 335	3,60	29 968	3,95	12 267	6,00	3 340	3,93	1 058	3,06	81 582	3,73	4 422	3,65	7 666
Okt.	3,37	101 776	3,69	26 982	3,94	13 317	5,97	3 222	3,93	1 065	3,11	72 060	3,64	4 401	3,50	7 711
Nov.	3,34	95 355	3,65	20 025	3,94	12 808	5,96	2 958	3,82	1 045	3,06	65 448	3,59	4 266	3,49	8 830
Dez.	3,48	125 593	3,57	33 286	3,97	13 545	5,89	3 706	3,91	1 311	3,25	87 390	3,62	8 447	3,77	11 194
2026 Jan.	3,47	81 140	3,70	19 207	3,93	12 191	5,72	2 307	3,96	985	3,25	56 920	3,60	2 891	3,59	5 846
Febr.	3,35	81 159	3,71	13 498	3,95	12 244	5,85	2 670	3,96	933	3,06	56 568	3,44	3 137	3,63	5 607
März	3,58	109 494	3,89	23 260	3,98	13 581	5,87	3 432	3,94	1 290	3,38	77 941	3,76	4 211	3,71	9 039
April	3,55	91 384	3,80	21 594	4,02	12 682	5,88	2 804	4,15	1 147	3,32	62 955	3,77	3 993	3,67	7 803
Mai	3,48	89 738	3,82	16 978	4,08	12 500	6,08	3 103	4,15	1 034	3,18	61 804	3,70	3 243	3,65	8 054
Juni	3,79	115 316	3,98	29 186	4,18	13 541	6,07	3 641	4,28	1 120	3,60	80 048	3,91	6 563	3,81	10 403
Juli	3,78	97 713	4,06	23 318	4,26	13 316	5,94	3 120	4,14	1 228	3,55	66 337	3,80	4 904	3,90	8 808
Aug.	3,59	90 618	3,98	18 108	4,33	11 109	5,94	2 095	4,28	927	3,34	68 171	3,85	2 599	3,96	5 717
darunter: besicherte Kredite 11)																
2025 Aug.	3,49	9 483	.	.	4,01	398	4,02	169	3,40	337	3,45	5 781	3,92	1 364	3,06	1 434
Sept.	3,58	13 903	.	.	3,86	473	4,04	201	3,47	321	3,54	8 849	3,84	1 277	3,52	2 782
Okt.	3,49	10 754	.	.	3,96	475	4,11	187	3,52	299	3,52	6 923	3,69	1 168	3,03	1 702
Nov.	3,53	10 044	.	.	4,11	385	4,20	158	3,45	313	3,67	6 108	3,58	913	2,98	2 167
Dez.	3,61	16 179	.	.	3,95	542	4,20	208	3,56	379	3,55	10 688	3,88	2 381	3,42	1 981
2026 Jan.	3,45	8 527	.	.	4,01	477	3,96	166	3,52	302	3,39	5 619	3,77	819	3,20	1 144
Febr.	3,47	6 415	.	.	4,02	386	4,04	154	3,59	289	3,41	3 944	3,90	527	3,20	1 115
März	3,73	14 469	.	.	4,02	517	4,13	195	3,39	405	3,79	10 183	3,72	820	3,42	2 349
April	.	.	.	.	4,14	451	3,94	177	3,64	341	.	.	4,22	995	3,43	1 725
Mai	3,60	7 689	.	.	4,29	388	4,30	156	3,58	294	3,56	4 602	3,92	458	3,39	1 791
Juni	3,96	13 966	.	.	4,31	529	4,27	178	3,78	318	3,97	9 187	4,32	1 501	3,57	2 253
Juli	3,82	11 124	.	.	4,30	487	4,53	175	3,59	352	3,73	6 616	4,63	971	3,65	2 523
Aug.	3,82	7 565	.	.	4,61	418	4,36	141	3,80	257	3,79	5 213	4,34	428	3,44	1 108

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44•. Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45•; **11** Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. **12** Revolvierende Kredite besitzen folgende Eigenschaften: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. **13** Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. **14** Einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. **15** Die Beitragskategorie bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme. **x** Weil die Position von den Geschäften von ein oder zwei Banken dominiert wird, können aus Gründen der Vertraulichkeit keine Angaben gemacht werden.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Bargeld und Einlagen [1]	Schuldverschreibungen	Kredite [2]	Aktien und sonstige Anteilsrechte	Investmentfondsanteile	Finanzderivate	Technische Rückstellungen [3]	Nichtfinanzielle Aktiva	Sonstige Aktiva
Versicherungsunternehmen										
2023 2.Vj.	2 332,1	194,8	383,4	280,4	475,6	799,2	3,6	83,9	38,1	73,0
3.Vj.	2 311,5	186,5	376,7	274,2	483,5	785,4	3,7	88,7	38,1	74,7
4.Vj.	2 408,9	190,8	405,7	290,5	499,8	822,7	3,3	79,0	34,2	83,0
2024 1.Vj.	2 477,6	193,5	412,8	289,1	503,2	848,0	3,7	96,9	35,1	95,2
2.Vj.	2 439,0	184,0	410,8	287,2	483,2	849,2	3,1	95,7	34,9	90,9
3.Vj.	2 490,1	184,1	432,8	289,9	493,6	872,3	2,9	96,5	34,8	83,1
4.Vj.	2 498,2	181,6	441,5	289,0	503,4	869,4	3,3	86,9	33,5	89,6
2025 1.Vj.	2 509,9	181,4	445,9	283,5	504,8	865,3	3,0	96,8	33,2	95,9
2.Vj.	2 508,5	180,8	444,9	283,6	504,5	875,6	3,2	94,6	33,0	88,3
3.Vj.	2 527,8	174,5	453,0	280,5	517,6	887,4	2,8	93,0	33,3	85,7
4.Vj.	2 524,2	165,0	457,3	272,4	531,4	895,6	2,4	82,6	32,3	85,1
2026 1.Vj.	2 569,9	169,7	470,5	274,1	536,1	892,9	2,8	95,2	32,1	96,6
2.Vj.	2 629,2	168,1	479,9	274,9	542,1	941,8	2,8	96,5	32,0	91,2
Lebensversicherung										
2023 2.Vj.	1 154,1	102,9	171,7	154,9	114,3	560,0	1,0	12,0	19,2	18,0
3.Vj.	1 123,6	97,9	163,2	149,4	115,7	547,2	1,5	11,7	19,1	17,9
4.Vj.	1 180,4	101,9	178,7	160,7	116,6	574,7	1,4	10,3	16,6	19,5
2024 1.Vj.	1 193,8	98,5	176,5	156,0	115,6	594,9	1,4	10,2	16,6	24,1
2.Vj.	1 182,3	95,5	172,6	153,5	115,1	596,1	1,2	7,2	16,5	24,6
3.Vj.	1 207,7	96,2	181,5	158,7	116,0	611,4	1,2	7,3	16,4	19,0
4.Vj.	1 207,4	94,1	181,4	158,1	121,1	608,5	1,0	6,9	15,3	20,9
2025 1.Vj.	1 182,7	90,6	179,1	151,2	116,3	601,0	1,2	6,9	15,1	21,4
2.Vj.	1 191,3	91,8	180,9	152,5	115,6	607,0	1,3	6,4	15,0	20,8
3.Vj.	1 201,3	89,8	184,5	150,6	117,6	615,5	1,3	6,4	15,1	20,3
4.Vj.	1 198,6	85,1	186,7	146,3	117,1	621,9	1,0	7,0	14,5	19,0
2026 1.Vj.	1 191,1	83,5	186,8	143,5	119,1	616,1	1,0	6,9	14,4	19,7
2.Vj.	1 235,7	83,9	190,9	145,2	118,9	654,3	1,0	6,7	14,2	20,5
Nicht-Lebensversicherung										
2023 2.Vj.	688,5	77,2	124,0	70,7	104,4	222,1	0,1	44,9	14,1	30,9
3.Vj.	683,0	73,7	122,7	69,2	107,1	221,0	0,1	45,4	14,3	29,5
4.Vj.	708,5	75,1	131,9	73,9	109,1	230,2	0,1	44,0	13,0	31,1
2024 1.Vj.	748,6	80,8	139,7	75,0	111,0	234,5	0,1	55,7	13,9	37,9
2.Vj.	743,7	75,3	141,6	74,7	112,1	233,9	0,1	56,7	13,9	35,4
3.Vj.	757,2	74,9	147,6	76,8	113,5	241,0	0,2	57,5	13,9	31,9
4.Vj.	759,8	73,8	149,7	75,3	116,8	240,9	0,2	55,1	13,7	34,4
2025 1.Vj.	781,5	76,6	153,7	75,2	117,6	244,8	0,1	59,0	13,6	40,9
2.Vj.	783,4	74,3	156,7	75,9	118,6	249,8	0,2	58,4	13,5	35,9
3.Vj.	785,6	70,6	161,0	75,3	122,5	252,6	0,1	56,9	13,7	32,9
4.Vj.	787,9	66,8	162,9	74,1	130,5	253,6	0,1	54,2	13,4	32,3
2026 1.Vj.	819,5	71,7	169,8	76,3	132,4	256,5	0,1	59,4	13,2	40,1
2.Vj.	833,2	69,9	176,3	75,4	134,4	266,6	0,1	60,4	13,3	36,8
Rückversicherung [4]										
2023 2.Vj.	489,5	14,7	87,6	54,8	256,9	17,2	2,5	26,9	4,8	24,0
3.Vj.	504,9	14,8	90,8	55,6	260,7	17,1	2,1	31,6	4,8	27,3
4.Vj.	520,0	13,7	95,0	55,9	274,1	17,8	1,8	24,7	4,6	32,4
2024 1.Vj.	535,2	14,2	96,6	58,1	276,6	18,7	2,2	31,0	4,6	33,2
2.Vj.	513,0	13,3	96,6	59,0	256,0	19,1	1,8	31,8	4,5	30,8
3.Vj.	525,1	13,1	103,8	54,4	264,0	19,9	1,6	31,7	4,5	32,2
4.Vj.	531,0	13,7	110,4	55,6	265,4	20,0	2,1	24,9	4,5	34,3
2025 1.Vj.	545,6	14,2	113,2	57,1	270,9	19,5	1,7	31,0	4,5	33,6
2.Vj.	533,8	14,7	107,3	55,2	270,3	18,8	1,8	29,8	4,5	31,6
3.Vj.	540,8	14,1	107,5	54,6	277,5	19,3	1,4	29,7	4,5	32,4
4.Vj.	537,7	13,1	107,7	52,1	283,8	20,2	1,2	21,4	4,4	33,8
2026 1.Vj.	559,3	14,5	113,8	54,3	284,6	20,3	1,6	28,9	4,4	36,7
2.Vj.	560,4	14,2	112,6	54,4	288,8	20,8	1,7	29,4	4,4	34,0
Pensionseinrichtungen [5]										
2023 2.Vj.	678,7	67,5	58,9	42,7	13,3	462,1	0,0	12,9	18,7	2,6
3.Vj.	675,9	67,1	60,3	42,3	13,4	458,4	0,1	12,9	18,7	2,8
4.Vj.	703,5	70,1	67,7	44,0	13,4	472,8	0,1	13,2	18,9	3,4
2024 1.Vj.	712,5	70,4	69,5	44,0	13,4	481,0	0,1	13,1	18,5	2,7
2.Vj.	716,0	70,8	71,4	44,2	13,1	481,9	0,0	13,0	18,8	2,8
3.Vj.	731,0	72,4	74,9	44,8	13,4	491,1	0,0	13,0	18,7	2,7
4.Vj.	739,7	72,6	77,6	44,2	13,1	496,7	0,0	13,4	18,6	3,5
2025 1.Vj.	736,6	71,0	79,4	44,0	13,0	494,3	0,0	12,7	18,5	3,6
2.Vj.	745,6	72,0	81,3	44,5	12,7	500,2	0,0	12,5	18,5	3,9
3.Vj.	754,9	70,8	84,0	44,5	12,4	508,1	0,0	12,5	18,5	4,0
4.Vj.	766,2	71,1	86,3	44,7	11,9	516,1	0,0	13,7	18,0	4,5
2026 1.Vj.	766,9	72,0	88,3	45,3	12,0	513,8	0,0	13,5	18,1	3,9
2.Vj.	782,1	75,0	91,3	45,5	12,3	522,4	0,0	13,4	18,2	3,9

Quellen: Die Werte der Versicherungsunternehmen basieren auf Aufsichtsdaten nach Solvency I und II und die der Pensionseinrichtungen auf EbAV-Aufsichtsdaten und direkt erhobenen Daten. **1** Buchforderungen an Monetäre Finanzinstitute einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. **2** Einschl. Depotforderungen sowie Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. **3** Enthält die Rückversicherungsanteile an den Technischen Rückstellungen und die Ansprüche der Pensionseinrichtungen an die Träger. **4** Ohne das von Erstversicherungsunternehmen durchgeführte Rückversicherungsgeschäft, welches unter den jeweiligen Sparten ausgewiesen wird. **5** Der Begriff „Pensionseinrichtungen" bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Altersvorsorgeeinrichtungen" des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Sie umfassen demnach Einrichtungen der betriebl. Altersvorsorge sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

2. Passiva

Mrd €

Stand am Jahres-bzw. Quartalsende	Insgesamt	Schuldverschreibungen	Kredite [1]	Aktien und sonstige Anteilsrechte	Technische Rückstellungen			Finanzderivate	Sonstige Passiva	Reinvermögen [6]
					Insgesamt [2]	Leben / Ansprüche an Pensionseinrichtungen [3]	Nicht-Leben			
Versicherungsunternehmen										
2023 2.Vj.	2 332,1	33,1	68,4	548,0	1 544,5	1 284,6	259,9	4,4	133,6	–
3.Vj.	2 311,5	35,3	76,9	552,2	1 508,3	1 248,1	260,2	4,6	134,2	–
4.Vj.	2 408,9	30,5	73,3	570,0	1 586,8	1 325,5	261,3	4,1	144,2	–
2024 1.Vj.	2 477,6	30,5	78,2	574,6	1 643,1	1 346,3	296,8	3,7	147,6	–
2.Vj.	2 439,0	32,1	76,9	511,2	1 687,0	1 389,5	297,5	3,6	128,2	–
3.Vj.	2 490,1	33,4	79,6	521,4	1 727,6	1 426,5	301,1	3,5	124,6	–
4.Vj.	2 498,2	33,5	73,8	534,1	1 718,9	1 425,1	293,8	3,5	134,4	–
2025 1.Vj.	2 509,9	33,3	79,7	543,2	1 715,7	1 398,9	316,7	3,2	134,8	–
2.Vj.	2 508,5	32,7	80,2	540,7	1 718,5	1 409,5	309,0	3,7	132,7	–
3.Vj.	2 527,8	33,3	80,4	556,3	1 723,9	1 420,7	303,2	3,0	130,9	–
4.Vj.	2 524,2	32,5	68,9	579,7	1 709,2	1 418,1	291,2	2,2	131,7	–
2026 1.Vj.	2 569,9	32,7	75,8	585,7	1 734,1	1 414,6	319,5	2,9	138,7	–
2.Vj.	2 629,2	33,3	78,9	591,3	1 787,3	1 467,2	320,1	2,6	135,8	–
Lebensversicherung										
2023 2.Vj.	1 154,1	2,7	17,6	133,6	951,7	951,7	–	1,7	46,8	–
3.Vj.	1 123,6	2,7	16,9	134,1	920,0	920,0	–	2,4	47,6	–
4.Vj.	1 180,4	0,8	17,8	133,3	977,7	977,7	–	2,0	48,8	–
2024 1.Vj.	1 193,8	0,8	17,5	128,5	995,0	995,0	–	1,7	50,2	–
2.Vj.	1 182,3	0,9	14,6	92,5	1 037,3	1 037,3	–	1,9	35,1	–
3.Vj.	1 207,7	0,5	14,8	93,7	1 066,0	1 066,0	–	1,7	31,0	–
4.Vj.	1 207,4	0,7	14,7	91,7	1 066,1	1 066,1	–	1,7	32,5	–
2025 1.Vj.	1 182,7	0,7	14,5	92,4	1 043,0	1 043,0	–	1,7	30,5	–
2.Vj.	1 191,3	0,5	14,2	94,5	1 048,9	1 048,9	–	1,5	31,6	–
3.Vj.	1 201,3	0,6	14,3	97,2	1 057,2	1 057,2	–	1,4	30,7	–
4.Vj.	1 198,6	0,5	14,3	97,9	1 054,9	1 054,9	–	1,3	29,7	–
2026 1.Vj.	1 191,1	0,7	13,7	97,2	1 049,9	1 049,9	–	1,2	28,3	–
2.Vj.	1 235,7	0,6	13,8	99,3	1 091,9	1 091,9	–	1,0	29,0	–
Nicht-Lebensversicherung										
2023 2.Vj.	688,5	1,2	10,7	176,1	451,2	317,1	134,0	0,3	49,1	–
3.Vj.	683,0	1,7	10,9	176,8	444,5	313,0	131,5	0,4	48,8	–
4.Vj.	708,5	0,6	12,5	180,3	461,5	333,6	127,8	0,3	53,3	–
2024 1.Vj.	748,6	0,6	13,4	184,5	494,3	337,1	157,2	0,3	55,5	–
2.Vj.	743,7	0,7	13,4	182,4	493,7	338,5	155,2	0,3	53,1	–
3.Vj.	757,2	1,2	12,9	184,9	506,1	351,1	154,9	0,3	51,9	–
4.Vj.	759,8	0,6	13,8	190,2	498,4	350,3	148,1	0,3	56,5	–
2025 1.Vj.	781,5	0,6	14,3	192,5	514,3	347,9	166,5	0,3	59,5	–
2.Vj.	783,4	0,8	14,1	196,2	515,4	353,2	162,2	0,5	56,5	–
3.Vj.	785,6	0,8	13,8	202,5	513,0	357,0	156,0	0,5	55,1	–
4.Vj.	787,9	0,6	13,6	212,8	505,0	357,7	147,3	0,3	55,6	–
2026 1.Vj.	819,5	0,6	14,6	215,5	528,1	359,4	168,7	0,3	60,4	–
2.Vj.	833,2	0,6	14,3	221,7	537,9	370,8	167,0	0,3	58,4	–
Rückversicherung [4]										
2023 2.Vj.	489,5	29,3	40,2	238,4	141,6	15,8	125,8	2,4	37,6	–
3.Vj.	504,9	31,0	49,2	241,3	143,9	15,2	128,7	1,9	37,7	–
4.Vj.	520,0	29,1	43,0	256,3	147,7	14,2	133,5	1,8	42,0	–
2024 1.Vj.	535,2	29,1	47,2	261,6	153,7	14,1	139,6	1,7	42,0	–
2.Vj.	513,0	30,5	48,9	236,3	155,9	13,6	142,3	1,4	40,0	–
3.Vj.	525,1	31,6	51,9	242,8	155,5	9,4	146,1	1,6	41,7	–
4.Vj.	531,0	32,2	45,3	252,1	154,4	8,7	145,7	1,6	45,4	–
2025 1.Vj.	545,6	32,0	50,9	258,3	158,4	8,1	150,3	1,2	44,8	–
2.Vj.	533,8	31,4	51,9	249,9	154,1	7,3	146,8	1,8	44,7	–
3.Vj.	540,8	31,9	52,3	256,5	153,8	6,5	147,3	1,2	45,2	–
4.Vj.	537,7	31,3	41,0	269,0	149,3	5,5	143,8	0,7	46,4	–
2026 1.Vj.	559,3	31,3	47,5	273,0	156,1	5,3	150,9	1,4	50,0	–
2.Vj.	560,4	32,1	50,8	270,3	157,5	4,4	153,0	1,3	48,3	–
Pensionseinrichtungen [5]										
2023 2.Vj.	678,7	–	1,8	35,8	582,0	579,6	–	0,1	9,6	49,4
3.Vj.	675,9	–	1,9	35,1	583,7	581,5	–	0,1	9,7	45,4
4.Vj.	703,5	–	1,9	35,1	597,1	594,9	–	0,1	9,9	59,3
2024 1.Vj.	712,5	–	1,7	36,7	600,0	598,3	–	0,1	10,4	63,7
2.Vj.	716,0	–	1,6	37,0	601,5	600,4	–	0,1	11,3	64,5
3.Vj.	731,0	–	1,5	38,2	605,6	605,1	–	0,0	12,3	73,4
4.Vj.	739,7	–	1,5	37,9	617,1	617,1	–	0,0	13,5	69,7
2025 1.Vj.	736,6	–	1,4	38,2	618,7	618,6	–	0,0	13,4	64,9
2.Vj.	745,6	–	1,4	39,9	622,8	622,7	–	0,0	14,0	67,4
3.Vj.	754,9	–	1,4	41,6	626,7	626,5	–	0,0	14,2	70,9
4.Vj.	766,2	–	1,5	40,4	643,1	642,8	–	0,0	15,1	66,1
2026 1.Vj.	766,9	–	1,5	41,2	643,8	643,5	–	0,0	15,2	65,2
2.Vj.	782,1	–	1,5	41,0	643,1	642,8	–	0,0	15,1	81,4

Quellen: Die Werte der Versicherungsunternehmen basieren auf Aufsichtsdaten nach Solvency I und II und die der Pensionseinrichtungen auf EbAV-Aufsichtsdaten und direkt erhobenen Daten. **1** Einschl. Depotverbindlichkeiten sowie Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. **2** Einschl. Rückstellungen der Pensionseinrichtungen ggü. den Trägern und für andere Leistungen. **3** Technische Rückstellungen „Leben" unter Berücksichtigung von Übergangsmaßnahmen, die bei den meisten Versicherungsunternehmen seit Q2/2024 weggefallen sind. In der Sparte „Nicht-Lebensversicherung" sind auch die Krankenversicherungen enthalten. **4** Ohne das von Erstversicherungsunternehmen durchgeführte Rückversicherungsgeschäft, welches unter den jeweiligen Sparten ausgewiesen wird. **5** Bewertung zu Buchwerten. Der Begriff „Pensionseinrichtungen" bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Altersvorsorgeeinrichtungen" des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Sie umfassen demnach Einrichtungen der betriebl. Altersvorsorge sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung. **6** Das Eigenkapital entspricht der Summe aus „Reinvermögen" und „Aktien und sonstige Anteilsrechte".

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Schuldverschreibungen										
	Absatz						Erwerb				
		inländische Schuldverschreibungen [1]					Inländer				
	Absatz = Erwerb insgesamt	zusammen	Bankschuldverschreibungen	Anleihen von Unternehmen [2] (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	ausländische Schuldverschreibungen [3]	zusammen [4]	Kreditinstitute einschließlich Bausparkassen [5]	Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren [6]	Ausländer [7]
2017	51 034	11 563	1 096	7 112	3 356	39 471	134 192	– 71 454	161 012	44 634	– 83 158
2018	78 657	16 630	33 251	12 433	– 29 055	62 027	107 155	– 24 417	67 328	64 244	– 28 499
2019	139 611	68 536	29 254	32 505	6 778	71 075	60 195	8 059	2 408	49 728	79 416
2020	451 481	374 034	14 462	88 703	270 870	77 446	280 820	18 955	226 887	34 978	170 661
2021	231 129	221 648	31 941	19 754	169 953	9 481	245 892	– 41 852	245 198	42 546	– 14 763
2022	155 327	156 190	59 322	35 221	61 648	– 863	139 635	2 915	49 774	86 946	15 693
2023	288 223	158 228	88 018	– 11 899	82 109	129 995	109 821	32 163	– 59 817	137 475	178 402
2024	210 965	108 237	4 548	27 293	76 396	102 728	7 426	81 686	– 95 857	21 597	203 539
2025	364 297	203 989	61 591	29 521	112 876	160 308	120 000	122 534	– 117 014	114 480	244 297
2025 Sept.	47 803	14 172	– 1 111	1 961	13 322	33 631	33 758	15 827	– 8 045	25 976	14 045
Okt.	19 706	19 734	8 369	2 908	8 457	– 28	– 20 795	3 052	– 13 851	– 9 997	40 502
Nov.	48 431	44 563	6 878	3 979	33 706	3 868	6 979	5 033	– 3 065	5 011	41 452
Dez.	– 33 939	– 26 388	– 12 429	– 7 504	– 6 455	– 7 551	– 10 077	– 12 213	– 2 092	4 228	– 23 862
2026 Jan.	78 119	50 502	17 379	7 118	26 005	27 617	24 438	29 670	– 4 133	– 1 100	53 681
Febr.	27 788	9 219	561	3 170	5 488	18 569	212	13 391	– 15 919	2 741	27 576
März	6 574	– 6 137	– 16 778	– 5 298	15 939	12 711	89	6 317	– 9 069	2 842	6 485
April	17 001	3 970	18 513	7 370	– 21 913	13 031	– 4 073	8 197	– 26 475	14 205	21 073
Mai	75 619	48 332	6 410	4 204	37 719	27 287	37 297	25 279	– 4 059	16 077	38 322
Juni	39 173	13 912	3 050	2 071	8 791	25 260	11 112	20 661	– 8 130	– 1 420	28 061
Juli	44 336	44 057	16 634	2 010	25 413	278	1 155	– 16 448	– 2 533	20 136	43 181
Aug.	37 616	8 884	8 789	– 5 922	6 017	28 732	9 560	16 022	– 16 457	9 995	28 057

Mio €

Zeit	Aktien						
	Absatz			Erwerb			
				Inländer			
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Aktien [8]	ausländische Aktien [9]	zusammen [10]	Kreditinstitute [5]	übrige Sektoren [11]	Ausländer [12]
2017	52 932	15 570	37 362	51 270	7 031	44 239	1 662
2018	61 400	16 188	45 212	89 624	– 11 184	100 808	– 28 224
2019	54 830	9 076	45 754	43 070	– 1 119	44 189	11 759
2020	78 464	17 771	60 693	111 570	27	111 543	– 33 106
2021	115 940	49 066	66 875	102 605	10 869	91 736	13 335
2022	– 5 954	27 792	– 33 746	– 2 285	– 8 262	5 977	– 3 670
2023	41 535	36 898	4 637	53 297	14 650	38 647	– 11 761
2024	22 502	16 738	5 764	24 037	4 267	19 770	– 1 535
2025	24 993	26 835	– 1 842	44 225	6 184	38 041	– 19 232
2025 Sept.	1 936	4 093	– 2 157	5 336	1 899	3 437	– 3 399
Okt.	8 653	9 301	– 648	10 415	2 255	8 160	– 1 762
Nov.	– 722	892	– 1 615	2 517	2 571	– 54	– 3 240
Dez.	– 28 646	1 358	– 30 004	– 25 688	– 21 443	– 4 245	– 2 959
2026 Jan.	19 304	4 458	14 846	19 594	15 153	4 441	– 291
Febr.	– 6 143	138	– 6 281	– 5 134	6 951	– 12 085	– 1 008
März	– 12 883	1 334	– 14 217	– 8 824	– 14 848	6 024	– 4 059
April	7 462	2 027	5 436	2 986	8 353	– 5 367	4 476
Mai	3 180	744	2 436	5 368	3 981	1 387	– 2 188
Juni	9 011	13 319	– 4 308	8 557	– 2 440	10 997	455
Juli	– 3 422	2 526	– 5 947	– 3 876	– 8 785	4 909	454
Aug.	– 507	331	– 838	– 974	– 508	– 466	467

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. **2** Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. **3** Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. **4** In- und ausländische Schuldverschreibungen. **5** Buchwerte; statistisch bereinigt. **6** Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. **7** Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktionswerte. **8** Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. **9** Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. **10** In- und ausländische Aktien. **11** Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. **12** Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

2. Absatz von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen 1) zusammen	Hypothekenpfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen	Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand
Brutto-Absatz								
2017 3)	1 047 822	619 199	30 339	8 933	438 463	141 466	66 290	362 332
2018	1 148 091	703 416	38 658	5 673	534 552	124 530	91 179	353 496
2019	1 285 541	783 977	38 984	9 587	607 900	127 504	94 367	407 197
2020 6)	1 870 084	778 411	39 548	18 327	643 380	77 156	184 206	907 466
2021	1 658 004	795 271	41 866	17 293	648 996	87 116	139 775	722 958
2022	1 683 265	861 989	66 811	11 929	700 062	83 188	169 680	651 596
2023	1 705 524	937 757	45 073	12 633	782 969	97 082	153 128	614 639
2024	1 508 072	813 931	37 320	13 509	630 383	132 720	135 577	558 563
2025	1 510 487	868 685	39 490	15 288	628 788	185 121	130 611	511 191
2025 Sept.	140 008	78 348	3 402	1 031	59 745	14 170	11 889	49 770
Okt.	128 013	64 968	3 000	691	48 252	13 025	7 950	55 094
Nov.	106 913	59 557	3 362	74	45 614	10 507	9 505	37 850
Dez.	55 872	40 357	805	31	24 502	15 018	2 602	12 913
2026 Jan.	157 313	82 282	8 772	2 131	56 081	15 298	8 957	66 074
Febr.	129 371	64 736	3 123	1 355	47 136	13 121	10 089	54 547
März	120 507	60 002	1 500	1 371	45 226	11 905	6 296	54 209
April	137 050	68 724	2 551	741	53 307	12 125	16 413	51 913
Mai	135 590	67 483	3 377	1 312	50 240	12 554	10 972	57 135
Juni	136 600	77 865	6 694	1 939	52 223	17 009	12 563	46 172
Juli	146 732	78 435	13 023	2 116	46 627	16 668	12 655	55 642
Aug.	123 175	65 381	879	1 016	47 958	15 527	5 620	52 174
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 4)								
2017 3)	357 506	170 357	22 395	6 447	94 852	46 663	44 891	142 257
2018	375 906	173 995	30 934	4 460	100 539	38 061	69 150	132 760
2019	396 617	174 390	26 832	6 541	96 673	44 346	69 682	152 544
2020 6)	658 521	165 097	28 500	7 427	90 839	38 330	77 439	415 985
2021	486 335	171 799	30 767	6 336	97 816	36 880	64 234	250 303
2022	485 287	164 864	41 052	7 139	91 143	25 530	56 491	263 932
2023	482 193	155 790	28 294	4 664	101 059	21 772	44 272	282 132
2024	474 196	148 913	25 513	9 142	79 163	35 096	69 369	255 914
2025	538 454	183 249	31 487	10 194	86 827	54 742	77 964	277 241
2025 Sept.	48 348	16 914	3 081	31	9 110	4 691	7 385	24 050
Okt.	51 843	14 017	2 387	691	6 670	4 269	4 126	33 700
Nov.	32 444	11 014	2 922	74	3 313	4 705	7 160	14 270
Dez.	9 519	9 159	235	31	1 088	7 805	359	–
2026 Jan.	73 322	33 585	7 060	2 031	18 605	5 889	5 837	33 900
Febr.	56 626	18 637	2 288	1 355	10 694	4 300	5 979	32 011
März	49 679	16 045	1 221	1 371	9 004	4 450	2 934	30 700
April	50 633	16 258	2 051	77	9 108	5 022	10 125	24 250
Mai	61 982	22 063	2 572	1 305	12 035	6 152	5 948	33 971
Juni	45 261	18 943	5 644	6	8 322	4 971	5 751	20 566
Juli	63 402	25 744	11 068	1 757	7 593	5 325	7 108	30 550
Aug.	36 102	10 734	620	1 001	4 900	4 213	1 461	23 907
Netto-Absatz 5)								
2017 3)	2 669	5 954	6 389	– 4 697	18 788	– 14 525	6 828	– 10 114
2018	2 758	26 648	19 814	– 6 564	18 850	– 5 453	9 738	– 33 630
2019	59 719	28 750	13 098	– 3 728	26 263	– 6 885	30 449	519
2020 6)	473 795	28 147	8 661	8 816	22 067	– 11 398	49 536	396 113
2021	210 231	52 578	17 821	7 471	22 973	4 314	35 531	122 123
2022	135 853	36 883	23 894	– 9 399	15 944	6 444	30 671	68 299
2023	190 577	78 764	10 184	– 791	46 069	23 303	– 34	111 848
2024	76 679	6 577	– 3 554	1 212	– 17 104	26 022	28 634	41 468
2025	187 059	64 740	3 168	4 927	31 605	25 040	26 283	96 037
2025 Sept.	17 850	– 1 641	– 1 953	– 1 229	3 140	– 1 598	2 689	16 802
Okt.	13 479	7 831	1 590	370	1 877	3 995	685	4 963
Nov.	34 358	5 591	– 1 339	59	4 825	2 046	3 041	25 726
Dez.	– 30 969	– 10 558	– 789	– 1 039	– 11 622	2 892	– 4 207	– 16 204
2026 Jan.	65 469	18 018	5 543	431	5 221	6 823	462	46 989
Febr.	8 063	– 988	– 1 104	1 355	– 1 665	426	3 210	5 840
März	– 7 731	– 19 134	– 1 665	806	– 14 855	– 3 420	– 4 187	15 589
April	– 34	7 318	– 1 295	528	6 873	1 212	7 081	– 14 432
Mai	49 053	5 781	1 722	1 292	– 1 120	3 888	3 745	39 527
Juni	19 614	9 598	– 1 784	– 1	8 178	3 205	3 028	6 988
Juli	58 285	21 496	11 664	1 510	1 183	7 139	2 096	34 693
Aug.	8 794	8 790	– 2 176	216	7 846	2 904	– 504	508

***** Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen in der Fachreihe Emissionsstatistiken, S. 43 ff. **1** Ohne Bank-Namensschuldverschreibungen. **2** Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. **3** Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. **4** Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. **5** Brutto-Absatz minus Tilgung. **6** Ab Januar 2020 methodische Änderungen. — Die Ergebnisse für das Jahr 2020 wurden revidiert. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

3. Umlauf von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen zusammen	Hypotheken-pfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen	Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand
2017 **1)**	3 090 708	1 170 920	141 273	58 004	651 211	320 432	**2)** 302 543	1 617 244
2018	3 091 303	1 194 160	161 088	51 439	670 062	**1)** 311 572	**1) 2)** 313 527	1 583 616
2019	**2)** 3 149 373	1 222 911	174 188	47 712	696 325	304 686	**2)** 342 325	1 584 136
2020 **4)**	**2)** 3 545 200	**2)** 1 174 817	183 980	55 959	687 710	**2)** 247 169	**2)** 379 342	1 991 040
2021	3 781 975	1 250 777	202 385	63 496	731 068	253 828	414 791	2 116 406
2022	3 930 390	1 302 028	225 854	54 199	761 047	260 928	441 234	2 187 127
2023	4 131 592	1 384 958	237 099	54 312	806 808	286 739	441 742	2 304 892
2024	4 245 954	1 417 590	234 330	55 797	808 182	319 281	472 564	2 355 800
2025	4 423 802	1 457 909	237 382	61 398	818 690	340 439	508 763	2 457 130
2025 Sept.	4 399 186	1 452 862	237 561	62 024	822 583	330 693	508 646	2 437 679
Okt.	4 417 892	1 464 533	239 272	62 428	827 350	335 483	509 611	2 443 749
Nov.	4 455 063	1 471 158	238 042	62 424	832 827	337 865	512 630	2 471 275
Dez.	4 423 802	1 457 909	237 382	61 398	818 690	340 439	508 763	2 457 130
2026 Jan.	4 484 798	1 474 412	242 952	61 766	822 539	347 154	507 812	2 502 574
Febr.	4 494 997	1 476 110	241 607	63 077	822 344	349 083	511 029	2 507 857
März	4 498 845	1 466 135	239 859	63 978	815 582	346 716	506 815	2 525 896
April	4 502 269	1 476 279	238 630	64 495	824 642	348 513	513 978	2 512 012
Mai	4 518 270	1 446 514	226 355	64 235	818 241	337 683	517 774	2 553 982
Juni	4 557 233	1 473 002	224 674	64 286	830 222	353 820	520 951	2 563 280
Juli	4 612 628	1 497 236	239 131	65 862	831 250	360 993	519 868	2 595 524
Aug.	4 617 201	1 504 897	236 916	66 117	837 986	363 877	519 650	2 592 654
Aufgliederung nach Restlaufzeiten **3)**								**Stand Ende: August 2026**
bis unter 2	1 317 719	561 519	70 786	16 101	327 987	146 644	86 265	669 935
2 bis unter 4	900 291	350 664	63 786	17 730	197 984	71 165	97 316	452 311
4 bis unter 6	673 738	266 405	43 921	13 190	148 801	60 492	76 816	330 517
6 bis unter 8	464 489	140 772	31 562	10 356	69 720	29 134	50 255	273 463
8 bis unter 10	357 563	95 295	17 824	4 958	50 887	21 626	21 034	241 234
10 bis unter 15	254 835	49 228	7 446	2 907	26 953	11 922	32 675	172 932
15 bis unter 20	148 495	9 675	634	631	6 177	2 233	20 138	118 682
20 und darüber	500 071	31 340	957	245	9 477	20 661	135 152	333 579

***** Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. **1** Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. **2** Änderung durch Sitzlandwechsel von Emittenten oder Schuldverschreibungen. **3** Gerechnet vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamtfälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamtfälligen Schuldverschreibungen. **4** Ab Januar 2020 methodische Änderungen. — Die Ergebnisse für das Jahr 2020 wurden revidiert. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von: Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen **1)**	Ausgabe von Kapitalberichtigungsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung	Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums **2)**
2017	178 828	2 471	3 894	776	533	– 457	– 661	– 1 615	1 933 733
2018	180 187	1 357	3 670	716	82	– 1 055	– 1 111	– 946	1 634 155
2019 **3) 4)**	183 461	1 673	2 411	2 419	542	– 858	– 65	– 2 775	1 950 224
2020 **4)**	181 881	– 2 872	1 877	219	178	– 2 051	– 460	– 2 635	1 963 588
2021	186 580	4 152	9 561	672	35	– 326	– 212	– 5 578	2 301 942
2022	199 789	12 272	14 950	224	371	– 29	– 293	– 2 952	1 858 963
2023	182 246	– 15 984	3 377	3	50	– 564	– 2 515	– 16 335	2 051 675
2024	181 022	– 1 387	2 415	27	0	– 147	– 679	– 3 004	2 213 188
2025	178 401	– 3 889	3 044	43	1	– 289	– 142	– 6 546	2 551 624
2025 Sept.	179 211	– 467	595	–	–	– 199	– 0	– 863	2 464 734
Okt.	179 275	59	112	–	–	–	–	– 53	2 491 431
Nov.	178 970	– 333	229	–	–	– 9	– 2	– 551	2 478 329
Dez.	178 401	– 813	97	–	–	–	–	– 910	2 551 624
2026 Jan.	178 241	– 161	17	–	–	–	–	– 179	2 570 805
Febr.	178 192	– 57	84	–	–	–	–	– 141	2 650 444
März	178 046	– 271	185	–	–	– 2	–	– 454	2 400 514
April	178 434	386	416	–	–	–	–	– 30	2 504 389
Mai	178 520	86	199	–	–	–	– 40	– 73	2 592 874
Juni	178 619	99	169	–	–	–	–	– 70	2 519 812
Juli	178 718	74	188	–	–	–	–	– 114	2 597 723
Aug.	178 676	– 69	112	–	–	– 3	–	– 178	2 667 972

***** Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. **1** Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. **2** Alle Börsensegmente. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG. **3** Methodische Veränderungen ab Berichtsmonat Oktober 2019. **4** Änderungen aufgrund statistischer Bereinigungen.

VIII. Kapitalmarkt

5. Renditen deutscher Wertpapiere

Zeit	Emissionsrenditen				Umlaufsrenditen festverzinslicher Schuldverschreibungen inländischer Emittenten [1]						
		Anleihen der öffentlichen Hand				Anleihen der öffentlichen Hand			Bankschuldverschreibungen		
							börsennotierte Bundeswertpapiere				
	insgesamt	zusammen	darunter börsennotierte Bundeswertpapiere	Bankschuldverschreibungen	insgesamt	zusammen	zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren [2]	zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre	Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)
	% p.a.										
2017	0,6	0,4	0,2	0,6	0,3	0,2	0,2	0,3	0,4	0,9	1,7
2018	0,7	0,6	0,4	0,6	0,4	0,3	0,3	0,4	0,6	1,0	2,5
2019	0,2	– 0,1	– 0,3	0,4	– 0,1	– 0,2	– 0,3	– 0,3	0,1	0,3	2,5
2020	0,1	– 0,3	– 0,5	0,1	– 0,2	– 0,4	– 0,5	– 0,5	– 0,0	0,1	1,7
2021	0,0	– 0,2	– 0,3	0,1	– 0,1	– 0,3	– 0,4	– 0,4	– 0,1	0,2	0,9
2022	1,6	1,3	1,2	1,9	1,5	1,2	1,1	1,1	1,9	1,9	3,3
2023	2,9	2,6	2,5	3,4	2,9	2,6	2,5	2,4	3,3	3,2	4,2
2024	2,8	2,5	2,4	3,0	2,6	2,4	2,3	2,3	2,9	3,1	3,7
2025	2,8	2,6	2,6	2,9	2,7	2,6	2,5	2,6	2,8	3,1	3,6
2025 Sept.	2,81	2,74	2,68	2,70	2,76	2,66	2,60	2,69	2,78	3,08	3,54
Okt.	2,68	2,60	2,56	2,74	2,71	2,61	2,55	2,62	2,75	3,05	3,50
Nov.	3,07	2,74	2,73	3,01	2,78	2,67	2,60	2,66	2,80	3,10	3,57
Dez.	3,32	.	.	3,28	2,92	2,82	2,77	2,81	2,93	3,25	3,66
2026 Jan.	3,07	2,94	2,83	3,05	2,90	2,81	2,76	2,81	2,91	3,26	3,64
Febr.	3,00	2,84	2,81	2,94	2,83	2,74	2,70	2,74	2,82	3,19	3,56
März	3,06	2,99	2,99	3,08	3,04	2,93	2,88	2,91	3,08	3,34	3,93
April	3,21	3,07	3,06	3,13	3,14	3,03	2,99	3,00	3,19	3,42	3,94
Mai	3,23	3,05	3,01	3,36	3,18	3,07	3,02	3,05	3,23	3,43	3,93
Juni	3,18	2,94	2,89	3,18	3,10	3,00	2,95	2,96	3,16	3,35	3,84
Juli	3,35	3,02	3,03	3,28	3,21	3,11	3,06	3,07	3,28	3,43	3,96
Aug.	3,42	3,35	.	3,40	3,32	3,21	3,16	3,19	3,37	3,53	4,06

1 Festverzinsliche Inhaberschuldverschreibungen inländischer Emittenten mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren. Außer Betracht bleiben strukturierte Produkte, Schuldverschreibungen mit nicht gesamtfälliger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und nicht auf Euro lautende Anleihen. Die Gruppenrenditen für die Wertpapierarten sind gewogen mit den Umlaufsbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. Anpassung des Kreises der einbezogenen Papiere zum 01.05.2020. **2** Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Mio €

Zeit	Absatz	Absatz							Erwerb	Erwerb				
		Offene inländische Fonds [1] (Mittelaufkommen)							Inländer					
			Publikumsfonds				Spezialfonds	ausländische Fonds [4]		Kreditinstitute [2] einschl. Bausparkassen		übrige Sektoren [3]		Ausländer [5]
				darunter										
	Absatz = Erwerb insgesamt	zusammen	zusammen	Geldmarktfonds	Wertpapierfonds	Immobilienfonds			zusammen	zusammen	darunter ausländische Anteile	zusammen	darunter ausländische Anteile	
2017	148 214	94 921	29 560	– 235	21 970	4 406	65 361	53 292	150 740	4 938	1 048	145 802	52 244	– 2 526
2018	108 293	103 694	15 279	– 377	4 166	6 168	88 415	4 599	114 973	2 979	– 2 306	111 994	6 905	– 6 680
2019	171 666	122 546	17 032	– 447	5 097	10 580	105 514	49 120	176 210	2 719	– 812	173 491	49 932	– 4 544
2020	157 349	116 028	19 193	– 42	11 343	8 795	96 835	41 321	156 421	336	– 1 656	156 085	42 977	928
2021	281 018	157 861	41 016	482	31 023	7 841	116 845	123 157	289 400	13 154	254	276 246	122 903	– 8 383
2022	112 662	79 022	6 057	482	444	5 071	72 991	33 640	116 145	3 170	– 1 459	112 975	35 099	– 3 483
2023	73 874	44 484	5 969	460	4 951	723	38 461	29 390	76 088	– 4 778	– 2 054	80 866	31 444	– 2 214
2024	151 391	40 124	– 1 659	1 692	1 992	– 5 890	41 784	111 267	152 405	8 704	2 614	143 701	108 653	– 1 014
2025	209 634	89 721	20 018	866	25 384	– 7 637	69 711	119 913	208 862	6 895	1 304	201 967	118 609	772
2025 Sept.	13 609	2 930	462	– 69	804	– 576	2 468	10 679	13 399	26	– 22	13 373	10 701	209
Okt.	18 551	12 470	1 217	– 48	1 411	– 496	11 253	6 081	18 981	596	383	18 385	5 698	– 429
Nov.	13 668	10 470	2 361	– 31	2 693	– 597	8 109	3 198	19 387	178	– 106	19 209	3 304	– 5 719
Dez.	38 797	23 346	442	– 194	1 047	– 848	22 904	15 450	38 907	898	21	38 009	15 429	– 110
2026 Jan.	20 553	8 023	2 847	65	2 551	– 420	5 177	12 530	20 043	1 649	676	18 394	11 854	509
Febr.	25 286	7 595	4 725	84	4 496	– 694	2 871	17 691	24 443	389	41	24 054	17 650	843
März	6 106	2 321	2 038	236	1 814	– 668	283	3 785	5 150	94	– 430	5 056	4 215	956
April	16 298	1 390	– 363	344	– 573	– 511	1 753	14 911	11 071	430	337	10 641	14 574	5 227
Mai	22 458	11 166	3 533	– 23	3 391	– 517	7 633	11 292	20 405	877	119	19 528	11 173	2 054
Juni	16 644	2 680	1 040	– 81	834	– 336	1 640	13 964	15 718	109	– 110	15 609	14 074	926
Juli	24 467	10 004	1 633	– 83	1 555	– 619	8 371	14 464	24 597	712	145	23 885	14 319	– 130
Aug.	22 647	3 568	1 159	64	1 195	– 611	2 409	19 080	22 657	244	– 95	22 413	19 175	– 10

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. **2** Buchwerte. **3** Als Rest errechnet. **4** Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. **5** Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2023	2024	2025	2025				2026	
				1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Geldvermögensbildung									
Bargeld und Einlagen	– 1,22	49,53	28,87	– 33,97	– 11,72	38,46	36,09	– 29,29	– 3,46
Schuldverschreibungen insgesamt	6,50	2,08	0,41	– 0,85	1,04	2,17	– 1,96	1,96	1,88
kurzfristige Schuldverschreibungen	1,62	1,53	– 2,30	– 1,31	– 0,41	1,26	– 1,84	0,65	0,50
langfristige Schuldverschreibungen	4,88	0,55	2,70	0,46	1,45	0,91	– 0,11	1,32	1,38
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	6,68	– 0,43	– 0,62	0,16	0,07	0,19	– 1,03	1,92	– 0,20
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	– 0,03	– 1,39	– 0,25	0,11	0,03	– 0,07	– 0,33	0,56	0,11
Finanzielle Kapitalgesellschaften	3,19	0,97	– 0,47	0,13	0,13	0,10	– 0,83	0,56	– 0,04
Staat	3,51	– 0,02	0,11	– 0,08	– 0,09	0,16	0,12	0,80	– 0,28
Schuldverschreibungen des Auslands	– 0,18	2,51	1,03	– 1,01	0,97	1,98	– 0,92	0,04	2,08
Kredite insgesamt	74,71	46,79	46,34	6,43	1,81	12,17	25,93	31,09	9,22
kurzfristige Kredite	20,31	14,41	48,74	17,07	– 0,76	15,27	17,16	27,59	4,53
langfristige Kredite	54,40	32,38	– 2,40	– 10,64	2,58	– 3,10	8,77	3,50	4,69
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	52,79	25,44	43,18	3,19	4,44	7,59	27,96	24,01	12,06
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	11,57	12,66	40,13	3,74	4,12	6,55	25,72	14,62	10,05
Finanzielle Kapitalgesellschaften	10,54	9,75	2,68	2,14	– 1,33	1,75	0,13	10,08	1,28
Staat	30,68	3,03	0,37	– 2,69	1,65	– 0,71	2,11	– 0,69	0,73
Kredite an das Ausland	21,93	21,35	3,16	3,24	– 2,63	4,58	– 2,03	7,08	– 2,84
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	94,70	98,98	103,83	25,74	52,02	16,41	9,65	1,25	24,07
Anteilsrechte insgesamt	90,95	92,78	97,93	21,54	51,86	13,39	11,14	5,31	21,83
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	– 14,32	2,00	– 7,27	– 4,12	9,97	– 4,90	– 8,23	2,08	– 4,98
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	– 13,91	2,89	– 8,04	– 4,06	9,04	– 4,97	– 8,04	2,03	– 5,12
finanzielle Kapitalgesellschaften	– 0,41	– 0,89	0,77	– 0,06	0,94	0,07	– 0,19	0,05	0,14
Börsennotierte Aktien des Auslands	– 43,08	– 8,39	– 14,13	– 1,40	– 2,96	– 3,95	– 5,81	– 2,84	– 0,90
Übrige Anteilsrechte [1]	148,34	99,18	119,33	27,06	44,85	22,24	25,18	6,07	27,71
Anteile an Investmentfonds	3,76	6,20	5,90	4,20	0,16	3,02	– 1,49	– 4,06	2,23
Geldmarktfonds	– 0,58	1,38	0,96	1,40	– 1,84	0,66	0,74	2,10	– 0,10
Sonstige Investmentfonds	4,34	4,81	4,94	2,80	2,00	2,36	– 2,23	– 6,17	2,33
Versicherungstechnische Rückstellungen	9,32	5,75	8,52	6,82	– 0,01	– 0,35	2,06	6,00	– 1,44
Finanzderivate	9,65	11,78	5,19	– 1,04	2,65	1,96	1,62	0,07	7,63
Sonstige Forderungen	– 11,83	– 96,92	– 16,93	129,92	– 35,37	– 32,53	– 78,95	11,16	– 0,37
Insgesamt	181,84	117,98	176,22	133,04	10,43	38,30	– 5,55	22,23	37,52
Außenfinanzierung									
Schuldverschreibungen insgesamt	0,35	13,41	– 0,87	2,74	– 0,45	– 5,14	1,99	4,94	13,58
kurzfristige Schuldverschreibungen	– 4,68	0,26	– 1,55	0,66	1,32	– 2,05	– 1,48	2,11	0,89
langfristige Schuldverschreibungen	5,03	13,15	0,68	2,08	– 1,77	– 3,09	3,47	2,83	12,69
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	0,66	– 2,41	– 2,64	0,55	– 1,13	– 2,23	0,17	1,48	1,02
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	– 0,03	– 1,39	– 0,25	0,11	0,03	– 0,07	– 0,33	0,56	0,11
Finanzielle Kapitalgesellschaften	– 2,83	– 2,58	– 3,94	0,05	– 1,48	– 2,33	– 0,18	0,72	0,10
Staat	– 0,11	– 0,03	0,02	– 0,00	– 0,01	– 0,02	0,05	– 0,05	– 0,02
Private Haushalte	3,62	1,59	1,53	0,40	0,33	0,18	0,63	0,25	0,82
Schuldverschreibungen des Auslands	– 0,31	15,82	1,77	2,19	0,67	– 2,91	1,82	3,46	12,55
Kredite insgesamt	47,91	41,67	79,55	47,76	19,94	19,70	– 7,86	37,15	38,72
kurzfristige Kredite	– 16,19	– 1,18	52,03	38,60	12,74	11,63	– 10,94	34,98	18,32
langfristige Kredite	64,10	42,85	27,52	9,16	7,20	8,07	3,08	2,17	20,41
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	54,17	18,67	51,60	30,75	4,22	4,52	12,11	33,90	23,66
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	11,57	12,66	40,13	3,74	4,12	6,55	25,72	14,62	10,05
Finanzielle Kapitalgesellschaften	61,44	17,37	23,28	27,56	2,24	0,05	– 6,58	18,87	15,38
Staat	– 18,84	– 11,36	– 11,81	– 0,55	– 2,15	– 2,09	– 7,03	0,41	– 1,77
Kredite aus dem Ausland	– 6,27	23,00	27,95	17,01	15,72	15,19	– 19,97	3,25	15,06
Anteilsrechte insgesamt	41,40	72,76	81,15	16,69	16,79	30,06	17,61	18,22	15,39
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	– 27,65	– 16,94	– 3,17	– 6,73	10,52	– 5,34	– 1,61	4,58	– 4,81
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	– 13,91	2,89	– 8,04	– 4,06	9,04	– 4,97	– 8,04	2,03	– 5,12
Finanzielle Kapitalgesellschaften	– 8,32	– 11,41	9,34	– 0,25	– 0,54	1,94	8,19	0,85	0,68
Staat	– 1,12	– 3,99	– 0,74	– 0,92	0,23	– 0,04	– 0,01	0,00	0,00
Private Haushalte	– 4,30	– 4,44	– 3,73	– 1,50	1,79	– 2,28	– 1,75	1,70	– 0,37
Börsennotierte Aktien des Auslands	13,73	21,04	17,19	6,48	– 10,61	18,68	2,64	– 3,14	3,54
Übrige Anteilsrechte [1]	55,32	68,67	67,13	16,95	16,88	16,72	16,59	16,78	16,65
Versicherungstechnische Rückstellungen	8,96	8,44	8,05	2,01	2,01	2,01	2,01	2,02	1,99
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	14,55	– 3,67	1,05	1,82	7,55	– 5,26	– 3,05	– 5,40	1,95
Sonstige Verbindlichkeiten	42,97	44,60	29,22	4,99	2,83	5,01	16,38	2,48	5,03
Insgesamt	156,14	177,20	198,15	76,01	48,67	46,39	27,08	59,41	76,66

1 Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2023	2024	2025	2025 1. Vj.	2025 2. Vj.	2025 3. Vj.	2025 4. Vj.	2026 1. Vj.	2026 2. Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	847,5	894,5	920,9	860,6	848,2	886,6	920,9	889,0	885,8
Schuldverschreibungen insgesamt	62,1	66,1	67,9	65,4	66,9	69,6	67,9	69,6	71,8
kurzfristige Schuldverschreibungen	9,8	11,9	9,8	10,6	10,3	11,6	9,8	10,6	11,0
langfristige Schuldverschreibungen	52,3	54,2	58,1	54,7	56,6	58,0	58,1	59,0	60,9
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	32,2	33,0	33,1	33,3	33,5	33,9	33,1	34,9	34,8
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	5,8	4,5	4,4	4,7	4,9	4,8	4,4	4,9	5,3
finanzielle Kapitalgesellschaften	18,8	20,8	20,8	21,0	21,0	21,4	20,8	21,3	21,2
Staat	7,6	7,7	7,8	7,6	7,6	7,7	7,8	8,6	8,4
Schuldverschreibungen des Auslands	29,9	33,1	34,8	32,1	33,4	35,6	34,8	34,7	37,0
Kredite insgesamt	1 806,0	1 856,0	1 895,6	1 860,1	1 857,4	1 869,4	1 895,6	1 928,9	1 940,4
kurzfristige Kredite	1 456,0	1 472,9	1 516,6	1 488,4	1 483,9	1 499,1	1 516,6	1 548,7	1 555,2
langfristige Kredite	350,0	383,1	379,0	371,8	373,5	370,3	379,0	380,2	385,2
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	1 397,5	1 423,0	1 466,1	1 426,1	1 430,6	1 438,2	1 466,1	1 490,1	1 502,2
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	1 237,3	1 250,0	1 290,1	1 253,7	1 257,9	1 264,4	1 290,1	1 304,7	1 314,8
finanzielle Kapitalgesellschaften	104,5	114,2	116,9	116,4	115,0	116,8	116,9	127,0	128,3
Staat	55,7	58,7	59,1	56,0	57,7	57,0	59,1	58,4	59,1
Kredite an das Ausland	408,5	433,0	429,5	434,0	426,8	431,2	429,5	438,8	438,2
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	4 023,5	4 069,0	4 164,5	4 070,5	4 107,9	4 125,3	4 164,5	4 128,2	4 213,0
Anteilsrechte insgesamt	3 787,6	3 806,1	3 891,7	3 812,7	3 846,7	3 854,4	3 891,7	3 862,7	3 928,8
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	334,5	327,3	335,3	327,6	346,9	334,0	335,3	306,8	299,7
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	326,7	320,8	323,9	318,1	334,8	321,5	323,9	296,5	287,8
finanzielle Kapitalgesellschaften	7,8	6,5	11,4	9,5	12,1	12,5	11,4	10,4	11,9
Börsennotierte Aktien des Auslands	43,7	51,9	48,8	50,0	48,5	49,3	48,8	46,2	52,5
Übrige Anteilsrechte [1]	3 409,5	3 426,8	3 507,6	3 435,2	3 451,2	3 471,1	3 507,6	3 509,6	3 576,6
Anteile an Investmentfonds	235,9	262,9	272,8	257,7	261,2	270,9	272,8	265,6	284,2
Geldmarktfonds	6,9	11,9	13,1	13,4	11,6	12,3	13,1	15,2	15,3
Sonstige Investmentfonds	229,0	251,0	259,8	244,3	249,7	258,6	259,8	250,4	269,0
Versicherungstechnische Rückstellungen	49,1	53,0	54,9	57,0	55,6	54,4	54,9	58,0	56,9
Finanzderivate	33,7	35,8	25,8	29,7	30,6	26,0	25,8	49,6	49,6
Sonstige Forderungen	1 792,5	1 783,1	1 868,2	1 912,2	1 911,5	1 904,3	1 868,2	1 918,4	1 931,1
Insgesamt	8 614,5	8 757,4	8 997,8	8 855,5	8 878,1	8 935,4	8 997,8	9 041,6	9 148,6
Verbindlichkeiten									
Schuldverschreibungen insgesamt	239,7	259,0	304,8	292,2	308,5	304,0	304,8	301,1	318,2
kurzfristige Schuldverschreibungen	4,5	4,9	3,3	5,5	6,9	4,8	3,3	5,4	6,3
langfristige Schuldverschreibungen	235,2	254,1	301,5	286,7	301,7	299,2	301,5	295,8	311,9
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	96,3	99,3	105,2	100,0	107,7	105,6	105,2	105,2	108,0
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	5,8	4,5	4,4	4,7	4,9	4,8	4,4	4,9	5,3
finanzielle Kapitalgesellschaften	74,8	77,5	81,1	77,5	83,9	81,7	81,1	80,8	81,8
Staat	0,2	0,2	0,3	0,2	0,3	0,2	0,3	0,2	0,2
Private Haushalte	15,5	17,1	19,3	17,5	18,7	18,9	19,3	19,2	20,7
Schuldverschreibungen des Auslands	143,4	159,7	199,6	192,2	200,8	198,4	199,6	196,0	210,2
Kredite insgesamt	3 511,7	3 552,1	3 619,9	3 590,8	3 606,5	3 626,3	3 619,9	3 671,9	3 715,9
kurzfristige Kredite	1 743,7	1 740,1	1 785,7	1 777,0	1 785,0	1 795,9	1 785,7	1 826,0	1 846,8
langfristige Kredite	1 768,0	1 812,0	1 834,1	1 813,8	1 821,6	1 830,4	1 834,1	1 845,9	1 869,1
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	2 556,3	2 577,2	2 621,9	2 602,7	2 606,9	2 611,9	2 621,9	2 657,6	2 681,9
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	1 237,3	1 250,0	1 290,1	1 253,7	1 257,9	1 264,4	1 290,1	1 304,7	1 314,8
finanzielle Kapitalgesellschaften	1 215,8	1 233,6	1 252,2	1 259,4	1 261,0	1 261,4	1 252,2	1 272,9	1 288,0
Staat	103,2	93,6	79,6	89,6	88,0	86,1	79,6	79,9	79,0
Kredite aus dem Ausland	955,4	974,9	997,9	988,1	999,7	1 014,4	997,9	1 014,3	1 034,0
Anteilsrechte insgesamt	5 387,5	5 571,5	5 869,3	5 717,9	5 839,1	5 790,6	5 869,3	5 703,4	5 869,0
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	817,9	815,1	883,5	853,3	888,3	864,0	883,5	847,9	839,2
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	326,7	320,8	323,9	318,1	334,8	321,5	323,9	296,5	287,8
finanzielle Kapitalgesellschaften	173,3	174,3	191,0	181,3	187,5	180,3	191,0	182,3	187,9
Staat	86,2	88,8	98,7	100,6	95,8	96,5	98,7	105,4	95,2
Private Haushalte	231,7	231,1	269,9	253,3	270,1	265,8	269,9	263,7	268,3
Börsennotierte Aktien des Auslands	949,0	1 057,7	1 211,8	1 133,3	1 206,7	1 168,1	1 211,8	1 132,4	1 229,9
Übrige Anteilsrechte [1]	3 620,6	3 698,7	3 774,0	3 731,2	3 744,1	3 758,4	3 774,0	3 723,1	3 799,9
Versicherungstechnische Rückstellungen	341,9	350,4	358,4	352,4	354,4	356,4	358,4	360,4	362,4
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	34,3	29,0	24,2	25,4	36,5	26,9	24,2	39,8	41,6
Sonstige Verbindlichkeiten	1 824,4	1 905,1	1 997,6	1 889,8	1 917,9	1 938,2	1 997,6	1 999,2	2 023,2
Insgesamt	11 339,5	11 667,1	12 174,1	11 868,4	12 062,9	12 042,4	12 174,1	12 075,8	12 330,3

1 Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2023	2024	2025	2025 1. Vj.	2025 2. Vj.	2025 3. Vj.	2025 4. Vj.	2026 1. Vj.	2026 2. Vj.
Geldvermögensbildung									
Bargeld und Einlagen	90,54	151,25	143,35	6,73	41,60	27,76	67,27	8,78	32,44
Bargeld	14,10	29,11	43,41	3,67	13,50	11,65	14,59	6,01	12,02
Einlagen insgesamt	76,45	122,14	99,94	3,06	28,10	16,11	52,68	2,77	20,42
Sichteinlagen	−129,98	21,88	124,32	14,80	37,75	22,97	48,80	0,11	11,86
Termineinlagen	184,68	117,25	− 7,69	− 3,65	− 6,93	− 3,53	6,42	3,81	2,86
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	21,75	− 16,98	− 16,69	− 8,09	− 2,73	− 3,33	− 2,54	− 1,15	5,70
Schuldverschreibungen insgesamt	65,14	2,47	6,31	1,33	0,83	3,18	0,97	7,31	6,90
kurzfristige Schuldverschreibungen	11,76	− 9,69	− 4,79	− 0,73	− 1,61	− 1,41	− 1,04	0,48	0,28
langfristige Schuldverschreibungen	53,39	12,15	11,10	2,06	2,44	4,59	2,01	6,82	6,62
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	53,95	− 2,83	1,81	− 0,29	0,27	1,66	0,17	6,37	5,01
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	3,42	1,53	1,33	0,38	0,28	0,14	0,53	0,27	0,72
finanzielle Kapitalgesellschaften	42,65	− 3,41	0,79	− 0,43	0,58	1,38	− 0,74	5,31	3,45
Staat	7,89	− 0,94	− 0,31	− 0,24	− 0,59	0,14	0,38	0,79	0,85
Schuldverschreibungen des Auslands	11,19	5,29	4,50	1,62	0,56	1,52	0,80	0,94	1,89
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	53,41	120,09	107,92	34,06	35,46	25,04	13,37	35,86	38,66
Anteilsrechte insgesamt	17,29	26,82	15,71	5,73	11,48	3,56	− 5,06	8,88	5,92
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	− 4,61	− 6,49	− 7,36	− 2,44	0,95	− 3,31	− 2,56	3,23	0,28
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	− 3,57	− 4,31	− 3,97	− 1,31	1,36	− 2,29	− 1,73	1,54	− 0,38
finanzielle Kapitalgesellschaften	− 1,04	− 2,17	− 3,38	− 1,12	− 0,41	− 1,03	− 0,83	1,69	0,66
Börsennotierte Aktien des Auslands	2,89	6,51	7,40	4,04	4,71	1,56	− 2,91	− 0,94	1,26
Übrige Anteilsrechte [1]	19,01	26,79	15,67	4,13	5,83	5,31	0,41	6,59	4,38
Anteile an Investmentfonds	36,12	93,27	92,21	28,32	23,97	21,49	18,43	26,98	32,74
Geldmarktfonds	4,40	33,46	14,31	7,30	3,75	2,28	0,98	1,60	6,01
Sonstige Investmentfonds	31,72	59,81	77,90	21,02	20,23	19,21	17,45	25,38	26,73
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	1,18	2,23	1,68	7,83	− 1,46	− 1,77	− 2,93	9,53	− 1,32
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	− 11,15	22,78	17,76	6,03	6,64	5,71	− 0,63	3,19	7,03
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	32,16	31,51	45,15	6,36	8,45	7,52	22,82	3,84	1,18
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Forderungen [2]	21,48	− 21,49	− 9,30	25,72	− 23,56	8,88	− 20,34	26,62	− 7,89
Insgesamt	252,76	308,83	312,87	88,06	67,96	76,32	80,53	95,12	77,00
Außenfinanzierung									
Kredite insgesamt	17,54	13,50	38,63	4,84	10,47	16,17	7,14	6,99	11,85
kurzfristige Kredite	− 0,90	− 0,96	2,19	0,30	0,73	0,92	0,25	− 0,12	1,07
langfristige Kredite	18,44	14,45	36,44	4,55	9,75	15,25	6,89	7,11	10,78
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	21,99	18,18	37,64	5,40	9,90	13,27	9,07	6,07	9,92
Konsumentenkredite	1,44	0,44	5,33	0,07	1,84	3,67	− 0,26	1,29	2,34
Gewerbliche Kredite	− 5,89	− 5,13	− 4,34	− 0,63	− 1,27	− 0,77	− 1,68	− 0,37	− 0,42
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	12,26	18,25	39,58	5,10	11,03	15,37	8,09	5,52	11,58
Kredite von finanziellen Kapitalgesellschaften ohne MFI	5,28	− 4,76	− 0,95	− 0,26	− 0,55	0,81	− 0,94	1,48	0,26
Kredite vom Staat und Ausland	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Insgesamt	17,54	13,50	38,63	4,84	10,47	16,17	7,14	6,99	11,85

1 Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. **2** Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Finanzierungsrechnung

4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2023	2024	2025	2025 1. Vj.	2025 2. Vj.	2025 3. Vj.	2025 4. Vj.	2026 1. Vj.	2026 2. Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	3 218,7	3 407,9	3 539,1	3 406,0	3 441,0	3 468,6	3 539,1	3 548,3	3 581,3
Bargeld	444,3	473,4	516,8	477,1	490,6	502,2	516,8	522,8	534,9
Einlagen insgesamt	2 774,4	2 934,5	3 022,3	2 928,9	2 950,4	2 966,4	3 022,3	3 025,5	3 046,4
Sichteinlagen	1 686,3	1 740,0	1 859,0	1 749,5	1 787,2	1 810,2	1 859,0	1 857,8	1 869,6
Termineinlagen	529,0	660,0	645,5	653,0	639,5	635,9	645,5	651,1	654,5
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	559,1	534,5	517,8	526,4	523,7	520,3	517,8	516,7	522,4
Schuldverschreibungen insgesamt	198,2	210,1	225,9	213,0	214,3	221,8	225,9	230,7	237,2
kurzfristige Schuldverschreibungen	12,5	11,3	7,1	11,2	9,6	8,2	7,1	7,5	7,8
langfristige Schuldverschreibungen	185,7	198,9	218,8	201,9	204,7	213,6	218,8	223,2	229,4
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	147,8	151,9	161,5	153,7	154,7	159,0	161,5	166,1	171,5
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	13,5	14,9	16,7	15,3	16,2	16,3	16,7	16,7	18,0
finanzielle Kapitalgesellschaften	122,0	125,4	133,6	127,1	127,7	131,9	133,6	137,6	140,7
Staat	12,3	11,5	11,2	11,2	10,7	10,8	11,2	11,9	12,8
Schuldverschreibungen des Auslands	50,4	58,3	64,4	59,4	59,6	62,8	64,4	64,5	65,7
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	2 586,0	2 894,9	3 140,0	2 924,0	3 010,5	3 082,1	3 140,0	3 090,6	3 331,9
Anteilsrechte insgesamt	1 623,3	1 727,4	1 824,3	1 758,1	1 800,8	1 809,5	1 824,3	1 771,9	1 851,1
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	279,2	289,1	348,5	322,9	339,7	339,8	348,5	335,4	346,7
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	223,9	223,0	261,9	244,6	260,5	258,0	261,9	254,8	259,0
finanzielle Kapitalgesellschaften	55,3	66,1	86,6	78,3	79,1	81,7	86,6	80,6	87,7
Börsennotierte Aktien des Auslands	247,9	301,2	335,5	291,3	300,0	327,6	335,5	328,0	371,7
Übrige Anteilsrechte [1]	1 096,2	1 137,1	1 140,3	1 143,8	1 161,1	1 142,2	1 140,3	1 108,5	1 132,8
Anteile an Investmentfonds	962,7	1 167,5	1 315,6	1 165,9	1 209,7	1 272,5	1 315,6	1 318,7	1 480,8
Geldmarktfonds	7,9	41,6	55,9	48,8	52,5	54,9	55,9	57,4	63,5
Sonstige Investmentfonds	954,8	1 125,8	1 259,7	1 117,2	1 157,2	1 217,6	1 259,7	1 261,3	1 417,2
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	43,0	46,3	47,0	52,1	51,1	49,6	47,0	53,7	53,2
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	1 152,2	1 265,8	1 260,5	1 242,9	1 252,6	1 262,5	1 260,5	1 257,0	1 303,1
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	1 238,9	1 268,8	1 309,1	1 269,2	1 278,3	1 286,9	1 309,1	1 311,9	1 320,8
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Forderungen [2]	3,8	3,8	3,7	3,8	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7
Insgesamt	8 440,7	9 097,6	9 525,4	9 111,0	9 251,5	9 375,3	9 525,4	9 495,9	9 831,2
Verbindlichkeiten									
Kredite insgesamt	2 117,9	2 131,5	2 171,0	2 135,5	2 146,2	2 162,4	2 171,0	2 175,4	2 186,3
kurzfristige Kredite	55,1	54,4	56,6	54,7	55,5	56,4	56,6	56,8	57,9
langfristige Kredite	2 062,8	2 077,1	2 114,3	2 080,8	2 090,8	2 106,0	2 114,3	2 118,6	2 128,4
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	1 643,7	1 660,5	1 699,7	1 665,9	1 676,0	1 689,2	1 699,7	1 704,2	1 714,0
Konsumentenkredite	230,0	225,0	230,2	223,1	226,7	230,4	230,2	231,4	233,1
Gewerbliche Kredite	244,2	245,9	241,1	246,5	243,6	242,8	241,1	239,7	239,2
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	2 016,3	2 034,6	2 073,8	2 039,4	2 050,4	2 065,7	2 073,8	2 077,8	2 088,4
Kredite von finanziellen Kapitalgesellschaften ohne MFI	101,7	96,9	97,1	96,2	95,8	96,6	97,1	97,5	97,8
Kredite vom Staat und Ausland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzderivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	4,9	5,1	5,6	5,2	5,3	5,5	5,6	5,6	5,6
Insgesamt	2 122,8	2 136,5	2 176,6	2 140,7	2 151,5	2 167,8	2 176,6	2 181,0	2 191,9

1 Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. **2** Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Finanzierungssaldo und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung

Zeit	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen
	Mrd €					in % des BIP				
	Finanzierungssaldo [1]									
2019	+ 46,9	+ 18,2	+ 12,9	+ 7,0	+ 8,9	1,3	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3
2020	− 151,1	− 91,3	− 31,3	+ 6,3	− 34,9	− 4,3	− 2,6	− 0,9	+ 0,2	− 1,0
2021	− 117,6	− 132,5	+ 6,0	+ 6,5	+ 2,4	− 3,2	− 3,6	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
2022	− 74,3	− 110,9	+ 19,7	+ 8,2	+ 8,8	− 1,9	− 2,8	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2
2023 p)	− 95,0	− 91,5	− 5,6	− 6,6	+ 8,8	− 2,2	− 2,2	− 0,1	− 0,2	+ 0,2
2024 p)	− 119,1	− 60,9	− 23,0	− 23,7	− 11,5	− 2,7	− 1,4	− 0,5	− 0,5	− 0,3
2025 p)	− 132,1	− 85,3	− 14,6	− 31,0	− 1,3	− 2,9	− 1,9	− 0,3	− 0,7	− 0,0
2024 1.Hj. p)	− 49,9	− 26,3	− 13,7	− 10,3	+ 0,4	− 2,3	− 1,2	− 0,6	− 0,5	+ 0,0
2.Hj. p)	− 69,2	− 34,7	− 9,3	− 13,4	− 11,8	− 3,1	− 1,6	− 0,4	− 0,6	− 0,5
2025 1.Hj. p)	− 32,8	− 19,1	− 3,1	− 14,5	+ 3,8	− 1,5	− 0,9	− 0,1	− 0,7	+ 0,2
2.Hj. p)	− 99,3	− 66,2	− 11,6	− 16,5	− 5,1	− 4,3	− 2,9	− 0,5	− 0,7	− 0,2
2026 1.Hj. ts)	− 71,3	− 48,1	− 6,5	− 14,9	− 1,8	− 3,1	− 2,1	− 0,3	− 0,6	− 0,1
	Schuldenstand [2]									**Stand am Jahres- bzw. Quartalsende**
2019	2 075,8	1 315,6	615,8	161,1	0,9	58,3	37,0	17,3	4,5	0,0
2020	2 348,0	1 530,4	667,9	163,1	7,6	67,5	44,0	19,2	4,7	0,2
2021	2 501,7	1 683,3	667,0	165,6	0,9	67,4	45,3	18,0	4,5	0,0
2022	2 569,7	1 780,8	637,0	172,4	3,2	64,1	44,4	15,9	4,3	0,1
2023 p)	2 630,8	1 857,2	621,1	180,4	3,2	61,8	43,6	14,6	4,2	0,1
2024 p)	2 694,3	1 893,5	639,5	196,9	2,9	61,4	43,2	14,6	4,5	0,1
2025 p)	2 846,0	2 000,6	661,1	225,3	6,6	62,8	44,2	14,6	5,0	0,1
2024 1.Vj. p)	2 638,7	1 859,9	629,2	181,1	3,1	61,5	43,4	14,7	4,2	0,1
2.Vj. p)	2 635,3	1 851,6	630,2	183,6	3,4	60,9	42,8	14,6	4,2	0,1
3.Vj. p)	2 671,8	1 879,1	636,1	188,2	3,1	61,3	43,1	14,6	4,3	0,1
4.Vj. p)	2 694,3	1 893,5	639,5	196,9	2,9	61,4	43,2	14,6	4,5	0,1
2025 1.Vj. p)	2 701,7	1 891,2	648,2	200,4	2,7	61,2	42,8	14,7	4,5	0,1
2.Vj. p)	2 734,0	1 924,6	642,9	206,9	3,5	61,4	43,2	14,4	4,6	0,1
3.Vj. p)	2 792,0	1 973,3	649,5	214,6	4,4	62,2	44,0	14,5	4,8	0,1
4.Vj. p)	2 846,0	2 000,6	661,1	225,3	6,6	62,8	44,2	14,6	5,0	0,1
2026 1.Vj. p)	2 902,3	2 040,7	678,5	224,2	14,0	63,5	44,7	14,9	4,9	0,3
2.Vj. p)	2 924,7	2 054,7	682,2	227,5	16,7	63,4	44,6	14,8	4,9	0,4

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Der Finanzierungssaldo gemäß ESVG 2010 entspricht der Maastricht-Abgrenzung. **2** Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Zeit	Einnahmen				Ausgaben							Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Fiskalische Belastung insgesamt [1]
	insgesamt	davon: Steuern	Sozialbeiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozialleistungen	Arbeitnehmerentgelte	Vorleistungen	Bruttoinvestitionen	Zinsen	sonstige		
	Mrd €												
2019	1 657,6	859,3	598,2	200,1	1 610,6	844,6	285,1	199,5	96,1	28,1	157,3	+ 46,9	1 464,6
2020	1 612,7	808,9	608,1	195,7	1 763,8	900,3	296,7	226,9	105,7	22,4	211,7	− 151,1	1 424,0
2021	1 749,2	906,5	632,3	210,4	1 866,8	938,8	307,2	243,7	105,7	21,8	249,5	− 117,6	1 546,6
2022	1 864,1	973,7	667,3	223,2	1 938,4	968,4	321,3	258,1	116,6	28,1	246,0	− 74,3	1 651,0
2023 p)	1 934,9	972,1	710,8	251,9	2 029,9	1 018,8	340,9	267,7	121,5	37,1	243,9	− 95,0	1 691,2
2024 p)	2 028,3	1 007,1	756,7	264,4	2 147,5	1 094,6	357,9	282,2	138,8	45,9	228,1	− 119,1	1 769,4
2025 p)	2 137,9	1 047,0	823,1	267,9	2 270,0	1 165,5	383,8	288,5	156,1	49,0	227,2	− 132,1	1 876,0
	in % des BIP												
2019	46,6	24,2	16,8	5,6	45,3	23,7	8,0	5,6	2,7	0,8	4,4	+ 1,3	41,2
2020	46,4	23,3	17,5	5,6	50,7	25,9	8,5	6,5	3,0	0,6	6,1	− 4,3	40,9
2021	47,1	24,4	17,0	5,7	50,3	25,3	8,3	6,6	2,8	0,6	6,7	− 3,2	41,7
2022	46,5	24,3	16,6	5,6	48,3	24,1	8,0	6,4	2,9	0,7	6,1	− 1,9	41,2
2023 p)	45,5	22,8	16,7	5,9	47,7	23,9	8,0	6,3	2,9	0,9	5,7	− 2,2	39,7
2024 p)	46,2	23,0	17,3	6,0	49,0	25,0	8,2	6,4	3,2	1,0	5,2	− 2,7	40,3
2025 p)	47,2	23,1	18,2	5,9	50,1	25,7	8,5	6,4	3,4	1,1	5,0	− 2,9	41,4
	Zuwachsraten in %												
2019	+ 3,7	+ 3,2	+ 4,5	+ 3,9	+ 5,0	+ 5,1	+ 5,3	+ 6,0	+ 7,1	− 11,8	+ 5,6	.	+ 3,7
2020	− 2,7	− 5,9	+ 1,6	− 2,2	+ 9,5	+ 6,6	+ 4,1	+ 13,7	+ 9,9	− 20,2	+ 34,6	.	− 2,8
2021	+ 8,5	+ 12,1	+ 4,0	+ 7,5	+ 5,8	+ 4,3	+ 3,5	+ 7,4	+ 0,0	− 2,8	+ 17,8	.	+ 8,6
2022	+ 6,6	+ 7,4	+ 5,5	+ 6,1	+ 3,8	+ 3,1	+ 4,6	+ 5,9	+ 10,3	+ 29,0	− 1,4	.	+ 6,7
2023 p)	+ 3,8	− 0,2	+ 6,5	+ 12,9	+ 4,7	+ 5,2	+ 6,1	+ 3,7	+ 4,2	+ 32,4	− 0,9	.	+ 2,4
2024 p)	+ 4,8	+ 3,6	+ 6,5	+ 5,0	+ 5,8	+ 7,4	+ 5,0	+ 5,4	+ 14,2	+ 23,6	− 6,5	.	+ 4,6
2025 p)	+ 5,4	+ 4,0	+ 8,8	+ 1,3	+ 5,7	+ 6,5	+ 7,2	+ 2,2	+ 12,5	+ 6,8	− 0,4	.	+ 6,0

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESVG 2010. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen und Bankenabgaben an den Einheitlichen Abwicklungsfonds.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

	Gebietskörperschaften [1]										Sozialversicherungen [2]			Öffentliche Haushalte insgesamt		
	Einnahmen			Ausgaben												
		darunter:			darunter: [3]											
Zeit	insgesamt [4]	Steuern	Finanzielle Transaktionen [5]	insgesamt [4]	Personalausgaben	Laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen	Finanzielle Transaktionen [5]	Saldo	Einnahmen [6]	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2019	1 007,6	799,4	11,0	973,9	285,9	348,9	33,5	62,2	16,8	+ 33,8	685,0	676,7	+ 8,3	1 571,1	1 529,1	+ 42,0
2020	944,3	739,9	13,7	1 109,7	299,4	422,0	25,8	68,6	59,9	− 165,4	719,5	747,8	− 28,3	1 516,2	1 709,8	− 193,7
2021	1 105,6	833,3	25,3	1 240,1	310,7	531,0	21,0	69,3	26,1	− 134,5	769,2	777,1	− 7,9	1 701,8	1 844,2	− 142,4
2022	1 144,4	895,9	32,4	1 286,2	325,7	498,8	33,5	72,5	79,3	− 141,8	800,4	793,2	+ 7,2	1 772,1	1 906,7	− 134,6
2023	1 217,3	915,9	36,2	1 311,2	346,6	479,7	64,2	81,9	31,5	− 93,9	820,6	813,7	+ 6,9	1 897,7	1 984,7	− 87,0
2024 p)	1 284,2	947,9	32,6	1 394,0	380,9	471,0	59,2	105,4	30,0	− 109,7	858,6	869,4	− 10,8	2 004,8	2 125,3	− 120,5
2025 p)	1 308,9	989,1	32,0	1 443,7	402,7	490,9	53,8	110,6	43,8	− 134,8	930,6	930,0	+ 0,6	2 088,6	2 222,7	− 134,1
2024 1.Vj.	290,7	225,5	7,9	310,7	92,3	113,8	16,8	17,6	3,7	− 20,1	p) 204,0	p) 212,1	p) − 8,1	p) 459,9	p) 488,1	p) − 28,2
2.Vj.	311,9	230,7	6,3	329,0	92,2	110,7	13,7	22,7	8,1	− 17,1	p) 213,0	p) 214,7	p) − 1,7	p) 490,7	p) 509,4	p) − 18,8
3.Vj.	309,7	236,1	9,0	341,0	92,4	113,6	18,2	27,0	5,8	− 31,2	p) 210,8	p) 218,8	p) − 8,1	p) 485,9	p) 525,2	p) − 39,3
4.Vj.	391,8	256,1	9,3	412,4	104,0	130,9	10,5	38,2	12,4	− 20,5	p) 241,1	p) 236,7	p) + 4,5	p) 594,4	p) 610,5	p) − 16,1
2025 1.Vj.	312,3	242,1	8,3	328,1	96,3	115,6	16,4	18,4	12,5	− 15,9	p) 219,6	p) 227,1	p) − 7,5	p) 495,5	p) 518,9	p) − 23,4
2.Vj.	321,4	248,1	4,6	333,7	97,6	119,8	10,7	23,7	5,3	− 12,3	p) 227,8	p) 228,2	p) − 0,4	p) 511,8	p) 524,6	p) − 12,7
3.Vj.	310,0	240,6	2,9	354,0	98,8	119,1	17,6	27,2	8,5	− 44,0	p) 227,5	p) 233,6	p) − 6,2	p) 500,0	p) 550,2	p) − 50,2
4.Vj.	384,6	258,3	16,1	438,3	110,1	136,2	9,2	41,3	17,5	− 53,8	p) 249,3	p) 239,9	p) + 9,5	p) 595,0	p) 639,3	p) − 44,3
2026 1.Vj.	319,7	243,6	2,6	364,0	99,6	125,0	21,0	17,4	11,4	− 44,3	p) 232,7	p) 242,7	p) − 10,1	p) 513,3	p) 567,7	p) − 54,3

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. **1** Jahresangaben gemäß den Vierteljahresangaben des Statistischen Bundesamtes, Daten der Kern- und der zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte. **2** Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzteren stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. **3** Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. **4** Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. **5** Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. **6** Ohne Zuschuss zum Defizitausgleich oder Darlehen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

	Bund			Länder [2] [3]			Gemeinden [3]		
Zeit	Einnahmen [1]	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2019	382,5	369,2	+ 13,3	435,0	417,9	+ 17,0	282,4	276,7	+ 5,6
2020	341,4	472,1	− 130,7	454,2	487,7	− 33,5	295,2	293,2	+ 2,0
2021	370,3	511,9	− 141,6	507,9	507,3	+ 0,6	308,0	303,4	+ 4,6
2022	399,6	515,6	− 116,0	533,5	521,1	+ 12,4	328,4	325,8	+ 2,6
2023	425,3	490,2	− 64,9	529,5	530,2	− 0,7	349,4	356,0	− 6,6
2024	473,7	498,8	− 25,0	544,1	561,7	− 17,7	376,1	400,9	− 24,8
2025	462,6	527,9	− 65,4	571,0	580,3	− 9,3	391,4	423,3	− 31,9
2024 1.Vj.	102,8	111,6	− 8,7	129,2	133,9	− 4,7	76,7	90,6	− 13,9
2.Vj.	109,9	115,1	− 5,2	134,4	133,1	+ 1,3	91,7	95,0	− 3,4
3.Vj.	114,1	123,1	− 9,0	134,1	134,2	− 0,2	92,3	100,9	− 8,6
4.Vj.	146,9	149,1	− 2,2	146,4	160,5	− 14,1	115,5	114,4	+ 1,1
2025 1.Vj.	114,0	120,8	− 6,8	136,9	136,4	+ 0,5	79,8	97,2	− 17,3
2.Vj.	113,8	119,9	− 6,1	139,9	139,1	+ 0,8	99,2	101,6	− 2,4
3.Vj.	111,2	138,5	− 27,3	136,6	135,4	+ 1,2	96,1	104,6	− 8,6
4.Vj.	123,6	148,8	− 25,2	157,6	169,5	− 11,9	116,3	119,9	− 3,6
2026 1.Vj.	106,0	127,4	− 21,4	140,7	140,8	− 0,1	84,2	99,9	− 15,6

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. **2** Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. **3** Daten der Kern- und der zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Insgesamt	Bund, Länder und Europäische Union				Gemeinden [3]	Saldo nicht verrechneter Steueranteile [4]	Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge [5]
		zusammen	Bund [1]	Länder [1]	Europäische Union [2]			
2019	799 416	684 491	355 050	298 519	30 921	114 902	+ 23	25 998
2020	739 911	632 268	313 381	286 065	32 822	107 916	– 274	30 266
2021	833 337	706 978	342 988	325 768	38 222	125 000	+ 1 359	29 321
2022	895 854	760 321	372 121	349 583	38 617	134 146	+ 1 387	34 911
2023	915 893	774 112	389 114	349 554	35 444	143 663	– 1 882	33 073
2024	947 904	801 803	408 043	361 749	32 011	145 700	+ 408	33 087
2025	989 135	838 889	423 349	380 651	34 889	150 227	+ 19	34 634
2024 1.Vj.	225 304	188 806	96 283	85 277	7 246	25 910	+ 10 588	7 999
2.Vj.	232 175	196 883	100 461	88 881	7 541	35 730	– 438	8 306
3.Vj.	234 085	197 514	100 548	89 000	7 965	36 267	+ 304	9 337
4.Vj.	256 341	218 600	110 751	98 591	9 258	47 793	– 10 045	7 445
2025 1.Vj.	243 580	206 776	106 268	92 221	8 287	25 481	+ 11 324	8 117
2.Vj.	247 822	210 175	105 034	96 572	8 568	38 462	– 815	8 489
3.Vj.	240 497	202 305	102 511	91 205	8 589	38 146	+ 45	10 233
4.Vj.	257 237	219 633	109 536	100 653	9 444	48 138	– 10 535	7 796
2026 1.Vj.	245 788	207 922	100 415	95 007	12 500	25 902	+ 11 964	8 014
2.Vj.	...	211 042	104 396	96 418	10 229	...	...	8 325
2025 Juli	.	61 337	30 642	27 766	2 930	.	.	3 944
Aug.	.	59 104	30 147	26 209	2 747	.	.	3 144
2026 Juli	.	61 615	29 567	28 425	3 622	.	.	3 810
Aug.	.	59 994	29 619	27 007	3 367	.	.	3 003

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Regionalisierungsmittel (ÖPNV), Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. **2** Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bundes verbuchten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. **3** Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks. **4** Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. **5** Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Insgesamt [1]	Gemeinschaftliche Steuern									Bundessteuern [9]	Ländersteuern [9]	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern
		Einkommensteuern [2]					Steuern vom Umsatz [7]			Gewerbesteuerumlagen [8]				
		zusammen	Lohnsteuer [3]	Veranlagte Einkommensteuer [4]	Körperschaftsteuer [5]	Kapitalertragsteuer [6]	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer					
2019	735 869	344 016	219 660	63 711	32 013	28 632	243 256	183 113	60 143	8 114	109 548	25 850	5 085	51 379
2020	682 376	320 798	209 286	58 982	24 268	28 261	219 484	168 700	50 784	3 954	105 632	27 775	4 734	50 107
2021	760 953	370 296	218 407	72 342	42 124	37 423	250 800	187 631	63 169	4 951	98 171	31 613	5 122	53 976
2022	814 886	390 111	227 205	77 411	46 334	39 161	284 850	198 201	86 649	6 347	96 652	30 097	6 829	54 565
2023	829 774	399 271	236 227	73 388	44 852	44 803	291 394	212 596	78 798	6 347	101 829	25 199	5 734	55 662
2024	861 111	416 813	248 920	74 845	39 758	53 290	302 143	228 651	73 493	6 647	103 536	26 509	5 463	59 307
2025	901 862	436 133	262 688	78 362	39 164	55 919	310 206	236 267	73 939	6 565	108 813	34 285	5 860	62 973
2024 1.Vj.	202 975	97 423	57 101	19 102	10 141	11 080	73 613	56 469	17 144	489	23 846	6 478	1 125	14 168
2.Vj.	211 033	105 931	62 650	14 831	10 361	18 089	71 247	52 496	18 751	1 604	24 634	6 257	1 360	14 150
3.Vj.	211 963	99 029	60 055	18 787	8 696	11 492	76 383	58 085	18 298	1 544	26 550	7 041	1 416	14 450
4.Vj.	235 140	114 429	69 115	22 125	10 560	12 629	80 901	61 600	19 300	3 010	28 506	6 732	1 562	16 539
2025 1.Vj.	222 259	106 560	61 306	20 068	10 640	14 547	79 018	61 110	17 908	322	27 473	7 529	1 357	15 483
2.Vj.	225 311	110 618	65 821	16 857	9 137	18 803	75 208	56 555	18 653	1 506	25 743	10 744	1 493	15 137
3.Vj.	217 409	103 318	62 820	19 925	9 660	10 913	77 137	58 435	18 702	1 594	25 773	8 069	1 519	15 104
4.Vj.	236 882	115 637	72 742	21 512	9 728	11 655	78 843	60 167	18 676	3 143	29 824	7 943	1 491	17 249
2026 1.Vj.	224 217	108 133	64 963	18 986	8 748	15 435	81 872	63 835	18 037	211	24 690	7 938	1 373	16 295
2.Vj.	226 961	113 914	68 066	16 801	9 451	19 596	76 511	56 444	20 067	1 514	25 505	7 979	1 538	15 919
2025 Juli	65 737	29 057	22 395	1 115	– 411	5 958	23 805	17 638	6 167	1 307	8 221	2 857	489	4 400
Aug.	63 239	25 187	20 967	563	778	2 879	26 387	20 197	6 190	286	8 348	2 502	530	4 135
2026 Juli	66 281	29 923	23 481	322	– 689	6 671	24 339	17 591	6 749	1 085	7 578	2 852	504	4 666
Aug.	64 323	24 299	21 891	– 566	– 281	3 179	28 690	21 487	7 203	469	7 853	2 422	590	4 329

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. **1** Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. **2** Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. **3** Nach Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage. **4** Nach Abzug der Arbeitnehmererstattungen und Forschungszulage. **5** Nach Abzug der Forschungszulage. **6** Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. **7** Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2025: 48,3/48,8/2,8. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. **8** Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2025: 41,4/58,6. **9** Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
														darunter:	
	Energiesteuer	Solidaritätszuschlag	Versicherungsteuer	Tabaksteuer	Kraftfahrzeugsteuer	Stromsteuer	Alkoholsteuer	sonstige	Grunderwerbsteuer	Erbschaftsteuer	Rennwett- und Lotteriesteuer	sonstige	insgesamt	Gewerbesteuer 2)	Grundsteuern
2019	40 683	19 646	14 136	14 257	9 372	6 689	2 118	2 648	15 789	6 987	1 975	1 099	71 661	55 527	14 439
2020	37 635	18 676	14 553	14 651	9 526	6 561	2 238	1 792	16 055	8 600	2 044	1 076	61 489	45 471	14 676
2021	37 120	11 028	14 980	14 733	9 546	6 691	2 089	1 984	18 335	9 824	2 333	1 121	77 335	61 251	14 985
2022	33 667	11 978	15 672	14 229	9 499	6 830	2 191	2 585	17 122	9 226	2 569	1 180	87 315	70 382	15 282
2023	36 658	12 239	16 851	14 672	9 514	6 832	2 159	2 904	12 203	9 286	2 477	1 233	92 466	75 265	15 493
2024	35 095	12 634	18 227	15 637	9 667	5 153	1 980	5 142	12 750	9 990	2 486	1 283	93 448	75 491	16 067
2025	37 563	12 878	19 611	17 632	9 598	5 856	2 050	3 624	15 097	15 412	2 463	1 313	93 839	75 753	16 091
2024 1.Vj.	4 488	3 028	8 255	2 672	2 661	1 540	520	681	2 986	2 388	651	453	22 819	18 587	3 718
2.Vj.	8 717	3 491	3 355	3 905	2 533	1 313	460	859	3 050	2 314	609	285	22 745	17 976	4 312
3.Vj.	9 299	2 872	3 546	3 884	2 373	1 362	503	2 711	3 410	2 751	592	288	23 666	18 705	4 455
4.Vj.	12 591	3 243	3 071	5 177	2 101	937	496	890	3 304	2 538	633	258	24 219	20 224	3 582
2025 1.Vj.	5 962	3 344	8 863	3 415	2 659	2 021	519	690	3 726	2 681	640	481	21 643	17 704	3 392
2.Vj.	8 742	3 558	3 595	4 572	2 485	1 409	444	938	3 746	6 102	623	273	24 016	18 986	4 549
3.Vj.	9 298	2 917	3 833	4 503	2 377	1 240	475	1 130	3 840	3 379	559	290	24 681	19 648	4 511
4.Vj.	13 561	3 058	3 321	5 143	2 078	1 185	613	866	3 785	3 249	640	269	23 498	19 414	3 640
2026 1.Vj.	4 803	3 246	9 355	2 289	2 633	1 305	360	698	3 972	2 842	632	492	21 782	17 458	3 759
2.Vj.	8 548	3 562	3 855	4 503	2 463	1 326	421	826	3 776	3 275	647	281	...	...	...
2025 Juli	3 059	660	1 055	1 671	841	361	160	416	1 299	1 296	166	96	.	.	.
Aug.	2 967	619	1 764	1 318	774	449	148	306	1 211	1 005	195	91	.	.	.
2026 Juli	2 258	763	1 138	1 750	879	359	144	287	1 371	1 180	209	92	.	.	.
Aug.	2 570	532	1 797	1 247	719	572	148	267	1 182	926	219	95	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Zur Summe siehe Tabelle X. 6. **2** Einschl. Einnahmen aus Offshore-Windparks.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 3)			Nachrichtlich: Verwaltungsvermögen
		darunter:			darunter:						
	insgesamt	Beiträge 2)	Zahlungen des Bundes	insgesamt	Renten	Krankenversicherung der Rentner		insgesamt	Einlagen 4)	Wertpapiere	
2019	327 298	232 014	94 467	325 436	277 282	20 960	+ 1 861	42 963	40 531	2 074	3 974
2020	335 185	235 988	98 447	339 072	289 284	21 865	– 3 887	39 880	38 196	1 286	3 901
2021	348 679	245 185	102 772	347 486	296 343	22 734	+ 1 192	42 014	40 320	1 241	3 807
2022	363 871	258 269	104 876	360 436	308 168	23 792	+ 3 435	46 087	44 181	1 399	3 746
2023	382 540	271 852	108 836	381 073	325 369	25 346	+ 1 467	48 869	46 649	1 637	3 697
2024	403 481	287 193	113 432	404 257	344 683	27 339	– 775	48 747	45 592	2 454	3 722
2025	424 421	301 791	120 061	428 331	363 653	30 741	– 3 910	46 471	44 303	1 328	3 832
2024 1.Vj.	96 340	67 378	28 344	97 801	83 894	6 560	– 1 461	46 926	44 166	2 179	3 758
2.Vj.	99 956	71 411	27 848	98 246	83 818	6 604	+ 1 710	48 873	46 253	2 024	3 748
3.Vj.	98 881	70 041	28 091	103 565	88 506	7 058	– 4 684	44 821	42 036	2 179	3 744
4.Vj.	106 704	77 833	28 143	104 229	88 864	7 113	+ 2 474	48 698	45 596	2 454	3 740
2025 1.Vj.	101 459	71 286	29 479	104 229	89 066	7 306	– 2 770	46 312	43 429	2 180	3 741
2.Vj.	104 898	74 788	29 423	104 584	88 842	7 575	+ 314	46 096	43 708	1 676	3 736
3.Vj.	102 981	73 727	29 459	107 799	91 566	7 802	– 4 818	41 745	39 395	1 621	3 746
4.Vj.	113 349	82 107	30 695	109 829	93 218	7 932	+ 3 521	46 405	44 327	1 328	3 787
2026 1.Vj.	105 559	73 922	31 158	109 506	93 416	7 966	– 3 948	41 627	40 344	1 283	4 726
2.Vj.	109 162	77 620	31 067	109 863	93 360	7 983	– 701	40 913	39 663	1 250	4 746

Quellen: Deutsche Rentenversicherung und eigene Berechnungen. * Ohne Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-BahnSee. Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der zuvor veröffentlichten Vierteljahresergebnisse ab, da Letztere nicht revidiert werden. **1** Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. **2** Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. **3** Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. **4** Einschl. Barmittel.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung *)

Mio €

Zeit	Einnahmen insgesamt 1)	darunter: Beiträge	darunter: Insolvenzgeldumlage	Ausgaben insgesamt	darunter: Arbeitslosengeld 2)	Kurzarbeitergeld 3)	berufliche Förderung 4)	Insolvenzgeld	Verwaltungsausgaben 5)	Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Nachrichtlich: Zuschuss zum Defizitausgleich oder Darlehen des Bundes
2019	35 285	29 851	638	33 154	15 009	772	7 302	842	6 252	+ 2 131	–
2020	33 678	28 236	630	61 013	20 617	22 719	7 384	1 214	6 076	– 27 335	+ 6 913
2021	35 830	29 571	1 302	57 570	19 460	21 003	7 475	493	6 080	– 21 739	+ 16 935
2022	37 831	31 651	1 062	37 530	16 588	3 779	7 125	534	6 256	+ 300	+ 423
2023	42 245	36 058	748	39 233	18 799	981	7 614	1 236	7 006	+ 3 012	– 423
2024	44 609	38 095	782	45 214	22 197	1 276	8 641	1 613	7 715	– 605	–
2025	47 806	39 909	2 021	52 038	26 509	1 549	9 910	1 687	8 123	– 4 232	+ 1 437
2024 1.Vj.	10 298	8 903	183	11 237	5 511	465	2 074	380	1 729	– 939	–
2.Vj.	11 019	9 494	196	11 175	5 447	330	2 167	498	1 811	– 156	–
3.Vj.	10 982	9 291	193	10 918	5 609	227	2 027	365	1 897	+ 64	–
4.Vj.	12 309	10 407	210	11 884	5 631	255	2 373	370	2 278	+ 425	–
2025 1.Vj.	11 130	9 390	464	13 306	6 558	539	2 400	468	1 868	– 2 176	–
2.Vj.	11 727	9 903	510	12 669	6 529	436	2 468	436	1 883	– 942	–
3.Vj.	11 769	9 480	745	12 561	6 690	297	2 364	392	1 973	– 792	–
4.Vj.	13 180	11 136	302	13 502	6 732	278	2 679	392	2 400	– 323	+ 1 437
2026 1.Vj.	11 550	9 709	497	14 726	7 655	621	2 689	501	1 957	– 3 176	–
2.Vj.	12 112	10 248	526	14 051	7 569	365	2 757	458	1 953	– 1 940	–

Quelle: Bundesagentur für Arbeit und eigene Berechnungen. * Einschl. der Zuführungen an den Versorgungsfonds. **1** Ohne Zuschüsse zum Defizitausgleich oder Darlehen des Bundes. **2** Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. **3** Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. **4** Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Integration, Entgeltsicherung und Förderung von Existenzgründungen. **5** Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) insgesamt	darunter: Beiträge	darunter: Bundesmittel 2)	Ausgaben 1) insgesamt	darunter: Krankenhausbehandlung	Arzneimittel	ärztliche Behandlung	zahnärztliche Behandlung 3)	Heil- und Hilfsmittel	Krankengeld	Verwaltungsausgaben 4)	Saldo der Einnahmen und Ausgaben
2019	251 295	233 125	14 500	252 440	77 551	40 635	41 541	15 010	17 656	14 402	11 136	– 1 145
2020	269 158	237 588	27 940	275 268	78 531	42 906	44 131	14 967	18 133	15 956	11 864	– 6 110
2021	289 270	249 734	36 977	294 602	82 748	46 199	45 058	16 335	20 163	16 612	11 727	– 5 332
2022	315 248	262 367	50 223	310 594	85 061	48 354	46 379	16 737	21 259	17 947	12 418	+ 4 654
2023	304 441	278 742	21 896	309 596	91 380	50 170	49 047	17 610	23 381	19 112	12 681	– 5 155
2024	318 440	298 186	15 497	328 744	99 451	55 162	52 246	18 216	25 175	20 547	12 687	– 10 304
2025	355 461	335 926	15 805	352 890	108 389	58 302	56 052	19 127	27 251	21 633	13 496	+ 2 571
2024 1.Vj.	75 004	70 700	3 617	80 253	24 188	13 455	13 042	4 603	6 194	5 148	3 069	– 5 249
2.Vj.	79 051	73 540	4 609	82 224	24 187	13 777	12 945	4 591	6 337	5 118	3 190	– 3 174
3.Vj.	78 688	74 065	3 679	81 579	24 562	13 882	12 954	4 462	6 365	5 133	3 195	– 2 891
4.Vj.	85 481	79 881	3 592	84 127	25 998	14 132	13 175	4 580	6 294	5 147	3 290	+ 1 354
2025 1.Vj.	83 831	79 722	3 552	86 490	26 491	14 282	13 939	4 784	6 577	5 532	3 247	– 2 659
2.Vj.	87 217	82 950	3 585	87 515	26 569	14 584	14 053	4 777	6 799	5 316	3 341	– 298
3.Vj.	87 905	83 406	3 587	88 017	27 063	14 734	13 853	4 627	6 915	5 365	3 169	– 112
4.Vj.	96 588	89 827	5 081	90 638	28 145	14 889	14 155	4 893	6 870	5 419	3 589	+ 5 949
2026 1.Vj.	91 526	84 847	6 101	93 201	28 929	15 189	14 921	5 017	7 075	5 905	3 245	– 1 675
2.Vj.	91 727	87 458	3 626	93 350	28 994	15 154	14 720	4 998	7 283	5 739	3 378	– 1 623

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und eigene Berechnungen. **1** Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der zuvor veröffentlichten Vierteljahresergebnisse ab, da Letztere nicht revidiert werden. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostrukturausgleichs. **2** Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. **3** Einschl. Zahnersatz. **4** Netto, d.h. nach Abzug der Kostenerstattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung *)

Mio €

Zeit	Einnahmen		Ausgaben 1)						Saldo der Einnahmen und Ausgaben
	insgesamt	darunter: Beiträge	insgesamt	darunter: Pflege-sachleistung	darunter: stationäre Pflege insgesamt 2)	darunter: Pflegegeld	darunter: Beiträge zur Rentenver-sicherung 3)	darunter: Verwaltungs-ausgaben	
2019	47 228	46 508	44 008	8 257	16 717	11 689	2 392	1 781	+ 3 220
2020	50 622	48 003	49 284	8 794	16 459	12 786	2 714	1 946	+ 1 338
2021	52 573	49 764	53 903	9 573	16 511	13 865	3 070	2 024	– 1 330
2022	57 944	52 604	60 100	10 405	20 542	14 872	3 223	2 166	– 2 156
2023	61 374	58 807	59 178	11 506	22 513	16 035	3 582	2 267	+ 2 196
2024	66 812	65 588	68 184	12 873	24 770	18 475	4 084	2 435	– 1 372
2025	73 668	72 793	74 112	15 371	26 229	20 864	4 766	2 660	– 445
2024 1.Vj.	15 896	15 525	16 546	3 207	6 038	4 387	950	645	– 651
2.Vj.	16 544	16 223	16 792	3 161	6 153	4 581	988	607	– 247
3.Vj.	16 468	16 200	17 162	3 211	6 308	4 697	1 026	600	– 694
4.Vj.	17 753	17 423	17 704	3 192	6 294	4 977	1 080	589	+ 49
2025 1.Vj.	17 556	17 347	17 643	3 521	6 388	4 996	1 104	664	– 88
2.Vj.	18 184	17 980	17 937	3 460	6 490	5 198	1 164	648	+ 247
3.Vj.	18 070	17 868	18 781	3 942	6 653	5 304	1 201	675	– 711
4.Vj.	19 525	19 260	19 463	4 096	6 693	5 518	1 273	654	+ 62
2026 1.Vj.	18 247	18 043	19 715	4 570	6 729	5 351	1 217	797	– 1 467
2.Vj.	18 866	18 665	19 768	4 344	6 831	5 521	1 323	704	– 901

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und eigene Berechnungen. * Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der zuvor veröffentlichten Vierteljahresergebnisse ab, da Letztere nicht revidiert werden. 1 Einschl. der Zuführungen an den Vorsorgefonds. 2 Einschl. Leistungen der Kurzzeitpflege sowie der Tages-/Nachtpflege. 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Maastricht-Verschuldung nach Gläubigern

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Bankensystem				Inländische Nichtbanken				Ausland	
		Bundesbank		inländische MFIs		sonstige inländische finanzielle Unternehmen		sonstige Inländer-Gläubiger			
		insgesamt	darunter: Wertpapiere	insgesamt	darunter: Wertpapiere	insgesamt	darunter: Wertpapiere	insgesamt	darunter: Wertpapiere	insgesamt	darunter: Wertpapiere
2019	2 075 790	366 562	352 025	464 522	158 119	183 716	88 773	67 130	7 225	993 860	908 747
2020	2 347 992	522 392	507 534	501 913	157 828	190 566	99 175	57 545	8 372	1 075 577	997 078
2021	2 501 743	716 004	700 921	491 870	144 645	190 957	102 426	55 609	7 434	1 047 302	970 276
2022	2 569 655	742 514	727 298	502 725	128 893	210 235	125 389	63 245	10 783	1 050 936	976 682
2023	2 630 765	696 287	680 801	453 725	126 354	207 181	124 180	78 720	23 038	1 194 851	1 120 923
2024	2 694 319	633 608	618 332	470 888	135 342	204 031	125 180	80 653	21 936	1 305 139	1 232 297
2025	2 845 970	554 175	539 187	502 150	159 828	249 990	139 148	80 978	21 893	1 458 677	1 382 457
2024 1.Vj.	2 638 695	683 097	667 557	449 337	128 896	204 320	123 506	78 989	24 406	1 222 951	1 150 318
2.Vj.	2 635 318	661 349	645 746	452 712	132 539	202 107	122 123	77 958	24 161	1 241 193	1 169 220
3.Vj.	2 671 776	645 723	630 043	464 726	140 184	202 396	121 993	81 832	24 083	1 277 098	1 203 426
4.Vj.	2 694 319	633 608	618 332	470 888	135 342	204 031	125 180	80 653	21 936	1 305 139	1 232 297
2025 1.Vj.	2 701 720	605 060	589 744	485 901	152 338	204 779	125 927	77 565	21 533	1 328 414	1 260 328
2.Vj.	2 734 013	585 896	570 557	498 467	156 616	207 921	129 750	78 562	20 878	1 363 168	1 290 948
3.Vj.	2 792 047	568 658	553 254	511 711	164 696	213 509	135 905	78 285	21 306	1 419 884	1 346 865
4.Vj.	2 845 970	554 175	539 187	502 150	159 828	249 990	139 148	80 978	21 893	1 458 677	1 382 457
2026 1.Vj. p)	2 902 263	534 284	519 245	506 634	165 460	248 213	143 802	81 771	23 379	1 531 361	1 450 937
2.Vj. p)	2 924 674	510 428	495 326	520 059	179 926	242 411	145 690	83 395	24 276	1 568 381	1 488 764

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

13. Maastricht-Verschuldung nach Arten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Bargeld und Einlagen [1]	Wertpapierverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Kreditverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Nachrichtlich: [2]	
			Geldmarktpapiere (bis ein Jahr)	Kapitalmarktpapiere (über ein Jahr)	Kurzfristige Kredite (bis ein Jahr)	Langfristige Kredite (über ein Jahr)	Verschuldung gegenüber anderen staatlichen Ebenen	Forderungen gegenüber anderen staatlichen Ebenen
Gesamtstaat								
2019	2 075 790	14 678	56 350	1 458 540	67 579	478 644	.	.
2020	2 347 992	14 757	173 851	1 596 136	89 017	474 232	.	.
2021	2 501 743	18 040	195 336	1 730 366	92 817	465 184	.	.
2022	2 569 655	17 849	150 371	1 818 674	116 595	466 167	.	.
2023	2 630 765	16 886	147 341	1 927 956	68 340	470 243	.	.
2024 1.Vj.	2 638 695	14 772	134 243	1 960 440	66 383	462 857	.	.
2.Vj.	2 635 318	15 546	119 459	1 974 329	61 036	464 948	.	.
3.Vj.	2 671 776	16 809	111 890	2 007 839	66 621	468 617	.	.
4.Vj.	2 694 319	14 816	115 190	2 017 897	71 567	474 850	.	.
2025 1.Vj.	2 701 720	14 251	95 451	2 054 418	64 128	473 472	.	.
2.Vj.	2 734 013	16 052	83 735	2 085 014	71 879	477 333	.	.
3.Vj.	2 792 047	18 027	90 168	2 131 857	68 147	483 848	.	.
4.Vj.	2 845 970	18 278	99 447	2 143 066	92 548	492 631	.	.
2026 1.Vj. p)	2 902 263	13 839	104 264	2 198 558	91 375	494 225	.	.
2.Vj. p)	2 924 674	15 152	105 917	2 228 065	82 590	492 949	.	.
Bund								
2019	1 315 637	14 678	38 480	1 102 058	29 956	130 465	605	10 493
2020	1 530 351	14 757	154 498	1 180 873	48 416	131 808	609	14 716
2021	1 683 326	18 040	176 344	1 300 604	57 779	130 559	618	8 276
2022	1 780 765	17 849	146 989	1 391 825	93 225	130 878	8 815	9 214
2023	1 857 153	16 886	143 397	1 512 516	52 957	131 397	15 179	9 826
2024 1.Vj.	1 859 875	14 772	128 334	1 534 075	51 608	131 086	17 976	10 709
2.Vj.	1 851 612	15 546	113 372	1 547 884	45 204	129 607	17 376	10 258
3.Vj.	1 879 060	16 809	106 293	1 578 504	47 560	129 895	17 329	11 272
4.Vj.	1 893 510	14 816	109 073	1 587 888	54 201	127 532	21 338	11 450
2025 1.Vj.	1 891 241	14 251	89 365	1 613 477	46 721	127 428	23 331	10 945
2.Vj.	1 924 614	16 052	78 043	1 648 717	54 409	127 393	25 731	11 413
3.Vj.	1 973 270	18 027	85 564	1 690 818	51 508	127 354	29 654	12 876
4.Vj.	2 000 598	18 278	95 076	1 694 208	67 856	125 180	24 634	15 505
2026 1.Vj. p)	2 040 674	13 839	97 957	1 735 828	68 061	124 989	25 083	22 988
2.Vj. p)	2 054 717	15 152	99 713	1 760 386	56 550	122 915	23 315	26 076
Länder								
2019	615 756	–	17 873	360 495	22 164	215 225	15 115	1 826
2020	667 916	–	19 354	419 862	22 997	205 702	12 108	1 410
2021	666 979	–	18 994	435 430	18 000	194 555	12 628	1 792
2022	637 037	–	3 384	432 686	14 172	186 795	11 776	1 791
2023	621 062	–	4 306	421 501	12 896	182 360	11 769	5 314
2024 1.Vj.	629 181	–	6 188	432 704	13 219	177 071	12 642	12 231
2.Vj.	630 243	–	6 453	433 230	12 465	178 095	12 258	9 617
3.Vj.	636 148	–	5 879	435 950	15 272	179 047	13 221	10 508
4.Vj.	639 511	–	6 316	436 911	18 206	178 077	13 404	7 865
2025 1.Vj.	648 169	–	6 305	448 282	16 041	177 541	12 975	13 439
2.Vj.	642 889	–	5 930	443 953	15 787	177 219	12 595	14 225
3.Vj.	649 493	–	4 861	447 926	18 430	178 275	13 025	15 662
4.Vj.	661 079	–	4 646	456 437	21 559	178 437	13 507	11 971
2026 1.Vj. p)	678 541	–	6 591	470 033	20 933	180 984	13 555	14 045
2.Vj. p)	682 221	–	6 512	475 572	20 645	179 492	13 947	12 735
Gemeinden								
2019	161 101	–	–	2 996	19 633	138 472	1 867	532
2020	163 146	–	–	3 366	18 635	141 145	1 413	330
2021	165 614	–	–	3 241	18 041	144 332	1 844	313
2022	172 419	–	–	2 896	17 821	151 702	1 699	399
2023	180 355	–	–	2 783	17 861	159 711	2 550	463
2024 1.Vj.	181 070	–	–	2 723	20 514	157 833	2 408	490
2.Vj.	183 594	–	–	2 602	20 635	160 357	2 408	540
3.Vj.	188 228	–	–	2 917	22 348	162 963	2 689	480
4.Vj.	196 859	–	–	2 833	21 577	172 449	2 188	415
2025 1.Vj.	200 363	–	–	2 493	26 116	171 754	2 945	471
2.Vj.	206 853	–	–	2 247	28 523	176 083	3 043	483
3.Vj.	214 567	–	–	3 174	29 681	181 712	3 429	448
4.Vj.	225 314	–	–	3 187	29 487	192 639	3 694	454
2026 1.Vj. p)	224 200	–	–	3 622	28 831	191 746	3 282	451
2.Vj. p)	227 461	–	–	3 722	29 773	193 966	3 263	434

Anmerkungen siehe Ende der Tabelle.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

noch: 13. Maastricht-Verschuldung nach Arten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Bargeld und Einlagen [1]	Wertpapierverschuldung nach Ursprungslaufzeit: Geldmarktpapiere (bis ein Jahr)	Wertpapierverschuldung nach Ursprungslaufzeit: Kapitalmarktpapiere (über ein Jahr)	Kreditverschuldung nach Ursprungslaufzeit: Kurzfristige Kredite (bis ein Jahr)	Kreditverschuldung nach Ursprungslaufzeit: Langfristige Kredite (über ein Jahr)	Nachrichtlich: [2] Verschuldung gegenüber anderen staatlichen Ebenen	Nachrichtlich: [2] Forderungen gegenüber anderen staatlichen Ebenen
Sozialversicherungen								
2019	899	–	–	–	375	524	16	4 753
2020	7 641	–	–	–	7 128	513	6 931	4 606
2021	933	–	–	–	511	422	19	4 729
2022	3 165	–	–	–	1 036	2 128	1 442	12 328
2023	3 192	–	–	–	417	2 775	1 500	15 395
2024 1.Vj.	3 113	–	–	–	394	2 719	1 519	11 115
2.Vj.	3 429	–	–	–	616	2 812	1 519	13 145
3.Vj.	3 097	–	–	–	464	2 633	1 519	12 497
4.Vj.	2 883	–	–	–	340	2 543	1 513	18 712
2025 1.Vj.	2 727	–	–	–	451	2 277	1 528	15 925
2.Vj.	3 481	–	–	–	402	3 079	2 455	17 703
3.Vj.	4 350	–	–	–	353	3 997	3 524	20 647
4.Vj.	6 562	–	–	–	1 798	4 765	5 747	19 652
2026 1.Vj. [p]	13 963	–	–	–	1 787	12 177	13 195	17 633
2.Vj. [p]	16 732	–	–	–	1 829	14 903	15 930	17 211

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts und der Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH. **1** Insbesondere Verbindlichkeiten aus dem Münzumlauf. **2** Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber anderen staatlichen Ebenen umfassen neben den direkten Kreditbeziehungen auch die Bestände am Markt erworbener Wertpapiere. Kein Ausweis beim Gesamtstaat, da Verschuldung und Forderungen zwischen den staatlichen Ebenen konsolidiert sind.

14. Maastricht-Verschuldung des Bundes nach Arten und Instrumenten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt [1]	Bargeld und Einlagen [2]: insgesamt [1]	Bargeld und Einlagen [2]: darunter [3]: Tagesanleihe	Wertpapierverschuldung: insgesamt [1]	darunter [3]: konventionelle Bundesanleihen	konventionelle Bundesobligationen	konventionelle Bundesschatzanweisungen [4]	Unverzinsliche Schatzanweisungen [5]	Bundesschatzbriefe	Grüne Bundeswertpapiere	inflationsindexierte Bundeswertpapiere [6]	Kapitalindexierung inflationsindexierter Wertpapiere	Kreditverschuldung [1]
2007	1 000 426	6 675	.	917 584	564 137	173 949	102 083	37 385	10 287	.	13 464	506	76 167
2008	1 031 948	12 466	3 174	928 754	571 913	164 514	105 684	40 795	9 649	.	19 540	1 336	90 728
2009	1 098 584	9 981	2 495	1 013 072	577 798	166 471	113 637	104 409	9 471	.	24 730	1 369	75 532
2010	1 349 563	10 890	1 975	1 084 019	602 624	185 586	126 220	85 867	8 704	.	35 906	2 396	254 654
2011	1 359 259	10 429	2 154	1 121 331	615 200	199 284	130 648	58 297	8 208	.	44 241	3 961	227 499
2012	1 402 753	9 742	1 725	1 177 168	631 425	217 586	117 719	56 222	6 818	.	52 119	5 374	215 843
2013	1 405 276	10 582	1 397	1 192 025	643 200	234 759	110 029	50 004	4 488	.	51 718	4 730	202 668
2014	1 411 880	12 146	1 187	1 206 203	653 823	244 633	103 445	27 951	2 375	.	63 245	5 368	193 531
2015	1 385 956	13 949	1 070	1 188 523	663 296	232 387	96 389	18 536	1 305	.	74 495	5 607	183 484
2016	1 380 165	15 491	1 010	1 179 464	670 245	221 551	95 727	23 609	737	.	66 464	3 602	185 209
2017	1 363 920	14 298	966	1 168 633	693 687	203 899	91 013	10 037	289	.	72 855	4 720	180 988
2018	1 337 194	14 680	921	1 149 768	710 513	182 847	86 009	12 949	48	.	64 647	5 139	172 746
2019	1 315 637	14 678	–	1 140 538	719 747	174 719	89 230	13 487	.	.	69 805	6 021	160 422
2020	1 530 351	14 757	.	1 335 371	801 910	179 560	98 543	113 141	.	9 876	58 279	3 692	180 223
2021	1 683 326	18 040	.	1 476 948	892 464	190 839	103 936	153 978	.	21 627	65 390	6 722	188 338
2022	1 780 765	17 849	.	1 538 815	947 349	198 084	113 141	137 990	.	36 411	72 357	15 844	224 102
2023	1 857 153	16 886	.	1 655 913	1 045 613	216 276	119 180	135 469	.	53 965	60 470	14 686	184 354
2024	1 893 510	14 816	.	1 696 961	1 105 648	220 673	119 830	104 430	.	66 428	59 941	15 927	181 733
2025	2 000 598	18 278	.	1 789 284	1 186 346	235 227	121 965	95 560	.	74 466	59 828	17 451	193 036
2024 1.Vj.	1 859 875	14 772	.	1 662 409	1 054 941	226 133	119 517	119 164	.	58 565	60 312	14 048	182 694
2.Vj.	1 851 612	15 546	.	1 661 256	1 066 616	217 406	124 243	106 105	.	65 074	59 968	15 386	174 810
3.Vj.	1 879 060	16 809	.	1 684 797	1 081 652	232 490	124 060	101 317	.	65 349	59 874	15 641	177 454
4.Vj.	1 893 510	14 816	.	1 696 961	1 105 648	220 673	119 830	104 430	.	66 428	59 941	15 927	181 733
2025 1.Vj.	1 891 241	14 251	.	1 702 842	1 110 516	236 891	120 819	87 279	.	70 287	59 730	15 669	174 148
2.Vj.	1 924 614	16 052	.	1 726 760	1 143 555	227 784	125 771	77 649	.	75 548	59 815	16 894	181 802
3.Vj.	1 973 270	18 027	.	1 776 381	1 162 309	246 143	126 480	85 413	.	79 661	59 838	17 112	178 862
4.Vj.	2 000 598	18 278	.	1 789 284	1 186 346	235 227	121 965	95 560	.	74 466	59 828	17 451	193 036
2026 1.Vj. [p]	2 040 674	13 839	.	1 833 785	1 200 199	252 004	127 306	94 429	.	80 641	59 820	16 902	193 050
2.Vj. [p]	2 054 717	15 152	.	1 860 099	1 245 747	238 818	135 393	99 605	.	84 781	42 875	13 627	179 465

Quelle: Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Umfasst die gesamte zentralstaatliche Ebene, d.h. neben dem Kernhaushalt sämtliche Extrahaushalte des Bundes einschl. der staatlichen Bad Bank „FMS Wertmanagement" sowie Verbindlichkeiten, die dem Bund nach Maßgabe des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) 2010 aus ökonomischer Sicht zugerechnet werden. **2** Insbesondere Verbindlichkeiten aus dem Münzumlauf. **3** Emissionen der Bundesrepublik Deutschland. Ohne Eigenbestände des Emittenten, aber einschließlich der Bestände, die von anderen staatlichen Einheiten gehalten werden. **4** Einschl. Medium-Term-Notes der Treuhandanstalt (2011 ausgelaufen). **5** Einschl. Finanzierungsschätze (2014 ausgelaufen). **6** Ohne inflationsbedingte Kapitalindexierung.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2023	2024	2025	2023	2024	2025	2024 4.Vj.	2025 1.Vj.	2025 2.Vj.	2025 3.Vj.	2025 4.Vj.	2026 1.Vj.	2026 2.Vj
	Index 2020=100			Veränderung gegen Vorjahr in %									
Preisbereinigt, verkettet													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	103,4	102,8	101,6	− 2,0	− 0,6	− 1,1	− 2,9	− 2,4	− 1,9	− 0,3	0,2	0,5	1,1
Baugewerbe	81,7	80,8	78,1	− 5,1	− 1,1	− 3,3	− 2,3	− 4,1	− 4,7	− 2,9	− 1,8	− 3,6	− 1,6
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	108,3	105,5	106,1	− 2,3	− 2,6	0,6	− 3,1	0,0	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7
Information und Kommunikation	118,4	117,8	121,2	8,3	− 0,5	2,9	− 1,7	2,8	1,8	2,9	4,0	3,1	3,9
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	97,6	94,6	91,6	− 2,1	− 3,0	− 3,1	− 4,6	− 4,5	− 4,4	− 2,9	− 0,6	0,0	0,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	107,5	111,6	112,5	3,3	3,9	0,8	2,3	0,8	0,4	0,6	1,4	1,2	1,7
Unternehmensdienstleister [1]	111,5	111,3	111,0	0,7	− 0,2	− 0,3	− 1,4	− 0,4	− 0,9	− 0,3	0,4	0,2	0,3
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	105,2	107,1	108,5	− 0,7	1,8	1,3	2,7	1,5	0,9	1,1	1,8	1,7	2,1
Sonstige Dienstleister	117,2	119,4	119,8	0,4	1,8	0,3	1,5	0,7	− 0,1	− 0,1	0,9	0,7	0,7
Bruttowertschöpfung	105,7	105,7	105,7	− 0,6	− 0,0	0,0	− 1,0	− 0,5	− 0,5	0,2	0,8	0,8	1,1
Bruttoinlandsprodukt [2]	104,8	104,8	105,1	− 1,0	0,0	0,2	0,1	0,1	0,0	0,3	0,5	0,8	1,0
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben [3]	108,4	109,9	111,3	− 0,2	1,4	1,3	2,4	1,2	1,5	1,0	1,6	0,5	0,1
Konsumausgaben des Staates	102,3	106,3	108,1	− 1,2	3,9	1,7	4,4	2,3	1,3	1,1	2,2	3,8	3,0
Ausrüstungen	108,1	103,0	101,7	− 0,7	− 4,7	− 1,3	− 4,5	− 3,4	− 3,9	− 0,7	2,2	0,5	1,1
Bauten	87,5	85,4	84,5	− 5,9	− 2,4	− 1,0	− 1,1	− 1,6	− 1,7	− 0,6	− 0,1	− 2,9	− 1,5
Sonstige Anlagen [4]	121,3	124,7	126,8	7,3	2,8	1,7	2,6	1,9	1,7	1,7	1,7	1,8	2,3
Vorratsveränderungen [5] [6]	.	.	.	− 0,3	− 0,6	0,7	0,1	0,6	1,5	0,8	0,1	0,3	− 0,3
Inländische Verwendung	105,6	106,2	108,1	− 1,1	0,5	1,8	2,2	1,6	2,3	1,5	1,7	1,3	0,5
Außenbeitrag [6]	.	.	.	0,0	− 0,5	− 1,5	− 1,9	− 1,3	− 2,2	− 1,2	− 1,2	− 0,4	0,6
Exporte	113,5	111,6	110,5	− 0,9	− 1,7	− 0,9	− 3,4	− 0,2	− 2,5	− 0,9	− 0,2	0,5	3,7
Importe	116,8	116,1	119,5	− 1,0	− 0,6	2,9	1,2	3,4	2,9	2,3	2,9	1,6	2,5
Bruttoinlandsprodukt [2]	104,8	104,8	105,1	− 1,0	0,0	0,2	0,1	0,1	0,0	0,3	0,5	0,8	1,0
In jeweiligen Preisen (Mrd €)													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben [3]	2 274,3	2 359,2	2 449,1	6,3	3,7	3,8	4,5	3,7	3,9	3,5	4,1	3,0	2,9
Konsumausgaben des Staates	898,5	954,2	1 012,8	3,6	6,2	6,1	5,4	7,0	5,9	5,3	6,4	6,3	5,7
Ausrüstungen	277,0	269,0	270,7	5,0	− 2,9	0,6	− 2,8	− 1,4	− 2,0	1,2	4,1	2,4	3,2
Bauten	454,2	456,4	466,0	1,4	0,5	2,1	2,2	1,5	1,5	2,4	3,1	0,2	3,5
Sonstige Anlagen [4]	166,8	172,9	178,4	8,5	3,7	3,2	3,6	3,3	3,1	3,1	3,2	4,3	4,7
Vorratsveränderungen [5]	28,7	18,5	52,4	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Inländische Verwendung	4 099,6	4 230,2	4 429,4	4,4	3,2	4,7	4,3	4,5	5,1	4,4	4,8	3,5	3,8
Außenbeitrag	155,3	156,7	100,3	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Exporte	1 826,6	1 812,3	1 816,0	0,2	− 0,8	0,2	− 1,9	1,9	− 1,3	− 0,2	0,4	1,9	7,6
Importe	1 671,3	1 655,6	1 715,7	− 4,0	− 0,9	3,6	2,0	6,2	3,4	2,1	3,0	1,8	7,8
Bruttoinlandsprodukt [2]	4 254,9	4 386,9	4 529,7	6,1	3,1	3,3	2,5	2,8	3,0	3,4	3,7	3,5	3,8
IV. Preise (2020=100)													
Privater Konsum	117,5	120,3	123,2	6,6	2,3	2,5	2,0	2,5	2,4	2,5	2,5	2,5	2,8
Bruttoinlandsprodukt	116,7	120,3	124,0	7,2	3,1	3,0	2,4	2,7	3,0	3,1	3,2	2,7	2,8
Terms of Trade	98,0	99,2	99,7	4,3	1,3	0,4	0,8	− 0,5	0,7	0,8	0,4	1,1	− 1,3
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	2 235,8	2 358,2	2 472,1	7,2	5,5	4,8	4,7	4,8	5,0	5,1	4,5	3,9	3,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	946,9	911,0	892,7	6,4	− 3,8	− 2,0	− 8,1	− 5,8	− 4,7	− 0,7	3,9	4,0	5,9
Volkseinkommen	3 182,8	3 269,2	3 364,7	6,9	2,7	2,9	1,3	1,5	2,3	3,4	4,3	3,9	4,4
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	4 389,3	4 545,3	4 690,9	5,8	3,6	3,2	2,8	2,7	3,0	3,3	3,7	3,5	4,1

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2026. **1** Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. **2** Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubventionen). **3** Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. **4** Geistiges Eigentum (u.a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. **5** Einschl. Nettozugang an Wertsachen. **6** Wachstumsbeitrag zum BIP.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt **o)**

	Produzierendes Gewerbe	davon: Baugewerbe	davon: Energie	davon: Industrie zusammen	davon: Industrie nach Hauptgruppen: Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige: Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
	2021 = 100											
Gewicht in % **1)**	100	17,08	8,21	74,71	27,84	33,97	2,53	10,36	9,71	9,59	11,83	12,21
Zeit												
2022	98,7	96,7	98,7	99,1	96,3	101,1	101,0	100,1	97,3	103,0	100,2	102,9
2023	97,0	95,6	84,8	98,6	90,7	106,4	93,5	95,6	93,5	103,7	99,3	116,1
2024	92,7	92,5	82,3	93,9	86,1	100,5	87,5	94,6	88,6	93,8	91,7	107,3
2025	92,0	90,8	84,0	93,2	84,8	100,1	84,5	95,1	86,8	94,1	90,5	106,6
2025 2.Vj.	91,9	91,9	78,7	93,3	85,6	100,4	84,4	93,2	87,5	92,1	88,1	111,9
3.Vj.	90,6	93,9	77,2	91,3	84,9	96,1	81,7	95,1	86,2	93,8	89,2	98,9
4.Vj.	94,5	98,8	89,9	94,0	81,6	104,1	85,9	96,2	86,4	96,8	97,3	102,9
2026 1.Vj.	88,8	75,9	96,1	90,9	84,7	96,3	82,7	91,9	85,4	92,7	83,3	107,2
2.Vj. **x)**	91,3	92,9	81,8	92,0	86,0	97,1	84,4	92,8	87,8	94,2	84,2	104,6
2025 Aug. **2)**	83,9	89,5	75,3	83,6	81,6	83,9	73,3	90,8	81,8	88,2	81,6	76,9
Sept.	95,0	94,6	78,4	96,9	86,7	105,5	89,6	97,6	89,6	100,0	95,3	114,5
Okt.	94,6	97,3	90,1	94,5	87,6	99,1	89,5	99,0	90,2	95,8	90,8	103,7
Nov.	99,3	98,8	88,4	100,6	86,6	113,1	92,1	99,3	92,3	99,1	98,2	123,3
Dez.	89,6	100,4	91,3	87,0	70,6	100,2	76,0	90,4	76,6	95,4	103,0	81,8
2026 Jan.	81,3	60,2	101,7	83,8	79,9	85,4	75,5	91,2	80,0	85,2	74,4	92,7
Febr.	86,6	72,4	94,3	89,0	82,6	95,3	79,7	87,7	84,4	88,8	82,4	107,9
März	98,4	95,1	92,2	99,9	91,6	108,2	92,9	96,9	91,9	104,0	93,0	121,0
April **x)**	90,2	92,6	83,8	90,4	86,5	94,0	84,8	90,7	87,0	92,4	83,0	100,3
Mai **x)**	90,2	91,6	81,4	90,8	85,4	95,3	81,8	92,6	87,4	91,4	82,4	102,5
Juni **x)**	93,5	94,4	80,1	94,7	86,2	102,1	86,5	95,2	88,9	98,8	87,3	111,0
Juli **2)x)**	91,2	98,8	83,7	90,2	85,5	93,7	86,6	92,6	85,4	97,8	84,6	94,1
Aug. **2)x)p)**	85,8	98,9	81,0	83,3	80,7	83,7	77,2	90,4	82,0	93,3	81,1	71,7
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2022	– 0,6	– 2,4	– 1,2	– 0,2	– 3,1	+ 2,0	+ 1,8	+ 0,7	– 2,1	+ 3,7	+ 0,9	+ 4,0
2023	– 1,7	– 1,1	– 14,1	– 0,5	– 5,8	+ 5,2	– 7,4	– 4,5	– 3,9	+ 0,7	– 0,9	+ 12,8
2024	– 4,4	– 3,2	– 2,9	– 4,8	– 5,1	– 5,5	– 6,4	– 1,0	– 5,2	– 9,5	– 7,7	– 7,6
2025	– 0,8	– 1,8	+ 2,1	– 0,7	– 1,5	– 0,4	– 3,4	+ 0,5	– 2,0	+ 0,3	– 1,3	– 0,7
2025 2.Vj.	– 1,0	– 1,9	+ 3,0	– 1,2	– 2,9	+ 0,1	– 3,5	– 0,6	– 3,0	– 0,1	– 2,6	+ 1,3
3.Vj.	– 1,0	– 1,8	+ 3,6	– 1,2	– 0,4	– 2,1	– 3,8	+ 0,4	– 1,1	+ 1,9	– 0,4	– 4,4
4.Vj.	+ 0,2	– 1,3	+ 2,5	+ 0,4	– 0,4	+ 0,8	– 2,9	+ 1,6	– 0,1	+ 1,2	+ 0,4	– 0,7
2026 1.Vj.	– 2,4	– 3,2	+ 6,5	– 3,3	– 2,6	– 3,3	– 3,9	– 4,3	– 2,0	– 1,2	– 4,5	– 4,8
2.Vj. **x)**	– 0,7	+ 1,0	+ 3,9	– 1,5	+ 0,5	– 3,3	– 0,1	– 0,4	+ 0,3	+ 2,3	– 4,4	– 6,5
2025 Aug. **2)**	– 3,0	– 1,3	+ 2,2	– 3,8	– 0,7	– 6,7	– 4,6	– 1,8	– 1,1	± 0,0	± 0,0	– 16,1
Sept.	– 0,7	– 2,4	+ 4,0	– 0,8	+ 0,6	– 1,9	– 4,6	+ 0,5	– 1,2	+ 2,9	– 2,7	– 1,5
Okt.	+ 0,2	– 0,8	+ 14,1	– 0,7	+ 0,2	– 2,2	+ 0,4	+ 1,3	– 0,6	+ 0,7	+ 0,6	– 6,8
Nov.	– 0,1	– 2,6	– 2,1	+ 0,6	– 1,3	+ 1,9	– 4,0	+ 1,6	+ 0,1	– 0,4	+ 1,4	+ 1,6
Dez.	+ 0,6	– 0,6	– 2,9	+ 1,4	– 0,1	+ 2,6	– 5,2	+ 1,8	+ 0,1	+ 3,4	– 0,6	+ 4,6
2026 Jan.	– 2,3	– 7,4	+ 5,5	– 2,4	– 2,6	– 2,3	– 2,5	– 2,5	– 0,2	+ 0,1	– 0,4	– 7,5
Febr.	– 1,0	– 4,2	+ 9,4	– 1,5	– 1,9	– 1,1	– 4,3	– 1,5	– 0,5	– 2,1	– 2,5	– 1,2
März	– 3,7	+ 0,4	+ 4,9	– 5,4	– 3,3	– 6,0	– 4,8	– 8,3	– 4,8	– 1,5	– 9,2	– 5,8
April **x)**	– 1,2	+ 0,7	+ 7,6	– 2,3	+ 0,3	– 4,4	– 2,2	– 1,0	+ 0,5	+ 1,2	– 3,4	– 9,8
Mai **x)**	– 0,2	+ 2,2	+ 2,3	– 1,1	+ 1,3	– 2,9	– 0,1	– 1,2	+ 0,5	+ 2,9	– 3,7	– 7,3
Juni **x)**	– 0,5	+ 0,2	+ 1,8	– 1,0	± 0,0	– 2,6	+ 2,1	+ 1,1	+ 0,1	+ 2,8	– 5,9	– 2,5
Juli **2)x)**	– 1,8	+ 1,1	+ 7,6	– 3,4	– 1,0	– 5,3	+ 5,5	– 4,4	– 2,0	+ 4,8	– 6,6	– 10,6
Aug. **2)x)p)**	+ 2,3	+ 10,5	+ 7,6	– 0,4	– 1,1	– 0,2	+ 5,3	– 0,4	+ 0,2	+ 5,8	– 0,6	– 6,8

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. ***** Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen III.1.a bis III.1.c **o** Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). **1** Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr 2021. **2** Beeinflusst durch Verschiebung der Ferientermine. **x** Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitstäglich bereinigt **o)**

Zeit	Industrie		davon: Vorleistungsgüterproduzenten		Investitionsgüterproduzenten		Konsumgüterproduzenten		davon: Gebrauchsgüterproduzenten		Verbrauchsgüterproduzenten	
	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %
insgesamt												
2023	101,2	– 3,7	100,0	– 9,3	101,6	+ 0,5	105,1	– 4,1	100,4	– 11,3	107,3	– 0,6
2024	98,1	– 3,1	93,7	– 6,3	100,3	– 1,3	103,2	– 1,8	94,8	– 5,6	107,0	– 0,3
2025	101,8	+ 3,8	93,9	+ 0,2	106,2	+ 5,9	107,6	+ 4,3	100,3	+ 5,8	111,0	+ 3,7
2025 Aug.	86,4	– 0,1	85,4	– 1,5	85,4	+ 0,5	98,0	+ 0,3	87,4	+ 7,9	102,8	– 2,3
Sept.	101,1	– 1,5	94,3	+ 4,0	104,2	– 5,8	110,4	+ 9,5	108,3	+ 11,2	111,4	+ 8,9
Okt.	101,5	+ 0,1	93,2	+ 0,8	106,2	– 0,2	107,0	– 0,6	103,3	– 3,1	108,6	+ 0,4
Nov.	110,5	+ 11,7	94,4	– 1,0	120,1	+ 18,9	118,2	+ 17,6	133,5	+ 48,2	111,2	+ 5,7
Dez.	114,7	+ 12,7	90,0	+ 6,3	132,9	+ 16,8	100,0	+ 4,2	103,4	+ 17,0	98,5	– 1,0
2026 Jan.	103,1	+ 1,2	99,1	– 2,1	105,1	+ 3,6	108,5	– 0,5	99,6	+ 12,4	112,5	– 4,9
Febr.	102,6	+ 4,3	95,9	+ 1,1	105,3	+ 5,4	116,3	+ 11,1	116,7	+ 33,2	116,2	+ 3,4
März	121,3	+ 7,8	114,8	+ 8,7	123,8	+ 6,4	135,2	+ 14,1	162,3	+ 74,0	122,9	– 5,4
April	102,6	+ 4,4	102,2	+ 10,2	101,5	± 0,0	112,4	+ 9,2	119,0	+ 18,9	109,4	+ 5,0
Mai	104,6	+ 7,4	100,3	+ 13,2	106,4	+ 4,0	112,5	+ 8,4	115,7	+ 27,4	111,0	+ 1,2
Juni	113,5	+ 10,3	99,8	+ 3,9	121,4	+ 13,6	121,0	+ 13,0	123,3	+ 12,7	119,9	+ 13,1
Juli	112,5	+ 17,8	104,0	+ 15,0	117,3	+ 21,2	118,3	+ 5,6	126,6	+ 29,7	114,5	– 3,5
Aug. **p)**	92,3	+ 6,8	93,7	+ 9,7	90,0	+ 5,4	102,2	+ 4,3	94,4	+ 8,0	105,7	+ 2,8
aus dem Inland												
2023	100,9	– 4,5	103,1	– 8,4	99,1	+ 0,4	99,7	– 9,1	99,5	– 10,5	99,7	– 8,6
2024	95,8	– 5,1	93,6	– 9,2	97,8	– 1,3	96,5	– 3,2	90,3	– 9,2	99,0	– 0,7
2025	98,9	+ 3,2	92,0	– 1,7	104,8	+ 7,2	100,6	+ 4,2	98,8	+ 9,4	101,4	+ 2,4
2025 Aug.	86,7	+ 2,6	87,6	– 0,5	84,6	+ 6,1	95,1	– 1,2	88,6	+ 4,7	97,6	– 3,3
Sept.	95,2	– 0,5	90,8	+ 3,9	97,7	– 5,1	105,3	+ 8,0	107,8	+ 7,1	104,3	+ 8,3
Okt.	101,5	+ 12,3	93,1	+ 2,5	109,2	+ 23,4	100,1	– 0,8	88,7	– 8,0	104,6	+ 1,9
Nov.	113,9	+ 16,6	93,2	– 2,4	130,8	+ 31,7	125,7	+ 25,8	189,0	+ 110,0	100,8	– 2,9
Dez.	114,4	+ 12,5	83,1	+ 3,2	146,7	+ 19,4	86,3	– 0,2	88,0	+ 3,4	85,7	– 1,6
2026 Jan.	103,9	+ 5,6	95,7	– 2,6	111,3	+ 13,1	103,8	+ 4,7	102,2	+ 21,2	104,4	– 0,5
Febr.	98,8	+ 3,0	95,1	+ 1,8	99,3	+ 1,6	117,8	+ 19,0	114,5	+ 34,2	119,1	+ 14,1
März	113,0	+ 5,3	111,2	+ 5,0	114,9	+ 5,6	111,1	+ 5,1	120,5	+ 26,2	107,4	– 2,1
April	97,5	– 0,2	99,4	+ 8,0	95,2	– 7,6	102,3	+ 5,2	98,9	+ 5,1	103,7	+ 5,4
Mai	99,6	+ 9,6	97,8	+ 11,1	101,5	+ 9,7	97,1	– 0,5	94,6	+ 5,9	98,1	– 2,8
Juni	109,9	+ 18,7	98,3	+ 11,2	120,3	+ 25,2	110,7	+ 16,4	99,1	+ 11,0	115,2	+ 18,3
Juli	120,2	+ 30,2	103,4	+ 14,0	137,7	+ 48,9	103,5	+ 2,2	95,6	+ 11,9	106,6	– 0,9
Aug. **p)**	91,7	+ 5,8	94,0	+ 7,3	88,8	+ 5,0	97,6	+ 2,6	89,6	+ 1,1	100,8	+ 3,3
aus dem Ausland												
2023	101,5	– 3,1	96,9	– 10,4	103,0	+ 0,6	108,8	– 0,6	100,8	– 11,9	112,8	+ 5,3
2024	99,7	– 1,8	93,9	– 3,1	101,7	– 1,3	107,7	– 1,0	97,3	– 3,5	112,9	+ 0,1
2025	103,8	+ 4,1	95,8	+ 2,0	106,9	+ 5,1	112,4	+ 4,4	101,1	+ 3,9	118,0	+ 4,5
2025 Aug.	86,1	– 2,0	83,3	– 2,5	85,8	– 2,5	100,0	+ 1,4	86,7	+ 9,7	106,6	– 1,7
Sept.	105,3	– 2,0	97,8	+ 4,0	108,0	– 6,2	113,8	+ 10,5	108,6	+ 13,7	116,5	+ 9,2
Okt.	101,5	– 7,1	93,3	– 1,0	104,5	– 10,5	111,7	– 0,5	111,7	– 0,7	111,6	– 0,5
Nov.	108,1	+ 8,3	95,5	+ 0,1	114,0	+ 11,8	113,1	+ 12,1	101,6	+ 12,6	118,8	+ 11,9
Dez.	114,9	+ 12,9	96,9	+ 9,1	125,0	+ 15,2	109,3	+ 6,6	112,3	+ 24,4	107,8	– 0,7
2026 Jan.	102,6	– 1,7	102,4	– 1,6	101,6	– 1,5	111,7	– 3,5	98,1	+ 7,7	118,4	– 7,6
Febr.	105,4	+ 5,2	96,6	+ 0,2	108,7	+ 7,4	115,3	+ 6,3	117,9	+ 32,6	114,0	– 3,6
März	127,2	+ 9,4	118,4	+ 12,3	128,9	+ 6,9	151,6	+ 19,2	186,4	+ 102,6	134,2	– 7,3
April	106,2	+ 7,5	104,9	+ 12,3	105,2	+ 4,5	119,2	+ 11,6	130,5	+ 26,0	113,5	+ 4,7
Mai	108,2	+ 6,1	102,8	+ 15,4	109,2	+ 1,1	122,9	+ 13,8	127,9	+ 39,5	120,4	+ 3,7
Juni	116,0	+ 5,2	101,3	– 2,3	122,1	+ 8,0	128,0	+ 11,1	137,2	+ 13,4	123,4	+ 10,0
Juli	106,9	+ 9,3	104,5	+ 15,9	105,5	+ 6,4	128,3	+ 7,5	144,5	+ 38,1	120,2	– 5,2
Aug. **p)**	92,7	+ 7,7	93,5	+ 12,2	90,7	+ 5,7	105,3	+ 5,3	97,2	+ 12,1	109,2	+ 2,4

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen III.2.a bis III.2.c. **o** Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13).

XI. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt **o)**

Zeit	Insgesamt		Gliederung nach Bauarten								Gliederung nach Bauherren **1)**			
			Hochbau						Tiefbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber **2)**	
			zusammen		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau					
	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %
2022	104,4	+ 4,9	98,0	− 1,4	95,7	− 3,8	98,4	− 1,0	104,3	+ 5,1	112,4	+ 12,9	105,8	+ 6,3	108,8	+ 9,3
2023	108,3	+ 3,7	93,6	− 4,5	83,2	− 13,1	96,2	− 2,2	121,3	+ 16,3	126,6	+ 12,6	117,3	+ 10,9	114,8	+ 5,5
2024	109,7	+ 1,3	90,2	− 3,6	81,3	− 2,3	91,2	− 5,2	118,4	− 2,4	133,9	+ 5,8	117,5	+ 0,2	120,1	+ 4,6
2025	119,9	+ 9,3	99,3	+ 10,1	91,5	+ 12,5	99,2	+ 8,8	127,3	+ 7,5	145,6	+ 8,7	132,0	+ 12,3	125,0	+ 4,1
2025 Juli	123,6	+ 11,5	99,8	+ 13,9	89,1	+ 10,4	108,1	+ 29,6	108,1	− 15,7	153,2	+ 9,5	140,0	+ 25,1	127,7	− 2,7
Aug.	119,2	+ 2,1	106,5	+ 11,8	82,4	+ 2,2	126,4	+ 20,6	120,6	+ 6,7	135,0	− 5,8	138,7	+ 3,4	121,1	+ 0,5
Sept.	134,5	+ 23,5	113,5	+ 21,9	98,9	+ 15,9	107,2	+ 17,5	189,5	+ 47,5	160,8	+ 25,0	142,9	+ 24,6	149,6	+ 26,1
Okt.	113,0	+ 4,4	97,0	+ 10,5	100,2	+ 25,3	91,0	+ 2,9	107,7	− 5,4	132,9	− 0,4	117,0	− 2,7	117,1	+ 3,5
Nov.	116,8	+ 6,4	98,1	+ 12,2	93,9	+ 12,6	93,7	+ 7,7	129,4	+ 25,0	140,1	+ 1,8	130,8	+ 3,2	115,6	+ 7,6
Dez.	119,5	+ 5,8	100,9	+ 2,3	100,5	+ 10,6	103,2	+ 9,6	94,1	− 34,1	142,7	+ 9,3	128,3	+ 11,4	122,1	− 2,9
2026 Jan.	94,7	− 2,2	76,0	− 4,4	72,0	− 13,4	78,3	+ 5,0	81,7	− 3,8	118,1	− 0,2	112,3	+ 2,6	89,0	− 1,8
Febr.	111,1	+ 12,8	89,1	+ 3,0	77,2	− 2,0	91,3	+ 13,3	124,3	− 8,6	138,4	+ 22,0	122,7	+ 20,2	120,7	+ 11,7
März	142,0	− 5,1	124,3	+ 12,6	107,4	+ 9,8	126,8	+ 15,6	175,8	+ 11,1	164,1	− 17,5	147,3	− 14,2	160,1	+ 0,4
April	123,1	+ 3,5	97,7	− 4,0	98,6	+ 9,0	89,8	− 13,6	123,8	− 8,2	154,8	+ 10,5	130,6	+ 2,7	131,4	+ 2,1
Mai	132,0	+ 8,3	100,7	+ 12,0	91,0	+ 1,9	101,8	+ 16,1	131,7	+ 32,0	171,1	+ 5,7	138,8	− 1,6	153,1	+ 26,4
Juni	146,9	+ 16,4	117,0	+ 9,0	103,4	+ 10,1	117,5	+ 12,1	164,4	− 0,1	184,1	+ 22,9	164,8	+ 22,5	155,6	+ 12,0
Juli	127,0	+ 2,8	103,1	+ 3,3	86,0	− 3,5	105,2	− 2,7	156,9	+ 45,1	156,7	+ 2,3	137,4	− 1,9	143,4	+ 12,3

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle III.2.f. **o** Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). **1** Ohne Wohnungsbauaufträge. **2** Einschl. Straßenbau.

5. Umsätze des Einzelhandels *)

Kalenderbereinigt **o)**

Zeit	Insgesamt				darunter:											
					in Verkaufsräumen nach dem Schwerpunktsortiment der Unternehmen:											
					Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren **1)**		Motorenkraftstoffe (Tankstellen)		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Textilien, Heimwerker-, Einrichtungsbedarf und sonstige Haushaltsgeräte		Verlagsprodukte Sportausrüstungen und Spielwaren		Sonstige Güter wie Bekleidung, Schuhe, Lederwaren, Apotheken, medizinische und kosmetische Artikel		Internet- und Versandhandel sowie sonstiger Einzelhandel **2)**	
	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 2021		in jeweiligen Preisen													
	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %
2022	107,6	+ 7,6	99,6	− 0,4	105,1	+ 5,2	115,8	+ 16,0	109,3	+ 9,5	110,3	+ 10,5	109,8	+ 9,9	110,7	+ 10,7	105,1	+ 4,9
2023	110,8	+ 3,0	96,2	− 3,4	113,0	+ 7,5	110,0	− 5,0	109,7	+ 0,4	105,8	− 4,1	114,3	+ 4,1	114,5	+ 3,4	104,6	− 0,5
2024	113,9	+ 2,8	97,5	+ 1,4	117,0	+ 3,5	109,1	− 0,8	108,3	− 1,3	102,1	− 3,5	110,1	− 3,7	119,3	+ 4,2	110,6	+ 5,7
2025 **3)**	118,8	+ 4,3	100,6	+ 3,2	121,6	+ 3,9	110,5	+ 1,3	107,1	− 1,1	101,8	− 0,3	107,0	− 2,8	124,7	+ 4,5	120,9	+ 9,3
2025 Aug.	113,8	+ 3,3	96,5	+ 1,9	118,7	+ 2,3	112,6	+ 0,1	94,2	− 0,8	94,5	+ 0,3	117,5	− 4,4	119,1	+ 4,0	110,9	+ 7,9
Sept.	114,7	+ 2,3	96,8	+ 0,6	115,6	+ 3,0	108,0	+ 0,9	104,6	+ 1,7	96,9	− 0,9	104,9	− 2,5	123,8	+ 2,6	116,1	+ 2,5
Okt.	121,8	+ 3,4	102,5	+ 2,1	123,9	+ 4,2	109,6	+ 0,3	115,9	+ 3,5	104,0	− 1,7	92,3	− 4,2	130,6	+ 4,6	124,3	+ 4,1
Nov.	127,8	+ 2,2	108,2	+ 1,4	121,8	+ 1,2	111,2	+ 3,2	142,4	− 2,3	106,8	− 0,7	97,4	− 2,6	132,8	+ 3,8	149,6	+ 5,2
Dez.	133,5	+ 3,2	113,1	+ 3,0	138,1	+ 4,2	106,2	+ 2,0	151,6	+ 1,9	103,1	+ 0,9	116,2	+ 2,8	137,1	+ 6,1	138,7	− 0,9
2026 Jan.	111,3	+ 2,6	94,0	+ 1,4	115,8	+ 4,3	103,6	− 1,6	106,5	− 2,5	85,9	− 4,0	80,0	− 3,8	117,2	+ 3,0	117,3	+ 3,9
Febr.	107,9	+ 1,9	90,8	+ 0,9	112,1	+ 1,2	102,9	− 1,3	98,4	+ 1,4	90,0	− 1,3	82,5	− 1,2	114,0	+ 3,4	109,1	+ 3,6
März	125,2	+ 2,4	104,4	+ 0,9	125,6	− 0,8	125,1	+ 10,9	103,6	+ 6,1	112,0	+ 0,1	116,5	+ 1,2	131,2	+ 3,7	131,3	+ 7,7
April	121,9	+ 1,5	101,2	− 0,3	124,7	+ 0,6	123,7	+ 10,2	106,8	+ 16,1	109,9	− 2,0	118,4	+ 2,5	129,5	+ 2,9	118,0	+ 0,6
Mai	123,6	+ 3,3	102,8	+ 1,9	126,5	+ 1,8	126,2	+ 10,4	99,6	+ 13,4	107,1	− 0,8	117,9	− 1,1	131,0	+ 3,3	123,8	+ 7,7
Juni	120,8	+ 2,0	101,1	+ 0,8	122,7	+ 0,4	123,4	+ 7,8	101,7	+ 8,7	100,0	− 3,0	115,0	+ 1,3	125,9	+ 1,8	127,2	+ 6,6
Juli	120,1	+ 0,5	99,0	− 2,3	122,2	± 0,0	124,5	+ 7,9	102,2	+ 2,9	98,6	− 2,4	123,9	− 1,0	129,3	+ 2,5	119,2	− 0,3
Aug.	116,8	+ 2,6	96,0	− 0,5	119,8	+ 0,9	126,0	+ 11,9	100,3	+ 6,5	92,8	− 1,8	119,6	+ 1,8	124,1	+ 4,2	116,5	+ 5,0

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle III.4.c. **o** Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). **1** Nicht an Verkaufsständen und auf Märkten. **2** Nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten. **3** Angaben ab Januar 2025 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2)						Kurzarbeiter 3)		Arbeitslose 4)			
			insgesamt		darunter:					darunter:		darunter:		
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich ohne Arbeitnehmerüberlassung	Arbeitnehmerüberlassung	Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte 2)	insgesamt	konjunkturell bedingt	insgesamt	dem Rechtskreis SGB III zugeordnet	Arbeitslosenquote 4) 5) in %	Offene Stellen 4) 6) in Tsd
					Tsd									
2021	45 041	+ 0,2	33 897	+ 0,9	9 344	23 602	702	4 101	1 852	1 744	2 613	999	5,7	706
2022	45 622	+ 1,3	34 507	+ 1,8	9 400	24 135	721	4 125	426	337	2 418	808	5,3	845
2023	45 909	+ 0,6	34 790	+ 0,8	9 425	24 430	687	4 198	241	147	2 609	875	5,7	761
2024	45 960	+ 0,1	34 934	+ 0,4	9 361	24 711	615	4 180	298	210	2 787	980	6,0	694
2025	45 878	− 0,2	34 963	+ 0,1	9 216	24 944	556	4 121	297	210	2 948	1 099	6,3	632
2023 3.Vj.	45 970	+ 0,6	34 762	+ 0,7	9 421	24 398	686	4 242	128	122	2 647	885	5,7	768
4.Vj.	46 142	+ 0,4	35 082	+ 0,6	9 471	24 682	680	4 189	253	166	2 617	874	5,7	732
2024 1.Vj.	45 730	+ 0,2	34 795	+ 0,5	9 366	24 563	630	4 154	468	200	2 796	1 000	6,1	704
2.Vj.	45 959	+ 0,2	34 858	+ 0,4	9 355	24 635	615	4 207	212	204	2 733	939	5,9	701
3.Vj.	45 994	+ 0,1	34 892	+ 0,4	9 348	24 678	610	4 214	201	192	2 829	998	6,0	699
4.Vj.	46 156	+ 0,0	35 193	+ 0,3	9 374	24 969	603	4 146	311	245	2 790	983	6,0	670
2025 1.Vj.	45 715	− 0,0	34 873	+ 0,2	9 247	24 833	558	4 109	529	271	2 983	1 120	6,4	638
2.Vj.	45 900	− 0,1	34 899	+ 0,1	9 214	24 878	555	4 152	233	218	2 922	1 067	6,2	638
3.Vj.	45 892	− 0,2	34 910	+ 0,1	9 193	24 903	559	4 149	192	177	2 986	1 122	6,3	630
4.Vj.	46 006	− 0,3	35 170	− 0,1	9 209	25 161	553	4 076	236	174	2 901	1 089	6,2	622
2026 1.Vj.	45 525	− 0,4	34 809	− 0,2	9 082	24 976	517	4 028	439	148	3 059	1 217	6,5	624
2.Vj.	7) 45 688	7) − 0,5	8) 34 836	8) − 0,2	8) 9 060	8) 25 002	8) 526	8) 4 056	...	8) 133	2 965	1 154	9) 6,3	644
3.Vj.	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	3 021	1 201	6,4	657
2023 Mai	45 901	+ 0,7	34 728	+ 0,8	9 413	24 371	687	4 228	149	142	2 544	829	5,5	767
Juni	45 964	+ 0,7	34 709	+ 0,8	9 404	24 357	690	4 266	162	156	2 555	833	5,5	769
Juli	45 926	+ 0,7	34 584	+ 0,8	9 382	24 261	687	4 279	113	107	2 617	878	5,7	772
Aug.	45 904	+ 0,5	34 804	+ 0,7	9 429	24 433	685	4 221	113	107	2 696	910	5,8	771
Sept.	46 080	+ 0,4	35 089	+ 0,5	9 500	24 641	684	4 186	158	152	2 627	869	5,7	761
Okt.	46 173	+ 0,4	35 117	+ 0,6	9 490	24 686	686	4 181	183	177	2 607	861	5,7	749
Nov.	46 191	+ 0,4	35 126	+ 0,7	9 473	24 719	688	4 195	181	174	2 606	865	5,6	733
Dez.	46 063	+ 0,4	34 915	+ 0,6	9 401	24 637	648	4 197	395	148	2 637	896	5,7	713
2024 Jan.	45 695	+ 0,3	34 754	+ 0,6	9 359	24 528	635	4 138	540	189	2 805	1 006	6,1	699
Febr.	45 710	+ 0,2	34 770	+ 0,5	9 359	24 548	625	4 141	485	201	2 814	1 015	6,1	706
März	45 786	+ 0,2	34 810	+ 0,4	9 360	24 591	615	4 169	379	210	2 769	977	6,0	707
April	45 883	+ 0,2	34 863	+ 0,5	9 362	24 633	618	4 190	224	215	2 750	949	6,0	701
Mai	45 986	+ 0,2	34 886	+ 0,5	9 354	24 661	615	4 222	200	191	2 723	930	5,8	702
Juni	46 007	+ 0,1	34 837	+ 0,4	9 336	24 635	611	4 250	213	204	2 727	937	5,8	701
Juli	45 964	+ 0,1	34 729	+ 0,4	9 313	24 551	613	4 253	203	194	2 809	989	6,0	703
Aug.	45 925	+ 0,0	34 918	+ 0,3	9 353	24 702	606	4 192	174	165	2 872	1 021	6,1	699
Sept.	46 093	+ 0,0	35 220	+ 0,4	9 418	24 929	612	4 145	226	217	2 806	985	6,0	696
Okt.	46 195	+ 0,0	35 237	+ 0,3	9 394	24 978	613	4 137	269	259	2 791	974	6,0	689
Nov.	46 205	+ 0,0	35 222	+ 0,3	9 369	25 004	606	4 152	275	266	2 774	973	5,9	668
Dez.	46 067	+ 0,0	35 018	+ 0,3	9 300	24 920	569	4 150	389	211	2 807	1 003	6,0	654
2025 Jan.	45 684	− 0,0	34 822	+ 0,2	9 240	24 791	558	4 097	586	277	2 993	1 127	6,4	632
Febr.	45 703	− 0,0	34 844	+ 0,2	9 233	24 821	554	4 099	582	270	2 989	1 128	6,4	639
März	45 757	− 0,1	34 888	+ 0,2	9 234	24 855	555	4 111	419	264	2 967	1 104	6,4	643
April	45 851	− 0,1	34 906	+ 0,1	9 221	24 878	557	4 140	247	233	2 932	1 077	6,3	646
Mai	45 913	− 0,2	34 903	+ 0,0	9 206	24 890	551	4 167	241	227	2 919	1 062	6,2	634
Juni	45 935	− 0,2	34 885	+ 0,1	9 194	24 876	560	4 185	210	195	2 914	1 062	6,2	632
Juli	45 881	− 0,2	34 762	+ 0,1	9 163	24 786	561	4 188	202	187	2 979	1 117	6,3	628
Aug.	45 818	− 0,2	34 918	− 0,0	9 194	24 916	554	4 126	179	164	3 025	1 141	6,4	631
Sept.	45 978	− 0,2	35 216	− 0,0	9 253	25 138	563	4 082	195	181	2 955	1 108	6,3	630
Okt.	46 067	− 0,3	35 219	− 0,1	9 231	25 174	561	4 070	207	192	2 911	1 083	6,2	623
Nov.	46 052	− 0,3	35 191	− 0,1	9 204	25 188	555	4 080	202	187	2 885	1 079	6,1	624
Dez.	45 900	− 0,4	34 986	− 0,1	9 131	25 101	524	4 073	297	142	2 908	1 104	6,2	619
2026 Jan.	45 501	− 0,4	34 760	− 0,2	9 076	24 938	515	4 019	498	144	3 085	1 227	6,6	598
Febr.	45 501	− 0,4	34 762	− 0,2	9 066	24 947	513	4 014	502	151	3 070	1 228	6,5	638
März	45 572	− 0,4	34 826	− 0,2	9 077	24 983	524	4 031	317	150	3 021	1 195	6,4	638
April	45 650	− 0,4	8) 34 844	8) − 0,2	8) 9 067	8) 25 008	8) 523	8) 4 045	...	8) 141	3 008	1 176	6,4	641
Mai	45 703	− 0,5	8) 34 842	8) − 0,2	8) 9 055	8) 25 012	8) 524	8) 4 065	...	8) 129	2 950	1 145	9) 6,3	643
Juni	7) 45 710	7) − 0,5	8) 34 816	8) − 0,2	8) 9 040	8) 24 988	8) 537	8) 4 087	...	8) 131	2 936	1 140	6,2	648
Juli	7) 45 655	7) − 0,5	8) 34 677	8) − 0,2	8) 9 008	8) 24 883	8) 541	8) 4 086	...	8) 118	3 007	1 197	6,4	653
Aug.	7) 45 582	7) − 0,5	...	...	...	...	...	...	...	...	3 061	1 223	6,5	656
Sept.	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	2 994	1 182	6,4	660

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitte; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. **1** Inlandskonzept; Durchschnitte. **2** Monatswerte: Endstände. **3** Anzahl innerhalb eines Monats. **4** Stand zur Monatsmitte. **5** Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. **6** Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stellen mit Arbeitsort im Ausland. **7** Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamtes. **8** Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2024 und 2025 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,1 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 0,2 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 23,6 % von den endgültigen Angaben ab. **9** Ab Mai 2026 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Harmonisierter Verbraucherpreisindex						nachrichtlich: Verbraucherpreisindex (nationale Abgrenzung)	Baupreisindex	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz [3]	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte [3]	Indizes der Preise im Außenhandel	
		davon				darunter:						
	insgesamt [1]	Nahrungsmittel [2]	Industrieerzeugnisse ohne Energie	Energie	Dienstleistungen	Tatsächliche Mietzahlungen					Ausfuhr	Einfuhr
	2025 = 100						2020 = 100	2021 = 100		2020 = 100	2021=100	
	Indexstand											
2022	89,99	84,85	92,42	100,64	88,04	93,99	110,2	116,6	129,8	141,0	113,5	121,8
2023	95,41	94,77	97,65	105,72	92,26	95,89	116,7	126,7	130,1	141,3	114,2	113,9
2024	97,79	97,39	99,05	102,34	96,25	97,94	119,3	130,8	127,7	139,2	114,5	112,5
2025	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	121,9	135,2	126,2	[4] 139,6	115,7	112,2
2024 Nov.	98,06	98,57	99,75	100,15	96,47	98,63	119,9	132,0	128,4	140,4	115,2	113,5
Dez.	98,66	98,77	100,07	100,24	97,50	98,75	120,5		128,3	142,1	115,5	113,9
2025 Jan.	98,47	98,51	99,29	101,60	97,39	98,98	120,3		128,2	141,5	116,3	115,2
Febr.	98,95	99,40	99,24	102,08	98,03	99,16	120,8	133,8	128,0	143,7	116,7	115,5
März	99,32	99,69	99,96	100,47	98,59	99,32	121,2		127,1	143,4	116,2	114,3
April	99,80	100,03	100,08	99,97	99,52	99,62	121,7		126,3	146,8	115,6	112,3
Mai	99,88	100,14	100,14	99,54	99,70	99,83	121,8	134,9	126,0	147,4	115,6	111,5
Juni	99,97	99,78	99,89	99,47	100,18	99,95	121,8		126,1	144,9	115,5	111,5
Juli	100,35	100,01	99,71	99,80	100,95	100,15	122,2		126,0	145,2	115,3	111,0
Aug.	100,42	100,30	99,65	99,43	101,12	100,28	122,3	135,6	125,4	142,1	115,2	110,5
Sept.	100,65	100,51	100,35	99,22	101,14	100,42	122,6		125,3	139,9	115,2	110,7
Okt.	100,95	100,48	100,78	99,46	101,51	100,57	123,0		125,4	[4] 136,0	115,4	110,9
Nov.	100,56	100,60	100,67	100,05	100,57	100,78	122,7	136,3	125,4	132,4	115,6	111,4
Dez.	100,67	100,56	100,26	98,92	101,29	100,96	122,7		125,1	130,3	115,5	111,3
2026 Jan.	100,56	101,40	99,88	99,67	100,84	101,17	122,8		124,4	127,3	116,5	112,5
Febr.	100,94	101,53	100,11	99,79	101,44	101,37	123,1	138,4	123,8	128,1	116,6	112,8
März	102,10	101,77	100,83	106,75	102,08	101,50	124,5		126,9	130,8	117,9	116,9
April	102,66	102,23	101,08	108,88	102,55	101,70	125,2		128,4	128,8	118,9	118,3
Mai	102,54	101,69	101,36	105,06	103,04	101,88	125,0	141,9	128,8	126,9	119,5	119,1
Juni	102,32	101,20	101,01	102,11	103,51	102,03	124,6		128,4	124,7	119,6	118,3
Juli	103,20	101,30	101,20	107,12	104,27	102,29	125,6		129,8	125,3	120,1	118,5
Aug.	103,36	101,22	101,65	108,74	104,06	102,45	125,8	143,4	131,2	132,2	120,6	119,7
Sept.	103,93	101,58	102,43	112,47	103,98	102,59	126,6		133,7	...	...	...
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2022	+ 8,7	+ 10,6	+ 5,7	+ 34,7	+ 2,9	+ 1,7	+ 6,9	+ 16,6	+ 29,8	+ 31,9	+ 13,5	+ 21,8
2023	+ 6,0	+ 11,7	+ 5,7	+ 5,1	+ 4,8	+ 2,0	+ 5,9	+ 8,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6	− 6,5
2024	+ 2,5	+ 2,8	+ 1,4	− 3,2	+ 4,3	+ 2,1	+ 2,2	+ 3,2	− 1,8	− 1,5	+ 0,3	− 1,2
2025	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,0	− 2,3	+ 3,9	+ 2,1	+ 2,2	+ 3,3	− 1,2	[4] + 0,3	+ 1,0	− 0,3
2024 Nov.	+ 2,4	+ 3,0	+ 1,0	− 3,6	+ 4,5	+ 2,2	+ 2,2	+ 3,4	+ 0,1	+ 3,7	+ 1,2	+ 0,6
Dez.	+ 2,8	+ 3,2	+ 1,3	− 1,5	+ 4,7	+ 2,1	+ 2,6		+ 0,8	+ 3,5	+ 1,8	+ 2,0
2025 Jan.	+ 2,8	+ 1,9	+ 1,2	− 1,3	+ 5,1	+ 2,0	+ 2,3		+ 0,5	+ 2,2	+ 2,4	+ 3,1
Febr.	+ 2,6	+ 2,9	+ 0,7	− 1,3	+ 4,7	+ 2,0	+ 2,3	+ 3,3	+ 0,7	+ 2,7	+ 2,5	+ 3,6
März	+ 2,3	+ 3,3	+ 0,9	− 2,6	+ 4,1	+ 2,0	+ 2,2		− 0,2	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,1
April	+ 2,2	+ 3,1	+ 0,8	− 5,3	+ 4,5	+ 2,0	+ 2,1		− 0,9	+ 3,2	+ 1,0	− 0,4
Mai	+ 2,1	+ 3,4	+ 1,0	− 4,5	+ 3,8	+ 2,1	+ 2,1	+ 3,5	− 1,2	+ 2,3	+ 1,0	− 1,1
Juni	+ 2,0	+ 2,7	+ 0,9	− 3,4	+ 3,6	+ 2,1	+ 2,0		− 1,3	− 1,1	+ 0,7	− 1,4
Juli	+ 1,9	+ 2,8	+ 1,3	− 3,4	+ 3,0	+ 2,1	+ 2,0		− 1,5	− 0,2	+ 0,6	− 1,4
Aug.	+ 2,0	+ 3,1	+ 1,3	− 2,3	+ 3,0	+ 2,1	+ 2,2	+ 3,2	− 2,2	+ 2,2	+ 0,5	− 1,5
Sept.	+ 2,3	+ 2,9	+ 1,2	− 0,7	+ 3,4	+ 2,1	+ 2,4		− 1,7	+ 2,2	+ 0,6	− 1,0
Okt.	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,2	− 0,9	+ 3,7	+ 2,1	+ 2,3		− 1,8	[4] − 1,7	+ 0,5	− 1,4
Nov.	+ 2,5	+ 2,1	+ 0,9	− 0,1	+ 4,3	+ 2,2	+ 2,3	+ 3,3	− 2,3	− 5,7	+ 0,3	− 1,9
Dez.	+ 2,0	+ 1,8	+ 0,2	− 1,3	+ 3,9	+ 2,2	+ 1,8		− 2,5	− 8,3	± 0,0	− 2,3
2026 Jan.	+ 2,1	+ 2,9	+ 0,6	− 1,9	+ 3,5	+ 2,2	+ 2,1		− 3,0	− 10,0	+ 0,2	− 2,3
Febr.	+ 2,0	+ 2,1	+ 0,9	− 2,2	+ 3,5	+ 2,2	+ 1,9	+ 3,4	− 3,3	− 10,9	− 0,1	− 2,3
März	+ 2,8	+ 2,1	+ 0,9	+ 6,3	+ 3,5	+ 2,2	+ 2,7		− 0,2	− 8,8	+ 1,5	+ 2,3
April	+ 2,9	+ 2,2	+ 1,0	+ 8,9	+ 3,0	+ 2,1	+ 2,9		+ 1,7	− 12,3	+ 2,9	+ 5,3
Mai	+ 2,7	+ 1,5	+ 1,2	+ 5,5	+ 3,4	+ 2,1	+ 2,6	+ 5,2	+ 2,2	− 13,9	+ 3,4	+ 6,8
Juni	+ 2,4	+ 1,4	+ 1,1	+ 2,7	+ 3,3	+ 2,1	+ 2,3		+ 1,8	− 13,9	+ 3,5	+ 6,1
Juli	+ 2,8	+ 1,3	+ 1,5	+ 7,3	+ 3,3	+ 2,1	+ 2,8		+ 3,0	− 13,7	+ 4,2	+ 6,8
Aug.	+ 2,9	+ 0,9	+ 2,0	+ 9,4	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,9	+ 5,8	+ 4,6	− 7,0	+ 4,7	+ 8,3
Sept.	+ 3,3	+ 1,1	+ 2,1	+ 13,4	+ 2,8	+ 2,2	+ 3,3		+ 6,7	...	...	...

Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. **1** Letzter Datenpunkt basiert zeitweise auf eigenen Schätzungen der Deutschen Bundesbank. **2** Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabakwaren. **3** Ohne Umsatzsteuer. **4** Ab Oktober 2025 vorläufig.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2018	1 506,9	5,0	1 020,0	4,9	458,6	3,0	1 478,5	4,3	2 055,0	4,0	223,0	9,3	10,8
2019	1 573,0	4,4	1 069,9	4,9	479,1	4,5	1 548,9	4,8	2 112,2	2,8	218,2	– 2,1	10,3
2020	1 562,2	– 0,7	1 066,6	– 0,3	521,4	8,8	1 587,9	2,5	2 119,1	0,3	333,8	53,0	15,8
2021	1 620,5	3,7	1 111,1	4,2	534,8	2,6	1 645,9	3,6	2 191,0	3,4	306,6	– 8,1	14,0
2022	1 718,1	6,0	1 173,5	5,6	543,5	1,6	1 717,0	4,3	2 377,8	8,5	239,0	– 22,0	10,1
2023	1 845,6	7,4	1 284,4	9,4	581,5	7,0	1 865,9	8,7	2 531,8	6,5	257,5	7,7	10,2
2024	1 946,8	5,5	1 355,1	5,5	619,8	6,6	1 974,9	5,8	2 651,6	4,7	292,3	13,5	11,0
2025	2 032,1	4,4	1 402,9	3,5	646,0	4,2	2 048,9	3,7	2 724,6	2,8	275,5	– 5,8	10,1
2025 1.Vj.	479,3	4,3	331,3	3,0	162,5	5,0	493,7	3,7	671,3	2,7	82,8	– 4,1	12,3
2.Vj.	491,6	4,5	333,1	4,0	158,8	4,3	491,9	4,1	669,0	2,6	63,7	– 8,1	9,5
3.Vj.	504,7	4,8	355,2	4,2	163,3	3,6	518,5	4,0	678,7	2,7	63,6	– 4,9	9,4
4.Vj.	556,5	4,0	383,4	3,0	161,3	4,0	544,7	3,3	705,7	3,1	65,4	– 6,3	9,3
2026 1.Vj.	498,0	3,9	343,5	3,7	169,8	4,5	513,3	4,0	691,1	2,9	85,2	2,9	12,3
2.Vj.	511,2	4,0	347,3	4,3	166,6	4,9	513,9	4,5	689,0	3,0	66,2	3,9	9,6

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2026. * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. **1** Inländerkonzept. **2** Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. **3** Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. **4** Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene monetäre Sozialleistungen. **5** Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. **6** Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. **7** Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen 2)			
	2020=100	% gegen Vorjahr	2020=100	% gegen Vorjahr	2020=100	% gegen Vorjahr	2020=100	% gegen Vorjahr	2020=100	% gegen Vorjahr
2018	94,9	3,0	95,0	3,0	95,2	2,9	95,5	2,8	97,2	3,3
2019	97,7	3,0	97,8	3,0	97,9	2,9	97,9	2,5	100,2	3,1
2020	100,0	2,3	100,0	2,3	100,0	2,1	100,0	2,1	100,0	– 0,2
2021	101,5	1,5	101,5	1,5	101,6	1,6	101,5	1,5	103,3	3,3
2022	104,1	2,6	104,1	2,5	103,8	2,2	103,5	2,0	107,9	4,4
2023	108,4	4,1	108,3	4,1	106,7	2,7	106,3	2,7	114,9	6,5
2024	115,3	6,3	115,1	6,3	112,1	5,1	111,6	5,0	120,8	5,2
2025	118,0	2,4	117,8	2,4	118,1	5,4	118,0	5,7	126,2	4,4
2025 1.Vj.	109,4	1,0	109,2	0,9	108,8	6,7	115,9	6,7	119,5	4,2
2.Vj.	110,4	5,9	110,2	5,8	110,6	6,8	118,2	6,8	122,1	4,5
3.Vj.	122,1	0,0	121,8	– 0,0	122,3	4,8	118,8	5,1	125,3	4,8
4.Vj.	130,3	3,0	130,0	3,0	130,6	3,6	119,1	4,1	137,7	4,2
2026 1.Vj.	112,5	2,9	112,3	2,8	112,7	3,5	119,6	3,2	124,5	4,2
2.Vj.	113,3	2,6	113,0	2,6	113,4	2,5	121,3	2,6	127,4	4,4
2026 Jan.	111,3	3,9	111,0	3,9	111,4	3,8	119,6	3,8	.	.
Febr.	115,0	1,9	114,7	1,9	115,1	4,0	119,6	3,0	.	.
März	111,3	2,9	111,0	2,8	111,5	2,8	119,7	2,9	.	.
April	113,3	2,7	113,0	2,7	113,3	2,6	120,9	2,6	.	.
Mai	113,5	2,5	113,2	2,4	113,7	2,4	121,5	2,6	.	.
Juni	113,1	2,7	112,8	2,6	113,3	2,6	121,6	2,7	.	.
Juli	149,0	2,8	148,6	2,7	149,2	2,7	121,8	2,7	.	.
Aug.	113,9	2,9	113,7	2,9	114,1	2,9	122,3	2,9	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. **2** Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonderzahlungen z.B Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). **3** Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2026.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Stand am Jahres- bzw. Halbjahresende

Zeit	Aktiva								Passiva						
			darunter:			darunter:				Schulden					
											langfristig		kurzfristig		
														darunter:	
	Bilanzsumme	langfristige Vermögenswerte	immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	kurzfristige Vermögenswerte	Vorräte	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Zahlungsmittel 1)	Eigenkapital	insgesamt	zusammen	darunter Finanzschulden	zusammen	Finanzschulden	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
	Insgesamt (Mrd €)														
2022	3 459,1	2 076,6	718,0	804,1	1 382,6	323,4	250,1	235,3	1 141,4	2 317,8	1 208,6	748,7	1 109,2	294,5	273,0
2023	3 321,0	2 044,4	700,1	825,2	1 276,6	321,8	241,9	239,7	1 146,0	2 175,0	1 149,9	749,1	1 025,0	295,9	261,8
2024	3 430,0	2 160,1	729,5	892,6	1 269,9	330,0	235,3	248,4	1 189,0	2 241,1	1 199,6	810,5	1 041,4	312,2	255,0
2025 p)	3 388,0	2 128,6	705,1	891,4	1 259,4	317,5	225,1	244,5	1 195,3	2 192,8	1 165,1	797,3	1 027,7	314,1	245,8
2023 2.Hj.	3 321,0	2 044,4	700,1	825,2	1 276,6	321,8	241,9	239,7	1 146,0	2 175,0	1 149,9	749,1	1 025,0	295,9	261,8
2024 1.Hj.	3 385,6	2 088,0	712,2	848,0	1 297,6	350,6	248,9	224,2	1 148,2	2 237,4	1 175,9	786,8	1 061,5	336,8	257,9
2.Hj.	3 430,0	2 160,1	729,5	892,6	1 269,9	330,0	235,3	248,4	1 189,0	2 241,1	1 199,6	810,5	1 041,4	312,2	255,0
2025 1.Hj.	3 332,6	2 078,7	695,2	861,2	1 253,9	334,8	234,2	212,2	1 142,3	2 190,3	1 148,5	778,3	1 041,8	336,2	239,9
2.Hj. p)	3 388,0	2 128,6	705,1	891,4	1 259,4	317,5	225,1	244,5	1 195,3	2 192,8	1 165,1	797,3	1 027,7	314,1	245,8
	in % der Bilanzsumme														
2022	100,0	60,0	20,8	23,3	40,0	9,4	7,2	6,8	33,0	67,0	34,9	21,6	32,1	8,5	7,9
2023	100,0	61,6	21,1	24,9	38,4	9,7	7,3	7,2	34,5	65,5	34,6	22,6	30,9	8,9	7,9
2024	100,0	63,0	21,3	26,0	37,0	9,6	6,9	7,2	34,7	65,3	35,0	23,6	30,4	9,1	7,4
2025 p)	100,0	62,8	20,8	26,3	37,2	9,4	6,6	7,2	35,3	64,7	34,4	23,5	30,3	9,3	7,3
2023 2.Hj.	100,0	61,6	21,1	24,9	38,4	9,7	7,3	7,2	34,5	65,5	34,6	22,6	30,9	8,9	7,9
2024 1.Hj.	100,0	61,7	21,0	25,1	38,3	10,4	7,4	6,6	33,9	66,1	34,7	23,2	31,4	10,0	7,6
2.Hj.	100,0	63,0	21,3	26,0	37,0	9,6	6,9	7,2	34,7	65,3	35,0	23,6	30,4	9,1	7,4
2025 1.Hj.	100,0	62,4	20,9	25,8	37,6	10,0	7,0	6,4	34,3	65,7	34,5	23,4	31,3	10,1	7,2
2.Hj. p)	100,0	62,8	20,8	26,3	37,2	9,4	6,6	7,2	35,3	64,7	34,4	23,5	30,3	9,3	7,3
	Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe (Mrd €) 2)														
2022	2 759,6	1 556,0	465,6	593,0	1 203,6	305,3	196,9	183,1	887,7	1 871,9	924,4	525,3	947,5	256,1	219,0
2023	2 621,7	1 516,8	447,1	608,7	1 104,8	302,5	189,2	197,0	889,4	1 732,3	862,0	524,6	870,3	261,1	211,1
2024	2 688,1	1 600,0	456,8	665,6	1 088,2	309,0	181,0	197,3	919,6	1 768,5	897,3	572,9	871,2	275,2	200,1
2025 p)	2 683,4	1 601,0	455,9	675,2	1 082,4	297,8	172,0	202,0	940,9	1 742,6	881,4	572,6	861,2	277,8	195,1
2023 2.Hj.	2 621,7	1 516,8	447,1	608,7	1 104,8	302,5	189,2	197,0	889,4	1 732,3	862,0	524,6	870,3	261,1	211,1
2024 1.Hj.	2 672,9	1 552,3	454,6	629,2	1 120,7	330,1	195,6	181,7	900,6	1 772,3	884,7	559,7	887,6	295,0	204,9
2.Hj.	2 688,1	1 600,0	456,8	665,6	1 088,2	309,0	181,0	197,3	919,6	1 768,5	897,3	572,9	871,2	275,2	200,1
2025 1.Hj.	2 644,0	1 565,2	450,0	651,3	1 078,8	315,6	183,8	167,8	899,9	1 744,1	869,2	558,7	874,8	295,4	192,6
2.Hj. p)	2 683,4	1 601,0	455,9	675,2	1 082,4	297,8	172,0	202,0	940,9	1 742,6	881,4	572,6	861,2	277,8	195,1
	in % der Bilanzsumme														
2022	100,0	56,4	16,9	21,5	43,6	11,1	7,1	6,6	32,2	67,8	33,5	19,0	34,3	9,3	7,9
2023	100,0	57,9	17,1	23,2	42,1	11,5	7,2	7,5	33,9	66,1	32,9	20,0	33,2	10,0	8,1
2024	100,0	59,5	17,0	24,8	40,5	11,5	6,7	7,3	34,2	65,8	33,4	21,3	32,4	10,2	7,4
2025 p)	100,0	59,7	17,0	25,2	40,3	11,1	6,4	7,5	35,1	64,9	32,9	21,3	32,1	10,4	7,3
2023 2.Hj.	100,0	57,9	17,1	23,2	42,1	11,5	7,2	7,5	33,9	66,1	32,9	20,0	33,2	10,0	8,1
2024 1.Hj.	100,0	58,1	17,0	23,5	41,9	12,4	7,3	6,8	33,7	66,3	33,1	20,9	33,2	11,0	7,7
2.Hj.	100,0	59,5	17,0	24,8	40,5	11,5	6,7	7,3	34,2	65,8	33,4	21,3	32,4	10,2	7,4
2025 1.Hj.	100,0	59,2	17,0	24,6	40,8	11,9	7,0	6,4	34,0	66,0	32,9	21,1	33,1	11,2	7,3
2.Hj. p)	100,0	59,7	17,0	25,2	40,3	11,1	6,4	7,5	35,1	64,9	32,9	21,3	32,1	10,4	7,3
	Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor (Mrd €)														
2022	699,5	520,6	252,3	211,1	179,0	18,1	53,2	52,2	253,7	445,8	284,2	223,4	161,6	38,5	54,0
2023	699,3	527,5	253,0	216,4	171,8	19,2	52,8	42,7	256,7	442,7	287,9	224,6	154,7	34,8	50,6
2024	741,9	560,2	272,7	227,0	181,8	21,1	54,3	51,1	269,4	472,5	302,3	237,5	170,2	37,0	54,8
2025 p)	704,6	527,6	249,2	216,1	177,0	19,7	53,1	42,6	254,4	450,2	283,7	224,7	166,5	36,3	50,7
2023 2.Hj.	699,3	527,5	253,0	216,4	171,8	19,2	52,8	42,7	256,7	442,7	287,9	224,6	154,7	34,8	50,6
2024 1.Hj.	712,7	535,7	257,6	218,9	177,0	20,5	53,4	42,5	247,6	465,1	291,3	227,0	173,8	41,8	52,9
2.Hj.	741,9	560,2	272,7	227,0	181,8	21,1	54,3	51,1	269,4	472,5	302,3	237,5	170,2	37,0	54,8
2025 1.Hj.	688,6	513,5	245,2	209,9	175,1	19,1	50,4	44,3	242,4	446,2	279,3	219,6	167,0	40,7	47,3
2.Hj. p)	704,6	527,6	249,2	216,1	177,0	19,7	53,1	42,6	254,4	450,2	283,7	224,7	166,5	36,3	50,7
	in % der Bilanzsumme														
2022	100,0	74,4	36,1	30,2	25,6	2,6	7,6	7,5	36,3	63,7	40,6	31,9	23,1	5,5	7,7
2023	100,0	75,4	36,2	31,0	24,6	2,8	7,6	6,1	36,7	63,3	41,2	32,1	22,1	5,0	7,2
2024	100,0	75,5	36,8	30,6	24,5	2,8	7,3	6,9	36,3	63,7	40,8	32,0	22,9	5,0	7,4
2025 p)	100,0	74,9	35,4	30,7	25,1	2,8	7,5	6,0	36,1	63,9	40,3	31,9	23,6	5,2	7,2
2023 2.Hj.	100,0	75,4	36,2	31,0	24,6	2,8	7,6	6,1	36,7	63,3	41,2	32,1	22,1	5,0	7,2
2024 1.Hj.	100,0	75,2	36,1	30,7	24,8	2,9	7,5	6,0	34,7	65,3	40,9	31,9	24,4	5,9	7,4
2.Hj.	100,0	75,5	36,8	30,6	24,5	2,8	7,3	6,9	36,3	63,7	40,8	32,0	22,9	5,0	7,4
2025 1.Hj.	100,0	74,6	35,6	30,5	25,4	2,8	7,3	6,4	35,2	64,8	40,6	31,9	24,3	5,9	6,9
2.Hj. p)	100,0	74,9	35,4	30,7	25,1	2,8	7,5	6,0	36,1	63,9	40,3	31,9	23,6	5,2	7,2

***** Im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassene nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die viertel- bzw. halbjährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. **1** Einschl. Zahlungsmitteläquivalenten. **2** Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Zeit	Umsatz		EBITDA 1)		EBITDA 1) in % des Umsatzes					EBIT 2)		EBIT 2) in % des Umsatzes				
					Gewogener Durchschnitt		Verteilung 3)					Gewogener Durchschnitt		Verteilung 3)		
							1.Quartil	Median	3.Quartil					1.Quartil	Median	3.Quartil
	Mrd € 4)	Veränderung gegen Vorjahr in % 5)	Mrd € 4)	Veränderung gegen Vorjahr in % 5)	%	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 5)	%	%	%	Mrd € 4)	Veränderung gegen Vorjahr in % 5)	%	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 5)	%	%	%
Insgesamt																
2019	1 762,2	3,3	254,9	3,1	14,5	– 0,0	6,8	12,1	19,0	110,0	– 15,4	6,2	– 0,0	1,9	5,5	11,1
2020	1 612,8	– 8,6	229,4	– 12,6	14,2	– 0,6	5,9	11,4	18,1	52,5	– 53,5	3,3	– 0,6	– 1,9	4,8	10,3
2021	1 960,1	20,2	323,4	40,1	16,5	2,4	7,8	13,6	20,8	173,8	237,5	8,9	2,4	2,5	8,0	12,8
2022	2 425,9	21,0	347,5	3,0	14,3	– 2,4	7,2	12,1	17,9	177,2	– 6,5	7,3	– 2,4	1,5	6,1	11,0
2023	2 227,9	– 7,5	342,9	2,0	15,4	1,4	6,7	11,7	17,6	175,7	4,3	7,9	1,4	1,8	6,6	10,8
2024	2 194,3	– 2,4	346,5	0,7	15,8	0,5	6,6	12,2	17,9	178,8	0,4	8,2	0,5	0,5	5,7	10,6
2025 p)	2 108,7	– 1,4	325,6	– 5,0	15,4	– 0,6	6,2	10,2	17,3	155,1	– 12,5	7,4	– 0,6	0,8	4,9	9,9
2021 1.Hj.	917,1	19,0	168,7	82,8	18,4	6,4	7,3	13,1	19,6	94,1	.	10,3	9,1	1,9	7,6	12,7
2.Hj.	1 070,3	21,2	157,2	12,0	14,7	– 1,2	7,6	13,0	21,7	80,4	89,4	7,5	2,8	2,5	7,6	12,9
2022 1.Hj.	1 145,7	23,5	184,3	3,2	16,1	– 3,0	6,4	11,6	18,7	101,4	– 2,2	8,9	– 2,1	1,5	6,8	11,7
2.Hj.	1 281,9	18,9	163,3	2,7	12,7	– 2,0	4,7	11,6	18,3	75,9	– 11,6	5,9	– 1,9	0,2	6,5	11,7
2023 1.Hj.	1 113,2	– 2,7	189,8	8,2	17,1	1,7	6,5	11,1	16,8	109,2	16,9	9,8	1,7	1,6	6,1	10,5
2.Hj.	1 126,5	– 11,9	155,0	– 4,7	13,8	1,0	6,5	12,3	18,3	67,3	– 11,3	6,0	0,0	0,8	6,2	12,3
2024 1.Hj.	1 074,0	– 3,8	175,8	– 7,0	16,4	– 0,6	6,2	11,2	16,9	96,8	– 11,5	9,0	– 0,8	1,6	6,0	10,4
2.Hj.	1 125,8	– 1,1	170,9	10,0	15,2	1,5	6,3	11,5	19,3	81,6	19,3	7,3	1,3	0,0	5,8	11,3
2025 1.Hj.	1 046,5	0,1	163,5	– 6,2	15,6	– 1,0	5,9	10,2	17,0	82,6	– 14,0	7,9	– 1,3	0,3	4,9	9,8
2.Hj. p)	1 073,3	– 2,8	163,0	– 3,9	15,2	– 0,2	6,1	10,8	18,4	72,7	– 10,8	6,8	– 0,6	0,7	5,1	11,2
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe 6)																
2019	1 407,8	2,8	190,1	– 1,1	13,5	– 0,5	6,9	11,2	16,9	80,6	– 21,8	5,7	– 0,5	1,7	5,5	10,3
2020	1 265,1	– 9,3	162,8	– 14,3	12,9	– 0,7	4,1	10,2	16,3	30,6	– 63,4	2,4	– 0,7	– 1,9	4,1	7,9
2021	1 552,7	22,2	232,3	44,4	15,0	2,3	8,1	13,0	18,2	129,4	350,1	8,3	2,3	2,5	7,7	11,7
2022	1 953,5	22,0	245,6	– 1,0	12,6	– 2,8	7,2	11,5	16,2	125,1	– 15,6	6,4	– 2,8	1,8	6,1	10,6
2023	1 783,0	– 8,1	255,4	8,1	14,3	2,2	7,1	11,3	15,8	133,2	13,2	7,5	2,2	1,9	6,6	10,3
2024	1 695,0	– 4,4	247,9	– 2,6	14,6	0,3	6,5	12,2	17,8	123,0	– 7,8	7,3	0,3	0,8	5,8	10,5
2025 p)	1 628,0	– 2,6	222,7	– 9,1	13,7	– 1,0	6,0	10,6	16,4	97,1	– 20,0	6,0	– 1,0	0,4	4,8	9,8
2021 1.Hj.	726,2	22,3	126,2	107,3	17,4	7,1	7,9	13,3	18,1	74,6	.	10,3	10,0	3,1	7,9	12,3
2.Hj.	852,6	22,0	108,4	6,8	12,7	– 1,8	7,4	12,2	18,9	55,6	105,2	6,5	2,7	2,5	6,5	11,7
2022 1.Hj.	917,5	24,1	132,3	– 3,4	14,4	– 3,8	8,0	11,6	17,0	74,3	– 12,7	8,1	– 3,1	2,2	6,9	11,3
2.Hj.	1 037,8	20,2	113,4	1,8	10,9	– 2,0	4,4	10,8	16,2	50,8	– 19,5	4,9	– 2,2	0,8	6,0	10,0
2023 1.Hj.	893,1	– 2,7	145,9	17,1	16,3	2,8	7,6	11,7	16,3	86,9	29,3	9,7	2,4	2,1	6,6	10,4
2.Hj.	891,7	– 13,0	109,7	– 1,8	12,3	1,4	6,3	11,6	16,7	46,3	– 8,0	5,2	0,3	0,6	6,2	11,7
2024 1.Hj.	835,5	– 5,5	133,7	– 7,8	16,0	– 0,4	7,7	11,6	16,9	76,9	– 11,6	9,2	– 0,6	2,3	6,8	10,3
2.Hj.	863,8	– 3,3	114,2	4,2	13,2	1,0	4,9	10,9	17,4	45,6	– 0,7	5,3	0,1	– 1,2	5,6	10,9
2025 1.Hj.	813,0	– 1,1	113,8	– 14,1	14,0	– 2,1	6,2	11,1	16,5	54,8	– 27,9	6,7	– 2,5	0,8	5,6	9,5
2.Hj. p)	825,1	– 4,0	109,9	– 3,2	13,3	0,1	5,6	10,8	16,9	42,5	– 6,7	5,2	– 0,2	– 0,1	5,0	11,0
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor																
2019	354,4	5,1	64,9	17,5	18,3	1,9	6,6	13,7	23,8	29,3	10,0	8,3	1,9	2,1	6,4	15,0
2020	347,7	– 5,7	66,6	– 7,4	19,2	– 0,4	7,7	13,4	21,4	21,9	– 26,2	6,3	– 0,4	– 0,3	6,4	10,9
2021	407,4	12,9	91,1	29,9	22,4	2,9	7,7	15,5	23,9	44,4	94,2	10,9	2,9	2,9	9,2	14,6
2022	472,4	17,1	101,9	13,3	21,6	– 0,7	6,3	13,8	21,4	52,2	20,3	11,0	– 0,7	0,1	6,5	13,5
2023	444,9	– 5,0	87,6	– 12,4	19,7	– 1,6	5,6	12,5	20,9	42,5	– 16,4	9,6	– 1,6	0,4	6,3	11,5
2024	499,4	4,8	98,6	9,8	19,8	0,9	6,7	12,0	18,6	55,8	24,8	11,2	0,9	0,3	5,5	10,6
2025 p)	480,7	2,8	102,9	5,1	21,4	0,5	6,2	9,6	18,8	58,0	3,8	12,1	0,5	1,3	5,3	11,4
2021 1.Hj.	190,9	7,7	42,5	35,2	22,3	4,5	6,4	12,8	24,5	19,6	162,1	10,2	6,1	0,4	6,7	14,3
2.Hj.	217,7	18,0	48,7	25,7	22,4	1,4	8,6	16,5	28,2	24,8	61,3	11,4	3,1	2,6	8,8	16,8
2022 1.Hj.	228,3	21,0	52,0	22,9	22,8	0,4	4,6	11,7	20,8	27,0	38,0	11,8	1,5	– 0,0	5,7	12,9
2.Hj.	244,1	13,7	49,9	4,9	20,4	– 1,7	5,2	14,7	22,1	25,1	6,2	10,3	– 0,8	– 1,4	8,2	15,0
2023 1.Hj.	220,1	– 3,0	43,9	– 13,5	20,0	– 2,4	4,7	9,6	18,1	22,3	– 14,8	10,1	– 1,4	– 1,0	5,3	11,8
2.Hj.	234,9	– 7,0	45,3	– 11,2	19,3	– 0,9	7,0	13,3	23,2	21,0	– 18,1	8,9	– 1,2	0,8	6,2	14,4
2024 1.Hj.	238,5	2,8	42,1	– 4,7	17,6	– 1,4	5,4	8,7	16,9	19,9	– 11,1	8,4	– 1,3	– 0,4	3,4	10,4
2.Hj.	262,0	6,8	56,8	23,7	21,7	3,0	7,6	12,7	21,2	36,0	60,8	13,7	4,6	1,2	5,8	13,9
2025 1.Hj.	233,6	4,5	49,7	19,2	21,3	2,6	4,5	8,5	19,9	27,8	39,3	11,9	3,0	0,3	2,9	10,2
2.Hj. p)	248,3	1,2	53,2	– 5,3	21,4	– 1,5	7,3	11,2	21,6	30,2	– 16,0	12,2	– 2,5	1,9	5,7	13,3

***** Im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassene nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die viertel- bzw. halbjährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. **1** Earnings before interest, taxes, depreciation and amortisation - Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen. **2** Earnings before interest and taxes - Ergebnis vor Zinsen und Steuern (operatives Ergebnis). **3** Quantilsangaben basieren auf den ungewogenen Umsatzrenditen der Unternehmensgruppen. **4** Jahreswerte entsprechen nicht zwangsläufig der Summe der Halbjahreswerte. Siehe Qualitätsbericht zur Konzernabschlussstatistik S. 7. **5** Bereinigt um erhebliche Veränderungen im Konsolidierungskreis großer Unternehmensgruppen sowie im Berichtskreis. Siehe Qualitätsbericht zur Konzernabschlussstatistik S. 7. **6** Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für den Euroraum *)

Mio €

Position	2023 r)	2024 r)	2025 r)	2025	2026				
				4.Vj. r)	1.Vj. r)	2.Vj.	Mai	Juni	Juli p)
I. Leistungsbilanz	+ 264 019	+ 391 403	+ 275 303	+ 94 477	+ 53 068	+ 33 560	− 16 399	+ 39 278	+ 36 517
1. Warenhandel									
Einnahmen	2 828 452	2 819 987	2 875 184	731 887	700 693	785 517	246 611	277 046	276 710
Ausgaben	2 578 245	2 492 560	2 545 955	644 015	645 116	716 511	229 731	246 582	236 933
Saldo	+ 250 207	+ 327 427	+ 329 228	+ 87 872	+ 55 578	+ 69 005	+ 16 880	+ 30 464	+ 39 777
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	1 409 865	1 553 041	1 587 086	410 278	381 990	428 126	138 470	153 179	149 760
Ausgaben	1 265 675	1 374 729	1 448 604	380 678	357 650	378 792	122 411	132 525	130 504
Saldo	+ 144 190	+ 178 312	+ 138 483	+ 29 599	+ 24 340	+ 49 334	+ 16 059	+ 20 654	+ 19 256
3. Primäreinkommen									
Einnahmen	1 326 574	1 440 136	1 388 335	368 922	332 700	370 101	117 379	133 325	110 006
Ausgaben	1 293 041	1 389 275	1 400 259	337 327	302 862	412 387	153 095	131 067	114 408
Saldo	+ 33 533	+ 50 861	− 11 923	+ 31 595	+ 29 838	− 42 287	− 35 716	+ 2 258	− 4 402
4. Sekundäreinkommen									
Einnahmen	182 439	195 895	198 480	53 436	48 229	53 512	17 802	19 301	15 056
Ausgaben	346 350	361 092	378 965	108 024	104 916	96 004	31 425	33 400	33 171
Saldo	− 163 911	− 165 197	− 180 484	− 54 588	− 56 687	− 42 492	− 13 623	− 14 098	− 18 115
II. Vermögensänderungsbilanz	+ 48 707	+ 24 535	+ 30 013	+ 23 031	+ 10 700	+ 12 416	+ 1 927	+ 7 356	+ 6 613
III. Kapitalbilanz 1)	+ 320 807	+ 438 068	+ 330 205	+ 87 220	+ 28 146	+ 79 115	+ 6 279	+ 29 447	+ 11 369
1. Direktinvestitionen	+ 39 453	+ 190 282	+ 267 892	+ 146 032	+ 15 833	+ 114 147	+ 25 780	+ 75 174	+ 29 120
Inländ. Anlagen außerhalb des Euroraums	− 365 851	+ 172 022	+ 335 241	+ 137 685	+ 78 240	+ 108 718	+ 7 658	+ 63 501	+ 30 407
Ausländ. Anlagen innerhalb des Euroraums	− 405 304	− 18 260	+ 67 350	− 8 347	+ 62 407	− 5 429	− 18 122	− 11 673	+ 1 286
2. Wertpapieranlagen	− 64 286	− 58 144	− 7 716	− 115 987	− 61 092	− 200 486	+ 2 003	− 228 283	− 21 794
Inländ. Anlagen außerhalb des Euroraums	+ 486 790	+ 817 315	+ 814 713	+ 79 394	+ 232 960	+ 222 547	+ 93 469	+ 82 478	+ 56 435
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 93 523	+ 272 345	+ 243 960	+ 195 381	+ 294 052	+ 423 033	+ 91 466	+ 310 761	+ 78 229
kurzfristige Schuldverschreibungen	+ 119 211	+ 22 899	+ 40 275	+ 92 100	+ 100 527	+ 156 503	+ 69 910	+ 62 733	+ 43 498
langfristige Schuldverschreibungen	+ 274 056	+ 522 070	+ 530 478	+ 46 527	+ 144 026	+ 125 278	+ 62 145	+ 54 946	+ 20 820
Ausländ. Anlagen innerhalb des Euroraums	+ 551 076	+ 875 459	+ 822 429	+ 195 381	+ 294 052	+ 423 033	+ 91 466	+ 310 761	+ 78 229
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 198 270	+ 460 037	+ 369 032	+ 92 100	+ 100 527	+ 156 503	+ 69 910	+ 62 733	+ 43 498
kurzfristige Schuldverschreibungen	− 27 319	+ 3 736	+ 62 229	+ 20 427	+ 1 612	+ 34 487	− 19 077	+ 58 873	− 10 357
langfristige Schuldverschreibungen	+ 380 126	+ 411 686	+ 391 168	+ 82 854	+ 191 913	+ 232 043	+ 40 634	+ 189 155	+ 45 088
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	+ 22 843	+ 32 053	− 54 696	− 17 839	− 11 210	+ 58 953	+ 15 113	+ 28 960	− 6 672
4. Übriger Kapitalverkehr	+ 335 188	+ 269 202	+ 102 019	+ 66 405	+ 78 900	+ 103 949	− 42 941	+ 154 361	+ 10 042
Eurosystem	+ 317 167	+ 40 641	+ 78 486	− 27 923	+ 27 598	− 12 148	− 28 174	+ 19 834	+ 33 001
Staat	− 5 997	− 19 243	− 26 418	+ 38 154	− 16 425	+ 7 977	− 13 225	+ 13 137	− 327
Monetäre Finanzinstitute 2)	+ 134 787	+ 354 799	+ 129 506	+ 54 782	+ 45 856	+ 145 425	+ 43 682	+ 90 127	− 48 883
Unternehmen und Privatpersonen	− 110 769	− 106 994	− 79 556	+ 1 393	+ 21 871	− 37 305	− 45 225	+ 31 264	+ 26 250
5. Währungsreserven des Euroraums	− 12 391	+ 4 675	+ 22 706	+ 8 610	+ 5 714	+ 2 552	+ 6 324	− 765	+ 673
IV. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	+ 8 081	+ 22 131	+ 24 889	− 30 288	− 35 622	+ 33 139	+ 20 751	− 17 187	− 31 761

***** Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. **1** Zunahme: + / Abnahme: -. **2** Ohne Eurosystem.

XII. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögensänderungsbilanz [2]	Kapitalbilanz [3]		Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen [4]
	Insgesamt	Warenhandel: Insgesamt	Warenhandel: darunter: Ergänzungen zum Außenhandel, Saldo [1]	Dienstleistungen	Primäreinkommen	Sekundäreinkommen		Insgesamt	darunter: Währungsreserven	
2011	+ 168 024	+ 164 171	− 8 902	− 30 158	+ 70 344	− 36 334	− 1 070	+ 121 168	+ 2 836	− 45 786
2012	+ 196 398	+ 200 916	− 10 420	− 31 425	+ 67 304	− 40 397	− 2 167	+ 151 672	+ 1 297	− 42 559
2013	+ 187 541	+ 199 951	− 17 770	− 34 257	+ 66 891	− 45 044	− 2 705	+ 225 081	+ 838	+ 40 244
2014	+ 215 931	+ 218 515	− 15 863	− 22 941	+ 61 801	− 41 443	+ 336	+ 231 399	− 2 564	+ 15 132
2015	+ 250 088	+ 245 054	− 18 813	− 16 236	+ 60 039	− 38 770	− 1 769	+ 227 420	− 2 213	− 20 899
2016	+ 284 661	+ 250 397	− 21 830	− 18 346	+ 90 868	− 38 259	− 1 345	+ 269 281	+ 1 686	− 14 034
2017	+ 268 729	+ 257 041	− 12 757	− 21 212	+ 83 864	− 50 964	− 6 479	+ 274 766	− 1 269	+ 12 515
2018	+ 289 187	+ 218 739	− 27 726	− 14 010	+ 134 180	− 49 722	− 3 602	+ 261 114	+ 392	− 24 470
2019	+ 278 477	+ 213 201	− 39 862	− 14 443	+ 130 094	− 50 375	− 4 907	+ 200 831	− 544	− 72 739
2020	+ 218 031	+ 177 742	− 21 461	+ 6 633	+ 87 061	− 53 406	− 10 520	+ 168 954	− 51	− 38 557
2021	+ 254 406	+ 187 660	− 5 281	+ 3 833	+ 122 860	− 59 947	− 3 480	+ 205 068	+ 31 892	− 45 858
2022	+ 162 541	+ 125 694	+ 11 781	− 33 722	+ 138 965	− 68 397	− 20 043	+ 166 354	+ 4 426	+ 23 856
2023	+ 232 441	+ 225 374	− 31 782	− 60 939	+ 134 424	− 66 418	− 23 643	+ 188 133	+ 884	− 20 666
2024	+ 255 115	+ 236 745	− 42 597	− 70 658	+ 158 358	− 69 331	− 22 235	+ 249 383	− 1 440	+ 16 503
2025 r)	+ 200 138	+ 185 956	− 40 190	− 76 226	+ 160 774	− 70 367	− 28 231	+ 283 599	+ 850	+ 111 693
2023 3.Vj.	+ 58 178	+ 57 403	− 8 673	− 23 623	+ 40 000	− 15 603	− 2 604	+ 25 255	− 790	− 30 319
4.Vj.	+ 71 871	+ 61 756	− 10 190	− 11 331	+ 46 280	− 24 834	− 4 069	+ 69 189	+ 355	+ 1 387
2024 1.Vj.	+ 82 028	+ 68 169	− 9 242	− 11 093	+ 39 797	− 14 846	− 8 240	+ 36 324	+ 378	− 37 464
2.Vj.	+ 61 679	+ 67 175	− 10 184	− 19 955	+ 25 027	− 10 568	− 2 567	+ 34 206	+ 746	− 24 906
3.Vj.	+ 55 744	+ 55 937	− 9 105	− 27 558	+ 43 193	− 15 828	− 5 094	+ 84 831	− 890	+ 34 181
4.Vj.	+ 55 665	+ 45 465	− 14 065	− 12 052	+ 50 341	− 28 089	− 6 333	+ 94 023	− 1 674	+ 44 691
2025 1.Vj. r)	+ 64 748	+ 55 628	− 6 495	− 14 249	+ 39 592	− 16 223	− 8 776	+ 72 399	+ 796	+ 16 427
2.Vj. r)	+ 41 187	+ 47 657	− 11 753	− 20 381	+ 25 362	− 11 451	− 8 193	+ 99 097	+ 895	+ 66 102
3.Vj. r)	+ 43 457	+ 45 055	− 9 131	− 26 737	+ 43 686	− 18 547	− 6 624	+ 44 251	− 1 793	+ 7 418
4.Vj. r)	+ 50 744	+ 37 615	− 12 811	− 14 860	+ 52 135	− 24 146	− 4 638	+ 67 852	+ 953	+ 21 745
2026 1.Vj. r)	+ 63 328	+ 54 015	− 7 974	− 11 552	+ 40 677	− 19 812	− 163	+ 19 298	+ 632	− 43 866
2.Vj. p)	+ 44 954	+ 47 732	− 9 073	− 19 415	+ 29 277	− 12 640	− 8 136	+ 53 430	− 364	+ 16 612
2024 März	+ 29 157	+ 22 644	− 3 385	− 3 514	+ 15 294	− 5 268	− 169	+ 20 971	− 566	− 8 017
April	+ 26 010	+ 24 268	− 3 051	− 5 514	+ 11 039	− 3 784	− 2 795	− 329	− 317	− 23 544
Mai	+ 15 708	+ 22 261	− 2 898	− 7 428	+ 2 559	− 1 684	− 1 879	+ 25 407	+ 156	+ 11 578
Juni	+ 19 961	+ 20 645	− 4 235	− 7 013	+ 11 429	− 5 101	+ 2 107	+ 9 128	+ 908	− 12 940
Juli	+ 19 682	+ 21 007	− 2 030	− 9 324	+ 13 729	− 5 730	− 2 557	+ 39 968	− 1 194	+ 22 843
Aug.	+ 14 777	+ 16 521	− 3 943	− 11 356	+ 14 765	− 5 153	+ 470	+ 9 544	− 552	− 5 703
Sept.	+ 21 286	+ 18 409	− 3 132	− 6 878	+ 14 699	− 4 945	− 3 008	+ 35 319	+ 855	+ 17 042
Okt.	+ 16 011	+ 15 769	− 1 281	− 9 120	+ 15 440	− 6 078	− 3 014	+ 9 846	− 1 367	− 3 151
Nov.	+ 22 681	+ 18 830	− 5 674	− 4 918	+ 16 156	− 7 388	− 1 345	+ 32 326	+ 1 671	+ 10 990
Dez.	+ 16 973	+ 10 866	− 7 111	+ 1 986	+ 18 745	− 14 623	− 1 974	+ 51 851	− 1 977	+ 36 852
2025 Jan.	+ 16 358	+ 13 658	− 959	− 6 182	+ 14 379	− 5 497	− 2 102	+ 6 552	+ 1 192	− 7 705
Febr. r)	+ 21 112	+ 20 561	− 1 094	− 4 477	+ 10 397	− 5 370	− 3 674	+ 610	− 64	− 16 827
März r)	+ 27 278	+ 21 409	− 4 442	− 3 590	+ 14 816	− 5 356	− 3 000	+ 65 237	− 332	+ 40 959
April r)	+ 18 551	+ 16 361	− 2 514	− 6 766	+ 13 716	− 4 760	− 2 108	+ 19 796	+ 516	+ 3 354
Mai r)	+ 5 606	+ 15 777	− 5 259	− 6 249	− 2 297	− 1 625	− 2 417	+ 32 100	+ 640	+ 28 911
Juni r)	+ 17 031	+ 15 519	− 3 980	− 7 365	+ 13 943	− 5 066	− 3 667	+ 47 200	− 261	+ 33 837
Juli r)	+ 16 900	+ 16 387	− 3 741	− 9 737	+ 15 733	− 5 483	− 375	+ 1 831	− 381	− 14 694
Aug. r)	+ 10 891	+ 12 421	− 2 255	− 9 931	+ 14 398	− 5 997	− 2 683	+ 16 608	− 772	+ 8 399
Sept. r)	+ 15 666	+ 16 247	− 3 135	− 7 069	+ 13 555	− 7 067	− 3 566	+ 25 813	− 640	+ 13 713
Okt. r)	+ 18 868	+ 16 839	− 3 664	− 6 793	+ 15 233	− 6 410	− 2 606	− 16 508	+ 73	− 32 771
Nov. r)	+ 17 250	+ 12 602	− 4 084	− 4 727	+ 17 146	− 7 771	− 1 369	+ 50 129	+ 827	+ 34 248
Dez. r)	+ 14 626	+ 8 175	− 5 063	− 3 340	+ 19 755	− 9 964	− 663	+ 34 231	+ 54	+ 20 268
2026 Jan. r)	+ 17 208	+ 13 733	− 2 666	− 3 785	+ 14 164	− 6 903	− 1 154	− 18 718	+ 123	− 34 772
Febr. r)	+ 20 665	+ 19 701	− 3 410	− 4 586	+ 11 189	− 5 638	− 1 857	+ 22 206	− 28	+ 3 398
März r)	+ 25 455	+ 20 582	− 1 898	− 3 181	+ 15 325	− 7 270	+ 2 847	+ 15 810	+ 537	− 12 492
April r)	+ 16 785	+ 15 068	− 2 414	− 5 366	+ 11 800	− 4 717	− 1 736	+ 5 834	− 664	− 9 215
Mai r)	+ 9 288	+ 15 486	− 2 984	− 6 886	+ 3 649	− 2 962	− 3 375	+ 14 636	+ 835	+ 8 723
Juni r)	+ 18 881	+ 17 178	− 3 675	− 7 163	+ 13 827	− 4 961	− 3 024	+ 32 960	− 535	+ 17 103
Juli r)	+ 21 794	+ 20 599	− 4 673	− 8 400	+ 16 184	− 6 588	+ 2 209	− 6 389	+ 1 280	− 30 392
Aug. p)	+ 10 320	+ 13 063	− 3 429	− 11 512	+ 15 593	− 6 823	− 1 423	+ 16 129	− 237	+ 7 232

1 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung, Absetzungen der Rückwaren und Absetzungen der Aus- bzw. Einfuhren in Verbindung mit Lohnveredelung. **2** Einschl. Nettoerwerb/-veräußerung von nichtproduziertem Sachvermögen. **3** Zunahme an Nettoauslandsvermögen: + / Abnahme: -. **4** Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

XII. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2023	2024	2025	2026 März	2026 April	2026 Mai	2026 Juni	2026 Juli	2026 August
Alle Länder 1)	Ausfuhr	1 575 527	1 550 144	1 564 192	150 275	136 517	129 491	147 011	143 606	123 448
	Einfuhr	1 368 440	1 317 036	1 361 890	129 500	122 076	113 599	128 233	121 140	108 571
	Saldo	+ 207 087	+ 233 109	+ 202 303	+ 20 775	+ 14 440	+ 15 892	+ 18 778	+ 22 466	+ 14 877
I. Europäische Länder	Ausfuhr	1 072 952	1 054 654	1 095 237	109 234	98 283	91 995	104 573	98 174	86 097
	Einfuhr	879 030	838 766	863 229	82 556	75 646	70 846	80 617	76 131	64 202
	Saldo	+ 193 923	+ 215 888	+ 232 008	+ 26 678	+ 22 637	+ 21 150	+ 23 956	+ 22 043	+ 21 896
1. EU-Länder (27)	Ausfuhr	860 514	840 396	873 563	86 451	79 394	74 554	83 856	78 841	68 353
	Einfuhr	716 127	683 233	700 250	66 369	61 142	57 012	66 368	61 259	52 314
	Saldo	+ 144 386	+ 157 164	+ 173 313	+ 20 082	+ 18 252	+ 17 542	+ 17 488	+ 17 582	+ 16 039
Euroraum (21)	Ausfuhr	610 790	591 402	613 636	60 642	55 160	51 964	58 723	55 253	46 518
	Einfuhr	481 564	458 316	469 378	44 289	41 608	38 561	44 789	41 597	34 743
	Saldo	+ 129 227	+ 133 086	+ 144 258	+ 16 353	+ 13 552	+ 13 403	+ 13 934	+ 13 656	+ 11 775
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	67 806	65 277	65 371	6 146	5 942	5 379	5 859	5 595	5 292
	Einfuhr	56 422	51 030	50 799	4 859	4 520	4 361	4 743	4 482	4 111
	Saldo	+ 11 384	+ 14 247	+ 14 572	+ 1 287	+ 1 422	+ 1 018	+ 1 117	+ 1 113	+ 1 181
Frankreich	Ausfuhr	120 636	115 685	117 337	11 748	10 664	9 673	11 538	10 563	8 325
	Einfuhr	69 905	66 530	69 105	6 766	6 253	5 329	6 584	6 251	5 040
	Saldo	+ 50 731	+ 49 155	+ 48 232	+ 4 981	+ 4 411	+ 4 344	+ 4 954	+ 4 312	+ 3 285
Italien	Ausfuhr	85 511	80 393	83 476	8 350	7 245	7 135	7 791	7 627	5 183
	Einfuhr	71 900	67 739	72 372	6 783	6 328	6 201	7 645	6 933	4 831
	Saldo	+ 13 611	+ 12 654	+ 11 104	+ 1 567	+ 917	+ 934	+ 146	+ 693	+ 352
Niederlande	Ausfuhr	111 786	109 354	112 373	11 321	10 234	9 822	11 097	10 138	9 461
	Einfuhr	102 936	93 223	97 047	8 795	8 320	7 930	8 732	8 301	7 809
	Saldo	+ 8 850	+ 16 131	+ 15 326	+ 2 526	+ 1 914	+ 1 892	+ 2 365	+ 1 837	+ 1 652
Österreich	Ausfuhr	80 146	76 583	80 003	8 157	7 505	6 624	7 210	7 232	6 426
	Einfuhr	53 136	51 368	53 627	5 126	4 938	4 291	5 126	4 821	4 121
	Saldo	+ 27 010	+ 25 214	+ 26 376	+ 3 031	+ 2 567	+ 2 333	+ 2 084	+ 2 411	+ 2 305
Spanien	Ausfuhr	54 153	53 849	59 131	5 629	5 160	5 246	5 645	5 178	4 153
	Einfuhr	38 953	39 757	39 184	3 671	3 605	3 205	3 704	3 272	2 455
	Saldo	+ 15 200	+ 14 092	+ 19 946	+ 1 958	+ 1 485	+ 2 041	+ 1 941	+ 1 906	+ 1 699
Andere EU-Länder	Ausfuhr	249 723	248 994	259 928	25 809	24 234	22 590	25 132	23 588	21 836
	Einfuhr	234 564	224 916	230 873	22 080	19 534	18 451	21 578	19 662	17 572
	Saldo	+ 15 160	+ 24 078	+ 29 055	+ 3 729	+ 4 700	+ 4 139	+ 3 554	+ 3 926	+ 4 264
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	212 439	214 257	221 673	22 783	18 889	17 441	20 718	19 333	17 744
	Einfuhr	162 903	155 533	162 979	16 188	14 505	13 834	14 249	14 872	11 888
	Saldo	+ 49 536	+ 58 724	+ 58 695	+ 6 596	+ 4 385	+ 3 607	+ 6 468	+ 4 461	+ 5 857
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	66 192	67 539	73 808	8 317	6 794	6 014	6 788	6 624	5 793
	Einfuhr	51 921	52 596	55 482	5 114	4 767	4 128	4 625	4 779	3 687
	Saldo	+ 14 271	+ 14 943	+ 18 326	+ 3 202	+ 2 028	+ 1 886	+ 2 163	+ 1 845	+ 2 106
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	78 428	80 325	79 892	8 200	6 417	6 367	7 707	7 027	6 835
	Einfuhr	36 975	36 383	38 550	3 803	3 243	3 553	3 342	3 299	2 805
	Saldo	+ 41 452	+ 43 942	+ 41 342	+ 4 397	+ 3 174	+ 2 814	+ 4 365	+ 3 728	+ 4 030
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	497 748	490 627	464 039	40 451	37 622	36 802	41 792	44 773	36 775
	Einfuhr	488 452	477 279	496 641	46 737	46 254	42 590	47 384	44 802	44 169
	Saldo	+ 9 297	+ 13 348	− 32 602	− 6 286	− 8 632	− 5 788	− 5 592	− 29	− 7 395
1. Afrika	Ausfuhr	28 742	26 282	28 432	2 556	2 549	2 355	2 690	2 904	2 524
	Einfuhr	32 578	32 144	34 904	3 069	3 280	2 851	3 316	2 814	3 056
	Saldo	− 3 836	− 5 862	− 6 472	− 513	− 731	− 496	− 626	+ 90	− 533
2. Amerika	Ausfuhr	216 538	219 115	202 579	18 470	16 620	17 449	18 130	20 859	16 743
	Einfuhr	130 857	129 500	134 278	12 562	13 400	12 189	13 150	11 703	11 239
	Saldo	+ 85 682	+ 89 616	+ 68 301	+ 5 908	+ 3 220	+ 5 260	+ 4 979	+ 9 156	+ 5 504
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	157 930	161 427	147 049	13 120	11 417	12 501	12 688	15 571	12 093
	Einfuhr	94 947	92 060	94 357	8 742	8 688	8 941	9 092	8 335	7 987
	Saldo	+ 62 983	+ 69 367	+ 52 692	+ 4 378	+ 2 728	+ 3 560	+ 3 596	+ 7 236	+ 4 106
3. Asien	Ausfuhr	238 709	232 151	220 906	18 385	17 215	16 002	19 700	19 863	16 602
	Einfuhr	318 761	310 242	321 669	30 518	28 935	27 072	30 347	29 795	29 458
	Saldo	− 80 051	− 78 091	− 100 763	− 12 133	− 11 720	− 11 071	− 10 647	− 9 932	− 12 857
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	32 039	33 905	36 371	2 282	2 407	2 447	3 304	3 681	2 686
	Einfuhr	16 094	11 545	10 479	1 010	784	838	811	679	959
	Saldo	+ 15 945	+ 22 360	+ 25 892	+ 1 272	+ 1 623	+ 1 609	+ 2 492	+ 3 002	+ 1 727
Japan	Ausfuhr	20 238	21 572	21 003	1 875	1 560	1 503	1 704	1 805	1 433
	Einfuhr	25 642	22 662	22 041	2 184	1 933	1 683	1 984	1 921	1 800
	Saldo	− 5 405	− 1 090	− 1 037	− 309	− 373	− 180	− 280	− 116	− 367
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr	97 346	89 934	81 250	6 709	5 902	5 704	6 709	6 079	5 406
	Einfuhr	160 600	160 825	171 302	15 854	15 072	14 185	16 643	15 748	15 986
	Saldo	− 63 253	− 70 891	− 90 052	− 9 145	− 9 170	− 8 480	− 9 934	− 9 669	− 10 579
Neue Industriestaaten und Schwellenländer Asiens 3)	Ausfuhr	60 971	58 590	55 010	5 089	4 852	4 243	5 323	5 645	4 708
	Einfuhr	67 120	62 477	62 353	6 419	6 031	5 386	5 878	6 217	5 932
	Saldo	− 6 149	− 3 887	− 7 343	− 1 330	− 1 180	− 1 143	− 554	− 572	− 1 223
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	13 759	13 079	12 122	1 041	1 238	997	1 272	1 147	906
	Einfuhr	6 256	5 393	5 791	589	639	478	570	491	415
	Saldo	+ 7 503	+ 7 686	+ 6 331	+ 452	+ 599	+ 519	+ 702	+ 656	+ 491

***** Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. **1** Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. **2** Ohne Hongkong. **3** Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

XII. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungen und Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen									Primäreinkommen		
		darunter:										
	Insgesamt	Transportleistungen	Reiseverkehr [1]	Finanzdienstleistungen	Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienstleistungen	Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen	Regierungsleistungen [2]	Arbeitnehmerentgelt	Vermögenseinkommen	Sonstiges Primäreinkommen [3]
2021	+ 3 833	– 5 966	– 24 323	+ 8 648	+ 32 149	– 9 354	– 9 557	+ 3 295	+ 5 294	+ 120 632	– 3 065
2022	– 33 722	– 10 517	– 55 371	+ 9 114	+ 29 490	– 11 399	– 9 767	+ 3 867	+ 5 645	+ 138 778	– 5 458
2023	– 60 939	– 10 473	– 71 800	+ 9 423	+ 21 658	– 11 265	– 15 426	+ 3 402	+ 5 872	+ 132 883	– 4 332
2024	– 70 658	– 8 359	– 77 381	+ 11 284	+ 18 378	– 10 522	– 18 959	+ 3 491	+ 6 018	+ 152 802	– 461
2025 r)	– 76 226	– 10 410	– 80 743	+ 10 643	+ 17 882	– 9 742	– 18 600	+ 1 247	+ 6 170	+ 156 074	– 1 470
2024 4.Vj.	– 12 052	– 2 280	– 16 249	+ 2 911	+ 4 530	– 1 316	– 3 545	+ 898	+ 1 746	+ 45 797	+ 2 797
2025 1.Vj. r)	– 14 249	– 2 268	– 15 762	+ 2 801	+ 5 293	– 3 559	– 4 466	+ 915	+ 1 852	+ 39 029	– 1 289
2.Vj. r)	– 20 381	– 2 555	– 22 230	+ 2 698	+ 5 066	– 1 949	– 5 766	+ 727	+ 1 402	+ 25 388	– 1 429
3.Vj. r)	– 26 737	– 2 788	– 26 023	+ 2 604	+ 3 145	– 2 320	– 5 408	+ 406	+ 1 097	+ 44 093	– 1 505
4.Vj. r)	– 14 860	– 2 799	– 16 729	+ 2 540	+ 4 379	– 1 914	– 2 960	– 801	+ 1 818	+ 47 563	+ 2 753
2026 1.Vj. r)	– 11 552	– 3 149	– 15 020	+ 3 889	+ 5 058	– 1 866	– 4 718	+ 210	+ 1 858	+ 40 257	– 1 438
2.Vj. p)	– 19 415	– 2 824	– 23 319	+ 3 274	+ 4 777	– 1 316	– 4 747	+ 589	+ 1 404	+ 29 299	– 1 427
2025 Okt. r)	– 6 793	– 949	– 7 632	+ 637	+ 2 535	– 1 606	– 825	– 75	+ 552	+ 13 734	+ 947
Nov. r)	– 4 727	– 936	– 5 869	+ 893	+ 1 383	– 269	– 1 144	– 56	+ 549	+ 15 741	+ 856
Dez. r)	– 3 340	– 915	– 3 228	+ 1 009	+ 461	– 39	– 991	– 670	+ 717	+ 18 088	+ 950
2026 Jan. r)	– 3 785	– 682	– 4 693	+ 1 436	+ 1 927	– 1 198	– 1 697	– 247	+ 620	+ 14 077	– 534
Febr. r)	– 4 586	– 951	– 4 460	+ 1 414	+ 877	– 1 236	– 1 693	+ 286	+ 619	+ 11 032	– 463
März r)	– 3 181	– 1 517	– 5 867	+ 1 039	+ 2 254	+ 568	– 1 328	+ 172	+ 619	+ 15 148	– 442
April r)	– 5 366	– 926	– 6 394	+ 1 190	+ 2 055	– 902	– 2 079	+ 208	+ 469	+ 11 753	– 421
Mai r)	– 6 886	– 774	– 8 032	+ 997	+ 1 156	– 603	– 1 237	+ 235	+ 468	+ 3 665	– 484
Juni r)	– 7 163	– 1 123	– 8 894	+ 1 087	+ 1 566	+ 189	– 1 431	+ 146	+ 468	+ 13 882	– 522
Juli r)	– 8 400	– 202	– 7 947	+ 889	+ 227	– 1 379	– 1 689	+ 246	+ 367	+ 16 334	– 517
Aug. p)	– 11 512	– 114	– 12 056	+ 1 160	+ 1 165	– 903	– 2 378	+ 241	+ 366	+ 15 708	– 481

1 Seit 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. **2** Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl. Einnahmen ausländischer militärischer Dienststellen. **3** Enthält unter anderem Pacht, Produktions- und Importabgaben an die EU sowie Subventionen von der EU.

5. Sekundäreinkommen und Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Sekundäreinkommen							Vermögensänderungsbilanz		
		Staat			Alle Sektoren ohne Staat [2]					
			darunter:			darunter:				
	Insgesamt	Insgesamt	Übertragungen im Rahmen von internationaler Zusammenarbeit [1]	Laufende Steuern auf Einkommen, Vermögen, u.ä.	Insgesamt	Persönliche Übertragungen [3]	darunter: Heimatüberweisungen	Insgesamt	Nicht produziertes Sachvermögen	Vermögensübertragungen
2021	– 59 947	– 37 264	– 8 935	+ 11 840	– 22 683	– 6 178	– 6 170	– 3 480	– 582	– 2 899
2022	– 68 397	– 40 293	– 15 111	+ 14 241	– 28 104	– 8 084	– 7 204	– 20 043	– 16 331	– 3 712
2023	– 66 418	– 34 941	– 12 491	+ 14 794	– 31 477	– 7 876	– 7 806	– 23 643	– 17 480	– 6 163
2024	– 69 331	– 34 224	– 13 837	+ 14 882	– 35 107	– 8 331	– 8 246	– 22 235	– 14 941	– 7 294
2025 r)	– 70 367	– 40 065	– 15 904	+ 14 019	– 30 302	– 8 597	– 8 500	– 28 231	– 19 037	– 9 193
2024 4.Vj.	– 28 089	– 14 010	– 6 586	+ 2 277	– 14 079	– 2 083	– 2 062	– 6 333	– 4 115	– 2 218
2025 1.Vj. r)	– 16 223	– 8 765	– 3 196	+ 3 380	– 7 458	– 2 150	– 2 125	– 8 776	– 4 919	– 3 857
2.Vj. r)	– 11 451	– 4 803	– 2 510	+ 7 356	– 6 648	– 2 150	– 2 125	– 8 193	– 6 886	– 1 307
3.Vj. r)	– 18 547	– 11 560	– 3 671	+ 1 553	– 6 987	– 2 148	– 2 125	– 6 624	– 4 639	– 1 985
4.Vj. r)	– 24 146	– 14 936	– 6 526	+ 1 731	– 9 209	– 2 149	– 2 125	– 4 638	– 2 593	– 2 045
2026 1.Vj. r)	– 19 812	– 12 825	– 1 936	+ 3 088	– 6 986	– 2 131	– 2 125	– 163	+ 2 246	– 2 409
2.Vj. p)	– 12 640	– 5 508	– 1 949	+ 7 631	– 7 132	– 2 131	– 2 125	– 8 136	– 6 945	– 1 191
2025 Okt. r)	– 6 410	– 4 380	– 1 762	+ 281	– 2 030	– 716	– 708	– 2 606	– 2 578	– 28
Nov. r)	– 7 771	– 5 484	– 1 606	+ 397	– 2 287	– 716	– 708	– 1 369	– 763	– 607
Dez. r)	– 9 964	– 5 072	– 3 159	+ 1 053	– 4 892	– 717	– 708	– 663	+ 747	– 1 410
2026 Jan. r)	– 6 903	– 4 568	– 1 054	+ 494	– 2 335	– 711	– 708	– 1 154	+ 737	– 1 891
Febr. r)	– 5 638	– 4 179	– 364	+ 1 316	– 1 459	– 710	– 708	– 1 857	– 1 377	– 480
März r)	– 7 270	– 4 078	– 518	+ 1 278	– 3 192	– 711	– 708	+ 2 847	+ 2 885	– 38
April r)	– 4 717	– 2 358	– 681	+ 1 795	– 2 359	– 711	– 708	– 1 736	– 1 316	– 420
Mai r)	– 2 962	– 655	– 532	+ 3 984	– 2 307	– 710	– 708	– 3 375	– 2 876	– 499
Juni r)	– 4 961	– 2 495	– 736	+ 1 853	– 2 466	– 710	– 708	– 3 024	– 2 753	– 271
Juli r)	– 6 588	– 4 345	– 832	+ 371	– 2 243	– 710	– 708	+ 2 209	+ 2 753	– 544
Aug. p)	– 6 823	– 4 738	– 645	+ 64	– 2 085	– 709	– 708	– 1 423	– 1 005	– 419

1 Ohne Vermögensübertragungen, soweit erkennbar. Enthält unentgeltliche Leistungen im Rahmen internationaler Kooperationen und sonstiger laufender Übertragungen. **2** Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebensversicherungen). **3** Übertragungen zwischen inländischen und ausländischen Haushalten.

XII. Außenwirtschaft

6. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Position	2023	2024	2025 r)	2025	2026				
				4.Vj. r)	1.Vj. r)	2.Vj. p)	Juni r)	Juli r)	August p)
I. Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: +)	+ 301 104	+ 517 775	+ 823 204	+ 61 411	+ 329 900	+ 269 348	+ 114 142	+ 10 580	+ 88 876
1. Direktinvestitionen	+ 107 748	+ 80 193	+ 97 536	+ 17 865	+ 27 541	+ 14 377	+ 7 107	+ 4 937	– 389
Beteiligungskapital	+ 49 400	+ 62 879	+ 78 045	+ 15 788	+ 20 973	+ 25 155	+ 5 910	+ 6 009	+ 5 440
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 34 845	+ 48 640	+ 65 194	+ 15 890	+ 20 780	+ 22 094	+ 4 946	+ 3 865	+ 4 940
Direktinvestitionskredite	+ 58 349	+ 17 315	+ 19 490	+ 2 077	+ 6 568	– 10 778	+ 1 197	– 1 072	– 5 830
2. Wertpapieranlagen	+ 154 529	+ 217 756	+ 281 123	– 9 860	+ 88 869	+ 110 003	+ 34 726	+ 9 060	+ 47 487
Aktien 2)	– 4 856	+ 3 762	+ 902	– 30 879	– 4 034	+ 4 258	– 4 498	– 5 682	– 325
Investmentfondsanteile 3)	+ 29 390	+ 111 267	+ 119 913	+ 24 729	+ 34 005	+ 40 167	+ 13 964	+ 14 464	+ 19 080
kurzfristige Schuldverschreibungen 4)	+ 6 516	+ 8 882	– 11 119	– 6 421	+ 3 666	+ 1 676	+ 497	+ 774	+ 2 352
langfristige Schuldverschreibungen 5)	+ 123 479	+ 93 846	+ 171 427	+ 2 710	+ 55 231	+ 63 902	+ 24 764	– 496	+ 26 381
3. Finanzderivate und Mitarbeiteroptionen 6)	+ 35 359	+ 42 861	+ 38 557	+ 835	+ 28 585	+ 23 845	+ 12 114	– 2 877	+ 5 740
4. Übriger Kapitalverkehr 7)	+ 2 583	+ 178 404	+ 405 138	+ 51 617	+ 184 273	+ 121 487	+ 60 731	– 1 822	+ 36 276
Monetäre Finanzinstitute 8)	+ 42 147	+ 163 086	+ 205 602	+ 17 127	+ 118 803	+ 60 127	+ 25 528	– 2 122	+ 19 668
Unternehmen und Privatpersonen 9)	+ 125 187	+ 79 254	+ 217 605	+ 54 347	+ 60 874	+ 50 584	+ 55 114	+ 10 521	– 20 221
Staat	+ 7 589	– 9 122	+ 3 040	+ 2 375	+ 1 981	– 1 632	+ 2 490	– 4 098	+ 2 351
Bundesbank	– 172 339	– 54 813	– 21 110	– 22 231	+ 2 615	+ 12 408	– 22 401	– 6 123	+ 34 478
5. Währungsreserven	+ 884	– 1 440	+ 850	+ 953	+ 632	– 364	– 535	+ 1 280	– 237
II. Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)	+ 112 972	+ 268 392	+ 539 605	– 6 441	+ 310 602	+ 215 918	+ 81 183	+ 16 968	+ 72 748
1. Direktinvestitionen	+ 84 088	+ 57 351	+ 86 145	– 2 795	+ 15 894	+ 10 697	+ 5 454	+ 13 557	+ 2 576
Beteiligungskapital	+ 50 972	+ 54 037	+ 54 367	+ 19 336	+ 6 807	+ 7 408	+ 3 007	+ 2 640	+ 2 354
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 12 016	+ 16 547	+ 19 359	+ 4 668	+ 7 914	+ 3 985	+ 1 165	+ 2 665	+ 2 514
Direktinvestitionskredite	+ 33 115	+ 3 313	+ 31 777	– 22 131	+ 9 087	+ 3 289	+ 2 447	+ 10 917	+ 222
2. Wertpapieranlagen	+ 162 124	+ 197 373	+ 229 443	+ 44 108	+ 85 970	+ 98 377	+ 29 415	+ 43 506	+ 28 512
Aktien 2)	– 14 063	– 5 152	– 15 626	– 7 725	– 4 080	+ 2 715	+ 429	+ 454	+ 465
Investmentfondsanteile 3)	– 2 214	– 1 014	+ 772	– 6 259	+ 2 309	+ 8 207	+ 926	– 130	– 10
kurzfristige Schuldverschreibungen 4)	+ 9 216	– 15 052	+ 48 161	+ 14 884	– 13 160	+ 19 702	+ 11 032	– 160	+ 9 578
langfristige Schuldverschreibungen 5)	+ 169 185	+ 218 591	+ 196 136	+ 43 208	+ 100 902	+ 67 753	+ 17 028	+ 43 341	+ 18 478
3. Übriger Kapitalverkehr 7)	– 133 240	+ 13 668	+ 224 018	– 47 754	+ 208 738	+ 106 844	+ 46 313	– 40 095	+ 41 660
Monetäre Finanzinstitute 8)	– 55 216	+ 55 690	+ 118 326	– 87 330	+ 184 278	+ 29 180	+ 1 647	– 15 347	+ 21 207
Unternehmen und Privatpersonen 9)	+ 61 015	+ 17 853	+ 113 919	+ 17 326	+ 34 385	+ 46 686	+ 22 684	– 12 520	+ 17 540
Staat	– 790	– 1 820	+ 8 994	– 67	+ 7 808	– 1 434	+ 3 123	– 3 782	– 301
Bundesbank	– 138 249	– 58 055	– 17 221	+ 22 317	– 17 732	+ 32 412	+ 18 859	– 8 445	+ 3 214
III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme an Nettoauslandsvermögen: + / Abnahme: -)	+ 188 133	+ 249 383	+ 283 599	+ 67 852	+ 19 298	+ 53 430	+ 32 960	– 6 389	+ 16 129

1 Geschätzt auf der Grundlage der Angaben über den Stand der Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland (siehe Statistische Fachreihe, Direktinvestitionsstatistiken). **2** Einschl. Genussscheine. **3** Einschl. reinvestierter Erträge. **4** Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. **5** Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. **6** Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften. **7** Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. **8** Ohne Bundesbank. **9** Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne Monetäre Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

XII. Außenwirtschaft

7. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank *)

Mio €

Stand zum Ende des Berichtszeitraums	Auslandsaktiva									Auslandspassiva 3) 4)	Netto-Auslandsposition 5)
		Währungsreserven					Übrige Kapitalanlagen				
	Insgesamt	Insgesamt	Gold und Goldforderungen	Sonderziehungsrechte	Reserveposition im IWF	Bargeld, Einlagen und Wertpapieranlagen	Insgesamt	darunter: Verrechnungskonten innerhalb des ESZB 1)	Wertpapieranlagen 2)		
1999 Jan. 6)	95 316	93 940	29 312	1 598	6 863	56 167	1 376	–	–	9 628	85 688
2006	104 389	84 765	53 114	1 525	1 486	28 640	18 696	5 399	928	134 697	– 30 308
2007	179 492	92 545	62 433	1 469	949	27 694	84 420	71 046	2 527	176 569	2 923
2008	230 775	99 185	68 194	1 576	1 709	27 705	129 020	115 650	2 570	237 893	– 7 118
2009	323 286	125 541	83 939	13 263	2 705	25 634	190 288	177 935	7 458	247 645	75 641
2010	524 695	162 100	115 403	14 104	4 636	27 957	337 921	325 553	24 674	273 241	251 454
2011	714 662	184 603	132 874	14 118	8 178	29 433	475 994	463 311	54 065	333 730	380 932
2012	921 002	188 630	137 513	13 583	8 760	28 774	668 672	655 670	63 700	424 999	496 003
2013	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	401 524	320 217
2014	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 314	282 490
2015	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	481 787	318 921
2016	990 450	175 765	119 253	14 938	6 581	34 993	767 128	754 263	47 557	592 723	397 727
2017	1 142 845	166 842	117 347	13 987	4 294	31 215	923 765	906 941	52 238	668 527	474 318
2018	1 209 982	173 138	121 445	14 378	5 518	31 796	980 560	966 190	56 284	770 519	439 462
2019	1 160 971	199 295	146 562	14 642	6 051	32 039	909 645	895 219	52 031	663 320	497 651
2020	1 429 236	219 127	166 904	14 014	8 143	30 066	1 152 757	1 136 002	57 353	781 339	647 898
2021	1 592 822	261 387	173 821	46 491	8 426	32 649	1 276 150	1 260 673	55 285	1 009 488	583 334
2022	1 617 056	276 488	184 036	48 567	9 480	34 404	1 290 317	1 269 076	50 251	919 441	697 614
2023	1 455 788	292 259	201 335	48 766	8 782	33 376	1 117 978	1 093 371	45 550	779 844	675 943
2024	1 464 391	363 705	270 580	50 888	8 267	33 970	1 063 165	1 046 318	37 521	723 234	741 157
2025	1 556 390	481 795	395 215	46 528	8 201	31 851	1 042 056	1 023 482	32 540	702 670	853 720
2024 April	1 428 136	324 404	232 438	49 368	8 591	34 007	1 063 804	1 047 932	39 928	653 953	774 183
Mai	1 441 362	324 156	232 717	49 501	8 399	33 538	1 077 447	1 061 110	39 758	663 179	778 183
Juni	1 474 113	328 214	234 891	49 858	8 355	35 109	1 106 429	1 090 444	39 470	667 250	806 863
Juli	1 435 795	332 651	240 587	49 622	8 401	34 041	1 064 405	1 048 438	38 739	655 396	780 399
Aug.	1 465 316	335 474	244 992	49 207	8 318	32 957	1 090 965	1 075 239	38 877	673 181	792 134
Sept.	1 472 197	345 338	254 267	49 081	8 395	33 595	1 088 058	1 073 512	38 802	674 582	797 615
Okt.	1 483 529	364 864	274 165	49 292	8 339	33 068	1 080 082	1 064 456	38 583	673 967	809 562
Nov.	1 486 323	366 023	271 468	50 617	8 221	35 717	1 082 106	1 066 511	38 197	670 005	816 318
Dez.	1 464 391	363 705	270 580	50 888	8 267	33 970	1 063 165	1 046 318	37 521	723 234	741 157
2025 Jan.	1 506 156	385 150	290 776	50 660	8 448	35 265	1 084 104	1 068 023	36 902	682 654	823 501
Febr.	1 522 873	390 627	295 956	50 869	8 328	35 475	1 096 061	1 080 833	36 185	682 507	840 367
März	1 522 244	402 671	310 903	49 085	8 044	34 639	1 083 763	1 069 172	35 810	665 048	857 196
April	1 523 635	399 435	310 207	47 647	8 540	33 041	1 090 090	1 075 272	34 110	670 200	853 435
Mai	1 517 685	402 515	312 447	47 891	8 493	33 684	1 081 299	1 066 843	33 872	678 976	838 709
Juni	1 488 429	389 303	301 591	46 914	8 296	32 502	1 065 242	1 051 250	33 885	681 413	807 016
Juli	1 491 164	399 485	311 036	47 342	8 374	32 733	1 057 693	1 043 876	33 986	687 030	804 134
Aug.	1 511 698	401 591	315 035	46 579	8 290	31 688	1 074 756	1 060 791	35 350	678 659	833 039
Sept.	1 533 294	435 692	349 996	46 424	8 157	31 116	1 064 287	1 049 600	33 315	680 411	852 883
Okt.	1 555 849	462 176	375 658	46 750	8 250	31 519	1 060 392	1 046 546	33 281	680 549	875 301
Nov.	1 563 406	476 102	388 846	46 832	8 176	32 247	1 054 626	1 040 700	32 679	685 729	877 677
Dez.	1 556 390	481 795	395 215	46 528	8 201	31 851	1 042 056	1 023 482	32 540	702 670	853 720
2026 Jan.	1 624 249	545 341	459 239	46 149	8 087	31 867	1 047 282	1 033 412	31 626	691 909	932 340
Febr.	1 624 189	562 209	475 489	46 427	8 123	32 170	1 030 869	1 017 130	31 111	693 245	930 944
März	1 593 657	518 687	430 173	47 105	8 186	33 223	1 044 670	1 030 780	30 299	684 430	909 226
April	1 617 212	513 150	426 202	46 610	8 123	32 215	1 073 711	1 059 477	30 351	684 413	932 799
Mai	1 616 467	507 009	418 979	46 798	8 243	32 988	1 079 479	1 065 690	29 979	697 752	918 715
Juni	1 554 629	469 429	380 732	47 368	8 202	33 128	1 057 078	1 043 208	28 121	717 153	837 475
Juli	1 549 759	469 982	380 411	47 268	8 185	34 118	1 050 955	1 037 116	28 821	708 615	841 144
Aug.	1 616 361	502 625	413 877	47 066	8 279	33 403	1 085 433	1 071 765	28 303	711 570	904 790
Sept.	1 533 774	487 498	397 205	47 735	8 397	34 162	1 018 371	1 004 296	27 904	704 395	829 379

***** Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb des Euroraums. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. **1** Enthält vor allem die Netto-Forderungen aus dem Target-System (in der jeweiligen Länderabgrenzung), seit November 2000 auch die Salden gegenüber den Zentralbanken des Nicht-Euroraums innerhalb des ESZB. **2** In der Hauptsache langfristige Schuldverschreibungen von Emittenten innerhalb des Euroraums. **3** Einschl. Schätzungen zum Bargeldumlauf im Ausland. **4** Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2014, Seite 24. **5** Differenz aus Auslandsaktiva und Auslandspassiva. **6** Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XII. Außenwirtschaft

8. Auslandspositionen der Unternehmen *)

Mio €

Stand zum Ende des Berichtszeitraums	Forderungen an das Ausland							Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland						
			Forderungen an ausländische Nichtbanken							Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken				
					aus Handelskrediten							aus Handelskrediten		
	insgesamt	Guthaben bei ausländischen Banken	insgesamt	aus Finanzbeziehungen	insgesamt	gewährte Zahlungsziele	geleistete Anzahlungen	insgesamt	Kredite von ausländischen Banken	insgesamt	aus Finanzbeziehungen	insgesamt	in Anspruch genommene Zahlungsziele	empfangene Anzahlungen
Alle Länder														
2022	1 251 566	250 859	1 000 707	678 757	321 950	291 760	30 190	1 650 328	179 614	1 470 714	1 177 109	293 605	192 896	100 709
2023	1 399 631	356 727	1 042 904	727 469	315 436	282 268	33 168	1 721 488	221 372	1 500 117	1 213 139	286 977	180 123	106 854
2024	1 440 420	342 111	1 098 309	789 154	309 155	272 463	36 691	1 735 009	245 555	1 489 453	1 197 784	291 670	177 251	114 419
2025	1 575 319	455 788	1 119 531	815 606	303 925	267 798	36 127	1 854 273	325 248	1 529 025	1 238 191	290 834	173 421	117 412
2026 März	1 563 479	457 167	1 106 311	781 053	325 258	287 678	37 581	1 808 774	306 282	1 502 493	1 196 382	306 110	184 575	121 535
April	1 535 363	443 424	1 091 939	778 065	313 875	275 923	37 951	1 800 846	308 243	1 492 603	1 199 660	292 943	170 490	122 453
Mai	1 538 553	446 161	1 092 392	777 990	314 401	275 717	38 684	1 838 443	321 367	1 517 077	1 220 023	297 053	173 457	123 597
Juni	1 594 277	487 580	1 106 697	786 350	320 346	281 663	38 683	1 864 506	331 181	1 533 325	1 231 163	302 162	179 765	122 397
Juli r)	1 602 162	491 573	1 110 589	796 634	313 955	274 799	39 155	1 859 734	310 788	1 548 946	1 248 643	300 303	176 442	123 861
Aug. p)	1 572 949	482 237	1 090 713	783 810	306 903	267 873	39 030	1 872 917	337 468	1 535 449	1 239 218	296 232	175 310	120 921
EU-Länder (27 ohne GB)														
2022	716 181	190 858	525 323	400 839	124 484	111 002	13 482	1 022 677	129 216	893 460	778 070	115 390	84 243	31 147
2023	850 616	285 372	565 244	445 035	120 209	105 847	14 362	1 062 070	145 385	916 685	801 833	114 852	81 942	32 911
2024	838 434	276 254	562 180	441 810	120 370	104 686	15 684	1 086 141	176 120	910 022	795 111	114 911	79 571	35 340
2025	965 430	372 678	592 752	470 335	122 417	106 635	15 782	1 148 909	213 741	935 168	816 377	118 791	79 998	38 793
2026 März	990 859	368 768	622 090	487 303	134 787	118 314	16 474	1 143 625	200 172	943 454	814 709	128 745	87 691	41 054
April	976 876	360 695	616 181	483 832	132 348	115 823	16 525	1 140 986	201 464	939 522	813 720	125 802	84 267	41 535
Mai	973 932	362 495	611 437	482 094	129 344	112 372	16 972	1 157 766	199 650	958 116	833 359	124 757	83 254	41 502
Juni	1 020 113	406 082	614 032	479 181	134 851	117 927	16 923	1 183 906	210 387	973 519	843 217	130 302	89 479	40 823
Juli r)	1 023 504	408 955	614 549	484 980	129 569	112 396	17 173	1 184 652	201 500	983 152	855 695	127 458	86 321	41 136
Aug. p)	994 070	396 024	598 047	475 301	122 746	105 726	17 020	1 165 599	210 231	955 368	834 438	120 930	81 701	39 228
Extra-EU-Länder (27 einschl. GB)														
2022	535 385	60 001	475 384	277 918	197 465	180 758	16 707	627 651	50 398	577 254	399 039	178 215	108 653	69 562
2023	549 016	71 356	477 660	282 433	195 227	176 421	18 806	659 418	75 986	583 431	411 307	172 125	98 181	73 943
2024	601 986	65 857	536 129	347 345	188 784	167 777	21 007	648 867	69 436	579 432	402 673	176 759	97 680	79 079
2025	609 889	83 110	526 779	345 271	181 508	161 163	20 345	705 364	111 507	593 857	421 814	172 042	93 423	78 619
2026 März	572 620	88 399	484 221	293 750	190 471	169 364	21 107	665 149	106 110	559 039	381 674	177 365	96 884	80 482
April	558 487	82 728	475 759	294 232	181 526	160 100	21 426	659 860	106 779	553 081	385 940	167 141	86 223	80 917
Mai	564 621	83 666	480 954	295 897	185 058	163 345	21 713	680 678	121 716	558 961	386 665	172 296	90 202	82 094
Juni	574 163	81 498	492 665	307 170	185 496	163 736	21 759	680 600	120 794	559 806	387 946	171 860	90 285	81 574
Juli r)	578 658	82 618	496 040	311 654	184 386	162 403	21 983	675 082	109 288	565 794	392 948	172 845	90 121	82 725
Aug. p)	578 879	86 213	492 666	308 509	184 157	162 147	22 011	707 318	127 237	580 082	404 779	175 302	93 609	81 693
Euroraum (21)														
2022	610 977	171 819	439 158	342 283	96 876	84 728	12 148	929 349	107 130	822 218	732 559	89 659	65 279	24 380
2023	748 012	267 353	480 659	387 275	93 384	80 391	12 993	963 530	123 917	839 613	751 377	88 236	63 530	24 706
2024	732 513	256 693	475 820	381 930	93 890	80 392	13 498	976 574	148 597	827 977	741 007	86 971	62 159	24 812
2025	857 478	347 460	510 018	414 467	95 551	82 166	13 385	1 027 392	182 540	844 852	757 251	87 601	61 983	25 618
2026 März	878 822	344 387	534 436	430 508	103 928	89 977	13 951	1 014 916	165 900	849 017	755 373	93 644	65 780	27 863
April	870 890	339 427	531 463	428 603	102 860	88 834	14 026	1 017 369	171 185	846 184	754 545	91 639	63 310	28 329
Mai	868 693	341 626	527 067	427 619	99 449	85 095	14 353	1 032 357	167 815	864 542	774 011	90 531	62 261	28 270
Juni	907 625	380 010	527 615	424 267	103 348	89 048	14 300	1 057 770	176 853	880 916	784 934	95 982	67 648	28 334
Juli r)	910 933	381 873	529 061	429 296	99 765	85 241	14 524	1 059 407	168 533	890 873	796 641	94 232	65 556	28 676
Aug. p)	881 371	369 725	511 646	418 095	93 551	79 296	14 255	1 042 341	178 053	864 289	775 135	89 154	61 776	27 378
Extra-Euroraum (21)														
2022	640 589	79 040	561 548	336 475	225 074	207 032	18 042	720 980	72 484	648 496	444 550	203 946	127 617	76 329
2023	651 620	89 374	562 245	340 193	222 052	201 877	20 175	757 958	97 454	660 504	461 763	198 741	116 593	82 148
2024	707 907	85 418	622 489	407 224	215 265	192 072	23 193	758 434	96 959	661 476	456 777	204 699	115 092	89 607
2025	717 841	108 328	609 513	401 138	208 374	185 632	22 742	826 880	142 708	684 172	480 940	203 232	111 438	91 794
2026 März	684 656	112 781	571 876	350 545	221 330	197 700	23 630	793 858	140 382	653 476	441 009	212 467	118 795	93 672
April	664 473	103 996	560 476	349 461	211 015	187 089	23 926	783 477	137 058	646 419	445 114	201 304	107 180	94 124
Mai	669 860	104 535	565 325	350 372	214 953	190 622	24 331	806 086	153 552	652 534	446 012	206 522	111 195	95 327
Juni	686 652	107 570	579 082	362 083	216 999	192 616	24 383	806 736	154 328	652 408	446 229	206 180	112 117	94 063
Juli r)	691 229	109 701	581 528	367 338	214 190	189 558	24 631	800 327	142 254	658 073	452 002	206 071	110 886	95 185
Aug. p)	691 578	112 512	579 066	365 715	213 352	188 577	24 775	830 576	159 415	671 161	464 083	207 078	113 535	93 543

***** Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV. Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XII. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar.

XII. Außenwirtschaft

9. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
2014	1,4719	8,1857	7,4548	140,31	1,4661	8,3544	9,0985	1,2146	1,3285	0,80612
2015	1,4777	6,9733	7,4587	134,31	1,4186	8,9496	9,3535	1,0679	1,1095	0,72584
2016	1,4883	7,3522	7,4452	120,20	1,4659	9,2906	9,4689	1,0902	1,1069	0,81948
2017	1,4732	7,6290	7,4386	126,71	1,4647	9,3270	9,6351	1,1117	1,1297	0,87667
2018	1,5797	7,8081	7,4532	130,40	1,5294	9,5975	10,2583	1,1550	1,1810	0,88471
2019	1,6109	7,7355	7,4661	122,01	1,4855	9,8511	10,5891	1,1124	1,1195	0,87777
2020	1,6549	7,8747	7,4542	121,85	1,5300	10,7228	10,4848	1,0705	1,1422	0,88970
2021	1,5749	7,6282	7,4370	129,88	1,4826	10,1633	10,1465	1,0811	1,1827	0,85960
2022	1,5167	7,0788	7,4396	138,03	1,3695	10,1026	10,6296	1,0047	1,0530	0,85276
2023	1,6288	7,6600	7,4509	151,99	1,4595	11,4248	11,4788	0,9718	1,0813	0,86979
2024	1,6397	7,7875	7,4589	163,85	1,4821	11,6290	11,4325	0,9526	1,0824	0,84662
2025	1,7518	8,1185	7,4634	169,04	1,5787	11,7173	11,0663	0,9370	1,1300	0,85679
2025 Mai	1,7521	8,1348	7,4600	163,14	1,5646	11,5968	10,8812	0,9356	1,1278	0,84350
Juni	1,7723	8,2700	7,4597	166,52	1,5754	11,5841	11,0094	0,9380	1,1516	0,84981
Juli	1,7862	8,3754	7,4625	171,53	1,5982	11,8537	11,1985	0,9325	1,1677	0,86469
Aug.	1,7920	8,3442	7,4638	171,79	1,6057	11,8653	11,1610	0,9387	1,1631	0,86528
Sept.	1,7795	8,3586	7,4644	173,55	1,6227	11,6702	11,0004	0,9350	1,1732	0,86895
Okt.	1,7781	8,2810	7,4680	176,15	1,6280	11,6633	10,9699	0,9289	1,1630	0,87155
Nov.	1,7772	8,2149	7,4679	179,32	1,6248	11,7402	10,9915	0,9290	1,1560	0,87997
Dez.	1,7634	8,2491	7,4696	182,50	1,6168	11,8428	10,8956	0,9332	1,1709	0,87500
2026 Jan.	1,7304	8,1806	7,4703	183,94	1,6173	11,6670	10,6815	0,9272	1,1738	0,86828
Febr.	1,6763	8,1682	7,4702	183,45	1,6140	11,3206	10,6351	0,9140	1,1824	0,87032
März	1,6470	7,9703	7,4717	183,40	1,5848	11,1658	10,7614	0,9094	1,1558	0,86631
April	1,6489	8,0005	7,4728	186,21	1,6097	11,0332	10,8348	0,9213	1,1706	0,86933
Mai	1,6258	7,9352	7,4728	184,71	1,6027	10,7936	10,8613	0,9149	1,1673	0,86565
Juni	1,6391	7,8045	7,4744	185,11	1,6165	11,0338	10,9548	0,9205	1,1518	0,86372
Juli	1,6396	7,7371	7,4752	185,54	1,6119	11,0822	11,0458	0,9256	1,1417	0,85392
Aug.	1,6325	7,8092	7,4755	184,10	1,6123	10,9274	11,0232	0,9362	1,1593	0,85606
Sept.	1,6166	7,7242	7,4752	180,04	1,6073	10,8003	11,2329	0,9430	1,1513	0,85813

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistische Fachreihe Wechselkursstatistik.

10. Euro-Länder und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irisches Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466
2014 1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804
2015 1. Januar	Litauen	Litas	LTL	3,45280
2023 1. Januar	Kroatien	Kuna	HRK	7,53450
2026 1. Januar	Bulgarien	Lew	BGN	1,95583

XII. Außenwirtschaft

11. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1.Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektive Wechselkurse des Euro gegenüber den Währungen des Erweiterten EWK-Länderkreises 1) nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes 7)	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	Weiten EWK-Länderkreises 2) nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes 7)	Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3) gegenüber 28 ausgewählten Industrieländern 4) insgesamt	davon: Euro-Länder	davon: Nicht-Euro-Länder	37 Ländern 5)	auf Basis der Verbraucherpreisindizes gegenüber 7) 28 ausgewählten Industrieländern 4)	37 Ländern 5)	60 Ländern 6)
1999	96,2	96,1	95,8	96,1	96,5	95,9	97,9	99,6	95,7	97,6	98,2	98,1	97,8
2000	86,9	86,7	85,9	85,5	88,0	85,9	92,0	97,5	85,5	91,2	93,0	92,2	91,2
2001	87,4	87,1	86,6	84,5	90,1	86,8	91,9	96,7	86,1	90,6	92,9	91,6	91,0
2002	89,7	90,3	89,9	88,3	94,4	90,5	92,6	96,0	88,7	91,3	93,4	92,1	91,8
2003	100,5	101,7	101,3	99,6	106,5	101,7	96,3	95,2	97,9	95,7	96,9	96,6	96,8
2004	104,4	105,7	104,4	103,0	111,1	105,6	96,8	94,1	100,6	96,2	98,4	98,2	98,4
2005	103,0	104,4	102,5	101,1	109,2	103,1	95,3	92,5	99,4	93,8	98,4	97,1	96,7
2006	103,0	104,4	102,0	100,1	109,4	102,5	94,1	90,9	98,7	92,1	98,5	96,7	96,0
2007	106,6	107,5	104,4	101,9	113,1	104,7	95,2	90,2	102,9	92,7	100,9	98,2	97,3
2008	110,5	110,6	106,6	106,1	117,9	107,3	95,6	88,9	106,1	92,0	102,3	98,4	97,5
2009	112,0	111,4	107,9	109,6	121,0	108,3	96,2	90,0	105,8	93,0	101,8	98,5	97,9
2010	104,7	103,6	99,5	102,3	112,3	99,3	93,4	89,5	99,2	88,9	98,7	94,2	92,5
2011	104,4	102,6	97,6	100,5	113,1	98,8	93,0	89,2	98,6	88,1	98,1	93,4	91,9
2012	98,7	97,2	91,9	94,8	107,8	93,9	90,9	89,0	93,4	85,4	95,8	90,5	88,8
2013	102,2	100,3	95,0	97,9	112,5	97,0	93,3	89,6	98,6	87,5	98,1	92,3	90,8
2014	102,5	99,7	94,9	98,1	114,9	97,3	93,9	90,5	98,9	88,3	98,1	92,4	91,4
2015	92,5	89,7	86,0	87,1	106,2	88,6	90,7	91,1	89,9	84,4	94,2	87,7	86,8
2016	95,2	91,7	88,4	p) 88,7	110,2	90,6	91,6	91,6	91,4	85,7	94,9	88,7	88,0
2017	97,5	93,7	89,6	p) 89,9	112,6	91,8	92,8	91,6	94,3	86,4	96,2	89,8	88,8
2018	100,0	96,0	91,2	p) 91,9	117,5	95,1	94,0	91,7	97,4	87,4	97,6	91,0	90,7
2019	98,1	93,4	89,4	p) 89,6	115,7	92,4	93,0	91,8	94,5	86,5	96,3	89,8	89,3
2020	99,7	93,8	90,7	p) 90,8	119,4	93,8	93,3	92,2	94,7	87,2	96,3	90,0	90,0
2021	99,7	93,8	89,3	p) 88,9	120,8	94,2	93,9	92,2	96,2	87,0	97,3	90,5	90,8
2022	95,1	90,8	84,3	p) 83,9	116,5	90,8	92,0	91,6	92,2	85,1	95,7	88,9	88,8
2023	97,9	93,9	89,0	p) 87,7	122,1	94,3	93,9	92,2	96,1	87,5	97,8	90,9	91,2
2024	98,2	94,2	89,5	p) 88,6	124,4	94,5	93,9	92,5	95,9	87,9	97,7	91,2	91,4
2025	100,4	p) 96,3	91,8	p) 91,1	128,3	p) 96,4	95,1	93,2	97,7	89,5	p) 98,3	p) 92,2	p) 92,5
2024 April	98,3	94,3			124,2	94,5					97,9	91,3	91,6
Mai	98,6	94,6	89,6	p) 88,8	124,6	94,7	94,1	92,5	96,3	87,9	98,2	91,5	91,7
Juni	98,2	94,4			124,3	94,5					97,8	91,4	91,6
Juli	98,8	94,9			125,1	95,0					98,1	91,6	91,8
Aug.	98,8	94,8	89,8	p) 89,0	125,6	95,2	94,1	92,5	96,5	88,1	97,9	91,4	91,7
Sept.	98,6	94,6			125,6	95,0					97,9	91,3	91,6
Okt.	98,0	94,1			124,7	94,3					97,7	91,2	91,4
Nov.	97,3	93,4	88,7	p) 88,0	123,7	93,5	93,5	92,5	94,8	87,5	97,2	90,8	90,9
Dez.	96,7	92,9			122,9	92,9					97,0	90,6	90,6
2025 Jan.	96,4	92,7			122,5	92,6					96,7	90,2	90,2
Febr.	96,1	92,4	88,4	p) 87,5	122,2	92,2	93,5	92,9	94,2	87,7	96,6	90,1	90,0
März	98,0	94,3			125,0	94,3					97,3	91,0	91,2
April	100,3	96,3			128,3	96,6					98,1	92,4	92,8
Mai	100,0	95,8	91,9	p) 91,2	127,7	95,9	94,9	93,2	97,5	89,6	98,2	92,2	92,5
Juni	101,1	97,0			129,2	97,1					98,5	92,6	92,9
Juli	102,1	98,0			130,6	98,1					98,8	93,0	93,3
Aug.	102,0	97,9	93,4	p) 92,9	130,6	98,0	95,8	93,3	99,6	90,4	98,8	92,9	93,3
Sept.	102,2	98,1			131,1	98,3					99,1	93,2	93,6
Okt.	101,9	p) 97,6			130,6	p) 97,8					p) 99,1	p) 93,0	p) 93,4
Nov.	101,8	97,7	93,4	p) 92,8	130,4	97,7	95,9	93,5	99,5	90,4	99,1	92,9	93,2
Dez.	102,2	98,0			131,1	98,1					99,1	93,0	93,3
2026 Jan.	101,8	97,8			130,7	97,8					99,2	93,0	93,2
Febr.	101,8	97,7	p) 92,9	p) 92,8	130,7	97,7	95,8	93,6	99,0	90,1	99,1	92,8	93,1
März	100,8	97,2			129,6	97,2					98,9	92,7	92,9
April	101,3	97,9			130,2	p) 97,7					99,1	92,8	93,0
Mai	100,8	97,2	p) 92,1	p) 92,0	129,7	p) 97,1	95,7	93,3	99,3	89,5	98,6	92,2	92,4
Juni	100,3	96,6			129,0	p) 96,4					98,5	91,9	92,0
Juli	99,9	p) 96,6			128,7	p) 96,5					p) 98,7	p) 92,2	p) 92,3
Aug.	100,4	p) 97,2	...	...	129,6	p) 97,2	...	...	...	...	p) 98,8	p) 92,3	p) 92,5
Sept.	100,0	p) 96,9			129,2	p) 97,0					p) 99,0	p) 92,4	p) 92,6

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro. Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. Die Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen und Dienstleistungen. Nähere Erläuterungen zur Methodik und Wägungsschemata siehe Website der Deutschen Bundesbank (https://www.bundesbank.de/content/774128). **1** Berechnungen anhand der gewogenen Durchschnitte der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender 17 Länder: Australien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechien, Ungarn, USA und Vereinigtes Königreich. Soweit die aktuellen Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorlagen, sind Schätzungen berücksichtigt. **2** Umfasst die Länder des Erweiterten EWK-Länderkreises zzgl. folgender 23 Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Kolumbien, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Peru, Philippinen, Russische Föderation, Saudi-Arabien, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei, Ukraine und Vereinigte Arabische Emirate. Die EZB hat die Veröffentlichung des Euro-Referenzkurses zum Rubel mit Wirkung vom 2. März 2022 bis auf Weiteres ausgesetzt. Zur Berechnung der effektiven Wechselkurse wird für die Russische Föderation ab diesem Zeitpunkt ein Indikativkurs verwendet, der sich aus den täglichen von der Bank of Russia festgestellten RUB/USD-Kursen in Verbindung mit dem jeweiligen Euro-Referenzkurs der EZB zum US-Dollar errechnet. **3** Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. **4** Euro-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland, ab 2015 einschl. Litauen, ab 2023 einschl. Kroatien, ab 2026 einschl. Bulgarien) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, USA und Vereinigtes Königreich. **5** Euro-Länder (in aktueller Zusammensetzung) sowie die Länder der Gruppe des Erweiterten EWK-Länderkreises. **6** Euro-Länder (in aktueller Zusammensetzung) sowie die Länder der Gruppe des Weiten EWK-Länderkreises. **7** Government Shutdown in den USA 10/2025.